

Verhandlungen
des Vereins für Socialpolitik
in Stuttgart, 24.–26. September 1924

Theorie des Klassenkampfs –
Handelspolitik – Währungsfrage

Auf Grund der stenographischen Niederschrift
hrsg. vom Ständigen Ausschuß



Duncker & Humblot *reprints*

Schriften
des
Vereins für Sozialpolitik.

170. Band.

Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik
in Stuttgart 24.—26. September 1924.

Auf Grund
der stenographischen Niederschrift
herausgegeben vom Vorstand.



Verlag von Dieder & Humblot.
München und Leipzig 1925.

Verhandlungen
des Vereins für Sozialpolitik
in Stuttgart 1924.

Theorie des Klassenkampfs.
Handelspolitik.
Währungsfrage.

Auf Grund
der stenographischen Niederschrift
herausgegeben vom Vorstand.



Verlag von Duncker & Humblot.
München und Leipzig 1925.

All e Re chte vorbe h a l t e n .



Ultenburg, Thür.
Pfeifer'sche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Erster Verhandlungstag.	
Gröffnung und Begrüßung	1—9
Referat von Werner Sombart: Die Idee des Klassenkampfes	9—26
Allgemeine Aussprache	26—86
Zweiter Verhandlungstag.	
Referat von Franz Gulenburg: Die sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse	87—108
Allgemeine Aussprache	108—138
Grundfragen der neuen deutschen Handelspolitik	
Erstes Referat von Max Sering	140—170
Zweites Referat von Christian Eckert	170—186
Drittes Referat von Bernhard Harms	186—213
Viertes Referat von Georg Gothein	213—224
Dritter Verhandlungstag.	
Fortsetzung der Verhandlungen über Handelspolitik.	
Allgemeine Aussprache	225—242
Verhandlungen über die theoretische und ökonomisch-technische Seite des Währungsproblems.	
Erstes Referat von Felix Somary	244—249
Zweites Referat von Melchior Balhi	249—255
Drittes Referat von L. v. Bortkiewicz: Die Ursachen einer potenzierten Wirkung des vermehrten Geldumlaufs auf das Preisniveau	256—274
Allgemeine Aussprache	275—325
Schluswort des Vereinsvorsitzenden Herkner	325
Geschäftliche Verhandlungen und Beschlüsse	327

Erster Verhandlungstag.

Mittwoch, 24. September 1924, vormittags 9^{1/2} Uhr.

Größnung und Begrüßung.

Vorsitzender Geheimrat Prof. Dr. Herkner-Berlin: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Vorsitzender des Ausschusses habe ich die Ehre, die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik zu eröffnen. Ich heiße unsere sehr verehrten Gäste und unsere Mitglieder auf das herzlichste willkommen und danke ihnen für ihr Erscheinen. Ganz besonders gilt mein Dank den hohen Behörden, die uns die Ehre erwiesen haben, sich hier vertreten zu lassen: dem württembergischen Herrn Staatspräsidenten, den Ministerien des Innern, der Finanzen und der Arbeit, dem Herrn Präsidenten des Landtags, dem Herrn Bürgermeister Dr. Ludwig und dem Vertreter der Technischen Hochschule, Exzellenz v. Pistorius, ferner — von auswärts — dem Bayrischen Ministerium für soziale Fürsorge.

Meine Damen und Herren! Als wir vor 2 Jahren in Eisenach den 50. Geburtstag des Vereins feierlich begingen, da hofften wir, daß wir die schlimmste Zeit überstanden hätten. Der Verein hatte dem Vorstand weitgehende Vollmachten zur Sanierung der überaus traurigen Finanzlage eingeräumt. Wir rüsteten uns, neue, größere Aufgaben wieder in Angriff zu nehmen. Es galt, die Produktionsverhältnisse in ihren Beziehungen zur Sozialpolitik zu erforschen. Ein hochgeschätztes Mitglied unseres Vereins, Herr Geheimer Rat Eberhard Gothein in Heidelberg, hatte, wie oft schon, auch da wieder den ganzen Reichtum seines staunenswerten Könnens und Wissens und die Fülle seiner persönlichen Beziehungen zur rheinisch-westfälischen Großindustrie in den Dienst dieser Zwecke gestellt. Erfolgversprechende Vorbereitungen waren eingeleitet. Da kam der Einbruch in das Ruhrgebiet. Er raubte uns jede Möglichkeit weiterer Betätigung. Und schließlich hat der Tod uns Eberhard Gothein selbst entführt. Wir

werden diesen durch seine geradezu unsäbbare Bielseitigkeit ausgezeichneten großen Gelehrten und warmen Freund unseres Vereins nicht nur in diesen Tagen, sondern immerdar aufs schmerzlichste vermissen. Ich bitte Sie, hochverehrte Anwesende, des Andenkens dieses seltenen Mannes durch Erheben von den Sizzen zu ehren. (Geschieht). Ich danke Ihnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ruhreinbruch und die aus ihm hervorgehende vollkommene Zerrüttung unserer Währung hat die Existenz des Vereins geradezu in Frage gestellt. Trotz aller Umlagen war der Verein immer und immer wieder zahlungsunfähig. Der Austritt aus dem Verein nahm beängstigende Dimensionen an, und prominente Mitglieder des Vereins forderten kategorisch, daß der Verein zunächst auf jede Betätigung verzichtete. Auch der Verleger hatte sich zeitweise außerstande erklärt, Druckarbeiten auszuführen. Der Verein mußte sich deshalb in der Tat einige Monate hindurch die allergrößte Zurückhaltung auferlegen. Erst nach der Stabilisierung der Währung konnten wir daran denken, unsere Publikationstätigkeit, allerdings nur in bescheidenem Umfange, wieder aufzunehmen.

Dafz wir diese schwere Krise überstanden haben, ist vorzugsweise zwei Männern zu danken: einmal der vorbildlichen, unermüdlichen, treuen Fürsorge unseres damaligen Schatzmeisters Exzellenz von der Leyen und dann der stets hilfsbereiten Freigebigkeit des Herrn Dr. Sommer in Zürich. Ohne sein Eingreifen wären die Walutschriften unmöglich gewesen. Ich möchte diesen beiden, um den Verein so hochverdienten Männern auch an dieser Stelle den wohlverdienten Dank aussprechen.

(Beispiel.)

Vielleicht glauben manche von Ihnen, hochverehrte Anwesende, daß der Verein, der ja ein Verein der Sozialpolitik ist, auch durch jene Krise der Sozialpolitik, von der in den letzten Zeiten so viel gesprochen worden ist, gefährdet würde oder gefährdet werden könnte. Ich teile diese Befürchtung nicht. Im Gegenteil, je häufiger über die Sozialpolitik gestritten wird, die in dem heutigen Deutschland nach der Annahme des Reparationssystems der internationalen Sachverständigen möglich und ersprießlich erscheint, je gründlicher untersucht wird, ob bei sozialpolitischen Eingriffen auch die tatsächlichen Wirkungen immer den sozialen Absichten entsprechen, desto mehr wird die Existenz-

berechtigung, ja die Notwendigkeit eines Vereins anerkannt werden müssen, der sich nicht auf die Verwirklichung eines bestimmten Programms festgelegt hat, sondern vor allem darnach trachtet, alle sozial-politisch und staatswissenschaftlich Interessierten, Theoretiker und Praktiker, gleichviel welcher politischen oder wissenschaftlichen Richtung sie angehören mögen, auf seinem Boden zu einer streng sachlichen, nur mit Vernunftgründen argumentierenden, nichts als Wahrheit und Klarheit anstrebenden Zusammenarbeit und Aussprache zu vereinigen. Wir wollen für Sozialpolitiker und Volkswirte bedeuten, was der Deutsche Juristentag für die Juristen, der Historikertag für die Vertreter der Geschichtswissenschaft geworden ist. Wir sind also keine Sekte, kein Konzil, das Dogmen aufstellt und Neuer verflucht oder verbrennt; jeder ehrliche, redliche Wahrheitsucher ist uns willkommen. Ausgeschlossen ist allein die Vertretung von Sonderinteressen, denn nur dadurch können wir jene Überwucherung durch Verbandsgesichtspunkte von unserem Verein fernhalten, die sonst in unserem öffentlichen Leben — nicht eben zu dessen Vorteil — so häufig auftritt. Bei uns dagegen gilt nur die Persönlichkeit und ihre Beweisgründe, da „ist der Mann noch was wert, da wird das Herz noch gewogen, da tritt kein anderer für ihn ein, auf sich selber steht er da ganz allein“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Wochen ist mehrfach, auch in der Tagespresse, dem Wunsche Ausdruck verliehen worden, es möge der Verein auf dieser Tagung auch zu den augenblicklichen Streitigkeiten über unsere zukünftige Zoll- und Handelspolitik Stellung nehmen. Der Ausschuß hat diese Unregung beraten und beschlossen, am Donnerstag, dem 25. September, die Debatte über die Währungsverhältnisse spätestens mit der Mittagspause abzuschließen und in eine allgemein gehaltene Aussprache über die zollpolitischen Probleme einzutreten, eine Aussprache, welche durch Herrn Geheimer Rat Sering eingeleitet werden wird. Herr Geheimer Rat Sering wird dann auch die Frage der Agrarzölle berühren, während über die Frage der Industriezölle die Herren Reichsminister Gotthein, Geheimer Rat Eckert und Geheimer Rat Harms sich aussprechen wollen. Der Ausschuß hat sich nicht leichten Herzens zu dieser Änderung entschlossen. Sie widerspricht den Traditionen des Vereins, nach welchen Debatten nicht improvisiert, sondern sehr gründlich von langher vorbereitet werden sollen. Derartige handelspolitische Studien sind vom Verein bereits in Angriff genommen worden, aber sie sind von ihrem Abschluß

1 *

noch ziemlich weit entfernt; es wird also jedenfalls nach Veröffentlichung der betreffenden handelspolitischen Schriften auf die Sache zurückzukommen sein.

Wir haben es nur für möglich und nützlich gehalten, gewisse allgemeine Gedanken und Gesichtspunkte schon jetzt zur Sprache zu bringen. Wir haben geglaubt, daß hier einer der Fälle vorliege, in denen der Bruch eines Brauchs mehr ehrt als dessen Befolgung;
(Zustimmung.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das erste Geschäft, dessen Erledigung uns nunmehr obliegt, ist die Konstituierung des Bureau's der Generalversammlung.

Nach § 10 unserer Statuten ist es die Generalversammlung selbst, welche ihr Bureau wählt; es hat sich bei uns aber seit Jahren der Brauch herausgebildet, daß der Ausschuß einen Vorschlag für die Besetzung des Bureau's macht.

Im Namen des Ausschusses habe ich die Ehre, Ihnen vorzuschlagen:

als Präsidenten die Herren Sering, Fuchs und Adolf Weber, als Schriftführer die Herren Mann und v. Dieze.

Werden irgendwelche Vorschläge anderer Art aus dem Plenum heraus gemacht? — Wenn es nicht der Fall ist, so nehme ich an, daß Sie mit diesem Vorschlag des Ausschusses einverstanden sind, und ich bitte nunmehr Herrn Geheimen Rat Sering als 1. Vorsitzenden, die Leitung der Generalversammlung zu übernehmen. (Geschieht.)

Vorsitzender Geheimer Rat Universitätsprofessor Sering - Berlin: An Wortmeldungen liegt eine Anzahl vor von Herren, die den Wunsch haben, den Verein für Sozialpolitik zu begrüßen. Ich bitte zunächst den Herrn Vertreter des Herrn Staatspräsidenten, Herrn Ministerialrat Schmufer, das Wort nehmen zu wollen.

Ministerialrat Schmufer - Stuttgart: Sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben zu Ihrer 51. Vereinstagung die württembergische Landeshauptstadt gewählt. Der Herr Staatspräsident Bazille und mein Chef, der mit der geschäftlichen Leitung des Arbeits- und Ernährungsministeriums betraute Herr Staatsrat Rau, beide Herren befinden sich zurzeit im Urlaub und bedauern deshalb, an Ihrer Tagung nicht teilnehmen zu können; sie wünschen aber Ihren Besprechungen von Herzen vollen Erfolg.

Ebenso bin ich beauftragt, im Namen von Herrn Regierungsrat Fuchs vom bayerischen Sozialministerium Sie namens des bayerischen Sozialministers, des Herrn Oßwald, von Herzen zu begrüßen und Ihnen guten Erfolg zu Ihren Beratungen zu wünschen.

Ich will mich kurz fassen. Wenn es auf den äußeren Umfang der seit Kriegsende geleisteten Gesetzesarbeit, auf die Zahl der Gesetze ankäme, die von Berlin aus sich manchmal über uns ergossen haben nicht wie ein linder, befriedigender Regen, sondern wie Ungewitter und Sturmwind freilich eine Entwicklung, die durch die ungeheuren Aufgaben der Nachkriegszeit bedingt war ..., wenn es also auf die äußere Zahl der Gesetze ankäme, auf die Dicke der Reichsgesetzbücher, mit denen wir beglückt wurden, dann würde es uns herrlich gut gehen. Daß dem leider nicht so ist, das wissen Sie alle. Nun sind wir aber Gott sei Dank im Begriff, unser sturmgeprüftes Staatsschifflein wieder in ein ruhiges Fahrwasser zu lenken. Es gilt, ohne das zu vergessen, was uns Kriegszeit und Nachkriegszeit gelehrt haben, wieder zu der geordneten Gesetzesarbeit, zu der ruhigen wissenschaftlichen Tätigung der Vorkriegszeit zurückzukehren. Daß dabei Ihrem Verein eine besonders wichtige Aufgabe zugedacht ist, das wissen wir vom Arbeitsministerium besonders gut; im württembergischen Arbeitsministerium werden ja wirtschaftliche und soziale Fragen behandelt.

Daß die gegenwärtige Tagung einen wesentlichen Fortschritt auf diesem vorgezeichneten Weg bedeuten möge, das wünsche ich im Namen meiner Herren Auftraggeber und in meinem persönlichen Namen von Herzen. Ich erhoffe vollen Erfolg Ihrer Tagung.

(Beifall.)

Vorsitzender: Ferner hat Herr Bürgermeister Dr. Ludwig Stuttgart den Wunsch geäußert, das Wort zu nehmen.

Bürgermeister Dr. Ludwig - Stuttgart: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich muß mitteilen, daß der Herr Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, dem Sie so freundlich waren, eine Einladung zu Ihrer Tagung zugehen zu lassen, durch dienstliche Abwesenheit hier verhindert ist, persönlich dieser Einladung zu folgen und an dieser Tagung teilzunehmen, was er außerordentlich bedauert. So ist mir der ehrenvolle Auftrag zugesfallen, Ihnen, dem Verein für Sozialpolitik, bei seiner ersten Tagung in Stuttgart den herzlichsten Willkommgruß des Herrn Oberbürgermeisters, der Stadtverwaltung

und der Stuttgarter Einwohnerschaft zu entbieten, einen Willkommgruß, der um so aufrichtiger ist, als Ihre angesehene Tagung mit ihrem Besuch in Stuttgart etwas lange auf sich hat warten lassen. Wir werden ja wohl nicht annehmen dürfen, daß dieses lange Wartenlassen seinen Grund etwa darin haben könnte, daß Sie die Stadt Stuttgart oder unser Schwabenland als einen weniger geeigneten Resonanzboden für sozialpolitische Grörterungen ansehen würden. Ich glaube, auch die Schwaben sind nicht bloß mit einem Tropfen demokratischen, sondern auch sozialpolitischen Öls gesalbt. Die Stadtverwaltungen insbesondere — und hier macht die Stadt Stuttgart keine Ausnahme — sind von jeher ein Tummelplatz sozialpolitischer Grörterungen, sozialpolitischer Versuche gewesen, naturgemäß, denn zu ihnen pflegt man zuerst zu kommen, wenn irgendwo der Schuh drückt, und zu ihnen pflegt man zuletzt wieder zu kommen, wenn sonst niemand hilft. Die Stadtverwaltungen sind also genötigt, oft in sozialpolitischen Fragen Entscheidungen zu treffen, bevor dieselben einer gründlichen wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen werden können, und diese Entscheidungen werden keinen Anspruch darauf erheben, durchweg vor Ihrem wissenschaftlichen Forum zu bestehen. In der letzten Zeit zwar hat man den Eindruck, als ob die Gemeindeverwaltungen von sozialpolitischen Problemen etwas entlastet worden wären. Das wird daher kommen, daß Reich und Länder die Führung in sozialpolitischen Fragen in weitem Umfang an sich genommen haben, was ja schon durch die Errichtung eigener Arbeits- und Sozialministerien zum Ausdruck gekommen ist. Aber immer bleiben noch reichlich Fragen sozialpolitischer Arbeit und Aufgaben den Gemeindeverwaltungen zur Lösung übrig, und wenn die Anzeichen nicht trügen, so ist vielleicht auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik eine Wendung wieder zur Dezentralisation nicht allzu fern.

Meine Damen und Herren! Die Annahme des Dawes-Planes wird dem deutschen Volk unerträgliche oder fast nicht tragbare — ich weiß nicht, wie ich mich ausdrücken soll — Lasten bringen. Die deutsche Regierung hat bei der Annahme dieses Planes die Voraussetzung gemacht und mit Recht gemacht, daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht herabgedrückt werden dürfe. Sicher ist es in erster Linie die Aufgabe, die deutsche Wirtschaft lebensfähig zu erhalten, aber nicht minder wichtig scheint es mir zu sein, die deutsche Arbeitskraft leistungsfähig und leistungswillig zu erhalten. Oswald Spengler hat

ja wohl recht, wenn er in letzter Zeit (nach Zeitungsberichten) in einer Tagung von Wirtschaftsführern die Ansicht ausgesprochen hat, daß ein kultureller Fortschritt nur bei einer gewissen Höhe der Lebenshaltung möglich sei. Und eine hochstehende und gut organisierte Arbeiterschaft wird sich nicht ohne Widerstand bis zum Äußersten in ihrer Lebenshaltung herabdrücken lassen. Auf der anderen Seite wird es nicht möglich sein, zu dem dringend notwendigen inneren Frieden und zu einem Zusammenschluß des ganzen Volkes zu kommen, wenn es nicht gelingt, einen befriedigenden Ausgleich zwischen Besitz und Lasten, zwischen Arbeit und Einkommen herbeizuführen, kurz, eine gute Sozialpolitik zu machen.

Die Erfüllung des Dawes-Planes, die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die Aufrechterhaltung des Lebensstandards des deutschen Volkes in Einklang zu bringen, das ist eine unerhört schwere Aufgabe, die in der Zukunft dem deutschen Volk und damit nicht zuletzt auch den deutschen Gemeindeverwaltungen gestellt ist. Und da ist es uns eine hohe Befriedigung, zu wissen, daß wir dabei auf die Unterstützung und Förderung durch den Verein für Sozialpolitik rechnen dürfen, eine Vereinigung, die frei von politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Gebundenheiten lediglich die Autorität vorurteilsloser Wahrheitsforschung für ihre Ergebnisse in Anspruch nehmen kann.

Meine verehrten Damen und Herren! Indem ich Ihnen für die freundliche Einladung an die Stadt Stuttgart und damit wohl an die Gemeindeverwaltungen im allgemeinen als alte Praktiker der Sozialpolitik herzlich danke, wünsche ich der Arbeit Ihrer hochangesehenen Vereinigung und insbesondere Ihrer diesmaligen Tagung in Stuttgart von Herzen besten Verlauf und ersprießlichen Erfolg.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Ich gebe das Wort Sr. Erzellenz Dr. v. Pistorius.

Erzellenz Prof. Dr. v. Pistorius-Stuttgart: Meine hochverehrten Anwesenden! Nur wenige Worte! Im Auftrag der Technischen Hochschule Stuttgart und in Vertretung des Rektors, der zu seinem Bedauern durch dienstliche Abwesenheit verhindert ist, darf ich Sie begrüßen und Ihren Verhandlungen den besten Verlauf und Erfolg wünschen. Ich sage Ihnen allen nichts Neues, wenn ich darauf hinweise, daß der Betrieb der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der letzten Zeit an den Technischen Hochschulen immer mehr sich verbreitert und ver-

tieft hat und immer mehr in den Vordergrund getreten ist. Wenn ich es dennoch sage, so geschieht es nur dazu, zu begründen, daß die Wünsche auf einen guten Erfolg Ihrer heutigen Verhandlungen und Ihrer Tätigkeit überhaupt, der Tätigkeit der Kathedersozialisten, die nun seit mehr als 50 Jahren tiefshürzend und befruchtend unser öffentliches Leben beeinflussen, ich sage, daß diese Wünsche aus einer inneren Beziehung und aus einer gewissermaßen naturnotwendig gegebenen Herzlichkeit entspringen. (Beifall.)

Vorsitzender: Ich gebe das Wort dem früheren österreichischen Minister Exzellenz v. Wittek.

Exzellenz Dr. v. Wittek-Wien: Hochgeehrte Generalversammlung! Ich bringe Ihnen nur ganz kurz herzliche Grüße von österreichischen Staatsministern, die sich in ihrer Berufstätigkeit den Bestrebungen des Vereins für Sozialpolitik verwandt fühlen. Der Herr Bundespräsident von Österreich, Dr. Michael Hainisch, der, wie sich die älteren Kollegen noch erinnern werden, durch eine längere Reihe von Jahren im Vorstand und im Ausschuß des Vereins gewirkt hat bis zu seiner Wahl als Bundespräsident, gedenkt mit hoher Befriedigung der Zeit, in der es ihm vergönnt war, vor allem mit den Kollegen des Vorstandes für die Bestrebungen des Vereins für Sozialpolitik einzutreten und sie zu fördern. Er hat mich beauftragt, den geehrten Vereinskollegen seinen herzlichen Gruß zu entbieten. Desgleichen hat der Bundesminister für soziale Verwaltung, Herr Richard Schmitz, der ebenfalls den Bestrebungen des Vereins das wärmste Interesse entgegenbringt, mich speziell ersucht, ihm über die Verhandlungen des Vereins, von denen er sich, wie stets, bedeutsame und wichtige Ergebnisse verspricht, einen genauen Bericht zu erstatten, und er hat mich ersucht, dies den geehrten Anwesenden mit den herzlichsten Grüßen bekanntzugeben. Ich darf diesen Grüßen noch meinerseits den Wunsch beifügen, daß es den Verhandlungen des Vereins auch diesmal gelingen möge, schöne und bedeutsame Erfolge zu erzielen, die sich den in der so langen Reihe von Jahren erzielten wertvollen Ergebnissen vollwertig anreihen, und daß es gelingen möge, immer in den weiteren Verhandlungen jene Linie zu finden, die, entfernt von jeder Einseitigkeit, entfernt von jeder extremen Richtung, die glückliche Mitte zwischen den verschiedenen Anschauungen bildet nach dem alten lateinischen Satz: In medio virtus. (Beifall.)

Vorsitzender: Ich danke den Herren Vertretern des württembergischen Staates, der Stadt Stuttgart, der Technischen Hochschule und des uns befreundeten Österreichs aufs herzlichste für die freundlichen Worte, die sie unserer Tagung widmeten. So wenig Leute der Wissenschaft nach rechts und links sehen dürfen, sondern nach besten Kräften, lediglich ihrem Gewissen folgend, die Wahrheit suchen müssen, so sehr erleichtert es doch menschlich die Arbeit, wenn das Bewußtsein besteht, daß in weiteren Kreisen Verständnis für die Wichtigkeit wissenschaftlicher Arbeit empfunden wird. In dem ungeheuren und verwirrenden Chaos, das der Weltkrieg eingeschafft hat, fällt der wissenschaftlichen Forschung und speziell der sozialwissenschaftlichen eine Aufgabe zu, wichtiger wohl als je zuvor. Ich habe das starke Empfinden, und gewiß viele von Ihnen mit mir, daß das meiste Unglück in der Welt von der Unwissenheit kommt.

(Sehr richtig!)

Ich habe oft das Empfinden, als wären die Menschen vergleichbar einer Herde von Maultieren, die durch den Nebel wandern und nicht sehen, was rechts und links von ihnen an kostlicher Landschaft liegt. Nur durch scharfe wissenschaftliche Arbeit und rücksichtslose Wahrhaftigkeit, in voller Freiheit von jeglichem Bewußtsein irgendwelcher Klasseninteressen, können wir hoffen, unser Volk und die Menschheit besseren Zeiten entgegenzuführen.

Ich bitte nunmehr Herrn Werner Sombart, das Wort zu seinem Vortrag nehmen zu wollen.

Die Idee des Klassenkampfes.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Sombart: Verehrte Anwesende! Man kann ein Thema wie dasjenige, das ich hier zu erörtern habe, auf zwiefache Weise angreifen, entweder kausalistisch, praktisch, pragmatisch oder theoretisch, prinzipiell, allgemein. Ich habe die zweite Möglichkeit gewählt, nicht nur aus persönlicher Neigung, sondern weil ich glaube, daß es auch im Interesse der Sache liegt.

Das Thema des Klassenkampfes ist nun seit Jahrzehnten, nach dem ersten Verfahren diskutiert worden, und ich habe den Eindruck, als ob wir nur weiterkommen in der Diskussion, wenn wir es auf ein ganz hohes prinzipielles Niveau heben, wenn wir es in Beziehung bringen zu letzten Fragen des Gesellschaftslebens und des mensch-

lichen Lebens überhaupt. Und ich habe es mir als die Aufgabe gestellt, in diesem Referat Ihnen die Zusammenhänge aufzuweisen oder Sie an die Zusammenhänge zu erinnern, die zwischen diesem Problem des Klassenkampfes und den letzten weltanschaulichen Fragen bestehen. Selbstverständlich kann dieser Vortrag nichts anderes sein wie ein Rahmen, in den vielleicht die Diskussion ein lebendiges Bild hineinzeichnet.

Ich gliedere meinen Vortrag, wie jede gute Predigt, in drei Teile: in einen darstellenden Teil, einen kritischen Teil und einen politischen Teil.

Zunächst: Was lehrt die Klassenkampftheorie¹⁾ oder sagen wir gleich die Klassenkampftheorien, denn wir werden sehen, daß es deren mehrere gibt? Sie lehren zunächst in formaler Definition, daß einen bestimmenden Einfluß auf den Gang der Geschichte die Interessen der nach Klassen geschichteten Menschen ausüben. So viel Worte, so viel Probleme! Und ich glaube, daß wir dieser höchst seltsamen Ansicht, die wir heute als so etwas Alltägliches empfinden, die aber etwas sehr Merkwürdiges ist, daß wir dieser seltsamen Auffassung nur gerecht werden, daß wir uns in ihr Wesen nur hineinfinden können, wenn wir uns klarmachen, aus welchen elementaren Bestandteilen sich diese Lehre aufbaut. Ich sehe drei solcher Bestandteile, ich nenne sie das Interessenprinzip, das Klassenprinzip und das Machtprinzip.

Unter Interessenprinzip verstehen wir die Ansicht, daß die Menschen, wie es heißt, sich bei ihrem Handeln von Interessen leiten lassen, daß darum also auch die Interessen die treibenden Kräfte der Geschichte sind. Oder in Marx'scher Ausdrucksweise, daß die Idee sich immer blamiert, wenn sie mit den Interessen in Widerspruch kommt. Ich habe mich gewundert, daß in der ganzen Literatur, die über dieses Problem besteht, noch nie einmal der Versuch gemacht worden ist, zu sagen, was denn eigentlich Interessen in dem hier gemeinten Sinne seien. Ich kann mich hier auch nicht darauf einlassen, das funditus zu entwickeln, und muß mich mit folgenden Bemerkungen begnügen:

Das Wort „Interesse“ ist ein außerordentlich vieldeutiges und kann in dem Zusammenhang, in dem es hier gebraucht wird, nur den Sinn haben, daß das menschliche Handeln von den gemeinen Motiven

¹⁾ Die hier nur skizzenhaft angedeutete Klassenkampftheorie ist von mir ausführlich dargestellt worden in meinem Werke: *Der proletarische Sozialismus („Marxismus“)*, 2 Bände. Jena 1924, auf das ich für alle Ausführungen und Einzelheiten verweise müssen. W. S.

beherrscht werde, oder, etwas schöner ausgedrückt, daß die Menschen letzten Endes um dieser Welt und nicht um Gottes willen handeln. So ist es die Formulierung von Augustinus, so ist es die Formulierung von Dostojewski. Dieses Interessenprinzip ist in der westeuropäischen Geschichte, und natürlich nur in dieser, erstmalig gegen Ende des 17. Jahrhunderts aufgestellt worden, wenn man nicht Machiavelli zu seinen Verteilern rechnen will, bei dem es aber mehr Postulat als eigentliches Erklärungsprinzip ist. Zum Erklärungsprinzip wird es in der Geschichte erst (in beschränktem Umfang) bei den großen realistischen Philosophen des 17. Jahrhunderts, dann in ausgesprochener Weise bei den englischen Philosophen, die gegen Hobbes und Shaftesbury auftreten, wie namentlich Mandeville. Mandeville kann als der Begründer des Interessenprinzips gelten.

Das Klassenprinzip baut sich folgendermaßen auf. Es besagt:

1. die Geschichte wird gemacht im wesentlichen durch die in den Verbänden vereinigten Menschen, die Massen; 2. alle Verbände sind Interessenverbände, und 3. das dominierende Interesse und der dominierende Verband sind diejenigen, die sich durch die Stellungnahme zur prinzipiellen Gestaltung des Wirtschaftslebens, reich — arm oder Besitz — Nichtbesitz oder Wirtschaftssystem kontra Wirtschaftssystem, leiten lassen. Die erste Beobachtung, daß die Menschen sich nach diesem Klassenprinzip, oder wie man diese Großgruppe nennen mag, gruppieren, ist, soweit ich sehe, gemacht worden von Saint-Simon, der in der modernen Gesellschaft die großen Klassen der Feudalinteressen und der Kapitalinteressen einander gegenüberstellt. Die Klassiker haben dann gleichzeitig mit dem Einteilen des gesellschaftlichen Einkommens in Grundrente, Kapitalzins, Arbeitslohn etwas Ähnliches getan.

Die Anerkennung des Machtprinzips bedeutet die Behauptung, daß innerhalb der Geschichte der ausschließlich ausschlaggebende Faktor die einem Individuum resp. einer Gruppe von Individuen, was immer dasselbe ist, weil es Interessengruppen sind, innenwohnende Potentia, die Macht, daß also das Schichtungsverhältnis der Gesellschaft der Ausdruck des Machtverhältnisses sei, wobei dann sehr bald der Begriff der Macht in den der Reichtumsmacht sich wandelt. Dieses Machtprinzip ist ebenfalls zuerst mit Bewußtsein aufgestellt worden von den schon genannten realistischen Philosophen des 17. Jahrhunderts, Hobbes und Spinoza.

Die Vereinigung dieser drei Prinzipien konstituiert das, was wir die Klassenkampftheorie nennen, und zwar nach zwei Seiten hin, nach der statischen und nach der dynamischen. Nach der statischen Seite bekommen wir denjenigen Teil der Klassenkampftheorie, den wir die Theorie von der Klassenherrschaft nennen, d. h. die Ansicht, daß die gesellschaftliche Schichtung der Ausdruck sei der in den Klassen gebundenen Interessen, daß insbesondere die Staatsverfassung der Ausdruck dieser Klasseninteressenmacht sei, daß es also immer zwischen einer realen und formalen Verfassung zu unterscheiden gilt. Nach der dynamischen Seite hin bedeutet die Klassenkampftheorie, indem sie diese drei Elemente zur Einheit zusammenfügt, daß die in den Klassen zutage tretenden Interessen auch die Bewegung der Geschichte bewirken.

Wie sollen wir eine derartige Theorie und Auffassung verstehen? Ich meine, wir müssen zunächst versuchen, sie in einen größeren geistigen Zusammenhang zu stellen. Wir müssen versuchen, sie zu erkennen als zugehörig zu demjenigen Geistesgebilde, das ich den sozialen Naturalismus nenne. Unter sozialem Naturalismus haben wir zu verstehen die Auffassung, daß der Mensch ein Teil der Natur sei, daß im Menschenleben nichts anderes als Natur sich kundtue, d. h. wir haben hier das, was man einen sozialen Monismus und zwar naturalistischer Prägung nennen kann.

Es gehört zu dieser Auffassung des sozialen Naturalismus, dem die ganze Klassenkampftheorie zugehört, des weiteren die Auffassung, daß die Menschen als ein Teil der Natur bewegt werden von Naturgesetzen, d. h. also, dieser soziale Naturalismus enthält zweitens einen sozialen Determinismus, und er enthält — in seiner hier in Betracht kommenden Spielart — drittens das, was man einen sozialen Pessimismus nennen kann, d. h. die Auffassung, daß die Menschen Kanaillen sind.

Dieser soziale Naturalismus kann nun aber bei der Realität seiner Geltung seinerseits wiederum nur verstanden werden, wenn wir ihn als eine ausgesprochen historisch bedingte Erscheinung ansehen. Und deshalb ist zum Verständnis der Klassenkampftheorie nicht nur notwendig, daß wir sie als eine Auswirkung dieses sozialen Naturalismus, sondern daß wir sie gleichzeitig in ihrer dezidiert historischen Bedingtheit verstehen. Wir müssen also ihrem Ursprung nachspüren, was immer nach der Seite der Psychologie, der Soziologie und der Ideologie möglich ist. Psychologisch liegt es nahe, die Theorie des

sozialen Naturalismus als den Ausdruck des Ressentiments Unterschichten angehöriger gemeiner Naturen zu betrachten. Alle die vorhin genannten ersten Begründer insbesondere des Interessenprinzips sind solche Naturen, die das „épater le bourgeois“ als ihr eigentliches Ziel ansahen. Ein ganz gemeiner Kerl war Mandeville, ein ganz gemeiner Kerl war Helvetius, „der die Peitsche verdient“, wie der edle Turgot ihm gegenüber sagt. Aber wichtiger natürlich ist, daß wir uns die soziologischen Ursprünge klarmachen. Dieser soziale Naturalismus ist entstanden in einer Zeit, die durch folgende Merkmale charakterisiert war: 1. die Auflösung der alten Gemeinschaften, das Zurücktreten der Gemeinschaftsgefühle, das Freiwerden der egoistischen Triebe; die 2. bestimmt war durch das erste Auftreten des Kapitalismus und damit das Hervortreten der ökonomischen Interessen, und die 3. bestimmt war, durch die sich immer mehr geltend machenden Massen, also den Demokratismus, der namentlich seit der französischen Revolution sich entfaltet. Ideologisch endlich ist dieser Naturalismus, von dem die Klassenkampftheorie nur ein Ausdruck ist, erzeugt worden durch die Denkweise, die in ausgesprochenem Maße naturwissenschaftlich war. Es war die Zeit, in der die Naturwissenschaften, insbesondere die exakten Naturwissenschaften, ihre ersten großen Triumphe feierten. Und in dieser Zeit hat die gesamte Wissenschaft, auch die Geisteswissenschaft und die Geschichtswissenschaft nichts Angelegentlicheres zu tun gehabt, als die Methoden anzuwenden, mit deren Hilfe Newton seine großen Gesetze aufgestellt hatte. In dieser Zeit finden wir das ausgesprochene Bestreben, eben auch die Geschichte als einen Naturprozeß zu verstehen und die Vorgänge in der Geschichte auf lezte elementare Triebkräfte zurückzuführen, eine Gravitationslehre sozusagen der Geschichte zu schaffen. Alle diese Denkrichtungen sind sozialer Newtonismus. Der soziale Newtonismus beherrscht bewußt und unbewußt das ganze 18. und einen großen Teil des 19. Jahrhunderts bis in unsere Zeit des Marxismus hinein.

Wenn wir nun aber solcherweise uns ein erstes Bild gemacht haben von dem, was man unter Klassenkampftheorie versteht, so müssen wir uns nun sofort doch zum Bewußtsein bringen, daß die Lehre, die Meinung, die Auffassung, die ich eben hier skizziert habe, etwas ganz anderes ist als dasjenige Gebilde, das wir heute unter Klassenkampftheorie verstehen, wenn wir uns etwa die Klassenkampftheorie der Kommunisten vor Augen führen. Dieses andere Geistesgebilde, das ich

die revolutionäre Klassenkampftheorie nennen will, ist zwar hervorgewachsen aus dem eben skizzierten Gedankenbilde und wissenschaftlich ist nichts Neues in sie hineingekommen, sie ist aber unter dem Druck der revolutionären Leidenschaft so ausgestaltet worden und in verschiedenen Punkten teilweise so gesteigert worden, daß sie sich heute als etwas wesentlich Anderes darstellt.

Was ist es, das diese revolutionäre Klassenkampftheorie kennzeichnet? Erstens ist in ihr das ganze Augenmerk gerichtet auf eine soziale Klasse, das Proletariat. Das Proletariat als derjenige Bestandteil der modernen Menschheit, der die meisten Aussichten bot, zu revolutionären Handlungen benutzt werden zu können, wurde zu dem eigentlichen Träger des Klassenkampfes gemacht, wurde zum Helden gesteigert und bekam nichts anderes als Gegenspieler. Alle Konstruktionen von Klassen und Klassenkampf usw., wie sie die revolutionäre Klassenkampftheorie enthält, sind nichts anderes als die Konstituierung eines klassenkämpferischen Proletariats, wie man es braucht für seine revolutionären Zwecke, und eine Entgegenstellung von anderen sogenannten Klassen, die eben da sein müßten, damit das Proletariat gegen etwas zu kämpfen hätte. Die Konstruktion von Bourgeoisie usw. ist nichts anderes als das Gegenbild gegen das Proletariat.

Das zweite, was diese revolutionäre Klassenkampftheorie hinzufügte, war die Ausschmückung des proletarischen Klassenkampfes mit einer Ideologie. Diese Ideologie ist der Sozialismus. Es gehört zu den Wesenheiten der modernen sozialen Bewegung, des modernen Klassenkampfstandpunktes, daß Proletariat und Sozialismus als zusammengehörige Kategorien angesehen werden. Während die Ausprägung der ganzen Klassenkampftheorie auf das Proletariat im wesentlichen ein Werk der marxistischen Bewegung ist, ist die Ausschmückung des Klassenkampfes mit der Ideologie des Sozialismus praktisch das Werk der revolutionären Kommunisten der 1830er Jahre, theoretisch das Werk von Lorenz v. Stein. Es wird die Marxphilologen unter Ihnen interessieren, daß ich eine Stelle — ich weiß nicht, ob sie bis jetzt schon benutzt worden ist — bei Moses Heß ausfindig gemacht habe, wodurch der Streit, ob der Vater der Theorie, daß Proletariat und Sozialismus zusammengehören, Lorenz v. Stein sei oder nicht, nun endgültig entschieden wird. Im Jahre 1844 nämlich sagt Moses Heß: „Es ist in reaktionären (!) Kreisen, namentlich von Herrn Lorenz Stein, jetzt

der Gedanke ausgesprochen, daß Sozialismus und Proletariat zusammengehören". Ein Jahr vor der „Heiligen Familie“, drei Jahre vor der „Misere“.

Nun mußte endlich aber auch noch die Theorie selber eine innere Umwandlung erfahren, um dem revolutionären Bedürfnis zu genügen. Sie mußte sozusagen dem nun als dem Protagonisten aufgestellten Proletariat angepaßt, ihm mundgerecht gemacht werden, und das geschah durch dasjenige, was ich die Politisierung der Klassenkampftheorie nenne. Auch diese Politisierung hatte schon angefangen in der Chartistischen Bewegung, sie ist aber recht eigentlich das Werk von Marx. Diese Politisierung und Adaptierung der Klassenkampftheorie für revolutionäre Zwecke geschieht durch Anwendung einer Reihe von Kunstgriffen. Der erste dieser Kunstgriffe ist das, was wir die Verabsolutierung der Klassenkampftheorie nennen können. Darunter verstehe ich die Behauptung, daß das Klassenkampfprinzip das ausschließlich herrschende sei. Daran hatten die großen Soziologen und Historiker des 18. und 19. Jahrhunderts, bei denen wir die Klassenkampftheorie ausgebildet finden, also die Ferguson, Millar, Smith und andererseits die Guizot, Mignet, Thierry, nicht gedacht, daß es kein anderes ausschlaggebendes Prinzip in der Geschichte gäbe als den Klassenkampf. Dieser Gedanke ist vielmehr das Eigentum der Revolutionäre. Das Zweite, was geschah, ist, was man die Ethisierung des Klassenkampfes nennen kann, die ebenfalls ursprünglich nicht da war und nicht da zu sein braucht. Ich kann sehr wohl der Meinung sein, die menschliche Gesellschaft sei geschichtet nach den Klasseninteressen, ohne daß ich sage, dieses sei ein Übel. Erst wenn ich Klassenherrschaft mit Klassenausbeutung gleichsetze, bringe ich einen ethischen Akzent hinein. Diesen ethischen Akzent brachte die Marxsche Auffassung hinein: Klassenschichtung bedeutet die „Ausbeutung“ der einen Klasse durch die andere; herrschende Klasse heißt ausbeutende Klasse, was ein rein ethischer Begriff ist. Und endlich drittens wurde die Klassenkampftheorie in ihrem geistigen Gehalt dadurch umgebildet, daß man sie mythologisierte, d. h. daß man an sie eine Verheißung knüpfte, daß man den Klassenkampf in der Gegenwart als den letzten Kampf konstruierte, der gefämpft werden müsse vom Proletariat, um in das Reich der Freiheit einzutreten, um die Vollendung auf dieser Erde herbeizuführen. Das ist natürlich ein rein mythologischer Begriff. Das Proletariat wurde damit sozusagen zu einer Armee von Heiligen erhoben.

In dieser revolutionären Form hat nun die Klassenkampftheorie ihre ungeheuer große, welthistorische Bedeutung erlangt. Aus mehrfachen Gründen. Zunächst deshalb, weil sie, um ein Bild von Friedrich Nietzsche zu gebrauchen, weil sie die Kloake wurde, in die der Unrat der Seelen seit Generationen abgeslossen ist. Auch die Seele muß ihre bestimmten Kloaken haben, meint Nietzsche, wohin sie ihren Unrat abfließen läßt; dazu dienen Personen, Verhältnisse, Stände oder das Vaterland oder die Welt. Alle negativen Affekte, alle Hassaffekte, alle Empfindungen von Reid, von Gemeinheit und dergleichen sind hier aufgenommen worden. Die Klassenkampftheorie wurde aber gleichzeitig der Glaubensgrund, auf dem die proletarische Bewegung aufgebaut war. Weil sie nicht nur mit dem Reich der Finsternis, sondern auch mit dem Reich des Lichtes in Verbindung gebracht wurde in ihrer mythologisierten Form, gab sie dem kämpfenden Proletariat das Vertrauen in seine Sieghaftigkeit, das noch gesteigert wurde dadurch, daß man diese Theorie mit der Gloriole der Wissenschaftlichkeit umgab, und zwar in dem Maße, wie sie an rationalem Sinngehalt einbüßte. Was das bedeutet, werden wir nun zu erkennen vermögen, wenn ich die Kritik bringe.

Wir können unter drei verschiedenen Gesichtspunkten kritisieren: 1. unter dem Gesichtspunkt der Richtigkeit. Das geschieht dann, wenn wir die Behauptungen in Vergleich stellen mit den empirischen Begebenheiten der Geschichte und prüfen, wieweit sie damit übereinstimmen oder nicht; 2. unter dem Gesichtspunkt der Wahrheit, indem wir dieselben Begebenheiten konfrontieren mit den Grundwahrheiten des menschlichen Geistes, und 3. unter dem Gesichtspunkt des Wertes, indem wir dieselben Wahrheiten an einem Maßstab des Wertes messen. Im ersten Fall ist also die Alternative: richtig oder unrichtig?, im zweiten: wahr oder unwahr?, im dritten: wertvoll oder unwert?: empirische, philosophische, ethische Kritik.

Das Ergebnis, zu dem unsere Kritik gelangen wird, muß nun, wie ich gleich von vornherein sagen will, ganz verschieden ausfallen, je nachdem wir uns mit jener von den Soziologen des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts begründeten — nennen wir sie einmal relativen oder wissenschaftlichen — Klassenkampftheorie beschäftigen, oder ob wir uns befassen mit der anderen Klassenkampftheorie, die die Charakteren und nach ihnen Marx ausgebildet haben, und die wir als die absolute oder revolutionäre Klassenkampftheorie bezeichnen wollen. Unsere

Kritik wird erweisen, daß die relative Klassenkampftheorie im wesentlichen richtig ist, daß sie sich mit den Grundwahrheiten des menschlichen Geistes sehr wohl in Einklang bringen läßt, und daß sie in beschränktem Umfang einen Wert repräsentiert. Und unsere Kritik wird zu dem Ergebnis kommen, daß die absolute Klassenkampftheorie unrichtig, unwahr und unwert ist.

Zunächst die Frage nach der Richtigkeit. Ich greife ein paar Punkte heraus, um das ungeheure Material einigermaßen zu ordnen, und prüfe die Richtigkeit an den von der Klassenkampftheorie aufgestellten Begriffen der Klasseninteressen, der Klassenherrschaft und des Klassenkampfes im engeren Sinne.

An der Theorie vom Obwalten des Klasseninteresses ist richtig, daß es in der Tat etwas gibt wie ein Interessiertsein an der prinzipiellen Gestaltung des Wirtschaftslebens. Das müssen wir nämlich immer genau umschreiben, um das spezifische Klasseninteresse zu beschreiben, denn jeder Droschkenkutscher hat auch ein Interesse, und zwar ein ökonomisches Interesse. Aber warum hat er ein Klasseninteresse, und was ist das? Klasseninteresse heißt immer interessiert sein an der prinzipiellen Gestaltung des Wirtschaftslebens, ob Kapitalismus oder Kommunismus, Handwerkertum, Feudalismus usw. Es ist also richtig, sage ich, daß etwas Derartiges wie ein Interessiertsein von Menschen an dieser prinzipiellen Gestaltung des Wirtschaftslebens besteht, und daß auch eine gewisse Gegensätzlichkeit dadurch sich ergibt. Und es ist zweitens richtig, daß dieses Klasseninteresse in unserer wirtschaftlich revolutionären Zeit eine immer größere Bedeutung gewonnen hat; denn in einer Zeit, wo das Wirtschaftsleben von Grund auf umgestaltet wird, müssen sich natürlich die Stellungen leichter danach formieren, wie man sich zu den Prinzipien des Wirtschaftslebens stellt. Deshalb ist es auch richtig, daß insbesondere das Proletariat, wenn wir darunter die Lohnarbeiterchaft verstehen, ein spezifisches Klasseninteresse in diesem eben entwickelten Sinn hat, das sich aus der Tatsache des Lohnarbeiterverhältnisses selbst ohne weiteres ergibt.

Dagegen ist es nun unrichtig, daß dieses Klasseninteresse genug Stärke besitze und genug Bestimmtheit, um den Inhalt eines politischen Programms oder gar den Inhalt einer Weltanschauung zu begründen. Das aber ist die Pointe. Diese Bestimmtheit, diese Stärke und Klarheit wäre nur unter zwei Voraussetzungen denkbar. Entweder nämlich

müßte dem Proletariat und der sozialen Klasse überhaupt — was ich hier sage, gilt für alle sozialen Klassen, aber das Proletariat ist ja heutzutage immer die Klasse par excellence — eine Idee entsprechen, sei es eine Zweckidee, sei es eine echte Idee, eine Grundidee, wie ich sie nenne. In diesem Fall wäre es allerdings möglich, ein in seiner Gesamtheit und in seiner Inhaltlichkeit genau umschriebenes Klasseninteresse zu formulieren, das heißt ein sogenanntes richtiges Interesse, das rational zugerechnet werden kann. Diesen Weg, zu dem Begriffe eines eindeutig bestimmten und gleichzeitig inhaltsvollen Klasseninteresses zu gelangen, schlagen jetzt die Gescheitesten der marxistischen Klassenkampftheoretiker ein. So neuerdings Georg Lukacz. Aber dieser Weg ist nicht gangbar, und zwar aus dem Grund nicht, weil der sozialen Klasse keine Idee entspricht. Die soziale Klasse ist ein naturales Gebilde, ist ein Interessengebilde, ist ein Aggregat von Individuen, nicht eine Idee, nicht einmal eine Zweckidee. Die andere Möglichkeit, wie man ein inhaltlich bis zur Weltanschaulichkeit fest umschriebenes Klasseninteresse behaupten könnte, wäre die, daß die empirische Interessenlage der Angehörigen einer Klasse so identisch wäre, daß sie mit Notwendigkeit wenn auch nicht ein einheitliches, so doch ein gleiches Klasseninteresse erzeugte. Diese Voraussetzung trifft aber nicht zu; denn die Klassenlage ist in jeder Klasse und namentlich in der Klasse des Proletariats so außerordentlich verschieden, daß aus dieser empirischen Klassenlage sich ebenfalls nichts von Einheitlichkeit und Eindeutigkeit herausentwickeln und herauskonstruieren läßt. Es heißt also die Sache auf den Kopf stellen, wenn man das einheitlich umschriebene Programm einer politischen Partei einschließlich dem ganzen Weltanschauungsapparat ableitet aus dem eindeutig bestimmten Klasseninteresse, während es in Wirklichkeit sich so verhält, daß diese Eindeutigkeit erst aus dem Programm her abgeleitet wird. Die Einheitlichkeit der Gesinnung wird erst durch das einheitliche Programm geschaffen. Also nicht das Programm irgendeiner Partei ist der Ausdruck des einheitlichen Interesses, sondern was wir an Einheitlichkeit des Klasseninteresses beobachten, stammt aus der Einheitlichkeit des Programms.

Der zweite Punkt, an dem wir die Richtigkeit der revolutionären Klassenkampftheorie ermessen können, ist die Theorie der Klassenherrschaft. Richtig ist wiederum, daß in der Tat das Klasseninteresse einen bestimmenden Einfluß auf die Struktur der Gesellschaft und des

Staates ausübt, vom minimalsten Umfang bis zu starker Ausprägung wie in der Gegenwart. Unrichtig ist aber, daß immer die herrschende Klasse die ökonomisch mächtige Klasse gewesen sei und sei. Unrichtig also ist es, daß man die Herrschaft im Staat schlechthin und ausschließlich als den Ausdruck der ökonomischen Macht bezeichnet. Marx hat natürlich die Tatsache gesehen, daß die herrschende Klasse in vielen Fällen nicht die ökonomisch mächtige Klasse war; er hat sich weidlich mit diesem Problem abgequält; sein ganzer „18. Brumaire“ legt davon Zeugnis ab. Theoretisch mußte in Frankreich die Bourgeoisie herrschen, praktisch aber herrschte sie nicht, und er hat nun alle möglichen Versuche gemacht, um aus diesem Dilemma herauszukommen. Er hat zwei Lösungen vorgeschlagen. Einerseits hat er gesagt, es bestehে die Möglichkeit, daß die ökonomisch herrschende Klasse, in diesem Fall also die Bourgeoisie, ihre Herrschaft delegiert auf eine Beamtenchaft oder auf einen Monarchen, damit sie bequemer ihren Geschäften nachgehen könne. Ja, dann fragt man sich aber: Warum herrscht denn die andere Klasse, da sie ja keine ökonomischen Interessen hat? Wenn die andere Klasse, also in diesem Fall die Beamtenchaft, herrscht, so herrscht sie eben nicht aus ökonomischen, sondern aus anderen Gründen. Der zweite Ausweg war der, daß er sagte: Ja, diese Herrschaftsclique — zur Zeit Napoleons III. Monarchie, Militär, Beamtenchaft —, das ist selber eine soziale Klasse. Mit dieser Feststellung ist natürlich das Klassenprinzip und das Klassenkampfprinzip gerettet! Es fragt sich nur, wie teuer.

Was dann den Klassenkampf im engeren Sinne anbelangt, das heißt, die Behauptung, daß die Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen sei, so kann ich darauf verzichten, die Unrichtigkeit dieser These näher zu begründen, weil gerade über diesen Punkt, in letzter Zeit noch von Hans Delbrück, sehr viel Beachtenswertes gesagt worden ist. Die Beweisführung in der Klassenkampftheorie im engeren Sinne ist bekanntlich diese: Zwar sehen wir nationale Kämpfe, zwar sehen wir religiöse Kämpfe, zwar sehen wir politische Kämpfe, aber hinter diesen nationalen, hinter diesen religiösen, hinter diesen politischen Kämpfen stehen Klassenkämpfe. Also die Tories sagen: sie kämpfen für die Hochkirche; in Wirklichkeit aber kämpfen sie für die Schutzzölle. Die Orleanisten und die Legitimisten sagen, daß sie für zwei Herrscherhäuser kämpfen; in Wirklichkeit aber stellen sie den Kampf des Finanzkapitals gegen das Industriekapital dar. Die Staaten

sagen, sie ziehen um ihrer nationalen Ehre und Selbsterhaltung willen in den Krieg; in Wirklichkeit aber handelt es sich doch nur darum, daß bestimmte Klassen ihre Klasseninteressen vertreten wollen. Wir sehen Stände kämpfen; aber der Stand ist „im Grunde“ eine soziale Klasse. Das ist das Schema, nach dem diese Theorie konstruiert wird. Aber es ist, soweit ich sehe, bis jetzt noch nicht der leiseste Versuch gemacht worden, diese Behauptungen in ihrer Richtigkeit zu beweisen. Ja, warum wollen denn die Legitimisten und wollen die Orleanisten nicht ihre Interessen an den Herrscherhäusern dokumentieren, sondern ihr Interesse an Finanzkapital und Industriekapital? Und so ist es in allen anderen Fällen. Wo ist der Beweis? frage ich. Oder erblickt man diesen Beweis in der menschlichen Veranlagung? Es könnte in der Tat sein, daß man sagt, die Veranlagung des Menschen sei so, daß eben immer doch letzten Endes das ökonomische Interesse den Ausschlag gäbe gegenüber den schwächer wirkenden nationalen, den schwächer wirkenden religiösen, den schwächer wirkenden politischen Mächten. Aber auch mit diesem Hinweis würde in bezug auf die Richtigkeit der Theorie nichts gewonnen sein; denn sie würde hier mit den Erfahrungstatsachen der Psychologie in Widerspruch treten. Es ist heute doch wohl einwandfrei von der Psychologie festgestellt worden, daß ein derartiger Monismus des Trieblebens, wie er dort behauptet wird, nicht besteht, daß wir selbst im Bereich der Triebe eine ganze Reihe gleich mächtiger, nebeneinander, ineinander, durcheinander wirkender Triebe unterscheiden müssen. Man kann also nicht einfach dekretieren: Die menschliche Natur ist so veranlagt, daß das ökonomische Interesse in ihr den Ausschlag gibt.

Nun liegt aber die Fehlerhaftigkeit der Beweisführung nicht nur in der Auffstellung einer falschen Trieblehre, sondern darin, daß die ganze Motivation auf die Sphäre des Trieblebens überhaupt beschränkt ist.

Damit komme ich zu der zweiten kritischen Einstellung, zu der Einstellung auf den Wahrheitsgehalt unserer Theorie. Hier handelt es sich nicht um die Widerlegung irgendwelcher Einzelbehauptungen wissenschaftlicher Natur, sondern es handelt sich um eine Kritik der Gesamtfrage. Da müssen wir nun folgendes bekennen: Die Klassenkampftheorie in der von der revolutionären Seite ihr gegebenen Gestalt ruht, was sie dagegen auch sagen möge, auf einer Metaphysik, und diese metaphysische Basis ist morsch. Diese metaphysische Basis

— und eine solche besteht: wenn man glaubt, man könne die Klassenkampftheorie anders als metaphysisch begründen, so ist das eine Verkennung des Tatbestandes — diese metaphysische Basis ist der von mir gekennzeichnete soziale Naturalismus. Dieser soziale Naturalismus ist aber in seinen Grundanschauungen abzulehnen als eine unwahre Ansicht der Welt. Geblendet von den vorübergehenden Erscheinungen des Tages, verkennt er die Grundtatsache, daß im menschlichen Dasein zwei Welten enthalten sind und sich auswirken: die Welt der Natur und die Welt des Geistes; er verkennt, daß das Geistige, das Ideenhafte selbständiges Dasein hat. Es ist töricht, anzunehmen, daß man alles Geistige auf Psychisches oder gar Physisches reduzieren könne. Das Geistige hat seine unauflösbar selbständige Bedeutung in der Welt. Es ist töricht, die Motive des Menschen ausschließlich in die Natursphäre zu verlegen, ausschließlich sie als Triebe zu kennzeichnen. Vielmehr ist es wahr, daß selbständige Motivationen aus dem Geistigen, aus dem Ideenhafsten stammen, selbständige Motivationen, die nicht reduzierbar sind auf irgendwelche naturhafte Triebhaftigkeit, Motive, die aus Freiheit geboren sind, so daß also die Geschichte — das ist die Konsequenz — nicht ein Prozeß ist, in dem sich rein triebhaft, rein naturhaft bestimmte Massen dahinwälzen, sondern daß sie ein Kampf zwischen dem Geistigen und dem Naturhaften ist. Das Naturhafte findet in den dumpfen Massen seinen Ausdruck, und Geschichte heißt nichts anderes als ein unausgesetzter Versuch, dieses Naturhafte zu durchgeißen und es emporzuheben. Das ist die Wahrheit, die wir natürlich nur erschauen können, der gegenüber alles, was man „Beweis“ nennt, versagt.

Endlich noch ein Wort zur ethischen Kritik. Ebensowenig wie die verabsolutierte Klassenkampftheorie die wissenschaftliche Kritik aushält, ebensowenig wie sie vor den ewigen Wahrheiten des menschlichen Geistes besteht, ebensowenig besteht sie nach meinem Dafürhalten vor dem Richterstuhl der ethischen Kritik. Was werden wir ihr vorwerfen, wenn wir sie bewerten? Sie sehen, meine Herren, ich bin lange außerhalb des Bereichs der Wissenschaft.

(Heiterkeit.)

Was werden wir ihr vorwerfen, wenn wir sie bewerten?

Erstens: sie ist gemein. Sie ist gemein, weil sie alles menschliche Handeln und somit alles geschichtliche Handeln auf das Handeln des „Schweinehunds“ zurückführt. Sie ist auch darin nur ein historischer

Ausdruck einer bestimmten Zeit. Sie ist der Ausdruck unserer in ihrem innersten Wesen gemeinen Zeit, einer Zeit, die es bis zum Rundfunk und zum Motorrad gebracht hat.

(Heiterkeit.)

Sie bedeutet aber zweitens eine Gefahr für das Seelenleben der Massen, sofern sie nämlich nicht nur Ausdruck einer Zeit ist, sondern auch bestimmender Faktor in dieser Zeit, sofern sie selbst wieder Einfluß ausübt. Dieser Einfluß aber ist ein vernichtender. Ich sagte schon, welche Funktion sie gehabt hat: Abflusskanal für negative Affekte zu sein. Wir müssen uns aber auch klarmachen, daß sie großenteils erst diese negativen Affekte hervorgerufen und jedenfalls gesteigert hat. Sie treibt die Menschen erst zum Hass; sie verhilft dazu, wie Stahl einmal sagt, den ganzen Sündenschlamm an die Oberfläche zu bringen. Einer der größten Irrwahne, die je ausgesprochen worden sind, ist der, daß man glaubt, aus diesem Meer von Hass, das die Klassenkampftheorie über die Welt verbreitet hat, könne einmal etwas wie das Reich der Liebe hervorgehen. Ein ungeheurer Wahn!

Endlich, drittens, ist sie eine Gefahr für das öffentliche Leben, das heißt sie ist politisch im höchsten Grade gefährlich, und zwar deshalb, weil sie die Bildung von Friedengemeinschaften verhindert. Friedengemeinschaften sind Liebesgemeinschaften. Liebesgemeinschaften aber sind nur diejenigen, die einer echten Idee entsprechen.

Profane Friedengemeinschaft, das heißt außer der Kirche kennen wir nur drei: Familie, Beruf und Volk oder Nation oder Staat, wie Sie es nennen wollen. Die soziale Klasse kann niemals an die Stelle einer derartigen sozialen Gemeinschaft, einer idealen Gemeinschaft treten, weil sie, wie ich schon gesagt habe, ein Naturalaggregat von Individuen ist. Die Klasse kann nur zerstörend wirken, die Klasse kann ihrer Wesenheit nach niemals als ein Ganzes gedacht werden, auch nicht als ein Teil eines Ganzen, wie etwa die Partei, die ihren Namen von pars hat. Nur zerstörend kann die Klasse wirken, und sie tut es, indem sie gegen alle die genannten idealen Gemeinschaften sich stemmt und ihre Verbindung sucht zwischen Angehörigen in allen Berufen, in allen Ländern, die nichts anderes sind als Gleichinteressierte.

Auch die Zukunftsgemeinschaft kann nicht etwa als der Abschluß der Klassenbewegung gedacht werden, auch die Zukunftsgemeinschaft muß irgendwie sich dieser drei idealen Verbände bedienen, sie muß insbesondere national sein. Auch die sozialistische oder kommunistische Ge-

sellschaft wird national sein, oder sie wird es nicht sein. Der russische Bolschewismus wird voraussichtlich die Probe auf dieses Exempel machen.

Und nun ein paar Worte zu der Politik, die wir einem derartigen Problem gegenüber einzuschlagen haben. Zunächst ist aus den Erwägungen, wie ich sie hier eben skizzenhaft angedeutet habe, formal die wichtige Erkenntnis zu gewinnen, daß wir in unserem Entschluß frei sind, das heißt, daß wir frei wählen können, wir und jeder andere, auch der Angehörige der Masse, ob wir das Prinzip des Klassenkampfes anerkennen wollen oder nicht. Von irgendwelcher Naturmäßigkeit, von irgendwelcher Zwangsläufigkeit, von irgendwelcher Gebundenheit an hinter unserem Willen sich bemerkbar machender schiebender Kräfte ist gar keine Rede. Frei entscheidet sich jeder einzelne, wie er Stellung nehmen will.

Und selbstverständlich kann nun der Standpunkt, den ich vertrete, nicht zweifelhaft sein: wir müssen gegen die Klassenkampftheorie Stellung nehmen. Wir müssen gegen sie kämpfen; aber wie? Wie ist der Kampf zu führen? Man wird versucht sein, anzunehmen, es könne im wesentlichen ein Kampf mit rationalen Gründen sein. Gerade eine Auffassung, die sich so brüstet mit ihrer Wissenschaftlichkeit, müßte wissenschaftlichen Gründen zugänglich sein. Aber sie ist es nicht. Denn längst, längst ist die Wissenschaftlichkeit als Gesichtspunkt aus der revolutionären Klassenkampftheorie verschwunden, längst ist sie Glaube, längst ist sie Dogma, längst ist sie Schlagwort geworden. Und deshalb habe ich wenig Hoffnung auf den Erfolg einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den dezidierten Vertretern der Klassenkampftheorie. Insbesondere die Vertreter der proletarischen Klassenkampftheorie ziehen sich ja immer auf die unangreifbare Position zurück, daß sie sagen: du redest mit den Argumenten des Bourgeois, du hast deine eigene Logik; wir haben unsere. Deshalb kommen wir nicht zusammen und können wir gar nicht zusammenkommen. Dieser Gedanke, daß proletarisches Denken und bourgeois Denken zwei Welten seien, die keine Vereinigung unter sich zulassen, macht eine wissenschaftliche Diskussion unmöglich. Es ist nun aber auch so viel richtig an dieser These von der klassenbestimmten oder, sagen wir lieber parteibestimmten Wissenschaft, daß in der Tat letzten Endes doch der Glaube und der aus dem Glauben herborgehende Willensimpuls das Entscheidende ist, daß zumal in unserer aufgeregten Zeit der Willens-

impuls so übermächtig ist, daß ihm gegenüber das Flämmlein der rationalen Erkenntnis und Diskussion sich nicht am Leben erhalten kann. Selbstverständlich werden wir immer wieder den guten Willen bezeigen, zu diskutieren, und vielleicht wird dann auch einmal der Nachweis, daß vom Standpunkt jeder Nationalität die Klassenkampftheorie in ihrer absoluten Form unhaltbar ist, unmerklich Früchte tragen.

Aber den Hauptangriff müssen wir doch in einer anderen Weise formieren. Wir müssen dem Glauben einen anderen Glauben entgegensetzen oder, wenn Sie wollen, dem Überglauben einen echten Glauben. Ich sehe hier keinen anderen Ausweg als den Glauben an Gott. Nur von diesem Standpunkt aus ist eine Bekämpfung des im letzten Ende aus Gottlosigkeit geborenen Klassenkampfstandpunktes möglich. Aber die Macht, die damit aufgeboten ist, ist auch stark genug und bedarf keiner anderen Hilfe, um den Kampf zu bestehen. Denn aus diesem Glauben und nur aus diesem Glauben folgen alle diejenigen Ansichten, folgen alle diejenigen Stellungnahmen, die notwendig sind, um die Klassenkampftheorie zu überwinden. Aus dem Glauben an Gott folgt der Glaube an die Ideen, die lieblichen Gedanken Gottes. Und nur aus dem Gottesglauben heraus kann auch diejenige Macht kommen, die allein aufbauend wirken kann: die Liebe. Es ist ein Irrwahn, zu glauben, daß Menschen sich untereinander lieben können, die nicht an Gott glauben. Wahre Menschenliebe ist nichts anderes als Gottesliebe. Der Glaube, daß ich zu Menschen in ein echtes Liebesverhältnis kommen könne, weil ich mit ihnen in irgendeiner Lebensform zusammenlebe, ist ein Irrwahn. Es folgt aus der Tatsache, daß ich mit einem andern Baumwolle spinne oder Handel treibe, keine Liebe. Was für Liebe aus dem Verkehr folgt, haben wir im Weltkrieg gesehen. Niemals kann aus Arbeitsgemeinschaft, Produktionsgemeinschaft, und noch viel weniger kann aus Handelsgemeinschaft etwas ähnliches wie Liebe kommen. Liebe kann immer nur der Ausdruck eines Verbundenseins in einem Höheren sein. Was ich im Menschen liebe, hat Fichte gesagt, ist der Gott, den ich in ihm finde, finde ich den Gott nicht, so hafse ich ihn von innerster Natur. Diesen Glauben aber müssen starke Persönlichkeiten entwickeln und in die Masse hineinragen.

Und die Aussichten dieses Kampfes? Es hat fast den Anschein, als sei er hoffnungslos, wenn wir uns die jetzige Welt ansehen: das Klassenkampfprinzip auf der einen Seite zum äußersten getrieben in

Rußland, auf der andern Seite zum äußersten getrieben im Pakt von London, und dazwischen das von Klassenkämpfen zerrissene Deutschland. Da kann einem die Hoffnung freilich dahinsinken. Aber ich glaube denn doch, so ganz hoffnungslos ist der Kampf nicht. Wir dürfen nicht vergessen, daß doch große Fonds da sind, um gegen dieses Prinzip des Klassenkampfes uns zu stärken. Ich denke an den alten Fonds von Religiosität, der in unsrern Völkern steckt, den alten Fonds von nationalem Sinn, und ich denke an die vielsachen Erneuerungen auf religiösem und nationalem Gebiet. Vielleicht kommt die Erlösung aus der politischen Masse heraus. Ich deutete vorhin schon darauf hin, vielleicht und gar nicht so unwahrscheinlich werde sich der Konflikt, in dem sich augenblicklich Sowjetrußland befindet, dahin lösen, daß eben aus diesem Sowjetrußland wieder ein großer nationaler Staat und eine Volksgemeinschaft auf religiöser Grundlage erwachsen. Aber gewärtigen müssen wir uns natürlich, daß auch das Böse — das ist es nicht einmal, sondern das Gemeine — obsiegt; wir müssen darum jeden Augenblick kämpfen, und Kampf bleibt die Lösung auch für die Zukunft. Nicht ein Kampf im Dunkel des Triebhaften, wie ihn die Klassenkampflehre lehrt, sondern ein Kampf im Lichte des Ideals, ein Kampf, wenn Sie wollen, gegen die Masse, die in sich das Naturhafte repräsentiert und zum Lichte geführt sein will.

Ich bin am Ende. Vielleicht, meine verehrten Anwesenden, werden Sie den Eindruck haben, daß trotz der Länge meines Vortrags das Ergebnis ein mageres ist. Dann bitte ich Sie aber: rechnen Sie das meiner eigenen Unfähigkeit zu. Lassen Sie sich aber — und darauf möchte ich mit einem Wort hinweisen — nicht gereuen, daß Sie ein Thema wie dieses auf Ihre Tagesordnung gesetzt haben. Man hat das uns verdacht, und der Verein hat sich Angriffe zugezogen, als er unter anderem auch das Klassenkampfthema als Thema für seine Generalversammlung wählte. Ich möchte Ihnen eine Notiz aus einer Zeitung nicht vorenthalten, die lautet: „Es sind sicherlich sehr interessante Fragen, über die viel zu sagen sein wird — nämlich die Probleme des Klassenkampfes ... Sie scheinen aber nicht gerade im Zentrum des allgemeinen Interesses zu stehen und heute weniger als andere zu den Lebensfragen der deutschen Sozialpolitik zu gehören.“ Ich weiß wirklich nicht, was der Schreiber dieser Sätze sich gedacht hat; aber zu behaupten, daß die Klassenkampftheorie nicht zu den Lebensfragen der deutschen Sozialpolitik gehöre, das ist doch ein ziemlich starkes Stück.

Zollpolitik in allen Ehren; darüber mag diskutiert werden! Aber ich möchte glauben, daß die Einstellung auf solch ein allgemeines Problem, wie es das Problem des Klassenkampfes ist, die alten Traditionen des Vereins pflegt. Gerade dadurch hat dieser seine Bedeutung gewonnen, daß er derartige Fragen erörtert hat. Würden wir ausschließlich über die Fragen der Tagespolitik diskutieren, dann wären wir ein beratender Verein neben anderen. Aber daß wir den Mut gehabt haben, Weltanschauungsfragen zur Diskussion zu stellen, das ist der eigentliche Ruhmestitel unseres Vereins. Der Geist unserer großen Toten umschwebt uns, wenn wir eine Frage wie die des Klassenkampfes hier zur Erörterung stellen. Auch sie würden so darüber gesprochen haben, wie ich es getan habe, wenn auch vielleicht „mit ein wenig anderen Worten“. Ich glaube deshalb, wir sollten es uns nicht gereuen lassen, dieses Thema zur Diskussion gestellt zu haben. Es ist tatsächlich das tiefste, das entscheidende Problem in aller Sozialpolitik in aller Zukunft. Lösen wir es nicht in irgendeiner Form, so gehen wir unrettbar dem Untergang entgegen. Ich glaube, wir sollten auch zu unserer inneren Rechtfertigung sagen, ich speziell zu meiner eigenen Entlastung: magnis in rebus voluisse sat est.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Ich lasse nun eine Pause von fünf Minuten eintreten und bitte, diese Pause zu Wortmeldungen zu benützen.

(Pause.)

Vorsitzender: Ich eröffne nunmehr die Aussprache über den Vortrag des Herrn Geheimrat Sombart und erteile das Wort Seiner Exzellenz dem Herrn Grafen v. Mailáth.

Exzellenz Josef Graf v. Mailáth: Meine Damen und Herren! Wenn ich als Ausländer und nicht akademischer Gelehrter unmittelbar nach dem Vortrage des Herrn Professors Sombart den Mut habe, das Wort zu ergreifen, so will ich Ihnen gleich erklären, was mir diesen Mut gibt. Ich bin nämlich schon seit längerer Zeit in freundschaftlichen Beziehungen schriftlicher und persönlicher Art mit dem Herrn Professor und verdanke ihm sehr viele Anregungen. Der zweite Grund ist der, daß ich — obwohl beiläufig 30 Jahre Mitglied des Vereins für Sozialpolitik — noch nie Gelegenheit hatte, an einer Versammlung teilnehmen zu können. So wollte ich auch vor zwei Jahren nach Eisenach kommen;

aber wegen der Verhältnisse bei uns im Lande war mir dies unmöglich. Der jetzigen 51. Generalversammlung wollte ich auf keinen Fall fernbleiben, da ein mich sehr interessierendes Thema, der Klassenkampf, zur Sprache kam. Ich beschäftige mich als Laius aus Privatpassion schon 40 Jahre mit der sozialen Frage; habe mir während dieser Zeit eine diesbezügliche Bibliothek in vier Sprachen gesammelt.

Natürlicherweise kann ich zu einem so exakt wissenschaftlichen Vortrag wie dem des Herrn Professors Sombart weder etwas hinzufügen, noch mich in eine wissenschaftliche Diskussion darüber einlassen. Ich werde aber so frei sein, die Sache von der praktischen Seite zu betrachten, da der Verein für Sozialpolitik nicht nur wissenschaftliche Forschungen betreibt, sondern auch immer mit dem praktischen Leben in Fühlung stand.

Den Feststellungen Professor Sombarts, daß nämlich „unter dem Gesichtspunkte des Wertes die Klassenkampftheorie gemein ist; daß sie eine Gefahr für das Seelenleben der Massen bedeutet, sofern sie die Menschen zum Hass treibt und den Sündenschlamm auf die Oberfläche werfen läßt“, muß ich vollkommen recht geben, nachdem ich den Bolschewismus, als prägnanteste Ausartung des Klassenkampfes, mit meiner Familie am eigenen Leibe erfahren habe. War ich ja doch selbst in vier Gefängnissen während der sogenannten proletarischen Diktatur in Ungarn! Meine Erinnerungen, die diese Zeit umspannen, werden im Herbst erscheinen; sie umfassen die beiden Phasen: die Károlyische Revolution und die Herrschaft der Bolschewisten. In der dazu unter dem Titel: „Die Psychologie des Bolschewismus und seine Wirkungen in Ungarn“ geschriebenen Einleitung behandle ich diese Epochen in einer durchaus objektiven Weise, so daß daraus alle diejenigen, die als Theoretiker vom Bau sind, die Erfahrungen eines Mannes kennenzlernen können, der den ungarischen Bolschewismus nach russischem Muster persönlich mitmachte.

Herr Professor Sombart hat sich auf Lorenz Stein berufen. Ich war zwei Jahre an der Wiener Universität, und habe Lorenz Stein in den siebziger Jahren gehört. Bevor ich hierher gekommen bin, habe ich die meisten diesbezüglichen Schriften durchgelesen; habe auch von Lorenz Stein Bücher in die Hand bekommen, unter anderem auch sein berühmtes Werk vom Jahre 1848 „Kommunismus und Sozialismus im heutigen Frankreich“. Nebenbei bemerkt, halte ich dieses Werk heute noch für eines der besten über den Sozialismus. Ich habe zufälliger-

weise folgende Seite aufgeschlagen, die auf die heutigen Zeiten recht gut paßt, nämlich: „Der Sozialismus ist erst Empirie, dann Idee, dann Experiment. Die rohe Gewalt ist der Kommunismus, die Idee ist der Sozialismus, das Experiment ist die Sozialpolitik. Die soziale Frage ist die zum Selbstbewußtsein durchgearbeitete Weltgeschichte.“ Das letztere hat der Verein für Sozialpolitik bewiesen. Der Verein war

wie es der Herr Vorsitzende so prägnant ausgedrückt hat — nie eine Sekte, nie ein Konzil, hat nie Sonderinteressen vertreten, sondern immer nur die Persönlichkeit als solche betrachtet. Man kann sagen, daß der Verein „unbekümmert um der Parteien Haß und Gunst“ stets seiner wissenschaftlichen Überzeugung Ausdruck verliehen und jeder Überzeugung freien Lauf gelassen hat. Das war auch der Grund, warum ich schon vor so vielen Jahren dem Verein beigetreten bin.

Ich will die Damen und Herren nun nicht länger aufhalten, denn die Zeit ist sehr vorgeschritten. Ich will nur kurz auf einige Dinge noch die Aufmerksamkeit lenken.

Der Aufbau der kommunistischen gesellschaftlichen Ordnung wurde bei uns in Ungarn mit gänzlicher und vergütungsloser Abschaffung des Privateigentums in Angriff genommen. Die Steuern wurden abgeschafft, das Privatvermögen sollte eingezogen werden — anstatt jeder Produktion lag das Geschäft brach. Die neuen Schlagworte waren: „Mehr Lohn dem Produzenten! Nieder mit dem Stundenlohn! Prämiensystem!“ Aber auch dies nützte nichts, es mußten die Akkordlöhne eingeführt werden und niemanden gab es, der den Mut gehabt hätte, die Räteregierung aufmerksam zu machen, daß eben die Abschaffung dieser Löhne früher mit den entschlossensten Streiks und den blutigsten Kämpfen gefordert wurde.

So wurde nach und nach auf der ganzen Linie allgemein bekannt, der Bolschewismus sei nichts anderes als die Herrschaft der bösesten Thrannei und bedeute zugleich die gänzliche Unterdrückung des freien wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. So mußte die Herrschaft der Bolschewisten schon deshalb stürzen, weil sie jedes inneren idealen Inhaltes entbehrte und ihr Zustandekommen nur der Kriegspsychose verdanken konnte.

Die ungarischen Kommunisten haben — gesättigt von den Ideen Trotskys, Lenins und Bucharins — sich übereifrig der Kriegspsychose, der Desorganisation der ungarischen bürgerlichen Gesellschaft, ihrer

Indolenz und Feigheit zur Verwirklichung der Proletardiktatur bedient.

Daß die Kommunisten die ganze Sache, ich möchte sagen: so roh behandelt haben, hatte zur Folge, daß dieser Bolschewismus bei uns zum Glücke nur 133 Tage gedauert hat.

Ich schließe nun mit Karl Rautsky, der im Jahre 1922 schrieb: „Der Bolschewismus wird immer einen dunklen Flecken bilden in der Geschichte des Sozialismus!“

Prof. Dr. Grünberg-Frankfurt a. M.: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nichts Unangenehmeres kann es geben, als wenn man meint, gedeckt zu marschieren und sich ruhig und ungefährt sammeln und zum Kampfe vorbereiten zu können, während sich plötzlich und unerwartet zeigt, daß die Deckung fehlt. So geht es heute auch mir. Meine Deckung für die durch das Sombartsche Referat eingeleitete Diskussion sollte Herr Kollege Waentig bilden. Er hatte sich selbst in der Ausschusssitzung vom 13. März schon als erster Diskussionsredner, also eigentlich als inoffizieller Vorreferent, zu Worte gemeldet. Ich meinerseits wollte erst als zweiter Redner in der Diskussion zu Worte kommen. Denn ich war mir von vornherein bewußt, daß ich von Herrn Sombart nicht nur geistreiche Dinge zu hören bekommen würde — was man von ihm ja gewöhnt ist —, sondern auch solche, die Überlegung verlangen und zu denen man vielleicht nicht ex abrupto würde Stellung nehmen können. Nun ist aber Herr Waentig unserer Tagung ferngeblieben. Ich bin also, sehr gegen meinen ursprünglichen Willen, gezwungen, als Erster in der Debatte das Wort zu ergreifen. Es ist mir das jedoch gar nicht unlieb. Denn Sombart hat es mir leichter gemacht, als ich von vornherein angenommen hatte.

Wir haben einen außerordentlich feinen, geistreichen, glänzend disponierten Vortrag gehört. Aber ungefähr um dessen Hälfte herum erklärte Sombart: „Sie merken, meine verehrten Zuhörer, ich bin schon lange außerhalb des Bereichs der Wissenschaft.“ Das war etwa um die Mitte seiner Ausführungen herum. Wir wollen also Sombart selbst zufolge noch ein gut Stück der ersten Vortragshälfte als nicht zum Bereich der Wissenschaft gehörig ansehen; es bleibt dann im ganzen nur das erste Viertel, über das man ernsthaft diskutieren sollte und debattieren kann.

Was Sombart in diesem Viertel darlegte, hat sicherlich Hand und Fuß; aber er brachte doch auch eine Menge Dinge vor, die nicht

unwidersprochen bleiben können. Insbesondere gilt dies von seinen Ausführungen über die literargeschichtliche Entwicklung der Klassenkampftheorie. Besonderes Gewicht hat Herr Sombart auf die Unterscheidung gelegt zwischen einer relativistischen Form der Klassenkampftheorie und deren später durch Marx-Engels verabsolutierten Form. Er hat aber freilich sich selbst nicht gefragt und daher auch uns nicht gesagt, warum denn auf den Relativismus die Verabsolutierung gefolgt sei. Hätte er darüber nachgedacht, so wäre er zu den Grundlagen des Problems gelangt. Aber er kann zu diesen Grundlagen nicht kommen, weil er von seinen, sagen wir kurz, literargeschichtlichen Betrachtungen weg mit beiden Füßen in Weltanschauungsfragen und -auseinanderseßungen, und zwar natürlich in die Auseinandersetzung seiner Weltanschauung hineingesprungen ist. Von diesem Boden aus erklärte er dann einfach: die Idee des Klassenkampfs ist nicht richtig; sie widerspricht der geschichtlichen Wahrheit; sie ist unwahr; sie widerspricht dem Gott, der in uns lebendig ist; sie ist eben deshalb unwert, sagen wir lieber nichts wert, sagen wir lieber gemein; es liegt auch eigentlich der Klassenkampfanschauung keine Idee zugrunde, sondern nur das Ressentiment, der Sündenschlamm der Kanaille.

Was soll man zu derartigen Äußerungen sagen? Was, wenn man eine große, die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts und nun verstärkt das unsere ausfüllende, die Gemüter der Kulturmenschheit heftigt pro und contra bewegende Theorie und Bewegung mit solchen Behauptungen abtun hört? Sie soll der Geschichte widersprechen? Sie bildet doch den wesentlichsten Gehalt der Geschichte unserer Tage! Wenn dann Sombart sie als unwahr bezeichnet, so meint er damit natürlich, sie sei wertlos und nichtswürdig; denn was unwahr ist, kann ihm ebenso wenig wertvoll sein, wie das ethisch Wertlose Wahrheitsgehalt haben. Und daran ändert sich nichts durch Besangenheit auch der Vielen im Irrtum, im Gegensatz zu den wenigen mit dem wirklichen Wahrheitsgehalt Vertrauten. Eine dreifache Regierung der Klassenkampftheorie reduziert sich also auf eine bloß zweifache, und Sombart hat die ihm so liebe Dreiteilung auch hier wohl bloß aus Gründen der Symmetrie beibehalten. Wie dem nun aber immer sei: Angenommen, die Idee des Klassenkampfs wäre wirklich ein Irrtum, darf man denn schon jeden Irrtum, jede Unkenntnis als „gemein“ bezeichnen? Hört denn bei solcher beschimpfender Verkeinerung nicht die Möglichkeit jeder

wissenschaftlich fruchtbaren Diskussion auf? Herr Kollege Sombart kümmert sich aber nicht darum. Er stellt eben das Geistige dem Materiellen voran und misst diesem offenbar gar keinen inneren Wert bei. Doch kann ich hier nicht näher darauf eingehen, sondern begnüge mich damit, auf das Problematische in Sombarts Auffassung hinzuweisen.

Mancherlei hätte ich zu Sombarts Aufführungen über die Entwicklung des Klassenkampfgedankens zu bemerken. Bemerkenswert erscheint mir, daß er sie literargeschichtlich und nicht entwicklungsgeschichtlich gefaßt hat. Sie laufen daher auf eine mehr oder weniger ausführliche Kenntnisnahme von fremden literarischen Erscheinungen hinaus. Dieses literargeschichtliche Exposé ließe sich übrigens, nebenbei bemerkt, in sehr interessanter Weise ergänzen. Wenn schon die Frage nach der Priorität eines Gedankens als so wichtig angesehen wird, wie das durch Sombart geschieht, dann dürfte man es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß vielfach bereits vor der französischen Revolution, vor allem durch Recher und Linguet, die Klassenkampftheorie, wenn auch flüchtig, so doch inhaltlich scharf formuliert worden ist. Recher erscheint „das Volk durch Eigentumsgesetze verdammt, immer nur das Allernotwendigste für seine Arbeit zu bekommen“; die Geldwirtschaft erleichtere noch die Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen durch die Starken, denn „dank derselben brauchen sie nicht zu untersuchen, ob der Arbeiter auch mit dem ihm in Geld ausbezahlten Lohn das Auslangen finden könne“; eine kleine Anzahl von Menschen habe „sich in die Erde geteilt und hinterher Gesetze gemacht, um sich gegen die Masse zu schützen, wie man im Walde einen Verhau gegen wilde Tiere errichtet“. Auch Linguet sieht keinen anderen Zweck der Gesetze als „Schutzmaßregeln zu sein zugunsten der Besitzenden gegen die Besitzlosen“; sie seien „gewissermaßen eine Verschwörung gegen den zahlreichsten Teil des Menschengeschlechts, gegen die dieser nirgends und auf keine Art Hilfe finden könne“. Die Akkumulations-, die Verelendungs-, die Konzentrations-, die Mehrwerttheorie: alles ist schon vor der französischen Revolution, wenn auch vielfach bloß im Keime, da — wie übrigens ein Blick in die „Theorien vom Mehrwert“ des auf die Wahrung fremder Prioritätsrechte stets wohlbedachten Marx lehrt. Natürlich insogedessen auch die Klassenkampfidee. Aber allerdings haben jene Publizisten des 18. Jahrhunderts keinen Ausweg aus dem Wirrsal zu sehen vermocht. Sie nehmen also dieses als unvermeidlich gegeben hin. Unterscheidet das schon ihre Lehren fundamental von der

Marxschen Klassenkampftheorie, so erst recht die verschiedene Resonanz, die diese und jene hervergerufen haben. Wie erklärt Sombart diese Tatsache? Wie, daß man es im 18. Jahrhundert weder mit mehr als sozialistischen Eingängern zu tun hat, noch mit einem Widerhall ihrer Schriften in den Massen? Fragt man danach, so ist diese Frage sicherlich nicht dadurch beantwortet, daß aus dem oder jenem an den Haaren herbeizogenen Zitat aus Moses Hes oder Lorenz v. Stein bewiesen werden will, daß diese Männer und nicht etwa Karl Marx die Klassenkampftheorie zur Ideologie des Proletariats gemacht haben. Nicht um einen literarischen Prioritätsstreit handelt es sich, sondern um die Beantwortung der Frage: Ist der Klassenkampf vor der Theorie dagewesen, oder ist er erst, wie Sombart uns glauben machen will, durch die Theorie hervergerufen? Soviel ich verstehen konnte, scheint nun Sombart wirklich zu glauben: der Klassenkampf sei das Werk revolutionärer Klassenkampftheoretiker, revolutionärer Sozialisten; die Leute vom Bund der Gerechten und Kommunisten, Marx und Engels hätten die Massen aufgehegt und sie überredet, sich zur Klassenkampftheorie zu bekennen (soweit auf Seite der Massen von Bekennen gesprochen werden kann), d. h. dazu, sich in unversöhnlichem Gegensatz zu der Klasse der Besitzer der Produktionsmittel zu fühlen und der Überzeugung, des Glaubens zu leben, daß der Klassengegensatz durch die Beseitigung der herrschenden Klassen aufgehoben werden könne und aufgehoben werden würde.

Ich wiederhole: Wie erklärt es sich, daß die Ideen vom Klassenkampf, über die im 18. Jahrhundert so viel geschrieben worden ist, gar keinen Widerhall in den Massen gefunden, gar keinen Versuch praktischer Verwirklichung erlebt haben — es sei denn der von Gracchus Babeuf, der mit so viel kindlichem Heroismus und mit so kleinen Mitteln unternommen wurde, daß der Geschichtsschreiber der großen Revolution Quinet bemerken durfte, „man müßte ihn groß nennen, wenn nicht zur Größe auch ein Quentchen gesunden Menschenverstandes gehörte“? Wie erklärt es sich, daß die damals noch unhörbar zu Boden gefallenen Ideen nachmals und vollends seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer stärkeren Anklang fanden, daß nicht mehr einige Literaten, Intellektuelle, Verschwörer sich mit ihnen beschäftigten, sondern stetig wachsende Massen für sie hellhörig und hellhöriger wurden? Weil Marx-Engels das Maul stärker aufgerissen und lauter geschrien haben? Im Gegensatz zu früheren Epochen seiner

eigenen publizistischen Entwicklung glaubt dies Sombart anscheinend heute wirklich. Die Klassenkampfbewegung wäre danach das Ergebnis der Agitation einiger Menschen, einiger „Heizer“. Welche Überschätzung der Rolle des Literarischen und Agitatorischen!

Aber mich will bedürfen, als ob doch Sombart selbst nicht so fest von der Richtigkeit und Wirksamkeit dessen überzeugt wäre, wovon er uns heute überzeugen wollte. Im letzten Teil seiner Ausführungen spielen Bemerkungen eine große Rolle, daß er zwar selbst hoffe, weil glaube, aber nicht überzeugt sei, daß ein Kampf gegen die Klassenkampftheorie zum guten Ende führen werde. Er hofft also, aber er hat doch zugleich recht pessimistisch gesprochen.

Nun wollen wir uns aber mit der Klassenkampftheorie selbst beschäftigen.

Ob sie gemein oder nicht gemein ist, das kann man wissenschaftlich nicht erörtern. Was heißt „Gemeinheit“? Hier beginnt das Gebiet des Dogmas, und Sombart spricht aus seiner Einstellung gegen die materialistische Geschichtsauffassung heraus. Ohne weiteres sei zugegeben, daß es im historischen Materialismus einen — noch — ungelösten Rest gibt. Ich pflege daher zur „Erklärung“ gewisser geistiger Erscheinungen zu sagen: Est deus in nobis. Das heißt ich weiß für sie an der Hand der materialistischen Geschichtsauffassung noch keine Erklärung in dem Sinne, daß sie sich als bloßer Reflex der materiellen Interessen, die sich systematisch im Wirtschaftsleben durchsetzen, darstellen. Wie oft zeigt uns die Geschichte Beispiele reinster Hingabe an andere als die unmittelbar eigenen und an andere als rein materielle Interessen! Um auf ein uns allen hier besonders naheliegendes Beispiel zu greifen: Als eine Reihe von Männern im Jahre 1872 in Eisenach zusammentraten, um gegen die damals herrschende mächtige, manchesterliberale Richtung sich zu wenden und im darauffolgenden Jahre den Verein für Sozialpolitik zu begründen, war das im gewissen Sinne doch auch ein Beweis dafür, daß es einerseits Intellektuelle gab, die ihren Vorteil darin finden, wenn sie bei den Herrschenden, bei den Mächtigen bleiben, aber anderseits doch auch solche, die es wagten, sich auf die andere Seite zu stellen, trotzdem sie dabei Gefahr für ihre persönlichen Interessen zu gewärtigen hatten, während sie vom Zusammengehen mit den Mächtigen reiche Ehren erwarten durften. Ich will also dem Herrn Kollegen Sombart gern einräumen, daß der Mensch nicht nur aus *Schriften 170. — Verhandlungen 1924.*

teriellem besteht. Jedenfalls können wir bei dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft an der Hand des historischen Materialismus zwar sehr viel, aber noch nicht alles erklären. Hier soll ja aber von sozialen Theorien, und namentlich von der Klassenkampftheorie, gesprochen werden, die nach Sombart der Ausdruck, die theoretische Formel für das Sichherwälzen des „Sündhaften“, des Bösen im Menschen ist. Und Sombart proklamiert als einziges Heilmittel gegen diesen „Sündenschlamm“ die Rückkehr zu Gott, oder genauer: die Rückkehr zur Kirche. Zurück also zu dieser und jenem! Wenn man mir mit Argumenten wie Sünde oder, was nach Sombart dasselbe ist, „Gemeinheit der Knaus“ kommt, dann kann ich sie nicht mehr als wissenschaftlich zugeben und diskutiere nicht länger mit.

In der Wissenschaft überhaupt und in der Wirtschafts- und Gesellschaftslehre insbesondere haben wir es nicht mit dem Problem der „Sünde“ zu tun. Sünde sowohl als göttliche Frömmigkeit sind Dinge, die als Gegenstand der Betrachtung und Würdigung außerhalb des Untersuchungsbereichs des Vereins für Sozialpolitik liegen. Wir haben uns hier nicht mit Religions- oder Kirchenpolitik, sondern eben mit Sozialpolitik zu befassen. Ich glaubte mich zuletzt bei Sombarts Rede in die Kirche versetzt und eine Predigt statt eines wissenschaftlichen Vortrags zu hören. So sehr, daß ich einen neben mir sitzenden Kollegen fragte: Wollen wir nun nicht ein Ave-Maria beten? In der Tat, folgt man Sombart, so muß man in letzter Instanz die Lösung aller volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dinge in der göttlichen Gnade erblicken und darin, daß diese göttliche Gnade nicht nur wenigen, sondern allen zuteil wird. Eine Folgerung, die gerade nach Sombart selbst wieder als unrichtig bezeichnet werden muß, d. h. der geschichtlichen Empirie zuwider, also als nichtswürdig. Denn soviel ich weiß, ist die göttliche Gnade in den letzten 1924 Jahren zwar in einigen Heiligen in Erscheinung getreten, etwa auch nach der Apostelgeschichte in der Urkirche, vielleicht zeitweilig noch in einigen kleinen religiösen Gemeinschaften — aber doch nicht mit Ausdehnung auf die große Masse; und ich fürchte, daß, ebensowenig wie ich, auch viele, viele von Ihnen in Sombarts Sinn der göttlichen Gnade noch nicht teilhaftig geworden sind.

Doch lassen wir das, und reden wir lieber klar und deutlich von der Klassenkampftheorie und von den eigentlichen Gründen für das Hervortreten dieses „Sündenschlamms“, dieses Ressentiments der

Kanaille gegen das Wahre und Wertvolle! Ist es bloß hervorgerufen durch den Willen der Menschen zum Bösen? Sombart, der vermeint, eine dualistische Auffassung im Gegensatz zu der von ihm bekämpften monistischen zu verfechten, täuscht sich. Bei näherem Zusehen bemerkt man leicht, daß auch er zuletzt nur einen Erklärungsgrund kennt: Gott als Lenker aller Dinge, dem die Menschen nur ihr Herz zu öffnen brauchen, damit alles sich zum Besten, damit alles sich zum Guten wende. Aber warum tun sie das nicht, sondern geben sich der Sünde des Klassenkampfgedankens hin? Früher waren es nur wenige, die im Sündenschlamm untertauchten. Ihre Stimme wurde kaum vernommen. Man hörte noch auf andere, die seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, seit dem Auftreten der Physiokraten, an der Zerstörung der alten, aus dem Mittelalter überkommenen, morsch gewordenen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung arbeiteten, um sie durch die liberale zu ersetzen. Auch die waren, um mit Sombart zu reden, „sündig“. Auch sie versuchten die Interessen einer neuen gegen die alte Welt. War also die von ihnen vertretene „bürgerliche Revolution“ auch nur ihr persönliches Werk, also das Werk einiger Agitatoren und Hekes, etwa Quesnays, Turgots, Smiths, der englischen Utilitaristen? Oder war die damalige Bewegung, die auch eine Klassenkampfbewegung war, nur daß sich der Kampf unter anderen Klassen abspielte als in unserer Zeit, auch lediglich sündig, bloß ressentimentmäßig, unwahr und nichtswürdig? Wer solches behauptet, mit dem läßt sich ernsthaft nicht reden. Also auch die früheren Jahrhunderte, auch die Wende von der feudalen zur modernen Welt sind voll von Klassenkampf. Sie leugnen heißt die geschichtliche Wahrheit verneinen. Aber allerdings ist die Klassenkampftheorie im modernen Sinn, wie Marx sie formuliert hat, und der moderne Klassenkampf durch neuartige Verhältnisse gezeitigt. Sie sind eine Erscheinung relativistischer Art, durch den Kapitalismus verursacht und auf die kapitalistische Gesellschaft beschränkt. Denn mit dieser würde ihr Nährboden verschwinden. Es ist nicht richtig, daß die Klassenkampftheorie von Marx-Engels als verabsolutiert, d. h. als in Zeit und Raum gültig hingestellt wurde. Sombart sollte das nicht vergessen haben. Hat ja er selbst in seinen jüngeren Jahren sich sehr eifrig mit der Frage beschäftigt, warum denn nach dem Siege des Sozialismus die Klassenkämpfe aufhören sollten, welche der „Sündenfall“ der Menschheit, die Einführung des Privat-eigentums gezeitigt habe. In seinen jüngeren Jahren bekämpfte

Sombart den Marxismus also nicht als verabsolutierte Klassenkampftheorie, sondern gerade wegen der geschichtlichen Bedingtheit, wegen der relativistischen Rolle also, die ihr ihre Schöpfer zugewiesen haben. Was auch Sombart damals gewußt hat, darüber gibt nicht nur der Marxismus, darüber gibt auch sonst jeder ernsthaft zu nehmende Sozialist des 19. Jahrhunderts Auskunft. Man braucht diese Auskunft immerhin nicht als richtig hinzunehmen, man mag sie ablehnen. Aber man darf nicht ihren Inhalt in sein Gegenteil verkehren. Nach marxistischer Auffassung ist die sozialistische Produktionsweise lediglich als Fortsetzung der kapitalistischen anzusehen — unter neuer Firma. Die Herrschaft über die Produktionsmittel wird nach dem Siege des Sozialismus keine private sein, sondern der Gesamtheit zustehen. Der Sozialismus wird sozialer Kapitalismus sein im Gegensatz zum heutigen privaten Kapitalismus. Unter dem Gesichtspunkt entwicklungsgeschichtlicher Betrachtung erscheint daher der Sozialismus als Fortsetzung des Kapitalismus mit anderen Mitteln. Was wir heute Kapitalismus nennen, ist ein allmählich gewordenes Ergebnis der ganzen Geschichte der romanisch-germanischen Welt seit dem 5. Jahrhundert unserer Zeitrechnung. Parallel zu jenem Werden und Wachsen sind auch Verschiebungen der Kultur und Gegensätzlichkeiten der Klassen eingetreten, — bis zu unserer Zeit. Unsere Zeit zeigt sie in, verglichen mit früher, ganz eigener Form. Während in früheren Geschichtsperioden andere Herrschafts-, andere Ausbeutungsformen geherrscht haben und andere Prinzipien der Ausbeutung, kennzeichnet sich der moderne Kapitalismus durch die Herrschaft der Besitzer des Produktionskapitals über die des Produktionskapitals Baren (die man mit unrichtigem Sprachgebrauch als besitzlos zu bezeichnen pflegt). Es herrscht über die Arbeit das Kapital. Aber wenn dieses Herrschaftsprinzip verschwunden ist, dann gibt es kein heute als möglich sichtbares Herrschertum mehr. Denn die Arbeit als Herrschaftsprinzip ist mit der Beherrschung von Menschen durch Menschen unvereinbar. Ebeneshalb kann es nach ihrem Siege keine Klassen und daher auch keinen Klassenkampf mehr geben. Dieser wird daher verschwinden, wenn der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit aufgelöst ist in deren beider Synthese, in Form von Vergesellschaftung.

Was dann? fragt Sombart. Diese Neugierde vermag der Marxismus nicht zu befriedigen. Er will es auch gar nicht. Ziel seiner Forschung und Darstellung sind ja nur die Bewegungsgesetze der Kapi-

talistischen Gesellschaft, dank denen diese über sich selbst hinaus dem Sozialismus zutreibt. Für den Wissenschaftler, für den marxistischen Theoretiker gibt es notwendig, solange der Sozialismus noch nicht Wirklichkeit ist, kein anderes Ziel der Forschung. Sonst müßte er sich vom Boden der Realität weg in Phantastik verlieren. Für den Glaubenden und Hoffenden allerdings besteht diese Schranke nicht. Und insofern eignet in der Tat dem Sozialismus, oder genauer: gläubigen Sozialisten, ein chiliastisches Element. Sie mögen wünschen, hoffen, glauben, daß die sozialistische Zukunft ihnen das Paradies bringen werde, ein Paradies ohne Schlange. Ein Marxist im wissenschaftlichen Sinne jedoch muß jede Auskunft — die nur Prophezeiung wäre — über eine Zukunft jenseits der Schwelle des Kapitalismus ablehnen. Wie unter ganz veränderten Voraussetzungen der Verlauf der Geschichte sein wird, das können wir nicht wissen. Die Menschen sind immer außerstande, in die Zukunft zu blicken. Und einen kräftigeren Beweis dafür konnten Sie gar nicht haben, als damit, daß Herr Sombart erklärt: Wir müssen den Kampf gegen das Böse aufnehmen, denn Böses und Gutes kämpfen immer gegeneinander, und der Teufel und Gott stehen einander immer gegenüber. Aber heute herrscht offenbar der Teufel in den Seelen aller Menschen, mit ganz wenigen Ausnahmen, und dieser Teufel muß vertilgt werden. „Ich hoffe, fügt Sombart hinzu, er werde vertilgt werden. In mir lebt der Optimismus als Folge des allgemeinen Glaubens an einen allgütigen und allweise waltenden Gott. Der heilige Augustinus hat die civitas dei, die christliche Charitas, die Erfülltheit mit göttlicher Gnade und die Menschenliebe gefordert, die in Wohltun besteht und deshalb Gutes tun kann, weil sie nicht Klassenkämpferisch ist.“

Darauf ist zu erwidern, daß man es bei der civitas dei mit keiner Tatsache in der Beleuchtung der geschichtlichen Empirie zu tun hat. Zeigt uns diese nicht, daß sich jene Aufforderung zur Liebe der Menschen untereinander keinesfalls in die Wirklichkeit umgesetzt hat? Wissen wir nicht, daß sie allerdings auch Neues brachte in das Alte, zugleich aber in das Neue nur zu viel Altes verschleppte? Wie hätte es auch anders sein können, da jegliche Zukunft aufgebaut wird von Menschen der Vergangenheit? Sombarts Argumente gegen die Klassenkämpfertheorie und gegen den Sozialismus, daß man nicht weiß, was später sein wird, außer man hofft und glaubt, es werde gut sein, diese Argumente sind also nicht allzu stichfest. Der Marxismus als wissen-

schäftsliche Lehre -- und ich erinnere mich an die Zeit, da noch Sombart den Marxismus als wissenschaftliche Lehre angesehen hat --, (Sombart: Immer noch; wenn der Sozialismus kommt, wird er irrational!)

er wird eigentlich nicht irrational, er wird zum „eigentlichen und echten“ Sozialismus. Ich weiß nicht, welches der echte ist.

(Sombart: Nicht der Ihrige!)

Ich möchte wissen, welcher der echte ist. Sie haben in Ihrer ganzen Deduktion immerfort dem Marxismus und dem Sozialismus vorgeworfen, sie seien negativ, zerstörend. Was ist das Echte, was das Falsche? Nun, ich geträume mich vorläufig. Wenn Ihr Buch erscheint, werden wir Gelegenheit haben, aus ihm zu erfahren nicht nur, was der falsche Sozialismus ist, sondern auch was der echte sein soll.

Es versteht sich von selbst, daß ich keinen Vortrag gleich fein aufgebauter Art wie der Sombartsche aus dem Ärmel schütteln kann. Ich muß mich auf einzelnes beschränken. Immerhin möchte ich noch ein paar Worte zu Sombarts Widerlegung der Klassenkampftheorie vom ethischen Standpunkt aus sagen.

Es ist wieder das Alte! „Unrichtig“ -- darüber könnte man noch streiten; geschichtliche Erfahrung braucht nicht schlechthin wahr zu sein. Denn stimmt sie mit den ewigen Wahrheiten überein, so wäre ja das Reich Gottes auf Erden schon verwirklicht. Es gäbe keine Bewegung und keine Veränderung -- weder zum Besseren noch zum Schlechteren. Es gäbe weder den Verein für Sozialpolitik noch die Vorträge in demselben, denn all das wäre nicht nötig. Im Reich Gottes wird man keine Sozialpolitik treiben, weil in ihm alle ihre Probleme dadurch gelöst wären, daß die gegenseitige Liebe der Menschen zueinander das oberste Prinzip wäre.

Ich meinerseits sehe nicht ein, warum die Idee des Klassenkampfes a priori schlechter sein soll als andere. Aber Sombart erklärt, sie sei vom ethischen Standpunkt aus zu verurteilen, weil sie gefährlich ist für das Seelenleben der Menschen, weil sie die Ausgeburt ist des Schlammes, der Sündhaftigkeit. Diese Sündhaftigkeit sei nicht nur eine Folge, sondern auch eine Ursache: die Menschen würden durch den Schlamm des Klassenkampfgedankens noch immer sündhafter. Er werde so zur Gefahr auch für die Friedensgemeinschaft. Denn jegliche Friedensgemeinschaft -- Nation, Staat und die von Sombart in erster Reihe genannte Kirche -- beruhe auf Liebe. Ohne Liebe gäbe es keine

von ihnen. Nun wohl, die Geschichte berichtet von vielen Bürgerkriegen. Sie waren und sind Folge des Klassenkampfes? Hat man nicht aber auch gesehen, daß Menschen einander unter Berufung auf die göttliche Wahrheit verbrannt, eingekerkert, von Haus und Hof, aus der Heimat in das Elend getrieben haben? Ich verstehe also wirklich nicht, weshalb der Klassenkampftheorie mehr aufgemacht wird als allen anderen, geschichtlich früheren oder neben ihr heute noch konkurrierenden Glaubensauffassungen und Weltanschauungen. Die Menschen sind eben eine böse Rasse, und es geht wohl kaum an, einzige die Klassenkampftheorie verantwortlich zu machen — auch wenn man sie literargeschichtlich ins 17. oder 18. Jahrhundert zurückdatiert.

Doch um Sombarts Worte wieder aufzunehmen. Der Klassenkampfgedanke sei gefährlich für das Seelenleben der Menschen, denn er schaffe keine Liebe! Kein Verband von Menschen könne aufgebaut sein oder vorsichtiger gesagt — und ich glaube, Herr Sombart wird mir dann zustimmen — könne beeinflußt oder hervergerufen sein außer durch Liebe; die Klassenkampftheorie lasse aber Liebe nicht aufkommen und infolgedessen sei sie nicht organisationsbildend im Sinne jener drei großen Verbände Volk, Staat, Kirche. Sie vermöge keine große Organisation zu schaffen, sondern nur die alten zu zerstören. Sie zerstöre den Glauben; sie zerstöre durch ihre Internationalität die nationalen Zusammenhänge; sie zerstöre schließlich dadurch, daß sie den Staat als ein Exekutivorgan der jeweils herrschenden Klasse ausgibt, den Glauben an den Staat.

Ist jedoch die Klassenkampftheorie positiv und negativ nicht doch organisationsbildend? Wie steht es um die — schon während der Tagung in Eisenach von Mitgliedern des Vereins so sehr beklagten — immer stärker hervortretenden Interessengruppen und deren Funktionierung? Gibt es nicht heute gewaltige Verbände, Gewerkschaften, die sich wieder zu Übergewerkschaften zusammenschließen, die zuletzt sogar sich über die nationalen und politischen Grenzen hinweg zu internationalen Organisationen auswachsen? Begegnen wir nicht der gleichen Erscheinung auch auf Seiten der Unternehmer, soweit sie als Produzenten auf dem Warenmarkt erscheinen oder als Arbeitgeber, als Käufer von Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt? Aber freilich wird man mir entgegenhalten, die Leute lieben einander nicht, und gerade das hier aufgelegte Heft 37 des „Wirtschaftsdienstes“ bringt neues frappantes Belegmaterial hierfür. Gut, wie steht es

aber mit den Gewerkschaften? Auf welche ungeheure Opferfähigkeit, auf welche Hingabe an eine als gemeinsam erkannte Sache, auf welches immer stärkere Solidaritätsgefühl, auf welche Fähigkeit im Kampfe stoßen wir da! Vielleicht, das kann ich ohne weiteres zugeben, besteht nicht die gleiche Liebe zwischen Gewerkschaftsangehörigen oder zwischen Kartellangehörigen oder zwischen Angehörigen von Arbeitgeberverbänden wie einst in der urchristlichen Gemeinde. Aber ich würde nicht, daß sich die Nations-, Staats- und in Wirklichkeit auch Kirchenangehörigen als in einem persönlichen Verhältnis der Liebe zueinander stehend betrachten. Was man in den oben genannten Gemeinschaftsformen als, allein mögliche, Liebesmanifestation findet, das ist auch in den modernen, vor allem und zumeist in den Arbeiter-Verbänden aller Art zu finden, nämlich die Liebe zu der als gemeinsam erkannten Sache, die Hingabe an das, was als gemeinsames Interesse zutiefst im Menschen empfunden wird. Natürlich sind sie Kampfverbände! Zu Kampfzwecken sind sie entstanden, aber um des Kampfes willen in der Liebe zur res communis! Warum sollte diese Liebe geringer gewertet werden als jene der anderen geschichtlich überkommenen Gemeinschaften, die Sombart als alleinigen Nährboden für sozialen Zusammenhalt und Liebe angesehen wissen will? Liebe hier, Liebe dort, Haß hier, Haß dort! Wenn Haß nicht existierte, wäre es viel schöner? Aber im Ratschluß der Weltweisheit ist es offenbar anders bestimmt. Übrigens ist ja der Haß selbst eine der Formen der Liebe, wenn die Liebe zur eigenen Gemeinschaft, zur eigenen Klasse ihn gegen die Gegner derselben zeitigt. Darf man also mit Sombart proklamieren, daß zum Beispiel die modernen Arbeiterorganisationen, die doch offenbar aus den Lebensbedingungen der sich wandelnden Gesellschaft heraus entstanden sind, unwert und gemein, der Liebe unfähig und nur zur Pflege des Hasses fähig sind, so daß alle Liebe aus der Gesellschaft verschwinde? Konstatieren nicht vielmehr alle, die nicht absichtlich ihre Augen verschließen, daß sie in dem Rahmen der neu gebildeten Verbände ebenso möglich ist, wie sie in den alten vor kommt? Aber auf diese Frage hat Sombart eine einzige Antwort: Es sind Interessentenverbände, sie können also nicht Resultat und Träger von Liebe sein.

Ich darf jedoch schließen. Eine weitere, eingehende Behandlung der Frage würde zu weit führen. Da Herr Kollege Sombart auch noch mancherlei Neues und Ergänzendes für seinen zweiten Vortrag in Aus-

sicht gestellt hat und man nicht alles auf einmal sagen kann, so will ich auf weitere Probleme, die von größter Wichtigkeit sind, gar nicht eingehen. Ich habe auch als Diskussionsredner Ihre Zeit schon übermäßig in Anspruch genommen. Ich will nur noch einmal mit wenigen Worten auf Sombarts Argument gegen die modernen Arbeiterorganisationen zurückkommen: Es handelte sich eben um Interessenverbände. Interessen sind ihm gemein. Ich räume ein, daß Sombart das von allen Arten von Verbänden behauptet. Das ist schon auf unserer fünfzigsten Tagung in Eisenach gesagt worden. „Alles das — ruft Sombart aus —, was so den Inhalt des realen Lebens ausmacht, das ganze Wirtschaftsleben ist gemein; es ist nur eine Steigerung der Gemeinheit ins Ungemessene, wenn jetzt auch noch Motorräder und Radio existieren.“ Solche Äußerungen verstehe ich vom wissenschaftlichen Standpunkt aus einfach nicht. Kann man denn als Nationalökonom in dieser Weise von dem Wirtschaftsleben und den wirtschaftlichen Interessen schlechthin abstrahieren wollen und sich auf Gottes Gnade zurückziehen?

(Sombart: Das tue ich doch nicht! Das Gemeine herrscht ja!)

Wohin soll denn das Gemeine? Das kann nur weg, wenn etwa der Schlamm aus den Sümpfen durch irgendeine höhere Gewalt herausgepumpt wird. Aber offenbar meinen Sie, Herr Kollege Sombart, jeder Einzelne pumpe ihn sich selbst heraus. Sie sagten: Tuet die Sünde ab! Nach Ihnen bleibt, will man das und aus dem Wirtschaftsleben heraus, dann nur ein Weg: „Geh in ein Kloster, Ophelia“. Nur dort findet man Frieden, nur dort Ruhe, nur dort kann einem die göttliche Gnade zuteil werden.

Aber in wirtschaftstheoretischen Erörterungen darf man von der Wirtschaft nicht abssehen. Etwas anderes ist deren ethische Wertung. Doch diese gehört nicht ins Gebiet unserer Fachwissenschaft. In der Tat sind Sie mit Ihren Ausführungen ganz von ihren Boden abgerückt. Denn als einziges Mittel, um ihrer Gemeinheit zu entgehen, wissen Sie nur zu empfehlen die Beschäftigung mit den letzten Problemen der menschlichen Seele. Wir müßten alle Auffassungen verbinden mit dem letzten Problem des Menschenlebens. Tuet die Sünde ab! fordern Sie. Was kann man darauf sagen als: Gut, tun wir die Sünde ab?

(Beifall.)

Vorsitzender: Ich möchte empfehlen, bei der Diskussion nach Möglichkeit Weltanschauungs- und Glaubensfragen auszuschalten. Wir

müssen Herrn Sombart überaus dankbar sein, daß er ein persönliches Bekenntnis abgelegt hat, aber darüber zu diskutieren, liegt meines Erachtens außerhalb der wissenschaftlichen Kompetenz. Wissenschaftlich diskutabel erscheint mir wesentlich seine Begriffsbestimmung des Klassenkampfes und seine empirische Kritik, die er geübt hat. Diese Kritik richtete sich gegen die absolute Theorie vom Klassenkampf, nicht etwa gegen die relative Bedeutung, die der Klassenkampf besitzt, als eines von vielen Elementen der menschlichen Entwicklung.

Prof. Dr. Waldemar Mitscherlich-Breslau: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht meine Absicht auf die Ausführungen des Herrn Sombart kritisch einzugehen. Ich möchte nur einige kurze ergänzende Bemerkungen machen und zwar auf Zusammenhänge hinweisen, die von Herrn Sombart unberücksichtigt gelassen worden sind. Im großen und ganzen stehe ich auf dem Boden dessen, was Herr Sombart vorgeführt hat. Worauf es mir ankommt, ist, die Voraussetzungen festzustellen, die für ein Auftreten der Klassenkampfidee als massenbeherrschenden Gedanken gegeben sein müssen. Das selbstverständliche Gegenstück ist die Frage: Sind diese Voraussetzungen noch im 20. Jahrhundert vorhanden oder nicht? Muß die Frage verneint werden, so ergibt sich als Folge ein langsames Versiegen der Quellen, die den Klassenkampfgedanken gespeist haben. Er muß als massenbeherrschende Idee absterben. Ich werde also im Hinblick auf die Kürze der Zeit schlagwortartig zuerst sprechen von den Voraussetzungen des Klassenkampfes, und werde dann die Frage aufwerfen, ob diese Voraussetzungen für die Gegenwart noch gelten, und als letztes zu der außerordentlich wichtigen Frage übergehen, die von Herrn Sombart nur angeschnitten worden ist: nämlich, welche Ideen auftauchen, um die Klassenkampfidee zu beseitigen.

Wir wenden uns zuerst den wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen des Klassenkampfes zu. Sie sind uns allen bekannt. Deshalb nur kurze Hinweise. Im 19. Jahrhundert herrscht die Einzelwirtschaft, die Individualwirtschaft. In ihr gilt der freie Wettbewerb. Die Folgen hiervon: Diejenigen, die in diesem Kampf wohl ausgerüstet sind — sei es mit Machtmitteln wirtschaftlicher Natur, Kapital, Grund und Boden oder mit geistigen Fähigkeiten, mit Willenskraft und Zähigkeit —, sind in noch nie dagewesener Weise in der Lage, die im Wirtschaftsleben weniger gut ausgerüsteten Menschen auszubeuten. Das

mußte schließlich eine starke soziale Spannung herbeiführen. Diese erzeugte mit anderen Faktoren die Möglichkeiten der Ausdehnung des Klassenkampfes.

Als weitere ökonomische und soziale Erscheinungen, die nach dieser Richtung hin wirkten, sind die Konzentration des Kapitals, der Arbeit und vor allen Dingen der Arbeitermassen mit ihrem proletarischen Charakter zu nennen. Dazu kommt noch ein Moment, das ich als Überrumpelung der unteren Schichten bezeichnen möchte. Diese wurde durch die ungeheure wirtschaftliche und soziale Revolution hervorgerufen, die im 19. Jahrhundert stattgefunden hat. Auf diese Umläzung waren die unteren Schichten in keiner Weise vorbereitet. Sie sahen sich ihr ziemlich wehrlos gegenüber. Das erhöhte die Not, vergrößerte die Spannung. Weiter mache ich auf die Ausbildung des Verkehrswesens, des Nachrichtendienstes und des Zeitungswesens aufmerksam. Diese letzteren Faktoren ermöglichen erst ein Aufrütteln der Massen, ermöglichen erst die Aufnahme und Verbreitung des Klassenkampfes.

Als Voraussetzungen geistiger Natur schicke ich etwas ganz Allgemeines voraus, nämlich die allgemeine Schulpflicht mit ihrer Bildung der Massen. Damit war ein empfänglicher Boden geschaffen. Die Massen konnten täglich von dem Gedanken des Klassenkampfes erregt werden; er konnte sich tief in die Seelen der Proletarier eingraben.

Im Mittelpunkt der geistigen Voraussetzungen steht aber der Individualismus. Die geistige Kultur des 19. Jahrhunderts ist fast rein individualistisch. Dieser Individualismus zeigt sich einmal in einer groben Form als Recht des Einzelnen auf Freiheit in der Gestaltung seines Lebens und seines Handelns, als Recht des Auslebens seiner Kräfte. Das schuf bei den Unternehmern ausbeuterische Gesinnung, die zu einer nicht minder kräftigen Gegenwehr der unteren Schichten führen mußte, und zwar zur Verkündigung und zum Glauben an die Berechtigung des Klassenkampfes.

Dann wäre auf die feinere Form des Individualismus hinzuweisen. Die feinere Form des Individualismus findet sich in der Proklamierung des Rechtes des Einzelnen auf Eigenart. Diese Form des Individualismus ist für unsere Gedankengänge bedeutungslos. Wichtiger wird der Hinweis, daß der Individualismus sich in zwei Strömungen zur Geltung bringt, und zwar in einer idealistischen und einer

materialistischen. Der letzteren fielen die unteren Schichten anheim. Die nackte Not, das Elend war die Ursache. Aus dieser Not wollte man heraus. Die Idee des Klassenkampfes sollte das Mittel dazu bieten. Darüber vergaß man die organische Natur der Volksgemeinschaft und glaubte, die Menschheit als Einheit auffassend, soziale Querschnitte durch sie vornehmen zu können. So gab man sich dem Gedanken hin: ein einziger Gegensatz bestände in der Menschheit, der Gegensatz zwischen der sozialen Schicht der Proletarier und der Nichtproletarier. Der Klassenkampf fände nur dann ein Ende, wenn die Nichtproletarier aus dem Leben der Völker verschwinden würden. Also: durch Klassenkampf zur Freiheit!

Für die Idee des Klassenkampfes ist außer dem Individualismus noch eine andere geistige Strömung von starkem Einfluß gewesen: der Evolutionismus. Der Evolutionismus gelangte im 19. Jahrhundert zur Vorherrschaft, sich gründend auf Gedankengänge von Hegel und Darwin. Darwins Aufstellungen haben dazu geführt, daß ganz besonders der Gedanke des Kampfes ums Dasein in die unteren Schichten gelangte. Der Evolutionismus war besonders verlockend, weil er den Gedanken einer forschreitenden höheren Entwicklung des menschlichen Geschlechtes vertrat. Er wurde zu einem Glauben für die unteren Schichten, und dieser Glaube hat sie gestärkt. Das Mittel, um diese Höherentwicklung zu verwirklichen, sah man im Klassenkampf.

Nun noch einen sozialetischen Gesichtspunkt: Sozialetische Voraussetzung für die Behauptung der Idee des Klassenkampfes ist die Anerkennung des Egoismus als Wirtschaftsgefühl. Die Unerkennung dieses ethischen Grundsatzes hat ganz besonders die soziale Spannung zwischen den handarbeitenden und den übrigen sozialen Schichten verursacht. Darüber braucht kein weiteres Wort verloren zu werden. Die materialistische Lebensauffassung hat auch in den unteren Schichten einen hohen Grad seelischer Verarmung, teilweise sogar seelischer Verödung zur Folge gehabt.

Das wären in aller Kürze die Voraussetzungen, die für ein Aufkommen der Idee des Klassenkampfes in Betracht kamen und ihm gestatteten, zu einer die Massen beherrschenden Idee zu werden.

Meine Damen und Herren! Ich komme nun zu der zweiten Frage: Haben die Voraussetzungen, mit denen ich Sie bekannt gemacht habe, noch heute Gültigkeit? Befindet sich die Idee des Klassenkampfes im

Zustand der Auflösung, der Austrocknung, weil die Quellen versiegen, die ihr Kraft spendeten?

Wie liegen die Verhältnisse im heutigen Wirtschaftsleben? Die Einzelwirtschaft des 19. Jahrhunderts ist als beherrschendes Moment des Wirtschaftslebens gefallen. An Stelle der Einzelwirtschaft ist eine Art Gruppenwirtschaft, ist die moderne Korporativwirtschaft getreten. Es haben Zusammenschlüsse stattgefunden. Diese Zusammenschlüsse geben dem einzelnen Unternehmer nicht mehr die Möglichkeit, sein Unternehmen zu führen und zu leiten, wie er will, sondern er ist eingestellt, in irgendeine kleinere oder größere Gruppe — Konzern, Syndikat, Trust, Kartell, die mittleren und unteren Schichten sind organisiert in Genossenschaften oder Gewerkschaften. Das bedeutet überall einen Bruch mit dem Aufbau des Wirtschaftslebens auf einzelnwirtschaftlicher Grundlage, wie das 19. Jahrhundert es kannte. Damit geht Hand in Hand die Einschränkung des freien Wettbewerbs. Seine Einschränkungen sind mannigfacher Art. Wer einem Kartell angehört, hat sich dem Willen der Gesamtheit der Gruppe, der er angehört, in seiner Preis- evtl. auch Produktions- und Absatzpolitik unterzuordnen. In seiner Arbeiter- und Lohnpolitik ist er nicht weniger an den Willen von Organisationen, von denen er einen Teil bildet, gebunden. Das gleiche gilt von den Mitgliedern der Genossenschaften und der Gewerkschaften.

Was für eine Rolle spielt das für das Leben des Klassenkampfgedankens? Die Zusammenschlüsse bewirken, daß der Kampf aller gegen alle im Wirtschaftsleben mehr zurückgedrängt wird. Damit lassen die ökonomischen, aber auch die sozialen Spannungen nach. Allmählich bilden sich ruhigere Beziehungen von Arbeiterschaft zu Unternehmerschaft aus.

Da Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Zusammenwirken von Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zustande kommen, bleibt der einzelne Arbeiter diesen Auseinandersetzungen mehr entzogen. Das muß mit der Zeit auf seine ganze Psyche ausgleichend wirken und die Hassstimmung gegen die Unternehmer beeinträchtigen. Aber auch die Auseinandersetzungen an sich nehmen fachlicheren Charakter an. Man beginnt Verständnis für den Standpunkt des anderen zu gewinnen. An Stelle des Kampfes mit seinen Ausartungen tritt die Verhandlung. Die Realitäten des ökonomischen Lebens liefern geringere Möglichkeiten für die Betätigung des Klassenkampfgedankens. Er wird mehr

und mehr ausgeschaltet, oft überflüssig. Damit kommt eine weitere Voraussetzung für sein Bestehen zum Absterben. Herr Sombart wird mir zugeben, daß das nicht ohne Bedeutung ist.

Aufmerksam zu machen wäre noch auf die Differenzierung der Massen. Im 19. Jahrhundert lagen die Verhältnisse relativ einfach. Wir hatten es mit einer mehr oder weniger kompakten unteren Schicht zu tun. Heute leben wir in der Zeit der Differenzierung der Massen. Die einheitliche Schicht der Arbeiterschaft löst sich auf und wird sich dieser Auflösung bewußt. Gerade darin liegt das Bedeutungsvolle. Wir haben vom ungelernten, über den gelernten Arbeiter fortschreitend bis zum Gewerkschaftssekretär klar unterschiedliche Differenzierungen der proletarischen Schichten festzustellen. Diese Entwicklung ist insofern von Bedeutung, als sie dazu führen wird, und schon dazu führt, das Einheitsgefühl der proletarischen Massen zu untergraben und Gegensätze innerhalb dieser Schichten auszubilden. Die Folge davon wird sein, daß die Stoßkraft des Klassenkampfgedankens abnehmen wird.

Nun zu den geistigen Voraussetzungen! Was ist von ihnen geblieben? Der Individualismus ist schon heute in eine Abwehrstellung gedrängt. Die universalistischen Gedankengänge breiten sich aus und gewinnen an Kraft. Das zeigt sich in der Einschränkung des Rechtes auf Freiheit für den Einzelnen. Die freie Betätigung der Wirtschaftenden ist durch Zusammenschlüsse aller Art — Konzerne, Trusts, Kartelle, Syndikate, Genossenschaften, Gewerkvereine, Arbeitgeber- und -nehmerorganisationen — allenthalben eingeschränkt. Was das für den Klassenkampf zu sagen hat, wurde schon ausgeführt, braucht also nicht wiederholt zu werden. Nicht Freiheit, sondern Unter- und Einordnung ist heute die Devise. Die immer stärkere Betonung der Gemeinschaftsbedürfnisse gegenüber den Individualbedürfnissen ist eine notwendige Folge dieser veränderten Einstellung. Das führt in seiner Gesamtheit zum Nachlassen der sozialen Spannung, demzufolge zur Abschwächung des Klassenkampfes und damit auch zur Schwächung der Idee des Klassenkampfes.

Zu diesem Komplex von Erscheinungen, die durch das Zurücktreten des Individualismus bedingt werden, gehört auch die Verdrängung der mechanischen Gesellschaftsauffassung durch die organische. Das mußte die Stellung der Klassenkampfidee, die eine internationale Einstellung voraussetzt, erschüttern. Zeigt sich der Gedanke, Querschnitte durch die Menschheit ziehen zu können, als mit dem Wesen

sozialen Lebens unvereinbar, so entfällt damit eine der wichtigsten Stützen der Möglichkeit der Durchführung des Klassenkampfes. Kommt die organische Gesellschaftsordnung zum Siege, so erscheint der Klassenkampf als Zerstörer und nicht als Förderer sozialen Lebens. Der Gedanke des Verbundenseins aller sozialen Schichten zu einer Volksgemeinschaft hat keinen Platz für den Klassenkampfgedanken. Natürlich wird die Verwirklichung dieses Vorgangs Zeit beanspruchen, denn die Massen lösen sich nicht von heute auf morgen von einer Idee los.

Wie steht es nun mit den sozialethischen Voraussetzungen im 19. Jahrhundert für ein Bestehen und Sichausdehnen des Klassenkampfes? Gelten sie noch oder sind sie im Absterben begriffen? Kann heute noch von einer Vorherrschaft des Materialismus gesprochen werden? Er verliert auch in den unteren Schichten an Kraft. Auch sie sehen mehr und mehr ein, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt. Die Erkenntnis von der Bedeutung der geistigen und sittlichen Aufgaben des Menschen nimmt zu, man erkennt die große Rolle, die sie im Leben der Menschheit spielen. — Aber auch die wirtschaftsethischen Anschauungen haben sich geändert. Der ökonomische Egoismus als Wirtschaftsgesinnung wird nicht mehr als lobenswert anerkannt. Man wendet sich von diesem ökonomischen Egoismus ab und fordert eine sozialere Einstellung. Der Gemeinschaftsgedanke tritt in den Vordergrund. Er muß erstarren mit zunehmendem Einblick in den außerordentlich komplizierten Aufbau des Soziallebens und die gegenseitigen Abhängigkeitsbeziehungen. Dieser Gemeinschaftsgedanke ist einer der allergrößten Gegner des Klassenkampfgedankens.

Zusammenfassend darf hervorgehoben werden: Mit dem Wegfall der Voraussetzungen fällt auch allmählich der Klassenkampf als die Massen beherrschende Sozialidee, als gestaltende Kraft. Da er für die unteren Schichten weniger zu leisten vermag, verliert er an lebendigem Interesse. Das soziale Leben wächst über den Klassenkampf hinaus. Er wird zu einem wirtschaftlichen Problem, wie unsere heutige Sitzung dartut. —

Und nun zum Letzten. Damit verbinde ich eine Kritik eines Sombartschen Gedankens, da dieser Gedanke meinen ganzen Darlegungen widerspricht. Herr Sombart machte die Verdrängung der Idee des Klassenkampfes von der Bedingung abhängig, daß die Menschen sich wieder in stärkerem Umfange religiösen Gedankengängen zu-

wenden müßten¹⁾. Ich hoffe, meine bisherigen Ausführungen haben schon den zutreffenden Weg aufgezeigt, der zur Überwindung des Klassenkampfgedankens als sozialer Erscheinung führt. Mit dem von Herrn Sombart angeführten Überwindungsgedanken ist wenig anzufangen. Warum hat denn dieser religiöse Gedanke, der Gedanke der Liebe, im 19. Jahrhundert nicht seine Wirkung getan? Doch nur deshalb, weil die gesamte kulturelle Konstellation in diesem Jahrhundert, das ökonomische und geistige Leben, diesen Gedanken der Liebe weniger zur Auswirkung gelangen ließ. Das 20. Jahrhundert wird den religiösen und ethischen Sinn wieder zur reichereren Entfaltung bringen, weil die Konstellation, wie aus meinen ganzen Ausführungen ersichtlich ist, sich ganz und gar geändert hat. Mit dem geistigen Rüstzeug des 19. Jahrhunderts läßt sich, und da bin ich gleicher Meinung wie Herr Sombart, der Klassenkampfgedanke nicht überwinden. Denn, um es zu wiederholen: bleiben die Voraussetzungen wirtschaftlicher und sozialer, ethischer und geistiger Natur gleich, so können wir kämpfen so viel wir wollen, die Folge wird nur sein, daß ein stets unentschiedener dialektischer Kampf zwischen Anhängern und Gegnern des Klassenkampfes bestehen wird. Herr Grünberg zum Beispiel ist in seiner ganzen Diskussion davon ausgegangen, daß die Idee des Klassenkampfes bis zur Verwirklichung des Sozialismus etwas Bleibendes ist. Das ist ein Glaube, der ihn gefangenhält und besangen macht. Die geschickteste Dialektik wird dagegen nichts auszurichten vermögen. Erfolg kann nur das historische Geschehen bringen, das die Überwindung des Klassenkampfes darstut.

Über der Klassenkampfgedanke wird nicht nur durch Wegfall seiner ökonomischen und sozialen Voraussetzungen überwunden, sondern auch durch das Auftreten neuer Ideen, denen sich die Massen zuwenden. Das Neue, was im ökonomischen Werden auftritt, ist nichts in der Studierstube Ausgeklügeltes, sondern wird aus dem geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Gesamtleben der Völker geboren. Dies Neue braucht keineswegs als ausgesprochener Feind des Klassenkampfgedankens aufzutreten, sondern kann sich ganz unscheinbar ausbreiten. Den Gegner ihrer Idee erkennen vielleicht die Anhänger des Klassenkampfgedankens gar nicht.

Läßt sich heute schon irgend etwas aufweisen, das als Werndedes

¹⁾ Herr Grünberg sah darin vielleicht einen „deus ex machina“. Deshalb wohl die scharfe Ablehnung.

den Klassenkampfgedanken beiseite zu schieben beginnt? Ich möchte auf folgendes hinweisen:

Erstens: Die Individualwirtschaft des 19. Jahrhunderts wird verdrängt durch die moderne Korporativwirtschaft. Der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, wenn ich hier diesen Begriff anwenden will, ist dem des 20. Jahrhunderts wenig vergleichbar, in seinen Auswirkungen stark verschieden. Im 19. Jahrhundert lag das Kapital in der Hand von Einzelpersonen, im 20. Jahrhundert befindet sich das Kapital in der Hand von Gruppen, von Korporationen, so zum Beispiel Konzernen, Kartellen, Syndikaten, Genossenschaften und Zusammenschlußformen aller Art. Die Führung liegt heutzutage nicht mehr in der Hand der Einzelwirtschaften, sondern in der Hand der Gruppen, — der Korporationen.

Zweitens: Die Wirtschaftsethik beginnt sich zu wandeln. An Stelle der Wirtschaftsidee des ökonomischen Egoismus tritt die der gegenseitigen Verpflichtung. Sie wird zum ethischen Fundament der modernen Korporativwirtschaft. Die Idee der gegenseitigen Verpflichtung ist heute Voraussetzung für das Bestehen aller ökonomischen und sozialen Organisationen. Der Wirtschaftsethik des 19. Jahrhunderts mit dem Ideal des schrankenlosen Sichdurchsetzens des Einzelnen ist dieser ethische Grundsatz fremd.

Auf ein Drittes und Letztes möchte ich hinweisen: auf die Verdrängung des Evolutionismus. Seine geschwächte Position zeigt sich schon an der Kritik, die er über sich ergehen lassen muß. Für das 19. Jahrhundert ist er für die Massen fast zu einem unumstößlichen Glaubensatz geworden, ganz besonders für die Anhänger des Klassenkampfgedankens. Jetzt erkennt man den Evolutionismus mehr und mehr als das, was er wirklich ist, als ein ordnendes Prinzip für unser Wissen. Als solches Prinzip hat er sich zum guten Teil erschöpft. In der Pluralitätstheorie glaube ich ein neues Prinzip gefunden zu haben, das zu neuen Einsichten führen wird.

Diese drei angeführten Erscheinungen liefern Bestandteile zu einer neuen sozialen und ökonomischen Grundausfassung, die für die Idee des Klassenkampfes keinen Raum mehr hat.

Damit kann ich meine Betrachtungen abbrechen. In dem Vortrag des Herrn Sombart fehlte mir ein Eingehen auf die Bedingtheit des Klassenkampfgedankens als Sozialerscheinung. Schriften 170. — Verhandlungen 1924.

Ich hielt diese Bedingtheit für so wesentlich, daß man an ihr nicht vorübergehen durfte. Deshalb erlaubte ich mir, diese aphoristischen Ergänzungen den Ausführungen von Herrn Sombart anzufügen.

Dr. Rudolf Goldscheid-Wien: Die Ausführungen des Herrn Sombart haben mein lebhafstes Interesse erweckt und, soweit sie rein darstellend waren, in vieler Hinsicht auch meine Zustimmung gefunden. Ebenso war der Anfang der kritischen Bemerkungen durchaus sachlich, und ich gebe gern zu, daß es sich bei diesem Teil seines Vortrages um Einwände handelt, die ernst zu nehmen sind.

Nach den rein sachlichen Ausführungen hörte man jedoch Ausdrücke wie Gemeinheit, Kloake, Sündenschlamm, Kanaille, Schweinehund. Damit ist der ruhige Fluß seiner Gedanken auf das Unangenehmste unterbrochen worden, was die Diskussion mit ihm wesentlich erschwert.

Ich hatte schon vor 15 Jahren lebhafte Auseinandersetzungen mit Herrn Sombart über die wissenschaftliche Zulässigkeit von Werturteilen, die er zu meiner großen Verwunderung auf das entschiedenste bestritt, während ich den Standpunkt vertrat, daß auch Werturteile durchaus wissenschaftlich fundiert sein können. Als ich jedoch die heutigen Ausführungen Sombarts hörte, wurde mir psychologisch vollkommen begreiflich, warum er Werturteile so erbittert ablehnt. Wenn nämlich Werturteile nur als rein individuelle Temperamentsausbrüche hervorbrechen, dann verderben sie natürlich von vornherein jede wissenschaftliche Arbeit.

Ich bin aber der Meinung, daß Wertungen keineswegs bloß in dieser Form möglich sind, daß es vielmehr im Wesen der Werturteile liegt, wissenschaftlich nachprüfbar zu sein, und daß es darum eine der Hauptaufgaben der Sozialwissenschaft ausmacht, die Werturteile mit der gleichen Exaktheit herauszuarbeiten, wie alle sonstigen wissenschaftlichen Urteile. Dadurch würde endlich in voller Deutlichkeit offenbar werden, daß nirgends dem individuellen Belieben und subjektiver Willkür engere Grenzen gezogen sind, als gerade bei jenen fundamentalen Werturteilen, die das Gefüge unserer gesamten Erkenntnisordnung zusammenhalten. Darüber werde ich später noch Einiges zu sagen haben, wenn ich mich mit den Werturteilen Sombarts im einzelnen beschäftige.

Nun will ich mich aber zunächst dem rein sachlichen Teil seiner Ausführungen zuwenden. Hier möchte ich gleich hervorheben, daß mir das, was er über das Interesse bemerkte, daß nämlich ein so viel gebrauchter Begriff wie der des Interesses, weitaus gründlicher untersucht, weitaus schärfer analysiert werden müßte, als dies bisher geschah — Herr Sombart möge mir dieses Werturteil verzeihen — sehr verdienstvoll erscheint. Ich glaube in der Tat viele Irrtümer hätten sich vermeiden lassen, wenn klarer und einheitlicher umrissen worden wäre, was in der Soziologie unter Interesse zu verstehen ist.

Im weiteren Verlauf habe ich aber gerade bei Herrn Sombart die Berücksichtigung seiner eigenen Mahnung vermißt, besonders dort, wo er über sein eigenes Thema, den Klassenkampf, sprach. Denn er ging hier nicht von der Ursächlichkeit des Klassenkampfes aus, unterließ es, die Milieuberhältnisse zu behandeln, aus denen der Klassenkampf hervorwächst, ignorierte die tatsächlichen Klassengegensätze, die den innersten Motor aller Klassenkämpfe darstellen. In der Diskussion ist in dieser Beziehung manches Versäumte nachgeholt worden, namentlich von Herrn Grünberg, der die Zusammenhänge zwischen den jeweiligen Klassenverhältnissen und der jeweiligen Klassenideologie nachdrücklich hervorhob.

Ich würde zum Beispiel Herrn Sombart durchaus zugestimmt haben, wenn er bemängelt hätte, daß die Klassenkampfideologie mehr oder weniger auf dem Marxistischen Standpunkt stehengeblieben ist, statt dem Wandel der Klassenverhältnisse, der in vieler Hinsicht immerhin zu konstatieren ist, ausreichend Rechnung zu tragen. Davon war aber bei Herrn Sombart nirgends die Rede.

Und nun zu den Klassengegensätzen selber! Herr Sombart hat zugegeben, daß die Behauptung von Marx, alle bisherige Geschichte sei die Geschichte von Klassenkämpfen, in bestimmtem Ausmaß sicherlich zutreffe. Was war aber das Ergebnis dieser Klassenkämpfe? Es war dies, daß die breiten Massen, die ursprünglich gleichsam das bloß auf das leichtfertigste vergeudete Betriebskapital einer kleinen Oberschicht von Bevorrechten darstellten, im Lauf der Zeit zu einem immer selbständigeren, immer höher bewerteten Faktor wurden. Wir wollen die Vergangenheit nicht moralisch verdonnern, so viel dürfen wir jedoch unbedingt sagen: in der Vergangenheit erschien es als selbstverständlich, das Volk bloß als Objekt nicht aber als Subjekt der Gesetzgebung

zu betrachten. In seiner rücksichtslosen Ausbeutung zugunsten der Herrschenden erblickte man deshalb durchaus nichts Unsittliches. Die gesellschaftliche Einsicht war also ehedem noch nicht so weit vorgeschritten, daß man im Volk den eigentlichen Entwicklungsstoff der Geschichte erkannt hätte. Diese Einsicht reiste erst durch die Klassenkämpfe, die den sozialen Gedanken zu jener Machtstellung emporhoben, die er praktisch nunmehr einnimmt. Auch von alledem hat Herr Sombart jedoch leider nicht gesprochen.

Und ich hätte noch eine ganze Reihe von weiteren Momenten herzuheben, in bezug auf die ich Herrn Sombart den Vorwurf machen müßte, daß er sie völlig unberücksichtigt ließ. Aber ich bin mir wohl bewußt, daß es sehr bequem wäre, jemanden anzugreifen, weil er etwas nicht vorgebracht hat. Ist es doch klar, daß man in einer knappen Stunde nicht alles erörtern kann. Ich lenke die Aufmerksamkeit nur deshalb so nachhaltig auf diese wesentlichen Lücken, weil Herr Sombart auf die Kausalität des Klassenkampfes möglicherweise aus einem ganz besonderen Umstand nicht näher eingegangen ist.

Er hat sein Thema genannt: Die Idee des Klassenkampfes. Vielleicht war es seine Absicht, zunächst nur eine literargeschichtliche Darstellung der Entwicklung der Klassenkampfidee zu geben. Das wäre sein gutes Recht. Aber Herr Sombart hat in seinen Ausführungen großes Gewicht darauf gelegt, daß die geistige Welt ein ganz selbständiges Gebiet ist, etwas, was außer Zusammenhang mit allem anderen steht. Und wenn er etwa insgesessen meinte, da es sich hier um ein selbständiges Gebilde der geistigen Welt handle, brauche er auf die Kausalität der Klassenkampfidee nicht näher einzugehen, so müßte ich ihm ganz entschieden entgegentreten.

Von einer vollen Selbständigkeit der geistigen Welt ist nicht die Spur. Geistige und materielle Welt verbinden vielmehr die allerninnigsten Wechselbeziehungen, durch die sie einander kontinuierlich modifizieren. Von einem Primat der einen oder anderen zu reden hat keinen Sinn. Es widerspricht diametral allen tatsächlichen Gegebenheiten den Pramatgedanken in dieser Weise zu Tode zu reiten. Wir stehen heute auf dem Boden der soziologischen Geschichtsauffassung, das heißt aber: wir sind uns der Milieubedingtheit jeder Idee, jedes einzelnen geistigen Phänomens bewußt. Es war der größte Fortschritt in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, daß man erkannte, wie ungeheuer tief die soziale Bedingtheit des Individuums verwurzelt ist,

und wir erweitern diese Einsicht in der Gegenwart, indem wir zu begreifen beginnen, daß ebenso stark die internationale Bedingtheit jeder einzelnen Sozietät ist. Erst dieser Fortschritt ermöglicht uns exaktes soziologisches Denken.

Ich möchte nur ein Beispiel anführen, um zu zeigen, wie schwere Irrtümer sich ergeben, wenn man die soziale und historische Bedingtheit einer wissenschaftlichen Theorie nicht aufs genaueste beachtet. Ich habe darauf übrigens schon vor 20 Jahren in meinem Buch „Kritik der Willenskraft“ hingewiesen. Ich legte dort dar, daß die Marx'sche Klassenkampftheorie nur richtig zu verstehen ist, wenn man die ideengeschichtliche Lage berücksichtigt, aus der sie hervortwuchs.

Zur Zeit als Marx seine grundlegenden Arbeiten konzipierte, waren die Lehren der britischen Nationalökonomie beinahe alleinherrschend, die dahin gingen, daß es ganz und gar utopisch sei, die Naturgesetze der Wirtschaft durch wohlmeinende Ideen beeinflussen zu wollen. Allen Sozialreformern, allen jenen, die einen Standpunkt vertraten, ähnlich dem, welchen Herr Sombart heute als den einzigen wenigstens relativ wissenschaftlichen bezeichnete, wurde entgegen gehalten, Ideen seien völlig außerstande, den Gang der Entwicklung zu bestimmen, weil jeweils allein die Naturgesetze der Wirtschaft ausschlaggebend sind. Und da argumentierte nun Marx folgendermaßen: Er stellte sich auf den Boden seiner manchesterlich-liberalen Gegner und erklärte: Ja, ihr habt recht, die Naturgesetze der Wirtschaft sind es, die den Gang der sozialen Entwicklung bestimmen und der menschliche Wille und die menschlichen Ideen sind unfähig, in den Gang der durch die Naturgesetze bestimmten Entwicklung einzugreifen. Gerade diese Naturgesetze der Wirtschaft, die man nicht ändern kann, haben aber zur Folge, daß sich das Kapital in den Händen immer Weniger konzentrieren muß, daß durch die Konzentration des Kapitals und der Wirtschaft die breiten Massen der Arbeiterschaft immer mehr konzentriert und organisiert werden, und daß dieser durch die Naturgesetze der Wirtschaft geschaffene Klassenkampf der Arbeiterschaft mit innerer Notwendigkeit zum Sozialismus hinführt. So ist Marx in seiner gesamten Wirtschaftstheorie, in seiner Geschichtsauffassung nicht abgewichen von den Behauptungen der britischen Wirtschaftstheorie; er hat ihnen nur eine sehr bedeutsame kollektivistische und voluntaristische Umbiegung gegeben.

Und nun wirft man heute den Vertretern der sozialistischen

Theorie vor, daß sie den Ideen nicht gerecht werde, daß sie glauben, alles Soziale sei eine Magenfrage — dabei total vergessend, daß darin nicht das Typische und Wesenseigentümliche der sozialistischen Theorie und besonders der marxistischen liegt, daß wir es hier vielmehr mit dem letzten Rest des ökonomischen Liberalismus in der sozialistischen Theorie zu tun haben.

Nun stimme ich Sombart darin zu, daß wir mit diesem letzten Rest der ökonomischen Theorie des Liberalismus in der sozialistischen Theorie aufräumen müssen. Denn auch ich bin unbedingt der Meinung, daß angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen im Lauf der letzten Jahrzehnte der Klassenkampf nicht mehr in derselben Formulierung vertreten werden kann wie in der Vergangenheit.

Wenn wir aber den Klassenkampf in weitem Ausmaß überwinden wollen, so ist das nicht möglich allein von einer Seite der Wirtschaft her, etwa bloß von der Arbeiterschaft aus, sondern hier handelt es sich um ein Gegenseitigkeitsverhältnis. Nur wenn immer breitere Schichten der Gesellschaft, auch immer breitere Schichten der Unternehmerschaft und derjenigen, die früher die Herrschenden waren, zu der Überzeugung kommen, daß der Klassenpakt weitauß ökonomischer ist als der Klassenkampf, dann ist es im weiteren Verlauf möglich, daß sich der Klassenkampf allmählich mildert.

Ich möchte deshalb dahin resümieren: Der Klassenkampf, die Klassenkampftheorie in der ursprünglichen Fassung ist nicht das Eigentümliche der Marx'schen Lehre, dies liegt vielmehr erstens in der Kollektivistischen und voluntaristischen Umbiegung, die er ihr gab, und zweitens in dem von Marx gelieferten zwingenden Nachweis, daß sich aus den Prämissen der liberalen Wirtschaftstheoretiker nicht die Konsequenzen ergeben, welche sie zu ziehen versuchen.

Meine Redezeit ist zu kurz, als daß ich in einzelnen ausführen könnte, wie manche Schwächen der Marxistischen Lehre auch daraus hervorgehen, daß Marx zu optimistisch war in den Folgerungen, die er aus seinem Pessimismus ableitete. Er war der Meinung, daß schließlich der Konzentrationsprozeß des Kapitals immer größeres Elend in der Masse und damit den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft herbeiführen müsse, die den Sieg des Sozialismus zur notwendigen Folge haben werde. Er irrte in diesem Optimismus. Die Entwicklung vollzog sich nicht nach seinen Voraussagen, weil seine

Lehre selbst dazu beitrug, daß seine pessimistischen Voraussagen sich nicht erfüllen konnten.

Trotzdem muß ich auf das entschiedenste hervorheben: Die Ausführungen Sombarts erscheinen mir in den Hauptpunkten als durchaus unannehmbar, weil er die Klassenkampftheorie völlig losgelöst aus dem Gesamtzusammenhang des Marx-Engelschen Systems behandelt hat. Man kann nicht von ihr sprechen, ohne sie als Glied des ganzen Systems zu behandeln und ohne zu beachten, welche besondere Rolle sie in diesem spielt und wie sie durch die herrschenden Lehren seiner Zeit gerechtfertigt wurde. Heute, wo sich die theoretischen Grundauffassungen der Gegner des Sozialismus sehr erheblich gewandelt haben, wo man die Marx'sche Lehre mit ganz anderen Argumenten bekämpft, wird freilich auch die Klassenkampftheorie eine neue Formulierung erhalten müssen, um weiter die dominierende Stellung im System behaupten zu können.

Nun komme ich auf einen zweiten wichtigen Punkt, auf die Stellung Sombarts zum Wertproblem. Ich habe schon eingangs angedeutet, daß auch Werturteile durchaus wissenschaftlich exakt begründet werden können, und möchte hier ganz besonders deshalb noch einiges darüber sagen, weil Herr Sombart so nachhaltig betont hat, daß er sein Thema in Bezug bringen wolle zu den letzten Fragen des menschlichen Lebens, zu den Weltanschauungsfragen.

Ich will hier keine eigene Weltanschauungstheorie entwickeln. Aber es ist mir ein Bedürfnis, gerade weil ich mich sachlich in stärkstem Gegensatz zu der Weltanschauung befindet, die Herr Sombart vertreten hat, mit aller Entschiedenheit herzuheben: es erscheint mir als großes Verdienst von Sombart, daß er den Mut hatte, im Widerspruch zu seiner bisherigen Haltung, im Verein für Sozialpolitik einmal auch über Weltanschauungsfragen zu sprechen.

Weltanschauungsfragen hängen mit der Ökonomie und mit der Sozialpolitik auf das allerinnigste zusammen. Was will denn die Nationalökonomie? In jedem Lehrbuch lesen wir auf der ersten Seite, daß sie sich mit der Ökonomie der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu beschäftigen hat. In den Lehrbüchern der Finanzwirtschaft wird auf die Ökonomie der Befriedigung der Bedürfnisse des öffentlichen Haushalts das Hauptgewicht gelegt. Überall sind es so die Bedürfnisse, die im Mittelpunkt des Interesses stehen. Was die Rechtswissenschaft angeht, so hat Thering das gleiche in seinem Buch über den Zweck im

Recht zum Ausdruck gebracht. Stets sind also die Bedürfnisse und der Zweck das Ausschlaggebende in aller Sozialwissenschaft, selbst dort, wo sie sich rein darstellend verhält. Je nach dem Zweck, der jeweils angestrebt wird, gestaltet sich aber die Wirtschaft nicht minder wie die Wirtschaftstheorie. Denn je nachdem, welche Zwecke uns in erster Linie vorschweben, richten wir auch die Auslese der Probleme ein, die wir vor allem zu lösen trachten.

Deshalb meine ich, daß an der Spitze jeder nationalökonomischen Untersuchung die Frage der Soziologie, Biologie und Psychologie der Bedürfnisse zu stehen hat, daß, wenn wir in der Nationalökonomie tiefer graben wollen, wir nicht weiter kommen, ohne uns über die Rangordnung der Bedürfnisse klar zu werden. Hierbei muß aber naturgemäß die Weltanschauung eine außerordentliche Rolle spielen. Schon weil es ja auch ideelle Bedürfnisse gibt und es sehr oberflächlich wäre, wenn wir uns als Männer der Wissenschaft nicht volle Rechenschaft geben wollten über die tiefgehenden Wechselbeziehungen zwischen den materiellen und ideellen Bedürfnissen. Darüber müssen wir sprechen; und darüber müssen wir ganz besonders sprechen in einem Verein für Sozialpolitik. Denn, meine verehrten Anwesenden, was heißt denn Sozialpolitik letzten Endes? Es heißt Gemeinschaftspolitik! Eine Wirtschaftspolitik streben wir also an, die den wahren innersten Interessen der Gemeinschaft entspricht. Das innerste Interesse der Gemeinschaft kann aber nichts anderes sein, als daß in dieser Gemeinschaft das höchste Gemeinschaftsideal der Liebe so weit als irgend möglich zur Erfüllung gelangt. Sie sehen also, der Weg von der Ökonomie zur Liebe ist keineswegs so weit, als man bisher meinte.

In seiner Stellungnahme zu den Einzelfragen im Wertproblem kann ich Herrn Sombart am wenigsten zustimmen. So hat er zum Beispiel gesagt, daß dem Begriff „Ausbeutung“ von vornherein eine ganz bestimmtes Werturteil zugrunde liegt. Nach meiner Auffassung braucht aber der Begriff Ausbeutung durchaus nicht notwendig ein Werturteil zu enthalten. Wo zum Beispiel so gewirtschaftet wird, daß die Menschen vor der Zeit konsumiert, das heißt von Konsumenten zu Konsumierten der Produktion werden, da ist es keine Frage, daß hier auch bei ganz wertfreier Betrachtung Ausbeutung vorliegt. Denn Ausbeutung in diesem Sinn steht in diametralem Gegensatz zur Ausnützung. Nun ist es allerdings richtig, daß das Marxsche System eine ethische und eine ökonomische Seite hat. Und ich gebe zu, daß der Begriff der Aus-

beutung bei Marx nicht immer streng in ersterem Sinne festgehalten wird. Aber auch bei Marx wird der Begriff der Ausbeutung insoweit schon näher bestimmt, als er immer wieder durchblicken läßt, daß die Ausnutzung dort in Ausbeutung übergeht, wo man in der Wirtschaft vom Kapital statt nur vom natürlichen Zinsentrag lebt.

Und dasselbe, was ich hier am Begriff der Ausbeutung zeigte, ist auch bei anderen Werturteilen hervorzuheben. Wenn ich von jemand sage, daß ist ein Dieb, so ist das, sofern er wirklich gestohlen hat, kein Werturteil, sondern jene Bezeichnung, die die Sprache eigens für einen bestimmten Tatbestand geschaffen hat. Und dasselbe kann unter Umständen bei den Begriffen Schurke und Schuft der Fall sein, weil auch hier die Sprache für ganz bestimmte Tatsachen ganz bestimmte Begriffe geschaffen hat.

Und nun möchte ich zum Schluß noch ein paar Worte über den Zusammenhang zwischen dem Interessenprinzip und dem Prinzip der Liebe sagen. Wir müssen uns doch klar darüber sein, daß wir in aller bisherigen Geschichte zwei grundverschiedene Menschentypen begegnen, die untereinander in heftigem Kampf stehen, es sind dies die interessenbestimmten und die ideenbestimmten Menschen. Ich frage Sie deshalb: Kann angesichts dieses unleugbaren Tatbestandes etwas anderes das Ziel aller unserer geistigen und kulturellen Arbeit sein als dies, daß die ideenbestimmten Menschen die Herrschaft erlangen über die interessenbestimmten Menschen?

Formulieren wir das Problem jedoch so und sehen wir uns die Realität zugleich unbefangen an, so wird man, glaube ich, unabwiesbar zur Einsicht genötigt, daß ohne den Klassenkampf in irgendeiner Form nirgends und niemals ein Sieg der ideenbestimmten Menschen über die interessenbestimmten Menschen möglich gewesen wäre, und daß auch im weiteren Verlauf der Klassenkampf, wie sehr er auch gemildert und vergeistigt werden mag, ein mächtiges Behikel des Fortschrittes bleiben wird.

Herr Sombart hat so getan, als ob, wenn wir uns über die menschliche Gemeinheit, über die Ausbeutung usw. aufregen, dies nur aus dem Ressentiment hervorgehen müßte, aus dem bloßen Neid und Haß, den ich natürlich ebenso verurteile und bedaure wie er. Aber es ist nicht so, daß man, wenn man sich gegen das Schlechte mit der ganzen Energie der Seele wendet, lediglich aus Neid und Haß handelt.

Und das gleiche ist der Fall, wenn man sich über die Ausbeutung und die aus ihr hervorgehende Not entrüstet.

Herr Sombart hat allem die Idee der Liebe vorangestellt. Wenn wir von Liebe reden, sollen wir aber da nicht an Jesus Christus denken? Hat Jesus Christus nicht gegen die Reichen gepredigt und gegen die Zöllner geeisert? Es ist durchaus nicht so, daß der Vertreter der Liebe nicht mit Entrüstung erfüllt sein darf gegen das Schlechte und Niederträchtige, wie gegen alle Unterdrückung, sondern daß darin die Größe seiner Tat besteht, daß er mit reinstem Willen zum Kampf gegen die Unterdrückung, zum Kampf gegen die Ausbeutung auffordert. Aus den Ausführungen des Herrn Sombart würde folgen, daß auch Jesus Christus nur aus Ressentiment heraus gehandelt hat; eine Konsequenz, die übrigens Nietzsche sich nicht gescheut hat, zu ziehen.

Wenn wir jedoch so weit gehen, dann werden wir nicht etwa nur über den Klassenkampf nicht hinauskommen können, sondern wir werden auch dem Gedanken der Liebe nicht gerecht zu werden vermögen. Und so meine ich denn, daß es unsere Hauptaufgabe ist, uns klar über das zu werden, was die ökonomischste Gestaltung des Menschlichen in seiner ganzen Breite und Tiefe erfordert, das heißt aber, daß wir immer energischer an der Erziehung zur Objektivität arbeiten müssen, die ich für das Allerdringendste und Allerwichtigste halte, damit wir nicht in klassenmäßige Besangenheit hineingeraten. Aus diesem Grund muß man sich auch auf das energischste dagegen wehren, strenges Festhalten an wissenschaftlicher Objektivität und Betrachtung der Entwicklung unter dem Gesichtspunkt des Ökonomieprinzipes, unter dem Kriterium, wie man mit dem geringsten Kraftaufwand, den höchsten Nutzefekt, die höchste gesellschaftliche Produktivität erzielt, als einen metaphysischen Gesichtspunkt hinstellen zu wollen. Bei einer solchen Auffassung verschwände alle Wissenschaft, es gäbe dann überhaupt nur noch Metaphysik, und besonders mit der Wirtschaftswissenschaft als Wirtschaftlichkeitswissenschaft wäre es zu Ende.

Und nun: Wie können wir den Klassenkampf überwinden? Wir müssen ihn bis zu einem gewissen Grade überwinden, weil alle bisherige Geschichte und namentlich die Erfahrungen der letzten zehn Jahre uns gezeigt haben, wohin wir mit der Übersteigerung des Kampfprinzipes, des Gewaltprinzipes geraten. Wir müssen endlich begreifen, daß wir uns von dem übersteigerten Kampfprinzip lossagen müssen, daß wir die Welt des erbitterten gegenseitigen Kampfes umwandeln

müssen in eine Welt friedlicher und organisierter Zusammenarbeit. Das können wir, wenn wir erkennen, daß wir durch Verständigung weit mehr zu erreichen vermögen als durch blinden Kampf und rohe Gewalt. Will man jedoch in der Meinung verharren, daß der Kampf, ja sogar der Kampf in seinen schärfsten Formen, eine Ewigkeitskategorie des Sozialen ist, dann darf man auch den Klassenkampf nicht verurteilen, sondern hat ihn vielmehr als immanente Notwendigkeit der Höherentwicklung hinzunehmen.

Modifikation des Klassenkampfes ist jedenfalls nur möglich, durch immer feineren und weiteren Ausbau der Verständigung. Deshalb schon, weil es der Verstand ist, der gebieterisch Verständigung fordert, so daß, wenn wir von Verständigung nichts wissen wollen, auch der Verstand zur Ohnmacht verurteilt ist. Und zwar in jeder einzelnen Nation ebenso wie im Verhältnis der Nationen zueinander!

Im Verstand, in der von der liebenden Seele bestimmten Vernunft, haben wir das einzige Werkzeug, den Klassenkampf in seiner heutigen Gestalt zu überwinden, und hierdurch allein erschließt sich uns auch der Weg zu „Gott“. Denn unter Gott können wir gar nichts anderes verstehen als den Totalitätszusammenhang, als das Solidaritätsprinzip umfassendst gedacht in differenziertester Ausprägung. Gerade konzentrierteste Selbstbesinnung unter Bezugnahme aus dem Totalitätszusammenhang zwingt uns jedoch, gegen jede Unterdrückung der Einen durch die Anderen, gegen jede Vergewaltigung der Menschen in ihren physischen und geistigen Lebensnotwendigkeiten zu kämpfen und auß intensivste für Selbstbestimmung und Verständigung der Völker einzutreten, also im Sinne der gleichen Ziele zu wirken, auf die nach der materialistischen Geschichtsauffassung die gesellschaftlichen Triebkräfte hindrängen.

Es zeigt sich somit: Gleichviel ob wir uns auf den Boden der materialistischen oder der idealistischen Geschichtsauffassung stellen, die Folgerungen, die sich daraus für unsere kollektiven Pflichten ergeben, sind genau die gleichen. Ich wäre darum Herrn Sombart sehr dankbar, wenn er in seinem Schlußwort ausführen wollte, wie er es sich als möglich denkt, auf Grund der idealistischen Geschichtsauffassung zu grundsätzlich anderen sozialen Postulaten zu gelangen, als auf Grund der materialistischen. Ich sehe keinen Weg, wie er im Rahmen seiner Argumentation dieses Kunststück fertig zu bringen vermöchte.

Die Marx'sche Klassenkampftheorie war die Antwort auf die Lehren der britischen Nationalökonomie, die behaupteten, daß Ideen ohnmächtig seien, die Naturgesetze der Wirtschaft zu beeinflussen. Alle ideellen Bestrebungen hat man also seinerzeit mit wirtschaftlichem Materialismus bekämpft. Heutewendet man die umgekehrte Methode an und spielt Ideen gegen wirtschaftliche Argumente aus. So ist rechter Hand linker Hand jetzt alles vertauscht.

Erkennt man darum erst die unlösbare wechselseitige Verankerung von materialistischer und idealistischer Geschichtsauffassung, dann wird man nicht mehr daran zweifeln können, daß die Entwicklung zum Sozialismus unter allen Umständen unaufhaltsam ist, weil eben die geistigen Zusammenhänge sie ebenso ehern erzwingen wie die wirtschaftlichen und sozialen Realitäten!

Fritz Tarnow (Verbandsvorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes-Berlin): Meine Damen und Herren! Ich bin dem Herrn Vorsitzenden sehr dankbar, daß er mich gleich mit meinem Beruf vorgestellt hat, denn ich brauche mich nun nicht erst zu entschuldigen, daß ich nicht in der wissenschaftlichen Form reden kann, wie es bisher in diesem Saal üblich war. Herr Prof. Sombart hat eine Darstellung der Klassenkampftheorie gegeben und hat daran eine Kritik geübt, die ganz gewiß sehr geistreich war, die zu einem Teil auch von denen anerkannt wird, die Anhänger des Klassenkampfgedankens sind. Ich habe aber das Gefühl, als ob Herr Sombart sich die Sache dadurch etwas erleichtert hat, daß er in seiner Darstellung nicht ganz vollständig gewesen ist, um eine bequemere Möglichkeit der Kritik zu finden. Ich habe bei seiner Darstellung des Klassenkampfgedankens gefunden, daß eigentlich das, was uns als das Wesentliche, als das Fundament der ganzen Klassenkampflehre erscheint, nicht zur Geltung gekommen ist, nämlich die Tatsache, daß zwischen Arbeit und Kapital ökonomische Gegensätze bestehen, die unter der geltenden Wirtschaftsordnung nicht überwunden werden können. Solange wir eine Produktionsform haben, in der die Produktionsmittel Privatbesitz sind, so lange müssen die Gegensätze zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und denen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen, bestehen. Man kann nach meiner Auffassung an die Anhänger der Klassenkampflehre nur herankommen, wenn man nachweist, daß diese Annahme nicht richtig ist, wonach die Gegensätze zwischen den Gesellschaftsklassen, auch in der Bildung, in der Kultur, die natürliche Auswirkung des ökonomischen Gegensatzes zwis-

ischen Kapital und Arbeit sind. Solange Sie nicht nachweisen können, daß dieser ökonomische Gegensatz überhaupt nicht besteht, werden Sie keinen Anhänger der Klassenkampfsidee überzeugen können. In der Darstellung der Klassenkampflehre durch Herrn Sombart habe ich ein Eingehen darauf vermisst. Nun hat mein Herr Vorredner das im wesentlichen ergänzt und nachgeholt, so daß ich darüber nichts mehr zu sagen brauche. Herr Sombart sagt nun aber, es ist keine Idee in der Klassenkampflehre, und darum ist sie nicht lebensfähig; es fehle die Idee, die die Menschheit vorwärts bringt, aufwärts treibt. Es ist keine Idee in der Klassenkampfbewegung? Wie wäre es dann möglich, daß eine Bewegung in diesem Ausmaß entstehen könnte, wenn keine Idee in dieser Bewegung stecke? In Wirklichkeit steckt eine ganz gewaltige, eine große Idee in der Klassenkampfbewegung; letzten Endes die alte Menschheitsidee der Erlösung — insofern besteht auch eine gewisse Beziehung zur Religion —, die Idee der Erlösung der Menschheit, nur nicht einer Erlösung im Jenseits, sondern einer Erlösung in dieser Welt. Die Anhänger der Klassenkampflehre glauben, daß der Gegensatz in der Gesellschaft nicht unüberwindlich sei, daß dieser Gegensatz nur in der heutigen Wirtschaft bestehe. Herr Sombart hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß heute das tatsächliche Leben eine Gemeinheit wäre. Er hat durch einen Zwischenruf in der Diskussion ausdrücklich unterstrichen, daß er die ganze Wirtschaft als eine einzige Gemeinheit ansieht. Nach unserer Meinung ist die Wirtschaft an sich nicht gemein, sondern nur die heutige Wirtschaft. Wir wollen die Gemeinheit aus der Wirtschaft heraustreiben, indem wir diese in eine Verfassung bringen, wo sie nicht mehr gemein ist. Die Gemeinheit besteht darin, daß die Besitzer der Produktionsmittel in der Lage sind, die übrige Menschheit auszubeuten. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aus der Wirtschaft zu bringen, das soll keine Idee sein? Diese Idee erscheint uns mindestens so groß wie die des Christentums. Herr Sombart sagt, diese Bewegung hat nicht nur keine Idee, sondern sie ist kulturwidrig, weil sie vernichtenden Haß erzeugt, der die Menschheit nicht vorwärts bringt, sondern nach unten zerrt. Bitte sehr, das ist falsch. Die Klassenlehre kennt keinen Haß der einen Klasse gegen die andere. Sie sagt nicht: Haß gegen andere Menschen, sondern Haß gegen die ökonomischen und kulturellen Einrichtungen, die die Menschen in Klassen scheiden. Indem der Anhänger der Klassenkampflehre sagt nach dem Worte Engels': Der Mensch ist, was er ist... (Zuruf: Das ist von Feuerbach!)

Ich bitte mich zu entschuldigen, wenn ich mich irre... Indem die Klassenkampflehre sagt: Der Mensch ist weder gut noch böse, sondern das Produkt seiner materiellen Verhältnisse, bringt sie dem Haß das Rückgrat. Und ich glaube, man kann sogar aus der Geschichte der letzten Zeit nachweisen, daß die Klassenkampflehre nicht die Haßgefühle geschürt, sondern sie geradezu gemildert hat. Wir haben so etwas wie eine Revolution gehabt. Sie haben gesehen, daß die Klasse, die unterdrückt war, den Besitz aller öffentlichen Machtmittel erlangte, und sie hätte sie ausnützen können, um dem Haß die Zügel schießen zu lassen. Die politischen Klassenfeinde waren in ihre Hände gegeben, die Unternehmer waren in den Händen der Arbeiter. Und doch ist es sehr glimpflich bei der deutschen Revolution abgegangen. Hätten wir keine Arbeiter gehabt, die mit der Klassenkampflehre groß geworden sind, vielleicht wäre die Revolution blutiger ausgefallen.

(Sehr richtig!)

Gewiß, überall, wo Kampf ist, entsteht Haß. Auch die Klassenkampfbewegung bleibt davon nicht ganz frei. Aber das ist keine Besonderheit dieser Bewegung, sondern ist allen Bewegungen, die für eine Idee kämpfen, eigentümlich. In anderen Bewegungen, die nicht als Klassenkampf bezeichnet werden, und die Ihrer christlichen Idee der allgemeinen Nächstenliebe viel näher stehen, tritt der persönliche Haß gegen den Gegner viel stärker auf. Darauf dürfte hier kein Zweifel sein. Wenn diejenigen, die heute in der deutsch-völkischen Bewegung sich zusammengefunden haben und jeden Tag davon faseln, daß die Laternenpfähle nicht ausreichen werden, um die „Verbrecher“ von der anderen Seite zu hängen, wenn diese die Machtmittel in die Hand bekommen hätten, wie sie die Klassenbewegung der Arbeiter bereits hatte, daß dann diese Bewegung blutiger verlaufen wäre. Also nicht persönlicher Haß, sondern Überwindung der ökonomischen Gegensätze, die heute Haß zwischen die Menschheit säen! Keine Idee sei in der Arbeiterbewegung, die die Klassenkampflehre angenommen hat, auch vielleicht keine Kultur? Es ist schon sehr lange her, daß ich das Buch Sombarts über Sozialismus und soziale Bewegungen gelesen habe; aber wenn ich mich recht erinnere, könnte man aus diesem Buch Herrn Sombart zitieren, um Herrn Sombart nachzuweisen, inwieweit die Arbeiterbewegung, getragen von der Idee des Klassenkampfes, auch eine Kulturbewegung ist. Das kann auch niemand bestreiten, der objektiv die Bewegung beurteilt. Sie ist eine Kulturbewegung, getragen von dem

Gedanken, daß Kultur nicht etwas nur für die oberen Spalten des Volkes sein soll, sondern für das ganze Volk. Und wir begnügen uns nicht damit, dafür zu sorgen, daß die ökonomischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, sondern mit unseren bescheidenen Kräften versuchen wir heute schon in der Arbeiterschaft die Kultur zu fördern.

Wir sollen nicht mehr der Klassenkampflehre anhängen, wir sollen aufhören, Klassenkampf zu führen! Was dann? Jetzt rede ich hier als praktischer Gewerkschaftler, der praktisch wirtschaftliche Arbeitnehmerinteressen zu vertreten hat. Wir sollen keinen Kampf mehr führen, wir sollen uns — das ist die letzte Lösung Sombarts — statt dessen zu Gott flüchten?

(Sombart: Ich habe kein Wort von dem gesagt, was Sie bis jetzt geredet haben. Ich habe von einem Verabsolutieren des Klassenkampfes geredet und nicht von einem relativen Klassenkampf. Damit fällt die ganze Rede!)

Ich habe Sie so verstanden.

(Sombart: Es ist nicht meine Schuld!)

Ich bin nicht der einzige, der Sie so verstanden hat. Diese Lösung kann ich nicht akzeptieren. Selbst wenn der Klassenkampf etwas Greuliches, etwas Abscheuliches ist, etwas, was nicht in die Zivilisation hineingehört, ist er eine zwingende Notwendigkeit. Vom Standpunkt des praktischen Gewerkschaftlers und Lohnpolitikers aus gesehen, ist die Lebenshaltung der Arbeiter ohne Kampf nicht auf der Höhe zu halten, auf der sie steht, und nicht weiter zu steigern. Und dieser Kampf ist doch der reinstie Klassenkampf.

(Sombart: Die Form des Kampfes muß geändert werden!)

Ich glaubte, nicht nur die Form, sondern der Grundsatz, der Klassenkampf an sich, sollte verneint werden. Die Form kann geändert werden und ändert sich fortgesetzt; aber der Kampf ist so lange notwendig, wie der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht. Solange werden wir in irgendeiner Form kämpfen müssen, und darum halten wir die Klassenkampflehre für richtig. Wir können auf den Kampf nicht verzichten.

Herr Mitscherlich hat geglaubt, daß vielleicht bisher diese Lehre richtig gewesen wäre, daß diese Gegensätze vielleicht bestanden hätten, daß aber, wenn ich ihn recht verstanden habe, der Kapitalismus von heute nicht mehr der sei von früher, daß schon innerhalb der Kapitali-

stischen Wirtschaft sich Veränderungen vollzogen, die den Klassenkampf überflüssig machen. Wir kämpfen nicht um des Prinzips willen, sondern wegen des Erfolges, den wir heute nicht anders erreichen können als auf dem Wege des Kampfes. Ist es möglich, auf anderem Wege die Wirtschaft so zu ändern, daß der Klassenkampf nicht mehr notwendig sein wird, werden wir es dankbar begrüßen. Aber ich kann noch nicht erkennen, worin diese Veränderung bestehen soll. Auf Zwischenrufe hat Herr Mitscherlich gesagt, die Veränderung besteht darin, daß an Stelle des Individualismus bereits die Beziehungen der Gruppen untereinander stark geworden sind, daß nicht mehr der Einzelunternehmer, sondern die Kartelle, nicht mehr der Einzelarbeiter, sondern die Gewerkschaften maßgebend sind. Das ist richtig; aber das ist nicht eine Widerlegung der Klassenkampflehre, sondern eine Bestätigung. Das ist doch nur die vorausgesagte Etappe in der Entwicklung des Klassenkampfes, deren Ziel die Überwindung der Klassengegensätze ist. Die stärkere Organisation der Klassen beweist doch nur, daß die Erkenntnis der Klassengegensätze und der Notwendigkeit des organisierten Klassenkampfes auf beiden Seiten gewachsen ist.

Meine Damen und Herren! Ich wäre gern bereit gewesen, andere Möglichkeiten anzuerkennen, aber bis jetzt sind keine aufgezeigt worden. Zu resignieren, zu Gott zu flüchten, das wäre eine Katastrophe, ein Unheil für die Arbeiterschaft. Etwas anderes Positives hat man von Herrn Professor Sombart nicht gehört, und darum kann ich nicht sagen, daß ich in irgendeiner Weise von meiner Auffassung über die Notwendigkeit des Klassenkampfes abgebracht worden wäre.

(Beifall.)

Geh. Reg.-R. Prof. Dr. Sombart: Der Herr Vorsitzende bittet mich, auf diese Ausführungen sofort zu erwidern. Ich tue das sehr gern.

Ich sagte schon in Zwischenrufen, daß sie auf einer vollständigen Bekennung dessen beruhen, was ich ausführen wollte beziehungsweise ausgeführt habe. Ihr Beifall zeugt davon, daß die Auffassung des Herrn Vorredners in der Mehrheit vertreten ist.

Der Inhalt meines ganzen Vortrags — wenn ich das noch einmal bemerken darf — war die Herausarbeitung zweier Klassenkampfstandpunkte, einer relativen und einer absoluten Theorie. Es tut mir leid, daß ich so schlecht gesprochen habe, daß das nicht verstanden wurde. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß der relative Klassenstandpunkt unter vielen Umständen richtig ist, daß er mit den großen Wahrheiten in Einklang

gebracht werden kann und innerhalb gewisser Grenzen seinen Wert hat. Ich habe meine ganze Kritik gerichtet gegen die Verabsolutierung des Klassenkampfprinzips, d. h. die Erhebung des Klassenkampfprinzips zum obersten Prinzip des gesellschaftlichen Lebens. Wann ist es mir eingefallen und könnte es mir einfallen, die Kämpfe der Arbeiter um die Besserung ihrer Existenz als berechtigt abzustreiten? Ich bin doch nicht solch ein Tor, daß ich die Realitäten des Lebens nicht sehe. Für welches Kindvieh halten Sie mich denn?

Natürlich ist die Vertretung der Lohnarbeiterinteressen Klassenkampf, aber es kann relativier sein. Der Unterschied ist sehr klar; er ist der: Nach der einen Auffassung untersteht der Klassenkampf höheren Prinzipien, nach der anderen ist er das höchste Prinzip. Und so wird er aufgefaßt, nicht von Ihnen, Herr Tarnow, sondern zum Beispiel von den Kommunisten. Für diese geht das Klassenkampfprinzip über alle anderen Prinzipien hinaus. Und da liegt das Übel. Sie fragen, welches andere Prinzip denn höher stehe als das Klassenkampfprinzip. Nun, vor allem: das nationale Prinzip! Entweder ist dieses das höhere und diesem ordnet sich der Klassenkampf unter, oder, wie die orthodoxen Marxisten wollen, das Klassenkampfprinzip hat das Übergewicht, und man reicht lieber die Bruderhand demselben Klassenangehörigen im anderen Land.

(Beifall.)

Prof. Dr. Leopold v. Wiese-Köln: Meine Damen und Herren! Ich bin mit Herrn Sombart ganz gleicher Meinung, daß die „verabsolutierte“ Idee des Klassenkampfes kein richtiger wissenschaftlicher Gedanke ist, und daß dieses Dogma ersezt werden kann und muß. Aber dieser Ersatz kann sich meines Erachtens nicht durch einen Rückzug auf das Weltanschauliche vollziehen, sondern, soweit wir als Gelehrte in Frage kommen, nur durch exakte Forschung. Sombart hat mit Recht gesagt, die Klassenkampfidee sei ein Dogma. Er hat aber selbst dem Dogma nur ein anderes Dogma entgegengestellt. Das ist sehr gefährlich, besonders heute, wo man das Irrationale feiert und den Verstand schmäht. Diese Auffassung ist heute geradezu tragisch, weil wir eben jetzt beginnen, die sozialen Gebilde nach streng wissenschaftlichen Methoden zu analysieren. Da soll uns nun der Weg abgeschnitten werden; wir werden ins rein Metaphysische gewiesen! Ich möchte geradezu fragen: Endet nun wirklich so der mit solcher Energie geführte Werturteilstreit? Als ich vor zwei Jahren in Jena mir nur gestattete, Schriften 170. — Verhandlungen 1924.

von „Opfern“ der Revolution zu reden, wurde ich hart angelassen, und heute ist uns als Lösung vorgesezt worden: Gotteskindschaft gegen Gottlosigkeit! Das ist wissenschaftlich bedenklich und rein praktisch gefährlich. Durch Hinübertragen ins Metaphysische werden die Leidenschaften nicht vermindert, sondern vermehrt. Die Ideen sind es, die die schwersten Kämpfe schaffen. Die versöhnende Aufgabe der Wissenschaft liegt darin, daß sie an den Verstand und damit an ein allgemein gültiges Forum appelliert. Nun soll dieses Verfahren aufgegeben werden; man ruft die Weltanschauungen an und beschwört damit die darin liegenden tiefen Gegensätze heraus. Wer tritt aber dann das Erbe des früheren Gelehrten an, dessen Aufgabe in der exakten Forschung bestanden hat? Es warten, glaube ich, in dem Land, auf das Sombart hinweist, nicht nur Engel mit ausgebreiteten Flügeln, sondern auch schlaue Füchse, die beides verwechseln und Liebe für sich selbst und ihre Machtzwecke ausnützen.

Das Unglück erscheint um so verhängnisvoller, als Sombart heute manchen Baustein wissenschaftlicher Art beigetragen hat. Aber diese Bausteine wurden von ihm wieder beiseite geschoben. Er ließ die von ihm so trefflich begonnene Arbeit schließlich im Stich.

Wissenschaftlich wertvoll erscheint mir sein Gedanke, daß nicht nur Interessen, sondern auch Ideen die Menschen bewegen. In der Literatur haben sich besonders Rauchenhofer, Small und andere Amerikaner mit dieser Frage beschäftigt. Aber Ideen können gerade so „böse“ sein wie Interessen. Die minder anspruchsvollen, aber nüchterneren Interessen können die Menschen vielfach leichter versöhnen als Ideen.

Das zweite, was Sombart mit so viel Recht angeführt hat, das ist der Hinweis auf die Politisierung der Klassenkampfidee.

Meine Einwendungen würden da beginnen, wo alles Übel auf den Naturalismus und Determinismus geschoben wurde. Aber „Natur und Geist: so spricht man nicht zu Christen“. Es war bemerkenswert, daß zunächst bei der rein historischen Aufweisung Spinoza neben Hobbes erschien. Nachher bei der Kritik verschwand die edle Gestalt Spinozas und dafür wurden Helvetius und Mandeville als typische Vertreter des Naturalismus genannt.

Wir müssen aber das Problem des Klassenkampfes aus der Sphäre der Metaphysik in unsere analysierende Betrachtungsweise hinübertragen. Der Begriff der Klasse ist gar nicht so gewaltig und übermächtig. Man muß ihn bloß zu Ende denken, indem man vom Gebilde

zu den sozialen Kräften hinübergreift, die in ihm wirksam sind; dann wird aus dem Gespenst etwas sehr Greifbares.

Kommt denn der Klasse überhaupt diese zentrale Bedeutung zu? Wir haben Beweise genug anzuführen, die dagegen sprechen. Es ist mir heute sehr klar geworden, daß mein gegenwärtiger Versuch, soviel wie möglich soziale Gebilde in soziale Prozesse aufzulösen, sehr notwendig ist. Damit verlieren wir die Angst und den Überglauben vor jenen.

Die Auflösung ergibt einmal, daß kein primäres soziales Gebilde existiert, aus dem alle menschlichen Beziehungen und die anderen sozialen Gebilde abzuleiten wären. Genau so wie über die Klasse könnten wir über Staat oder Familie urteilen. Auch da sind manche zerstörenden Kräfte am Werke.

Und weiter: Soziale Prozesse sind nicht aus wirtschaftlichen abzuleiten, sondern aus menschlicher (meinetwegen biologischer) Veranlagung und aus allgemeinen äußeren Notwendigkeiten. Damit verliert auch die Idee des Klassenkampfes ihre aufreibende Kraft; es ergibt sich, daß die Klasse ein Schichtungsgebilde ist wie andere Schichten. Kommerzialisierung, Wille zur Herrschaft, Ausbeutung und andere Prozesse spielen in ihr eine große Rolle. Das Ganze besteht aus einer Mischung von Kräften, die man messen und vergleichen kann. Hier ergeben sich außerordentlich wichtige wissenschaftliche Aufgaben für die Zukunft. Bei diesen Untersuchungen bleibt die Klasse nicht der gespenstische Kolosß, wird aber auch nicht zu einer Bagatelle. Die große Andacht, aber auch die große Angst verschwindet. Man sieht, daß ihr andere Kräfte entgegenwirken. Auch Schmoller hat immer betont, daß Klassenkampf und Klassenschied abwechseln. Wenn wir ein solches soziales Gebilde wie die Klasse einordnen in ein System des gesamten sozialen Mechanismus, so erscheint ihre Übermacht als fast gebrochen für Theorie und Praxis.

Wir müssen uns schließlich vom Wahnsinn des Primats der Wirtschaft im gesellschaftlichen Leben befreien. Darin denke ich ganz wie Sombart. Alle Zeitideen, auch diese, sind einseitig. Aber wir dürfen die Dinge dieser Welt nicht als Glaubensangelegenheiten betrachten. Liebe kann Hass gebären. Unsere Aufgabe ist es, zu denken und zu ordnen, und wir Forscher können so viel klären, ohne uns in die Sphäre des Metaphysischen zu begeben. Die Klasse überschätzen wir, wenn wir sie behandeln, als ob es sich bei ihr um ewige Dinge handle. Sie ist gar nicht so

übermächtig. Wenn ein Kommunist mir sagt, daß der Klassenkampf der große Motor aller Entwicklung sei, dann kann ich ihm durch einige nüchterne Betrachtungen zeigen, daß das nicht richtig ist. Wie soll er denn der Motor sein? Man kann mit einem Rüstzeug soziologischer Kenntnisse hier gut arbeiten.

Ich bin nicht der Ansicht des Herrn Kollegen Grünberg, daß wir über die wirtschaftliche Zukunft nichts aussagen können. Wir können darüber sehr viel aussagen, vor allen Dingen das: Mag die Produktion so oder so organisiert sein, stets wird Ausbeutung, stets wird aber auch der Gemeinschaftsgeist rege sein. Das wird immer so bleiben.

Außerhalb der Wissenschaft mag der Appell an die Liebe der richtige sein; aber in der Wissenschaft müssen wir alles auf die Überzeugungskraft des Denkens einstellen. Richtig ist, daß unsere wissenschaftliche Stimme nur ein schwacher Klang im Chor der Leidenschaften sein wird. Deshalb dürfen wir aber trotzdem nicht aufhören, mit den Mitteln der Wissenschaft und nur mit den Mitteln der Wissenschaft zu arbeiten.

(Beifall.)

Vorsitzender: Es haben sich noch fünf Herren zum Wort gemeldet. Wir müssen jetzt, weil es schon dreiviertel sechs Uhr ist, die Redezeit einschränken. Ich nehme an, daß wir höchstens bis halb sieben Uhr tagen können. Es wäre also für jeden Redner höchstens noch zehn Minuten Zeit übrig. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn sich die Herren auf fünf Minuten beschränken würden. Im Einzelfall möchte ich die Zeitspanne nicht allzu knapp bemessen.

Arbeitersekretär Landtagsabgeordneter Joseph Andre: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich vom Standpunkt eines Vertreters der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu einigen wenigen Problemen Stellung nehmen, die mit dem Referat in tatsächlichem Zusammenhang stehen.

Herr Tarnow hat den Standpunkt vertreten, daß in der Führung der ökonomischen Kämpfe eben der Klassenkampfgedanke zum Ausdruck gebracht werden müsse. Ich bin der Auffassung, daß die schärfsten wirtschaftlichen Kämpfe geführt werden können, ohne daß in diesen Kämpfen Klasse gegen Klasse stehen muß.

(Zustimmung.)

Das kommt darauf an, welche Zielstellung den einzelnen Organisationen gegeben ist. Die Unternehmer organisieren sich zur Vertretung

und Wahrung wirtschaftlicher Interessen, die Arbeiter im Sinne der politisch-marxistischen Bewegung, und eben nicht nur, um wirtschaftliche Interessen zu vertreten, sondern um den ganzen Menschen mit Leib und Seele zu erfassen und in ein System hineinzuzwingen, das auf die Dauer nicht haltbar ist. Darin liegt die Krise des Klassenkampfes.

Es ist falsch, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die Arbeiter keine anderen Ideale haben als das Ideal des Klassenkampfes, und daß dieses Ideal den ganzen Menschen erfasse. Darin liegt nach meiner Überzeugung der eine große Irrtum, der von den Vertretern des Marxismus heut wieder deutlich zum Ausdruck gebracht worden ist.

Auch das kann ich nicht gelten lassen, daß der Haß, der in der Klassenkampfbewegung naturgemäß in Erscheinung tritt, nur dem heutigen System und nicht der Person gelte. Die Masse der Menschen unterscheidet nicht so, sondern sie sieht in den Personen die Träger des Systems. So entsteht der Hang zum Persönlichen in der Kampffstellung von Unternehmer und Arbeiter. Darin liegt eine große Schwierigkeit für die Lösung der sozialen Frage.

Herr Goldscheid von Wien hat ausgesprochen, wenn eine Verbesserung der Verhältnisse im Wege der Verständigung zu erreichen wäre, so wäre das dem Kampf vorzuziehen. Wenn diese Idee in den marxistischen Kreisen Fuß fassen würde, so wäre das ein bedeutender Fortschritt. Der erste Redner von heute morgen hat erklärt, daß auch in der marxistischen Bewegung Liebe zum Ausdruck komme, nämlich die Liebe zur Bewegung. Leider fehlt mir die Zeit, um das im einzelnen widerlegen zu können.

Auf ein anderes möchte ich hinweisen, das noch nicht zur Sprache gebracht worden ist, nämlich, daß nach meinem Dafürhalten die Klassenkampfidee insofern schon zusammengebrochen ist, die Idee, wie Marx sie gesehen hat, als innerhalb der arbeitenden Volkschicht sich Klassen für sich gebildet haben. So gehen zum Beispiel die Angestellten für sich; wir sehen in der Angestelltenbewegung selbst eine Fülle von aus-einanderstrebenden Bewegungen, die vielfach nur in dem einen Ziel einig sind, möglichst günstige wirtschaftliche Verhältnisse zu erzielen. Darin kommt zum Ausdruck, daß man auch wirtschaftliche Interessen vertreten kann, ohne daß man Klassenkämpfer im Prinzip ist und dem Klassenkampf die Religiosität, die Liebe zum Vaterland und zum Volks-ganzen mit zu opfern hätte.

Ein Drittes scheint zu sein, daß in der Klassenkampfidee im Sinne des Marxismus eine außerordentliche Überschätzung des Politischen in die Erscheinung tritt. Ich kenne die Bewegung. Was ist von der Eroberung der politischen Macht für die Arbeiter erwartet worden! Ob aber ein Staatswesen marxistisch, kommunistisch, autokratisch, republikanisch oder monarchisch regiert wird: die Staatsform ist nicht in erster Linie für das Wohlbefinden des Volkes entscheidend; in einer monarchischen Staatsform können bessere wirtschaftliche Verhältnisse für das arbeitende Volk vorhanden sein als bei einer anderen Staatsform und umgekehrt. Die Lage ist doch so, daß weite Arbeiterkreise sich von der Eroberung der politischen Macht eine solche Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse versprochen haben, daß sie alle anderen Zielsetzungen aufgegeben und nur diesem Kampf sich geweiht haben. Darin liegt nach meinem Dafürhalten eine Krise für die ganze Arbeiter- und Sozialbewegung, weil die Zielsetzung und Persönlichkeitserfassung keine richtige war und ist.

Dann noch eine Bemerkung zu einer mehr ethischen Frage! Ich nenne den Kommunismus! Ich möchte ihn ansprechen als einen lauten Mahner zu sozialer Arbeit und zu einem Christentum der praktischen Tat. Ich bin der Auffassung, daß man, wenn man über Klassenkampftheorien spricht, nicht nur an die Arbeiterschaft denken darf, sondern ebenso sehr an das Arbeitgeberatum. Denn dem Klassenkampf von unten ist der Klassenkampf von oben entgegengetreten, und so besteht heute die Gefahr, wie sie schon in Russland aktuell geworden ist, daß Wirtschaftssysteme auftreten können, die für die Klassenkämpfer selbst zum Verhängnis werden, die aber auch die ganze übrige menschliche Gesellschaft in den Trubel der Ereignisse hineinreißen. Wir müssen mit den Folgeerscheinungen des Krieges, der Revolution, der Inflation rechnen. Wir müssen damit rechnen, daß Massenparteien sich zu Weltparteien auswachsen wollen, daß internationale Verbände die sozialen Verhältnisse der einzelnen Länder stark zu beeinflussen bestrebt sind. Deshalb bin ich der Auffassung, daß gerade bei solchen Zeiterscheinungen es darauf ankommt, die notwendige Klärung in die Arbeiterkreise hineinzubringen, daß diese verstehen lernen den Unterschied zwischen der Führung der Wirtschaftskämpfe und zwischen dem, was durch Religion, Kultur, Staat, Volk zu vertreten ist, zu erkennen. Wenn der Verein für Sozialpolitik auf dem Gebiete Aufklärung schaffen will, wenn der Herr Referent vielleicht sich die Mühe nimmt, sein nach

meiner Überzeugung geradezu vorzügliches Referat zu popularisieren, daß es den Massen mehr zugänglich gemacht werden kann, dann bin ich überzeugt, wird die jetzige Tagung des Vereins für Sozialpolitik dazu beitragen, geistig anregend und befruchtend auf alle Kreise einzutwirken, die in der sozialen Bewegung stehen.

Zum Schluß begrüße ich es, daß der Herr Referent den Mut gehabt hat, auszusprechen, daß andere, große Ideale unserem Volk geben werden sollen, wenn es zu innerer Gesundung kommen will. Gott, Religion, Vaterland, Heimat, das sind die Ideale, an welchen unser Volk sich aufrichten kann. Und dem Herrn Vorredner möchte ich sagen, er mag noch so viel auseinandersehen, wie diese Probleme vom wissenschaftlichen Standpunkt aus zu lösen sind, er wird praktisch wenig Erfolge haben. Ich bin der Ansicht, daß Wissenschaft und praktische Arbeit zusammen zu wirken haben, und daß vor allem dem werktätigen Volk der Wert der Religion, der sittlichen Erneuerung vor Augen geführt werden muß, und daß darin der Schlüssel liegt, die Menschen einander näherzubringen, nicht nur das arbeitende Volk, sondern auch die anderen Volkskreise. Wenn der Verein für Sozialpolitik in diesem Sinn wirkt und mithilft, die Bedeutung gerade auch der religiösen Werte für die praktische Sozialpolitik, für die Gemeinschaft, für Volk und Familie in die Öffentlichkeit hinauszutragen, dann erfüllt er eine Aufgabe, die dem Staat und dem werktätigen Volk zum Segen gereichen wird. (Beifall.)

Dr. Alexander Rüstow-Berlin: Die geschichtlich beschreibende und soziologisch erklärende Seite der Klassenkampflehre hat auch bei dem Herrn Vortragenden die verhältnismäßig günstigste Beurteilung gefunden. Wenn zur Zeit der Begründung dieser Lehre zunächst versucht wurde, den neuen und fruchtbaren Gesichtspunkt auf die gesamte Geschichte anzuwenden, so erklärt sich das nicht nur aus einer rationalistisch-liberalen Einstellung, der der rechte Sinn für die Dimension der geschichtlichen Tiefe fehlt, sondern es war ein heuristisch unbedingt notwendiges und berechtigtes Unternehmen. Daß dieses Unternehmen, der Versuch, die gesamte Weltgeschichte als eine bloße Geschichte von Klassenkämpfen zu erklären, nicht in dieser Ausdehnung geglückt ist, darin werden die meisten Unwesenden einig sein. Aber nicht nur, weil sie nicht mit den Tatsachen stimmt, muß diese schrankenlose Verallgemeinerung der Klassenkampflehre abgelehnt werden, sondern gerade auch deshalb, weil sie die eigentliche Fruchtbarkeit dieser Lehre ver-

deckt, die Fruchtbarkeit, die in ihrem spezifisch dynamischen Charakter liegt, darin, daß es sich bei dem Klassenkampf keineswegs um eine Erscheinung handelt, die immer so war und immer so sein wird, sondern um eine Erscheinung, die erst unter ganz bestimmten geschichtlichen Bedingungen aufgetreten ist und sich in verhältnismäßig kurzen Zeiträumen in einem solchen Grade verschärft und zugespielt hat, daß es so unmöglich noch lange weitergehen kann.

Einer derartigen Erscheinung kann natürlich kein Beurteiler, und sei er noch so sachlich, innerlich unbeteiligt gegenüberstehen. Die Menschen teilen sich da nun in zwei polare Gruppen: Die einen suchen den Eindruck nach Möglichkeit zu mildern, abzuschwächen, sich und andere zu beruhigen, auf anderes, auch Vorhandenes und minder Beunruhigendes hinzuweisen. Die anderen fühlen sich gerade einer Erscheinung gegenüber, die ihnen so gegen ihr innerstes Gefühl geht, desto mehr verpflichtet, ihr gerade ins Gesicht zu sehen, nichts abzuschwächen und zu beschönigen, und lieber in dieser Richtung zu schroff als zu verschleiert sich auszudrücken. Ich muß Ihnen überlassen, zu entscheiden, welche diese beiden Verhaltungsweisen von größerer ethischer und religiöser Tiefe zeugt. Mir scheint aber, daß man den Vertretern der zweiten Gruppe, und gerade den bedeutendsten und radikalsten Vertretern, kaum gerecht wird, wenn man kein Gefühl hat für das ethische und religiöse Pathos, das oft gerade da am stärksten schwingt, wo die Klassenkampflehre am absolutesten und scheinbar am zynischsten vertreten wird.

Was übrigens den absoluten Klassenkampf im Sinne Sombarts betrifft, den Klassenkampf nicht als Mittel, sondern als Selbstzweck, so ist mir allerdings kein einziger Vertreter einer solchen Lehre bekannt: Marx jedenfalls und die Marxisten vertreten den Klassenkampf nur als Mittel zum Zweck der klassenlosen Gemeinschaft, allerdings als ein Mittel, das sie für unumgänglich halten, und das sie deshalb nicht nur diskutierend, sondern auch wollend und, soweit an ihnen liegt, handelnd bejahen. In diesem Sinne kann man solche Einstellung absolut nennen, nicht aber in dem Sinne der Sombartschen Begriffsbestimmung.

Nun ist es sicher richtig, daß in der orthodoxen Marxischen Lehre nicht zu verstehen ist, wie jenes lebhaftlich erstrebte Ziel durch das Mittel des Klassenkampfes erreicht werden soll. Der Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit ist hier nicht mehr

und nicht weniger als ein Wunder. Aber — das Wunder ist des Glaubens liebstes Kind, und ich meine, daß gerade aus einer Stellungnahme, die sehr nahe an das credo quia absurdum grenzt, besonders deutlich werden sollte, daß es sich um eine im tiefsten religiöse Überzeugung handelt. Wenigstens für alle die, denen Religion mit dem Immanuel führen des Namens Gott nicht identisch ist.

Wir andern, die wir die liberalen Reste im Marxismus ablehnen und ausscheiden, haben eben dadurch die Möglichkeit, der Marxistischen Katastrophentheorie ein ganz neues und von jedem Wunderglauben freies Verständnis abzugewinnen. Sie würde dann etwa so lauten: Die allgemeine Zersetzung und Auflösung ist schon viel zu weit fortgeschritten und hat schon ein viel zu hohes Tempo angenommen, als daß irgendwelche noch so gut gemeinten Mittel und Mittelchen noch Erfolg versprechen. Die herrschende Gesellschaftsordnung rast mit zunehmender Beschleunigung und unaufhaltsam ihrer Selbstvernichtung entgegen. Aber die Menschen, die sie tragen, sind ihr nicht ganz verfallen. In jedem einzelnen, und sei es noch so tief verschüttet, ruht noch ein Rest ursprünglicher, unzerstörter Menschlichkeit. Das ungeheure Erlebnis des allgemeinen Zusammenbruchs, die Erschütterung der Endkatastrophe ist vielleicht stark genug, indem sie das Alte bis auf den Grund zerbricht, zugleich diese tiefsten und letzten Quellen zum Aufbruch zu bringen und so das Stirb zugleich zum Werde zu machen.

Von der Frage der Richtigkeit und der Unvermeidlichkeit dieses verzweifelten Weges einmal abgesehen, müßten für den inneren Aufbau und die Wesensgestalt dieser Lehre mindestens die Verständnis haben, die schon von der viel kleineren Katastrophe des Weltkriegs eine innere Erneuerung und Wiedergeburt erwartet und vielleicht hier und da auch wirklich erlebt haben.

Und wenn heute viele das Gefühl haben, daß irgendwie auch in der Arbeiterschaft, gerade in den Bewegungen, um die es sich hier handelt, fern im Nebel wetterleuchtend religiöse Horizonte im Aufsteigen sind, so glaube ich doch, daß diejenigen, die mit einem Seufzer der Erleichterung daraus die Beruhigung schöpfen zu können meinen, daß nun die Gegensätze sich abschwächen werden, daß nun eine gewisse Aussicht bestehé, die Weltgeschichte werde wieder ruhiger, zahmer, friedlicher verlaufen, daß diese einer eigentümlichen Täuschung unterliegen. Allerdings alte Religionen, wie sie uns umgeben, Religionen, die eine lange Geschichte hinter sich haben, pflegen

in einer derartig milden, greisenhaften Form aufzutreten. Anders junge Religionen, Religionen, von denen man eine Entwicklung erhoffen kann, die ihre Zukunft noch vor sich haben: Noch jede neue Religion, nicht nur die vom Sinai, ist unter Donner und Blitz geboren worden.

(Beifall.)

Prof. Dr. v. Gottl-Ottilienfeld-Kiel: Sachlich zum Ganzen des Ideenganges Sombarts Stellung zu nehmen, dazu reicht es bei mir nicht. Ich könnte höchstens meine methodologischen Glossen vorbringen, aber das würde Sie langweilen, wäre geschmacklos. Wenn ich zu meiner Überraschung dennoch hier spreche, so veranlaßt mich dazu ein persönliches Staunen: einmal über eine Bemerkung von meinem lieben Freund Grünberg, ein andermal über eine anscheinend ganz thesenhaft gemeinte Auffstellung von Herrn Sombart. Grünberg hat seinen Eindruck dahin zugespielt, im entscheidenden Augenblick glaubte er sich nicht im Verein für Sozialpolitik, sondern in einer Kirche. Ja, da staune ich! Aber ich muß etwas weiter ausholen. Ich weiß nicht; lieber Herr Kollege, ob es Ihnen als akademischer Lehrer auch so gegangen ist — Sie haben doch auch die Fühlung mit unserer Jugend, und gerade Sie nicht nur die Fühlung mit der Studentenschaft, sondern auch mit der Jugend der Arbeiterschaft. Ist es Ihnen daraufhin wirklich so rätselhaft, daß hier die Dinge gesprochen wurden, die Sie mit diesem, mich staunen machenden Bilde belegen? Mir nicht.

(Grünberg: Mir sonst auch nicht, nur heute die Predigt!)

In der Zeit seit dem Umschwung — Revolution darf man ja laut Rathenau wohl nicht sagen — gab es der Zufall, daß ich nacheinander mit der Studentenschaft mehrerer deutscher Hochschulen in nahe Fühlung kam, und auch, durch die Volkshochschule, mit der Arbeiterschaft zweier deutscher Großstädte in Berührung. Ich habe die Empfindung, daß, so gering vielleicht dieser Umschwung als solcher zu werten ist, namentlich wenn man nach „Litern Blut“ rechnet, sich doch in derselben Richtung eine wirklich tief ausgerührte geistige Strömung unserer Zeit bewegt. Das geht zum Beispiel bei unserer Jugend nicht selten so weit — wir alle, die wir Wissenschaft zu pflegen haben, leiden darunter —, daß eine vollkommene Skepsis gegenüber der Wissenschaft überhaupt Platz zu greifen droht. Diese Skepsis macht auch nicht halt bei einer bestimmten Färbung der Gesinnung. Im Gegenteil, gerade auch für

„links“ gilt dies. Vielleicht kommt es hier daher, daß man an dem, was mit solchem Appelbom als Wissenschaft darüber vorgetragen wurde, was „sein soll“ oder doch „kommen muß“, daß man daran steigend zu zweifeln begann. Wir können manchmal auch bei unserer ganz links stehenden Jugend einen vollkommenen Überdruß herausfühlen gegenüber der bisher für sie maßgebenden Ideologie und Wissenschaft. Ich weiß nicht, ob Herr Grünberg auch diese Empfindung hat, aber es ist so. Ich schäke es gewiß, und besonders auch an seiner Person, daß sich jemand in jener Hinsicht treu bleibt. Aber es ist eine innere Tragik, wenn man diesen Männern sagen muß, daß sie eigentlich hinter ihrer Zeit zurückgeblieben sind. Der Umschwung zeigt sich sogar darin, was man den Uffen der geistigen Strömungen nennen könnte, nämlich in der „geistigen Mode“. Daraufhin als „altmodisch“ zu gelten, müßte Sie natürlich nicht erschüttern. Aber der Widerspruch steigert sich doch auch zu der richtigen und starken Bewegung der Geister. Die ist da. Man muß nur das Ohr am Boden der Zeit halten. Und so quellen aus Tiefen der heutigen Verküstung doch auch große Strömungen ganz in der Richtung, die jenes eine Wort symbolisiert, das Herr Sombart gleichsam als Lösung ausgesprochen hat; um es kurz zu sagen: der Schrei nach Gott! Aber warum dann Anstoß nehmen daran, wenn eine solche geistige Strömung, selbst der noch gegenteiligen äußerer Lage zum Trotz, hier in dieser Versammlung zum Ausdruck kommt! War es denn in Eisenach vor fünfzig Jahren anders?

(Burufe: Sehr richtig!)

Und sollte das wirklich dem Sinn und Beruf unseres Vereins widerstreiten! — Nun kommt das zweite Staunen, gegenüber Herrn Sombart selbst: er hat in Sachen der Lösung eben doch mit einer erstaunlichen Einseitigkeit gesprochen! Warum soll der Weg ins Freie, nämlich aus dem heraus, was er auffaßt als die lastende Wirrnis dieses Klassenkampfgedankens, warum soll er nur in dieser einen Richtung gehen? Ich verirre mich da nicht in „Weltanschauungsfragen“ — bei dem schwülstigen, viel missbrauchten Wort allein schon wird mir's ganz unbehaglich. Aber möglich, daß der Glaube letzten Endes dahintersteht: uns interessiert doch das Zwischenliegende! Ich habe die Empfindung von jeher gehabt, daß in meinen Zuhörerschaften gerade in der Richtung des Denkens darüber, wie es anders sein „sollte“ als heute, daß in dieser Richtung infolge der Skepsis, von der ich sprach, ein förmliches Vakuum klafft. Man darf geradezu sagen:

Die Leute dürften nach einem Neuen, sie wahrhaft Befriedigenden. Auch unter diesem Eindruck geschah es, daß ich selber mich herausgewagt habe, um, wenngleich in ganz verschwommenen Linien nur, eine „Ideeologie“ zu zeichnen. Sie ist nicht aus dem Ärmel geschüttelt, sondern abgelesen von etwas, was sich im hellen Sonnenlicht des amerikanischen Höchstkapitalismus abspielt, nämlich das Wirken von Henry Ford! Natürlich „idealhypisch“ gesehen; gleichgültig also, ob Ford selber das, was er tut, auch wirklich so meint, wie er sagt. Von daher kommt man zu überraschenden Dingen, so daß man sagen muß, was sich da schließlich herausstellt, wäre auch Sozialismus; freilich nicht der „richtiggehende“ Sozialismus. (Zuruf: Der echte!)

Ich selber möchte diesen „richtiggehenden“ nicht den echten nennen, sondern als echten eher ein Zusammenleben in wahrhafter Gemeinschaftsbejahung anerkennen. Ich würde dafür auch den Namen Kommunismus nicht gebrauchen, der die Gütergier anklingen läßt; der Name ist darum ethisch nicht ganz appetitlich. Bei jenem, von mir so genannten „Fordismus“ aber, da handelt es sich um einen Wandel, der durchaus denkbar ist und dabei augenscheinlich hinausführt über jeden Klassenkampf! Das wäre also auch ein Weg ins Freie; wobei sich vorerst gar nichts ändern müßte in den Formen der Wirtschaft, nur die Gesinnung ihrer Führer. Deshalb habe ich diesen „Fordismus“ in Gegensatz gestellt zum klassenkämpferischen „roten“ Sozialismus, zur bloßen Forderung nach den Formen der Gemeinschaft, als „weißen“ Sozialismus der reinen, tiefrohen Gesinnung! Und darum staune ich, daß geradeaus der Glaube allein es tun soll. Aber, auch wenn ich Herrn Sombart, obwohl mir Gedankenführung und fehlische Glut seines Referats von stärkstem Eindruck waren, in diesem Punkt so gar nicht folgen kann, so glaube ich es ihm doch nachzufühlen, daß sich auch in ihm über Skepsis hinweg Bedeutssames durchringt, ganz entsprechend der geistigen Strömung unserer Zeit, und sich hier eben durchringt in einer repräsentativen Persönlichkeit dieser Zeit!

(Lebhafte Beifall.)

Badischer Arbeitsminister Dr. Engler-Karlsruhe: Herr Prof. Sombart hat im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Tarnow den Begriff „absoluter Klassenkampf“ etwas näher definiert. Ich glaube, das war sehr notwendig. Ich glaube aber auch sagen zu dürfen, daß dieses Prinzip „absoluter Klassenkampf“, wie er es nachher de-

finiert hat, seinen wirksamsten Gegner in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei findet. Dieses Klassenkampfprinzip existiert eigentlich nur in der Konstruktion, und es wundert mich deshalb, daß Herr Sombart am Schlusse seiner Ausführungen gesagt hat: „Wir müssen dieses Prinzip überwinden, sonst gehen wir unter.“ Ein Prinzip, das schon überwunden oder nie in Wirklichkeit getreten ist, kann keine Gefahr für die Volksgemeinschaft und für die Gesellschaft darstellen. Ich bin überhaupt der Meinung, daß eine falsche volkswirtschaftliche Theorie niemals eine Gefahr für die Menschheit bildet. Herr Sombart hat einmal etwas gestreift, wo man sagen kann, hier hat die Klassenkampftheorie vielleicht Schaden angerichtet, und das ist das Nationale. Es wird Sie vielleicht wundern, wenn ich als Sozialdemokrat selbst zugebe, daß in Deutschland die Sozialdemokratie vor dem Kriege auf diesem Wege zu keiner nationalen Einstellung kam, – allerdings auch noch getrieben durch andere Faktoren, durch unsere ganzen politischen Verhältnisse in Deutschland, bei welcher die Klassensolidarität, nicht das Klassenkampfprinzip, manchmal über die Idee der Volksgemeinschaft gestellt wurde. Es war die Solidarität aller armen Kerle in der Welt, wie Schriftsteller Fendrich sagt. Wenn eine Theorie falsch angewandt wird, wird das im Moment der Gefahr sofort als falsch erkannt, und es tritt eine Umstellung ein. Deshalb brauchen wir keine allzugroße Sorge zu haben.

Es ist in der weiteren Ausführung des Herrn Goldscheid-Wien gesagt worden, wir müssen statt Kampf Verständigung suchen. Herr Andre hat diesen Gedanken weitergesponnen und seine Ausführungen so dargelegt, als würde auf Seiten der Vertreter der Klassenkampfidee der Kampf als Prinzip aufgestellt. Ich kenne keinen Gewerkschafter, der nicht lieber eine Verständigung hat als Kampf. Ich kenne auch keinen Politiker, der nicht lieber auf dem Wege der Verständigung etwas entgegenkäme, als daß er einen Kampf führt, der ohne Schädigung der Gesamtheit gar nicht geführt werden kann, ob es sich um einen Streik oder einen Straßenkampf handelt. Alle Kämpfe sind zweischneidige Schwerter. Ich wollte hauptsächlich das ausführen, daß gerade die Einstellung der deutschen Arbeiter zur Nation gezeigt hat, daß, wenn eine Theorie sich als falsch zeigt, das im richtigen Moment erkannt und danach gehandelt wird.

Gegenüber dem Herrn v. Gottl, der darüber erstaunt war, daß Herr Grünberg die Bemerkung gemacht hat, er sei unter dem Ein-

druck gestanden, er wäre in der Kirche, möchte ich bemerken: ich muß den Weg, den Herr Sombart vorgeschlagen hat, ebenfalls ablehnen. Ich glaube aber, ich darf im Namen aller, die diesen Weg ablehnen, sagen, daß wir alle es begrüßen, wenn neben der Umstellung des wirtschaftlichen Denkens eine geistige Umstellung, sogar eine religiöse Erneuerung eintritt und der Gedanke der Liebe auch Platz greift. Aber immer müssen wir uns klar sein, daß religiöse Gedanken immer nur auf kleine Kreise gewirkt haben, und daß das, was wir anders gestalten wollen, nicht auf diesem Wege anders gemacht werden kann. Damit ist gar nichts gegen die Religion, gar nichts gegen den Wunsch des religiösen Denkens und Bertiefens gesagt, sondern es ist nur gesagt, daß auf diesem Wege das, was wir wollen, nicht verwirklicht werden kann.

Es ist heute von einem Redner, ich glaube, von Herrn Sombart selbst, gesagt worden, daß durch die Klassenkampftheorie auch gerade das Religiöse bekämpft werde. Es ist richtig, daß in der deutschen Sozialdemokratie der Atheismus seinerzeit eine große Rolle gespielt hat. Aber gerade so wie die scharfe Betonung der atheistischen Gedanken, so ist auch das scharfe Betonen des rein Materiellen gegenüber dem Geistigen nicht etwas spezifisch Sozialdemokratisches, sondern es ist etwas, was wir aus der liberalen Ära übernommen und als Erbschaft angetreten haben. Und es kann deshalb nicht die Klassenkampftheorie dafür verantwortlich gemacht werden, wenn in der deutschen Arbeiterschaft etwas Antinationales, ich kann es im Moment nicht anders ausdrücken, oder Antireligiöses vorhanden war. Ich möchte nur betonen, daß auch wir den Weg ins Freie suchen, daß auch wir wollen, daß die Formen des Klassenkampfes nicht so sind, daß sie Hass gebären, sondern wir wollen den persönlichen Hass bekämpfen. Man kann eine Lohnbewegung mit aller Schärfe führen, ohne daß sich Unternehmer und Arbeiter mit Hass gegenüberstehen. Aber dem Herrn v. Gottl möchte ich auch noch erwidern, der Weg ins Freie kann auch nicht über Henry Ford oder ähnliche Männer gehen. Man wird nicht eine bestimmte Anzahl Menschen finden, denen man die Produktionsmittel anvertrauen kann, und die Produktionsmittel im Sinne der Allgemeinheit verwenden. Das muß abgelehnt werden. Deswegen wird es Klassenkampf geben, solange wirtschaftliche Gegensätze großer Volkschichten einander scharf gegenüberstehen. Es kann nur Aufgabe der Wissenschaft sein, die Ursachen zu erkennen, sie klar-

zulegen und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung und die wirtschaftlichen Kämpfe in gesunde und erträgliche Bahnen zu lenken.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Bernhard Harms-Kiel: Ich möchte aphoristisch drei Punkte anschneiden. Wer wie ich es liebt, im „Kapitalismus“ Meister Sombarts zu lesen, hat helle Freude an seinem Bestreben, die Begriffe klar herauszuarbeiten. Auch heute ist er diesem Grundsatz treu geblieben und hat einen Begriff geprägt, der im ersten Augenblick außerordentlich gefangen nimmt: die Unterscheidung von absolutem und relativem Klassenkampf. Inzwischen sind mir jedoch Zweifel gekommen, ob diese Gegenüberstellung möglich ist, das heißt literarisch abgeleitet werden kann. Je länger, desto mehr will es mir scheinen, als ob es nicht der Fall sei. Herrn Kollegen Sombart wäre ich deshalb dankbar verbunden, wenn er in seinem Schlusswort zu meinen Bedenken Stellung nehmen möchte.

Soweit mir die sozialistisch-kommunistische Literatur bekannt ist, bietet sie für die Theorie des absoluten Klassenkampfes keine Unterlage. Dies sage ich, obwohl mir das Wort von der „Diktatur des Proletariats“ geläufig ist. Die sozialistisch-kommunistische Klassenkampftheorie erstrebt letzten Endes die Aufhebung aller Klassen, womit schließlich die Notwendigkeit des Klassenkampfes entfällt. Darin erblicke ich die von Sombart vermißte Ideologie. Selbst die Diktatur des Proletariats ist nur das Mittel zu dem Zweck, die Klassen zu beseitigen und damit den Klassenkampf überflüssig zu machen. Eine andere Frage ist es natürlich, wie das Ding in der Praxis aussieht. Aber darauf kommt es hier nicht an, denn Sombart hat seine These vom doppelten Gesicht des Klassenkampfes aus der Literatur abgeleitet. Diese aber kennt keinen „absoluten Klassenkampf“, sondern erstrebt als das Endziel die Überwindung aller Klassengegensätze durch Beseitigung einer Gesellschaftsordnung, die für die Bildung von Klassen der Nährboden ist. Zweifellos ist dies die sieghafte Idee, um derentwillen die Masse des Proletariats den Klassenkampf geführt hat und noch führt.

Der zweite Punkt, den ich berühren will, sieht so aus. Im Hintergrunde der Ausführungen fast aller heutigen Redner stand das Problem: Individualismus und Sozialismus, dem freilich mit dieser schlagwortartigen Formulierung gewisse Gewalt angetan wird. Sie verstehen aber, was ich meine. Herr Kollege Mitscherlich hat den Standpunkt vertreten, daß innerhalb aller Wirtschaftsgruppen die Idee der Ge-

meinschaft sich ständig mehr durchsetze. Ich glaube im Gegenteil, daß wir mindestens in Deutschland einer Zeit entgegengehen, in der individualistische Einstellung wieder mehr zur Geltung kommt. In allen Volkskreisen sind die Ansätze dazu vorhanden. Freie Bahn für Persönlichkeitsentwicklung wird als Wunsch und Zielsetzung immer stärker empfunden. Etwas von den alten Idealen des Liberalismus vergangener Zeiten ist im Begriff, Auferstehung zu feiern. Herr Kollege Mitscherlich demonstrierte an den Kartellen. Gerade deren Entwicklung scheint mir für meine These zu sprechen. Im Kartellwesen gärt es an allen Ecken und Enden. Starke Persönlichkeiten empfinden die von den Kartellen gesetzten Schranken als unerträgliche Hemmungen. Wenn demnächst die deutsche Wirtschaftslage sich weiter verschärft und die Einzelunternehmungen vor den Kampf um Sein oder Nichtsein gestellt sein werden, wird das Mitschleppen von an sich leistungsunfähigen oder schwachen Betrieben auf Kosten derjenigen, die nicht nur Lebenswillen, sondern auch Lebendigkeit besitzen, so starken Abneigungen beggnen, daß das Kartellwesen in seiner heutigen Form darüber in die Brüche gehen wird. Auch auf dem Gebiete der Arbeitskämpfe zeigt sich bereits Widerwillen gegen die bisherigen Methoden. Starre und schematische Tarifverträge, die von den Sekretären der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände abgeschlossen werden, sind schon längst nicht mehr das Ideal der intelligenten Arbeiter, zu schweigen von den Unternehmern. Dies alles scheint mir grundsätzlich bedeutsam zu sein, denn wenn die deutsche Wirtschaft sich jemals wieder emporarbeiten will, muß individueller Kraft- und Persönlichkeitsentfaltung Spielraum gewährt werden. Selbstverständlich ist nicht daran zu denken, daß damit ödem Manchesterliberalismus Tür und Tor geöffnet werde. Davor behüte uns der Himmel. Auf die Synthese kommt es an. Daß diese heute das Problem ist, möchte ich hier wenigstens angedeutet haben.

Das dritte ist die Überschätzung der Wirtschaft, von der Sombart gesprochen hat. Das ging mir aus tiefstem Herzen. Eine Wirtschaft, die sich Selbstzweck ist, wird wesenlos und verdient die Nichtachtung, die ihr entgegengebracht wird. Niemals kann die Rede davon sein, daß die Wirtschaft neben dem Staat oder gar über ihm stünde. Das Prinzip des Staates ist das höchste, dem sich alles andere, selbstverständlich auch die Wirtschaft, unterzuordnen hat. Leider ist diese konsequente und überragende Staatsidee in Deutschland ins Wanken geraten. Ein erschreckendes Zeugnis dafür ist unter anderem das Dawes-Gutachten.

Die Sachverständigen machen sich die von der Industrie wiederholt bekundete Auffassung zu eigen, daß nicht der Staat der Deutschen, das Deutsche Reich, die Erfüllung von übernommenen Verpflichtungen zu gewährleisten vermöge, sondern daß die Wirtschaft Bürgschaft leisten müsse, diese also gewissermaßen Besseres und Höheres sei als der Staat selbst. Das ist eine Einstellung, die entschieden abgelehnt werden muß. Mit Energie gilt es zu betonen, daß die Wirtschaft immer nur Mittel zum Zweck sein kann. Diesen Zweck hat Heinrich v. Treitschke dem Sinne nach einmal so umschrieben: „Die Millionen müssen ackern, schmieden, hobeln, damit wenige Tausende malen, forschen und regieren können.“ Nicht darauf kommt es an, ob wir technisch vollendete Dynamomaschinen bauen und die Wirtschaft als solche Erfolg hat, sondern entscheidend für Volk und Nation ist allein, wie jene Tausende malen, forschen und regieren. Nur wenn die Träger der Wirtschaft ihre Tätigkeit auf diese Zielsetzung einstellen, erfüllen sie ihren letzten Zweck und nehmen zugleich teil an den Segnungen der geistigen Kultur, die auf diese Weise im Rahmen eines starken Staates geschaffen wird.

Vorsitzender: Ich schließe hiermit die Debatte und gebe Herrn Sombart das Schlußwort.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Sombart: Bis zu den Worten des Vertreters der christlichen Gewerkschaften war ich sehr traurig, denn ich habe aus den Reden herauszuhören geglaubt, daß ich eigentlich in meinen wesentlichsten Ausführungen nicht verstanden wurde. Die Worte des Vertreters der christlichen Gewerkschaften haben mich aus der Mutlosigkeit erlöst. Ich danke ihm ganz besonders.

Ich habe eigentlich im Schlußwort nichts anderes zu sagen als das, was er gesagt hat. Er hat in seiner vortrefflichen volkstümlichen Weise zum Ausdruck gebracht, was ich in den Begriffen und Definitionen der Wissenschaft gesagt habe. Ich will mich deshalb in meinem Schlußwort auf Berührung weniger Punkte beschränken, in denen ich die Ausführungen der Diskussionsredner richtigstellen muß, respektive in denen ich auf Fragen, die an mich gerichtet wurden, antworte. Ich will mit den letzteren beginnen.

Von den drei Punkten, die Herr Kollege Harms berührt hat, war nur der erste eine Frage, nämlich die, wie ich die Theorie des absoluten Klassenkampfes oder den Begriff einer absoluten Theorie des Klassenkampfes aufstellen könne angesichts der auch mir nicht unbekannten Tatsache, daß nach der Marxistischen Lehre der Klassenkampf

nach Vollendung des Sozialismus hinfällig werde. Die Antwort darauf ist sehr einfach. Es liegt hier einer der zahlreichen Widersprüche im marxistischen System vor. Marx hat eben gelehrt, alle bisherige Geschichte — Engels hat hinzugefügt „seit der Beseitigung der kommunistischen Urtirtschaft“ —, alle bisherige Geschichte sei die Geschichte von Klassenkämpfen in dem absoluten Sinn, wie ich es ausgeführt habe. Dass er dann die Klassenkämpfe mit dem Siege des Sozialismus aufhören lässt, bedeutet eines der Momente, die ich als die Mythologisierung der Klassenkampftheorie bezeichnet habe. Dieser Hinweis auf das Reich der Freiheit ist eben reine Mythologie. Es ist die Klassenkampftheorie in der marxistischen Lehre mit der ganzen Prophetie und Eschatologie des sozialistischen Glaubens belastet worden. Wenn nun, wenn ich das gleich sagen darf, einige der Redner mich gefragt haben, wo ich denn diese extreme Auffassung des Klassenkampfprinzips finde, so setzt mich das einigermaßen in Erstaunen. Kennen Sie denn die ganze kommunistische Literatur nicht, die neuesten Schriften von Korsch, Lukacz und Bucharin? Das sind die neuesten Dokumente darüber, was die Herren unter der Klassenlehre verstehen. In diesen Schriften ist der Standpunkt vertreten worden, den ich hier als den Standpunkt der absoluten Klassentheorie charakterisiert habe.

Ein anderer Punkt betrifft eine Richtigstellung oder eine Erinnerung, wenn ich so sagen darf. Herr Goldscheid hat mir vorgeworfen, dass ich die Entstehungsgeschichte der Klassenkampfidee nicht genügend behandelt hätte. Das nimmt mich wiederum wunder. Das Referat lief ja mit der Schnelligkeit eines Films ab; aber ich glaubte doch, so deutlich hervorgehoben zu haben, welchen Wert ich auf die Ursprungslehre lege, dass es mich wundert, dass das tatsächlich überhört wurde. Nur irrt Herr Goldscheid darin, dass er den Ursprung der marxistischen Ideologie in der ökonomischen Theorie der Klassiker findet. Er liegt hundert Jahre früher. Die ganze ökonomische Theorie der Klassiker ist selbst schon der Ausdruck einer geistigen Strömung, die damals seit ist eben schon der Ausdruck einer geistigen Strömung, die damals seit mehr als hundert Jahren floß. Wenn wir die Quellen des Marxismus aufdecken wollen, müssen wir eben noch viel tiefer graben. Das ist andeutungsweise mein Bestreben gewesen und ist eine Hauptaufgabe der neuen Bearbeitung meines „Sozialismus“¹⁾. Die Klassenkämpfe

¹⁾ Der proletarische Sozialismus („Marxismus“). 2 Bände. 1924. Bei G. Fischer in Jena.

bilden nur ein Glied in einer Reihe. Darin hat Herr Goldscheid recht. Nur, wie gesagt, er sieht den Anfang nicht.

Nun habe ich mir erlaubt, gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß die Ursprungslehre irgendeiner sozialen Theorie eine dreifache sein müsse, und damit wende ich mich auch gegen das, daß mir der Vorwurf des Literarischen gemacht wurde. Alle sozialen Theorien sind dreifach zu untersuchen: psychologisch: als die Emanation einer Persönlichkeit, soziologisch: als Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse. Daraüber habe ich auch gesprochen, indem ich die Momente aufwies, die die europäische Gesellschaft in jener Zeit aufwies, als — hundert Jahre früher, als Sie annehmen, Herr Goldscheid! — diese Ideen zur Welt gebracht wurden. Es darf nun aber freilich nicht vergessen werden, daß die Ursprungslehre noch eine dritte Seite hat. Was Herr Grünberg etwas verächtlich als das Fortzeugen einer Lehrmeinung durch die Literatur hervorhob, besteht und ist ein wichtiger Faktor für die Erklärung einer Lehrmeinung, der neben dem soziologischen und psychologischen Ursprung Berücksichtigung verdient und von mir als ideologischer bezeichnet wird. Das alles hatte ich mir erlaubt auszuführen. Aber man hat es nicht beachtet.

Die anderen Punkte, die nun freilich nicht so einwandfrei erledigt werden können, betreffen Ausführungen, denen man andere Ansichten entgegengesetzt hat. Ich darf zunächst anknüpfen an das, was Herr Kollege v. Wiese ausgeführt hat. Er hat gemeint, wir sollten keine metaphysischen, sondern rationale Erörterungen anstellen. In meiner Disposition, wie der Kampf gegen das Klassenkampfprinzip zu führen sei, hatte ich selbst mir erlaubt, die rationale Erörterung an erster Stelle zu nennen. Ich hatte sogar gesagt, daß mit Leuten, die solches Aufheben von der Wissenschaftlichkeit ihrer Meinung machen, die Diskussion gerade auf wissenschaftlicher Grundlage müßte geführt werden können. Ich habe das auch ausführlich in meinem obengenannten Buche getan. Ich habe aber hinzugefügt, daß wir mit den Klassenkampftheoretikern vom reinen Wasser auf diesem Wege nicht zum Ziele kommen werden. Lesen Sie doch ihre Erwiderungen! Ich kann aus meiner Erfahrung als akademischer Lehrer sprechen. Mit den Kommunisten in den Seminarien gibt es keine Erörterung, weil sie eben nicht mehr die Möglichkeit haben, ihren Standpunkt irgendwie wissenschaftlich zu begründen. Ich wies schon darauf hin, daß sie einen Ausweg gesucht haben und sagen: Wenn wir eure Logik anerkennen wollten, dann

hättet ihr freilich recht. So weit kann man sie kriegen. Aber sie sagen weiter: Was ist eure Logik? Eure Logik ist ein Klassenprodukt, eure Logik ist etwas anderes als unsere. Und nun, Herr Kollege v. Wiese, diskutieren Sie einmal mit einem Mann, der Ihnen sagt, Sie haben eine andere Logik! (Heiterkeit.)

So ist es in der Literatur und im persönlichen Gespräch. Das ist begreiflich, weil eben das irrationale Moment in der ganzen Lehrmeinung immer mehr in den Vordergrund gedrängt ist im selben Maße, wie das rationale zerbrochen wurde. Wissenschaftlich ist kein Zeugen mehr haltbar an der ganzen Klassenkampftheorie. Man muß sich ja vom wissenschaftlichen Standpunkt aus schämen, so ein Ding wie die Klassenkampftheorie zu vertreten. Ein jeder Punkt ist morsch, und in dem Maße, wie man das eingesehen hat, hat man die rationale Erörterung abgebrochen.

Und was bleibt übrig? Wenn ich nicht mehr diskutieren kann mit den Vertretern einer Lehrmeinung, dann bleibt eben nur der Ausweg, den ich gewiesen habe: das Bekenntnis zu einer grundsätzlich anderen Weltanschauung. Sie dürfen doch nicht vergessen, Herr Kollege v. Wiese, daß die Klassenkampftheorie selbst auf einem metaphysischen Fundament ruht. Nachzuweisen, daß das der Fall ist, war ja eine der wichtigsten Aufgaben, die ich mir gesteckt hatte. Was ist denn der Standpunkt des sozialen Naturalismus anderes als schlechte Metaphysik? Sie können also gar nicht umhin, die Metaphysik heranzuziehen. Welche Art von Metaphysik nun derjenigen entgegenzusetzen ist, aus der heraus das Klassenkampfprinzip geboren wurde, das ist selbstverständlich letzten Endes eine Persönlichkeitsfrage.

Auch derjenige Punkt, den Herr Goldscheid hervorgehoben hat, und auf den ich noch zu sprechen kommen möchte, die Frage der Liebe und ihre Anerkenntnis, ist letzten Endes metaphysisch bestimmt. Es ist hier der große Unterschied der Anschauungen, ob man Liebe auf dieser Erde, irdische Liebe, für möglich hält, oder ob man der Meinung ist, daß alles, was wir an Liebe auf dieser Erde haben, letzten Endes himmlische Liebe ist. Ich vertrete mit aller Energie die letztere Ansicht. Ich glaube insbesondere auch, daß die Idee der Gemeinschaft, soweit sie auf Liebe beruht, nur in dieser, nennen wir sie einmal — das Wort ist beanstandet worden — religiösen Auffassung wurzeln kann. Das habe ich schon in meinem Referat auszuführen versucht.

Ich glaube deshalb, daß wir gerade, wenn wir uns zu dem Liebes-

prinzip bekennen, die Verankerung in dem Ideal, dem göttlichen, nicht umgehen können.

Nun ist von einigen Vertretern der Sozialdemokratie, besonders deutlich von dem Herrn Arbeitsminister Engler, ausgeführt worden, daß sich der Standpunkt der Sozialdemokratie mit denjenigen Forderungen, die ich aufgestellt habe, wohl vereinigen lasse. Das gebe ich zu; aber ich schließe daraus nur und stelle auf Grund dieser Beobachtung fest, daß der Standpunkt der Sozialdemokratie ein schwanken-der ist. Die S.P.D. hat sich noch nicht genügend gemausert. Sie hat allerdings den Anlauf zum Nationalen in den Augusttagen des Jahres 1914 genommen, ist aber zurückgefallen in ihre alte Ideologie, und wie der Görlicher Parteitag und das, was nachher kommt, bewiesen hat, ist sie zu einem ausgesprochen nationalen Standpunkt noch nicht gelangt, hat sie sich vor allem von ihrer alten Klassenkampfideologie noch nicht völlig loszusagen vermocht.

Was der Vertreter der Sozialdemokratie sonst ausgeführt hat, das ist das, was ich als Erneuerungssymptome, als Hoffnungspunkte bezeichnet habe, daß die Ideologie des Klassenkampfes aufgesogen wird von irgendwelchen anderen echten Ideen. Gewiß ist in dem heutigen Sozialismus schon eine Menge religiösen Wesens, gewiß auch nationales Empfinden, gewiß auch echter Idealismus. Aber daß innerhalb der sozialistischen Parteien diese Erscheinungen vorkommen, das ist kein Beweis dagegen, daß das Prinzip dieser Partei einstweilen ein anderes ist. Wenn Sie mir von religiösen Sozialdemokraten sprechen, so sage ich, daß das Leute sind, die der Sozialdemokratie beigetreten sind, weil sie keinen anderen Raum hatten, wo sie sich betätigen könnten, die aber auf einem grundsätzlich entgegengesetzten Standpunkt stehen. Denn daß der Marxismus antinational und antireligiös ist, das wagt wohl niemand zu bestreiten. Wenn mir ein Herr sagte, dessen Namen ich nicht behalten habe, in der Klassenkampfbewegung trete eine religiöse Erscheinung zutage, dann ist diese Erscheinung antimarxistisch. Im Rahmen des Marxismus kann es keinen religiösen, nationalen, idealistischen Ton geben. Der marxistische Standpunkt steht und fällt mit dem Bekenntnis zum sozialen Naturalismus, und die antireligiöse Stimmung der Sozialdemokratie ist nichts anderes als die Folge, der Ausdruck dieser Grundanschauung. Wir müssen unterscheiden zwischen Marxismus — worunter ich nicht die Lehre von Marx verstehe, sondern die im Lauf der Generationen aus den Marx'schen Theorien entstandene

Auffassung des proletarischen Sozialismus — und zwischen irgendwelchen anderen Erscheinungen, die wir im Rahmen der heutigen sozialistischen Parteien beobachten.

Ich will nun, um diejenigen, die sich durch meine Ausblicke in die zukünftige Gestaltung verletzt gefühlt haben, nicht noch einmal zu reizen, darauf verzichten, auf die fundamentalen Probleme, um die es sich bei einer Umstellung handelt, einzugehen, auch auf das, was Herr Kollege v. Gottl ausgeführt hat. Alles das ist beachtlich. Und wenn ich von einer Rückkehr zur Religion gesprochen habe, so habe ich damit nichts anderes gemeint als das Bekenntnis zum Transzendenten, das Bekenntnis zu der Tatsache, daß diese Welt der Empirie, in der wir herumpantschen mit allen unseren so reichlich hier ausgeführten Unzulänglichkeiten, nicht die einzige ist, sondern daß hinter dieser Welt eine von den Einzelnen irgendwie anschaubare andere Welt liegt, und daß das Leben für diese andere Welt den ganzen Sinn in unser irdisches Dasein hineinbringt. Das ist das Entscheidende. Dostojewski hat einmal gesagt: „Es lohnt sich zu leben nur für Dinge, für die es sich auch lohnt zu sterben.“ Es handelte sich bei meinen Ausführungen nur darum, darauf hinzuweisen, daß unser Leben farblos ist, wenn es sich nicht auf dem Goldgrunde der Transzendenz abhebt.

(Beifall.)

Vorsitzender: Ihr Beifall bringt die Empfindung der Dankbarkeit deutlich zum Ausdruck. Ich spreche dem Herrn Vortragenden noch einmal diesen Dank aus für die Feinheit, die Tiefe, die Kraft der Warmherzigkeit und der Mannhaftigkeit, mit der er seine Auffassung vorgetragen hat.

Damit schließe ich die Sitzung.

(Schluß 7 Uhr.)

Zweiter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 25. September 1924, vormittags 9^{1/2} Uhr.

I. Die sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse.

Vorsitzender Geh. Hofrat Prof. Dr. Fuchs-Tübingen: Verehrte Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung. Ich habe die Ehre, heute den Vorsitz zu führen, außerdem habe ich als stellvertretender Vorsitzender des Vereins tätig zu sein und habe zugleich die Ehre, der Vertreter der staatswissenschaftlichen Fakultät der Landesuniversität zu sein. Der Ausschuß hat die Hochschule Tübingen nicht besonders eingeladen, darum hat sie gestern unter den Begrüßenden gefehlt. Ich möchte nicht unterlassen, auf die engen Beziehungen hinzuweisen, die zwischen der Landesuniversität und dem Verein bestehen, insbesondere der nicht mehr existierenden staatswissenschaftlichen Fakultät. Ist sie doch geschaffen worden von einem Manne, den wir als den Vorläufer der beherrschenden Richtung der Nationalökonomie betrachten dürfen, durch Friedrich List, der der sozialen Frage durchaus nicht so fremd gegenübergestanden hat, wie man gewöhnlich sagt. Außerdem ist vor allem einer der Begründer, der lange Jahre die Seele des Vereins gewesen ist, unser verehrter früherer Vorsitzender Gustav Schmoller, aus der staatswissenschaftlichen Fakultät Tübingen hervorgegangen und hat sein ganzes Leben der schwäbischen Heimat Freundschaft bewahrt. Darum begleitet die Universität Tübingen und die staatswissenschaftliche Fakultät, wenn sie auch nicht zahlreich vertreten ist, die Verhandlungen mit den wärmsten Wünschen, daß sie sich segensreich für unser ganzes Volk gestalten mögen.

(Bravo!)

Nun bitte ich Herrn Professor Eulenburg, das Wort zu seinem Vortrag zu nehmen.

Prof. Dr. Eulenburg-Berlin: Meine sehr verehrten Herren! Während in der gestrigen Tagung uns ein Höhenflug unter Sombarts Führung zu den letzten Fragen der Weltanschauung und Metaphysik

erhob, muß ich Sie heute durchaus auf die Erde zurückführen. Denn das Thema, das mir gestellt ist, mich zu verbreiten über die sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse, bleibt gänzlich an diese Erde gebunden. Und so gern gerade ich persönlich den Ausblicken und den Gedankenflügen folgen möchte, die gestern berührt worden sind, so erlaubt es doch mein Gegenstand und die wissenschaftliche Behandlung, die wir ihm angedeihen lassen wollen, unter keinen Umständen. Dabei darf ich mich auf ein Wort Leopold von Rankes berufen. In seinem bekannten Vorwort zur Geschichte der romanischen und germanischen Völker sagt er mit Hinweis auf ähnliche Betrachtungen ethischer und politisch-religiöser Art: „Solch hoher Aufgaben unterfängt sich die Wissenschaft mit nichts, sie bescheidet sich damit, nur zu sagen, wie es eigentlich gewesen.“ Diesem Worte will auch ich folgen und möchte ich mich ebenfalls damit bescheiden, nur zu sagen, wie die Wirkungen der Währungsverhältnisse eigentlich sind.

I. Die wissenschaftliche Behandlung dieser Frage stößt von vornherein auf zwei nicht geringe methodologische Schwierigkeiten. Ist es überhaupt möglich, aus einem großen Komplex von Ursachen, die stets zusammen aufgetreten sind, die sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse allein herauszufinden? Darauf möchte ich von vornherein eine verneinende Antwort geben. Die Währung ist eingestellt in einen großen Komplex von Verhältnissen, sie ist selbst erst Folge von dahinter liegenden mannigfaltigen Ursachen, die ihrerseits wiederum Wirkungen auf die sozialen Zustände hervorruhen. Wenn zum Beispiel eine Kapitalverknappung eingetreten ist, so läßt sich unschwer zeigen, daß ohne Währungsverfall eine solche ebenfalls stattgefunden hätte, wenn auch wohl in kleinerem Maße. Was ist von den gesamten Änderungen nun auf die Währung und was auf andere Ursachen zurückzuführen? Wir können das nur ungefähr feststellen und müssen mit aller Vorsicht gleichsam tastend versuchen, zu einem Ergebnis zu kommen.

Es besteht noch eine zweite nicht minder große Schwierigkeit: Die Verhältnisse, die ich zu schildern habe, befinden sich noch im Fluß; die Wirkungen aber, die von der Währung ausgehen, sind selbst so außergewöhnlich mannigfach, daß die Frage am Platze ist: Welches sind die dauernden, bleibenden Wirkungen und welches die temporären, die vorübergehenden? Welchen Maßstab oder welche Methode haben wir, um festzustellen, welche von den Wirkungen dauernde und welche temporäre sind? Vor einem halben Jahre hat man beispielweise von

einer „Krise der Sozialpolitik“ gesprochen, eine Frage, die heute nicht mehr vorhanden ist. Ein Urteil aber darüber abgeben, was von den sozialen Vorgängen vorübergehend und was dauernd ist, wird erst nach geraumer Zeit möglich. Auch hier kann unser Versuch nur auf ein ungefähres Tasten herauskommen. Wir haben es dabei heute gar nicht mit den wirtschaftlichen Wirkungen zu tun, die aus dem Währungsverfall hinauskommen, sondern mit den sozialen. Das heißt ich möchte zu schildern versuchen: welches denn die Änderungen sind, die in der Struktur bestimmter sozialer Gruppen beziehungsweise Klassen eingetreten sind; wie sich die Verhältnisse zwischen diesen verschiedenen Gruppen und Klassen verschoben haben, und wie diese Verhältnisse zum Ganzen der Gesellschaft und zum Staat eben durch die Währung andere geworden sind. Mithin ist von vornherein schon die Notwendigkeit gegeben, das Dauernde — denn nur damit haben wir es zu tun, wenn wir soziale Wirkungen betrachten — von dem Vorübergehenden und Zufälligen zu unterscheiden. Dabei möchte ich versuchen, an folgenden Klassen diese Strukturänderungen zu schildern. 1. Die Kapitalbesitzende Klasse, 2. die Unternehmer, 3. der sogenannte „Mittelstand“ und 4. die Arbeiterklasse. Diese vier Klassen sind keine logisch scharf auseinanderfallenden Gruppen, sondern überschneiden sich mehrfach; aber die Aufgabe, die wir verfolgen, läßt es zweckmäßig erscheinen, diese vier Gruppen herauszunehmen und einer besonderen Untersuchung zu unterstellen.

Vorher eine kurze Bemerkung, die sich eigentlich von selbst versteht, die ich aber hervorheben möchte. Bei allen Verschiebungen der sozialen Struktur in sich und gegeneinander versteht sich eines von selbst, das nicht jedesmal besonders betont zu werden braucht, das aber leicht übersehen wird: nämlich die Tatsache der Verarmung Deutschlands überhaupt. Die Verschiebung der sozialen Machtverhältnisse ist erst innerhalb dieses gemeinsamen Rahmens für uns zu begreifen. Wir können uns diese Verarmung am besten an einer äußeren Zahl verdeutlichen. Wenn wir nach der Berechnung Helfferichs das deutsche Volkseinkommen im jetzigen Gebiet des Reiches vor dem Krieg auf jährlich 40 Milliarden annehmen, so würden auf den Kopf der Bevölkerung 640 Mark kommen. Wir können zu berechnen versuchen, wie hoch sich das Volkseinkommen jetzt beläuft, und kommen dabei auf etwa jährlich 23 Milliarden. Das würde bedeuten, daß wir gegenwärtig im Durchschnitt auf den Kopf nur ein Einkommen von 400 Mark

jährlich beziehen. Schmoller hat für 1896 eine Aufstellung über das Volkseinkommen gemacht und kam zu dem gleichen Ergebnis, wie ich es für die Gegenwart berechnete. Daraus folgt, daß wir in Deutschland um ein Menschenalter zurückgeworfen sind; dabei haben wir einen Wirtschaftsapparat, der für die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse, also an sich für wesentlich größeren Wohlstand eingerichtet ist. Wenn das Gesamteinkommen so viel kleiner wurde, so folgt daraus ohne weiteres, daß auch jeder einzelne so viel weniger bekommt, daß mithin auch jede der sozialen Schichten von der früher erreichten Höhe herabgestiegen ist. Von dieser Voraussetzung ausgehend, müssen wir also versuchen, die Veränderung der sozialen Struktur jener vier Gruppen zu schildern.

II. Ich beginne mit der besitzenden Klasse. Es ist das Eigentümliche unserer Gesellschaftsordnung, daß der Besitz aus zwei Gruppen von Personen besteht, aus solchen mit Sachbesitz und solchen mit Kapitalbesitz. Wenn ich heute das Wort „Kapital“ schlechthin verwende, soll es nur im Sinne von Geldkapital geschehen, um Missverständnissen vorzubeugen. Das bedeutet, daß der Besitz von Produktionsmitteln nicht nur in den Händen derjenigen sich befindet, die unmittelbar die Produktion selbst leiten, sondern daß eine weit größere Anzahl von Personen in irgendeiner Weise an diesem Besitz interessiert und beteiligt ist. Sie sind gleichsam die stillen Teilhaber der Produktion. Das ist der Sinn des Kapitals: daß der Besitz nicht in den Händen weniger Kapitalmagnaten sich zusammenfindet, sondern daß er verteilt ist auf eine große Schicht von anderen Personen, und daß mithin weit über die Besitzer der Produktionsmittel hinaus sie an dieser Gesellschaftsordnung interessiert sind. Nun ist das Eigentümliche des gegenwärtigen Währungsverfalls, daß die eine Art des Besitzes restlos vernichtet ist, nämlich das Geldkapital und alle Ansprüche darauf, also die Rente. Der Rentenbezug war ein vertragsmäßig festgestellter Anspruch auf Forderungen und gewisse Erträge der Produktion, auf die der Besitzer eben Kraft seines Kapitalbesitzes das Recht hatte. Diese ganzen vertragsmäßigen Forderungen sind durch den Währungsverfall null und nichtig geworden. Sie bestanden vor dem aus verschiedenen Titeln, sei es aus Hypotheken, Obligationen, Sparguthaben, sei es aus dem Kapital, wie es sich bei den öffentlichen Versicherungen gebildet, sei es aus dem Rentenanspruch, den der private Versicherte hatte, sei es aus den Geldern, die bei den Depositengesellschaften

sich befanden, sei es aus Aktienbesitz. Alle Ansprüche aus diesem Kapital sind restlos vernichtet, sie bestehen nicht mehr: die Verträge sind einseitig gebrochen. Es ist die größte Depossedierung oder Expropriierung, wenn ich von Russland absehe, die in der Welt vorgekommen ist. Aber diese Depossedierung ist eine ganz einseitige, weil sie nur den Kapitalbesitz enteignet und die anderen Besitzer unbekämpft läßt.

Wir können versuchen, uns ein Bild zu machen, wie groß dieser Kapitalbesitz vor dem Kriege war. Es sei nur bemerkt, daß die Erhebung des Wehrbeitrags mir keine Handhabe zu geben scheint, um zu einem Ergebnis zu gelangen. Ich habe versucht, auf andere Weise die Größe des Kapitalbesitzes festzustellen, und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß der Betrag sich mindestens auf 162 Milliarden Goldmark belaufen haben muß. Auf dem Gebiet des heutigen Deutschen Reiches würden etwa 145 bis 150 Milliarden Goldmark in Händen von Kapitalbesitzern sich befunden haben. Diese ungefähr 150 Milliarden Goldmark sind bis auf wenige Reste verschwunden. Die ganze große Menge von Kapital, in Form von Sparkapital, Rentenkapital bei Versicherungsgesellschaften, in Aktienform, als Schuldverschreibungen, Obligationen aller Art, ist vollkommen in dem Orkus der Inflation verschwunden. Wenn man überlegt, wieviel heute übriggeblieben ist, so dürfte vielleicht ein Achtel bis ein Zehntel von dem ganzen Besitz noch vorhanden sein. Alles übrige existiert nicht mehr; alle Verträge, die darauf beruhen, sind einfach gebrochen.

Wer sind aber die Besitzer, wer sind die Gläubiger dieser kolosalen Menge gewesen, die jedenfalls größer ist, als Sie erwartet haben. Es war nicht so, daß diese Summe in den Händen von wenigen großen Kapitalmagnaten zusammenfloß, sondern so, daß dieses Kapital sich verbreitete über eine große Schicht von Personen, vor allem der Mittelschichten. Die Beruflosen, die Sozialrentner, die Pensionierten und andere „reine“ Rentner kommen dafür nur in bescheidenem Umfang in Betracht. Die große Masse derer, die die 150 Milliarden Goldmark besessen haben, machen die reinen Pensionäre und Rentner nicht aus. Vielmehr befand sich die große Menge des Geldkapitalbesitzes in den Händen von anderen Personen: Gewerbetreibende, Händler, Kleinunternehmer, höhere Angestellte, liberale Berufe, höhere Beamte, das ging bis zu den Arbeitern hinab, die gewisse Ersparnisse in den Versicherungsanstalten und dadurch Anspruch auf einen Rentenbezug daraus hatten. Alle diese Personen sind mithin enteignet: nicht eine

Zahl von reinen Kapitalisten, sondern Gruppen von Personen, vor allem auch der Mittelschichten, die in irgendeiner Form sich Kapital erspart hatten. Sie erstreckten sich von der Landwirtschaft durch die städtische Bevölkerung bis in die höheren Berufe. Sie alle sind durch den Währungsverfall depossessiert und expropriert.

Es ergeben sich drei Konsequenzen daraus: Zunächst wird die Zahl der Erwerbenden, die Zahl derer, die nunmehr in die Erwerbstätigkeit eintreten müssen, zunehmen. Denn eine große Anzahl von Rentnern, vor allem auch von Frauen, die von ihrem Geld gelebt haben, ist gezwungen, wieder zu erwerben. Sie werden nicht Arbeiter, sondern sie werden sich in Erwerbskreise hineindrängen, die ihnen am nächsten liegen und in denen ihre Angehörigen tätig sind. Es sind die Vielzubieben, die uns in so manchen, gerade bürgerlichen Berufen entgegentreten, und deren Herkunft uns oft dunkel ist. Deswegen haben wir den großen Andrang zu dem Beamtenberuf, zu den studierten Berufen, deswegen die Zunahme des Spekulantentums und Händlertums. Gegenwärtig ist das Problem nicht so: wie bauen wir diese Menschen ab, sondern wie bauen wir sie an, wenn sie nicht ins Ausland gehen können. Wir sehen also eine Zunahme der Erwerbstätigen auf allen Gebieten und gerade in diesen mittleren Schichten.

Sodann ist der Zusammenhang zwischen Besitz und Bildung zerrissen. So war es nicht nur bei uns, sondern überhaupt in der neueren Geschichte, daß das, was wir „Bildung“ nennen, die Beschäftigung mit geistigen und künstlerischen Dingen, mit Wissenschaft, nur dadurch möglich wurde, daß ein Besitz für die Ausübenden im Hintergrund stand. Nicht vom Besitz allein lebten die Ausübenden, wohl aber kam die Tatsache des Besitzes, der Bezug der Rente aus Kapital zu den sonstigen Erwerbsmöglichkeiten und Arbeitseinkünften hinzu. Dieser Zuschuß gab die Möglichkeit, daß die Leute studieren konnten, daß sie für Kunst und Wissenschaft etwas übrig hatten, weil im Hintergrund jener Besitz, wenn auch oft in kleinem Umfang, stand; er konnte und durfte auf Dinge aufgewendet werden, die nicht unmittelbar auf Erwerb gerichtet waren. Dieser Zusammenhang zwischen Wissenschaft beziehungsweise Bildung überhaupt und Besitz ist also vernichtet. Soweit wir sehen, ist die Kultur immer aufgebaut gewesen auf den Schichten von solchen Personen, die nicht bloß Besitzende waren, sondern wo der Besitz einen Zuschuß darstellte, auf Grund dessen sie etwas mehr betreiben konnten, als sie zum unmittelbaren

Erwerb brauchten. Es geht also die Bedeutung der Kapitalvernichtung weit über die zufälligen Besitzer hinaus.

Dann endlich eine weitere Folgerung: Wenn das Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner dadurch gelöst wird, daß der Gläubiger die Forderungen auf einen Teil des Produktionsvermögens, den er in Händen hatte, verliert, so muß mit Notwendigkeit der Schuldner gewinnen. Tatsächlich ist durch die Abtragung der Schulden infolge des Währungsverfalles eine so große Entschuldung eingetreten, wie niemals zuvor in der Geschichte. Der ganze Hausbesitz, der Grundbesitz, die Geschäftswelt haben aufgehört, Schuldner zu sein. Es ist die größte Seisachtheia, die größte Lastenauschüttelung, von der wir gehört haben. Die übrigen Schuldentlastungen, von denen wir in der Geschichte hören, spielen gegenüber dieser Entschuldung, die hier eingetreten ist, fast keine Rolle. Diese Kehrseite, daß den Verlierenden auf der einen Seite die Gewinnenden auf der anderen Seite gegenüberstehen, ist für die ganze soziale Struktur von grundlegender Bedeutung. Wer sind aber die Gewinnenden? Teilsweise — das muß man festhalten — sind es dieselben Personen, mindestens dieselben Gruppen, dieselben Schichten, die auf der anderen Seite verloren haben. Es sind wiederum die Mittelschichten der Grundbesitzer, der Hausbesitzer, der Geschäftsleute, die als Schuldner gewonnen haben, was sie auf der anderen Seite verloren. Ich schätze, daß ungefähr die Hälfte von dem, was wir als Verlust buchen dürfen, also etwa 70 Milliarden, von den Schuldern gewonnen wurde. Das übrige ist durch den Währungsverfall verschwunden und erscheint auch auf der Habenseite nicht wieder.

Es ergibt sich aber noch etwas anderes aus dieser Wandlung. Mit Notwendigkeit nämlich ist die Zahl der Gewinnenden kleiner als die Zahl der Verlierenden. Mit Notwendigkeit erstreckt sich diese Appropriation auf eine kleinere Schicht als die Enteignung auf der andern Seite. Die Zahl der Sparer beispielsweise, die eine Hypothek von 50 000 Mark zusammenbringen, setzt sich aus 15—20 Personen zusammen; dafür wird eine Hypothek seitens der Sparkasse ausgegeben. Aus lauter kleinen Teilen strömt es zusammen und an wenige wieder hinaus: das ist Sinn und Folge des modernen Kreditverkehrs. Die Zahl der Verlierer wird dadurch größer, die Zahl der Gewinner kleiner, aber damit um so kräftiger.

Es wäre noch zu fragen, ob nicht auch der Realbesitz, der Sach-

besitz an Produktionsmitteln, also der Produktionsapparat selbst gelitten hat; ob nicht die Besitzer, die gewonnen haben, ebenfalls geschwächt worden sind durch den Währungsverfall. Soweit etwa eine Reihe von Personen Sachwerte (Antiquitäten, Möbel, Schmuckgegenstände) verkauft haben, um davon zu leben, so bedeutet das nur eine Umschichtung und Verschiebung, indem andere Personen eben die Sachwerte erstanden haben. Es bedeutet noch keinen Verlust. Hat man jedoch wirklich von der Substanz gelebt? Ist das Sachkapital aus Produktionsmitteln, der Sachbesitz auch verschlechtert worden? An sich ist es möglich und kann in verschiedener Weise vorstehen gehen.

Es könnte einmal darauf beruhen, daß wir soundso viel ins Ausland gegeben und der Erlös aufgegessen wurde. Das würde wirklich bedeuten, daß wir „von der Substanz gelebt“ haben. Das ist zum Teil wirklich der Fall: Wir haben tatsächlich einen Teil des Sachbesitzes auf diese Weise aufgegessen. Die Zahlen der Werte, die auf diese Weise an das Ausland gegangen sind, schwanken zwischen 3 und 8 Milliarden. Es kann kein Zweifel sein, daß wir etwas aus der Substanz verzehrt haben. Wir können beispielsweise feststellen, wieviel von städtischen Häusern im Jahre 1922 in fremden Besitz übergegangen sind. In dem einen Jahr war es 0,8, also knapp 1 % des deutschen Hausbesitzes, davon die Hälfte in Berlin, das übrige in einigen Peripheriestädten, besonders im besetzten Gebiet. 1 % ist in einem Jahr relativ wenig. Aber mit den Jahren 1921 und 1923 zusammen war die Zahl doch nicht mehr unerheblich: wir kommen zu dem Ergebnis, daß jedes fünfzigste Haus in Deutschland sich in fremden Händen befindet und wir den Erlös daraus zum guten Teile aufgegessen haben. Soweit der Besitz in fremde Hände übergegangen ist, haben wir mithin tatsächlich vom Kapital gelebt.

Es kann sodann eine Verminderung des Realbesitzes eingetreten sein, indem wir unterlassen haben, die Betriebsmittel wieder herzustellen und zu erneuern. Es läßt sich sicher ermitteln, wie weit das der Fall ist. Aber wenn wir anderseits sehen, wie der Produktionsapparat sich ausgedehnt und verbessert hat, beispielsweise bei der Eisenbahn, die als Muster dienen könnte, so komme ich zu dem Ergebnis: Der Realbesitz und die Produktionsmittel sind im großen ganzen ersetzt worden und hier hat wenigstens durch die Inflation nur eine geringe Substanzminderung Platz gegriffen.

Es bleibt übrig, über den Verlust an Gebrauchsvermögen, an

Hausgerät, Möbel usw. zu sprechen. Hier hat jedenfalls eine teilweise Aufzehrung, zum mindesten keine Erneuerung bis in die Arbeiterkreise hinein stattgefunden. Nur die ländlichen Grundbesitzer haben sich in größerem Maße Anschaffungen leisten können, die Mittelschichten und Arbeiter nur in kleinerem Umfange. Das Ergebnis im ganzen ist demnach: Die Kapitalbesitzer sind vollkommen enteignet, deren Substanz restlos verloren. Das Produktivkapital dagegen, der Real- und Sachbesitz ist nur teilweise vermindert, aber im ganzen sind diese Besitzer eher gekräftigt, weil die Schulden, die Lasten in der Hauptsache weggefallen sind. Soweit die Änderungen der besitzenden Schichten im allgemeinen.

III. Die zweite Klasse betrifft die Unternehmergruppe. Unter den Unternehmern verstehe ich die Leiter von selbständigen industriellen, kommerziellen, technischen Betrieben, die wesentlich marktmäßig eingestellt sind. Die Schicht der Unternehmer ist auf der einen Seite verbreitert und vergrößert, auf der anderen Seite gestärkt worden und geht als Sieger aus der Inflation hervor; sie hat im ganzen zweifellos eine Stärkung erfahren. Gerade der Währungsverfall ist es gewesen, der weiten Kreisen die Möglichkeit gab, scheinbar risikolos Gewinn einzuholen, indem sie sich auf Spekulationen einließen, Kredite nahmen und zum selben Preise zurückbezahlt. Es sei erinnert an die „Zwischenhandels“tätigkeit, die Blütezeit aller irregulären Händler und Gründer: diese haben gerade damals ihre große Zeit gehabt. Die Zahl der Aktiengesellschaften, die vor dem Kriege etwa 5500 betrug, hat allein in dem einen Jahre 1923 sich um die gleiche Zahl vermehrt! Wir haben gegenwärtig 16 000 Aktiengesellschaften, also etwa dreimal so viel wie vor dem Kriege. Die Zahl der Gesellschaften m. b. H., die vor dem Kriege etwa 25 000 betrug, ist jetzt 75 000, also ebenfalls das Dreifache. Die Zahl der Berliner Börsenbesucher hat sich verdoppelt, die Zahl der Eintragungen in des Berliner Handelsregister, die früher jährlich 10 000 betrug, kam auf 30 000. Auch im laufenden Jahr hat das alles nur wenig nachgelassen. Es ist die Blütezeit der Gründertätigkeit und der Spekulation; die Schar dieser „Unternehmer“, zum Teil geradezu parasitäre Erscheinungen, ist außerordentlich gewachsen, so daß die Gründerjahre 1872 und 1873 dagegen gänzlich verschwinden. „Moralinfrei“, um mit Nietzsche zu sprechen, sind damals die Gründer gewesen, und „moralinfrei“ sind die Gründer der Gegenwart.

Aber nicht das ist das Wesentliche in der neuen Entwicklung. Vielmehr hat eine neue Konzentrationsbewegung stärkster Art eingesetzt. Sie ist gewiß nicht allein auf die Inflation zurückzuführen. Sondern Ansätze waren schon vor dem Kriege vorhanden, auch in anderen Ländern, zum Teil in anderen Formen. Unterstützt und ermöglicht aber ist diese Bewegung durch den Währungsverfall der letzten Jahre. Es ist das, was man mit dem Schlagwort der Vertikalkonzentration bezeichnet. Es sind jene ungeheueren Gebilde, die nicht eine Fusion, nicht ein Kartell darstellen, sondern wo die selbständigen Unternehmungen als solche bestehen bleiben, aber zusammengefaßt sind durch eine „Dachgesellschaft“. Sie stellt dann eine engere Beziehung unter den verbundenen Betrieben her, so daß wahre Herzogtümer der Industrie entstehen. Grinnert sei an derartige Unternehmungen in der Metallindustrie; aber auch auf dem Gebiet der Leder-, Textil-, Film- und Brauereiindustrie entstehen solche Konzerne, die die Erzeugung von der Beschaffung des Rohstoffes bis zum Schlußprodukt umfassen. Grinnert sei an die Mammutkonzerne der A. G.-G. und Stinnes, an die Klöckner-, Thyssen-, Karstadt-, Blumenstein-, Metallbank-Konzerne und viele andere. Das alles sind Riesenunternehmungen, die eine ungeheure Machtzentration darstellen, wie sie in Deutschland vor dem Kriege nie bestand.

Die Motive, die zu diesen Bildungen geführt haben, sind teils privatwirtschaftlicher, teils technischer Art; sie stellten eine Verbesserung und ökonomisch vorteilhaftere Verteilung dar, die sich jedenfalls als ein wirtschaftlicher Fortschritt auswirken kann. Aber zum anderen Teil sind sie rein effektenkapitalistisch zu großen Gebilden zusammengeschweißt. Oft versucht man erst, wenn man sie zusammengebracht hat, nachträglich einen Sinn hineinzubringen; so ist es zum Beispiel beim Hugo-Stinnes-Konzern der Fall, der zusammengekauft wurde und erst später langsam eine Einheit zu bilden begann. Das Kapital stammt zum Teil aus den Liquidationen des deutschen Besitzes in den abgetretenen Gebieten, zum Teil aus den sehr großen Gewinnen der Inflationszeit. Das, was an Betriebskapital auf der einen Seite verschwunden ist, ist auf der anderen hier agglomeriert worden. Das Ergebnis sind je riesenhafte Bildungen, wie sie vordem nicht da waren, und die auch im Ausland vielfach beachtet werden. Wenn man die Veröffentlichung des Metallarbeiterverbandes über die Konzerne der Metallindustrie liest und sich anschaut, was für Kapitalmassen da ver-

einigt sind, welche Macht ausgeübt wird, so muß man zugeben, daß nicht zum kleinsten Teile die Inflation diese Machtkonzentration zuwege gebracht hat.

Die „Flucht in die Sachwerte“, über die man so oft sich ärgert, und die in dem Kauf von kostbaren Pelzen, Schmuckstücken oder Billen bestand, ist doch eine Nebensächlichkeit und sozial ohne größere Bedeutung. Aber die wirkliche Flucht in die Sachwerte zeigt sich in den geschilderten Angliederungen ganz anderer Art. Denn die neuen Konzerne werden aller Voraussicht nach bestehen bleiben, auch nachdem eine Devalvierung eingetreten ist.

Nur eine Gruppe von Unternehmern geht geschwächt aus dem Kampfe hervor; das ist die Bankokratie. Die Substanz der Banken war selbst Geldkapital. Sie sind geschwächt, weil der Obligationenbesitz verschwunden ist, weil wenig Depositengelder mehr hereinkommen, weil gerade auf dem Gebiet des Bankwesens eine so große Zahl von neuen Etablissements aller Art gegründet wurde. Teilweise trägt hier die Bankpolitik selbst die Schuld an diesem Prozeß. Das Ergebnis ist, daß die Finanzmacht der Bankokratie zusammengeschmolzen ist. Symbolisch für die Verschiebung der Macht von der Finanzaristokratie auf die Industrokratie ist der Erwerb des großen Aktienpaketes der Berliner Handelsgesellschaft durch Hugo Stinnes. Das ist für die künftige Machtverteilung doch höchst wichtig: denn damit fehlt in den Kräfteverhältnissen das Gegengewicht gegen den Industriebesitz der Unternehmer.

IV. Zum Dritten möchte ich über den sogenannten „Mittelstand“ sprechen. Wir verstehen darunter mit Schmoller den „alten Mittelstand“ der selbständigen Gewerbetreibenden, Handwerker, Kleinhändler, dazu der Hausbesitzer, auf der anderen Seite den „neuen Mittelstand“ der freien Berufe, das Heer von Angestellten und Beamten. Wie diese keine Einheitlichkeit darstellen, so ist auch das Bild der Änderungen kein einheitliches, das sich aus den Währungsverhältnissen ergibt. Wenn man gesagt hat, daß dieser „Mittelstand“ vernichtet sei, so kann sich das offenbar nur auf den Mittelstand beziehen, insoweit er Kapital besaß und Renteneinkommen bezog. Das ist aber nur bei einem Teil jener genannten Gruppen der Fall. Soweit sein Einkommen aus Erwerb stammt, kann er nicht vernichtet sein. Indessen auch innerhalb dieser Kreise sind Veränderungen eingetreten. Ich erinnere zu Schriften 170. — Verhandlungen 1924.

nächst an das Schmerzenskind der Sozialpolitik, den Handwerkerstand. Er ist durch die Inflation wieder geschwächt, weil er von den großen neuen Bildungen noch mehr abhängt, weil sein Kapital und Kredit bei den Genossenschaften verschwunden ist, und weil der Bezug von Rohstoffen sich für ihn erschwert hat. Die Auswirkung dieser Tatsachen ist, daß die Handwerker noch weiter bedrängt sind als früher.

Dagegen scheint mir eine zweite Gruppe des sogenannten „Mittelstandes“, der städtische Grundbesitz, gestärkt aus den Währungswirren hervorzugehen. Es ließ sich feststellen, daß der Grundbesitzwechsel in den deutschen Städten sehr groß geworden ist: seit der Inflation befindet sich ungefähr ein Viertel, in den großen Städten ein Drittel in neuen Händen. Aber das sind im allgemeinen kapitalkräftigere Hände, die die Inflation überstanden haben und heute gesichert dastehen, sobald die Wohnungspolitik andere Wege gehen wird.

Ein Wort über das Beamtenamt. Nur relativ zueinander und im Verhältnis zum Ganzen darf man die einzelnen Klassen betrachten, nicht an sich oder im Verhältnis zur Vorkriegszeit. Wenn die kapitalbesitzende Schicht geschwächt ward, so ergibt sich mit Notwendigkeit, daß die Stellung des Beamtenamts gestärkt ist. Heute, wo gerade die übrigen mittleren Schichten einen großen Teil ihres Rückhaltes aus Renteneinkommen verloren haben, steht gerade das Beamtenamt gefestigter da als je. Daraus verstehen wir auch, warum die Stellen so stark erstrebt werden. Die „Stelle“ ist heute der Besitz geworden, nachdem ein großer Teil des Mittelstandes sein Vermögen verloren hat. Gerade für die Mittelschichten erscheint darum die Beamtenstelle das erstrebenswerte Ziel: sie bleibt bestehen, auch nachdem das Rentenkapital in den Abgrund der Inflation verschwunden ist. Denn die Verträge der Beamten sind trotz Abbau, trotzdem einmalig die Gehälter etwas später bezahlt wurden, im ganzen vom Staat gehalten worden; während die übrigen Verträge, die auf Geld lauteten, nicht gehalten werden konnte.

Ein gewisser Anhalt, um die Stellung der mittleren Klassen zu beurteilen, hat sich für mich aus einer Beobachtung der Schülerzahlen ergeben. Da ist zunächst überraschend, daß die Zahl der Volkschüler abgenommen hat, während die der mittleren und höheren Schüler gestiegen ist. Es sind ein Siebentel weniger Volkschüler, dafür zwanzig Prozent mehr mittlere und sechs Prozent mehr höhere Schüler vorhanden als vor dem Kriege. Während früher auf 25 Volkschüler ein

höherer Schüler kam, kommt jetzt einer auf 19. Das erscheint doch außerordentlich charakteristisch und lässt darauf schließen, daß weitere Schichten eine höhere Bildung erstreben, vor allem auch in die Beamtenstellen eintreten wollen, um pensionsberechtigt zu werden. Die Sicherung der Rente soll durch Sicherung der Pension erreicht werden.

Ich fasse zusammen: Eine Vernichtung des „Mittelstandes“ kann nur soweit in Frage kommen, als der Kapitalbesitz vernichtet ist. Soweit Realbesitz in Betracht kommt, scheint er damit im Verhältnis zu anderen Klassen gestärkt herorzugehen. Soweit der Erwerb in Betracht kommt, unterliegt er der allgemeinen Krisenfrage. In einem Punkt dagegen ist die Schicht wohl sozial geändert: die Abhängigkeit hat allenthalben wesentlich zugenommen. Die Abhängigkeit des Handwerks habe ich betont; aber auch der Handel, die Kaufleute sind abhängiger geworden von den mächtigen Industriekonzernen. Wenn man die freien Berufe ansieht, so hat der Arzt die Abhängigkeit von den Krankenkassen für eine relativ gesicherte Position erkaufen müssen. Alles in allem: Der „Mittelstand“ ist nicht vernichtet, aber sozial geschwächt und in größere Abhängigkeit geraten.

V. Zuletzt ein Wort über die Arbeitersklasse. Meine Damen und Herren, der große Vorteil, den die Arbeiterschaft während der Inflationsperiode in Deutschland genoss, scheint mir darin zu liegen, daß sie überhaupt beschäftigt war. Diese Seite ist wesentlicher als die Frage nach der Höhe des Arbeitslohnes. Unsere Arbeiterschaft hatte Beschäftigung, während im Ausland bereits Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschaftskrise herrschte. Das ist ein Gewinn; und sie hatte weiter den Gewinn, daß sie den Betrag der monatlichen Wohnungsmiete in wenigen Stunden verdienen konnte. Die Folge dieser Besserstellung wirtschaftlicher Art ist die wesentlich gefestigte Stellung, die die Arbeiterschaft während der Inflation in Deutschland gehabt hat. Die Tatsache, daß der Achtstundentag aufrechterhalten wurde, daß an einem Verhandlungstisch Unternehmer und Arbeiter zusammen saßen, daß Tarifverträge abgeschlossen wurden, zeigt, daß die soziale Stellung der Arbeiter, relativ natürlich, eine gefestigte war: wurden sie doch als gleichberechtigte Partei anerkannt. Auch äußerlich zeigte es sich. Die „Heiratslust“, um sich so auszudrücken, nahm einen hohen Grad an; er erhob sich weit über den der meisten anderen Länder und dauerte noch an, als sie anderwärts schon wieder nachgelassen hatte und man zu niedrigerer Verheiratungsziffer kam. Denn während dieser Zeit

ergab sich relativ eine nicht ungünstige Stellung gerade für die unverheirateten Arbeiter im ganzen. Alles Anzeichen, daß die Arbeiterschaft von der Geldentwertung zunächst Vorteil hatte und ihn auch äußerlich davontrug.

Anders aber in der Deflationsperiode, vielfach seit dem Ruhrkampf, vor allem seit der Einführung der Stabilisierung. Hier kann kein Zweifel sein, daß die Stellung der Arbeiter sozial gesunken ist. Wie sollen die Forderungen aufrechterhalten werden, wenn eine Million Arbeitslose und Kurzarbeiter da sind? Der Arbeiter hat eine Position nach der anderen freiwillig oder unfreiwillig aufgeben müssen und steht nunmehr in der Periode der stabilen Währung ganz anders da als vorher. Der Achtstundentag ist durchlöchert, die Tarifverträge sind zum Teil hinfällig geworden, die Gleichberechtigung stößt auf Widerstand. Die soziale Stellung der Arbeiter hat wiederum nachgelassen. Ich glaube, daß auch für die Zukunft die soziale Position der Arbeiter als Klasse wesentlich geschwächt scheint: schon deshalb, weil die Vernichtung von Betriebskapital die Beschäftigungsmöglichkeiten und die Aussichten auf Lohnerhöhung herabmindert.

Nun steht die Sache so, daß, abgesehen von der früheren sozialpolitischen Deutung, die Lohnsondtheorie im großen und ganzen, wie mir scheint, zu Recht besteht. Wenn gewisse Betriebsmittel in der Form von Geldkapital nicht dauernd vorhanden bleiben, so kann man dem Arbeiter keine Arbeit geben; das wird erst anders, wenn diese Mittel wieder fließen. Denn der Lohn muß eben aus dem vorhandenen Kapital „vorgestreckt“ werden. Sind die Betriebsmittel verschwunden, dann nützen alle Organisationen nichts, auch keine internationalen Vereinbarungen, weil die Rücklage nicht besteht, um Arbeiter beschäftigen zu können. Das hat auch Marx selbst nicht geleugnet, daß ein Kapitalvorrat vorhanden sein muß, aus dem der Lohn vorgestreckt wird. Er hat auseinandergesetzt, daß der Arbeiter nur einen Teil des Mehrwertes erhalten kann, weil der andere Teil zur Bildung neuen Kapitalvorschusses nötig ist. Keynes hat berechnet, daß jährlich 1000 Dollar für die Ausrüstung eines Arbeiters, für Apparatur und Organisation nötig werden, um die Leistung extragreich zu machen. Ohne uns auf die Zahl festzulegen, ist die zugrunde liegende Anschauung selbst richtig. Die soziale Stellung der Arbeiterschaft ist nun dadurch wesentlich geschwächt, weil durch den Währungsverfall die Betriebskapitalien verschwunden sind und auf absehbare Zeit geschwächt bleiben werden.

Es besteht nun einmal in der bürgerlichen Gesellschaft die Antithetik, daß, obwohl Arbeit und Kapital im Gegensatz zueinander stehen, sie doch auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen sind. Und wie der Unternehmer nicht Herr im eigenen Haus sein kann, weil er mit den Arbeitern auskommen muß, so kann der Arbeiter nicht bestehen, wenn nicht Kapital akkumuliert und dauernd Mehrwert gebildet wird.

Auch in einem zweiten Sinn ist die Stellung des Arbeiters innerlich geschwächt. Die Spanne zwischen gelerntem und ungelerntem Arbeiter hat wesentlich nachgelassen. Es soll auf das Problem hier nicht näher eingegangen werden. Die Nivellierung der Arbeitslöhne, die feststeht, ist jedoch auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Aber einer der Hauptgründe lag darin, daß man in der Inflation unter ein gewisses Existenzminimum nicht heruntergehen konnte; das mußte auch der ungelernte Arbeiter erreichen, wenn er leistungsfähig sein wollte. Ein weiterer Grund war wohl der, daß der Arbeiter gar nicht die Möglichkeit hatte, Ersparnisse zurückzulegen, um für seine Kinder Erziehungskosten beizubringen. Mithin wurde für den Nachwuchs ein noch früheres Verdienen unbedingt nötig, so daß sich einfach weit mehr „Ungelernte“ anboten. Auch deshalb mußte die Spanne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern sich verringern. Das Ergebnis ist, daß die Arbeiteraristokratie nicht nur aus Gründen der Machtposition, sondern aus innerlichen Gründen durch die Inflation geschwächt und innerhalb der Arbeiterschaft eine Degradierung gewisser Schichten eingetreten ist. Die Schlußfolgerung brauche ich nicht zu ziehen.

Über die Stellung der Arbeiter ist noch aus einem dritten Grunde geschwächt: und zwar gerade in ihrer bisher so starken Organisation. Denn ihre bisherige war eine horizontale beruflich-zunftmäßige. Gegenüber der Konzentration der Industrie, die eine vertikale ist, gegenüber der Bildung großer Industrieherrschäume bietet jedoch diese Art Organisation kaum noch die Möglichkeit, den neuen Bildungen gerecht zu werden. Wenn die neue Industriekonzentration sich weiter erhält, muß auch die Organisation und die gewerkschaftliche Position der Arbeiter geschwächt bleiben.

VI. Das sind die vier sozialen Klassen, die hier kurz zur Darstellung gelangen sollten. Man kann versuchen, die sozialen Wirkungen der Inflation in folgenden sechs Punkten zusammenzufassen:

1. Wenn vor dem Kriege das Verhältnis von Besitz zu Erwerb ungefähr wie 3:7 sich verhielt, so möchte ich meinen, daß heute, vorsichtig

berechnet, das Verhältnis 3:17 geworden ist. Aber diese Veränderung zwischen Besitz und Erwerbstätigkeit bezieht sich nicht, wie vorhin gezeigt wurde, auf eine einzelne Klasse, sondern sie bedeutet eine Degradierung verschiedener Schichten, die im ganzen ihres Besitz-einkommens beraubt sind.

2. Gestärkt gehen hervor, und appropriiert haben sich die Realbesitzer in jeder Form: Grundbesitz, Hausbesitz, Industriebesitz. Er ist es, der zum Teil das aufgenommen hat, was der Geldkapitalbesitzer verloren hat. Die sozialen Gegensätze haben sich mit Notwendigkeit dadurch wesentlich verschärft, daß jene Schicht von mittleren Geldkapitalisten ausgeschieden ist; auf der einen Seite stehen agglomerierte Sachbesitzer, auf der anderen Besitzlose.

3. Das Beamtentum tritt sozial relativ gestärkt in die Stabilisierung ein; es braucht das nicht politisch und wirtschaftlich sich geltend zu machen. Aber sozial kann es trotz mangelhaften Bezügen nicht gut geleugnet werden. Es ist tatsächlich heute innerhalb unserer Gesellschaftsordnung wegen der Sicherung ihrer Existenzgrundlage von größerer Bedeutung und elementarer Widerstandskraft, stärker jedenfalls, als es vordem war.

4. Es hat eine Deklassierung wesentlicher Schichten dadurch stattgefunden, daß gewisse Gruppen aus ihrer Klasse herausgeworfen sind, ohne schon Anschluß an eine andere zu finden. Für Berlin sind mir Angaben gemacht über die Sozialrentner, Kleinrentner, über die Armenunterstützungsempfänger, über die Personen, die heute dem Berliner Armenamt anheimfallen. Ihre Zahl ist von 60 000 vor dem Kriege auf zirka 200 000 in der Gegenwart gestiegen. Ich komme zu dem Ergebnis, daß diese Unterstützten heute im Deutschen Reich ungefähr das Dreifache dessen ausmachen, was vor dem Kriege vorhanden war. Es sind Persönlichkeiten, die tatsächlich deklassiert sind, die aus der Klasse, in die sie gehören, hinausgeworfen sind und nun von Unterstützungen, Almosen usw. leben, und die noch keinen Anschluß an die Gesellschaft gefunden haben. Ich schaue, daß im Deutschen Reich 4½—5 Millionen solcher Menschen deklassiert sind, und daß die Leute nicht in eine Erwerbstätigkeit hineinkommen können, mithin außerhalb oder unterhalb der übrigen Gesellschaftsschichten stehen.

5. Es ist eine soziale Krise außerdem der Bildungsschichten im weiteren Sinne entstanden. Denn die Bildung war aufgebaut auf der

vorgetanen Arbeit der früheren Generationen, auf Kapital. Die Frage, ob es immer so sein muß, kann gewiß nicht einwandfrei beantwortet werden. Aber historisch hat in der neueren Geschichte die Bildung und Kultur sich stets auf dieser vorgetanen Arbeit der früheren Generation aufgebaut.

6. Es ist endlich eine soziale Krise der Arbeiterschaft, die, wie ich zeigte, geschwächt ist, die auch für die Zukunft zunächst geschwächt bleiben wird und deren Organisation, soweit wir zu sehen vermögen, nicht mehr ganz den neuen Bildungen entspricht; sie wird deswegen ihre Position nur mit großer Mühe oder gar nicht behaupten können.

Aber es ist nicht nur ein Umsturz der sozialen Struktur, sondern auch eine wesentliche Wandlung in der Geistesrichtung gewisser Schichten eingetreten. Zweifellos hat die Kommerzialisierung unseres ganzen Lebens zugenommen: die Notwendigkeit, in stärkerem Maße als früher dem Erwerb nachzugehen, die Notwendigkeit, Wege einzuschlagen, die man früher nicht eingeschlagen hat. Die Erwerbstätigkeit ist in einer Weise notwendig geworden wie früher nicht, wo der Besitz einen besonderen Rückhalt bot, so daß man den Erwerb nicht absolut in diesem Maße brauchte. Diese Erwerbsgesinnung äußert sich darin, daß heute mehr Tätigkeit dem Geschäft als dem Geist gewidmet werden muß mit all den Folgeerscheinungen, die sich daraus ergeben. Dann hat, wie es scheint, zugleich mit der Inflation teilweise auch die Solidität — ich will mich vorsichtig ausdrücken, da ich die sozialen Dauerwirkungen zu erhellen versuche —, ich habe also den Eindruck, daß teilweise die alte Solidität der bürgerlichen Moral, mit Sombart zu sprechen, die darin besteht, daß man spart und vorsichtig vorgeht, zurückgedrängt ist durch die Spekulation, durch das Genießen, das Ausgeben. Ob sich hier eine neue Geistesrichtung durchsetzen wird, wage ich nicht zu behaupten. Aber wenn zum Beispiel ein nicht kleiner Teil der Anwaltschaft sich mit „Steuerberatung“ abzugeben gezwungen ist, (Heiterkeit), so habe ich den Eindruck, daß hier die Inflation wieder nicht günstig auf die Geisteshaltung weiter Kräfte gewirkt hat.

Dafür sind Führerpersönlichkeiten herbortreten wie niemals vor dem Kriege. Es ist vielleicht nicht zufällig, daß unter den Konzernbildnern viele Kaufleute sich befinden. Unter der Todesanzeige von Hugo Stinnes war er als „Kaufmann aus Mülheim“ bezeichnet; die

Klöckner, Otto Wolf, Sichel, Blumenstein, die Führer der neuen Konzerne, sind vielfach aus der Kaufmannschaft hervorgegangen, was für diesen gewiß keine Schande ist. Sie sind zu Führern geworden, weil sie sich als Männer von nicht geringer Rücksichtslosigkeit, von kolossalener Energie, von außerordentlicher Organisationskraft, deren Wille nicht gelähmt war, aber auch von großer Voraussicht und kühlem Verstande zeigten. Als ich bei den Berliner Maklern anfragte, wer denn die neuen Gewinner des heutigen Haushaltzes seien, bekam ich zur Antwort: diejenigen, die Kapital gewonnen haben und rechtzeitig in Gold zu rechnen verstanden. Rechtzeitig zu rechnen verstanden! Aber wie auf der einen Seite prominente, hervorragende Organisatoren hervorgegangen sind, scheinen mir auf der anderen Seite viele andere Gruppen und Persönlichkeiten dafür zurückgedrängt und in den Hintergrund getreten zu sein.

Der Einfluß dieser so erheblich gestärkten Wirtschaftskreise auf Presse und die öffentliche Meinung hat zweifellos in außerordentlichem Maße zugenommen; mit der sozialen Macht ist selbstverständlich auch die Notwendigkeit gegeben, die soziale Macht politisch, in der Öffentlichkeit, in der Presse zu benützen. Es bleibt nicht nur bei der Öffentlichkeit und bei der Presse, sondern es ist auch die unmittelbare politische Beeinflussung durch diese Kreise eine außerordentlich große geworden. Worauf Herr Harms gestern aufmerksam gemacht hat: so ist es ein Novum, daß die deutsche Industrie Garant ist für Schuldverschreibungen, die dem Staate nach den Londoner Beschlüssen obliegen, daß eine Gruppe eintritt für Verpflichtungen des Staates. Es ist tatsächlich mit einer Wirkung der Inflation, daß der Einfluß mächtiger Industrie-, mächtiger Wirtschaftsgruppen auf die Politik im Zuge nehmen sich befindet.

VII. Wenn das, meine Damen und Herren, der Anblick der sozialen Veränderungen ist, die durch die Inflation und mit der Inflation hervorgerufen worden sind, so bleibt für uns im Verein für Sozialpolitik die bange Frage: Ist da überhaupt noch Sozialpolitik möglich? Denn diese Veränderungen sind wie Naturgewalten gekommen, und ein Halten dieser Sturzbäche scheint vollkommen ausgeschlossen zu sein. Vor allem deprimierend wirkt die Ungerechtigkeit, die durch die Geldentwertung hervorgerufen ist: die Ungerechtigkeit, die darin besteht, daß die soliden Sparer, die guten Bürger beraubt sind, daß auf der anderen Seite die Wagehalsigen und die Mutigen belohnt worden sind.

Mir scheint das Problem aber noch tiefer zu gehen. Ist nicht der Sinn des Privateigentums der, daß es vom Staat, wie Fichte sagt, „eingesetzt“, jedenfalls geschützt wird, daß Verträge, die abgeschlossen sind, gehalten werden? Und hat nun der Staat nicht zum guten Teil die Verantwortung dafür, daß diese Verträge gebrochen worden sind? Ist nicht ein gewichtiger Teil des Privateigentums in der Inflationszeit klanglos und restlos verschwunden, ohne daß der Staat dafür eintritt? Das *Suum cuique* und die „Gerechtigkeit als Grundlage der Reiche“ scheint damit aufgehoben zu sein. Ist trotzdem also noch Sozialpolitik möglich? Kein Zweifel, daß die Inflation die größte sozialpolitische Maßnahme darstellt, die jemals dagewesen ist; aber die größte sozialpolitische Maßnahme mit negativem Vorzeichen. Wenn indessen die Inflation zu sehr großem Teil verschuldet ist durch die gewissen politischen Maßnahmen der Banken und verschiedener politisch verantwortlicher Stellen, so scheint mir die Möglichkeit vorhanden, daß auch hier wenigstens etwas von dem, was geschehen ist, vielleicht nicht rückgängig gemacht, aber geheilt und ausgebessert und gemildert werden kann. Mindestens sollten die Lehren, die aus den politischen Maßnahmen gefolgt sind, nutzbar gemacht werden, daß eine parallele Inflation sich nicht wiederholt, obwohl die Gefahr groß genug ist.

Zunächst wird nun mit einigem Bedenken die Meinung vertreten, daß wir jetzt schon zur Goldwährung übergehen. Und zwar deswegen mit einem Bedenken, weil dadurch von neuem die eben stabilisierten Währungsverhältnisse wieder umgestürzt werden können. Also mindestens Vorsicht! Ich sehe aber auch in der Möglichkeit einer ausgedehnteren Kreditpolitik ein sozialpolitisch stark bedenkliches Moment; darin stimme ich den gestrigen Rednern bei. Die Wirkungen der Kreditinflation waren höchst ungünstig; politisch waren sie vielleicht zu rechtfertigen, wirtschaftlich aber kaum. Auch für später sehe ich Bedenken in der Frage der sogenannten „Aufwertung“ undwünsche, daß die Sache von beiden Seiten behandelt wird, nicht nur von Seiten der Gläubiger, sondern auch von Seiten der Schuldner. Ob das eine Prozent Verzinsung tragbar sein wird, und ob wir nicht dafür Kreditmittel brauchen, die eine neue Inflation herbeiführen können, wird sehr zu überlegen sein. Mindestens ist das ganze Problem der Geldpolitik eines, wo wir sozialpolitisch stärkeren Einfluß nehmen dürfen und müssen.

2. Es wird sodann die Frage sein, ob wir jenen kolossalen Neubildungen, die ich darstellte, jenen neuen Industrieherrschern irgend-

wie bekommen können. Es ist das Problem, ob hier durch eine Beaufsichtigung oder eine Änderung des Rechtes der Aktiengesellschaften beziehungsweise der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die man heute so häufig als äußere Form nimmt, weil sie nicht öffentlich sind, ob hier die Möglichkeit sich schaffen lässt, in diese Verhältnisse hineinzusehen. Wir haben weiter auf dem Gebiet der Produktion in der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses die Möglichkeit, den Handwerkern und dem Unternehmertum etwas nachzuholen, indem wir dadurch die Leistungsfähigkeit heben und jenen Nivellierungstendenzen der Arbeit entgegenwirken. Eine weitere Möglichkeit liegt auch in dem, wovon es in den letzten Jahren ganz still geworden ist, in der inneren Kolonisation. Der Erfolg ist trotz einiger Ansätze bisher verschwindend. Denn im ganzen sind 4000 Stellen in Preußen kolonisiert worden. Wenn man schon Besitzpolitik treibt und den Besitz wieder erweitern möchte, muß man in der inneren Kolonisation einsetzen.

3. Dann kommt das große Gebiet der Konsumtenpolitik im weiteren Sinne in Betracht. Die Steuerpolitik mit der Frage der Ent- und Belastung besonders bedrängter Schichten. Dazu ferner die Preispolitik; dabei bin ich allerdings nicht der Meinung, daß man die Wuchergesetzgebung braucht, indem man den kleinen Handwerker wegen „Leistungswucher“ belangt und die Großen leer ausgehen lässt. Dann die ganze Handelspolitik, weil die soziale Wirkung hier außerordentlich groß ist und wir bei jedem Zollschutz fragen müssen, ob der Zoll für die so veränderte soziale Struktur tragbar ist.

4. Endlich die Sozialpolitik im engeren Sinne der Arbeiterpolitik. Es erscheint auf die Dauer unmöglich, daß der Staat sich die Aufgabe entgehen lässt, im Sinne des sozialen Friedens tätig zu sein. Ich lese regelmäßig die Arbeitgeberzeitschriften und verstehe durchaus, wie beispielsweise das Hineinregieren in das Schlichtungswesen oder andere Fragen von dieser Seite unangenehm empfunden wird. Aber der Staat ist etwas Höheres als das Augenblicksinteresse und hat über den Parteien zu stehen. Wenn er die Aufgabe nicht erfüllen kann, dazu beizutragen, den sozialen Frieden aufrechtzuerhalten, selbst auf die Gefahr hin, beiden Parteien zu missfallen, so hätte er abzudanken. In den Tarifverträgen, der Einrichtung der Betriebsräte und dem Schlichtungswesen mitzuwirken wird Aufgabe des Staates bleiben, wenn er sein eigenes Ziel erreichen will.

Ich komme zum Schluß. Gewiß, große Umwälzungen und Ereignisse, wie sie eingetreten sind, lassen sich durch die angedeuteten Mittel des Staates nicht wieder beseitigen. Aber der Staat kann die Weichenstellung geben und die Wege aufweisen, in welchen sich die Kräfte des Volkes bewegen. Er kann wenigstens die Fehler vermeiden, die er gemacht hat, und kann die Maßnahmen unterstützen, die darauf ausgehen, die sozialen Mißhelligkeiten zu überwinden. Möglichkeiten sind vorhanden. Ob diese Aufgaben wirklich dann erfüllt werden können, das hängt freilich nicht bloß vom Willen der Regierenden, mithin des Volkes ab, sondern auch davon, ob die Verwirklichung der Londoner Beschlüsse die Atempause gewährt, um ungestört arbeiten zu können. Dazu kommt vor allen Dingen, ob es möglich sein wird, das Kapital von neuem aufzubringen, das notwendig ist, um die Wirtschaft in Gang zu erhalten. Eine spätere Generation wird uns vielleicht um die „große Zeit“, die sechs Jahre hinter uns liegt, beneiden. Denn erstaunlich scheint mir zu sein, was das deutsche Volk geleistet hat, daß es von der Revolution, dem Kapputsch, den Verhältnissen in Süddeutschland und dem Währungsverfall sich aufgerappelt hat ohne starke hervorragende politische Persönlichkeiten und ohne eine große Zielsetzung. Es hat es getan aus einem unbewußten Drang aus sich heraus. Was bedeuten sechs Jahre oder selbst zehn Jahre im Leben eines Volkes? Verschwindend wenig. Unter den vielen Änderungen aber, die ich erwähnt habe, sind eine Reihe, die wir zweifellos im ganzen als für die Zukunft günstig betrachten können. Darunter möchte ich hervorheben: die Notwendigkeit zur Anspannung aller Kräfte der Arbeit auf eine Änderung ihrer sozialen Lage gerade auch bei den Schichten, die durch den Fortfall des Rentenbezugs verarmt sind. Sodann das Emporkommen energischer, weit-schauender Führerpersönlichkeiten, die einen Ausleseprozeß darstellen. Dadurch bleibt die Möglichkeit, daß die sozialen Verhältnisse sich wieder ändern, und dazu kann der Staat mancherlei mithelfen.

Wenn ich zusammenfassen soll, so scheint mir die staatliche Politik sechs Aufgaben erfüllen zu können:

1. sie muß die Staatsnotwendigkeiten betonen, weil der Staat heute in seiner Existenz notwendiger ist als je — gerade bei der Umstellung der sozialen Verhältnisse;
2. sie muß das Beamtentum in seiner Unverfehrtheit und Integrität stärken. Das ist das große Vermächtnis unseres un-

vergessenen Vorsitzenden Schmoller, diese Betonung der Wichtigkeit des Beamtentums. Wenn das Reich nach der Umwälzung erhalten geblieben ist und immerhin so steht, daß es Hoffnungen erweckt, so hat es das zum sehr großen Teil unserem Beamtentum zu verdanken;

3. sie muß die gewerbliche und geistige Ausbildung der Kräfte fördern, weil auf ihr die Zukunft der Wirtschaft mit beruht;
4. sie muß das Geistige betonen, gerade weil die Erwerbsintelligenz in nächster Zeit zunehmen werden, zunehmen müssen;
5. eingetretene Ungerechtigkeiten muß sie mildern und darauf sehen, daß nicht stärkere Ungerechtigkeiten eintreten;
6. sie muß die Willensenergie stärken durch Erziehung, Ermunterung, durch Abhalten von Beengungen, damit diese Kräfte am Werk bleiben können und neue hervorrufen.

Das Wichtigste und die Hauptache freilich wird aus dem Volke selbst kommen, wie es als dessen unveräußerliches Erbteil gilt, und wie es sich in der schweren Zeit seit 1914 bewährt hat: das ist die starke, im Volke selbst wurzelnde sittliche Kraft, die sich äußert in dem schlichten und täglich von neuem betätigten Bekenntnis zur Pflicht und zur Arbeit.¹⁾ (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Sie haben durch Ihren Beifall selbst dem Dank gegenüber dem Herrn Vortragenden Ausdruck gegeben, den ich noch einmal wiederhole. Er hat Fragen, die noch gar nicht lange zurückliegen, und deren Wichtigkeit wir am eigenen Leibe erfahren haben, in ein kurzes systematisches Bild zusammengefaßt und damit in lichtvoller Weise die Vorteile und Nachteile der Periode geschildert, die wir durchgemacht haben.

Ich lasse nunmehr eine kurze Pause eintreten, während der ich um Wortmeldungen bitte.

Egg. Dr. v. Spizmüller-Wien: Meine Damen und Herren! Der Herr Vortragende hat ein höchst fesselndes und wirklich weit umspannendes Bild von den Wirkungen des Währungsverfalls entwickelt. Dieses Bild gilt mutatis mutandis im großen ganzen auch für Österreich, und ich könnte kaum, auch vom österreichischen Standpunkt aus, zu dem Meistergebilde einen Baustein hinzufügen. Höchstens könnte

¹⁾ In wesentlich erweiterter Form ist das Referat erschienen in „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“ Bd. 122 (1924) S. 748—794; daselbst auch Angaben über das Material, auf das sich die Ausführungen stützen. Der Ref.

man sagen, daß für österreichische Verhältnisse speziell nicht gilt, daß der Hausbesitz eine Stärkung erfahren habe; im Gegenteil, er hat in erster Linie durch die Mieterschutzgesetzgebung eine Schwächung erfahren.

Ich hätte daher nur darüber einige Worte zu sagen, wie es sich denn mit den sozialen Wirkungen der Stabilisierung verhält. wobei ich mich nach Möglichkeit befleißigen werde, die währungs-theoretischen Probleme im weiteren Sinne zunächst aus dem Spiel zu lassen. Um in dieser Beziehung ein Bild zu gewinnen, müssen wir uns zuerst fragen, wie denn die Stabilisierung in den einzelnen Ländern vor sich gegangen ist. Zu den Ländern, welche in letzter Zeit die Stabilisierung des durch die Inflation verfallenen Geldwertes durchgeführt oder angestrebt haben, gehören, abgesehen von Österreich, Russland, Deutschland, Ungarn und Polen; die Tschechoslowakei muß bei-seite bleiben, weil sie einen besonderen Entwicklungsgang durchgemacht hat. Im großen ganzen ist in diesen Ländern der Weg gewählt worden, daß für die Stabilisierung das letzte Niveau des Geldwerts übernommen wurde, wie es sich infolge der Inflation herausgebildet hatte. Ich sage: im großen ganzen. Man hat bei der vorläufigen Stabilisierung in Deutschland diesen Weg gewählt. Ich bin nicht der Meinung — mindestens kann man es meines Erachtens nicht beweisen —, daß das Stabilisierungsniveau in Deutschland etwa zu niedrig gewählt wurde. Daß die Frage des Stabilisierungsniveaus eine große Bedeutung in ökonomischer und sozialer Beziehung hat — es gibt Theoretiker, die das leugnen —, unterliegt meines Erachtens keinem Zweifel, und ich kann nicht umhin, mich auf das in der Abhandlung des Herrn Geheimrates Voß über „Balutafrage und öffentliche Finanzen in Deutschland“ näher erörterte Gutachten der Sachverständigen zu berufen, die die deutsche Regierung Mitte Oktober 1922 einberufen hat. Unter diesen Sachverständigen waren unter anderm Irving Fisher, Cassel und Keynes, also Fachleute ersten Ranges. Diese haben es als richtig bezeichnet, den Stabilisierungskurs höher zu wählen, als es der letzten Preisgestaltung entsprochen hätte. Sie wollten bei einem Dollarkurs von 7000 Mk. den Stabilisierungskurs von 3000—3500 Mk. wählen. Ich muß bekennen, daß ich eine solche Diskrepanz sowohl für deutsche wie für österreichische Verhältnisse für zu weitgehend erachtet hätte, obwohl mir der Standpunkt der Sachverständigen im Prinzip richtig erscheint. Die Begründung des

Standpunktes der Sachverständigen war eigentlich, soweit ich sehe, eine relativ düstere. Ich muß mich in diesem Zusammenhange dagegen verwahren, Deflationist zu sein, was in Österreich als ein Verbrechen gilt. Ich bin, um das vollends barbarische Wort Nehnes anzutwenden, Nonflationist. Ich wehre mich aber mit allen Mitteln dagegen, daß im Zusammenhange mit der Stabilisierung eine Politik getrieben werde, die zu einer neuen Inflation führt. In Deutschland hat man sich davon ziemlich fern gehalten. Es ist vom Herrn Vortragenden die allgemein bekannte Tatsache angeführt worden, daß die Reichsbank bis März oder April laufenden Jahres Inflationspolitik getrieben habe. Seitdem aber hat die Reichsbank in bezug auf den Zahlungsmittelumlauf eine restriktionistische Politik verfolgt, mit der Tendenz, weitere Teuerung zu vermeiden und die Preise niederzuhalten, insbesondere auch, das Handelsbilanzpassivum Deutschlands gegenüber dem ersten Semester des Jahres 1924 abzubauen, was ja nach den Zahlen, die für Juli vorliegen, zu gelingen scheint. Es ist das also eine Politik, die im Zusammenhang mit der Stabilisierung auf Preisabbau gerichtet war.

In Polen ist die Sache nicht klar zu erkennen. Man scheint nach Äußerungen der führenden Männer einen Preisabbau mindestens für wünschenswert zu halten.

In Ungarn wird jetzt ein Niveau stabilisiert, welches um 25 % höher ist als der bisherige tiefste Stand der ungarischen Krone. Auch dieses Niveau kann noch eine Erhöhung erfahren, denn die ungarische Stabilisierung ist eine ganz eigentümliche. Man will gleiches Niveau mit dem Pfund Sterling halten. Es ist möglich, daß das Pfund Sterling die Parität mit dem Dollar erreicht. Man muß daher darauf gesetzt sein, daß der ohnehin gegenüber dem tiefsten Niveau um 20 % gesteigerte Geldwert eine weitere Erhöhung erfährt. Von dieser Politik könnte man immerhin sagen, daß sie deflationistische Momente nicht ganz ausschließe.

Was ist nun mit Österreich? In Österreich hat man zunächst ein Niveau für die Stabilisierung gewählt, welches zwar bezüglich des Wertes der Krone ein wenig höher war als die Katastrophenkurse des August 1922, im übrigen aber die Krone auf einem Niveau stabilisiert, welches unter der damaligen inneren Kaufkraft der Krone lag. Würde man die innere Kaufkraft stabilisiert haben, so hätte man zu einem Dollarkurs um 50 000 Kronen herum

gelangen müssen, während man einen Dollarkurs von 71 000 stabilisiert hat.

Es gilt vom offiziellen österreichischen Standpunkt aus als eine Neuzerei, wenn man sich gegen diese Politik wendet; denn es gilt als ausgemacht, daß das Stabilisierungsniveau das Endgültige ist. Ich möchte aber doch nicht verfehlten, hier gleich zu erklären, daß ich vollkommen die Bedenken des Herrn Prof. Eulenburg dagegen, sich jetzt schon auf den Übergang der Goldwährung festzulegen, auch für Österreich teile.

Was war die Folge der österreichischen Methode? Das Geldwertniveau hatte, wie allgemein zugegeben wird, in Österreich die Tendenz, sich zu heben, aus zwei Gründen: erstens wegen der Budgetreform, die mit großer Ratschheit und anerkennenswertem Erfolg in die Wege geleitet wurde; zweitens standen dem Markt Devisen zur Verfügung nicht nur aus dem Völkerbundkredite, sondern hauptsächlich auch aus sehr großen ausländischen Privatkrediten, die von Dr. Stosper in einem Artikel im „Volkswirt“, vielleicht etwas zu hoch, mit einer Milliarde Goldkronen berechnet werden. Um die geldwertsteigernde Wirkung des Einströmens von Devisen hintanzuhalten, war die Nationalbank gezwungen, so viel als möglich Noten in den Verkehr zu pumpen, indem sie alle guten und schlechten Devisen, die auf den Markt kamen, in neue Noten verwandelte. In Österreich war das deshalb möglich, weil wir jetzt noch eine Devisenordnung haben, die, mindestens im Prinzip, die Ablieferung aller Devisenüberschüsse an die Nationalbank vorsieht, so daß also beim Bestand dieser Devisenordnung und dem an sich wünschenswerten Fortbestehen der Disposition des Auslandes zur Kreditgewährung eigentlich zwangsläufig fortwährend neue Noten in den Verkehr kommen müssen.

Ich möchte hier einschalten, daß die Frage, ob es währungspolitisch überhaupt vorteilhaft ist, wenn Kredite vom Ausland in großem Ausmaße gegeben werden, unlängst in einem Artikel von Alfred Lansburgh in der „Neuen Presse“ behandelt wurde; auch in der „Frankfurter Zeitung“ bin ich einer Untersuchung darüber begegnet, welche Folgen sich ergeben, wenn im Zusammenhang mit den ausländischen Krediten eine wesentliche Vermehrung des Notenumlaufs erfolgt.

Was ergab sich nun in Österreich? Daß wir fast eine Bewvierfachung, jedenfalls aber weit mehr als eine Verdreifachung des Noten-

umlaufs inklusive Giroguthaben in der Stabilisierungsperiode, das ist seit September 1922, zu verzeichnen haben. Überdies ist festzustellen, daß der jetzige Notenumlauf größer ist als jener, der auf das heutige Österreich in der Vorkriegszeit entfiel.

In einem Buch von de Bordes wurde der Geldwert des Notenumlaufs, welcher auf Österreich im alten Staat entfiel, mit 500 Millionen Goldkronen angegeben. Nun sind wir bei einem Goldwert des Notenumlaufs von 600 Millionen Kronen angelangt, wobei noch die katastrophale Schwächung der Kaufkraft, die zweifellos einen geminderten Zahlungsmittelumlauf mit sich bringt, sehr ins Gewicht fällt. Auch Vergleiche mit anderen Ländern zeigen, daß dieser Notenumlauf auch bei Berücksichtigung der gegenüber der Vorkriegszeit auf dem Weltmarkt eingetretenen Preissteigerung ein sehr großer ist.

Bei dieser Steigerung spielte auch mit, daß der Eskompte der Nationalbank sich gegenüber dem September 1922 vervierfacht hat.

Auch vom Völkerbund ist an der Nationalbankpolitik Kritik geübt worden. Meine Kritik unterscheidet sich allerdings von dieser nicht unwesentlich, weil ich glaube, daß der Fehler im Jahre 1923 mit der unbeschränkten Umwandlung aller Devisen in Noten begangen wurde, wogegen die heurige Kreditinflation stante concluso wahrscheinlich unvermeidlich war.

Ich komme jetzt auf die sozialen Wirkungen zu sprechen, auf welche mich der Herr Vortragende scheinbar mit etwas Ungeduld aufmerksam macht. Zunächst hat man dadurch, daß man das letzte Geldwertniveau stabilisierte ohne Berücksichtigung des damaligen Standes der Kaufkraft, vor allem das konserviert, was ich die Inflationspraktiken nennen will, von denen der Herr Vortragende sehr interessant gesprochen hat. In Deutschland hat sich bei der Besprechung der jetzigen Geldpolitik der Reichsbank einmütig die Meinung gebildet, es sei notwendig, die noch vorhandenen Inflationspraktiken zu beseitigen. Solche Praktiken gibt es verschiedene. Eine sehr schmerzliche hat der Herr Vortragende vorsichtig erwähnt: das ist die in der Inflationsperiode eingerissene vermindernde kaufmännische Solidität, die in Österreich mit in die sogenannte Stabilisierungsperiode übernommen worden ist. Es ist weiter übernommen worden die Tendenz der Industrie, zu möglichst hohen Preisen zu verkaufen, weiter die Tendenz, noch immer eine Risikoprämie gegen die Geldentwertung in die Preise einzuzu-

kalkulieren. Noch unlängst hat der deutsche Reichsernährungsminister in einem sehr charakteristischen Erlaß über die Bildung des Brotpreises gesagt, es müsse die Übung, eine Risikoprämie bei der Festsetzung des Brotpreises einzukalkulieren, aufgegeben werden. Ferner ist durch die österreichische Stabilisierung die in der Inflationszeit sehr starke Neigung der Industrie, große Lager mit Kredit zu halten, um auf etwaige weitere Preissteigerungen zu warten, beibehalten worden. In der Tat ist die Industrie bei uns wenigstens sicher oder glaubt sicher zu sein, daß keine Preissenkung eintritt; sie ist eher bestrebt, weitere Preissteigerungen herbeizuführen, wobei ihr eben die außergewöhnliche Steigerung des Notenumlaufes zu Hilfe kommt. Die Nationalbank ist natürlich gegen die sozialen Wirkungen der Teuerung nicht blind. Ihre Leiter behaupten aber, es sei diese Steigerung unvermeidlich gewesen wegen der notwendigen Angleichung an die Weltmarktpreise. Hier scheint eine der Wurzeln der Meinungsdifferenzen zu liegen. Ich halte es unter allen Umständen für gefährlich, eine Angleichung an die Weltmarktpreise mit Absicht durch die Geldpolitik herbeizuführen. Ich bin der Ansicht Wiesers, daß vor allem das nationale Moment beim Geldwert eine Rolle spielt, d. h. daß in jedem Staat spezifische Momente für den Geldwert gegeben sind. Die Berechtigung, von ziffernmäßig bestimmten Weltmarktpreisen zu sprechen, ist bei den heutigen internationalen Verkehrs- und Austauschverhältnissen zweifelhaft und selbst bei den großen Stapelartikeln nicht unbedingt zu bejahen. Jedenfalls darf man sich durch ziffernmäßig für ein bestimmtes Land kaum genau zu ermittelnde Weltmarktpreise nicht hypnotisieren lassen, sondern soll danach trachten, in jedem Staat die Preise auf dem der Kaufkraft der Bevölkerung entsprechenden Niveau zu erhalten, keinesfalls aber den Prozeß einer etwa notwendigen Angleichung an die Weltmarktpreise durch die Geldpolitik beschleunigen oder verschärfen, zumal dies höchst bedenkliche soziale Wirkungen auslösen muß. Es ist weiter zu konstatieren, daß die Preisbildung durch die Politik der österreichischen Nationalbank eine anormale und antiziale geworden ist. Man mag zur Lehre Adolf Wagners, daß das Angebot ein Übergewicht über die Nachfrage habe, Stellung nehmen wie immer; ich bin, im Gegensatz zu Professor Mises, der Ansicht, daß sie einen richtigen Kern hat. Für die jetzigen österreichischen Verhältnisse hat sich diese Lehre leider bewährt, denn bei uns ist durch Stabilisierung des höchsten Devisenniveaus, beinahe des tiefsten Wertes der Krone, die Nachfrage dem Angebot beinahe wehrlos

ausgeliefert. Ich bitte die Wiener Marktberichte nachzulesen; man erfährt fast täglich von vermehrtem Angebot, vermehrtem Auftrieb, und die Preise bleiben entweder vollständig unverändert oder ändern sich nur ganz wenig. Die Bevölkerung nimmt es einfach hin — das ist mit eine Folge der österreichischen Stabilisierung —, denkt gar nicht mehr darüber nach, ob die alte Widerstandsfähigkeit der Nachfragenden wiederhergestellt werden könnte.

Das sind die Inflationspraktiken, die wir nach meiner Ansicht mit der Stabilisierung der Krone auf einem zu niedrigen Niveau mit übernommen und durch die Tendenz der Nationalbank dieses zu niedrige Niveau, niedriger als das natürliche — denn es gibt ein natürliches Geldwertniveau —, um jeden Preis zu fixieren erhalten haben. Die Tendenz, um jeden Preis zu verhindern, daß der Geldwert steigt, hat in Österreich eine Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufs in sehr bedeutendem Maße und natürlich eine Teuerung herbeigeführt, und zwar eine Teuerung, deren Zahlenbild nicht genau bestimmbar ist. Denn speziell in Österreich sind die Indizes sehr bestritten. Die Erhöhung ist, was die Lebenshaltungskosten anbelangt, gegenüber September 1922 auf zirka 40 % zu schätzen. Natürlich steht das in gar keinem Verhältnis zu dem Maß der Umlaufmittelerhöhung, die das Drei- bis Viersache beträgt. Meines Erachtens hängt die Tatsache, daß die Teuerung sich glücklicherweise nicht voll durchgesetzt hat, vor allem damit zusammen, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sich gegenüber der budgetären Inflationsperiode sehr vermindert hat. Die speziell sozialen Wirkungen der Teuerung sind gleichwohl furchtbare. Die Industrie freilich hat geglaubt, daß sie sich durch Fortsetzung einer Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufs ihre Konkurrenzfähigkeit erhalten. Ich glaube, daß die Industrie sich da geirrt hat. Die Industrie hat infolge der Teuerung mit erheblich gesteigerten Produktionskosten zu rechnen, und es ist natürlich, daß bei fallendem inneren Geldwerte und gleichbleibendem äußerem die ausländische Konkurrenz zunimmt. Es ist daher auch die Handelsbilanz in der kritischen Periode einer ganz wesentlichen Verschlechterung verfallen, die weit erschreckender ist als die in der ersten Hälfte 1924 in Deutschland. Noch schwerer sind die Wirkungen bei den Sozialrentnern, dem Mittelstande und den freien Berufen; diese Kategorien werden durch die Teuerung besonders empfindlich getroffen, da sie zum größten Teil nicht oder nicht entsprechend organisiert sind und sich nicht ent-

sprechend wehren können. Die Indexauswirkung auf die Gehalte der Beamten wurde suspendiert, bei fallendem Geldwert und steigender Teuerung eine antisoziale Maßregel. Was speziell die Arbeiter anbelangt, so war, glaube ich, die Sozialdemokratie in Österreich in einem beklagenswerten Missverständnis besangen, wenn sie glaubte, daß bei Fortsetzung der Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufs die Lage der Arbeiterklasse sich bessere oder wenigstens auf ihrem derzeitigen Niveau erhalten werden könne. Die letzten Lohnkämpfe in Wien zeigen, daß auch die mächtig organisierte österreichische Arbeiterschaft nicht in der Lage ist, die Teuerung durch Erfüllung höherer Löhne zu paralysieren. Ich glaube somit, daß die Politik der österreichischen Nationalbank letzten Endes auch für die Arbeiterschaft eine ungünstige Wirkung hat. Die Schwächung der Arbeiterklasse, die der Herr Vortragende für die Inflationsperiode konstatierte, ist in Österreich infolge dieser Geldwertpolitik weiter fortgeschritten. Man kann die Frage aufwerfen, was wären die sozialen Wirkungen gewesen, wenn eine andere Geldwertpolitik — Steigerung des Geldwerts innerhalb müßiger Grenzen — eingeschlagen worden wäre? Ich glaube, daß dann wohl, wie die Sozialdemokratie befürchtet hat, eine Industriekrise, aber eine akute, sich eingestellt hätte, deren Überwindung in relativ kurzer Zeit gelungen wäre, während die Politik der Nationalbank eine Beförderung der Spekulation, infolgedessen auch eine Verschärfung der Finanzkrise und durch die Rückwirkung der letzteren und durch die Teuerung auch eine Verschärfung der Industriekrise zur Folge hatte. Das Ganze stellt einen schleichenden Prozeß dar, der, wenn ich ihn richtig bewerte, hinsichtlich der Nachteile weit schwerer wiegt als der, den man bei einer Politik der Berücksichtigung des natürlichen Geldwerts und der Vermeidung neuer Inflationsmethoden durchgemacht hätte.

Die Lage des Mittelstandes ist jetzt wirklich eine beklagenswerte, speziell die der öffentlichen Angestellten. Der Drang zur Spekulation und zum Erwerb, von dem Herr Prof. Eulenburg gesprochen hat, wird natürlich durch diesen Prozeß gesteigert. Man hat geglaubt, die Verhältnisse werden sich in der Periode der Stabilisierung zugunsten der Mittelschichten wenden, und man sieht, daß sie sich weiter verschlechtern. Der Unterschied zwischen Erwerb und Beruf wird solcherart einfach verwischt und die Erhaltung des Beamtenstandes, eines guten Beamtenstandes, in Frage gestellt.

Es ist gestern im Zusammenhang mit dem Vortrag von Herrn Prof. Sombart sehr abfällig über die Wirtschaft im allgemeinen gesprochen worden. Ich will mich mit diesem Urteil nicht auseinandersetzen, aber eine Wirtschaft, in der alle Klassen der Bevölkerung einem Zwang unterliegen, sich erwerbskapitalistisch zu orientieren, verdient das Urteil, das gestern gefällt wurde.

Ist eine Politik mit so bedenklichen sozialen Wirkungen zu billigen, ist sie richtig? Ist es richtig, die Kaufkraft des Geldes im Innern fallen zu lassen und den äußeren Geldwert stabil zu erhalten? Ich glaube, daß eine solche Politik nicht als richtig bezeichnet werden kann, schon deshalb nicht — ich will aber theoretische Fragen nicht im Detail erörtern —, weil es auf die Dauer nicht möglich ist, eine Inkongruenz zwischen innerem und äußerem Geldwert aufrechtzuerhalten. Es ist zu fürchten, daß schließlich der äußere Geldwert dem inneren folge. Für Österreich besteht diese Gefahr zunächst nur deshalb nicht, weil die Nationalbank in der Tat einen sehr großen Devisenschatz aufgehäuft hat. Auch ist zu hoffen, daß die Teuerungspolitik unter dem Eindruck der letzten Ereignisse ihr Ende finden werde.

Die zweite wichtige Frage ist: Darf man die Scheu vor der Deflation so weit treiben, daß man eine Hebung des Geldwertniveaus, die sich auf natürlichem Wege herausgebildet hätte, mit neuen inflationistischen Mitteln hindert? Ob man Inflation für budgetäre Zwecke treibt oder dadurch, daß man durch fehlerhafte Bankpolitik Umlaufsmittel über Gebühr vermehrt, läuft so ziemlich auf dasselbe hinaus, wenn auch die budgetäre Inflation als eigentlicher währungspolitischer Sündenschlamm gilt. Die Fortsetzung der Inflation in der Richtung, wie sie speziell in Österreich eingeschlagen wurde — in anderen Ländern scheint man diesen Weg größtenteils zu vermeiden —, führt zu antisozialen Wirkungen, kann aber auch währungspolitisch, und was die praktischen Ergebnisse betrifft, nicht gebilligt werden. Möglich ist diese Politik infolge einer Eigentümlichkeit geworden, die sich bei der Diskussion der Stabilisierung in Österreich ergeben hat. Man stellt sich nämlich jetzt in Österreich so, als ob der Geldwert ausschließlich nach dem Stand der Devisenkurse gemessen würde. Nun besteht ja kein Zweifel darüber, daß der Geldwert in erster Linie nach der Entwicklung der Kaufkraft des Geldes zu beurteilen ist, und ich erlaube mir, speziell

auf das Buch von Herrn Prof. Mises Bezug zu nehmen, der wiederholt und nachdrücklich darlegt, es habe keinen Zweck, den Geldwert anders zu messen. Ich halte es nicht für möglich, eine solche Wertung des Geldes für die Dauer aufrechtzuerhalten, und ich glaube, daß diese Einstellung der Geldwertpolitik eine rein erwerbskapitalistische ist und in diesem Sinne wieder antifoszial. Es ist der spezifische Standpunkt der Industrie und noch dazu ein auf Mißverständnissen beruhender Standpunkt; denn die Industrie hat von dieser Politik auch keine Vorteile, sondern nur Nachteile gehabt. Es ist nicht möglich, die Geldwertpolitik — es liegt anders auf dem Gebiete der Zollpolitik — ausschließlich industrielpolitisch und erwerbskapitalistisch zu fundieren.

Vorsitzender: Ich glaubte bisher die Ausführungen, auch nach der theoretischen Seite hin, nicht beschränken zu dürfen, aber ich stelle jetzt die Bitte, daß die nachfolgenden Redner sich ausschließlich auf die sozialen Wirkungen der Geldwertveränderungen beschränken möchten, da zu anderen Ausführungen sich morgen Gelegenheit bietet. Wir sind auch wegen der vorgesetzten Zeit genötigt, eine Beschränkung der Rededauer auf höchstens sieben Minuten eintreten zu lassen. Ich gebe das Wort Herrn Dr. Eucken.

Dr. Eucken-Berlin: Der Herr Vortragende hat mit einigen Worten auch die etwaige zukünftige soziale Entwicklung in Deutschland besprochen. Er hat in diesem Zusammenhang auch das Sachverständigengutachten erwähnt, er hat vor allem darauf hingewiesen, daß die Wiedereinführung der Goldwährung, die im Sachverständigengutachten zunächst in Aussicht gestellt ist, unter Umständen bedenklich sein würde. Aber ich glaube, man muß, wenn man über die zukünftige soziale Entwicklung und insbesondere über die zu erwartende Lage der Arbeiterschaft ein Urteil abgeben will, doch das Sachverständigengutachten in viel stärkerem Maße in seinen Auswirkungen schon heute berücksichtigen. Das Sachverständigengutachten wird sozial in doppelter Hinsicht wirken. Einmal kommt es darauf an, die uns auferlegten Summen aufzubringen. Über dieses Problem soll hier nicht weiter gesprochen werden. Zweitens aber ist es notwendig, diese Summe zu übertragen. Und die Übertragung, das glaube ich, wird von sehr weitgehenden sozialen Wirkungen begleitet sein. Die Übertragung der Zahlungen, die an den Agenten für Reparationszahlungen auf dessen Konto bei der Reichsbank gelangen, stellt man sich, wenn

ich die Anschauungen im ganzen einander gegenüberstelle, teilweise so vor, daß man sagt — und das ist die Überzeugung, die in der Praxis durchaus vorherrscht —, die Übertragung in Form von Devisen wird in größerem Umfange überhaupt nicht möglich sein, denn der Agent muß den Devisenkurs auf Goldparität halten, und die Gestaltung der Zahlungsbilanz wird es unmöglich machen, dieses Ziel zu erreichen und gleichzeitig große Devisenmengen für Reparationszwecke zu kaufen. Es wird sich also ein erheblicher Fonds auf dem Konto des Agenten ansammeln, was eine weitgehende Geldflüssigkeit und damit eine günstige Gestaltung der gesamten Konjunktur mit sich bringen wird. Das ist die eine Überzeugung, die ich hier nicht näher kritisieren will, die ich aber aus rein quantitätstheoretischen Gründen für bedenklich, ja verhängnisvoll halte. Die zweite Ansicht, eine Ansicht, die offenbar auch von den Sachverständigen selbst geteilt wird, geht dahin, daß die Übertragung erzwungen werden kann durch eine bestimmte Geldpolitik. Von den Sachleistungen soll hier einmal abgesehen werden. Diese Erzwingung der Übertragung, also letzten Endes einer Mehrausfuhr, kann so erfolgen, daß die Geldmenge in Deutschland knapp gehalten wird, daß also Deutschland dauernd unter einem „Deflationsdruck“ steht. Das bedeutet einen Druck auf das Preisniveau, mit dem eine Steigerung des deutschen Wechselkurses verbunden sein müßte. Dieses Steigen des deutschen Wechselkurses wird aber immer wieder dadurch verhindert werden, daß der Agent die Devisen abschöpft. So kann bei Aufrechterhaltung der Goldparität der deutschen Mark die Übertragung erfolgen. Diese Politik kann vom Agenten schon jetzt getrieben werden kraft der ungeheuren Machtstellung, die ihm vor allem durch die Ziffer 7 der Anlage 6 des Gutachtens gegeben ist. Wenn der Agent also die Übertragung vornehmen will, und er muß sie vornehmen seiner ganzen Aufgabe nach, so muß er eine restriktive Kreditpolitik durchführen. Diese restriktive Kreditpolitik, die schon jetzt erzwungen werden kann, die aber dann, wenn einmal eine Einschränkung der Noten stattfinden sollte, in noch einfacherer Weise durchzuführen ist, und die auch eintreten wird, wenn durch sogenannte Reparationsabgaben das Ausland die Übertragung erzwingt, ist für die soziale Gestaltung der Zukunft, insbesondere die soziale Lage der Arbeiterschaft, von weitesttragender Bedeutung. Denn es bedeutet eben eine solche Politik, wie sie der Agent oder die Reichsbank treiben muß, daß die Löhne gedrückt werden und daß der Zins in

Deutschland hoch steht, höher steht, als er ohne diese Wirkungen des Gutachtens stehen würde.

Also es wird sich — wenn wir jetzt das Gesamtbild uns vor Augen halten — so gestalten, daß die Mehrausfuhr, die durch die künftliche Verbilligung krafft der Kreditrestriktion erzwungen wird, insbesondere dadurch stattfindet, daß die Löhne gedrückt werden und infolgedessen die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Ware auf dem Weltmarkt steigt. Diese Wirkungen des Sachverständigengutachtens sind von großer Bedeutung für die einzelnen Klassen, vor allem für die Arbeiterschaft. Ich habe hier nur ganz kurz die geldtheoretischen Zusammenhänge gestreift. Es muß wohl einer weiteren Diskussion, vielleicht morgen, vorbehalten bleiben, darauf näher einzugehen. Aber ich glaube doch im ganzen, daß man ein Zukunftsbild der sozialen Entwicklung in Deutschland nicht entwerfen kann, ohne auf diese ungemein wichtige Konsequenz des Sachverständigengutachtens hinzuweisen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Prof. Voß.

Geh. Hofrat Prof. Dr. Voß-München: Im Anschluß an das, was Herr Eulenburg uns vorgetragen hat, möchte ich lediglich ein paar Betrachtungen vom Standpunkt des nachdenklichen Theoretikers anstellen. Herr Eulenburg beleuchtete die Tatsache der großartigen Schuldentlastung, der Seisachtheia; er hat sich aber sehr vorsichtig gehütet, zu weitgehende Folgerungen zu ziehen. Wenn ich ihn recht verstanden habe, hat er nicht gesagt, daß sich die Lage der Schuldner wesentlich verbessert habe. Gerade diese Seisachtheia ist etwas, was zu einer kritischen Betrachtung einlädt. Da wird uns in dem Dalwes-Gutachten und lange vorher schon in der ausländischen Literatur erzählt, daß Deutsche Reich sei infolge der Entwertung der Papiermark faktisch schuldenfrei geworden, und deshalb könnten wir recht viel leisten. Mit der Beseitigung der Inflation, die allerdings eine große Ähnlichkeit mit einer Bankrotterklärung hatte, sind wir der schwedenen Schuld des Reichs allerdings Herr geworden dank der Umrechnung von einer Billion zu einer Mark. Was die fundierte Schuld betrifft, so sind zwar die Gläubiger augenblicklich in bitterer Not, aber beseitigt sind die Verpflichtungen des Reichs noch keineswegs. Was die Sachwertbesitzer betrifft, so haben unsere Landwirte die Inflation benutzt, um ihre Hypotheken abzuzahlen. Aber ist die Lage der Schuldner damit verbessert? Unsere ganze Landwirtschaft ist auch in Zukunft auf Kredite angewiesen, und die Quelle des Kredits ist für die

Zukunft verschüttet. Das ist von den sozialen Wirkungen eine, zu deren Betrachtung die Ausführungen von Herrn Gulenburg sehr anregten. Ich habe niemals vorgeschlagen, Kredit ohne weiteres zu übersezgen mit Vertrauen in den Schuldner. Es spielt das Vertrauen in verpfändete Sachen oft eine größere Rolle, als das Vertrauen in Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit des Schuldners. Aber einiges Vertrauen muß notwendig da sein als Grundlage jeden Kredits, vor allem auch Vertrauen in den Staat und dessen Einrichtungen, und zwar nicht bloß auf dem Gebiete des Geldwesens.

Der Hüter der Gerechtigkeit, der Staat selbst, läßt seine Gläubiger, was Verzinsung und Zahlung der fundierten Schulden betrifft, bisher schmälich im Stich, und die privaten Sachwertbesitzer haben teils zur Abzahlung langfristiger Schulden, teils zur Vermehrung ihres fixen, ihres Anlagekapitals die Inflationsgewinne benutzt. Was durchaus fehlt, ist das Betriebskapital, das in keinem Verhältnis mehr zum Anlagekapital steht. Kredit zum Erhalt des fehlenden Betriebskapitals ist nur unter abschreckendsten Wirkungen zu erhalten.

Zu den sozialen Wirkungen möchte ich dieses Fehlen von Betriebskapital und Betriebskredit rechnen und die daraus sich ergebenen Mängel. Diese gehen so weit, daß wir heute erinnert wurden, es stecke wirklich in der Lohnfondstheorie ein richtiger Kern. Niemand wird heute etwa wieder behaupten wollen, daß die Löhne endgültig aus dem Kapital des Arbeitgebers bezahlt werden. Der wirkliche Lohnfonds bleibt der Erlös der Produkte, schließlich das Einkommen des Verbrauchers. Aber aus dem Kapital des Arbeitgebers müssen die Löhne einstweilen vorgeschoßen werden, und an diesem Kapital mangelt es, beziehungsweise auch an der Möglichkeit, es durch Kredit zu beschaffen. Wir sind, glaube ich, darin ganz einig, und die Frage ist, was die großen Ursachen dieses Kreditmangels sind.

Die schlimmste Wirkung der Inflation war, daß die gesunde Beschaffung freiwilligen Kredits aus den Ersparnissen der Nation immer mehr weggefallen ist. Wir haben auch im Staate uns gewöhnt, an der Möglichkeit der freiwilligen Beschaffung von Anleihen aus Ersparnissen der Nation immer mehr zu verzweifeln. Wir haben die rohesten Zwangsanleihen ausgenützt, die den normalen Weg der Kreditbeschaffung ruiniert haben, und haben nun im öffentlichen Kredit wie auch im privaten Leben wieder zu lernen, daß zuerst gespart und dann

erreicht werden muß, daß ersparte Mittel freiwillig den Schuldern anvertraut werden. Um dies zu erreichen, müssen wir aus der Vergangenheit lernen, müssen erkennen, welch schwere Fehler gemacht wurden.

Was haben wir denn für Fehler gemacht? Ich ergänze die Ausführungen Eulenburgs mit dem Wort: Mündelvermögen! Was ist vom Staat als Aufsichtsinstanz der Verwaltung der Mündelvermögen und Stiftungsvermögen gesündigt worden! Wir müssen lernen, einen ganz anderen Weg als bisher zu gehen, wir müssen wieder daran denken, daß Kredite, die auf den Ersparnissen der Nation beruhen, reichlich nur fließen können, wenn die Erwartungen der Sparer nicht schmälerlich enttäuscht werden.

Ich komme nun auf die Sünden der Banken zu sprechen. Die Kreditbanken hatten mit großer Mühe vor dem Kriege den bargeldlosen Zahlungsverkehr beim Publikum eingebürgert, sie hatten damit Depositen gewonnen und diese Mittel kurzfristig dem Erwerbsleben zur Verfügung stellen können. Die Spesen waren in der Inflationszeit so gestiegen, daß man den bargeldlosen Zahlungsverkehr ganz verkümmern ließ. Der Wiederaufbau dieses Verkehrs ist unvermeidlich. Diese Mühe muß man sich machen. Die Verluste an Kreditoren durch Wegfall der bankmäßigen Verwaltung der privaten Kassenbestände sind enorm und berauben die Banken der flüssigen Mittel.

Zum Schluß noch eine finanztheoretische kurze Bemerkung.

Ich bin durchaus nicht blind gegenüber der schweren Notlage, in der sich der deutsche Hausbesitz befindet, und ich glaube, daß man es so formulieren darf, wie Herr Eulenburg es getan hat: im städtischen Grundbesitz ist die Lage miserabel, im landwirtschaftlichen vielleicht etwas günstiger. Aber in einem hat sich allerdings hinsichtlich des Hausbesitzes eine Änderung vollzogen, die für die finanzwissenschaftliche Theorie sehr bedeutsam ist. Wenn jetzt die gesetzlichen Mieten berechnet werden, werden als Selbstkosten des Hausbesitzes durchweg die Haussteuern berücksichtigt, weil der Hauseigentümer zu wenig Einnahmen habe, um sie selbst zu bestreiten. Der Mieter muß wie andere Kosten des Hauseigentümers auch die Haussteuern aufbringen. Wir hatten immer gelernt, die Haussteuer sei eine Besteuerung des Hausbesitzers, und ich wurde als Rechter angesehen, wenn ich schon früher darauf hinwies, daß bei der Haussteuer nicht immer

Steuerträger und Steuerzahler zusammenfalle. Jetzt wird sie prinzipiell als Mietzinssteuer angesehen. Wer an dem alten Begriff der direkten als einer nicht überzuwälzenden Steuer festhält, muß die Haustaxe heute als eine indirekte Steuer ansehen.

Entschuldigen Sie, wenn ich an die Ausführungen des Herrn Vortragenden einige etwas schulmeisterliche Betrachtungen geknüpft habe.

Dr. Landauer-München: Meine Damen und Herren! Herr Prof. Eulenburg hat uns bezüglich der künftigen sozialen Stellung der Arbeiterschaft eine ungünstige Prognose gestellt. Er hat sich dabei in erster Linie auf den Mangel an Betriebskapital gestützt. Wenn wir diese Prognose prüfen wollen, müssen wir die Frage ins Auge fassen, ob ein verhältnismäßig rascher Ausgleich dieses Mangels durch Zustrom von Auslandskapital möglich ist. Ich möchte mich von der Auffassung des Herrn Dr. Eucken trennen insofern, als mir ein starkes Zinsgefälle nach Deutschland hin wünschenswert erscheint, weil es notwendig ist, uns jenen Zustrom zu sichern. Die Gefahr einer zu sehr auf Zinserhöhung gerichteten Kreditpolitik der Reparationsagenten ist, glaube ich, weniger ernst, als Herr Dr. Eucken annimmt. Eine übermäßige Restriktion würde nämlich durch den Zufluss von Auslandskapital durchbrochen werden, wenn wir nicht annehmen wollen, daß das gesamte internationale Geldkapital sich dieser Politik des Reparationsagenten anpaßt, wozu wohl ein genügender Anhaltspunkt nicht vorliegt. Die Frage ist nun die, ob die deutsche Wirtschaft einen so erhöhten Zinsfuß, daß er das Auslandskapital anzieht, tragen kann. Es liegt mir fern, in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit diese Frage in vollem Umfange beantworten zu wollen. Herr Geheimrat Voß hat vorhin die Ansicht ausgedrückt, der verhältnismäßig starke Ausbau und die verhältnismäßig starke Erhaltung des Anlagekapitals sei die Folge der Flucht in die Sachwerte. Das ist gewiß richtig, und weil diese Flucht recht ungeordnet vor sich ging, so ist auch der Ausbau des stehenden Sachkapitals vielfach in unsystematischer Weise erfolgt. Trotzdem läßt sich wohl sagen, daß dieser Ausbau doch im großen ganzen eine gesteigerte Ertragsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zur Folge haben kann. Es bedarf keiner Erwähnung, daß die deutsche Wirtschaft auf der anderen Seite eine ungeheure Fülle von Lasten zu tragen hat, die die Ertragsfähigkeit vermindern. Wenn aber nun zu diesem Anlagekapital eine Befruchtung durch Betriebskapital tritt, indem das Ausland solches im Kreditwege zur Verfügung stellt,

so ist die Möglichkeit, daß die Zinsen aufgebracht werden können, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Dann wäre auch die Folge der Beschäftigung der Arbeiter doch wohl anders zu beurteilen, als Herr Professor Eulenburg dies getan hat.

Der zweite Punkt, auf den er sich gestützt hat, war die Tatsache der Konzernbildung, von der er glaubt, daß die Macht der Gewerkschaften ihr nicht gewachsen sei. Er hat hervorgehoben, daß diese Konzernbildung zum Teil aus dem Kapitalanlagebedürfnis und nicht lediglich aus technischen Erwägungen heraus vorgenommen worden sei. Ich glaube, daß die Konzerne zum großen Teil ein Produkt des Umstandes sind, daß in der Nachkriegszeit der ganze Markt nicht mehr funktioniert hat, und daß man besondere Möglichkeiten brauchte, um sich die nötigen Rohstoffe zu beschaffen. Das hat besonders bei der Deckung des Kohlebedarfs eine große Rolle gespielt. Regelmäßiger Bezug und bestimmte Qualität waren nur bei der Lieferung aus eigenen Gruben gesichert. Ich glaube, daß bei Wiederherstellung normaler Markt- und Geldverhältnisse der Antrieb zur Konzernbildung wesentlich zurückgeht. Gleichzeitig drückt der hohe Zinsfuß. Auch das ist geeignet, den Zusammenhalt der Konzerne zu erschüttern. Es ist deshalb zum mindesten außerordentlich fraglich, ob denn tatsächlich diese Konzernbildung, wie sie sich bisher vollzogen hat, auch in der nächsten Zukunft fortschreiten wird oder sich auch nur einigermaßen erhalten kann.

Dabei darf man freilich nicht übersehen, daß in dem Maße, wie die Konzernbildung einer Abschwächung verfällt, die Kartellbildung möglicherweise zunehmen wird. Doch dürften die Kartelle, wie wir sie auch sonst, besonders in ihrem Verhältnis zum Staat, beurteilen mögen, jedenfalls weniger geeignet sein, die Macht der Arbeiterschaft zurückzudämmen. Denn wenn die Kartelle aus dem Gebiet der reinen Rohstoffproduktion, wo sie sich leichter tun, hinaustreten in das Gebiet der Weiterverarbeitung, dann werden sie nicht darauf verzichten können, zu dem Mittel der Arbeits sperre gegenüber Außenseitern zu greifen. Dadurch sind sie auf weiten Gebieten der Wirtschaft auf ein Bündnis mit den Arbeiterorganisationen angewiesen, was sie an rücksichtsloser Geltendmachung ihrer Organisationsmacht gegen die Arbeiterschaft hindern wird.

Gewerkschaftssekretär Paul Umbreit-Berlin: Meine Damen und Herren! Meine Gewerkschaftsfreunde sind selten von einem Vortrag so befriedigt gewesen wie von dem des Herrn Professor Eulenburg.

Wenn ich mir erlauben darf, dazu einiges zu bemerken, so wäre es zunächst das, daß es außerordentlich erwünscht wäre, durch die gedruckte Herausgabe dieses Vortrages die Möglichkeit zu geben, den Vortrag in den Kreisen der durch die Inflation am schwersten getroffenen Arbeiterschaft zu verbreiten.

Der Referent hat Licht und Schatten über die Wirkungen der Inflation so verbreitet, daß er ein ungeheuer plastisches Bild geschaffen hat. Aus diesem ist es möglich, die einzelnen Wirkungen voll zu erfassen, daraus die notwendigen Lehren zu ziehen und die unerwünschten Folgen zu überwinden.

Der Herr Referent hat gezeigt, daß in der Hauptsache das Unternehmertum, vorweg das industrielle, gestärkt aus der Inflationsperiode hervorgegangen ist, am meisten geschwächt die vierte Gruppe, die Arbeiter, die für die Zukunft das Schwerste zu befürchten haben. Er glaubt sogar, daß der Widerstand der Arbeiterorganisationen den Kräften aus dem Unternehmertum nicht gewachsen sein werde. Er hat keinen Weg zu zeigen vermocht, wie sich die Arbeiter aus eigner Kraft wehren können. Trotz dieser Stärke der Unternehmerschicht klagt diese, die Wirtschaft sei ausgeöhlt, es sei allgemein ein Verlust eingetreten, der erst wiedererarbeitet werden müsse. Auf Kosten der allerschwächsten Schicht wollen sie sich noch mehr bereichern. Sie wollen das herbeiführen durch Verlängerung der Arbeitszeit, durch einen Lohnabbau, in dem der Lohn unter den der Vorkriegszeit heruntergedrückt werden soll. Im großen ganzen sollen ihnen die Arbeiter über den Mangel an Betriebskapital hinweghelfen, den sie selbst mit büßen müssen. Die Schuld an diesem Mangel tragen aber die Unternehmer selbst, weil sie während der Inflationsperiode ihr Betriebskapital in Anlagekapital umgewandelt und Unternehmungen aufgekauft haben, anstatt ihre Unternehmungen wirtschaftlich zu stärken. Die Arbeiter sollen jetzt das notwendige Betriebskapital erarbeiten, und nicht nur das, sondern auf die Arbeiter, auf die schwächste Gruppe des deutschen Volkes, sollen auch die Lasten aus dem Londoner Abkommen abgewälzt werden. Alle diese Lasten sollen die Arbeiter durch Mehrleistung aufbringen.

Deshalb interessiert uns als Arbeitnehmer um so mehr die Hauptfrage, die im Vortrag behandelt wurde: Kann unter diesen Verhältnissen, die wir nach der Inflationsperiode haben, eine Sozialpolitik überhaupt noch möglich sein? Die Antwort des Herrn

Referenten war äußerst pessimistisch. Er hat zwar eine größere Anzahl von Wegen der Sozialpolitik gezeigt; aber der Weg, auf den die Arbeiter in erster Linie angewiesen sind, ihre eigenen Organisationen, müßte er am ungünstigsten beurteilen.

Gewiß aber kann unter diesen Umständen eine Sozialpolitik möglich sein, sie muß sogar möglich sein, und selbst, wenn sie nicht möglich wäre, müßte sie versucht werden, denn es gibt kein anderes Mittel, um die Not der schwachen Schichten zu überbrücken, als die Sozialpolitik, die allerdings anders betrieben werden muß als in den letzten Jahren.

Die Sozialpolitik muß sich wirklich auf die Seite der Schwachen stellen, offen, wie vor 50 Jahren, als Ihre Organisation gegründet wurde. Ich danke dem Herrn Referenten, daß er diesen wesentlichen Punkt aufgezeigt hat. Die deutschen Gewerkschaften werden, nicht nur um ihrer Selbsterhaltung willen, mit der Sozialpolitik, die sich wirklich auf die Seite der Schwachen stellt, Hand in Hand arbeiten.

Die Staatsnotwendigkeiten erkennen auch wir an. Wir haben sie nie verneint, auch nicht in den Zeiten, in denen wir die Klinge gekreuzt haben. Wir durchlebten eine Zeit der Arbeitsgemeinschaft, wo es möglich schien, aus den Kräften der Wirtschaft im allgemeinen heraus die gemeinsame Position zu finden, um wirtschaftliche Fragen zu lösen. Wir haben uns getäuscht. Gerade die Starken haben durch ihre antisoziale Politik die Arbeitsgemeinschaft zerschlagen und die Arbeitnehmer dahin gedrängt, bei einem starken Staat Rettung zu suchen. Wir haben in Konflikten stets betont, daß wir eine antisoziale Staatspolitik nicht billigen können. Die Tarifverträge, die uns der Staat während der Inflation aufgenötigt hat, waren keine Sozialpolitik, sie waren eine Politik, die die Position der Arbeitnehmer noch weiter heruntergedrückt hat.

Über nur mit einer leistungsfähigen Arbeitnehmerschaft kann die Wirtschaft wieder in die Höhe kommen. Eine derartige Zwangsschiedspolitik, wie sie das Reichsarbeitsministerium betrieben hat, haben wir bekämpft und uns stark genug gefühlt, um aus eigenen Mitteln unsere Position zu verteidigen.

Ich will schließen. Wir unterstützen eine wirkliche Sozialpolitik jederzeit und haben nicht nur den Wunsch, sondern auch die Hoffnung, daß die sozialpolitische Krise, von der in der letzten Zeit so viel geschrieben wurde, überwunden wird, indem man die Lehre aus den

Folgen der Inflation zieht. Wir danken Ihnen, wenn Sie bereit sind, Schulter an Schulter mit den Arbeitern die Folgen der Inflation überwinden zu helfen.

Bankdirektor Dr. Hahn-Frankfurt a. M.: Die Ausführungen des Herrn Referenten waren zweifellos äußerst interessant und in ihrer Kürze geradezu klassisch. Wenn ich trotzdem nicht verschweigen kann, daß sie für mich eine Enttäuschung gebracht haben, so beruht das auf der Tatsache, daß ich einer von den ganz gemeinen Kerls bin, die aus dem Schlamm kommen, wo er nach der herrschenden Meinung am tiefsten ist: ich bin nämlich Bankdirektor. Als solcher sehe ich die Dinge ein wenig anders an als die Majorität der hier vereinigten Herren. Auch mich interessieren die sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse; aber gerade deshalb bedaure ich, daß Herr Professor Eulenburg den Gegenstand enger gefaßt hat, als sein Thema lautete. Er hat gesprochen über die sozialen Wirkungen der Inflation, nicht oder nur andeutungsweise aber über die Wirkungen der Deflation. Gerade diese Wirkungen aber sind es, die uns heute Sorge machen, da wir uns seit dem Frühjahr in einer Periode ausgesprochener Deflation befinden. Auch rein wissenschaftlich kann die Inflation gar nicht klar dargestellt werden ohne die gleichzeitige theoretische Analyseierung der Deflation. Deshalb sollten auch diese Fragen zur Sprache gebracht werden. Die Deflation ist die genaue Umkehrung der Inflation. Daher ist die Situation heute ganz anders, als wie sie hier geschildert wurde.

Zum Beweise dafür, wie wichtig die genaue Kenntnis der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation ist, will ich als Beispiel auf eine Tatsache aus meiner Praxis hinweisen, die Ihnen vielleicht zu denken geben wird. In Friedenszeiten, in der Vorkriegszeit war der normale Kontokorrentkredit so, daß einem überwiegenden Debet auf dem einen Konto ein überwiegendes Kredit auf dem anderen Konto entsprach, so daß gewissermaßen ein Ausgleich von Debitoren und Kreditoren in sich vorhanden war. Heute weist das normale Kontokorrentkonto ein Debet auf. Der Gegenposten dieser Debitorenkonten besteht vielfach aus Schulden gegenüber anderen großen Geldgebern, ausländischen wie inländischen, zum Beispiel öffentlichen Instituten. Das ist nicht nur vom allgemeinen, sondern auch vom besonderen Bankenstandpunkt aus interessant. Es ist etwas ganz anderes, ob die Kreditoren der Banken sich bei ihnen selbst oder bei anderen Instituten ansammeln. Die Erscheinung ist deshalb wegen der Gefahr der Illiquidität, die sie für

die Banken mit sich bringt, bis zu einem gewissen Grade an der gegenwärtigen Kreditknappheit, an der unsere Wirtschaft so leidet, schuld. Zedenfalls ersieht man aus ihr, wie äußerst wichtig es ist, gerade die gegenwärtige Deflations- und nicht nur die vergangene Inflations-situation bis in scheinbar unwichtige Einzelfälle hinein zu verfolgen.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch etwas anderes erwähnen, das mir am Herzen liegt. Es ist vorhin das Wort „Mündel-vermögen“ gefallen. Der Redner wollte damit das Unrecht in Ihr Gedächtnis zurückrufen, das die deutsche Geldpolitik der letzten Jahre für die betroffenen Kreise bedeutet hat. Ich möchte noch weiter gehen als jener Redner und das sagen, was schließlich einmal ausgesprochen werden muß. Ich möchte sagen, daß unsere Geldpolitik der letzten Jahre einer der größten finanzpolitischen Skandale war, die die Welt je gesehen hat. Die Politik hat nicht nur im Innern ein soziales Leichenfeld hinterlassen, sondern hat uns auch außenpolitisch unendlich geschadet und schadet uns heute noch. Sie hat das Vertrauen zu uns noch weiter untergraben. Denn sie hat in der Welt den Glauben verbreitet, wir hätten in betrügerischer Absicht, um unsere Gläubiger zu schädigen, unsere Währung selbst ruiniert. Wir haben dagegen eingewandt, daß wir nicht mit Absicht, sondern aus theoretischer Unfähigkeit zu solchen Geldverhältnissen gekommen sind; das glaubt aber kein Mensch. Ich selbst habe bei meinen Besuchen in London schon oft maßgebenden Persönlichkeiten nachzuweisen versucht, daß von einer absichtlichen Schädigung unserer Währung keine Rede sein kann: ich bin auf keinen Glauben gestoßen. Der Verdacht und das Misstrauen sind nun einmal in den Köpfen eingewurzelt. Wir gelten als die Zerstörer unserer eigenen Währung.

Ich stelle nun die Frage, ob es dem Verein nicht möglich wäre, statt nur, nach Art des Chores in der griechischen Tragödie, die Handlungen, wenn sie bereits geschehen sind, mit wissenschaftlichen Kommentaren zu begleiten, irgendwie einzugreifen, sobald wirklich der Staat in Gefahr ist, wie er in Gefahr war. Prüfen Sie einmal, was der Verein während der Inflationsperiode getan hat, um das Unheil zu verhindern. Ich bin sehr dankbar für das, was wissenschaftlich geleistet worden ist. Ich halte beispielsweise die Studie von Herrn Prof. Mises trotz und gerade wegen ihrer Kürze für eine literarische Tat. Aber fragen Sie sich: Wann hat der Verein praktisch eingegriffen? Es gab eine ganze Reihe von Augenblicken, wo ein Ein-

greifen möglich gewesen wäre. Ich erinnere Sie daran, daß an einem ziemlich späten Zeitpunkt der Zentralkomitee der Reichsbank Herrn Havenstein sein Vertrauen ausgesprochen hat. Das wäre der Augenblick gewesen, wo diese einzige Körperschaft der deutschen Nationalökonomie eine Rundgebung hätte erlassen müssen, in der der Havensteinschen Kreditpolitik das Misstrauen auszusprechen gewesen wäre. Das ist damals nicht geschehen, ebenso wenig wie es vorher und nachher geschah.

Angesichts dieser Tatsache erlaube ich mir nun die Frage, ob es nicht irgendwie möglich wäre, daß in solch gefährlichen Momenten der Verein aus seiner Reserve heraustritt und in irgendwelcher Weise zu dem, was geschieht, Stellung nimmt. Eine Frage, die ich selbst zu beantworten mir nicht erlauben möchte, weil ich die Traditionen des Vereins nicht genügend kenne, und deren Beantwortung ich daher denjenigen Herren überlassen möchte, welchen diese Traditionen bekannt sind.

(Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Dr. Helander.

Dr. Sven Helander-Kiel: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie nur ein paar Bemerkungen zur Systematik der sozialen Wirkungen, die hier besprochen worden sind. Bei jeder Inflation ist ja zu beobachten, daß der Warenbesitzer gewinnt im Verhältnis zum Geldbesitzer und daß der Schuldner gewinnt im Verhältnis zum Gläubiger. Das sind alles Wirkungen, die bei jeder Inflation eintreten müssen. Das ist nämlich nur eine Umschreibung der Tatsache, daß der Geldwert ein anderer geworden ist.

Nun sind aber auch andere Wirkungen da, die im allgemeinen bei einer Inflation beobachtet werden können, aber aus anderen Gründen als den erwähnten. Ich kann bei einer Inflation im allgemeinen beobachten, daß der Großhändler gewinnt im Verhältnis zum Detailhändler, weil nämlich beim Großhändler die Anpassungsfähigkeit im allgemeinen größer ist als beim Detailhändler; er kann sich leichter dazu umstellen, in Goldmark zu rechnen, außerdem hat er größere wirtschaftliche Möglichkeiten, sich umzustellen, so daß im Prinzip der Großhändler im allgemeinen im Verhältnis zum Detailhändler gewinnt. Dann andere solche Erscheinungen: Der Exporteur gewinnt im allgemeinen im Verhältnis zum Importeur. Der Exporteur bekommt größeren Umsatz im Verhältnis zum Importeur, da der Export vor-

übergehend einseitig gefördert wird. Auf der anderen Seite ist der Importeur häufig Warenbesitzer und gewinnt dann als Warenbesitzer, und da sind nun verschiedene Möglichkeiten vorhanden, je nach der speziellen Komplikation. Ein anderes Beispiel, das augenscheinlich im Gegensatz zu dem steht, was Herr Eulenburg ausgeführt hat: Im allgemeinen ist die Folge einer Inflation, daß die persönliche Konsumtion zurückgeht, weil die Leute mehr sparen müssen, die Investierung von Kapital steigt. Das ist die Normalerscheinung. Nun hat Herr Eulenburg erwähnt, die Finanzierungsgeschäfte seien schlecht gewesen. Das steht scheinbar im Gegensatz zu dieser Feststellung; denn wenn mehr finanziert wird, müssen die Finanzierungsgeschäfte besser gehen. In Schweden ist es z. B. während des Krieges als Folge der Inflation auch so gegangen, da sind die Finanzierungsgeschäfte der Banken kolossal groß gewesen. In Deutschland war es anders, weil die Banken sich in ihren Interessen so festgelegt hatten, daß sie die neuen Finanzierungsmöglichkeiten als Hindernisse für ihre alten betrachtet haben.

Der organisierte Arbeiter gewinnt ferner im Verhältnis zum unorganisierten, weil er sich schneller umstellen kann.

Es sind psychologische Momente wirksam beim Engroshändler, wirtschaftliche Momente auch beim Engroshändler. Aber organisatorische Faktoren sind auch wirksam bei der Herausbildung der sozialen Wirkungen der Inflation; denn der organisierte Arbeiter gewinnt im Verhältnis zum unorganisierten. Wenn ich diese drei Momente zusammenfasse, das psychologische, das wirtschaftliche und das allgemein organisatorische, und außerdem berücksichtige, daß verschiedene Komplikationen zwischen diesen Einzelsektoren eintreten können, wenn ich das zusammenfasse, so ist das vielleicht die abstrakte Beantwortung der Frage von Herrn Eulenburg, ob mit der Sozialpolitik gegenüber der Inflation etwas erreicht werden könne. Diese Momente, das psychologische, das wirtschaftliche, das allgemein organisatorische, können mit der Wirtschaftspolitik teilweise beeinflußt werden. Eine Grenze ist allerdings da, die die Größe des Nationaleinkommens setzt. Aber innerhalb dieser Grenze kann die Wirtschaftspolitik mit den genannten Faktoren gewisse Verschiebungen herbeiführen. Das ist, scheint mir, die abstrakte Formulierung der Antwort auf die Frage, die Herr Eulenburg gestellt hat. Ich darf das wegen der Kürze der Zeit nicht näher ausführen, aber die allgemeine Antwort ist ja auch die prinzipiell wichtigste.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Prof. Günther.

Prof. Dr. Ad. Günther-Innsbruck: Es kann sich in diesem Augenblick nur darum handeln, eine Anmerkung beizubringen und eine offene Lücke zu bezeichnen. Herr Eulenburg hat eine analysierende Darlegung gebracht. Er hat sich mit vollem Recht im wesentlichen darauf beschränkt und sich nicht auf bestimmte Kaufzusammenhänge festgelegt. Von solchen können einzelne aber immerhin angedeutet werden, um so mehr, als Herr Umbreit darauf eingegangen ist. So gab es bekanntlich eine Reihe von Beschränkungen der Unternehmungen, zum Beispiel den Achtstundentag, die Rötigung, Arbeitnehmer in großer Masse in die Betriebe hereinzunehmen und sie zu behalten usw. Welche Rolle diese Einflüsse in der Inflationsperiode gespielt haben, möchte ich andeuten. Unter den Krediten, die in Anspruch genommen worden sind, sind auch solche gewesen, welche aus diesen sozialpolitischen Gründen notwendig geworden waren: um nämlich den Arbeitgebern zu ermöglichen, den sozialpolitischen Lasten zu genügen, welche ihnen vom Staat auferlegt waren. Dass dies die einzigen Gründe für Kreditansprüche waren, wird sicher niemand behaupten, aber eine Rolle haben sie gespielt. — Nun ist weiter der Staat bei mehreren Rednern in einer Rolle erschienen, die bedauernswert ist, und über diesen scharf verurteilten Staat möchte ich einige Worte sagen. Ich möchte das auch für notwendig halten, wenn das hohe staatlich-gesellschaftliche Ideal, das gestern von Herrn Sombart geschildert worden war, nicht ganz verdunkelt werden soll durch das Schattenbild, das heute vom Staat entworfen worden ist. Hat der Staat nur eine transzendentale Bedeutung? Ist der Staat nicht vielmehr etwas, worin der Machtgedanke sich verkörpert? Ich sehe nun, dass der Staat sich vielfach gewandelt hat, dass neue Klasseninteressen und Kampfinteressen innerhalb des Staates sich geltend gemacht und in einem gewissen Teil der sozialpolitischen Gesetzgebung sich ausgewirkt haben. Wenn sich nun heute der verarmte Kleinrentner um sein kleines Vermögen betrogen glaubt, so glaubt er wohl auch, es sei das durch den „Staat“ geschehen; er haßt aber auch die, die davon möglicherweise Nutzen zogen. Wie oft hat der Beamte schon wahrgenommen, dass er heute in Kreisen, in denen er früher als gleichberechtigt verkehrte, eine unerfreuliche Rolle spielt. Der Haß des alten Mittelstandes geht darüber hinaus gegen die Arbeitnehmer überhaupt und gegen die, die den sogenannten neuen Mittelstand bilden. Herr Eulenburg hat nicht außer acht gelassen, dass die Arbeiter wenig-

stens das Privileg in der Inflationszeit gehabt haben, daß sie Arbeit und Verdienst behielten. Ob sie lohnend beschäftigt waren, ob der Lohn ausreichte, ob umgekehrt gewisse Rentenelemente im Lohn der Jugendlichen enthalten waren, mag dahingestellt sein. Wenn nun aber der größte Teil der Arbeitnehmer, einschließlich der Beamten, hinlänglich beschäftigt war, so hat ein anderer Teil des Mittelstands die Basis seines Einkommens völlig verloren. Um zusammenzufassen: ich wollte aus dem Hinweis darauf, daß hinter dem Staat organisierte Mächte standen und stehen, und daß diese organisierten Mächte mitverantwortlich an der Inflation waren, nur einige der Ursachen folgern, welche unter anderem zu der von Herrn Eulenburg so treffend dargelegten Umschichtung und Verreizung des Mittelstands beigetragen haben.

Prof. Bauer-Nagold: Der Herr Referent hat gesagt, die Wissenschaft bescheide sich damit, zu erkennen, wie es eigentlich gewesen ist. Ich weiß nicht, ob das auch für die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaft gelten darf. Ich meine, wenn irgendeine Wissenschaft angewandte Wissenschaft sein soll, dann müßte es die Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaft sein, sie müßte auch den Willen haben, gestaltend auf die Dinge der Wirtschaft einzutwirken. Mag diese Frage beantwortet werden, wie sie will, so glaube ich, daß auf jeden Fall ein Verein, der sich Verein für Sozialpolitik nennt, die Pflicht hat, gestaltend auf die Dinge des sozialen Lebens einzutwirken. Es liegt das in dem zweiten Teil des Wortes, den ich stark betont habe. Deswegen glaube ich, daß es Pflicht der heutigen Tagung ist, nicht bloß mit einigen Worten an dem schweren Problem vorbeizugehen, das gegenwärtig Millionen von Deutschen ans Herz greift: der Aufwertungsfrage. Der Herr Referent hat die Wirkung der Inflation ganz klar gezeigt; er hat hervorgehoben, daß die Verträge einseitig gebrochen worden seien, und hat auf die Schuld des Staates mit Recht hingewiesen. Er hat der Bereicherung der Schuldner die Beraubung der Gläubiger gegenübergestellt. Ein Diskussionsredner hat das bestritten. Der Herr Referent hat recht gehabt. Er hat auch hingedeutet auf die Möglichkeit der Milderung der Schäden. Wir sollten diese Möglichkeit stark unterstreichen und sollten sagen, es besteht geradezu eine Pflicht zur Wiedergutmachung dieser Schäden, soweit sie überhaupt noch wieder gutgemacht werden können. Woher nehmen heute die Schuldner das moralische Recht, sich um 70 Milliarden Goldmark zu bereichern, während, wie der Herr Referent sagte, 70 Milliarden als

verloren für das Volk im ganzen bezeichnet werden müssen? Wenn diese Zahlen richtig sind, dann haben die Gläubiger und Sparer einmal diese 70 Milliarden verloren und noch die Summe, um die die Schuldner sich bereichert haben. Sie haben also die Gesamtlast von 140 Milliarden allein zu tragen. Das ist ein Unrecht, das die Volksgemeinschaft geradezu zerstört, das den Staat und die Wirtschaft selbst aufs schwerste schädigen muß. Es muß also meines Erachtens eine Wiedergutmachung dieses Unrechts gefordert werden, soweit eine solche Wiedergutmachung heute noch möglich ist. Ich glaube, daß man sagen kann, die von der dritten Steuernotverordnung vorgesehene Regelung ist nicht nur keine Wiedergutmachung dieses Unrechts, sondern sie hat im großen und ganzen diese Folgen der Inflation gesetzlich sanktionsiert. Sie ist ein Gesetz, das meines Erachtens eines Rechtsstaats nicht würdig ist. Eine gerechte Lösung muß erstrebgt werden, welche die Last der Verarmung gleichmäßig verteilt auf die Schulttern der Gläubiger und der Schuldner. Ich glaube, daß es eine Aufgabe des Vereins für Sozialpolitik wäre, dahin zu wirken, daß diese gerechte Verteilung erfolgt. Ich möchte anhören, ob der Verein nicht etwa — ich weiß nicht, wie es sonst gehandhabt wird — eine Entschließung fassen würde folgenden Inhalts: ...

Vorsitzender: Ich darf gleich bemerken, daß wir satzungsgemäß Entschließungen über wissenschaftliche oder politische Probleme nicht fassen.

Baurer: Jedenfalls würde es zu den Aufgaben des Vereins gehören, dahin zu streben, daß eine gerechte Lösung dieser Frage erfolgt, eine Lösung, die in gleicher Weise den Gläubigern wie den Schuldner gerecht wird, und die die Lasten der Verarmung, die unser Volk nun einmal zu tragen hat, in gerechter Weise verteilt auf die verschiedenen Klassen und Kreise unseres Volkes.

Arbeitersekretär Andre-Stuttgart, M. d. R. und M. d. L.: Zu der Aufwertungsfrage, auf die soeben der letzte Herr Redner Bezug genommen hat, möchte ich nur darauf hinweisen, daß die Milliardenbeträge, die die Träger der Sozialversicherung in der Inflationszeit verloren haben, bis jetzt eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Das scheint mir ein ganz wichtiger Gesichtspunkt zu sein, der insbesondere vom Verein für Sozialpolitik etwas näher angesehen werden muß; es handelt sich um die Invalidenversicherung, die Berufsgenossenschaften,

die Angestelltenversicherung, die Krankenversicherung. Es handelt sich darum, daß jetzt ganz neue Grundlagen gesucht werden müssen, um die Leistungen der Sozialversicherung aufrechterhalten oder den Leistungen in Friedenszeiten anpassen zu können. Es ist das eine und andere Wort harter Kritik gefallen über die soziale Gesetzgebung in der Zeit der Inflation. Ich war Mitglied des Sozialausschusses des deutschen Reichstages und kann sagen, so viel wie damals habe ich in meinem ganzen Leben nicht arbeiten müssen. Jede Woche einige neue Vorlagen. Wir haben zu überlegen gehabt, inwieweit wir der Geldentwertung folgen konnten. Hatten wir zu weit gehende Beschlüsse gefaßt, so zeitigten sie neue Inflationen, gingen wir nicht weit genug, so bekamen die Leute überhaupt nichts mehr in die Hand. Ich bin der Auffassung, daß jetzt die gesetzliche Sozialpolitik nach meinem Dafürhalten nicht so sehr gefährdet ist. Wenn ich die Fülle von Anträgen ansehe, die in den Parlamenten im Sinne des weiteren Ausbaues der Sozialpolitik gestellt werden, so erblicke ich darin ein Zeichen des Trostes, daß es mit dem Abbau der Sozialpolitik nicht so schnell vorangehen wird. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß, wenn man etwas bremst, man als ein unsozialer, rückständiger Mensch hingestellt wird, selbst dann, wenn es sich darum handelt, nicht über das Wesentliche dessen hinausgehen, was in Friedenszeiten vorhanden war.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, daß der Verein für Sozialpolitik sich ein Verdienst erwerben kann, wenn er dasjenige herausstellt, was als Notwendigkeit von den Versicherungsträgern in Gegenwart und Zukunft geleistet werden muß; dann werden übertriebene Forderungen verschwinden.

Beim Arbeiter- und Angestelltenrecht bin ich der Auffassung, daß es wichtig ist, wie man das Betriebsrätegesetz auszulegen versteht. Der Umstand, daß es auf der einen Seite Unternehmer gibt, die ein Mitwirkungsrecht der Arbeiterschaft als Betriebsfaktor bestreiten und die Betriebsräte nicht ordentlich zuziehen, und die weitere Tatsache, daß Arbeitervertreter da und dort den richtigen Geist des Betriebsrätegesetzes nicht erfaßt, ja den Gedanken des Betriebsrätegesetzes sabotiert haben, sollte dem Verein für Sozialpolitik Veranlassung geben, den gesunden Gedanken, der im Betriebsrätegesetz steckt, mehr für die praktische Sozialarbeit herauszuarbeiten.

Bei der Tarifvertragspolitik kommt es mir darauf an, daß der Wert der Qualitätsarbeit und Qualitätsarbeiter wieder mehr

in die Erscheinung tritt, und daß die Gleichmacherei, die in der Inflationszeit bei der Bezahlung der jugendlichen, der gelernten und ungelernten Arbeiter eingetreten ist, wieder mehr verschwindet.

Hinsichtlich der Sozialpolitik im allgemeinen möchte ich sagen: sie ist nach meinem Dafürhalten mit der deutschen Wirtschaft so verwachsen und verflochten, daß heute nicht mehr daran gedacht werden kann, sie in wesentlichen Punkten abzubauen. Der Abbau würde bedingen, daß die Armenlasten der Gemeinden ins Ungeheure wachsen. Sie können die bedürftige Bevölkerung nicht totschlagen, nicht umbringen, sie muß ernährt werden. Ob das im Wege der Armenunterstützung geschieht oder der sozialen Belastung, irgendwoher wird das Geld kommen müssen. Und das Mittragen von Verantwortung ist von außerordentlich erzieherischem Wert für unser ganzes schaffendes Volk. Und so möchte ich glauben, daß, nachdem die Grundlagen der Sozialpolitik über die Inflationszeit hinweggerettet sind, es jetzt darauf ankommt, daß die Verwaltungen in vernünftiger Weise von dem bestehenden Recht Gebrauch machen und sich auf die wirtschaftlichen Verhältnisse einstellen, wie sie heute sind. Eine Sozialpolitik, die in die Luft hineingebaut wird, ist zwecklos. Die Sozialpolitik muß mit der Wirtschaftspolitik einigermaßen in Einklang gebracht werden. Sie muß auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft Rücksicht nehmen, und das kann geschehen, ohne daß an den Grundlagen derselben gerüttelt wird.

Im übrigen bin ich der Auffassung, daß etwas mehr Optimismus auch in dieser hochberehrten Versammlung hier angezeigt erscheint. Wenn ich alle diese betrüblichen Reden höre, so muß ich doch ein offenes Wort gegenüber der Wissenschaft sagen: Wie hat die Wissenschaft gegenüber der Inflation versagt; sie stand dieser ganzen Entwicklung weltfremd gegenüber, und Wirtschaft und Volk mußten selbst sehen, wie sie über diese Verhältnisse hinwegkamen. Das Volk, das den Weltkrieg mitgemacht, das die Inflationszeit überstanden, das die Rentenmark geschaffen hat, dieses Volk hat die sittliche Kraft in sich, in Zukunft Neues zu schaffen. Ich sehe den Londoner Pakt so an, daß er eine Grundlage ist, auf der wir an den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft herankommen können. Deswegen habe ich Vertrauen in die Zukunft und möchte wünschen, daß nach außen hin etwas mehr Vertrauen zum Ausdruck gebracht würde. Das würde die geistige Verfassung unseres Volkes außerordentlich heben.

Vorsitzender: Ich darf vielleicht darauf hinweisen, daß die Ausführungen des Herrn Professor Eulenburg über die günstige Lage des Hausbesitzes nur für Großstädte zutreffen; in kleinen und mittleren Städten liegt es anders, wo die Schäden den Nutzen übertreffen dürften.

Das Schlußwort hat der Herr Referent.

Prof. Dr. Eulenburg-Berlin: Ich glaube, daß manche von den Einwendungen, die gegen mich hätten gemacht werden können, nicht erhoben worden sind. Ich darf hinzufügen, daß ich viele meiner Ausführungen nur mit großen Fragezeichen und Bedenken gemacht habe. Aber in dem Moment, wo man redet, muß man die Sache möglichst positiv darstellen, selbst wenn man zu der wissenschaftlichen Riederschrift einschränkende Anmerkungen hinzufügt. Es liegt daran, daß ich versuchte, Dinge zu deuten, die noch keineswegs abgeschlossen sind, die noch im Flusse sich befinden. Dabei möchte ich das, was in der Aussprache gesagt worden ist, in zwei Gruppen einteilen, in theoretische und praktische Probleme: Die Einwände des Herrn Hahn gehen darauf hinaus, daß gewisse Momente der Debalvation nicht berücksichtigt worden sind. Ich bitte festzuhalten, daß mit Absicht keine Konjunkturercheinungen dargelegt werden sollten, sondern soziale Wirkungen, die für die ganze Struktur der Gesellschaft von größerer Bedeutung und von Dauer sind. Ob die Stabilisierung auf diese von größerer Bedeutung sein wird, kann man noch nicht übersehen. Es ist absichtlich gesagt worden, die Konjunktur an sich interessiert uns gar nicht, wenn dahinter nicht eine Einwirkung auf soziale Klassen steht. Es steht noch ganz dahin, wie weit die sozialen Wirkungen wieder rückgängig gemacht werden. Wenn man für die Zukunft die Lage der Arbeiter günstiger beurteilt, insofern fremdes Kapital hereinkommen wird, so scheint mir die Sache an einer elementaren Tatsache zu scheitern, die ich anderwärts ausgeführt habe, daß wir an einer Weltknappheit an Kapital leiden, und daß man Kapital in allen Staaten braucht. Daß da für uns sehr wenig Kapital übrigbleibt, ist angedeutet worden. Auch Betriebskapital werden wir kaum im früheren Maße bekommen. Deswegen halte ich das Aufsteigen der Arbeiterschicht als Klasse für außerordentlich fraglich.

Dann wurde von Herrn Spizmüller die Frage erörtert, ob eine Debalvierung auf einer anderen Grundlage, als wir sie vorgenommen

haben, nicht eventuell besser gewesen wäre. Diese Frage, die außerordentlich wichtig ist, ob die Wirkung auf die sozialen Verhältnisse anders gewesen wäre, hätten wir anders devalviert wie damals, diese Frage wird jedenfalls morgen in den währungspolitischen Erörterungen am Platze sein und erörtert werden; ich begnügte mich mit dem Aufzeigen der Wandlungen selbst.

Es ist sodann von Herrn Voß in dankenswerter Weise auf die Mündelgelder hingewiesen worden. Ich habe, da ich frei sprach, nicht alles vorbringen können, so daß jedenfalls eine Reihe von Punkten weggelassen sind. Es ist sicher eine außerordentlich bedenkliche Sache, wenn der Staat die Verpflichtung ausspricht, die Mündelgelder in einer bestimmten sicheren Weise anzulegen, und dann der Staat diese Sicherheit selbst mit bricht. Es kann kein Zweifel sein, daß das etwas außerordentlich Fragwürdiges vom Standpunkte der sozialen Gerechtigkeit aus ist. Aber ob anderseits die Möglichkeit vorhanden ist, wie der letzte Herr Redner angedeutet hat, hier Gerechtigkeit walten zu lassen, möchte ich doch sehr bezweifeln. Denn eine Aufwertung auch nur auf den kleinen Betrag von 15% bedeutet eine Belastung für die Schuldner, so daß die Gefahr einer neuen Inflation entstehen kann. Daß wir 15% des Kapitals und 1% Verzinsung herauswirtschaften werden, halte ich nach dem heutigen Stand für nicht wahrscheinlich. Ich bin durchaus für soziale Gerechtigkeit, und es ist richtig, daß der Staat hier den Vertrag gebrochen hat; aber daß der Staat in der Lage ist, auch nur in der erwähnten bescheidenen Weise aufzuwerten, glaube ich einstweilen nicht. Wenn wir es hinausschieben können, müssen wir es einer späteren Zeit überlassen. So sehr das Recht von uns anerkannt wird, kommt doch zuerst die Notwendigkeit des Staates, zu leben. — Es ist sehr richtig hervorgehoben worden, daß ein großer Teil der Schuld an der Kreditpolitik der früheren Reichsbank gelegen hat, und daß nicht hinreichend von Seiten der Wissenschaft Sturm dagegen gelaufen worden ist. Soviel ich sehen kann, ist das von Seiten der Nationalökonomie und der Sozialpolitiker darum so wenig geschehen, weil diese Zusammenhänge von uns gar nicht durchschaut wurden; sonst hätten sie wohl das Wort genommen. So weit die theoretischen Bemerkungen.

Eine zweite Reihe von Ausführungen betraf die Frage der praktischen Sozialpolitik. Hierzu eine persönliche Bemerkung. Gewiß freue ich mich, wenn Herr Umbreit seine Anerkennung über den Vortrag

ausspricht, den ich gehalten habe. Aber er hat nur dasjenige herausgenommen, was gerade für ihn und seine Interessen paßte. Ich hatte mir aber ein anderes Thema gestellt, nämlich die sozialen Wirkungen auf das ganze Volk. Ich bin weit von der Anschauung entfernt und habe es unterstrichen, als wenn nur die eine Schicht allein die geschädigte sei. Ich habe vielmehr stark betont, daß die Aufhebung der Verbindung zwischen Besitz und geistiger Kultur einen Bildungsverfall herbeiführen müsse, daß das etwas so Wichtiges ist, weil Werte hohen Ranges dahinter stehen. Das möchte ich in meinem Schlußwort noch einmal betonen, um nicht den Argwohn zu erwecken, als ob ich die Bedrängnis der einen Klasse für allein wichtig gehalten hätte und nicht die Vernichtung der anderen Kategorien für ebenso wichtig. Ich hatte darauf hingewiesen, daß unter den künftigen Aufgaben die Sorge für die Bildung und für die geistigen Werte deswegen in den Vordergrund treten müsse, weil der Besitz heute dafür viel weniger leisten kann als früher. Hier muß der Staat versuchen einzugreifen. Der Staat muß gewisse Elemente, die heute zu stark in gewisse Berufe hineinströmen, wieder vom Studium ausscheiden; aber er muß anderseits versuchen, die Fähigen zu unterstützen und hineinzubringen, gerade auch, wenn sie mittellos dastehen.

Es ist dann gesagt worden, ob man überhaupt Sozialpolitik noch treiben könne oder nicht mehr. Ich bin der letzte, der leugnet, daß wir bestimmte Sozialpolitik nur treiben können, wenn wir eine blühende Wirtschaft haben. Es ist selbstverständlich, daß erst dann gewisse Ausgestaltungen der Sozialpolitik möglich sind, wenn die Wirtschaft besteht. Aber die Weichenstellung kann ja geschehen, auch ohne daß die Kosten für die Sozialpolitik größer werden, und ich bin allerdings der Meinung, daß ein Teil dieser Weichenstellung unrichtig gewesen ist aus Mangel an Erkenntnis, und daß wir eine Reihe von Fehlern begangen haben, die wir nicht wieder machen dürfen. Die Währungspolitik habe ich von vornherein für falsch gehalten, obwohl ich zugebe, daß der Staat hier aus gewissen Notwendigkeiten so hat handeln müssen, um Schlimmeres zu verhüten. Das ist wohl zu verstehen; es ist aber keine Rechtfertigung.

Es besteht erfreuliche Übereinstimmung insofern, als die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Sozialpolitik wohl allgemein ist — auch bis in die Reihen der Unternehmer hinein. Diese Erkenntnis betrachten wir als selbstverständlich. Es besteht Übereinstimmung weiter

darin, daß gegenüber der Wirtschaft der Primat des Staates wieder in den Vordergrund gestellt werden muß. Wir haben jedenfalls mancherlei gegen den heutigen Staat und namentlich gegen diesen oder jenen Beamten einzuwenden. Aber wir Vertreter der Sozialpolitik haben Veranlassung, den Primat des Staates mit allem Nachdruck von neuem zu betonen. Ich freue mich, daß in der ganzen Diskussion heute übereinstimmend zum Ausdruck gekommen ist, daß der Staat die Aufgabe hat, für alle seine Kinder zu sorgen, nicht nur für die Notleidenden und Schwachen, sondern auch für die anderen, damit sie nicht auch schwach werden. Dieses „Besteuer des Staates“ wollen wir dauernd erhalten und weiter entflammen. Dann können wir mit dem Optimismus, den ich im ganzen zur Schau getragen habe, und mit einiger Zubericht auch über die Londoner Beschlüsse in die Zukunft sehen, weil die inneren Kräfte des Volkes am Werke sind und durch den Staat die richtige Wegweisung bekommen werden. (Beifall.)

(Schluß 1 Uhr 25 Minuten.)

Zweiter Verhandlungstag.

Beginn 3^{3/4} Uhr nachmittags.

II. Künftige deutsche Handelspolitik.

Den Vorsitz übernimmt Geheimrat Prof. Dr. Adolf Weber-München.

Vorsitzender: Heute morgen hat Herr Direktor Dr. Hahn in eindrucksvoller und dankenswerter Weise darauf hingewiesen, daß sich der Verein für Sozialpolitik in seiner Tätigkeit nicht darin erschöpfen sollte, post festum über wissenschaftliche Ergebnisse der Forschung zu berichten, sondern darauf halten müsse, rechtzeitig zu politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen, um so auf den Gang der Ereignisse einzutwirken. Schon in Eisenach wurde darauf hingewiesen, daß bei unserem Volk in Not die Wissenschaft besondere Verantwortlichkeiten hat und daß sie diese Verantwortlichkeiten auf sich nehmen muß, auch wenn es unbequem ist. Daß wir uns bessern wollen, sehen Sie daraus, daß wir jetzt im Begriff stehen, ohne vorbereitende Schriften die schwelbenden Fragen der Handelspolitik zu besprechen. Unabhängig von den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik legt eine Anzahl reichsdeutscher Dozenten für Wirtschaftswissenschaften den Fachgenossen den Wortlaut einer Kundgebung vor, die in diesen Tagen und am Samstag bei Gelegenheit der Generalversammlung der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Hochschullehrer unterzeichnet werden kann¹. Unsere heutigen Verhandlungen sollen nur eine vorläufige

¹⁾ Die Kundgebung, die 107 Vertreter der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an reichsdeutschen Universitäten unterzeichneten, hat folgenden Wortlaut:

„Die neue Wirtschaftsstruktur Deutschlands, die Auswirkung des Londoner Abkommens und wesentliche Änderungen in der Gruppierung der Kräfte am Weltmarkt haben Deutschland vor eine von Grund auf neue handelspolitische Lage gestellt. Die unterzeichneten Vertreter der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, unter ihnen eine Anzahl Gelehrte, die die Grundgedanken der deutschen Handelspolitik vor dem Kriege verteidigt haben, machen insbesondere mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß Deutschland unter den heutigen Verhältnissen

Orientierung sein. Wir werden das Thema wissenschaftlich weiter behandeln und bei späterer Gelegenheit erneut zur Grörterung stellen.

Und nun bitte ich Herrn Geheimrat Sering, das Wort zu seinem Vortrag zu nehmen.

Schutzoll oder Freihandel?

Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Max Sering-Berlin: Meine Damen und Herren! Ich habe die vielleicht etwas undankbare Aufgabe, Sie von den Höhen sozialer Ideen, sozialer Bewegungen und Schicksale herunterzuführen in die Niederungen der Wirtschaft. Denn es liegt mir ob, über die Ergebnisse von Arbeiten zu berichten, die das mir unterstellte Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen seit einem Jahre ausgeführt hat. Sie beziehen sich auf den Weltmarkt für agrarische Erzeugnisse. Es handelt sich aber nicht um die Wiedergabe von Einzelheiten, sondern um den Versuch einer Synthese, um Endergebnisse, die, wie ich glaube, ein größeres politisches Interesse verdienen und uns dazu verhelfen können, eine sichere Stellung zu den jetzt brennenden Fragen der Handelspolitik zu gewinnen. Zugleich erfülle ich damit einen heute morgen laut gewordenen Wunsch, näm-

gezwungenen ist, namentlich auch zwecks Rationalisierung seiner Landwirtschaft und Industrie sich die Vorteile des weltwirtschaftlichen Gütertauschs zu eigen zu machen. Sie vermögen daher Industrie- und Agrarzölle nur soweit zu billigen, als sie ein unentbehrliches und erfolgversprechendes Mittel für eine freiheitlichere Gestaltung des internationalen Verkehrs bedeuten. Eine künftliche Verteuerung der Lebenshaltung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ist im Deutschenland der Gegenwart besonders bedenklich. Der schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft muß mit geeigneten Mitteln entgegengewirkt werden; durch bloße Fortsetzung des vorkriegszeitlichen Zollschutzes würde sie nicht entscheidend verbessert, eher verschlimmert werden."

September 1924.

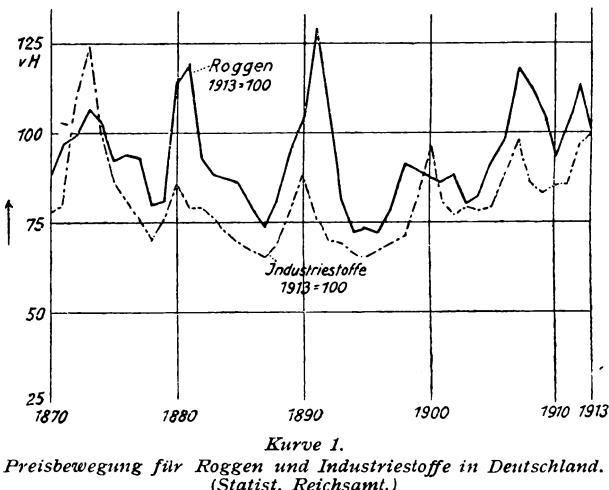
Aereboe, P. Arndt, G. Aubin, H. v. Beckerath, Behrend, G. Bernhard, Th. Brauer, K. Bräuer, G. Briefs, W. F. Bruck, Büchner, Budge, A. Cohen, Cunow, v. Dieze, Diegel, Dorn, v. Ebert, Chr. Eckert, Eucken, Eulenburg, Fleck, v. Gottl-Ottliliensfeld, C. Grünberg, C. Grünsfeld, C. Günther, Gutmann, Harms, Hellauer, Heymann, Herkner, Hesse, Heyde, F. Hoffmann, Jahn, Jaström, Kuske, Lenz, v. d. Leyen, Liefmann, Lindemann, Lotz, F. K. Mann, Mannstaedt, Meusel, Mitscherlich, Moll, H. Moeller, Momber, Morgenroth, K. Muhs, M. Muß, Obst, M. Paljí, Pape, v. Pistorius, Th. Plaut, Prion, M. Quark, Salin, F. Schmidt, Ernst Schulze, Schuster, Seraphin, M. Sering, Sieveking, Singer, Skalweit, Spiethoff, F. Terhalle, Tönnies, W. Troeltsch, v. Tyszka, G. Ver Heij, Voelcker, Walb, Wäntig, Adolf Weber, Alfred Weber, H. Weber, L. v. Wiese, Wirminghaus, H. Wolff, F. Wolf, Zimmermann, v. Zwiedinek-Südenhorst.

lich neben den schon betrachteten Wirkungen der Inflation die Folgen der Deflation, Devaluation, Stabilisierung der Währung in die Erörterung einzubeziehen.

Seitdem die Vereinigten Staaten im Jahre 1920 eine energische Deflation vollzogen haben, England und andere Staaten ihrem Beispiel gefolgt sind und schließlich Deutschland 1923 es ebenfalls fertig gebracht hat, arm, wie es war, seine Währung zu stabilisieren, ist in unmittelbarer Folge ein sehr merkwürdiges Preisphänomen überall eingetreten: Nicht mehr, wie in den Zeiten der Inflation, eine einheitliche Richtung, sondern eine ausgesprochene Zwiespältigkeit der Preisbildung. Die Preise für die Massenerzeugnisse des Bodens der gemäßigten Zone stehen unter oder etwa auf der Preisebene der Vorkriegszeit, während die Industriewaren auf ungefähr 150—200% der Vorkriegspreise gestiegen sind. Erst in der letzten Zeit hat die Preisspanne infolge einer knappen Welternte eine Minderung erfahren, die wir vorläufig als vorübergehende Konjunktur ansehen müssen. In der Disparität der Preise liegt der Grund für die Agrarkrisis, welche das ganze kühtere Wohngebiet der Menschheit, also vornehmlich das Siedlungsgebiet der weißen Rasse, mehr oder weniger ergriffen hat. Denn infolge jener Preisgestaltung finden die Kosten für die Herstellung der gewöhnlichen Massenerzeugnisse, Brotgetreide, Fleisch und Futtergetreide nicht mehr ihre volle Deckung. Die Rentabilität ist in einem Maße gesunken, daß man dort, wo armer Boden bearbeitet wird, mit gutem Grund die Frage aufwirft, ob man den Anbau nicht aufgeben solle. Es handelt sich um eine völlig abnormale Erscheinung. Nach meiner Kenntnis der Dinge ist ein derartiges Vorauseilen der Industrie vor den Agrarpreisen zwar schon früher vorübergehend vorgekommen, aber in aller Wirtschaftsgeschichte niemals mit solcher Kraft und Allgemeinheit aufgetreten. Um die normale Preisbildung vor Augen zu führen, stellt das folgende Schaubild die deutschen Großhandelspreise für Roggen in Vergleich mit den Preisen für Industriestoffe, das sind Kohle, Eisen, andere Metalle; auch sind, mit einer geringeren Punktzahl, Häute, Leder und Textilstoffe eingerechnet. In einen wie im anderen Falle ist der Durchschnittspreis für 1913 = 100 gesetzt.

Sie sehen, daß die beiden Preiskurven einander parallel laufen und damit zum Ausdruck bringen, wie eng die Agrar- und Industriepreise zusammenhängen, wie eng Stadt und Land, Agrar- und Industrieländer miteinander durch den Handel verknüpft sind.

Ferner zeigt sich, daß die Industriekurve ständig unterhalb der Roggenlinie bleibt und sie in zwei kurzen Perioden der Hochkonjunktur überschritten hat. Doch gewinnt diese Feststellung erst rechten Wert durch Sonderuntersuchungen, die ein Mitarbeiter von Professor Vereboe, Dr. Gläsel, angestellt hat. Er hat nachgewiesen, daß in der hier behandelten Zeitspanne und noch weiter zurück die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Erzeugnisse unausgesetzt gestiegen ist. Um Ihnen ein paar Beispiele zu geben: Für einen Zentner Roggen konnte man an wasserlöslicher Phosphorsäure im Superphosphat kaufen: im Jahre 1871 9 kg, 1912 dreimal so viel, nämlich 27 kg; an Chilesalpeter: 1861/65 3,9 kg, 1911/12 6,8 kg — also fast die doppelte Menge.



Dasselbe gilt, wenn auch in abgeschwächtem Maße, für den bei uns selbst gewonnenen Kainit. Eine außerordentliche relative Verbilligung trat gleichzeitig für Kraftfuttermittel und für landwirtschaftliche Geräte und Maschinen ein. Ein Karrenpflug der Firma Sack in Leipzig war 1864 für 18,80 Zentner Getreide zu kaufen, 1876 für 10,70 und 1912 für 5,10 Zentner — eine Steigerung der Kaufkraft des Getreides auf beinahe das Vierfache. Mit allem Nachdruck ist zu betonen, daß die zugunsten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bestehende Tendenz zur Ausweitung der Preisspanne eine gesetzmäßige Erscheinung ist, ja naturgemäß bedingt erscheint. Denken Sie an das Thünen'sche Idealbild vom isolierten kreisrunden Staate, in dessen Mitte die eine Stadt liegt, die alle Gewerbe-

treibenden in sich vereinigt. Wächst die Bevölkerung der Stadt, so kann ihrem wachsenden Nahrungsbedarf ceteris paribus nur mit steigenden Kosten genügt werden, nämlich dadurch, daß man weiter nach der Peripherie gelegene Grundstücke einbezieht, oder weniger fruchtbare Grundstücke anbaut, oder auf den alten Kulturländereien zu intensiverer Bebauung übergeht. Steigen aber die landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Preise, und bleibt alles übrige gleich, so muß für dieselbe Menge Weizen oder Roggen eine größere Menge von Industriewaren hergegeben werden. Das Gesetz von der wachsenden Kaufkraft der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist also zunächst nur ein Ausdruck für das uns allen geläufige — aber etwas weiter als üblich gefaßte — Gesetz von der Produktion auf Land: die Beschaffung größerer Mengen von Bodenerzeugnissen verknüpft sich mit erhöhtem Sach- und Arbeitsaufwand für die Mengeneinheit.

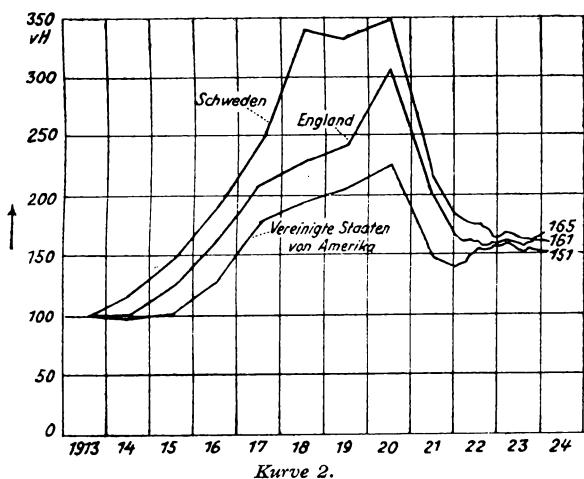
Wäre dieser Zusammenhang unabänderlich, so müßte die anwachsende Stadtbevölkerung in immer tieferes Elend geraten. Aber das Gesetz gilt nur unter der Voraussetzung unveränderter landwirtschaftlicher und industrieller Technik. Es gibt Verbesserungen des Landbaues, welche den Rohertrag ohne Mehraufwand an Arbeit und Sachgütern für die Ertragseinheit steigern, wie die Gründung, die Verwendung veredelten Saatguts. Aber viel weiter als in der Pflanzen- und Tierzucht ist der Spielraum, viel elastischer die Grenze des technischen Fortschritts in der stoffumformenden Industrie, und es gibt keinen schärferen Ansporn für den Erfindergeist als die Verteuerung der Bodenerzeugnisse. Durch technische und ökonomische Verbesserungen gelingt es, die industriellen Selbstkosten und damit den Arbeitswert, den die Stadt dem Lande zu liefern hat, zu verringern. Werden dann unter dem Druck des Weltbewerbs die Preise der verfeinerten und verstärkten Betriebsmittel der Landwirtschaft ebenso gesenkt wie die Transportkosten für ihre Erzeugnisse, so tritt schließlich ein Preisverhältnis ein, welches die intensivere Wirtschaft und die weiter ausgreifende Marktbelieferung ohne vermehrte Kosten — also auch bei gleichbleibenden oder verringerten Preisen — gestattet. Das sind Zusammenhänge von ganz fundamentaler Bedeutung für alle Entwicklung der menschlichen Zivilisation. Sie haben dahin geführt, daß schließlich immer ein Gleichgewicht zwischen der agrarischen und industriellen Produktion, ja ein Gleichgewicht zwischen dem Einkommen von Stadt und Land hergestellt und die wachsende Volksmenge ohne vermehrten volkswirtschaftlichen Aufwand ernährt werden konnte.

Das Gesetz von der wachsenden Kaufkraft der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist, wie unsere Kurve zeigt, in Wirksamkeit geblieben in der Zeit, als es infolge der Umspannung der Erde mit Schienenwegen und Dampferlinien möglich wurde, in wenigen Jahrzehnten den größeren Teil der gemäßigten Zone mit weißen Menschen zu besiedeln und in Anbau zu nehmen. Noch ist in aller Erinnerung, daß die von den neuerschlossenen Gebieten einströmenden, im extensiven Anbau billigt gewonnenen Bodenerzeugnisse die Preise für Brot und Fleisch auf den europäischen Märkten tief herabdrückten und in den Jahren 1876 bis 1896 die erste schwere Agrarkrisis hervorrieten. Aber auch in dieser Zeit blieb die deutsche Landwirtschaft in der Lage, die Intensität ihres Anbaues nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern zu steigern, weil die Industriepreise noch tiefer herabgedrückt wurden als die Agrarpreise. Dabei fällt allerdings ins Gewicht, daß Deutschland 1879 agrarische Schutzzölle einführte und allmählich hoch hinaufschraubte, während die Industriezölle dahinter verhältnismäßig zurückblieben. Aber die Agrazzölle verhinderten nicht, daß auch in Deutschland die Getreidepreise in den achtziger und neunziger Jahren sehr stark gesenkt wurden. Der Preisdruck wurde durch die Zölle gemildert, aber nicht aufgehoben. Und dennoch zu jener Zeit fortschreitende Intensivierung des deutschen Landbaues.

Das Gesetz von der wachsenden Kaufkraft der landwirtschaftlichen Erzeugnisse blieb erst recht in Kraft, als gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts alles bessere Land der wichtigsten Kolonisationsgebiete in Besitz genommen war und das Tempo der Ausdehnungsbewegung sich verlangsamte. Im Gegensatz zur vorhergehenden Periode vermehrte sich die Bevölkerung der zivilisierten Länder jetzt wieder rascher, als Nahrungsmittel und Rohstoffe im extensiven Betriebe beschafft werden konnten. Die Preise für Agrarerzeugnisse stiegen deshalb von 1896 bis 1913 stark an. Es wurde nun lohnend, in die Trockengebiete der Vereinigten Staaten und Argentiniens, das heißt in Gebiete vorzu- dringen, die nur mit vermehrten Kosten nutzbar gemacht werden konnten. Nach dem Ausbruch des Krieges trieb der ungeheure Rüstungsbedarf der kämpfenden Massenheere die Preise für Gewerbe- erzeugnisse in die Höhe. Als aber England durch den unbeschränkten Unterseebootkrieg in die Gefahr der Knappheit geriet, schossen die Agrarpreise noch höher hinauf; in England wie in den Vereinigten Staaten bezahlte die Regierung Stimulationspreise. Erst seit dem

Ausgang des Krieges, genauer, seitdem man sich daran machte, die Währung der Kriegszeit in Ordnung zu bringen, tritt jene abnormale Preisbildung ein, von der ich anfangs sprach. Lassen Sie mich zunächst die Vorgänge näher schildern. Ich halte mich hier besonders an die Statistik von solchen Ländern, deren Währung immer verhältnismäßig eng mit dem Golde verbunden geblieben ist.

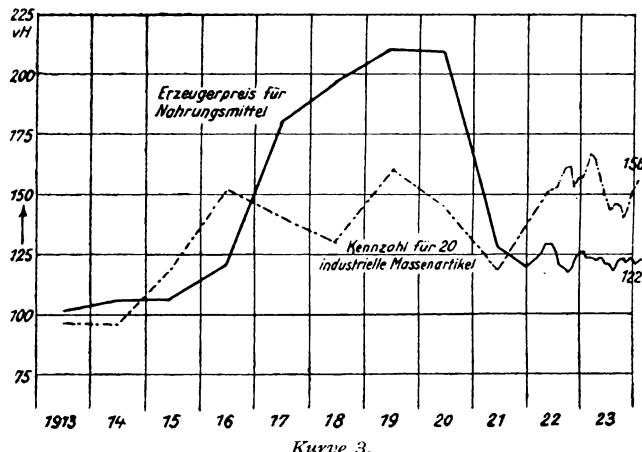
Das Kurvenblatt 2 veranschaulicht die allgemeine Preisbewegung im Großhandel von 1913 bis 1924 für Schweden, England und die Vereinigten Staaten. Es zeigt sich, daß die eigentliche Hochkonjunktur erst in den Jahren 1919 und 1920, also nach Abschluß des Krieges



Großhandelskennzahlen. 1913 = 100. (Statistisches Reichsamt.)

eintritt. Hervorgerufen durch die Notwendigkeit, die entleerten Märkte der Erde wieder mit Industriewaren zu versorgen, wird sie gefördert durch die Überspannung der Kreditgewährung bei lager Diskontpolitik der Zentralbanken, und werden die Preise durch eine echte Inflation übersteigert. Weiter sehen Sie, wie die Hochkonjunktur im Jahre 1920 zusammenbricht. Man hatte in den Vereinigten Staaten die Kaufkraft der europäischen Länder weit überschätzt. Es stellte sich heraus, daß die Ententeländer ihre starken Einkäufe von 1919 und 1920 nur mit Hilfe großer Regierungskredite der Vereinigten Staaten hatten finanzieren können, aber völlig außerstande waren, das Angebot aufzunehmen, als diese Kredite versiegten. Bedeutende Vorräte an Nahrungsmitteln, besonders an Fleischwaren, waren nach Deutschland

angeschafft worden; sie fanden keinen Absatz, weil es der deutschen Regierung an Zahlungsmitteln in guter Währung fehlte. Gleichzeitig setzte zuerst in Japan, dann in den Vereinigten Staaten, in England, den skandinavischen Ländern, in Frankreich und selbst Italien jene Deflationspolitik ein, die darin bestand, daß man unter Vortritt der Bundesreservenbanken die Kredite einschränkte, den Diskontsaß erhöhte, die Bankumlaufmittel verringerte. Die Vereinigten Staaten wollten dem Dollar seine alte Kaufkraft wiedergeben. Tatsächlich gelang es, die Kaufkraft des Geldes zu erhöhen, aber, trotz aller Anstrengungen, keineswegs bis auf den Stand der Vorkriegszeit. Denn es stellten sich

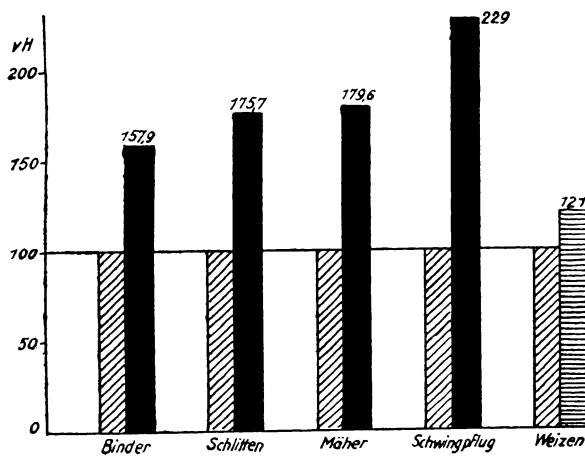


Erzeugerpreis für Nahrungsmittel und Preisstand industrieller Massenartikel in den Vereinigten Staaten. 1910 bis 1914 = 100. (Cornell-Universität, Staat New York.)

sehr starke Gegenkräfte dieser Bewegung entgegen. Ich bitte die auf dem Kurvenblatt rechts verzeichneten Schlußzahlen zu lesen: Die Großhandelspreise stehen in den Vereinigten Staaten seit einigen Jahren sehr konstant auf 150, in England und Schweden etwas höher. Man muß also 150 \$ ausgeben, wo früher 100 genügten, der Dollar ist um ein Drittel entwertet. Die Kräfte, die es verhinderten, dem Golde seinen alten Wert zurückzugeben, werden wir noch kennenlernen.

Aber die Kaufkraft des Dollars ist keine einheitliche. Das Kurvenblatt 3 veranschaulicht für die Vereinigten Staaten, an der Hand der von der Cornell-Universität herausgegebenen Preistabellen (1910 bis 1914 = 100) die Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise und der Preise für 20 industrielle Massenartikel für die Jahre 1913 bis

ansfangs 1924. Ich gehe auf die Kriegszeit, deren Preisgeschichte ich schon kurz skizziert habe, nicht näher ein. Sie sehen, wie die Erzeugerpreise für Nahrungsmittel damals eine ungeheure Höhe erreicht hatten, während die Industriepreise eine Wellenbewegung durchmachten, aber seit 1917 weit hinter den landwirtschaftlichen zurückblieben. In der Zeit der Deflation von 1920 auf 1921 stürzen beide Linien ab, sie fallen auf ungefähr 120 % des Standes der Vorkriegszeit. Bald aber setzt ein erneuter Aufstieg der Industriepreise ein, verursacht durch einen umfassenden Wohnungsbau in den Städten und eine allgemeine Erneuerung des Transportapparates. Die Industriekurve hebt sich auf



Kurve 4.
Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel und Erzeugnisse in Kanada 1923.
Vorkriegsstand = 100. (Dom. Bureau of Statistics.)

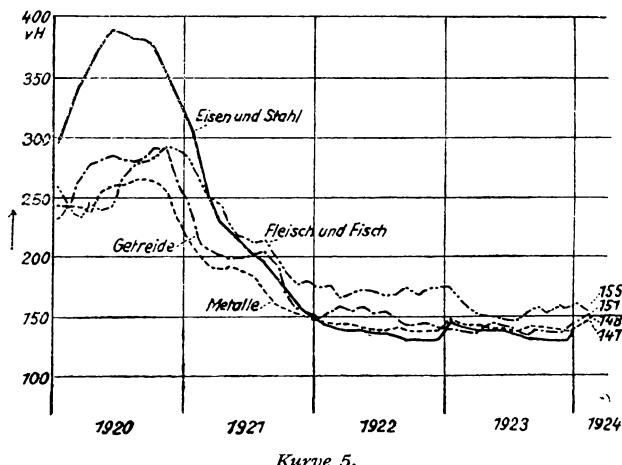
150—175 %. Dagegen verharren die landwirtschaftlichen Preise ungefähr auf dem Stand von 120 % der Vorkriegszeit. Da sehen Sie also die Preisschere, wie man in Russland sagt, sich öffnen, und zwar nach der falschen Seite hin: die Industriepreise überschreiden die Agrarpreise.

Zum benachbarten Kanada war die Entwicklung keine andere. Kurvenblatt 4 zeigt die Preise für Weizen und für eine Reihe von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen in der Provinz Ontario für 1913 und 1923. Sie sehen, daß zum Beispiel ein gewöhnlicher Schwingpflug 1923 mit 229 % mehr als doppelt so hoch, der Weizen aber mit 121 % nur um ein Fünftel höher stand als vor dem Kriege. Viel

10*

schlimmer noch sieht es in Rußland aus, wo Weizen und Roggen im Jahre 1923 halb so viel (45 oder 50%) brachten, die Betriebsmittel aber etwa doppelt so viel kosteten wie vor dem Kriege. Die russische Industrie hat eben überaus geringe Gegenwerte für die Landwirtschaft zur Verfügung, und die Einfuhr ist unterbunden. Das Verhältnis soll sich zwar im Laufe dieses Jahres gebessert haben, aber die Berichte darüber sind unsicher.

Zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten einerseits und Rußland andererseits steht hinsichtlich der Weite der Preisdisparität Deutschland, das ich hier nicht zur Darstellung bringe. Am günstigsten

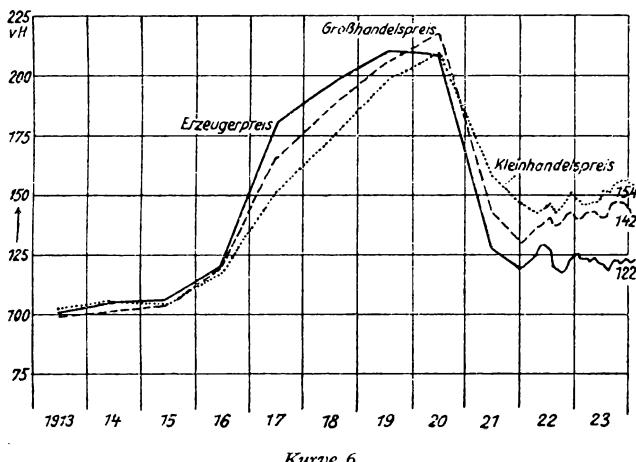


Kurve 5.
Großhandelspreise in England. 1913 = 100. (Board of Trade.)

hat sich das Preisverhältnis in dem Lande gestaltet, das den Prinzipien des Freihandels am meisten treu geblieben ist, in England. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen. Ein Blick auf das Kurvenblatt zeigt, wie die Preislinien verhältnismäßig eng beieinander stehen.

Und nun zu den Ursachen der Preisdisparität. Wir können versuchen, sie aus den statistisch erfassbaren Komponenten der Preisbewegung abzulesen. In Kurve 6 habe ich die Kleinhandelspreise für Nahrungsmittel in den Städten der Vereinigten Staaten, die Großhandelspreise und die Erzeugerpreise dargestellt. Ohne auf die Kriegszeit einzugehen, will ich nur darauf aufmerksam machen, daß seit der Deflation von 1920/21 die Spanne zwischen dem, was der Landwirt erhält, und dem, was der Konsument in der Stadt zahlen muß, sich

außerordentlich erweitert hat. Wir haben hier eine Illustration für die Erscheinungen, die heute morgen Herr Eulenburg im Hinblick auf Deutschland behandelt hat: eine Kommerzialisierung, die der Gesamtheit sehr teuer zu stehen kommt. Auch in den Vereinigten Staaten haben sich nach dem Aufhören der Inflation allzu viele in den Handel eingedrängt. Eine amtliche Erhebung, die man über diese Dinge dort angestellt hat, führte zu dem Ergebnis, daß auf einen Dollar Konsumentenausgabe jeweils 49 Cents Handelsunkosten entfallen. Der einzelne Vermittler macht zwar keine besonders großen Profite, aber der ganze Apparat bedeutet eine ungeheure Verschwen-



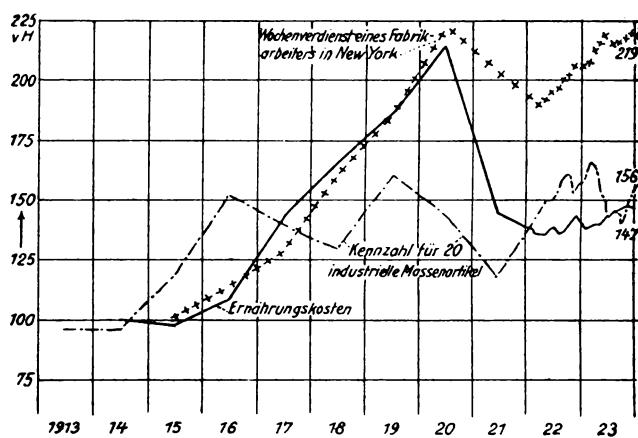
*Kurve 6.
Erzeugerpreis, Großhandelspreis und Kleinhandelspreis für Nahrungsmittel in den Städten der Vereinigten Staaten. 1910 bis 1914 = 100. (Cornell-Universität, Staat New York.)*

dung. Die relativ erhöhten Kleinhandelspreise sind aber wieder von großem Einfluß auf die Lohnbewegung. In den erhöhten Löhnen stecken die ungewöhnlich hohen Handelszuschläge. Insofern treiben die Zuschläge der Kleinhändler auch die industriellen Selbstkosten heraus.

Kurvenblatt 7 veranschaulicht den Wochenverdienst eines Neuyorker Fabrikarbeiters und stellt ihn in Vergleich einerseits mit den Ernährungskosten in Newyork, anderseits mit dem uns schon bekannten Auf und Ab der Industriekonjunktur. Sie sehen, daß zunächst die Löhne genau mit den Ernährungskosten in die Höhe gehen. In der Zeit der Deflation folgen sie nur zögernd dem Absturz der Nahrungsmittelpreise, wie wir das auch in Deutschland nach der Marktstabilisierung

beobachten konnten. Als dann die Marktlage für die Industrie sich wieder hebt, sind auch die Löhne auf den hohen Stand von 1920 zurückgekehrt, um sich dort auch bei von neuem absinkenden Industriepreisen zu halten. Die Löhne sind jetzt mehr als doppelt so hoch wie vor dem Kriege, ein überraschender Beleg für die Machtstellung, welche die Arbeiterschaft im Kriege gewonnen hat. Nach einer Erhebung, die sich auf 23 der wichtigsten Industriezweige erstreckte, sind die Realwochenlöhne, also die Löhne, gemessen an den gesamten Unterhaltungskosten, in den zehn Jahren seit 1914 um 31 % gestiegen.

Was für die Vereinigten Staaten, gilt ebenso für England. Auch



Kurve 7.
Ernährungskosten, Arbeiterlohn und Kennzahl für Industriewaren in den Vereinigten Staaten. (Cornell-Universität, Staat New York.)

dort erfreut sich die Arbeiterschaft, soweit sie beschäftigt ist, einer ungemeinen Verbesserung des Einkommens. Wenn heute morgen festgestellt werden konnte, daß es in Deutschland erheblich anders aussieht, wenn bei uns die gelernten Arbeiter im Durchschnitt für die tarifmäßige Mindestarbeitszeit 84,7 % und für verlängerte Arbeitszeit 88,5 % der Vorkriegszeit im Juni dieses Jahres an Reallöhnen bezogen (im September 84,6 und 88,9 %), wenn es demnach unseren Arbeitern so viel schlechter ergeht, so scheint mir aus dem Vergleich herzugehen, daß darin eine Folge unserer allgemeinen Verarmung zu erblicken ist und nicht etwa die Folge der mehr untergeordneten, von Herrn Umbreit hervorgehobenen Tatsache, daß das Arbeitsministerium einen Druck auf die Tarifverträge ausgeübt habe. Es ist so, daß die

Massen immer am schwersten zu leiden haben, wenn das Volk herunterkommt und verarmt.

Wenn wir nun aber für die Vereinigten Staaten und für England eine bedeutende Mehrung des Anteils der Industriearbeiter am allgemeinen Reichtum feststellen könnten, und wenn diese Feststellung vermutlich für alle Siegerstaaten zutrifft, so darf man daraus ohne weiteres den Schluß ziehen für die im einzelnen nicht belegbare Tatsache, daß die Unternehmer dort erst recht große Geschäfte machen.

Unter den Ursachen, welche die Preise für die Industriewaren in die Höhe getrieben haben, ist an einer der ersten Stellen die Besteuerung des Verbrauches durch private Rohstoff-, Industrie- und Verkehrsmonopoliens zu nennen. Wirtschaftlich betrachtet, ging es im Weltkriege ja ganz wesentlich um die bisher dem Zugriff der großen Reihe noch entzogenen Rohstoffquellen der Erde. Der Krieg hat die internationalen Monopole außerordentlich vermehrt und gekräftigt. Dabei kann die Industrie bei ungünstiger Konjunktur ihre Produktion leichter einschränken als die Landwirtschaft, während der Verbrauch gewerblicher Erzeugnisse sich leichter ausdehnt, der landwirtschaftliche wenig veränderliche Grenzen hat. So sind die Monopolisten in der Lage, aller Welt ihre Preise zu diktieren mit der Wirkung, daß zum mindesten die Fortschritte der Technik nicht in einer entsprechenden Preis senkung zum Ausdruck kommen.

Endlich kommt zugunsten der Industrie gegenüber der Landwirtschaft der Umstand in Betracht, daß nach dem Kriege eine Schutzzollwelle um die ganze Erde gegangen ist und der Zollschutz der Landwirtschaft kaum irgendwo etwas genutzt, dagegen die Industriepreise in die Höhe getrieben hat, ganz besonders auch in den Vereinigten Staaten. Ich komme darauf noch zurück. Schutzzölle konnten der Landwirtschaft von vornherein nur in Einfuhrländern Nutzen gewähren. Die in den Vereinigten Staaten gegen den kanadischen Weizen gerichteten hohen Zölle sind nichts als Sand in die Augen der Farmer.

Indessen die Stärke des Vermittlerapparats, die Machtstellung der organisierten Arbeiter, die Rohstoffmonopole der Trustmagnaten, die industriellen Schutzzölle und die größere Elastizität von Produktion und Absatz in der Industrie: das alles sind Erscheinungen, die auch schon vor dem Kriege mehr oder weniger ins Gewicht fielen. Sie blieben aber bedeutungslos gegenüber der Macht, welche die unorganisierten Farmer im Preiskampfe dadurch immer von neuem gewannen, daß

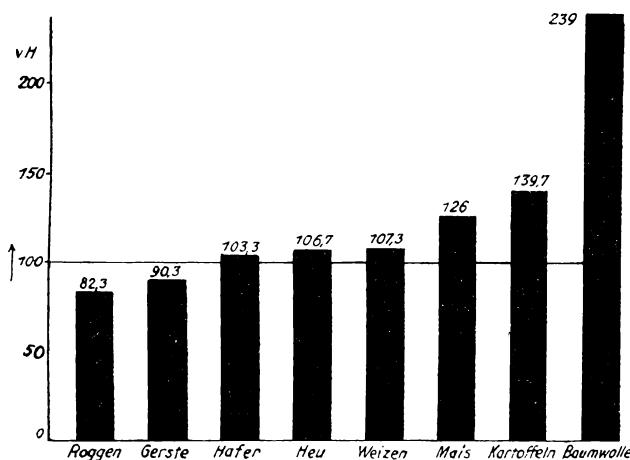
dem wachsenden Bedarf der Stadt- und Industriebevölkerung bei einer gegebenen Technik nur mit steigenden Kosten genügt werden konnte. Eine Antwort auf die Frage nach den Ursachen für die nach dem Krieg auf den Kopf gestellte Preisbildung ist in den herborgehobenen Momenten keineswegs in zureichendem Maße gegeben.

Welches waren denn nun die entscheidenden Ursachen? Es liegt nahe, sie in einer Störung des Gleichgewichts zwischen der agrarischen und der industriellen Produktion zu suchen.

Wird von der Landwirtschaft etwa mehr erzeugt als begeht? Gewiß hat während des Krieges bei hochgetriebenen Preisen eine gewaltige Ausdehnung des Getreidebaus in den Vereinigten Staaten, Kanada und Britisch-Indien stattgefunden. Auch wurden die Fleischexporte aus Argentinien, Nord- und Südamerika mächtig gesteigert. So wurden die Westmächte vor dem Hunger im Kriege bewahrt. Als aber in der Nachkriegszeit Mitteleuropa wieder als Käufer austrat, ergab sich gegenüber der Vorkriegszeit ein bedeutender Ausfall in der Versorgung der traditionellen Importgebiete. Gemessen an dem Bedarfstand der Vorkriegszeit, kann von einer landwirtschaftlichen Überproduktion durchaus nicht die Rede sein.

Faßt man die Anbauflächen der Erde zusammen, so ergibt sich, daß 1922 und 1923 9,6 % und 6,8 % weniger Land mit Weizen und Roggen bestellt waren als im Durchschnitt der Jahre 1909—1913. Die Anbaufläche für Hafer ist um 12 und 8,6 % eingeschränkt worden, die Gerstenfläche sogar um 19,3 und 9,7 %. Nur der Maisbau wahrte seinen alten Bestand. Was aber die Welternten anlangt, so ergaben sich im Jahre 1922 Mindererträge gegenüber dem Jahrhundert vor dem Kriege für Weizen von 8,2 %, für Roggen von 19,1 %, für Gerste von 20,07 %, für Hafer von 14,9 %. Das Jahr 1923 lieferte eine ganz ungewöhnlich große Welternte, sie war von einer Gleichmäßigkeit, wie sie alle 15 Jahre nur einmal vorkommt. Sie betrug — immer unter Einschluß Russlands — für Weizen und Hafer etwa ebensoviel wie durchschnittlich von 1909—1913 (+ 0,3 und — 4,3 %), an Roggen aber 16,6 %, an Gerste 12,3 % weniger. Dabei ist zu bedenken, daß die Bevölkerung der Erde, trotz der großen Kriegsverluste, zwischen 1910 und 1920 um 10 % gewachsen ist. Selbst in dem ungewöhnlich reichen Erntejahr 1923 war also die Versorgung wesentlich schlechter als vor dem Kriege. Denn die große Ausdehnung des Getreidebaus in Nordamerika und der Fleischherzeugung in Nord- und Südamerika, auch in Australien, wird

mehr als wettgemacht dadurch, daß die für die Versorgung Europas an erster Stelle wichtigen russischen Zufuhren ausgefallen sind und die Wiederaufnahme der russischen Roggenausfuhr im Jahre 1923 bald wieder abflauen mußte. Es fällt nicht weniger ins Gewicht, daß die Donauländer ihre Produktions- und Exportkraft aufs äußerste beschnitten sehen. Beides eine Folge der Agrarrevolution, die ganz Osteuropa zu einer Domäne der Kleinbauernwirtschaft gemacht hat, das heißt bewußt alle führenden Intelligenzen häserfüllt aus dem Landbau ausgeschieden und einen schlimmen Abfall im ganzen Stand der



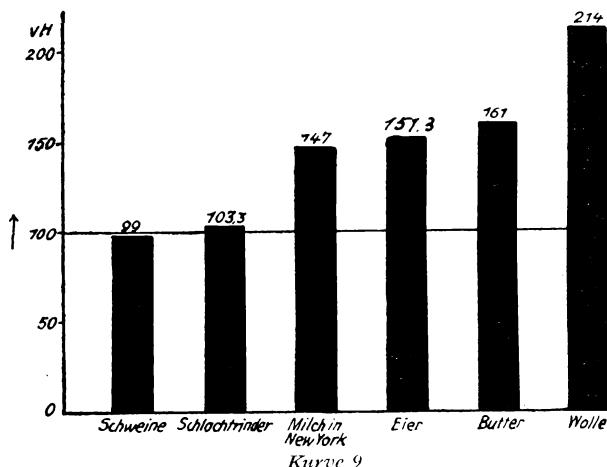
Kurve 8.

Preisstand der Bodenfrüchte in den Vereinigten Staaten im letzten Vierteljahr 1923.
Stand 1910 bis 1914 = 100. (Ackerbauamt der Vereinigten Staaten.)

Bodenkultur herbeigeführt hat. Endlich ist auch der starke Rückgang der Bodenerträge in Mitteleuropa in Betracht zu ziehen.

Nun sagt man: Der Zusammenbruch der Weltwirtschaft hat den sensibleren industriellen Flügel noch schwerer getroffen als den robusten agrarischen; die industrielle Produktion ist stärker eingeengt worden als die agrarische. Das stimmt auch wieder nicht. Die Produktion der Erde an Roheisen war im Jahre 1923 um 16% geringer als im Jahre 1913, die Rohstahlproduktion dagegen nur um 3%, die Stein- und Braunkohlenproduktion um 2%. Das sind Abnahmeziffern, die hinter den landwirtschaftlichen zurückbleiben. An Kupfer wurden 3%, an Aluminium und Petroleum 163% und 138% mehr als vor

dem Kriege gewonnen. Die Theorie, welche die Preisschere erklären will aus dem Zurückbleiben der industriellen hinter der landwirtschaftlichen Weltproduktion, ist durch diese Ziffern widerlegt. Die rein quantitative Erklärung versagt durchaus. Es ist aber auch unrichtig, wenn man behauptet, die industrielle Produktionskraft sei gegenüber der Vorkriegszeit allgemein verringert. In England und in den Vereinigten Staaten ist sie gerade durch den Krieg ungemein gesteigert worden, und in Deutschland, überhaupt in Mitteleuropa ist der technische Apparat nicht erheblich schlechter als vor dem Kriege. Es steht vielmehr so, daß die industrielle Produktiv-



Preisstand von Erzeugnissen der Viehzucht in den Vereinigten Staaten im letzten Vierteljahr 1923. Stand 1910 bis 1914 = 100. (Cornell-Universität, Staat New York.)

kraft der führenden Länder, trotz verhältnismäßig hoher Preise, nicht voll ausgenützt wird, weil es an ausreichendem Absatz fehlt. Liegen doch viele Hunderttausende von tüchtigen Männern arbeitslos auf der Straße. Neulich ging die letzte Ziffer der englischen Arbeitslosigkeit durch die Zeitungen: 1,2 Millionen! Die Ursachen für die Lähmungserscheinungen in der Industrie müssen in derselben Richtung gesucht werden wie für die Absatzschwierigkeiten der Landwirtschaft. Sie liegen in der schweren Erschütterung des europäischen Wohlstandes durch den Weltkrieg und die „Friedensschlüsse“.

Um dies näher darzulegen, brauche ich noch ein paar Kurvenzeichnungen.

Schaublatt 8 stellt den Preisindex der verschiedenen Bodenfrüchte und Schaublatt 9 für die verschiedenen Erzeugnisse der Viehwirtschaft in den Vereinigten Staaten für das letzte Vierteljahr 1923 dar. Der in der Querlinie gezeichnete Durchschnittspreis von 1910—1914 ist gleich 100 gesetzt worden. Danach nehmen die Webstoffe (Baumwolle und Wolle) eine Ausnahmestellung ein. Sie stehen besonders hoch im Preise. Die Baumwollernten der Vereinigten Staaten sind durch einen Pflanzenschädling, den Kapselwurm, stark beeinträchtigt worden, die Wollproduktion hat nachgelassen infolge großer Einschlachtungen während des Krieges und der fortschreitenden Umstellung der Herden auf Fleisch- statt Wollgewinnung. Über die anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse läßt sich kurz zusammenfassend folgendes sagen: Alle diejenigen Bodenerzeugnisse, welche in großem Umfange für den Absatz nach Europa produziert werden, Roggen, Gerste, Hafer, Weizen, auch gepreßtes Heu, in etwas geringerem Maße Mais, stehen unter oder nahe über der Kriegsline. Dasselbe gilt von den tierischen Erzeugnissen: Schweine und Schlachtrinder stehen ungefähr auf 100 %, hingegen diejenigen Artikel, deren Preis nicht welt-, sondern volkswirtschaftlich bestimmt ist, wie Milch, Eier, die Erzeugnisse der Geflügelzucht, vollends Butter usw. ungefähr auf dem allgemeinen Preisniveau von 150.

Es haben also nur diejenigen Nahrungsmittel, die mit größeren oder geringeren Beträgen für den Bedarf der europäischen Industriebevölkerung hergestellt werden, unter der Preiskrise zu leiden.

In den Vereinigten Staaten hat man viel über diese Dinge nachgedacht. Davon handeln zum Beispiel ein sehr guter Bericht des Staatssekretärs für Landwirtschaft an den Präsidenten über die Lage des Weizenbaues und vortreffliche Untersuchungen des Institute of Economics in Washington aus der Feder des Prof. Edwin G. Nourse. Auch sie haben natürlich den Zusammenhang der landwirtschaftlichen Preis senkung mit dem Rückgang des europäischen Wohlstandes erkannt. Doch muß hier zunächst scharf zwischen den westeuropäischen und den mittel-europäischen Ländern unterschieden werden. Aus den Untersuchungen des Institute of Economics geht hervor, daß die Kaufkraft der Westmächte lediglich durch ihre öffentliche und private Verschuldung und die Verringerung ihrer ausländischen Kapitalanlagen in und nach dem Kriege geschwächt ist. Ihre unsichtbaren Nettoeinkünfte im Außenverkehr sind dadurch beträchtlich verringert worden. Aber diese Minde-

rung findet einen gewissen Ausgleich durch das Anwachsen ihrer Einnahmen in Goldeswert aus dem Warenausport, wobei ihnen das Steigen der Kaufkraft ihrer Fabrikate sehr zugute kam.

Anders in Deutschland. Vor dem Kriege waren unsere unsichtbaren Einkünfte mit 2—2½ Milliarden groß genug, um unsern ganzen Einfuhrüberschüß an Lebensmitteln zu bezahlen. Die noch viel größere Zufuhr von Rohstoffen konnte durch den Warenausport mehr als beglichen werden. Jetzt haben wir unsere unsichtbaren Einkünfte aus der Schiffahrt, den Kapitalanlagen, den Unternehmungen im Auslande und in den Kolonien durch den an uns verübten Raub beinahe vollständig eingebüßt, und was uns verblieb, wird durch die inzwischen neu entstandenen Schuldenverpflichtungen aus dem Verkauf von Obligationen, Wohnhäusern, Hypotheken an Ausländer reichlich aufgewogen. Unser Warenausport aber ist auf die Hälfte zusammengeschrumpft.

Es bestehen deshalb sehr erhebliche Unterschiede in dem Grade der Versorgung der west- und der mitteleuropäischen Länder. An Weizen und Weizenzehl haben England, Frankreich, Belgien und Italien 1922 und 1923 2 und 10,6% mehr als vor dem Kriege (1909 bis 1913) bezogen, während ihre Bevölkerung von 1911—1921 um 5,28% zunahm. 1923 also zum ersten Male eine das Bevölkerungswachstum übertreffende Mehrzufuhr. In Deutschland hat infolge der Gebietsverluste die Bevölkerung von 1910—1919 um 8%, bis 1922 um etwa 4% abgenommen, die Weizenzufuhr aber sank gegenüber dem Jahrhundert vor dem Kriege um 22,5 und 65,2%. Die Nettoeinfuhr von Roggen und Roggenmehl in Deutschland hat stark zugenommen, denn Deutschland verwandelte sich aus einem Roggennexport- in ein Roggenimportland. An Brotgetreide überhaupt wurden 7 und 3,7 Mill. Tonnen oder 59 und 30% in den Jahren 1922 und 1923 gegen 1909—1913 nach Abzug der Ausfuhr mehr hereingebracht. Aber eine bessere Versorgung bedeuten auch diese Ziffern keineswegs, weil die von Polen annexierten Überschüßprovinzen in der Ausgangszahl einbezogen sind, in den Endziffern fehlen. Vielmehr ist die Kopsquote des Brotgetreideverbrauchs in Deutschland zwischen 1913/14 und 1922/23 zurückgegangen für Roggen von 153 auf 92 kg, für Weizen von 96 auf 48 kg, zusammen von 249 auf 140 kg oder um 43%.

Der furchtbare Ausfall an russischem Futtergetreide wirkte sich aus, wie folgt: In den Jahren 1922 und 1923 war der Minderbetrag

der Einfuhrüberschüsse an Hafer in den vorerwähnten Weststaaten, unter Einrechnung der Niederlande, 36 und 47 %, in Deutschland 39 und 78 %, an Gerste dort 40 und 14, hier 91 und 90 %. Der deutsche Verbrauch an Gerste sank zwischen 1913/14 und 1922/23 von 108 auf 30 kg, an Hafer von 128 auf 58 kg. Während in den Weststaaten über ein gewisser Ausgleich durch die Zufuhr anderer Kraftfuttermittel geschaffen werden konnte, ging in Deutschland auch deren Einfuhr auf kleine Bruchteile der Vorkriegszeit zurück. Dem entsprach der Rückgang des Fleischverbrauches. Er wird für Preußen 1913, 1922 und 1923 auf 49, 30 und 26 kg pro Kopf auf Grund der Fleischbeschau und Einfuhrstatistik berechnet. Der Minderverbrauch war also — 40 und — 47 %; in den Städten berechnet er sich sogar auf — 63 und — 67 %. Aus England berichtet Herr Privatdozent Dr. von Diez zwar eine Verknappung des Weizen- und Fleischverbrauches in den Mittelschichten und bei den Arbeitslosen. Im übrigen könnte davon keine Rede sein, am wenigsten bei den Lohnarbeitern.

Aus den mitgeteilten Ziffern ist indessen noch keineswegs zu erkennen, welche Bedeutung den einzelnen Ein- und Ausfuhrgebieten für die Preisbildung zukommt, und das Zustandekommen der Preissschere bleibt vollends im Dunkeln.

Hier kann nur eine theoretische Durchleuchtung helfen, die den inneren Zusammenhang der Einzelvorgänge aufhellt.

Wir wollen uns für einen Augenblick Deutschland als industriellen Mittelpunkt des Erdenrundes vorstellen. Solche Konstruktion entfernt sich, wenn wir uns der nötigen Einschränkungen bewußt bleiben, nicht allzuweit von der Wirklichkeit. Denn Deutschlands industrielle Leistungsfähigkeit übertraf vor dem Kriege weitaus diejenige jedes anderen kontinentaleuropäischen Landes. Seine Kaufkraft auf dem Weltmarkt war so groß wie die englische, über 10 Milliarden im Jahre, um ein Drittel größer als die der Vereinigten Staaten. Deutschland bildete den Hauptmarkt für die Erzeugnisse von Russland und Norwegen, Österreich-Ungarn, Italien, der Schweiz, Holland und Belgien, und 60% unserer Zufuhren kamen aus überseeischen Ländern.

Das Bild trifft also jedenfalls in dem Sinne zu, daß Deutschland, wie die Stadt im Thünenschen Kreise, Industriewaren in alle Welt lieferte, um Bodenerzeugnisse dafür einzuführen.

Nun wird die Stadt von einem feindlichen Heere überfallen, ausgeplündert, ihrer ergiebigsten Produktionsstätten beraubt und mit un-

erschwinglichen Tributen belastet. Was ist die Folge? Die Stadt kann für die gleiche Menge von Nahrungsmitteln und Rohstoffen nur noch halb so viel an Industriewaren hergeben wie vorher. Über die weiten Flächen hin, die ihr bisher Nahrungsmittel und Rohstoffe lieferten, spürt man das unerhörte Schicksal, das die Stadt erlitten hat, und die tiefe Senkung ihrer Kaufkraft.

Hier haben wir die Lösung für das Rätsel der nach der verkehrten Seite geöffnete Preisschere. Sie ist ganz klar in die Erscheinung getreten, sobald der Nebel der Währungswirren sich verzogen hatte. Solange die Geldentwertung fortdauerte, folgten ihr die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die börsenmäßig gehandelt werden, rascher als die Preise für die von der Industrie gelieferten Produktionsmittel und Gebrauchsgegenstände. Erst seitdem die Währung stabilisiert ist, spiegeln die Preise die wahre Sachlage auf dem Weltmarkt wieder.

Die Theorie von der ausgeplünderten Stadt rückt alle Einzelheiten der Agrarkrisis, die in Wahrheit eine Krisis der Weltwirtschaft ist, in ein helles Licht.

Die Dinge liegen jetzt völlig anders als in der früheren Agrarkrisis von 1876—1896. Sie war hervorgerufen durch die überquellende Produktivkraft der neu besiedelten Länder, hatte also ihren Ursprung auf der Angebotsseite. Damals überschwemmten die Erzeugnisse der billig, weil ganz extensiv arbeitenden überseelischen Landwirtschaft die europäischen Märkte. Doch stellte sich bald auf dem Weltmarkt ein Gleichgewicht dadurch her, daß sich auf der erweiterten Rohstoff- und Nahrungsmittelbasis der großartigste Industrieaufschwung aller Zeiten in Ostamerika und in Europa, vor allem in Deutschland vollzog. Sobald das Gleichgewicht erreicht war, paßten sich die Preise für die Erzeugnisse der extensiven Landwirtschaft den niedrigen Produktionskosten des „Grenzfarmers“ an.

Die Ursache der jetzigen Agrarkrisis liegt nicht auf Seiten des Angebots, das ja abgenommen hat, sondern der Nachfrage. Die Krisis ist in der Minderung des Wohlstandes der Käufer begründet, und zwar haben sich die Preise auf die Kaufkraft der schwächsten Käufergruppe eingestellt, die zur Unterbringung des verringerten Vorrats nicht zu entbehren ist. Die Farmer in den großen Exportgebieten mußten mit ihren Preisforderungen so weit heruntergehen, daß die vereinigte deutsche Industrievölkerung sich noch mit Brot und Fleisch versorgen

könnte. Hier macht sich das „Gesetz von der konsumtiven Preisbegrenzung“ geltend, das Simmel in seiner „Philosophie des Geldes“ formuliert hat.

Die Industriewaren aber sind der landwirtschaftlichen Preisjenkung nicht gefolgt, weil des rührigen deutschen Volkes industrielle Leistungsfähigkeit tief gesenkt, sein Wettbewerb auf dem Weltmarkt ausgeschaltet ist und weder durch das Rentnervolk im Westen noch durch das Analphabetenvolk im Osten ersetzt werden konnte. Die Machtstellung der großen Rohstoffmonopoliens in der ganzen Welt ist um so stärker geworden. Die Senkung der niemals besonders großen deutschen Einfuhr von industriellen Fertigwaren konnte durch den gesteigerten Verbrauch der „Siegerstaaten“ bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen werden, nicht aber der Rückgang des deutschen Verbrauchs an Nahrungsmitteln. Die Wirkung des deutschen Zusammenbruchs ist über sehr weite Gebiete hin eine objektive Ausbeutung der Getreide- und Fleischproduzenten durch das städtische Großkapital. Die Arbeiterschaft der Siegerstaaten nimmt ihren Anteil an dieser ungerechtfertigten Vereicherung, hat aber die Schuld an dem großen Raubzuge dadurch zu büßen, daß viele Millionen außer Brot gekommen sind, weil der Austauschverkehr mit Mitteleuropa zusammengechrumpft und das eigene Landvolk von dem deutschen Elend unmittelbar mitbetroffen ist. Nur Frankreich bleibt von der Arbeitslosigkeit unberührt, weil es seine Jugend in die Armee steckt, sich an den deutschen Sachlieferungen bereichert, die ersatzlos weggenommene deutsche Schöpfung der lothringischen Schwerindustrie genießt und die gesegneten Rheinlande aussaugt.

Die hier entwickelte Auffassung weicht von der sonst herrschenden weit ab. In den Vereinigten Staaten und überall sonst hält man an der Theorie fest, welche die Zusammenhänge immer noch genau so ansieht, wie sie in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts tatsächlich lagen. Diese Theorie lautet in der Fassung des schon erwähnten wertvollen Buches von Edwin Rourse über die amerikanische Landwirtschaft und den europäischen Markt ungefähr wie folgt: Die Kaufkraft der europäischen Völker ist gesunken, infolgedessen müssen sie ihre Versorgung dort suchen, wo sie am billigsten hergestellt wird, — als ob das jemals anders gewesen wäre. Am billigsten produzieren die zuletzt besiedelten Länder, wie Westkanada und Argentinien. Ihre überlegene Konkurrenz, ihre niedrigen Pro-

duktionskosten bestimmen den Getreide- und Fleischpreis. — Man erblickt also die entscheidende Ursache der Preiskrisis nach wie vor in dem billigen Angebot der landwirtschaftlichen Peripheriegebiete.

Diese Theorie erklärt in keiner Weise das eigentliche Übel, die Preisdiskarität, und ist nachweislich falsch. Ich habe nachgewiesen, daß, gemessen am Bedarf der Vorkriegszeit, von einem Überangebot agrarischer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt keine Rede sein kann. Die Theorie trifft aber vor allem auch deshalb nicht zu, weil die „Grenzfarmer“ ihrerseits unter derselben Preisbildung ebenso schwer zu leiden haben wie die Getreidebauern und Viehzüchter der älter besiedelten Gebiete. Doch sind die deutschen Landwirte besonders schlimm daran, weil sie ganz und gar auf den zusammengebrochenen Markt angewiesen sind, ihr Betriebskapital verloren haben und ihre Steuerlast die höchste ist.

Hören wir die vorliegenden Berichte aus den neu besiedelten Produktionsbezirken. Der Berichterstatter unseres Forschungsinstitutes für Kanada, Mr. Stevenson, führt unter Vorlage von sachkundigen Berechnungen aus, daß die Farmer auf den westlichen Präriien ihre Produktionskosten nicht mehr decken. Der Weizenbau rentiert nicht mehr, obwohl es gelungen ist, außerordentlich ertragreiche, frühreifende und frostharte Sorten zu züchten. Der Berichterstatter bespricht die geforderten Abhilfemaßnahmen wie die Bildung eines Weizenpools durch zentrale Absatzgenossenschaften, Verringerung der Transportkosten usw. und schließt mit den Worten: „Aber solche Reformen sind bestenfalls Palliativmittel. Sie können die derzeitige landwirtschaftliche Depression in Kanada zwar mildern, aber nicht beheben... Für die Getreidebauern in den westlichen Ebenen bildet die Grundvoraussetzung jeder Besserung der Absatzverhältnisse die wirtschaftliche Wiedergesundung Europas, das ihr Hauptabsatzgebiet war. Die Besiedlung des Westens und seine Ausrüstung mit technischen Einrichtungen geschah nur, um die Lebensmittel für die industriellen Massen von Europa zu schaffen. Verschiebt sich das europäische Wirtschaftssystem, wird die Kaufkraft dieser europäischen industriellen Bevölkerung vernichtet, so schwindet die hauptsächliche Daseinsberechtigung für den Getreidebau im westlichen Kanada. Es ist schwierig für den Farmer mit ausgedehnten Betrieben und Ausrüstungen, auszuwandern. Wenn man aber Europa nicht gesund werden läßt, ist schwer abzusehen, wie eine starke Abwanderung von Farmern und einer Ver-

Kleinerung der kultivierten Fläche vermieden werden kann.“ Ein genauer Kenner der Verhältnisse in Kanada und leidenschaftlicher Anglo-kanadier schreibt in einem Privatbriefe: „Großbritannien muß aktive Schritte gegen die französische Politik ergreifen, wenn das britische Reich sich erhalten soll. Seine Nahrung erzeugenden Dominions, besonders Kanada, sind durch den europäischen Zusammenbruch sehr hart betroffen, und es findet ein sehr ernstlicher Exodus nach den Vereinigten Staaten statt. Wenn das so weiter geht, könnte eine Bewegung in Kanada für die Vereinigung mit der nordamerikanischen Union entstehen. Diese Bewegung ist noch nicht so offen zutage getreten, aber ihre psychologischen Bedingungen reisen.“

Ähnliche Berichte kommen aus Argentinien. Im Anfange 1924 wird geschrieben: Seit mehr als einem Jahr ist die argentinische Viehzucht in einer verzweifelten Lage. Denn sie leidet unter der gesunkenen Kaufkraft Europas und an der diktatorischen Beherrschung des gesamten Weltmarktes für Kühl- und Gefrierfleisch in der Hand von zwei Trusts. Die Preise der ausgeführten Waren haben das Niveau von 1910 erreicht, während die eingeführten Fertigfabrikate um 100% höher stehen. Ähnliche Verhältnisse bereiten sich anscheinend im Ackerbau vor. Zwecks Unterbringung der unverkäuflich gebliebenen Viehüberschüsse suchten die Viehzüchter Weiden zu pachten und trieben dadurch bei sinkenden Preisen die Pachtpreise unverhältnismäßig hoch. Darum ist auch die Lage der kleinen, meist italienischen Pächter, in deren Hand der Ackerbau größtenteils liegt, außerordentlich bedrückt. Ihre Notlage führte schon 1919/1920 zu einem Pächterstreik, der sehr radikale Formen annahm. — Kurz, die Auffassung, wonach die heutige Agrarkrisis ähnliche oder dieselben Ursachen habe wie die ältere, trifft nicht zu. Sie lüftet das eigentliche Problem, die Preiszhäre, vollständig im Dunkeln. Dieses Problem ist nur zu lösen, wenn man jene seit der Zerstörung Karthagos unerhörten Ereignisse, deren Opfer wir geworden sind, in die Rechnung einstellt. Ich kann diese Dinge nicht mit dem Gleichmut betrachten, wie es so vielfach geschieht. Denn ich sehe nur allzu deutlich, daß die Verarmung Mitteleuropas fortdauern wird. Das Dawes-Abkommen bringt anscheinend die Aussicht auf eine gewisse politische, nicht aber eine wirtschaftliche Erleichterung. Es hat in dem Kernpunkt völlig versagt, nämlich in der Festsetzung der deutschen Jahrestribute auf das Maß der dem verkleinerten und verstümmelten Deutschland verbliebenen Leistungsfähigkeit. Wollten die Sachverschriften 170. — Verhandlungen 1924.

ständigen wirklich helfen, so müßten sie Deutschland für einige Jahre ein wirkliches Moratorium und Kredite zu produktiven Anlagen gewähren. Die Amerikaner wissen ja nicht, wohin mit dem Golde, und sperren es in ihren Bankgewölben ein. Das kostet ihnen jedes Jahr 2—3 Milliarden Goldmark verlorenen Zins. Sie müßten, wie die europäischen Gläubigernationen vor dem Krieg, die Zinszahlung in Form von Waren handelspolitisch zulassen. Der andere Ausweg ist, daß die Vereinigten Staaten nun Kapitalsanlagen in Europa suchen. Ein Schritt in dieser Richtung ist das Dawes-Abkommen und die uns gegen sehr hohe Zinsen gewährte Anleihe. Daß wir aber traurigen Zeiten entgegengehen, wenn der Dawes-Bericht, was ich allerdings bezweifle, zur Ausführung gelangt, ist gewiß. Fordert er doch eine Jahresleistung nach Ablauf von fünf Jahren in Höhe von $2\frac{1}{2}$ Milliarden Goldmark, während das Deutsche Reich mit allen Einzestaaten zusammen vor dem Kriege als Reinertrag aller Erwerbsanstalten und als Rohertrag aller Steuern nur 4,7 Milliarden Goldmark bezogen hat. Wir können bei Berücksichtigung der Goldentwertung noch ein Drittel hinzuzählen und kommen dann auf eine Summe von 5,2 Milliarden Goldmark. Die neuen Tribute sind Deutschland diktiert worden von Männern, die zwar vorzügliche Bankiers sein mögen, aber von den jammervollen Zuständen der deutschen Volkswirtschaft keine Ahnung hatten. (Sehr richtig!)

Nun liegt es auf der Hand, daß die Disparität zwischen Industrie- und Agrarpreisen nicht immer dauern kann. Die Einschränkung der Weizenanbaufläche in Amerika ist im Buge. Große Schwierigkeiten entstehen für die an Kapitalüberfluß leidende amerikanische Industrie durch die verringerte Kaufkraft der Farmer. Sie sieht ihr eigenes Absatzgebiet eingeschränkt, weil die Farmer ihre Lebenshaltung unserer verelendeten Lage anpassen müssen. So ist die Industriekonjunktur auch im Sommer 1924 bald wieder zusammengebrochen. Augenblicklich sind die Industriepreise im Zurückgehen. Gleichzeitig hat die Aussicht auf eine knappe Ernte in Kanada und Europa die Weizen- und Roggenpreise anziehen lassen. Die Wirkung all dieser Umstände war, daß die Kaufkraft der Farmererzeugnisse mit Einschluß der verhältnismäßig hoch im Preise stehenden milchwirtschaftlichen Erzeugnisse von 72% im Durchschnitt des Jahres 1923 bis Juni 1924 allmählich auf 79%, im Juli und August sogar auf 83 und 90% gestiegen sind. Auch sonst überall hat sich die Preisschere enger geschlossen. Aber das Ende der großen Preis-

krisis ist damit schwerlich gekommen. Werden wieder normale Ernten erzielt, und dauert das deutsche Elend fort, so ist zu erwarten, daß weite, während der letzten beiden Menschenalter neu erschlossene Anbau- und Weideflächen dazu verurteilt sind, wieder zur Wildnis zu werden. Das ist freilich ein Vorgang, der lange Zeit in Anspruch nehmen würde. Ich sprach schon von der einsetzenden Abwanderung der westkanadischen Farmer. In den Vereinigten Staaten sind 1922 1,12 Millionen Menschen, meist kräftige Männer, von den Farmen in die Städte abgewandert, und 1920 standen 4,7, 1923 7,3% aller bewohnbaren Farmhäuser leer, von ihren Bewohnern verlassen. Der Anbau in den Weizen produzierenden Trockengebieten war nur mit finanzieller Hilfe der Bundesregierung aufrechtzuhalten. Sie hat in den Jahren 1918, 1921 und 1922 8,5 Millionen Dollar für Saatgut- und Futterdarlehen in diesen Gebieten aufgewendet.

Auch die mittleren und inneren Zonen des Anbaues, die hauptsächlich für den Binnenmarkt arbeiten, werden schließlich notwendig in Mitleidenschaft gezogen, weil sich, wie in Nordwesteuropa, alles der bisher noch rentablen Milchwirtschaft zuwendet. Kurz, die Aussichten sind schlecht. Was allein helfen kann, wäre eine Revision jener Schandurkunde, die nicht bloß die Verelendung Mitteleuropas, sondern die Verelendung weitester Anbaugebiete der Erde zur Folge gehabt hat, des Versailler Diktats. Wir haben allen Grund, durch wissenschaftlichen Nachweis das Ausland davon zu überzeugen, daß eine Behebung der großen Weltwirtschaftskrisis nicht anders möglich ist, als im einzelnen:

1. durch eine Herabsetzung der deutschen Tributpflicht auf ein unserer Leistungsfähigkeit entsprechendes Maß;

2., was noch wichtiger wäre, die Wiedererhebung Deutschlands zu einem gleichberechtigten Teil der Völkergenossenschaft. Und das bedeutet: Abschaffung der einseitigen Abrüstung und der einseitigen Militärkontrolle. Solange dieser Zustand dauert, wird es mit uns auch wirtschaftlich nicht in die Höhe gehen. Die Aussichten auf Erfüllung dieser Wünsche sind freilich ungünstig. Bekanntlich setzt jede Herabminderung der deutschen Tributpflicht Einstimmigkeit der Reparationskommission, also die Zustimmung Frankreichs voraus. Doch wollen wir nicht verkennen, daß wir mächtige Verbündete haben. Die Farmer tun sich in der ganzen Welt zusammen; in den Vereinigten Staaten haben sie einen großen Verband gegründet, eine geschlossene

Front, mit einem Programm, das mir einer der Gründer und Leiter dieser Organisation wie folgt darlegte: Was wir wollen ist: 1. Abschaffung der industriellen Hochschutzzölle, denn wir können nicht exportieren, wenn wir die europäischen Industriewaren nicht hereinlassen; 2. Wiederbelebung und uneingeschränkte Zulassung der nordwesteuropäischen, also der germanischen Einwanderung, und endlich und vor allen Dingen 3. Ordnung in Europa. Was wir vom amerikanischen Großkapital nicht zu erwarten haben, von den Farmern hätten wir's zu erwarten, wenn für weitere Aufklärung gesorgt wird.

So viel über den theoretischen Teil der Sache! Ich weiß nicht, ob der Herr Vorsitzende nun den Wunsch hat, daß ich sofort noch ein paar Worte sage über meine Stellung zu den handelspolitischen Mitteln, die man bei uns in Vorschlag gebracht hat, um die Agrarkrisis zu heben. (Vorsitzender: Ja!) Ich will versuchen, mich kurz zu fassen. Sie müssen entschuldigen, daß ich etwas ausführlich gewesen bin. Die Verhältnisse sind einigermaßen kompliziert, und man muß sie kennen, wenn man zur Handelspolitik Stellung nimmt. Augenblicklich stehen die Agrarzölle im Vordergrund des Interesses. Ich bin in der ersten Agrarkrisis wiederholt für Agrarzölle eingetreten, und Sie können glauben, daß es mir nicht leicht geworden ist, meinen Standpunkt zu ändern. Aber ich kann nicht anders auf Grund der Erkenntnis, die ich durch objektive Forschung gewonnen habe. Man muß aber nicht nur die Ursachen der jetzigen Agrarkrisis in Betracht ziehen, sondern sich über die allgemeinen Ziele klar sein, welche die Gesamtlage unseres Landes der deutschen Handelspolitik vorschreibt. Verarmt, wie wir sind, der besten agrarischen Überschußprovinzen und der ergiebigsten Rohstoffquellen beraubt, sind wir in noch ganz anderem Maße wie vor dem Kriege auf die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln angewiesen. Wir haben 75% unserer Eisen-, 70% unserer Zinkerze, ein Viertel der Kohle und der Bleierze verloren. Wollen wir unser nacktes Leben erhalten und vollends ein Dasein als Kulturstövölk führen, so müssen wir die Kleinheit und Armut unseres Gebietes durch Heranziehung der Bodenschätze des Auslandes ausgleichen. Diese Einfuhr bildet einen unentbehrlichen Bestandteil des deutschen Volkeinkommens. Um aber die notwendige Ergänzung unserer natürlichen Hilfssquellen herbeiführen, haben wir nur noch das eine Mittel der Warenausfuhr. Wir müssen den Export von Fertigfabrikaten,

die viel und qualifizierte Arbeit enthalten, als eine der wichtigsten nationalen Angelegenheiten betrachten. Die Steigerung des Warenexportes setzt niedrige Produktionskosten und niedrige Ernährungskosten voraus. Daraus folgt, daß im Gegensatz zu den anders liegenden Bedingungen der Vorkriegszeit die große Richtung für unsere Handelspolitik freihändlerisch sein muß. Man kann auch durch Armut gezwungen werden, zum Freihändler zu werden. Und so liegt es bei uns. Zu diesen wirtschaftlichen treten politische und soziale Erwägungen. An die Stelle der alten Ordnung gleichberechtigter Genossen, die die europäischen Völker, groß und klein, umschloß, solange das deutsche Heer und das Deutsche Reich einen mächtigen Faktor der Weltpolitik bildeten und die Großmächte einander im Gleichgewicht hielten, ist die Alleinherrschaft der im Kriege siegreichen Imperien getreten, und auf dem Kontinent die Säbeherrschaft Frankreichs. Sollen die Staaten des balkanisierten Europa nicht völlig und dauernd in sklavische Abhängigkeit von diesen übermächtigen Reichen geraten, so müssen sie zusammenhalten, müssen sie vor allem den gegenseitigen Verkehr unter Nachbarn in jeder Weise fördern. Heute versuchen sie lächerlicherweise, die Handelspolitik der Imperien nachzumachen, und erstreben ein jeder die Autarkie unter Verarbeitung der Rohstoffe seines Landes durch eigene Industrie. Das führt zu allgemeiner Verarmung und politischer Ohnmacht. Die Länder des Festlands können sich und ihre nationale Eigenart und unseren Erdteil als Sitz der reichsten Kultur gegenüber den uniformen Imperien nur erhalten, wenn sie sich gegenseitig, zunächst wenigstens in wirtschaftlicher Hinsicht, fördern. Schließlich müssen sie sich dann zusammenfinden, um das gemeinsame Interesse gegenüber den Weltreichen gemeinsam zu wahren.

Um die sozialen Gründe, die für eine verkehrsfreundliche Handelspolitik sprechen, darzulegen, darf ich an die heutigen Ausführungen des Herrn Dr. Eucken erinnern. Der Agent der Reparationskommission muß es bei Durchführung des Londoner Abkommens darauf anlegen, bei uns im Inlande durch Anziehen der Diskontschraube und Knapp halten des Geldes die Preise zu drücken. Nicht anders kann er die erforderlichen Devisen für die Tributzahlungen aufbringen. Mag sein, daß ihm das nicht gelingt, aber sein Ziel wird es sein, und die Machtmittel hat er vorläufig in der Hand. Künstliche Senkung der Preise aber bedeutet auch Senkung der Löhne. Der Dawes-Plan ist vor allem für

die Arbeiterschaft gefährlich. Unvermeidlich hat die Masse zu leiden, wenn hohe Tribute auf die Gesamtheit gelegt werden. Unter diesen Umständen aber muß es schwerste soziale Bedenken erregen, wenn das tägliche Brot und Fleisch der Arbeiterschaft verteuert werden sollen. Jedemfalls wiegen die Bedenken jetzt sehr viel schwerer als vor dem Kriege, als wir ein reiches und aufstrebendes Volk waren. Das sind meine allgemeinen Gesichtspunkte, die mich zu der Ansicht führen, daß die große Richtung unserer Handelspolitik freihändlerisch sein muß.

Aber natürlich können wir nicht einseitig zum Freihandel übergehen. Deutschland, seiner Unabhängigkeit, seiner Macht beraubt, findet nirgendwo freiwillig die Anerkennung seiner Gleichberechtigung. Jeder Ansatz zu einer Wiederbelebung seiner Wirtschaft begegnet dem größten Misstrauen oder einer niedrigen Konkurrenzfurcht, selbst in England, dem Siegerstaat.

Die uns gegenüber eingeschlagene Handelspolitik ist beinahe in allen Ländern kleinlich und gehässig. Unsere Waren stoßen fast in der ganzen Welt auf hohe Schutzzollmauern und werden in einer großen Zahl von Staaten differenziert. Unter diesen Umständen müssen wir meines Erachtens mehr als früher darauf Bedacht nehmen, uns eine handelspolitische Rüstung zu beschaffen. Gerade diese Rüstung ist eines der ganz wenigen uns noch verbliebenen alten Attribute der Souveränität. Wir brauchen also Agrar- und Industriezölle als Kompensationsobjekt, um unserer Exportindustrie durch Beseitigung der Differentialzölle und den Abbau der Schutzzölle aufnahmefähige Märkte zu schaffen. Ebenso würde ich Zölle gegen das Valutadumping zugestehen.

Und nun speziell noch ein Wort über die Agrarzölle. Unsere Landwirtschaft ist in einer furchtbaren Notlage. Die Gefahr, die unserer Volkswirtschaft aus der Vereelendung der Landwirte droht, herborgerufen durch den geringeren Tauschwert ihrer Erzeugnisse (nicht in Geld, aber in Industriewaren), diese Gefahr ist viel ernster als in den achtziger Jahren. Denn damals konnten wir die Intensität unserer Wirtschaft aufrechterhalten, während heute die Preisdisparität unwiderrücklich auf Extensivierung hindringt. Das bedeutet Verödung unseres Landes und schlechte Belieferung unserer Stadtbevölkerung mit Agrarerzeugnissen. Auf der anderen Seite bin ich nach wie vor überzeugt, daß eine blühende Landwirtschaft eine der wichtigsten Voraussetzungen auch für das Wiederaufblühen der Industrie ist. Es ist ja enorm, was eine intensive Landwirtschaft an Industrieerzeugnissen

braucht. Hunderte von Mark auf jeden Hektar. Wir müssen also darauf aus sein, mit allen geeigneten Mitteln die Intensität unserer Landwirtschaft zu erhalten und zu steigern.

Welches sind in negativer und positiver Hinsicht die geeigneten Mittel?

Man muß dabei unterscheiden zwischen den allgemeinen Ursachen, die für die deutsche wie für die Landwirtschaft der ganzen gemäßigten Zone in Kraft sind, und den speziellen Ursachen, die die Lage der deutschen Landwirtschaft noch besonders verschlechtert haben. Die Notierung deutschen Getreides an den deutschen Börsen war bis vor kurzem regelmäßig niedriger als für ausländische Waren gleicher Qualität, und zwar niedriger, als der Unterschied der Notierungs-methode — im einen Fall ab Station des einheimischen Erzeugers, im anderen am Börsenplatz — es rechtfertigte. Umgekehrt stehen bekanntlich viele unserer Industrieerzeugnisse höher als der Weltmarktpreis, den ich denn doch für eine Realität halte entgegen einer Bemerkung, die heute morgen gefallen ist, höher als zum Beispiel in England und in den Vereinigten Staaten. Dies ist erstens deshalb der Fall, weil die Industrie ihren alten Schutzzoll bis auf die Gegenwart erhalten hat, während die Agrarzölle im Jahre 1914 abgeschafft worden sind. Zweitens tritt in jener Sonderbelastung der deutschen Landwirtschaft die Wirkung unserer Umsatzsteuer zutage. Sie wird bekanntlich vor jedem Umsatz, auf dem Wege vom Bauern zum Bäcker vielleicht fünf- oder sechsmal, erhoben, bisher mit 2½%, ab 1. Oktober mit 2%. Das ergibt eine Belastung von 10—12%. Das ausländische Getreide unterliegt nicht im gleichen Ausmaße der Umsatzsteuer, weil es weniger Umschlägen unterworfen ist. In der Zwiespältigkeit der Preisbildung für Agrarerzeugnisse des In- und Auslandes tritt ferner zutage, daß die Vermittler zwischen dem Produzenten und Konsumenten, Groß- und Kleinhändler, Groß- und Kleinmüller, Bäcker und Fleischer in der Lage sind, die Umsatzsteuer abzuwälzen auf den augenblicklich bei der relativen Überfüllung der Märkte schwächsten Teil in der Preisbildung: auf den Landwirt. Er hat die Umsatzsteuer auf Nahrungs-mittel zu tragen.

Nun unterliegt aber auch die Industrie bekanntlich der Umsatz-steuer. Die Industrie jedoch ist gut organisiert, und gerade die Umsatz-steuer hat vielfach zu einer verschärften Konzentration geführt, weil innerhalb der Konzerne der Umsatz von der Steuer befreit ist. Viele

Konzerne sind überhaupt nur zustande gekommen, um diese Besteuerung auszuschalten. Die organisierte Industrie also ist in der Lage, die Umsatzsteuer, soweit sie sie überhaupt trifft, auf den Konsumenten abzuwälzen; der Landwirt als Käufer von industriellen Erzeugnissen muß daher außer den industriellen Schutzzöllen auch noch die industrielle Umsatzsteuer tragen.

Das sind Zustände, die allerdings als tiefe Ungerechtigkeit gegenüber der Landbevölkerung bezeichnet werden müssen. Wer unserer Landwirtschaft helfen will, muß also die Aufhebung der Industriezölle, besonders die auf landwirtschaftliche Betriebsmittel, und die Aufhebung der wirtschaftsfeindlichen Umsatzsteuer fordern. Ist beides geschehen, dann ist erst noch zu überlegen, wie unserer Landwirtschaft über die Schwierigkeiten hinwegzuhelfen ist, die ihr durch die Einbeziehung in die allgemeine Agrarkrisis erwachsen. Aus meiner Darlegung ihrer Ursachen ergibt sich nun die Schlussfolgerung, daß, sehr im Gegensatz zu der früheren Agrarkrisis, dem Schutzzoll die Eigenschaft eines tauglichen Heilmittels durchaus abzusprechen ist. Der Schutzzoll würde der Landwirtschaft wahrscheinlich mehr schaden als nützen. Es sind zwei Fälle möglich: entweder drücken sich die Zölle in den Inlandspreisen aus. Dies wird nach Lage der Dinge bei knappen Welternten geschehen, also zum Beispiel in einer Situation, wie wir sie jetzt haben. Die Folge ist dann eine Besteuerung des Brotes, des Fleisches. Bei der bedrängten Lage der städtischen Bevölkerungsmasse würde sofort eine gewaltige Bewegung auf Steigerung der Löhne und Gehälter einsetzen mit der Wirkung gesteigerter Produktionskosten der schon so teuer arbeitenden Industrie und wegen der erhöhten Gehälter und gesteigerter Steuern. Das zu bekämpfende Übel, die Disparität der Industrie- und Agrarpreise, dauert also fort, ja wird voraussichtlich noch verschärft. (Rufe: Sehr richtig! Sehr wahr!)

Die zweite Möglichkeit ist, daß die Agrarzölle auf das Ausland mehr oder weniger vollständig abgewälzt werden. Das ist bei normalen Welternten der wahrscheinlichere Fall, weil der Weltmarkt relativ überfüllt ist. Dann nützen die Agrarzölle dem Landwirt so wenig, wie sie der Arbeiterschaft schaden. Agrarzölle gehen aber mit erhöhten Industriezöllen notwendig Hand in Hand, und die organisierte Industrie wird die Kraft haben, ihre Inlandspreise um den ungefähren Zollbetrag zu erhöhen. Dann haben wir wiederum eine Erweiterung der Preisschere. Der Zollschatz bringt also der Land-

wirtschaft unter den jetzt gegebenen Bedingungen keineswegs die erwartete Hilfe, vielmehr wahrscheinlich eine Verschlechterung ihrer Lage.

Ich kann mich also für agrarische Zölle nur im Sinne von Kampf- und Kompensationszöllen aussprechen. Wir müssen der Landwirtschaft auf andere Weise zu Hilfe kommen. Über die Notwendigkeit, unsere Kreditorganisation neu aufzubauen, verliere ich kein Wort. Das ist kein Spezifikum, die Umwandlung der Rentenbank in eine Agrarkreditbank eine ausgemachte Sache, trifft aber nicht ins Schwarze des Problems. Wollen wir wirklich helfen, müssen wir uns meines Erachtens zu dem Versuch entschließen, die Betriebsmittel zu verbilligen und namentlich das wichtigste von allen: den Stickstoffdünger. Bei richtiger Beratung der Landwirte können wir durch verstärkte Düngung, verbessertes Saatgut und verbollkommnete Bodenbearbeitung die Produktion unseres Landes in absehbarer Zeit verdoppeln. Es ist noch unendlich viel zu tun. Während des Krieges entschloß sich die Kriegsrohstoffabteilung, das Kupfer, das sie draußen sehr teuer einkaufen mußte, an die deutschen Munitionsfabriken billig abzugeben, in der Meinung, daß es für das Reich vorteilhafter sei, wenn ihm die Fertigfabrikate billiger geliefert, als wenn die Rohstoffe höher bezahlt und auf den verschiedenen Fabrikationsstadien mit zahlreichen Aufschlägen belastet würden. Ich meine, man sollte einmal ernstlich darüber nachdenken, ob es nicht möglich wäre, im Gesamtinteresse, nicht etwa in einem agrarischen Klasseninteresse, anstatt des Zollschutzes, den viele — selbstverständlich in bestem Glauben, aber irrtümlich — fordern, die planmäßige Verbilligung des wichtigsten landwirtschaftlichen Betriebsmittels und die Einbürgerung besserter Produktionsmethoden — sei es auch unter Aufwendung bedeutender öffentlicher Mittel — herbeizuführen. Werden die angedeuteten Gedanken verwirklicht, so dürfen wir nach Ansicht der führenden wissenschaftlichen und praktischen Landwirte hoffen, uns in der Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln unabhängig zu machen.

(Großer, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die außerordentlich instruktiven und eindrucksvollen Ausführungen des Herrn Referenten haben im Saale sichtbar tiefsten Eindruck gemacht, und wir hoffen, daß dieser Eindruck sich auch über den Saal hinaus fortsetzen wird. Ich glaube aber, daß bei diesem reichen Beifall auch

noch ein besonderer Unterton, ein besonderer Dank zu spüren war dafür, daß es für unseren Verein nur ein festes Programm gibt: das Ringen um Wahrheit und Klarheit. (Beifall.) Gestern schon hat Herr Werner Sombart durch seine Tat gezeigt, wie das gemeint ist, und heute in glänzendster Weise Herr Sering: Wir haben uns nicht zu kümmern um irgendwelche Interessenten. Es ist uns einerlei, ob die Freunde von gestern morgen unsere Feinde sind und uns Verräter schimpfen. Es kommt darauf an, daß wir den Mut zur Bekehrung haben, wie Herr Geh. Rat Sering, einer der Ältesten unter uns, gesagt hat. Ich glaube, ich darf mich zum Wortführer der jüngeren Generation machen, wenn ich ihm versichere, daß sein Bekennnermut allezeit für uns ein Vorbild sein wird. (Allgemeiner lebhafte Beifall.)

Wir haben gehört, wie ernst die ganze Situation ist, nicht bloß die wirtschaftliche Lage, sondern bei dieser Frage auch die politische Situation deshalb, weil es sich um ein Problem handelt, das zufällig dieselbe Etikette trägt wie das Problem von Anno dazumal. Die Gefahr ist nicht gering, daß unsere Politik, die so viel zu tun hat, glaubt, dieses Problem könnte mit den Requisiten von vormals gelöst werden. Es handelt sich aber jetzt um ganz andere Aufgaben.

Es ist beabsichtigt, daß zunächst noch zwei Theoretiker zum Wort kommen, die Herren Geh. Rat Eckert und Geh. Rat Harms, und daß dann Herr Reichsminister Gothein das Wort ergreifen wird.

(Zustimmung.)

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Chr. Eckert-Köln: Meine Damen und Herren! Geheimrat Sering hat, gestützt auf weitschichtiges, unter seiner Leitung von kenntnisreichen Mitarbeitern zusammengetragenes Material, die Notwendigkeit einer Neugestaltung des Schutzes der deutschen Landwirtschaft eindringlich dargelegt. Seine Bedenken gegen die einfache Wiedereinführung oder gar Erhöhung der früheren Agrazzölle sind einleuchtend. Nach ihm vermag ich über Industriezölle nur mit Vorbehalt zu sprechen.

Der Vorbehalt ist einmal subjektiver Art. Erst nach Eintreffen in Stuttgart habe ich gehört, daß während dieser Tagung eine handelspolitische Aussprache stattfinden solle. Erst hier erhielt ich vom verehrten Kollegen Sering die Anregung, in Ergänzung seiner Darlegungen mit besonderer Berücksichtigung der Industriefragen vor Ihnen zu sprechen. Der Vorbehalt ist zum Teil aber

auch objektiver Natur. Es fehlen für das Thema, das ich vor Ihnen behandeln soll, genaue Unterlagen, wie sie für die Beurteilung der industriellen Lage nicht weniger notwendig sind als für die Landwirtschaft, zumal die deutschen großgewerblichen Verhältnisse sehr ungleichartig sind, sich starke Ungleichmäßigkeiten in den einzelnen Branchen wie den verschiedenen Landesteilen ergeben. In der Sorge um die schwere Pflicht der Entschädigungszahlungen, im Mühen um den sozialen Ausgleich, über den Versuchen, der Zerrüttung unserer Währung Einhalt zu tun und deren Wiedergesundung in die Wege zu leiten, hat die deutsche Reichsregierung versäumt, die sachlichen Unterlagen vorzubereiten, auf denen eine Neuorientierung der künftigen deutschen Handelspolitik zu fußen vermöchte. Zum mindesten hat die Reichsregierung unterlassen, Materialien, die sie etwa besitzt, bekanntzugeben und sie der volkswirtschaftlichen Begutachtung weiter Kreise zu unterbreiten. Um so notwendiger wäre aber solche Aufklärungsarbeit gerade in unseren Tagen gewesen, weil die Fortführung der alten Aufzeichnungen und Aufnahmen über industrielle Produktion, über Einfuhr und Ausfuhr infolge der Verhältnisse, wie sie sich im besetzten Gebiet und an dessen Rändern seit fünf Jahren entwickelt haben, unter den Nachwirkungen des Zusammenbruchs, der Schwierigkeiten jeder Berechnung während der Inflationsperiode immer mehr in Unordnung geriet, immer ungenauer wurde.

Das Fehlen von Enquêtes, von wissenschaftlich geleiteten Umfragen und statistischen Feststellungen, wie sie in England seit hundert Jahren die Unterlage für die gesamte Wirtschaftspolitik gebildet haben, ist ein ernster Mangel. Denn nur konkrete, sorgsam durchgeführte Untersuchungen über die ganzen Produktions- und Handelsverhältnisse, über die nationalwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen, über die Bedingungen des internationalen Wettbewerbs würden ein Schlussurteil in den zum Entscheid stehenden Fragen heute schon erlauben, Einzelbeurteilung der Zollhöhe verschiedener Positionen gestatten. Wir dürfen hoffen, daß die Untersuchungen unseres Vereins über die Probleme der Handelspolitik unserer Tage unter Eulenburgs Führung versäumtes zum Teil nachholen werden. Es ist damit zu rechnen, daß nach Vorliegen dieser Arbeiten unser Urteil in einzelnen Fragen sich modifizieren wird.

Trotz dieser Vorbehalte habe ich die handelspolitische Aussprache auf der diesmaligen Tagung unseres Vereins begrüßt und glaube heute

schon zu den angeschnittenen Fragen Stellung nehmen zu dürfen. Die handelspolitischen Probleme gehören in der nächstabsehbaren Zeit zu den Grundfragen der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Währungsschutz, die Arbeitsbeschaffung, die Volkserhaltung, vor allem die Abtragung der drückenden Entschädigungspflichten wird nur auf Grund bestimmter handelspolitischer Voraussetzungen möglich sein. Bei deren Vorbereitung und Durchführung ist Gefahr im Verzuge. Wir müssen als Wissenschaftler darauf achten, daß die Aussprache über das in der deutschen Handelspolitik zunächst Nötige und Mögliche nicht ausarte in ein Gerede über mittelbare und unmittelbare Belastung des Volkes, über die Bedeutung direkter und indirekter Steuern, wir wollen unsererseits dazu beitragen, daß der lebenswichtige Entscheid über ökonomische Kernfragen nicht allein im parteipolitischen Hader ausgetragen, dem Geist wechselseitiger Zugeständnisse der Fraktionen untereinander überlassen wird.

Aus unserer allgemeinen Kenntnis der Volkswirtschaft, insbesondere der industriellen Verhältnisse Deutschlands heraus vermögen wir jetzt schon die wirtschaftspolitischen Leitgedanken für die Neuordnung der deutschen Handelspolitik aufzustellen. Die Beobachtung namentlich der rheinisch-westfälischen Industrie gestattet, neue Richtlinien zu ziehen, auf deutlich erkennbare Zielpunkte hinzuweisen.

Zu diesem Zweck müssen wir ausgehen von der derzeitigen Lage der deutschen Industrie. Sie ist, wie eben schon angedeutet, sehr verschieden geartet innerhalb einzelner Industriezweige, in den verschiedenen Gegenden Deutschlands, im besetzten wie unbesetzten Gebiet.

Die wiederholt geübten Sperren haben viele Chancen verschoben, Aussichten des normalen Geschäftsganges vermindert, neue Möglichkeiten geboten. Selbst eine volkswirtschaftlich so schädliche Einrichtung wie die innere deutsche Zolllinie, die zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet nach dem Ruhreinfall neu errichtet wurde, hat trotz der großen Schäden, die sie dem Volksganzen zugefügt, einzelnen Firmen im altkupierten und im neubesetzten Gebiet wie auch in dem von den Gegnern unberührten Deutschland erlaubt, aus der Errichtung der unnatürlichen Schranken für ihre Betriebe Vorteile zu ziehen. Die scheinbar großen Inflationsgewinne der letzten Jahre haben sich gewiß meistens verflüchtigt, als Trugbilder

erwiesen; aber immerhin ist es einer nicht unbeträchtlichen Reihe von Unternehmungen gelungen, einen Teil des Inflationsergebnisses in Bauten zur Vergrößerung ihrer Betriebe zu realisieren. Endlich ist nicht zu verkennen, daß in weitem Umfang technisch organisatorische Fortschritte im Krieg und vor allen Dingen im letzten Jahrzehnt seit dem Abschluß der Waffenkämpfe durchgeführt wurden. Wenn die Errungenschaften der naturwissenschaftlichen Technik schon vor dem Ausbruch des ersten wirklichen Weltkrieges einen Hauptantrieb für den Aufstieg der deutschen Industrie gegeben haben, so sind neben sie in den letzten Jahren schneller noch als in der Vorkriegszeit, in der unsere Industrie ohne ängstliche Sparsamkeit aus dem Vollen wirtschaften konnte, mehr und mehr betriebstechnische Fortschritte getreten, die im inneren Aufbau der Unternehmung, bei Gliederung der Arbeit, durch Ersparung und bessere Auswertung von Arbeitskräften, wofür die Betriebswirtschaftslehre Anhalte und Anregung gibt, erzielt worden sind. Die Rationalisierung des industriellen Betriebes hat wesentliche Fortschritte auch in Deutschland gemacht, ist in den einzelnen Branchen über die Anfangsstadien schon hinausgekommen. Große weitere Möglichkeiten werden ihr künftig noch vorbehalten bleiben.

Trotz dieser Lichtpunkte, die nicht verkannt werden sollen, ist im ganzen derzeit die Lage der deutschen Industrie außerordentlich bedenklich. Ob es richtig ist, ohne weiteres von einem „Produktionsversall“ zu reden, mag dahingestellt bleiben. Die Hemmungen, die Schwierigkeiten, mit denen fast jedes einzelne Unternehmen kämpft, sind aber unverkennbar.

Sie kommen aus den verschiedensten Ursachen. Die Kapitalverluste durch den Raubbau, der während der Kampfzeit mit allen Produktionsmitteln und Produktionskräften betrieben worden ist, die überschnelle Umstellung der einzelnen Firmen nach dem verlorenen Krieg, die körperliche und seelische Erschöpfung der Arbeiter infolge der Nahrungsknappheit, die schematische Durchführung sozialpolitischer Idealforderungen nach eingetretener Verarmung haben in wechselseitiger Ergänzung die Fortführung der Produktion geschädigt.

Dazu kommt, daß deren Grundlagen völlig verschoben worden sind. Die deutsche Produktion ist heute auf eine sehr viel schmalere Basis als ehedem gestellt. Der Rohstoffbezug ist anders als früher erschwert. Die Wegnahme wichtiger Gebiete der Kohlenförderung, der

Verlust der Eisenerzlager in Lothringen, fast aller Zinkgruben in Oberschlesien, die Liquidierung vieler überseeischer der Rohstofflieferung dienender Unternehmungen haben grundlegende Wandlungen nach sich gezogen.

Aber auch die industriellen Absatzmöglichkeiten sind, verglichen mit der früheren Zeit, ganz außerordentlich eingeengt. Der Verschleiß in der Heimat stockt infolge der geschwächten Kapitalkraft, der immer deutlicher werdenden Verarmung, wie dies nach Abschluß der Inflationsperiode offenkundlich in Erscheinung tritt. Die neue Rechnung mit Rentenmark zeigt vielen Käufern erst, wie außerordentlich bescheiden sie in der Abnahme von Gütern sein müssen.

Die Annahme, die Industrie hätte ihre Schutzzölle behalten und erhöht, lediglich die Getreidezölle seien seit Kriegsausbruch in Wegfall gekommen, ist nur bedingt berechtigt. Angeichts der verminderten Kaufkraft breiter Schichten hatte unsere Industrie auf dem heimischen Markt mit starker fremdländischer Konkurrenz zu kämpfen. Die Hochschutzzollwelle war an Deutschland vorübergegangen. Denn die industriellen Zölle haben zum guten Teil in der Nachkriegszeit nur auf dem Papier gestanden.

Zunächst ist nach dem Zusammenbruch die starke Einfuhr vom Westen gekommen, wo Zollgrenze und Zolllinie durch Revolution und nachrückenden Feind beseitigt worden waren. Das „Loch im Westen“ hat sich als recht gefährlich erwiesen. Vielfach handelte es sich nicht nur um Waren aus Belgien und Frankreich und durch sie hindurchströmende Artikel, die für den Augenblicksbedarf des wirtschaftlich ausgehungerten Gebiets bestimmt waren, sondern auch um Stapelgüter, die auf beträchtliche Zeit hinaus die Absatzbedingungen des heimischen Gewerbeslebens erschwerten. Dazu kam, daß mit wachsender Entwertung unseres Geldes die ehemaligen Goldzölle, in immer wertloser werdendem Papiergegeld gezahlt, sich verflüchtigten. Die Wiedereinführung der „Goldzölle“ erfolgte reichlich spät, und dann erfolgte ihre Anordnung ohne Fühlungnahme mit der interalliierten Kommission, die dies Versehen zum Anlaß nahm, ihre Wiederbeseitigung für eine beträchtliche Übergangszeit zu verlangen. Auch nachdem einzelne Zollpositionen wesentlich erhöht, das Goldzollprinzip allgemein durchgesetzt war, sind die Zollausschläge lange zu spät herausgekommen, sind sie in einem der Entwertung nicht entsprechenden Umfange erfolgt. Endlich gab das ganze System der Handelsgenehmigungen, die

Erlaubnis für Ein- und Ausfuhr, wie sie im besetzten Gebiet durch die Kontrollstelle in Ems gehandhabt wurde, manchen Anlaß, den Wettbewerb deutscher Industrie mit Waren fremder Herkunft zu erschweren.

Zu diesen Hemmnissen treten die Stockungen des Absatzes auf dem Weltmarkt. Hier hatten wir einmal mit dem Verlust aller wirtschaftlichen Außenposten zu rechnen, wie sie der Kampf uns geraubt, der Friede von Versailles uns endgültig genommen. Die ehemaligen Feindstaaten und Neutralen suchten die während des Waffenstreits begonnene Industrialisierung ihres Gebiets zu wahren. Dieser Schutz wurde ein Mittel der Abwehr gegen Überflutung mit deutschen Waren, die vor dem Kriege in den in Frage stehenden Gebieten als fast unentbehrlich gegolten hatten. Unsere Ausfuhr nach Fremdländern hat namentlich aber auch durch die differenzielle Behandlung gelitten, die deutschen Gütern zuteil wurde. In vielen Fällen hatten wir Sonderzölle zu zahlen, wie dies in Belgien, Luxemburg, Großbritannien, französischen Besitzungen geschah. Auch wurden deutsche Waren mit Zuschlagszöllen besetzt zur Abwehr des sogenannten Dumpings, das heißt der billigen Ausfuhr infolge niedriger Preise und Löhne, die die fortschreitende Inflation verschuldet, wie diese in Frankreich, Großbritannien, den Dominien des britischen Weltreichs und Spanien gegen uns angewandt wurden. Für letztergenanntes Land hat sie erst der jüngst geschlossene, noch nicht ratifizierte Handelsvertrag beseitigt. Wir haben gegen Verbote anzukämpfen, die unsere Waren in Belgien, Luxemburg, Großbritannien, Italien, aber auch beispielsweise in der Schweiz fernhalten. Wir hatten endlich besonders darunter zu leiden, daß uns die Meistbegünstigung in fast sämtlichen führenden Handelsstaaten vorenthalten wurde.

So ist es kein Wunder, daß unsere Gesamtausfuhr etwa nur die Hälfte des alten Exportwertes beträgt. Die deutschen Fabrik anlagen aber wurden zum guten Teil in den Vorkriegsjahren, der Zeit blühender Wirtschaftsentfaltung, in der Hoffnung auf weitere Besserung des Wirtschaftslebens ausgerüstet. Sie sind zum anderen Teil in der Inflationsperiode mit Hilfe der damaligen Scheingewinne noch weiter ausgedehnt und ergänzt worden. Es ist daher einleuchtend, daß die deutschen industriellen Anlagen heute vielfach zu groß, zu weitläufig erscheinen, daß sie nicht voll ausgenutzt werden können, demgemäß die Generalunkosten der Unternehmungen wachsen.

Unser Land weist so alle Anzeichen eines überbevölkerten Industriestaates auf. Diese Symptome haben sich seit dem 11. Jan. 1923, dem Tage des Ruhreinfalls, das heißt der über die Bestimmungen des Vertrages von Versailles hinausgreifenden Okkupation des wichtigsten deutschen Industriegebiets in Westfalen, wesentlich verschärft. Wer nicht im besetzten Gebiet lebt, kann sich schwer davon eine Vorstellung machen, was allein die Stilllegung der Eisenbahnen bedeutete, wie wenig der Betrieb der Straßenbahnen, der zu dem von den Besatzungsmächten gedrosselt wurde, anstatt der rostenden Eisenstraßen für den Güterverkehr zu leisten vermochte. Es kam schnell zur völligen Betriebseinstellung der meisten rheinisch-westfälischen Werke. Als im Spätherbst 1923 nach der Aufgabe des passiven Widerstandes die neue Ankurbelung der brachliegenden Industrieanlagen versucht wurde, haben die sogenannten Micumverträge solche Lasten den in Frage stehenden Unternehmungen aufgebürdet, daß die Ingangsetzung und Fortführung der Arbeit nur unter erheblichen Verlusten, unter Hingabe wesentlicher Teile der Kapitalsubstanz möglich gewesen ist.

Alle diese Schädigungen, Lasten und Schwierigkeiten lassen sich heute in ihrer Auswirkung nicht zahlenmäßig erfassen. Daß sie im ganzen recht beträchtlich sind, ist nicht zu leugnen, war für jeden, der die Verhältnisse überschaut, außer Zweifel. Auf weiten Kreisen der deutschen Industrie lastet heute ein Angstgefühl, die Sorge um die nächste Zukunft. Wie immer in Zeiten der Not, ist der Gedanke naheliegend, vom Staat Hilfe zu erlangen. Wie stets in Perioden des Niedergangs, lebt mancher der Hoffnung, solche Hilfe könne am leichtesten, schnellsten und sichersten durch Erhöhung der Zölle zum Schutze der heimischen Produktion gegen fremden Wettbewerb erreicht werden. Nach hohen Schutzzöllen rufen heute einzelne Gruppen, freilich meist noch verschämt und versteckt, die ihre Interessen für Allgemeininteressen nehmen, die ähnlich wie in der Inflationsperiode glauben, nun sei wieder ein Zeitpunkt gekommen, sich vollzuschöpfen. „Mäßige“ Erhöhung der Zölle und „lückenlose“ Durchgestaltung des Zolltarifs verlangen breitere Schichten. Deren Begehren birgt die Gefahr in sich, daß die mäßigen Zollerhöhungen durch wechselnde Zuständigkeiten der Parteien weiter gesteigert werden, wie dies bei früheren Zolltarifberatungen mehr als einmal in der Vergangenheit geschehen ist.

Die Frage für uns in Deutschland lautet heute: Wie weit ist es möglich, Hochzollpolitik zu treiben, und wie weit ist es richtig, das an sich Mögliche mit den verfügbaren Mitteln durchzuführen?

Die sachliche Beurteilung dieser Frage ist für unser Volk um so bedeutungsvoller, weil, wie Kollege Sering bereits überzeugend dargelegt hat, der Außenhandel im Gegensatz zu manchen Annahmen der Vorkriegszeit an Bedeutung steigt. Seine Regelung in einem uns günstigen Sinne ist wünschenswert und notwendig schon wegen des Verlustes unserer Gläubigerstellung gegenüber dem Auslande. Die Auflösung unserer Überseeunternehmungen während des Krieges, die Durchführung ihrer Liquidation, die Preisgabe unserer Berechtigungen im Auslande, die Wegnahme der Schiffe, der Kabel und des gesamten kolonialen Besitzes, wie sie der Friede von Versailles uns abnötigte, haben uns dem Auslande gegenüber in eine sehr viel schlechtere Lage gebracht, als wir ehedem gewesen sind. Dazu kommt, daß wir bei der verschmälerten Rohstoffgrundlage zur Erhaltung unserer Bevölkerung auf notwendige Einfuhren angewiesen sind, die wir nur in Warenausfuhr bezahlen können.

Endlich wird eine auch nur teilweise Abtragung der unerhörten und ungerechten Entschädigungslasten wesentlich von stetig gesteigerter Ausfuhr abhängig bleiben. Bei Betrachtung dieser Verhältnisse zeigt sich der offenkundige innere Widerspruch, an dem die Entschädigungsfragen des Friedensvertrags von Versailles franken. Wir sollen zahlen in einem bislang in der Kriegs- und Wirtschaftsgeschichte unerhörten Ausmaß. Wir können im wesentlichen nur zahlen durch Sachleistungen, das heißt durch Hingabe von Gebrauchsgütern, da wir weder über genügendes Gold noch über Goldbergwerke verfügen. Sobald wir aber unsere Waren dem Ausland in erhöhtem Umfange anbieten, wozu wir durch das Friedensdiktat gezwungen sind, macht sich Widerstand geltend. Dieses Widerstreben ist schon bei allen Versuchen zutage getreten, am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs sachlich mitzuwirken. Mochten wir anbieten, was immer wir wollten, Zement oder Holz, Fensterrahmen oder Möbel, stets regte sich erfolgreicher Widerstand französischer Lieferanten gegen die Überführung der in Frage stehenden Waren aus Deutschland.

Zudem haben wir aber auch in den letzten vergangenen Jahren
Schriften 170. — Verhandlungen 1924.

mit Gegenmaßnahmen zu rechnen gehabt, sobald wir in der Ausnutzung der für uns schädlichen Inflation, die bei niedriger Reallöhnnung gestattete, unsere Waren unter Weltmarktpreis dem Auslande zu offerieren, die stockende Ausfuhr neu zu beleben suchten.

So ist das Problem der Außenhandelsbeziehungen, das an sich schwer zu lösen ist, weil in ihm tatsächlich große echte oder vermeintliche Interessengegensätze der Nationen in Erscheinung treten, für uns heute von besonderer Tragweite geworden. Die Lösung der Gegensätze, wie sie in den Außenhandelsbeziehungen sich bemerkbar machen, ist wirtschaftlich nur möglich entweder auf dem Wege von Zollerhöhungen, durch Sperren, die schließlich zu Verboten, zum Zollkrieg führen, oder auf dem Wege nachgebenden Ausgleichs und der Angleichung der Interessen durch wechselseitige Zugeständnisse.

Die ehemaligen Feindstaaten haben seit der Waffenniederlegung im wesentlichen die erstgenannten Chancen ergriffen. Sie fühlten sich genötigt, ihre im Kriege künstlich hochgezüchteten Interessen durch gesteigerte Zölle zu schützen, wenn sie sie erhalten und entfalten wollten. Sie sind dabei nicht in allen Fällen erfolglos gewesen. Aber sie haben durch ihre Maßnahmen gewiß dazu beigetragen, die Konsumkraft des Weltmarktes zu verringern, die Arbeitslosigkeit in den führenden Staaten wesentlich zu erhöhen. Zu ihren Methoden waren sie nur dadurch befähigt, daß sie als mächtige, meerbeherrschende Staaten den Hochschutzoll als Waffe gebrauchen konnten, gegen die eine ernste Abwehr von wirtschaftlich schwächeren oder durch die Friedensverträge geknebelten Staaten nicht gut durchgeführt werden konnte. Hochschutzollpolitik ist allzeit Ausfluß der Machtpolitik großer, aufsteigender Staaten gewesen. Sperren können nur von ihnen erfolgreich durchgeführt werden.

Für uns Deutsche kommt innerhalb der derzeitigen Weltlage außenpolitisch ein ähnlicher Versuch nicht in Frage. Da wir über keine Flotte, über keine Wirtschaftsstellungen im Auslande mehr verfügen, da wir zur politischen und militärischen Ohnmacht durch Abrüstung verdammt sind, werden wir auch den wirtschaftlichen Kriegszustand, wie ihn erhöhte Zölle und Sperren leicht nach sich ziehen, vermeiden müssen.

Aber nicht nur außenpolitisch ist dieser Weg für uns ungängbar, auch volkswirtschaftlich kommt er nicht in Frage. Wir sind heute

mehr als jemals in der Vorkriegszeit entfernt von der Möglichkeit wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit. Nach dem Verlust wichtiger landwirtschaftlicher Überschussgebiete, unserer Erzgrundlagen, wesentlicher Kohlenbecken, nach Wegnahme aller überseelischen Stützpunkte und tropischen Kolonien ist volkswirtschaftliche Autarkie für uns völlig undenkbar. Solch unnützliche Politik müssen wir heute bewußt ablehnen.

Wesentliche Erhöhungen der Zollsätze erscheinen zudem im allgemeinen sozialen Interesse untragbar. Lassen sich gewichtige Bedenken gegen Wiedereinführung und Erhöhung der Getreide- und sonstiger landwirtschaftlicher Schutzölle anführen, so gelten solche ebenso hinsichtlich der Industriezölle. Diese trägt in vielen Fällen das Inland. Wenn auch die durch hohe Zölle geschützten Industriezweige, namentlich soweit sie in den Kartellen sich zusammenfassen lassen, und vielleicht deren Arbeiterschaft mit den erhöhten Zöllen sich einverstanden erklären könnten, so sind solche doch bei der sozialen Lage der Massen abzulehnen. Gewichtige Gründe stehen ihnen entgegen. Künstliche Versteuerung der Lebenshaltung, wie sie solche handelspolitischen Maßnahmen im Gefolge hatten, sind in der Gegenwart angesichts der noch immer wachsenden Not breiter Schichten besonders bedenklich.

Aber auch die Lückenlosigkeit des Zolltariffs, wie sie von manchen Seiten angestrebt wird, ist nicht zu erreichen. Der Tarif von 1879, der zum erstenmal das Schlagwort „Schutz der nationalen Arbeit“ verwirklichen sollte, hat wohl gerade dadurch am meisten versagt, daß er zuviel Branchen, zuviel Einzelzweige des Gewerbeslebens zu schützen und zu stützen trachtete. Schon in den achtziger Jahren hat sich gezeigt, daß unter dem Schutzoll von 1879 nur die Industriarten sich gut fortentwickelten, aus ihm im allgemeinen Interesse vertretbare Vorteile zogen, die in sich lebensfähig und produktionsfähig waren, und die den gewährten Schutz, namentlich wo sie in Verbänden sich zusammenschlossen, im Inlande völlig auswerten konnten. Selbst ein so warmherziger Verteidiger der damaligen Neuorientierung unserer Handelspolitik wie Gustav Schmoller hat dies früh erkannt und zum Ausdruck gebracht.

Wir können also nicht daran denken, Hochschutzolltürme zu errichten und eine lückenlose Zollmauer um den deutschen Markt zu ziehen, sondern müssen aus den Wirrnissen der wirtschaftlichen Nöte

unserer Zeit einen anderen Ausweg suchen. Ihn finden wir, wenn wir dem Gedanken des Schutzes der nationalen Arbeit, verfolgt mit den Mitteln der Zollpolitik, ausgebaut mit den Methoden einer Art von Neumerkantilismus, wieder bewußt zur Seite treten lassen die Erkenntnis vom Segen des weltwirtschaftlichen Güteraustauschs, wie ihn der große schottische Nationalökonom muster-gültig formuliert hat. Nach den Schrecken des Krieges, nach den Versuchen zur Absperrung, nach aller Art von Vergewaltigungen wächst die Einsicht in die Vorteile gegenseitiger wirtschaftlicher Annäherung. Die Einsicht steigt, daß jedes Land auf andere Gebiete angewiesen ist, daß wirtschaftlich keines gediehen kann, wenn große, benachbarte ökonomische Körper verkümmern.

Wir bleiben uns aber bei dieser Neueinstellung klar darüber, daß es nicht möglich ist, das erkannte Ideal von heute auf morgen zu verwirklichen, daß seiner Durchführung Schwierigkeiten mancherlei Art sich entgegenstellen. Wir müssen uns bewußt bleiben, daß wir dem Idealzustand freien Wirtschaftsaustauschs unter friedlichen Völkern noch fern sind, müssen aber immer wieder prüfen, inwieweit wir ihm näherkommen können. Die Frage, ob und inwiefern noch Schutzzölle nötig sind, ist nicht das Problem der Anwendung eines letzten, großen Prinzips, sondern eine Frage zeitweiser Zweckmäßigkeit, der Auswirkung einer bestimmten historischen Entwicklungsreihe.

Wir Deutsche sind besonders daran interessiert, daß solche Einsicht in der Welt wächst. Unser wohlverstandenes Interesse verlangt zunächst starke Verflechtung in die Weltwirtschaft. Wir müssen nach ungehindertem Austausch der Güter streben, müssen mit allen Mitteln versuchen, unseren darniederliegenden Export in zunächst großem Umfange wieder aufzubauen und noch weit über die Friedensleistungen hinaus zu steigern. Als über-völkerter Industriestaat müssen wir den Absluß der deutschen Waren auf den Weltmarkt fördern, wenn wir nicht immer mehr Menschen über die Grenzen abstoßen wollen.

Wir sind allzulange schon ferngehalten vom Weltmarkt. Zunächst wurde er uns durch die Kriegsblockade verschlossen. Als unseren Gegnern dann die Schlachtensiege ausblieben, wurde auf der Pariser Wirtschaftskonferenz ein ganzes System zu unserer Verdrängung vom Weltmarkt erdacht. Es sollte zunächst für die Kriegszeit und für die Nach-

kriegsjahre gelten, aber auch in späteren Perioden noch wirksam bleiben. Zu diesen verderblichen Maßnahmen unserer Feinde trat noch eine Art von Selbstblockade, wie wir sie in den Kampfjahren in Rück- sicht auf unsere Währung durchführten, die sich nach dem verlorenen Kriege dann doch nicht hat retten lassen. Das „Entschädigungs-dumping“, das von uns angeblich durchgeführt wurde, hat in den Antidumpinggesetzen seine Schranken gefunden.

Wie stehen unsere Chancen in Gegenwart und nächstabsehbarer Zukunft? Unleugbar ist die Hochschutzollbewegung in führenden Handelsstaaten sehr stark. Doch läßt sich bereits erkennen, daß deren Bäume nicht in den Himmel wachsen. In den letzten englischen Parlamentswahlen hat das wirtschaftlich wohl einsichtigste Volk, die Nation, die aus dem Gefühl ihrer Überlegenheit heraus im ganzen 19. Jahrhundert für freien Gütertausch eintreten konnte, die Einführung des Hochschutzolles deutlich abgelehnt. Britannien scheint eine grundlegende Wandlung seiner überwiegend freihändlerisch gerichteten Zoll- und Handelspolitik nicht durchzuführen.

Für uns Deutsche ist es heute ratsam, bewußt auf Englands Seite zu treten. Deutschland muß die Rolle spielen, die Preußen bei dem Zoll- und Handelsgesetz vom 26. Mai 1818 bekundet hat, das einst das liberalste Wirtschaftsgesetz seiner Zeit gewesen ist. Für die Neuordnung des Wirtschaftstausches innerhalb des zerstückelten Deutschland, aber auch als Bahnbrecherin neuer Ideale für den Weltmarkt ist dies Zollgesetz ungemein bedeutungsvoll gewesen.

Deutschland ist 1879 mit seinem damaligen Tarif an die Spitze der Bewegung zur neuen autonomen Handelspolitik, zum Ausbau eines zollpolitischen Schutzsystems für heimischen Agrar- und Gewerbe- sektor getreten.

Deutschland hat dann zu Beginn der 90er Jahre mithilfe der Schwenkung in die neue Ära der Handelsverträge übergeleitet.

Deutschland muß auch heute bei der Neuordnung der Welt für die Ideen und die Ideale des friedlichen Wirtschaftstausches eintreten, Pionier kommender Entwicklung werden. Wir haben, wenn wir unsere eigenen volkswirtschaftlichen Interessen richtig verstehen, jeden Grund, uns dafür einzusehen, daß die Autarkiebewegung der Welt abgeschwächt wird. Die schmale Basis unserer Produktion, die Er-

schwerung des Bezugs für Rohstoffe, die politische Ohnmacht zwingen uns dazu, aus der Not eine Tugend zu machen.

Wenn wir dieses Verlangen formulieren, so wollen wir damit nicht besagen, daß solche Stellungnahme bedeute, bei kommenden Verhandlungen passiv alles hinzunehmen, was die ehemaligen Kriegsfeinde, was die Wirtschaftskonkurrenten uns zu bieten suchen. Im Gegenteil: Gerade der bewußte Stellungswchsel verlangt für seine Durchführung eine gewandte aktive Politik.

Wir können und dürfen den Wettbewerbern auf den Märkten durch Beseitigung der Ein- und Ausfuhrverbote entgegenkommen, wie sie in Fortführung der Methoden der Kampfjahre erlassen wurden. Die Einfuhr drosselt sich, wie die letzten Monate gezeigt haben, bis zu einem gewissen Grad schon von selbst wegen der immer drückenderen Armut und Kapitalnot in weiten Schichten der Bevölkerung. Die Monate Juli und August 1924 dürfen bei der Beurteilung dieser Verhältnisse nicht übersehen werden. In der Inflationszeit, in dem ersten Halbjahr nach ihrer Beseitigung, ist die tatsächliche Wirtschaftslage vielfach noch verkannt worden. Jetzt erst mehrt sich die Einsicht, wie eng unsere Einfuhrmöglichkeit geworden ist. Die Beseitigung einzelner Einfuhrverbote bedingt möglicherweise leichte Zollerhöhung, um die Höhe der Verbrauchsabgaben gleicher oder ähnlichgearteter Waren der heimischen Produktion auszugleichen. Im allgemeinen wird aber die Beseitigung der Verbote von Wareneinfuhr und -ausfuhr ohne Änderung der Zollgesetze in die Wege geleitet werden können.

Verhandlungsinstrument ist derzeit unser Zolltarif von 1902. Er gibt eine brauchbare Unterlage für wechselseitige Zugeständnisse. Wir können in der Rüstung, die wir bereits haben, auf den Fechtplatz treten, brauchen nicht abzuwarten, bis deren Platten verstärkt sind. Wir dürfen nicht verkennen, daß bis zum Ausbruch des Krieges dieser autonome Tarif fast nirgends angewendet wurde, da wir fast allen führenden Handelsstaaten entweder infolge von Verträgen oder durch die Gewährung der Meistbegünstigung die erheblich niedrigeren Vertragssätze zugestanden hatten. Dazu kommt, daß für eine Reihe von Positionen die vergleichsweise hohen Sätze des früheren autonomen Tarifs in den letzten Jahren nicht unerheblich erhöht worden sind. Wenn, wie oben angedeutet, diese erhöhten Zollsätze auch

erst in der allerjüngsten Zeit nach der Stabilisierung der Währung wirksam in Kraft traten, so sind sie doch vergleichsweise von großer Bedeutung. Das geltende Zollgesetz gestattet, im Notfall die Waren fremder Staaten zu differenzieren, ist also schon ein Mittel von beträchtlicher Stärke.

Bei genügender Zeit kann erwogen werden, das Zolltariffschema zu verbessern. Es ist nicht zu verkennen, daß ein auf Gewichtszöllen fußender Tarif den Wirtschaftsinteressen seines Landes um so besser dient, je vollkommener seine Einzelspezialisierung durchgeführt ist. Aber die Regierung muß sich gegen das Verlangen wehren, die Zollsätze, wie von bestimmten Kreisen verlangt worden ist, übermäßig oder alle Positionen durchweg „mäßig“ zu erhöhen. Der Verband mitteldeutscher Industrieller hat in einer Kundgebung vom 23. September 1924 nach Zeitungsnachrichten gefordert, die meisten Zollsätze höher als bisher zu setzen, als eine Folge der erhöhten Frachten, der allgemeinen Unkosten, insbesondere in der Umsatzsteuer, deren Ausgleich für ausländische Waren am besten durch entsprechende Zollsätze erfolge. Ein solches Verlangen heißt das Pferd von hinten statt von vorn aufzäumen. Umgekehrt muß das Verlangen gestellt werden. Die Tarife müssen revidiert, die Umsatzsteuer vernünftig umgebaut werden, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu heben, wie anderseits technisch=organisatorische Fortschritte allein die gestiegenen Allgemeinkosten auszugleichen vermögen.

Wir müssen aber darüber hinaus bereit sein und in Verhandlungen uns bereit zeigen, die Zollsätze des geltenden autonomen Tarifs von ihrer derzeitigen Höhe abzubauen. Dies kann nicht durchweg, nicht schematisch, nicht für alle Artikel gleichmäßig geschehen. Vorsicht im Abbau scheint nötig, einmal bei arbeiterreichen Industrien, deren erschwerter Wettbewerb allzuviel Köpfe und Hände brotlos machen würde. Rücksicht ist zu nehmen für solche Gewerbezweige, die, in sich lebensfähig, für die Wohlstandsentwicklung des gesamten Volkes von besonderer Bedeutung sind. Ausnahmen bei der Herabsetzung sind also in ganz ähnlicher Art zu treffen, wie dies seinerzeit schon Adam Smith sehr viel klüger als mancher seiner dogmatischen Nachfolger gefordert hat.

Solche Verhandlungstaktik ist keine vollkommene Abkehr

von der seither befolgten Methode, sondern nur deren Mäßigung, deren Anpassung an die Zeitverhältnisse und die Bedürfnisse der Gegenwart.

Mit diesem Verhandlungswillen, aber zugleich mit Verhandlungsfestigkeit müssen wir danach streben, neue langfristige Handelsverträge mit Zollherabsetzungen, Bindungen und vor allem mit Gewährung gegenseitiger Meistbegünstigung zu erreichen. Die Langfristigkeit der Verträge ist für die Industrie von besonderer Bedeutung, da es für sie vielfach wichtiger ist, auf bestimmte Zeit hinaus kalkulieren zu können, als sie von einer kleinen Zollerhöhung wirklichen Vorteil hat. Die Stetigkeit der Wirtschaftsverhältnisse ist, gerade gemessen an der Unruhe der letzten vergangenen Jahre, für unser Großgewerbe ungemein wichtig. Bei den Zugeständnissen, die angeboten und gefordert werden, müssen wir namentlich darauf halten, daß wir künftig keine unterschiedliche Behandlung unserer Waren mehr zu gewähren haben. Vor allem ist für uns das Recht der Meistbegünstigung, das uns das Friedensdiktat von Versailles versagt hat, die wichtigste und unausweichliche Forderung künftiger Neuregelung geworden.

Bei diesen Verhandlungen liegt ein deutlicher Gefahrenpunkt. Es ist mit der ernsten Möglichkeit zu rechnen, daß man von uns wirtschaftliche Zugeständnisse gegen bestimmte politische Befreiungen verlangt, daß man dieses Verfahren insbesondere von französischer Seite anstrebt, nachdem die Siegerstaaten weit über den Versailler Vertrag hinaus uns geknebelt, vergewaltigt und gebunden haben. Im unbesetzten Gebiete wird vielfach verkannt, was die besetzten Rheinlande, was die neuokupierten Gebiete an der Ruhr getragen, geleistet, gelitten haben. Kein im freien Deutschland Wohnender kann sich eine richtige Vorstellung davon machen, welche psychische Belastung dadurch gegeben wird, daß die Rheinländer seit fünf Jahren, die Ruhrbewohner seit fast zwei Jahren genötigt sind, die siegreichen Soldaten im heimatlichen Gebiet, in der Geburtsstadt, in der eigenen Wohnung beherbergen zu müssen. Kein Draußenstehender, kein Unbeteiligter kann sich vorstellen, welche wirtschaftlichen Opfer immer und immer wieder unter dem Druck der Gegner gebracht werden müssen. Trotzdem herrscht bei einsichtigen Köpfen des Rheinlandes — ich spreche nicht nur als Gelehrter, sondern weiß, daß ich diese Ansicht mit maßgebenden In-

dustrieführern teile — kein Zweifel, daß lieber die uns auferlegte politische Last noch weiter getragen werden muß, als daß wir die Freigabe mit solchen wirtschaftlichen Opfern und Zugeständnissen erkaufen, die den dringend nötigen Wiederaufbau hemmen. Gerade die über das Traktat von Versailles hinaus uns auferlegten politischen Bedrückungen dürfen nicht bei der Abwägung wirtschaftlicher Interessen zu unseren Ungunsten die Sachlage ökonomisch verschieben. Auch gegenüber neuem Druck, gegenüber den Versuchen, wie die jüngste Festsetzung der französischen Einfuhrabgabe, dürfen wir nicht schwach werden. Deren Bedeutung wird vielfach überschätzt, da unsere Ausfuhr nach Frankreich geringer als dessen Einfuhr zu uns ist. Sie ist wohl von vorneherein für Frankreich nicht so sehr finanzpolitisch als handelspolitisch gedacht gewesen, auch wieder als Bedrückungsinstrument, um unsere Stellung bei den Wirtschaftsverhandlungen zu schwächen. Unter den wenigen Errungenschaften der Londoner Verhandlungen, nach Annahme des Dawesschen Gutachtens und des Transfersystems, steht voran die Scheidung der handelspolitischen von den allgemein politischen Problemen. Dabei muß es im Augenblick sein Bewenden haben. Die Lösung dieser für uns gerade in der jüngsten Zeit verhängnisvollen Verquickung darf nicht wieder aufgegeben werden.

So können wir in Abwandlung des alten Satzes: „Landgraf, werde hart!“ der deutschen Reichsregierung nur zutreffen: Reichsregierung, bleibe fest in den kommenden Verhandlungen, bleibe fest gegenüber Wünschen einzelner im Innern, die ihre Sonderinteressen gleichbedeutend dem Allgemeinwohl erachten, die ungehemmte Vollwünsche und nicht realisierbare Forderungen zum Ausdruck bringen. Regierung, bleibe aber auch fest nach außen hin und nütze die Lage, die sich zu unseren Gunsten jetzt ein wenig zu wandeln beginnt. Wir verlangen mit Recht immer wieder Revision des heuchlerischen, den Vorverhandlungen des Waffenstillstandes nicht entsprechenden, uns maßlos bedrückenden Friedensvertrages von Versailles, wie dies auch heute wieder in packender Weise durch Kollegen Sering geschehen ist. Aber es werden Jahre um Jahre vergehen, bis unserem Verlangen Genüge geleistet, bis Wesentliches in Abwandlung der festgelegten Forderungen erreicht wird. Daneben tritt eine andere, nicht minder wichtige Forderung des

Tages. Wir müssen die geringen Rechte nutzen und verteidigen, die uns der Vertrag von Versailles gelassen hat, oder die er uns nach Ablauf bestimmter Frist wiedergibt. Mit dem 10. Januar 1925 endet die seitherige handelspolitische Bindung, wird die Fessel der infamen einseitigen Meistbegünstigung gesprengt. Wir gewinnen in gewissem Umfange die wirtschaftliche Handlungsfreiheit wieder, wir dürfen uns keinesfalls von dieser verbesserten Lage durch unwürdigen, ungerechten politischen Druck abdrängen, über den Vertrag hinaus von neuem wirtschaftlich knebeln lassen, wenn die von uns bewußt erstrebte Annäherung an das Ziel weltwirtschaftlichen Ausgleichs erreicht werden soll. Daher ist mehr als jemals früher nötig, daß unsere Unterhändler füßen müssen auf gründlicher Einzelvorbereitung, daß sie bekunden ideenreiche Zielsicherheit und taktische Geschicklichkeit bei den Besprechungen und Verhandlungen. Deren Verbindung allein wird es ihnen möglich machen, mitzuhelfen, daß die wirtschaftlichen Nöte Deutschlands und der Welt zum Segen unseres Vaterlandes, zum Nutzen aller mählich sich wandeln lassen.

(Beispiel.)

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Harms-Kiel: Meine sehr geehrten Herren! Wenn es richtig ist, daß der deutsche Professor nicht ohne Vorbereitung reden kann, so muß ich um Nachsicht bitten. Erst heute vormittag bin ich aufgefordert worden, in unserer improvisierten handelspolitischen Aussprache das Wort zu nehmen. Kaum habe ich die Zeit gefunden, wenigstens einige Notizen zu Papier zu bringen.

Wir alle sind uns der Größe der Aufgabe, vor die in diesem Augenblick die hier versammelten deutschen Hochschullehrer der Wirtschaftswissenschaften gestellt sind, durchaus bewußt. Wir sind im Begriff, Geschichte zu machen. Woher nehmen wir als Gelehrte zu so hochgreifender Zielsezung das Recht? Ist plötzlich alles über Bord geworfen, was im Hinblick auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik bis gestern Gemeingut war? Keineswegs. Uner schüttert wurzelt in uns die Überzeugung, daß politische Zielsezung nicht das Ergebnis wissenschaftlicher Erkenntnis ist, sondern ihre letzten Ursachen im vielgestaltigen Leben hat, dessen Triebkräfte sich nach eigenen Gesetzen entwickeln und dem Willen zur Politik Gestalt und Richtung geben. Nicht minder aber wissen wir, daß Politik an sich, insbesondere Wirtschaftspolitik, mit der Wissenschaft eng verknüpft ist. Damit nie-

mand außerhalb dieses Saales uns mißverstehe, sei dieser Zusammenhang unter Beschränkung auf die Wirtschaftspolitik kurz und bündig gekennzeichnet.

1. Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne ist auf Wirtschaftsgestaltung gerichtete Zielsetzung. Voraussetzung für zweckmäßige Zielsetzung ist klares Erkennen der Dinge und Zustände, die beeinflußt werden sollen. Daß unsere Wissenschaft hier eine Aufgabe hat, steht außer Zweifel.

2. Die Wissenschaft kann nicht nur aufdecken, wie frühere wirtschaftspolitische Maßnahmen gewirkt haben, sondern ist innerhalb bestimmter Grenzen auch imstande, zu zeigen, wie geplante Maßnahmen mutmaßlich wirken werden.

3. Nicht minder nimmt die Wirtschaftswissenschaft für sich in Anspruch, daß sie die Wege zu weisen vermag, auf denen wirtschaftspolitische Zielsetzung -- aus welchen Gründen immer entstanden -- jeweils folgerichtig verwirklicht werden kann.

Im Laufe unserer Verhandlungen ist darüber geklagt worden, daß der Verein für Sozialpolitik als solcher keine Beschlüsse fäst. Die Grenzen, innerhalb deren dies überhaupt geschehen könnte, sind dabei von den Herren Praktikern einigermaßen verwischt worden. Nur im Zusammenhang mit den soeben dargelegten Problemstellungen wäre es grundsätzlich möglich. Doch selbst da ergeben sich innerhalb unseres Vereins Schwierigkeiten. Wir sind nicht ausschließlich ein Kreis von Gelehrten, sondern setzen uns bunt und mannigfaltig zusammen. Schon einmal in der Geschichte unseres Vereins hat es sich ereignet, daß die Vertreter der Wissenschaft von den Praktikern überstimmt wurden. Es war im Jahre 1879, als der Bismarcksche Zolltarif auf der Tagesordnung stand. Die Gegner des Freihandels waren dem Verein in so großer Zahl als Mitglieder beigetreten, daß sie die Mehrheit hatten. Damit sich derlei künftig nicht aufs neue ereigne, verzichtete der Verein auf Entschließungen überhaupt. An dieser Übung müssen wir unter allen Umständen festhalten. Anders aber steht es um die Frage, ob in entscheidenden wirtschaftspolitischen Angelegenheiten die berufenen Vertreter der Wirtschaftswissenschaft nicht zweckmäßig gehört würden, bevor die gesetzgebenden Körperschaften das letzte Wort reden. In zwei Lebensfragen der jüngsten deutschen Vergangenheit ist dies versäumt worden. Zuerst, als es sich um den Wiederaufbau der Währung handelte, dann aber, als das Sachverständigengutachten erstattet war.

Der letztere Fall ist im Sinne des Wortes unbegreiflich. Wirtschaftswissenschaftliche Gelehrte der ganzen Welt waren von der Reparationskommission zusammengerufen, um mittels wissenschaftlicher Methoden die Fähigkeit Deutschlands zu Reparationsleistungen festzustellen. Weder die deutsche Regierung noch der Deutsche Reichstag hat es für nötig gehalten, die deutsche Wirtschaftswissenschaft zu fragen, ob das Ergebnis wissenschaftlicher Forschung ausländischer Sachverständigen die Probe auf das Exempel bestünde. Anlaß dazu wäre um so mehr vorhanden gewesen, als selbst im Ausland an den Methoden der Sachverständigen scharfe Kritik geübt wurde. Hätte man die deutschen Sozialökonomiken gehört, so wäre das Rüstzeug der deutschen Unterhändler in London wohl noch besser gewesen, als es nach ihrer eigenen Meinung tatsächlich war; insbesondere würden sie in der Transferierungsfrage, in der sich die Politiker auf der Gegenseite mehr oder weniger inkompotent erklärten, die Überlegenheit gehabt haben. Wozu unterhalten die Länder des Reiches Hunderte von sozialökonomischen Professuren, wenn das Reich sogar in Lebensfragen, deren Lösung ausgesprochenermaßen mit Hilfe wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnis erreicht werden soll, so tut, als ob sie überhaupt nicht existierten, und sich auf die Wissenschaft des Auslandes beruft und verläßt!

(Lebhafte Zustimmung.)

Jetzt ist ein dritter Fall akut: die Neuregelung der deutschen Handelspolitik. Auch da ist die deutsche Wirtschaftswissenschaft von der Regierung bisher nicht aufgerufen worden. Wohl aber mehren sich in der Öffentlichkeit die Stimmen, die von dieser Warte ein Urteil hören wollen; ihnen geben wir statt und melden uns zugleich selbst zum Wort, weil Gewissensnot uns dazu zwingt. Auf dem Boden der von mir eingangs skizzierten grundsätzlichen Einstellung haben wir das Recht und den Anspruch darauf, in dieser für die Zukunft und das Schicksal Deutschlands entscheidenden Frage zur Mitarbeit berufen zu werden. Denn die Zielsetzung ist gegeben. Mehr als es jemals vorher der Fall war, ist es Aufgabe der künftigen deutschen Handelspolitik, das deutsche Wirtschaftsleben zum objektiven Maximum der Ergiebigkeit hinzuführen. Mit Bedacht wähle ich diese allgemeine Formulierung; denn höchstmögliche Gütererzeugung und Güterversorgung haben an sich mit wissenschaftlicher Erkenntnis nichts zu tun, sondern sind willkürliche Zielsetzung. Die klassische Sozialökonomik hat uns da rechte Irrwege gewiesen. Als ich einmal Indien bereiste und

Verkehr mit indischen Gelehrten pflegte, sagte mir einer dieser ebenso würdigen wie asketischen Herren: Die ganze westeuropäische, auf Adam Smith zurückgehende „Politische Ökonomie“ ist für uns unbrauchbar; denn ihr Ausgangspunkt, höchstmöglicher Wohlstand, steht mit unserer Grundauffassung, daß das Glück des Lebens in der Bedürfnislosigkeit liege, in unlösbarem Widerspruch. Das wahre Ziel, so sagte dieser Brahmane, ist die geistige Kultur, von deren Wesen er freilich seine eigene Vorstellung hatte. Ich antwortete, daß in Europa viertausendjährige Erfahrung den inneren Zusammenhang von Besitz und geistiger Kultur unzweideutig erhärte: etwa in dem Sinne, wie es gestern Franz Eulenburg ausgeführt hat. Von diesem Erlebnis führt zur deutschen Handelspolitik ein gerader und nur kurzer Weg. Die Geschehnisse des letzten Jahrzehntes haben das deutsche Volk in Armut gestürzt, die deutlich erst in den nächsten Jahren erkennbar werden wird. Die materiellen Mittel, die künftig der Pflege geistiger Kultur in Deutschland dargebracht werden können, werden erschreckend gering sein. Sie zu vermehren, ist das Gebot der Stunde. Der Weg führt über gesteigerte Ergiebigkeit unserer Wirtschaft, die an ihrem Teile zu bewirken die Handelspolitik sich zur Aufgabe setzen muß. Größere Ergiebigkeit unserer Wirtschaft ist aber auch aus anderen Gründen unabsehbar. Versailler Vertrag und Londoner Abkommen legen uns Lasten auf, die wir tragen und abtragen müssen, wenn wir als Volk und Nation wieder frei werden wollen. So sehr wir uns gegen die Schuldlüge wehren und sie in absehbarer Zeit zu entlarven hoffen — zahlen müssen wir trotzdem; es ist seit undenklichen Zeiten das Los der besiegt. Unter diesem Druck gilt es deshalb, das Letzte aus unserer Wirtschaft herauszuholen und sie in den Dienst der Wiedererrichtung unserer Freiheit zu stellen. Nicht das Mittel, aber ein Mittel zu diesem Zweck ist die Handelspolitik.

Die Fragestellung ist somit einfach und klar: Wie muß die deutsche Handelspolitik gestaltet werden, um die deutsche Wirtschaft als Ganzes so ergiebig zu machen, daß sie nicht nur dem deutschen Volk Leben und Dasein gewährleistet, sondern auch seiner geistigen Kultur die materiellen Voraussetzungen verbürgt und darüber hinaus die Tributleistungen aufzubringen vermag, die vor die Freiheit gestellt sind? So wird Handelspolitik Angelpunkt für Leben, Kultur und nationales Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Aus der Sphäre der Interessenten tritt sie heraus und wird Sache der ganzen Nation.

Die Nation aber, deutliche Anzeichen verkünden es, will und fordert, daß die Frage der in diesem Sinne besten und zweckmäßigsten Handelspolitik von allen geprüft werde, die dazu berufen sind. Als gemeinsames Werk aller Sachverständigen in deutschen Landen soll die Handelspolitik schickalageförmend werden. Wer willens ist, die Vertreter der deutschen Wirtschaftswissenschaft aus dieser Notgemeinschaft auszuschließen, der verkennt, was auf dem Spiel steht. Wir aber, meine Herren, wissen es und handeln danach. Zudem ist es ureigener Boden, auf dem wir pflügen.

Die Handelspolitik als Mittel zur Herbeiführung höchster Ertragbarkeit der deutschen Wirtschaft! Der ganzen deutschen Wirtschaft, betrachtet vom Standpunkt der Mission, die hartes Schicksal ihr auferlegt hat. Nicht darum kann es sich heute handeln, ob etwa gewisse Zweige der deutschen Volkswirtschaft aus an sich wichtigen Gründen durch die Handelspolitik besondere Pflege erfahren sollen. Die Problemstellung der Vorkriegszeit: Industrie- oder Agrarstaat, enthielt starke gefühlsmäßige Argumente, denen ich persönlich auch heute noch in früherem Ausmaße zugänglich bin. Wenn ich mich für berechtigt hielt, meiner inneren Einstellung zur Entwicklung der neu-deutschen Wirtschaft gemäß zu handeln, so würde ich Ihnen zurufen: Zurück zum Ackerbaustaat der Vergangenheit! Allerdings mit mehr ausgeglichener Besitzverteilung: Bauernhof an Bauernhof, durchsetzt mit großen Gütern in der Art etwa, wie es in Schleswig-Holstein und Hannover der Fall ist. Wir alle würden glücklicher sein, wenn in unserem Vaterlande die Industriezentren mit ihren bodenunständigen Menschen nicht emporgeblüht wären. Es ist nun einmal so und wird niemals anders werden, daß alle Gaben, die dem Menschen von der Natur mitgegeben sind, nur in eben dieser Natur zur vollen Entfaltung gelangen. Wer unmittelbarer Einwirkung durch die Natur enträt, verkümmert. Diese Erkenntnis war es, die mich früher einsagen ließ, daß der strahlendste Lichtpunkt im deutschen Sozial- und Wirtschaftsleben seine hochentwickelte Landwirtschaft sei.

Dennoch aber wäre es ein verhängnisvoller Irrtum und ließe der hier aufgestellten Zielsezung zuwider, wenn aus allem dem wirklich ein „Los von der Industrie und der Weltwirtschaft“ gefolgert würde. Vielfach geschieht es trotzdem, und ein unverkennbarer Zug ins Romantische läuft dabei unter. „Richten wir unser Leben volkswirtschaftlich ein, bescheiden, aber unzerstörbar.“ Soweit sich mit dieser Ziel-

sezung der Wille zur Steigerung aller landwirtschaftlichen Produktivkräfte verbindet, ist kein Wort darüber zu verlieren; denn die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung Deutschlands zu vermehren, und dem deutschen Boden abzugehn, was ihm abgewonnen werden kann, ist wie früher so auch künftig unabsehbare Aufgabe. Klar und deutlich aber muß es gesagt werden, daß die Forderung einer überwiegend agrarischen deutschen Volkswirtschaft, so sehr diese aus vielen Gründen das Ideal wäre, jeden Wirklichkeitssinn vermissen läßt. War schon in der Vorkriegszeit der überwiegende Agrarstaat ein entschwundener Traum, so wird er es in Zukunft erst recht sein. Überwiegender Industriestaat wird Deutschland in noch stärkerem Maße als in der Vorkriegszeit werden müssen, wenn es wieder vorwärts- und aufwärts schreiten will. Kriegsausgang und Versailler Vertrag bedingen es. Dem uns so bereiteten Schicksal müssen wir uns fügen und es zu meistern versuchen, wenngleich wir uns klar darüber sind, daß das Ideal einer Volkswirtschaft anders aussieht.

Höchste Energieigkeit der deutschen Wirtschaft in dem Sinne, daß ihre einzelnen Zweige dem aufgestellten Ziel bis zur äußersten Grenze zu dienen vermögen. Dies ist die Aufgabe, und die Handelspolitik ein Mittel, sie zu lösen. Auf die Frage, wie die Handelspolitik um dieser Zielsezung willen gestaltet werden muß, haben wir unbeirrt und ohne Vorurteil die Antwort zu suchen. Zwingend ergibt sich sofort, daß wir nicht einfach da wieder einsetzen dürfen, wo wir am Vorabend des Krieges aufgehört haben. Die Gefahr, daß es trotzdem geschieht, ist außerordentlich groß. Liest man zum Beispiel die Begründung des „Entwurfs eines Gesetzes über Zölle und Umsatzsteuer“, der im Juli dieses Jahres dem Reichstag vorgelegt worden ist, so könnte man zu der Auffassung kommen, daß der Verfasser seit 1914 geschlafen (Zustimmung.)

hat. Oder lesen Sie jene Zeitungsartikel, die diese Vorlage verteidigen: dieselben Argumente, die uns aus den handelspolitischen Debatten der Vorkriegszeit bekannt sind. Nichts, aber auch nichts hinzugelernt. Ich möchte meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß der Verein für Sozialpolitik zwei Kommissionen eingesetzt hat, deren eine handelspolitische Untersuchungen anstellen soll, während die andere den Veränderungen in den agrarischen und industriellen Produktionsgrundlagen sowohl in Deutschland als auch in der Weltwirtschaft ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden hat. Wir müssen auf der

ganzen Linie umlernen und, wenn es sein muß, allen früher erworbenen Auffassungen mutig entsagen. Herrn Kollegen Adolf Weber fühlen wir uns verbunden für die schönen Worte, die er vorhin unserem Senior Max Sering widmete, der uns Jüngeren ein Beispiel dafür gegeben hat, daß der Gelehrte eine Meinung in dem Augenblick preisgeben muß, wo ihre Beibehaltung neugewonnener wissenschaftlicher Erkenntnis widerspricht. Unter diesem Zeichen stehen wir alle und fragen nicht danach, ob Interessierte und Beteiligte uns Inkonssequenz vorwerfen, ob sie uns schelten oder preisen. Ich selbst bin vor dem Kriege aus wissenschaftlicher Überzeugung für Agrarzölle eingetreten, weil ich in ihnen ein Mittel sah, die deutsche Landwirtschaft gegenüber ausländischer Konkurrenz — dies war damals das Problem — lebensfähig zu erhalten.

Damit sind wir bei dem entscheidenden Punkt angelangt, bei der Frage nach der Lebensfähigkeit der deutschen Landwirtschaft, deren Erhaltung und Weiterentwicklung vom Standpunkt unserer Zielsezung so selbstverständlich ist, daß darüber kein Wort verloren zu werden braucht. Zur Erörterung steht allein, ob um der Erhaltung der Landwirtschaft willen die Handelspolitik die Wege des agrarischen Schutzolles von neuem beschreiten muß. Die Verteidiger der Getreidezölle behaupten es und sehen die Lage der deutschen Landwirtschaft genau so an, wie sie im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts angesehen werden mußte. Wie lagen die Dinge damals? In den siebziger Jahren begann überseeisches und osteuropäisches Getreide, das mit niedrigen Produktionskosten erzeugt war, den deutschen Markt zu überschwemmen. In diesem Augenblick schwankten die agrarischen Freihändler — auch ein Beispiel dafür, daß man den Mut haben muß, seine Auffassung zu ändern! — geschlossen ins Schutzollager über. Unter der Devise: „Der Schutz von Eisen und Roggen ist gleich unentbehrlich für das Wohl des Vaterlandes“, betrieben sie die „nationale Handelspolitik“, die dann von Bismarck zum Siege geführt wurde. Unter den damaligen Sozialökonomien hat eigentlich nur Gustav Schmoller den Umschwung von vornherein mitgemacht; später aber stand ihm die Mehrzahl der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Gelehrten zur Seite und bekannte sich zu dem Standpunkt, daß die Landwirtschaft ohne Zölle nicht lebensfähig sei. Welches war für diese Auffassung der tiefere Grund? Ohne Zweifel lag er darin, daß klar erkannt wurde, es handle sich bei der osteuropäischen und der

überseeischen Getreidekonkurrenz nicht um eine vorübergehende Erscheinung, sondern um den Anfang einer Entwicklung, die für Jahrzehnte, vielleicht sogar für Generationen, die deutsche Landwirtschaft vor einen Kampf auf Leben und Tod stellen würde. An scharfen Gegnern der agrarischen Schutzzollpolitik hat es freilich unter den deutschen Gelehrten auch damals nicht gefehlt, wobei keineswegs bloß an die grundsätzlichen Freihändler gedacht zu werden braucht. Conrad zum Beispiel forderte, daß die Landwirtschaft den Anschluß an die Weltwirtschaft vollziehe; denn, so sagte er, ist der Weg der Agrarzölle einmal beschritten, so gibt es kein Zurück. Den Anschluß der deutschen Landwirtschaft an die Weltwirtschaft wollte er um deswillen, weil nach seiner Meinung die durch Deutschlands Bevölkerungsvermehrung bedingte Industrialisierung vom Standpunkt der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt keine über die Weltmarktpreise hinausgehenden Agrarpreise vertrage. Warum, so fragen wir, ist dieser doch gewiß logische Gesichtspunkt nicht auch von denen angenommen worden, die den Dingen durchaus objektiv und uninteressiert gegenüberstanden? Aus dem einfachen Grunde, weil damals die unvermittelte Eingliederung der deutschen Landwirtschaft in die Weltwirtschaft mit schweren Erschütterungen nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für das ganze deutsche Wirtschaftsleben verbunden gewesen wäre. Von Bedeutung war dabei die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft. Schnell stürzende Agrarpreise hätten die Preise des landwirtschaftlichen Besitzes mit sich gerissen und vermutlich auf der ganzen Linie die letzten Hypotheken wertlos gemacht. Allgemeine Zwangsversteigerungen wären unvermeidlich gewesen. Immense privatwirtschaftliche Verluste hätten sich volkswirtschaftlich verhängnisvoll ausgewirkt. Das soziale Gefüge wäre in Unordnung geraten. Hierfür die Verantwortung zu übernehmen, trug die große Mehrheit der Urteilssfähigen berechtigte Bedenken, die in dem Maße wuchsen, als die Erhöhung der Zölle Fortschritte mache.

Ist nun, so lautet die entscheidende Frage, die heutige Lage der damaligen gleich? Wer sich den klaren Blick für wirtschaftliche Zusammenhänge bewahrt hat, wird dies mit Bestimmtheit verneinen müssen. Unschwer könnte ich für diese Behauptung den Einzelbeweis antreten, doch beschränke ich mich, meiner Aufgabe gemäß, auf die grundsätzliche Liniensführung. Vornehmlich um zwei Gesichtspunkte handelt es sich.

1. Die Periode, in der der überseeische und der osteuropäische Getreidebau dem westeuropäischen, insbesondere dem deutschen, überlegen waren, ist vorbei. Es widerspricht durchaus den Tatsachen, wenn in den Kundgebungen für erneute Getreidezölle das alte Argument der „niedrigen Produktionskosten aus jungfräulichem Boden“ wieder geltend gemacht wird. Weder für die Vereinigten Staaten und Kanada noch für Argentinien oder Australien trifft es zu. In den Vereinigten Staaten von Amerika habe ich im Sommer des Jahres 1923 eingehende Studien gemacht, deren Ergebnis zwingend dahin ging, daß von preissinkender Tendenz nicht mehr gesprochen werden kann, sondern daß die Preise steigen müssen, wenn die nordamerikanische Landwirtschaft lebensfähig bleiben soll. Nicht viel anders steht es in den übrigen getreidebauenden Gebieten der Weltwirtschaft. Ebenso falsch ist die Behauptung, daß sich erneut eine „gewaltige Verschiebung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage zugunsten des Angebots“ geltend mache. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß wir — weltwirtschaftlich betrachtet — einer Zeit des knappen Ausgleichs von Produktion und Konsumtion entgegengehen. Nur wenn Europa völlig verarmte und seine Konsumkraft dauernd unter dem Existenzminimum verharren würde, müßte das Gegenteil angenommen werden. Gerade dies zu verhindern aber ist die große Aufgabe der europäischen Handelspolitik. Dazu kommt, daß die jetzigen niedrigen Seefrachten auf die Dauer unhaltbar sind und infolgedessen wieder steigen werden, wodurch die Konkurrenzfähigkeit des Getreidebaues der westeuropäischen Länder auf dem heimischen Markt weiter gestärkt werden wird. Im übertragenen Sinne gilt das Gesagte auch für die Viehzucht. Die allgemeinen Entwicklungstendenzen gehen hier durchaus mit der europäischen Landwirtschaft. Die deutsche Viehzucht insbesondere hat kaum etwas zu fürchten, wenn die wichtigste Voraussetzung ihrer Konkurrenzfähigkeit sichergestellt wird: die Beschaffungsmöglichkeit von Futtermitteln zu Weltmarktpreisen. Was dann noch übrigbleibt, sind vornehmlich Betriebsprobleme, die nach Maßgabe des heutigen Standes der Betriebslehre gelöst werden können. Hinzu kommen die inneren wirtschaftspolitischen Aufgaben, von denen noch zu reden sein wird. Nicht in vollem Umfange gilt das Gesagte für den Anbau von Hackfrüchten und Gemüsepflanzen, von Obst, Wein, Tabak und etlichen anderen Kulturen. Teils ist hier vom deutschen Standpunkt mit dauernder (natürlicher) Überlegenheit des Auslandes

zu rechnen, teils kann die Überlegenheit erst in längerer Zeit ausgleichen werden. Soweit letzteres der Fall ist, können durch vorübergehende Erschwerung der ausländischen Konkurrenz Tempo und Intensität dieser Entwicklung positiv beeinflußt werden.

Im ganzen ergibt sich somit im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft gegenüber ausländischer Konkurrenz ein völlig anderes Bild als in der Vorkriegszeit. Nach menschlichem Ermeessen sind in Zukunft auf dem Weltmarkt Angebotsverhältnisse und Preisbildungen zu erwarten, bei denen auch die deutsche Landwirtschaft bestehen kann. Selbstverständlich wird es wie auf allen Märkten auch auf dem Weltgetreidemarkt der Zukunft an Preischwankungen nicht fehlen. Dagegen ist einstweilen kein Kraut gewachsen, und Zölle vermögen es gleichfalls nicht zu verhindern. Daß es jedoch auch nur zu annähernd so großen Preissschwankungen wieder kommen könnte wie in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, ist unwahrscheinlich.

2. Die künftige agrarische Handelspolitik ist jozusagen nicht vorbelastet. Weder handelt es sich um den Abbau vorhandener Zölle, der möglicherweise zur rückläufigen Rentenbildung führen könnte, noch hat die Landwirtschaft nennenswerte Realschulden, auf die Rücksicht genommen werden müßte. Die Bodenpreise sind in gewissem Sinne in der Neuorientierung begriffen. Wenn überhaupt, so ist jetzt der Augenblick gekommen, wo die deutsche Landwirtschaft den Anschluß an die Weltwirtschaft vollziehen kann. Es ist der historische Augenblick, der nach menschlichem Ermeessen nicht wiederkehrt, wenn er verpaßt wird. Käme es jetzt zu neuen Getreidezöllen, so wäre für absehbare Zeit die Wegrichtung gegeben; ihre spätere Abschaffung oder Herabsetzung würde je länger, desto mehr zu volkswirtschaftlichen Erschütterungen führen. Auf den ersten Schritt kommt es an -- und eben deshalb die große Verantwortung, vor die heute die deutsche Handelspolitik gestellt ist.

Die Freunde der Agrarzölle pflegen geltend zu machen, daß die „heutigen“ Preise für die deutsche Landwirtschaft untragbar seien und deshalb unbekümmert um jede möglicherweise eintretende Entwicklungstendenz sofort erhöht werden müßten. Zölle seien das einzige Mittel, dies herbeizuführen. Die Alternative laute: Zölle und Lebensfähigkeit oder Zollfreiheit und Untergang. Mit Verlaub, das ist nichts als demagogische Zuspizung, die das „Heute“ in den vergangenen

Sommer zurückverlegt und daraus unter Außerachtlassung der inzwischen erfolgten Entwicklung Folgerungen für die Gegenwart ableitet. Herr Kollege Sering hat bereits von den allgemeinen und besonderen Ursachen der Agrarkrisis in Deutschland gesprochen. Ich will diesem Gedanken schlagwortartig die Prägung geben: Die plötzliche Krise der deutschen Landwirtschaft in der Nachinflationszeit ist vornehmlich herbeigeführt worden durch ihre künstliche Abschließung von der Weltwirtschaft. Wir müssen uns klar darüber sein, daß die Getreidezollforderung im letzten Sommer entstand, als die deutschen Preise unter den Weltmarktpreisen lagen! Um was handelte es sich damals? Der plötzliche Übergang zur fiktiven Goldwährung traf die Landwirtschaft besonders schwer. Die Rentenmark wurde eingeführt in einer Jahreszeit, in der die Landwirtschaft erfahrungsgemäß mit hohen Unkosten zu rechnen hat. Barreserven waren infolge der Zerstörung aller Werte durch die Devaluation nicht vorhanden, ein Teil der Ernte war sogar schon in Papiermark verkauft. Zudem mußten plötzlich große Steuerbeträge in Goldmark aufgebracht werden. Die Rentenmarkkredite langten für den so entstandenen Bedarf nicht annähernd aus. Die Folge war, daß die Landwirte Bieh und Getreide in weit größerem als dem normalen Ausmaße auf den Markt bringen mußten. Die Preise gingen lediglich infolge dieser plötzlichen Verschiebung im Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Inlandsmarkt rapid bis unter die Vorkriegspreise zurück, und die Disproportion zwischen den Preisen gewerblicher und landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurde ständig größer. Die „Schere“ öffnete sich in Deutschland weiter als in irgendeinem anderen Lande der Welt, mit Ausnahme von Russland. Es handelte sich somit um „nationale Preisbildung“ im wahrsten Sinne des Wortes. Logische Verirrung war es, daß gegen diese Preise Zölle gefordert wurden, die doch nur Sinn haben, wenn ausländisches Getreide billiger angeboten wird als inländisches und es zur Deckung des Gesamtbedarfs unentbehrlich ist. Einfachste nationalökonomische ABC-Weisheit hätte alsbald nach Einführung der Rentenmark das deutsche Ausfuhrverbot für landwirtschaftliche Erzeugnisse aufheben müssen. Als es später dazu kam, waren die Folgen des Schwabenstreiks der Aufrechterhaltung des Ausfuhrverbotes schon verheerend gewesen. Daß Sorge um die Ernährung des deutschen Volkes diese Politik nicht zu rechtfertigen vermochte, war von vornherein klar, denn genügend Vorräte standen

dem Lande zur Verfügung. Außerdem hätte später, bis zur nächsten Ernte, Getreide zu Weltmarktpreisen in beliebigen Mengen hereingenommen werden können. Es war die Einstellung der Kriegswirtschaft, die zu dieser unverständlichen Politik hingeführt hatte. Weine und Seide glaubte man hereinlassen und bezahlen zu können; im Hinblick auf Getreide aber kannte man keinen Weltmarkt, sondern meinte, auf „Versorgung durch die Inlandsernte“ bedacht sein zu müssen. Der Himmel verzeihe den Bureaucraten diesen Mangel an volkswirtschaftlicher Einsicht — von den Landwirten kann man es nicht verlangen. Verschärft wurde die Lage der Landwirtschaft durch Kreditnot, die im Augenblick der Marktstabilisierung auf Goldbasis gleichfalls vorauszusehen war und innerhalb gewisser Grenzen, die freilich viel zu eng gezogen waren, ja auch vorausgesehen worden ist. Diese Kreditnot war entsetzlich — und ist es heute noch; sie macht den Unwillen der Landwirte begreiflich. Aber auch sie ist ein „nationales“ Moment und hat mit überseeischer Konkurrenz nichts zu tun.

Aller Irreführung der öffentlichen Meinung zum Trotz sei mit wünschenswerter Deutlichkeit in die Gehirne der Zeitgenossen eingehämmert: die Krise der deutschen Landwirte im letzten Sommer hatte mit dem Zollproblem überhaupt nichts zu tun. sondern war auf besondere Ursachen zurückzuführen, als deren vornehmste der mangelnde Anschluß an die Weltwirtschaft zu bezeichnen ist. In dem Augenblick, als dieser Anschluß durch Aufhebung der Ausfuhrverbote herbeigeführt war, gingen die niedrigen Inlandspreise sofort in die Höhe und sicherten auch der deutschen Landwirtschaft die Rentabilität, soweit sie durch Preise bedingt ist. Die Wirkung wäre noch größer gewesen, wenn die agrarischen Einfuhrverbote konsequent und allgemein, statt begrenzt und „im Einzelfall“ aufgehoben worden wären. Die weiteren, die Rentabilität der Landwirtschaft beeinträchtigenden Ursachen, die noch heute wirksam sind, lagen und liegen gleichfalls auf dem Gebiete der inneren Wirtschaftspolitik: Geld- und Kreditwesen, rigorose Steuereinziehung, wirtschaftsfeindliche Umsatzsteuer, hohe Frachttarife, Düngerkalamität und dergleichen. In Verbindung mit dem Nationalisierungsproblem sind hier die eigentlichen Aufgaben gegenüber der deutschen Landwirtschaft zu suchen, von denen die Aufmerksamkeit durch irreführende Hervorhebung falscher Zusammenhänge nur abgelenkt wird.

Nicht selten hört man, wie schon angedeutet, das folgende Argu-

ment: alles zugegeben, trotzdem aber ist in Zukunft eine Handelspolitik gerechtfertigt und erwünscht, die sich der Landwirtschaft im besonderen annimmt und ihr innerhalb der Gesamtwirtschaft eine Vorzugsstellung einräumt. Die Landwirtschaft, so sagt man, sei Kern und Rückgrat von Staat und Gesellschaft. Wenn sie auch zur Not mit Weltmarktpreisen auszukommen vermöchte, so ergäben durch Zölle bewirkte höhere Preise doch weiteren Spielraum, der der Landwirtschaft um ihrer Mission willen zu gönnen sei. Diese Argumentation ist, erneut sei es betont, leider abwegig. Zur Begründung verweise ich auf das schon Gesagte. Zielsetzung ist höchstmögliche Ertragbarkeit der gesamten Wirtschaft Deutschlands, deren Schwerpunkt unter dem besonderen Gesichtswinkel der durch verlorenen Krieg, Versailles und Londoner Pakt geschaffenen Lage in der Industrie liegt, die Ausfuhrwerte schaffen muß. Diese deutsche Industrie aber kann durch künstliche Maßnahmen herbeigeführte, den Weltmarktpreis übersteigende Sonderpreise für agrarische Erzeugnisse, die sich notgedrungen in höhere Löhne umsetzen und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigen, nicht ertragen. Sogar wenn die Industrie selbst der Meinung wäre, daß sie es könnte, sagen ihr die deutschen Sozialökonomiken in aller Bescheidenheit, daß sie es auf die Dauer nicht kann. Industrieller Export ist die Lösung der Zukunft. Nahrungsmittelpreise, die über die Weltmarktpreise hinausgehen, nehmen dieser Lösung die Aktivität. Ein verarmtes Volk kann sich die aufopfernde Pflege eines einzelnen Wirtschaftszweiges, und sei er noch so bedeutsam, nicht leisten. Unerbittliche Konsequenz aus unserer Gesamtlage führt, leider, zu der Forderung, daß auch die Landwirtschaft sich auf das mit der Vorkriegszeit nicht vergleichbare Existenzminimum einrichte. Es ist unser aller Schicksal!

Natürlich „bewilligt“ die Industrie der Landwirtschaft die Zölle nicht nur um ihrer schönen Augen willen. Es ist die alte Solidaritätsidee, die sich da kundgibt, die Parole vom gleichmäßigen Schutz von Roggen und Eisen. Die am Inlandsmarkt Interessierten tun sich zusammen. Mit bester Absicht selbstverständlich. Man meint, es gelte auch heute für Deutschland in alter Formulierung die Theorie von der Ausbildung des nationalen Marktes mit hohen Preisen und entsprechender Kaufkraft. Theorien sind um ihrer Anwendung willen da. Voraussetzung für erfolgreiche Anwendung ist klares Erfassen der Zustände, die beeinflußt werden sollen. Angesichts der heutigen Lage Deutschlands gilt die

Theorie vom nationalen Markt (wiederum: leider) nur bedingt und modifiziert; denn die deutsche Wirtschaft ist verarmt und muß trotzdem schwere Lasten tragen. Der Inlandskonsum hat sich für absehbare Zeit im Rahmen des absolut Notwendigen zu halten, eine Lage, die sich von derjenigen in der Vorkriegszeit durchaus unterscheidet. Deutschland ist gezwungen, aus Exportüberschüssen Gewinne zu erzielen, um aus diesen sowohl seine Verpflichtungen zu erfüllen als auch erneute Kapitalbildung herbeizuführen. Die folgerichtige Anwendung der Theorie von der Ausbildung des nationalen Marktes führt unter gegebenen Verhältnissen somit unmittelbar in die Weltwirtschaft und zum Willen zur wachsenden Ausfuhrquote. Auf diese Zwangslage hat sich nicht nur die deutsche Industrie einzustellen, sondern ihr muß sich auch die deutsche Landwirtschaft einfügen. Für letztere steht es fest, daß sie in bezug auf ihre hauptsächlichsten Produktionsgebiete auch ohne Zölle keiner in der Natur der Dinge liegenden überlegenen ausländischen Konkurrenz ausgesetzt ist, am allerwenigsten auf dem Gebiete des Getreidebaus. Zu erhöhter Produktivität und erhöhter Rentabilität sollen ihr andere Mittel verhelfen, die ich schon angedeutet habe.

Wie aber steht es mit der Industrie? Die Logik der Dinge erfordert von vornherein die folgende grundsätzliche Feststellung: Sind landwirtschaftliche Zölle unmöglich, so kann nicht etwa als Rest des ehemaligen Solidaritätssystems der Industriezoll übrigbleiben. Es ist in Deutschland auf die Dauer kein Zustand denkbar, der für agrarische Produkte Zollfreiheit aufweist, zugleich aber der Industrie hohe Zölle beläßt oder gar neue gewährt. Daß die Landwirtschaft für ihre Produkte Weltmarktpreise erhält und für Industrierzeugnisse, deren sie bedarf, durch Zölle erhöhte „nationale Preise“ zahlt, ist volkswirtschaftlich ein Unding, denn es hieße die „Schere“ verewigigen und das Fundament der Volkswirtschaft unterminieren. Entweder grundsätzlich Zollfreiheit für beide oder grundsätzlich das Solidaritätssystem. Ein Drittes gibt es nicht. Grundsätzlich! Daß im einzelnen Abweichungen auf beiden Seiten möglich sind, wird noch zu erörtern sein.

So spitzt sich die Frage dahin zu: Kann die Industrie ohne Zollerhöhung bestehen und sogar den Zollabbau vertragen? Im einzelnen sind die Voraussetzungen für ein abschließendes Urteil hierüber heute noch nicht restlos gegeben. Die Verhältnisse in den verschiedenen Industriezweigen bedürfen zuvor gründlicher Untersuchung. Es steht zu

erwarten, daß der Schwerpunkt der Enquête des Vereins für Sozialpolitik gerade in der industriellen Handelspolitik gesucht wird, denn diese ist in gewissem Sinne der Angelpunkt des ganzen Problems. So klar wir in der Agrarpolitik seien, so undurchsichtig sind heute noch manche der bestimmenden Einzelheiten für die industrielle Handelspolitik. Ihre grundsätzliche Richtung aber ist unschwer zu ermitteln. Auf dem Hintergrunde umfassender Untersuchungen, die ich selbst angestellt habe, wage ich die These, daß die Erhöhung der bestehenden Industriezölle im ganzen ohne volkswirtschaftliche Bedenken abgelehnt werden kann, ja daß sich die generelle Zollerhöhung aus volkswirtschaftlichen Gründen geradezu verbietet. Die Unsicherheit des Urteils besteht — von geringen Ausnahmen abgesehen — allein im Hinblick auf die Frage, ob die Industriezölle den Abbau vertragen, und unter welchen Umständen und in welchem Umfange und Tempo er gegebenenfalls durchgeführt werden kann. Daß die noch in großer Zahl bestehenden industriellen Einführverbote, die zum Teil Monopolverhältnisse auf dem Inlandsmarkt herbeigeführt haben, und ebenso die inzwischen in erstaunlichem Umfange erfolgte diktatorische Erhöhung der Industriezölle das Problem nicht vereinfachen, braucht nur angedeutet zu werden.

Die Begründung der hier aufgestellten These ist zunächst wieder grundsätzlich und fügt sich dem bisherigen Grundgedanken logisch ein, wobei vor Wiederholung des schon Gesagten nicht zurückgeschreckt werden darf. Ausgangspunkt ist abermals der Zwang zum Export, der folgerichtig dazu führt, daß der Inlandsmarkt nicht — wie in normalen Zeiten — als das eigentliche Absatzgebiet angesehen werden darf. Erfolgreicher Export aber hat Wettbewerbsfähigkeit zur Voraussetzung. Diese ist mit bedingt durch niedrige Preise der Volksnahrungsmittel, die auf die Höhe der industriellen Produktionspreise von bestimmendem Einfluß sind. Um niedrige Nahrungsmittelpreise zu gewährleisten, ist, von anderem abgesehen, Zollfreiheit für agrarische Erzeugnisse erforderlich, soweit sie Volksnahrungsmittel sind. Diesen Zustand kann die Landwirtschaft nur dann ertragen, wenn sie ihrerseits industrielle Erzeugnisse gleichfalls zu Weltmarktpreisen erhält. Dies wiederum ist nur möglich, wenn die Industrie handelspolitisch dasteht wie sie selbst, d. h. ohne Zollschutz. Es ist ein in sich geschlossener Kreis. Die Quadratur des Zirkels aber entsteht, wenn die Industrie eine handelspolitische Sonderstellung erhält. Somit kann

über die Richtung, die grundsätzlich einzuschlagen ist, überhaupt kein Zweifel bestehen, und eine Erhöhung der Industriezölle scheidet von vornherein aus, denn sie würde diese Richtung sofort und grundsätzlich verlassen; auch da kommt es auf den ersten Schritt an. Die vorläufige Beibehaltung der jetzigen Industriezölle (wobei nicht etwa an die zur „Verhinderung der Zuguseinfuhr“ statuierten hohen Säze gedacht ist) und ihr nur allmählicher Abbau hingegen widersprächen dem aufgestellten Grundsatz an sich nicht, denn sie trügen aus praktischen Erwägungen den nun einmal geschaffenen Verhältnissen Rechnung, ohne daß das eigentliche Ziel aus dem Auge verloren würde.

In bezug auf diese letzte Äußerung erinnere ich an meine Ausführungen über den Unterschied, der sich ergibt, je nachdem, ob es sich um die Neueinführung von Zöllen oder um deren Abschaffung handelt. Wie in der Vorkriegszeit eine plötzliche Abschaffung der Agrarzölle ohne schwere Erschütterungen der Landwirtschaft nicht möglich gewesen wäre, so bestehen heute die gleichen Bedenken gegenüber der plötzlichen Abschaffung der einmal vorhandenen Industriezölle. Es ist die alte Geschichte. Das Zollfänklein ist leicht an die Stange gebracht, aber nur schwer wieder heruntergeholt. Es gilt deshalb, unter sorgfältiger Abwägung der jeweiligen Verhältnisse in den einzelnen Industriezweigen die Zölle planmäßig und allmählich abzubauen. Zunächst genügt es, wenn auf jegliche Erhöhung der Industriezölle grundsätzlich verzichtet wird. Daß damit praktisch eine Gefahr für die Lebensfähigkeit der Industrie verbunden wäre, ist nach meiner Kenntnis der Dinge nicht zu befürchten. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß erhöhter Zollschatz die Industrie im ganzen weniger wettbewerbs- und exportfähig machen würde. Die Gründe kann ich hier nur andeuten. „Industriezoll“ heißt im Sinne derjenigen, die ihn vertreten: lückenloser Zollschatz vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat, vom Roheisen bis zur Uhrfeder. Der deutsche Export aber liegt und soll liegen in der Sphäre der Fertigindustrie, deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt in dem Maße erschwert wird, als ihr Zölle die Erzeugnisse der Vorindustrien verteuern. Beginnt, um ein Beispiel zu nennen, der Zoll beim Roheisen und pflanzt sich von Stufe zu Stufe mit progressiver Wirkung fort, so steht schließlich der Fertigfabrikant vor Erzeugungskosten, die ihn im Auslande konkurrenzunfähig und ihm auf dem (für absehbare Zeit nur beschränkt kaufkräftigen) Inlandsmarkt gleichfalls den zur vollen Ausnutzung seiner Anlagen erforder-

lichen Absatz unmöglich machen. Daß auf diesem Hintergrunde außerdem Kartell und Dumping erscheinen, sei nebenbei erwähnt.

Dazu kommt ein weiterer, vielleicht noch wichtigerer Gesichtspunkt. Die deutsche Industrie ist heute nicht mehr in dem Maße ein technischer und kaufmännischer Präzisionsmechanismus wie in der Vorkriegszeit. Selbstverständlich gibt es überall glänzende Ausnahmen. Im ganzen aber mangelt es der Industrie an jener Nationalisierung, die als die konsequente Fortführung des Zustandes der Vorkriegszeit durch einen Zeitraum von zehn Jahren angesprochen werden könnte. Die Not der Kriegs- und der Nachkriegszeit hat die Kontinuität des Fortschritts unterbrochen. Darin liegt keineswegs jenes Maß von subjektiver Schuld, das vielfach geltend gemacht wird. Die Verhältnisse haben es notgedrungen so weit kommen lassen. Der schnelle Wiederaufbau des industriellen Betriebes und seine rationelle Führung in der Nachkriegszeit sind nicht nur durch Revolution und Inflation behindert worden, sondern fast noch mehr durch jene Fülle von Experimenten, die auf den Gebieten der Steuer- und Fabrikverfassungspolitik hereinbrach. Sei dem aber, wie ihm möge, so viel ist sicher: soll die Industrie ihrer großen Aufgabe, vor die sie das Schicksal gestellt hat, gewachsen sein, so muß sie mit neuem Leben erfüllt werden. Leben aber ist Kampf. Dieser Kampf führt im vorliegenden Falle in die freie Sphäre der Weltwirtschaft, an die die Industrie aktiv und passiv den Anschluß suchen muß. Geradeheraus gesprochen: soweit sie sich weigert, es zu tun, oder glaubt, es nicht tun zu können, muß sie durch das Mittel der Handelspolitik dazu gezwungen werden. Erhöhte Zölle führen nicht in die Weltwirtschaft und in die Sphäre des freien Wettbewerbs, in der das Äußerste aus den Betrieben herausgeholt wird, sondern verleiten zum Stillstand und lähmen die Energie, auch jene Energie, die nötig ist, die industriellen Unternehmungen den Kampf gegen die gekennzeichnete Experimentierpolitik mit Erfolg führen zu lassen. Auch mit Rücksicht auf die Psyche des Arbeiters ist das Aufsichtsgestellthein der Industrie von grundsätzlicher Bedeutung. Es gibt in diesem Augenblick kein anderes Mittel, sich zu behaupten und die Lebenshaltung zu steigern (ein Ziel, das der Arbeiter begreiflicherweise zunächst ins Auge faßt), als die Eingliederung in den Rationalisierungsprozeß, die höchste Arbeitsintensität unerlässlich macht. Der Gesichtspunkt der Wechselwirkung von Arbeitsaufwand und Arbeitsertrag, auf den es künftig für jeden Angehörigen eines Unternehmens

mehr ankommt als in irgendeiner früheren Zeit, setzt sich in der frischen Luft des freien Wettbewerbs am besten durch. Nicht unerwähnt darf in diesem Zusammenhang bleiben, daß das Nationalisierungsproblem in der Industrie zugleich ein Kapital- und Kreditproblem ist. Die Dinge liegen im Grunde nicht anders als in der Landwirtschaft. Im übertragenen Sinne gilt deshalb das über diese Gesagte auch hier: konsequente innere industriefördernde Wirtschaftspolitik ist weit aus wichtiger als das plumpen Mittel der Zollerhöhung.

Industrielle Zollerhöhungen würden aber auch aus anderem Grunde von folgenschwerer Wirkung sein. Was ich meine, wird sofort deutlich werden. Seit dem Kriege haben auf dem industriellen Produktionsgebiet in der Weltwirtschaft gewaltige Veränderungen stattgefunden. In einem Vortrage anlässlich der Hamburgischen Überseewoche habe ich sie eingehend geschildert. Um Gedrucktes nicht wiederholen zu müssen, verweise ich auf diese Darlegungen und beschränke mich hier auf die Hervorhebung einiger Gesichtspunkte. Herr Kollege Sering hat in seinem glänzenden Vortrag von der Vermehrung industrieller Produktivkraft gesprochen und hierfür anschauliches Zahlenmaterial beigebracht. Fast noch wichtiger sind die internationalen Verschiebungen und Umgruppierungen der Industriestandorte. In den kriegsführenden Ländern sind die Industrien neu entstanden, deren Erzeugnisse im Interesse nationaler Unabhängigkeit auch künftig im Lände hergestellt werden sollen. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um die sogenannten Schlüsselindustrien, deren Begriff allerdings weiter gefaßt wurde, als es bis dahin üblich war. Hingewiesen sei auf die Farbenindustrie, die Glasindustrie, die optische Industrie, die Herstellung von Drogen, Chemikalien und wissenschaftlichen Instrumenten in England, in den Vereinigten Staaten von Amerika und auch in anderen Ländern. In den neutralen Staaten wirkte der Krieg vielfach als Hochschutz, ja als Prohibitzoll. Das Warenangebot aus den hochentwickelten Industrieländern blieb aus, weil diese mit Deckung des Kriegsbedarfes vollauf beschäftigt waren. Es bildeten sich ähnliche Zustände heraus, wie sie während der Kontinentalsperre im festländischen Europa bestanden hatten. Angeichts der nahezu ausgeschalteten Konkurrenz setzte eine industrielle Entwicklung ein, die unter normalen internationalen Austauschbeziehungen nicht möglich gewesen wäre. Dies gilt sowohl für die neutralen Länder Europas als auch für überseeische Gebiete. Die

japanische Textilindustrie zum Beispiel vermehrte die Zahl ihrer Spindeln in der Kriegszeit um etwa 150 %; ganz anders noch ist das Wachstumsverhältnis auf den Gebieten der Herstellung von Seide, Papier, Glas und Porzellan. China hat geradezu eine Revolution der industriellen Entwicklung erlebt. Die dort seit Jahrzehnten vergeblich erstreute kapitalistische Textilindustrie ist heute vollendete Tatsache. Ähnlich in Indien und in den Ländern Südamerikas.

In der internationalen Umgruppierung der Industriestandorte ist eine deutliche Tendenz erkennbar: das Wandern der Industrie in die Rohstoffgebiete. Es war zwar auch vor dem Kriege schon so, doch ist die Entwicklung durch den Krieg beschleunigt worden. In Indien haben Zute-, Baumwoll-, Eisen- und Stahlindustrie auf volkswirtschaftlicher Rohstoffbasis erstaunliche Fortschritte gemacht. Das gleiche gilt für die Leder- und Schuhwarenindustrie und die Lebensmittelindustrien, in gewissem Umfange sogar für die Eisen- und Stahlindustrie in Südafrika, für die Wollspinnerei, Zement-, Glas- und Papierindustrie, Drahtfabrikation und die Erzverhüttung in Australien, für die Eisenindustrie in Schweden und Spanien, die Papier- und Holzmassenfabrikation in Finnland und Kanada. Unschwer ließen sich die Beispiele häufen.

Was ist die Folge von alledem? Gewiß: die neuen Industrieländer sind an sich nicht so leistungsfähig wie die alten; aber gerade daraus erwächst jene „nationale Wirtschaftspolitik“, durch die die Lebensfähigkeit trotz mangelnder Konkurrenzfähigkeit erhalten werden soll. Was liegt näher, als daß sich die alten Industrieländer gleichfalls zu schützen suchen, indem sie sich voneinander absperren und solcherweise für verringertere Weltmarktgelegenheit auf dem Inlandsmarkt Entschädigung suchen. So stehen wir inmitten einer Ära der „nationalen Wirtschaftspolitik“, die beinahe schon als Merkantilismus bezeichnet werden kann. Die Waffen in dem sich ständig mehr zusätzenden Kampf sind sehr ungleich verteilt. Die schwächste Position haben diejenigen Länder, deren heimischer Markt keinen Erfolg für Einbuße auf dem Weltmarkt darbietet. Hierzu gehört aus den dargelegten Gründen in erster Linie Deutschland, das auf den Export seiner Industrieerzeugnisse angewiesen ist wie in keiner Zeit vorher, und das auf dem Inlandsmarkt tatsächlich keine Proportion zwischen Angebot und Nachfrage herbeiführen kann, ohne in die Gefahr großer Arbeitslosigkeit zu geraten. Das Wort von den 20 Millionen

Menschen, die zuviel da sind, beleuchtet diese Situation schlagwortartig! Wohlfahrt, Kultur und Freiheit stehen in Deutschland mit zunehmender oder abnehmender Ausfuhrquote in unmittelbarer Wechselwirkung. Daraus ergibt sich mit eiserner Konsequenz, daß Deutschland grundsätzlich für die Freiheit des Weltverkehrs eintreten muß. Ich sehe geradezu eine Schicksalsfügung darin, daß ihm die Lage seiner Landwirtschaft dies gestattet. Hüten wir uns deshalb, diese günstige Gelegenheit unwiederbringlich dahinzugeben!

Naturgemäß heißt Freiheit des Weltverkehrs auch Öffnen der eigenen Türen. In bezug hierauf begegnet man sonderbaren Widersprüchen. „Selbstverständlich“ gehört zum Wesen der „nationalen Wirtschaftspolitik“ die Förderung der Ausfuhr. Immer wieder kann man es hören. Auch im Deutschland der jüngsten Vergangenheit wird gerade von den Wirtschaftspolitikern, die den „inneren Markt“ der eigenen Industrie vorbehalten wissen wollen, die Pflege des Exports inbrünstig gefordert. Das ist Widersinn, denn Export heißt Import. Eine Regierung, die es fertigbrächte, in anderen Ländern der eigenen Industrie die Tore zu öffnen und das eigene Land fremden Industrien zu verschließen, müßte erst noch erfunden werden. Nur der Versailler Vertrag hat dies für den Zeitraum von fünf Jahren fertiggebracht --- und hierdurch den Wiederaufbau der Weltwirtschaft verhindert. Da nun Deutschland darauf angewiesen ist, fremde Länder für seine Industriegerügnisse aufnahmewillig zu machen, weil es für Deutschland die Alternative Auslandsmarkt oder Inlandsmarkt nicht gibt, muß es das eigene Land in gleichem Ausmaße öffnen. Freie Konkurrenz im Ausland und im Inland --- ein anderes gibt es nicht.

Außs neue fragen wir: Kann die deutsche Industrie diesen Konkurrenzkampf aushalten? Sie muß es, denn sie steht vor dem kategorischen Imperativ. Es rechtfertigt sich aber die Auffassung, daß sie es auch kann. Es gibt keine Industrie in der Welt, die als Ganzes der deutschen Industrie gegenüber absolute natürliche Vorzüge hätte. Im einzelnen gewiß. In der Fertigungswirtschaft aber am wenigsten. Die deutsche Industrie kann in ihrer vorbildlichen Verbindung von Wissenschaft und Technik an sich jeder Konkurrenz die Stirn bieten. Es kommt nur darauf an, um es nochmals zu betonen, daß sie in der Nationalisierung ihrer Betriebe dort fortfährt, wo sie vor dem Kriege aufgehört hat, daß sie selbst den Willen dazu bekundet, daß aber auch die innere

Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik ihr dies nicht unnötig erschwert. Überdies wird die Konkurrenzfähigkeit der Fertigindustrie in dem Tempo und Ausmaße wachsen, in dem die Zölle in der Rohstoff- und Halbzeugosphäre abgebaut werden. Gleichmäßige Erhöhung aller Industriezölle würde die Wettbewerbsfähigkeit der Fertigindustrie überhaupt nicht steigern, denn im günstigsten Falle erzielte sie auf diese Weise Kompensation für erhöhte Rohstoffpreise. Im günstigsten Falle! Denn erfahrungsgemäß vollzieht sich dieser Ausgleichsprozeß um so reibungsvoller, je mehr er in die Endfabrikation überleitet.

Somit wiederhole ich: Die industrielle Zollerhöhung ist abzulehnen. Auch durch die Hintertür der „Angleichung an die veränderten Preise“ darf sie höchstens im Ausnahmefall hereinkommen. Ein Fehler aber wäre andererseits die plötzliche Aufhebung der vorhandenen Industriezölle. Sie ist allgemein im Augenblick auch nicht absolut erforderlich, weil sich die Wirtschaft auf das Bestehende eingerichtet hat und die Landwirtschaft innerhalb dieser Belastungsgrenzen durch Mittel der Wirtschafts- und Steuerpolitik Kompensation erhalten kann. Dazu kommt, daß in allen Getreide exportierenden Ländern gleichfalls Industriezölle bestehen und so in der die Wettbewerbsfähigkeit bestimmenden Belastung durch höhere Produktionsmittelpreise ein gewisser Ausgleich herbeigeführt wird. Dieser letztere Umstand darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß für Deutschland der planmäßige, allmähliche Abbau der Industriezölle grundsätzlich erforderlich ist und die gleiche Bedeutung hat wie die Richterhöhung. Leitender Gesichtspunkt wird dabei sein müssen, daß jene Industriezweige am meisten der Förderung und am längsten des handelspolitischen Schutzes bedürfen, die im Verhältnis zur erzeugten Produktmenge die meiste Arbeitskraft konsumieren. Solange hier „erzogen“ werden kann, ist im Sinne Friedrich Lüts die Beibehaltung des Zolles gerechtfertigt, aber auch nicht einen Augenblick länger. Den Zeitpunkt richtig zu ermitteln und, sofern er gekommen ist, mit eiserner Energie, auch gegen die Interessenten, rechtzeitig die Konsequenzen zu ziehen, ist eine wichtige Aufgabe der künftigen deutschen Handelspolitik.

Daß in der Rohstoff- und Halbfabrikationssphäre vom deutschen Standpunkt, wie er im Laufe meiner Rede geschildert wurde, an sich jeder Zoll bedenklich ist, bedarf keiner Begründung, soll aber dennoch ausdrücklich betont werden. Soweit hier Zölle vorhanden sind, müssen sie an die Spitze des Abbauprogramms gestellt werden. Insbesondere

gilt dies für die Roheisenzölle. Daß die Eisen- und Stahlindustrie mit gewissem Recht eine „Notlage“ geltend machen kann, soll nicht bestritten werden. Sie beruht auf der Disproportion zwischen Kapazität und Absatzmöglichkeit. Erhöhte Zölle oder auch nur die Beibehaltung der jetzigen Zölle würden das Übel nicht beseitigen, sondern es nur chronisch gestalten und außerdem unheilvolle Wirkung auf das Ganze der Volkswirtschaft üben. Die Dinge liegen so: die unter weltwirtschaftlichem Gesichtswinkel festzustellende Vermehrung der Produktivkraft in der Eisen- und Stahlindustrie ist auf den Krieg zurückzuführen. Vornehmlich aus Stahl und Eisen wird das Kriegsgerät hergestellt. Ungeheure, jede vorherige Berechnung übersteigende Mengen von Kriegsmaterial mannigfacher Art hat der Krieg verschlungen; sozusagen alle Werkstätten der Erde waren mit der Herstellung beschäftigt. Da an Absatz niemals Mangel war, lohnte es sich nicht nur, bisherige Anlagen zu erweitern, sondern auch neue ins Leben zu rufen. Die harmonische Fortbildung der Produktivkräfte in den einzelnen Ländern ist hierdurch gestört worden. Die Eisen- und Stahlindustrie wuchs unverhältnismäßig stark, entwickelte sich vom Standpunkt der einzelnen Volkswirtschaften sowohl als auch von demjenigen der Weltwirtschaft hypertrophisch. Als der Krieg beendet war, mußte sich die Stahl- und Eisenindustrie schneller, als sie es erwartet hatte, auf den Friedensbetrieb umstellen. Zunächst machte dies keine Schwierigkeiten, weil während des Krieges die private Nachfrage unbefriedigt geblieben war, so daß sich ein starker Warenhunger bemerkbar machte. Aber schon im Jahre 1920 trat der Rückschlag ein. Die Preise, die nach beendigtem Kriege stark in die Höhe gegangen waren, fielen in jähem Sturz, die Auftragsbestände nahmen rapid ab. Der im Kriege geschaffene Produktionsrahmen geriet in schreiendes Missverhältnis zur Nachfrage.

Unter dieser Disproportion leidet die Eisenindustrie der Welt, leidet insbesondere die europäische Eisen- und Stahlindustrie noch heute. Es wird Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte dauern, bis die Proportion wiederhergestellt ist. Herbeigeführt wird sie von zwei Seiten. Einerseits wird die Nachfrage mit Fortentwicklung der übrigen Produktion allmählich wachsen, andererseits wird die Eisen- und Stahlindustrie zur Produktions einschränkung greifen. Es liegt in der Natur der Dinge, daß letzteres in Europa international geschieht. Willensansätze dazu kann der aufmerksame Beobachter unschwer fest-

stellen. An sich ist hiergegen nichts zu sagen, sofern es auf dem Wege der Selbsthilfe geschieht und nicht zugleich die staatliche Macht für diesen Zweck in Anspruch genommen wird. Das aber geschähe, wenn erhöhte Zölle Verbands- und Kartellsbildung erleichterten. Zweifellos würde es in den beteiligten Ländern zum Wettlauf um die Höhe des Zolles kommen und gegenseitiges Dumping in bisher nicht bekanntem Umfange mit allen unliebsamen Nebenerscheinungen die unausbleibliche Folge sein. Die Inlandspreise aber, hinter sicheren Zollmauern verbandsmäßig bestimmt, würden genau um die Höhe des Zolles gesteigert werden, und es bestünde keine Aussicht, sie durch Konkurrenz heruntergedrückt zu sehen. England würde dieser Situation gegenüber schließlich nichts anderes tun können, als seine Eisen- und Stahlindustrie gleichfalls durch Zölle zu schützen. Die notwendige Folge wäre Erhöhung der industriellen Schutzzölle auf der ganzen Linie in allen Ländern. Denn wo es Eisenzölle gibt, da folgen andere Industriezölle mit logischer Konsequenz. Auch Agrarzölle sind dann unerlässlich. Die Eisenzölle stehen somit im Mittelpunkt des ganzen Problems. Das gesamte in meiner Rede aufgebaute System bricht in dem Augenblick zusammen, wo es zur Erhöhung der Eisenzölle kommt. Ja sein Gefüge erfordert es, daß auch die Beseitigung der bestehenden Eisenzölle mit Beschleunigung erfolgt. Bis zum Punkt über dem „i“ gilt heute der Satz: „Die Zollfreiheit von Roggen und Eisen ist gleichbedeutend mit dem Wohl des Vaterlandes.“ Keine Resolution der Landwirte oder der Eisen- und Stahlindustriellen vermag daran etwas zu ändern.

Die Lage ist für Deutschland insofern günstig, als Verzicht auf Eisenzölle oder wenigstens zunächst deren Ermäßigung Kompensationszwecken dienen kann und in weiterer Folge die Bahn frei macht für folgerichtiges Handeln überhaupt. Frankreich strebt bekanntlich die Verlängerung der zollfreien lothringischen Einfuhrkontingente über die im Versailler Vertrag festgesetzte Frist an. Müßte dem deutscherseits in irgendeiner Form stattgegeben werden, so wären die Folgewirkungen von viel größerer Tragweite, als wenn auf die Eisenzölle verzichtet würde, zumal auch die elsässische Textilindustrie das gleiche fordert. Das deutsche zollpolitische System mit dem Ziel allgemeiner Anerkennung der Meistbegünstigung würde durchlöchert und der Abschluß von Verträgen mit anderen Ländern über die Maßen erschwert werden. Das Augenmerk muß deshalb auf Kompensation gerichtet sein, die in

der Zollosphäre liegt. Auf dem Hintergrunde der Bereitwilligkeit, seine eigenen Eisenzölle zu opfern oder zunächst wenigstens zu ermäßigen, muß Deutschland sowohl die Beseitigung jener Einfuhrkontingente als auch der Eisenzölle in Frankreich und den anderen Ländern anstreben. Wenn dies mit Erfolg geschiehe, würde eine der vornehmsten Bedingungen für freiheitlichere Gestaltung des Weltverkehrs erfüllt und auch in England den Protektionisten die schärfste Waffe aus der Hand geschlagen sein. Die nicht zollgeschützte westeuropäische Schwerindustrie mag sich dann in leistungsfähigen Verbänden zusammenschließen und sich gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika ihrer Haut wehren, bis auch dort die Vernunft siegt. Unerträgliche Rückwirkungen solcher Verbandsbildung sind ohne Zollschutz nicht zu befürchten, sie wäre im Gegenteil ein Mittel der Selbsthilfe zur Herbeiführung stabiler Verhältnisse, an der die Volkswirtschaften aller beteiligten Länder interessiert sind. (In Klammern darf ich hinzufügen, daß mir ein Hintergedanke bei dem Streben nach zollgeschützter Verbandsbildung in Westeuropa nicht unbekannt ist: der Kampf gegen die schwedische und die tschechoslowakische Eisenindustrie. Mein Standpunkt wird dadurch nicht erschüttert.)

Weltwirtschaftliche Verkehrsfreiheit! Sie ist das Ziel, im einzelnen wie im ganzen. Deutschland ist berufen, ihr Pionier zu sein. Ja, das besiegte Deutschland! Schicksalsfügung hat es zum Führer gemacht im Kampf um die Wiederherstellung internationaler Handelsfreiheit. Selbstverständlich nicht in dem Sinne, daß es sich einseitig für eine „Doktrin“ einsetzt, wie es die Freihändler alter Schule getan haben. Was sind Doktrinen? Ich persönlich denke gering von ihnen. Ohne Andersdenkenden zu nahe treten zu wollen, behaupte ich, daß es handelspolitische Lehrsätze, die für alle Zeiten und unter allen Umständen gelten, überhaupt nicht gibt. Handelspolitik ist Zweckmäßigkeitspolitik, die sich auf die jeweiligen Verhältnisse und Erfordernisse einzustellen hat. In der gegenwärtigen Zeit fordern Verhältnisse und Zustände in der gesamten Weltwirtschaft die freiheitliche Gestaltung des Handelsverkehrs. Einer muß der Führer sein, der es erkennt und folgerichtig danach handelt. Deutschland! Nicht etwa, daß es sich opfert! In dem Sinne vielmehr, daß es bereit ist, auf dem zur Überwindung der Weltwirtschaftskrisis zu beschreitenden Weg voranzugehen, wenn die anderen zur Gefolgschaft bereit sind. Wird die Ge-

folgschaft verweigert, nun, so wollen wir keinen Zweifel darüber lassen, daß dann unsere Unterhändler über die nötigen Mittel verfügen, um den handelspolitischen Kampf nicht scheuen zu müssen. Zwar werden die Zustände, die dann zu erwarten sind, schrecklich sein. Aber nicht für Deutschland allein! Alle Industrieländer würden die Folgen zu tragen haben. Die „Krisis der Weltwirtschaft“ würde sich verschärfen und das jetzige Elend ins Unermeßliche steigern — bis über kurz oder lang die Vernunft über Unvernunft siegt.

Zu so pessimistischer Einstellung liegt einstweilen aber kein trifftiger Grund vor. Im Hinblick auf die Verwirklichung freiheitlicher Gestaltung des weltwirtschaftlichen Verkehrs bieten sich heute mehr Möglichkeiten, als es schlechthin den Anschein hat; denn die Erkenntnis, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann, setzt sich in fast allen Ländern in steigendem Grade durch. Es liegt somit eine Aufgabe vor, deren Lösung zu versuchen kein aussichtsloses Unterfangen ist. Höchstes handelspolitisches Können hat hier Gelegenheit, sich auszuwirken. Voraussetzung für das Gelingen ist allerdings, daß deutscherseits der Wille, dem als richtig erkannten Zielen unbeirrt entgegenzusteuern, durch erfolgreiche Bestrebungen von Interessenten, denen der Überblick über die Zusammenhänge mangelt, und die sich unausgesetzt des Schlagwortes vom „nationalen Markt“ bedienen, dessen Wesen sie verkennen, nicht gehemmt wird. Etwas vom Geiste des Absolutismus, der im Jahre 1818 das preußische Zoll- und Handelsgesetz schuf, und des preußischen Ministeriums, das im Jahre 1862 trotz erbitterten Widerstandes eines Teiles der Interessenten den Anschluß an das west-europäische Handelsvertragssystem vollzog, möge sich in den Männern zeigen, die der künftigen deutschen Handelspolitik zum Führer werden.

Meine Herren, sofern es unsere wissenschaftliche Überzeugung ist, daß die vom Schicksal bestimmte Zielsetzung der deutschen Handelspolitik die freiheitliche Gestaltung des Weltverkehrs ist, und wir davon durchdrungen sind, daß ihre Verwirklichung die deutsche Volkswirtschaft zu jener Entfaltung führen würde, deren sie bedarf, um Kultur, Wohlstand und nationale Freiheit zu gewährleisten, so ist es unsere Pflicht, davon öffentlich Zeugnis abzulegen. Just bevor ich dieses Pult betrat, fragte mich ein Kollege, ob es wohl taktisch richtig sei, daß die berufenen Vertreter der Wirtschaftswissenschaften, auf deren Stimme die Nation hört, jene Resolution, die uns vorliegt, unterschreiben und in die Öffentlichkeit bringen. Wird dadurch nicht

die Position der deutschen Unterhändler geschwächt? Mich selbst hat diese Frage eingehend beschäftigt, und ich habe sie vor meinem Gewissen beantwortet, bevor ich mich zum Mitträger der Resolution machte und mich bereit erklärte, für sie zu werben. Dass wir handeln, wie wir zu handeln im Begriff sind, ist nicht nur taktisch richtig, sondern ist schlechthin das Gebot der Stunde. Zwar müssen wir uns darauf gefasst machen, dass hinterher von Interessierten und Gegnern mangels anderer Argumente gerade dieser Gesichtspunkt geltend gemacht wird. Es war immer so, dass „politische Einsicht in die Realität der Dinge“ den Professoren abgesprochen wurde, wenn sie sich gegen den Strom stellten. Nur wenn sie mit dem Strom schwimmen, zeigen sie ein „erstaunliches Maß von Sachkunde und politischem Instinkt“. Uns kümmert weder das eine noch das andere. Wir handeln, wie es Verstand und Verantwortungsgefühl vorschreiben. Zwingend ergibt sich da, dass ein großer Unterschied besteht zwischen der jetzigen Lage und derjenigen nach Erstattung des Dawes-Gutachtens. Damals erforderte kluge Taktik den Protest, woraus die Professoren mit verschwindenden Ausnahmen die Konsequenz gezogen haben, während ein großer Teil der Praktiker mit Anerkennung schnell bei der Hand war und so den Unterhändlern die Arbeit erschwerte. Im Hinblick auf die künftige Handelspolitik der Weltmächte und die Gestaltung der Weltwirtschaft aber liegt es anders. Die Ideen, die wir vertreten, haben in allen Ländern Anhänger. Freiheitliche Gestaltung des Weltverkehrs wird von der überwiegenden Mehrzahl der wirtschaftswissenschaftlichen Gelehrten diesseits und jenseits des Ozeans als der Ausweg aus der Krise der Weltwirtschaft erkannt und gefordert. Es ist ja auch gar nicht anders möglich, denn die Zustände um uns zwingen diese Erkenntnis auf. Die Gelehrten in den anderen Ländern aber sehen sich denselben Widerständen gegenüber wie wir. In England zum Beispiel hören sie, dass isolierter Freihandel freiwilliger Verblutung gleichkomme. In anderen Ländern vorgegenet ihnen der Einwand, dass sich Erhöhung der Zölle folgerichtig aus dem Vorbild der übrigen ergäbe. Nicht zuletzt wird dabei auf Deutschland verwiesen, von dessen Wirtschaftsführern gesagt wird, dass sie das Heil allein in der Rückkehr zu den handelspolitischen Methoden des Merkantilismus erblicken. Meine Herren, schlagen wir diesen Widersachern das Heft aus der Hand, und stützen wir diejenigen, welche mit uns der gleichen Meinung sind. Der Letzteren Zahl ist groß, und ihr Gewicht ist schwer, wenn

es wirklich in die Wagschale fällt. Daß es dazu komme, sei unablässig unsere Sorge. Weil es nicht Schwäche ist, die uns dazu treibt, sondern der Wille zum Handeln im Verstände geboren wurde, so haben wir zum Bekenntnis das Recht und die Pflicht. Den Gelehrten in aller Welt sei unsere Meinung offen kundgetan und ihnen nahegelegt, mit uns den gleichen Weg zu gehen. Wir wissen, daß viele unter ihnen auf das befreiende Wort warten und es weitergeben werden. Wenn somit überhaupt von Taktik die Rede sein darf, so ist es die, daß wir aus unserer wissenschaftlichen Überzeugung kein Hehl machen, sondern den Sozialökonomen in allen Ländern ein Beispiel geben.

Schließen lassen Sie mich mit dem folgenden Gedankengang. Es ist davon gesprochen worden, daß erfolgreiche Handelspolitik durch politische Macht bedingt sei. Darin steht viel Wahres. Ich darf jedoch darauf hinweisen, daß es in Deutschland schon einmal eine Zeit gegeben hat, die wirtschaftliche und handelspolitische Triumphe feierte, ohne daß militärische Macht den Hintergrund bildete. Ich meine die Zeit der deutschen Hanse. Die deutsche Hanse war weder kriegsführende Macht, noch besaß sie ein Bundesheer, eine Bundesflotte oder gar Bundesfestungen. Niemals hat sie als Ganzes einen Krieg geführt. Wohl haben viele ihrer Mitglieder oder Mitgliedergruppen in Zeiten der Not zu den Waffen gegriffen, um Errungenes zu verteidigen. Dennoch aber muß daran festgehalten werden, daß die Überlegenheit der Hanse und die Quelle ihrer Erfolge nicht auf militärischem Gebiete, sondern auf politisch-diplomaticischem Gebiete lagen. Kaum vorher oder nachher hat kluge Diplomatie so große Triumphe gefeiert wie in der deutschen Hanse. Die Ratsherren der führenden Städte waren Kaufleute, die in der Jugend das Ausland kennengelernt und sich mit dessen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zuständen vertraut gemacht hatten. Ein umfassender Nachrichtendienst, der aufs engste mit dem geschäftlichen Verkehr verknüpft war, hielt sie auch später auf dem laufenden. Mit sicherem politischem Instinkt wußten die führenden Hansen Konstellationen zu gestalten oder auszunutzen. Weder Grafen noch Könige haben diesen Herren imponiert. Mit erstaunlicher Sachkenntnis und Geschicklichkeit waren sie allen Schwierigkeiten einer jeweiligen Lage gewachsen!

Diese Erinnerung an stolze deutsche Vergangenheit gebe uns in der Gegenwart Mut und Vertrauen, schütze uns vor Verzagtheit und bewahre uns vor dem Irrtum, daß alles auf Waffen aus Stahl und

Eisen, nichts auf den Verstand ankomme. Wieder sind es wie damals handelspolitische Probleme, deren kluge Lösung es zu finden gilt.

Meine Herren! Lassen Sie uns anspruchsvoll genug sein, der Meinung Ausdruck zu geben, daß da, wo es auf Wissen und Können ankommt, auch der Gelehrte nicht fehlen darf. Lassen Sie uns herausstehen aus der Studierstube und die Argumente des Verstandes in die Öffentlichkeit tragen. Wir würden vor der Nachwelt nicht bestehen können, wenn wir darauf verzichteten, denn es handelt sich um die Schicksalsstunde der deutschen Zukunft, für die wir mitverantwortlich sind. Im Bewußtsein der Verantwortung aber liegt latent der Wille zur Tat. Ihn in uns allen lebendig und wirksam werden zu lassen, sei das Ergebnis der Beratung, die uns hier vereint.

(Großer anhaltender Beifall.)

Reichsminister a. D. Dr.-Ing. Gothein: Meine Herren! Unsere ganze wirtschaftspolitische Situation wird vollständig vom Dawesplan beeinflußt. Es ist davon die Rede gewesen, welche dunklen Absichten wahrscheinlich die amerikanischen Verfasser damit gehabt hätten. Ich, der ich seit einigen 30 Jahren gewohnt bin, die Sachen als Politiker anzusehen, habe das ganze Gutachten und diesen Plan dahin verstanden, daß die Herren Dawes und Genossen sich sagten: wir müssen hier etwas schaffen, was für die französische Psyche annehmbar ist. Was nutzt es uns, wenn wir ein wirklich objektives Gutachten abgeben, so wie es seinerzeit die Brüsseler Konferenz unter dem Einfluß von Gustav Tassell und anderen getan hat, wenn wir ein Gutachten abgeben wie das Pariser Gutachten des Morgankomitees von 1922, wenn dann Frankreich und Belgien erklärt, das ist für uns nicht annehmbar. Deshalb und weil dieses Gutachten zu einer Zeit erstattet wurde, als Poincaré noch am Ruder war, hat es allerdings der damaligen französischen Psyche vielleicht über das hinaus, was notwendig war, Rechnung getragen. Aber Macdonald hat in London erklärt: „Hier ist nur der Anfang und ist ein Versuch gemacht worden; wenn dieser Versuch ergibt, daß Deutschland diese Lasten nicht tragen kann, so werden wir in eine Revision eintreten müssen.“ Schließlich geht auch das Interesse Nordamerikas, in dem doch die Farmer eine sehr große Rolle spielen, dahin, Deutschland wieder kaufkräftig zu machen und es nicht so einzuschränken, daß diese Kaufkraft für Amerika verloren geht. Aber auch, wenn wir ebenso wie Macdonald der Mei-

nung sind, daß es eine Unmöglichkeit ist, aus Ausfuhrüberschüssen in absehbarer Zeit 2500 Millionen Goldmark abzuliefern, werden wir uns doch damit abfinden müssen, daß der Schuldendienst sowohl für die 800-Millionen-Goldmark-Anleihe wie für die Eisenbahn- und die Industrieobligationen geleistet werden muß, und daß dieser Schuldendienst, den ich im Verein mit der privaten Verschuldung auf ungefähr 1500 Millionen Mark berechne, in Zukunft aus Ausfuhrüberschüssen bestritten werden muß. Das ist immerhin eine kolossale Aufgabe, der das deutsche Volk vielleicht gewachsen sein wird. Wir haben alle Ursache, uns aufs höchste anzustrengen, ihr gerecht zu werden:

Wie ist das möglich? Zurzeit ist unsere Handelsbilanz — und der Dawesplan war sich ganz klar darüber, daß unsere Zahlungen bloß aus der Ausfuhr von Waren geleistet werden können und allenfalls aus Transportleistungen, die wenig ins Gewicht fallen — im ersten Halbjahr dieses Jahres mit 1600 Millionen Goldmark passiv. Wie soll eine derartige Passivität in Aktivität umgewandelt werden? Ich halte allerdings das erste Semester dieses Jahres nicht für beweiskräftig. In dem Moment, wo wir wirtschaftlich wieder einheitlich und frei in Deutschland über unsere Kräfte verfügen, wo auch das Loch im Westen geschlossen ist und wir eine aktive Handelspolitik führen können, werden wir wieder zu günstigeren Handelsbilanzen kommen; aber leicht wird es nicht sein.

Man kann eine passive Handelsbilanz aktivieren, indem man die Einfuhr außerordentlich einschränkt, und das ist ja als Zweck des Schutzzolles gedacht. Aber wenn wir uns die Struktur unserer Einfuhr ansehen, so besteht sie nur zum kleinsten Teil aus Fertigfabrikaten, zum überwiegenden Teil aus Rohstoffen, die wir unbedingt notwendig brauchen, und aus Lebens- und Genußmitteln, die wir auch einführen müssen, wenn allerdings auch auf dem Gebiete der Genußmittel eine starke Einschränkung möglich ist. Umgekehrt, was nützt es uns denn, wenn wir wirklich die Einfuhr von Fertigfabrikaten völlig fernhalten? Damit decken wir nicht das Defizit unserer Handelsbilanz, und wir würden mit einer derartigen Prohibitionspolitik natürlich die Repressalien der anderen Staaten in hohem Maße herausfordern, während wir auf die Ausfuhr von Fertigfabrikaten angewiesen sind. Die Einführung von Halbfabrikaten: Metallen, Garnen usw., müssen wir haben, um Fertigfabrikate herzustellen; diese Einfuhr brauchen wir nun einmal. Und unsere Ausfuhr besteht dem Werte nach zu vier

Fünfteln aus Fertigfabrikaten. Es handelt sich also darum, diese Ausfuhr zu stärken. Denn nur, wenn wir das fertig bringen, sind wir in der Lage, unsere Handelsbilanz zu aktivieren. Nun liegen gegenwärtig die Verhältnisse für die deutsche Industrie zweifellos sehr schwierig. Aber wem nützt denn eigentlich der Industriezollschutz? Da stehe ich auf anderem Standpunkte als einige der Herren Vorredner. Ich habe in einer 40 jährigen nahen Beobachtung des Wirtschaftslebens und engeren Fühlungnahme mit ihm überall die Erfahrung gemacht, daß der Satz, den seinerzeit Friedrich List geprägt hat, daß, sobald die Produktion einer Ware den Innenbedarf überschreitet, der Zoll im Preis der Inlandsware nicht mehr zum Ausdruck kommt, weil dann die innere Konkurrenz den Preis herabdrückt, mit einer noch zu erwähnenden Einschränkung richtig ist. Er trifft für die unendlich vielen Artikel zu, die der kleinere Fabrikant herstellt, und die die große Mehrheit der Produktion ausmachen. Bei konzentrierten Großindustrien liegt es zum Teil anders, aber man ist bei dem starken Aufwachsen der Großindustrie leicht geneigt, deren Bedeutung zu überschätzen. Die große Mehrzahl der Fabrikanten, die eben weit mehr produzieren — und es handelt sich hier nicht bloß um die tatsächliche Produktion, sondern auch um die Produktionsfähigkeit —, hat von dem Industriezoll keinen Vorteil.

Das Gesetz von Friedrich List hat allerdings durch die Kartellbildung eine starke Einschränkung erfahren. Denn die Kartelle sind in der Lage, indem sie die Produktion beherrschen, den Preis im Inland hoch zu halten und den Produktionsüberschuß zu billigeren Preisen nach dem Ausland abzuführen; das ist der Dumping- oder Schleuderelexport. Und wir haben erlebt, daß gerade unsere kartellisierte Großindustrie, die sich wiederum auf dem Schutzzoll für Halbfabrikate aufbaute, wie die Eisenindustrie und die Spinnerei, vor dem Kriege einen starken Dumpingexport getrieben haben. Dieser Dumpingexport hat uns politisch unsagbar geschädigt. Die Stimmung der Engländer ist gegen uns so feindselig geworden, weil sie sich sagten: „Deutschland erklärt, es ist das fortgeschrittenste Industrieland, seine Technik steht an der Spitze, und trotzdem erschwert es uns nicht nur die Einfuhr unserer Erzeugnisse durch Schutzzölle, sondern überschwemmt mit seinen Kartellexportprämien unsere Märkte.“ Raum irgend etwas hat so viel zur Misströmung gegen uns beigetragen. Und auf dem Gebiete der Getreidezölle war es in Russland ganz ähnlich. Denn mit Hilfe der Ein-

fuhrsscheine waren wir in der Lage, 250 000 t Roggen und Weizen und 150 000 t Mehl nach Russland auszuführen, während wir uns durch hohe Getreidezölle gegen die Einfuhr aus Russland absperren. Das ist gerade von den Panstalisten aufs stärkste gegen uns ausgebeutet worden.

Heute ist die Welt außerordentlich empfindlich gegen jeden Dumpingsexport. Sie wissen, wie ungeheuer uns der unfreiwillige Valutadumpingsexport in der Welt geschadet hat! Wie heute noch zahlreiche Staaten die deutsche Ware mit Valutadumpingzuschlagszöllen belegen und wie schwer unser Absatz darunter leidet. Sie wissen, wie außerordentlich schwierig es gewesen ist, selbst mit Spanien zu einem Handelsvertrag zu kommen, in dem Spanien auf die Dumpingzuschläge verzichtete. Ich bin keineswegs der Meinung, daß man dem gegenüber nachgeben soll. Ich habe im Gegenteil dahin gedrängt, daß man es mit Spanien zum Zollkrieg kommen lassen sollte, wenn es diese unerhörte Maßnahme nicht aufgibt; daß wir uns keinesfalls den Valutzuschlag gefallen lassen könnten, weil er ein gefährliches Präjudiz bei weiteren Verträgen wäre. Aber in dem Moment, wo wir Schuhzölle einführen und dann die Preise im Inland höher sind als unsere Ausfuhrpreise, schreiten nicht bloß die Vereinigten Staaten, die das in jedem einzelnen Fall tun, sobald der Preis der Exportware billiger ist als im Produktionsstaat, sondern auch die englischen Selbstverwaltungskolonien und andere Staaten mehr dazu, unsere Ausfuhr mit Zuschlägen zu beladen. Und nichts könnte für die Steigerung unserer Ausfuhr so gefährlich sein, als deren Differenzierung, unter der wir jetzt so schwer zu leiden haben.

Ist denn aber unsere Industrie überhaupt noch in der Lage, auf den auswärtigen Märkten erfolgreich zu konkurrieren? Wenn Sie die außerordentlich ungünstige Gestaltung unserer Ausfuhr sehen, wenn Sie unsere Industriellen fragen, so hören Sie überall: die deutschen Waren sind viel teurer und werden dem Ausland teurer angeboten als die Waren anderer Industriestaaten, als die englischen, die amerikanischen, die belgischen, die französischen. Und leider ist das wahr. Man muß also zu einem Preisabbau kommen. Das bezweckte ja auch bis zu einem gewissen Grade die Krediteinschränkung, aber der Erfolg ist ausgeblieben; denn sie führte zu einer Verknappung und Verteuerung des Betriebskapitals, womit die Produktionskosten der Industrie wuchsen. Wollen wir unsere Ausfuhr steigern, wollen wir dem Dawes-

plan Rechnung tragen, so gibt es eben bloß ein Mittel, das ist, unsere Produktionskosten so herabzusetzen, daß bei mindestens gleicher Güte unsere Waren nicht teurer, sondern billiger sind als die des konkurrierenden Auslandes. Ich sage ausdrücklich, wir müssen billiger sein wie das konkurrierende Ausland, sonst setzen wir unsere Waren nicht ab, aus dem einfachen Grunde, weil wir viel zu kapitalarm geworden sind, um die langen Zahlungsziele bewilligen zu können, die Nordamerika für seine Waren Südamerika gewährt, und wie es ebenso England, Holland usw. tun. Das ist für uns eine ganz außerordentliche Erschwerung. Selbst für den Fall, daß es uns gelingt, unsere Ausfuhr durch Auslandskapital zu finanzieren, werden diese Kredite für uns verhältnismäßig teurer sein als die Verzinsung, die die kapitalreicheren Produktionsländer selbst aufzuwenden haben. Und deshalb müssen wir tatsächlich billiger sein. (Zuruf: Weil wir keine Kapitalanlagen im Ausland machen können!) Auch das spielt eine große Rolle; wir können das besonders nicht bei Eisenbahnbauten, Elektrizitätswerken usw., wie wir das früher in der Türkei, in Südamerika und anderswo gemacht haben.

Wie können wir aber unsere Produktionskosten herabsetzen? Denn ein Preisabbau ohne Herabsetzung der Produktionskosten ist eine Illusion; das habe ich von vornherein erklärt, als die Forderung des Preisabbaues kam, und klar den Mißerfolg vorausgesagt. Zunächst waren unsere Rohstoffe zu teuer. Das wird bezüglich der Kohlen besser; wir bekommen jetzt bei ihnen einen weiteren Preisabbau; die Voraussetzung dafür war die Beseitigung der Micumverträge, wenigstens bei der Ruhrkohle. Aber es haben auch andere Ursachen mitgespielt. Bei Eisen liegt es ganz ähnlich; denn das Eisen ist in seinen Preisen, in seinen Produktionskosten von den Preisen für Kohls und Erzen abhängig. Mit Holz ist, seitens der Hauptproduzenten, der Länder, der große Fehler gemacht worden, daß sie, nachdem sie ursprünglich das Holz geradezu verschleudert haben, indem sie den Käufern in den Auktionen sehr lange Zahlungsziele eingeräumt und diese das auf den Auktionen ersteigerte Holz hinterher mit entwertetem Geld bezahlt haben, die Preise weit über den Auslandspreisen gehalten haben. Aber es hat sich auch bereits gezeigt, daß diese Preise wesentlich herabgehen. Wenn wir mit dem Ausland konkurrieren wollen, dürfen wir keine höheren Rohstoffpreise ab Werk haben, als die Friedenspreise zuzüglich allgemeinem Teuerungsindex des Inlandes. Eine darüber nicht

hinausgehende Steigerung würde uns noch in die Lage setzen, mit dem Auslande zu konkurrieren, weil dieses unter den gleichen Preiserhöhungen zu leiden hat.

Ganz anders fällt die Gestaltung unserer Frachten ins Gewicht. Unsere Eisenbahnfrachten sind lange Zeit nicht der Geldentwertung gefolgt; dann hat man es aber übertrieben und seit dem letzten Herbst sind sie in einer Weise gesteigert worden, die für unsere Wirtschaft einfach unerträglich ist. Lassen Sie mich einige wenige Zahlen geben¹⁾. Es beträgt jetzt die Fracht für Kohle auf die Tonne und auf 100 km Transportlänge 4,50 Mark, vor dem Kriege 2,90 Mark; für Roheisen 5,60 Mark gegen 3,40 Mark vor dem Kriege; für Walzeisen 8,40 Mark gegen 4,40 Mark vor dem Kriege. Denken Sie sich diese kolossalen Erhöhungen, die für die gesamte Produktion mitspielen; denn natürlich wirkt sich die Frachterhöhung für Kohle bereits wieder im Preis des Eisens aus, die für Eisen, ebenso wie die für Kohle in den Produktionskosten im Maschinenbau usw. Vor allen Dingen kommt es darauf an: Wie verhalten sich die Frachten in Deutschland zu denen des Auslandes? Vergleichen wir einmal auf eine Entfernung von 200 km die Frachtsätze, so sind die Kohlenfrachten bei uns um 53% höher als in Frankreich, um 36% höher als in Italien und um 130% höher als in Belgien. Kein Wunder, daß dann Belgien uns einen überlegenen Wettbewerb in Eisen und anderen Fabrikaten machen kann. Die Stab-eisenfrachten sind bei uns um 25% höher als selbst in Polen, um 62% höher als in Frankreich, um 107% höher als in Italien und um 135% höher als in Belgien. Wie das auf die Gestaltung der Produktionskosten aller Eisenkonstruktionswerke, aller Maschinenfabriken einwirken muß, das kann sich jeder selbst sagen. Nehmen wir Zement, so sind unsere Frachten um 34,3% höher als in Italien, um 60% höher als in Frankreich, um 64,7% höher als in Belgien. Bei landwirtschaftlichen Maschinen — übrigens sind wohl die Frachten für andere Maschinen gleichhoch —, ergibt sich, daß unsere Frachten um 92% höher sind als in den Niederlanden, um 111,5% höher als in Belgien und Frankreich, um 152% höher als in der Tschechoslowakei und um 183,3% höher als in Italien. Wie das auf die Landwirtschaft wirken muß, wie in dem letzten Frühjahr unsere Industrie landwirtschaftlicher Maschinen fast vollständig zum Erliegen gekommen ist, wie dadurch

¹⁾ Inzwischen sind die deutschen Frachten mit Ausnahme derer für Lebensmittel um 10% herabgesetzt worden.

unsere Maschinenausfuhr großenteils unmöglich gemacht wurde, wird jeder sich selbst sagen können. Sind doch auch unsere Ausfuhrfrachten 2,4—3,03 fach so hoch wie die Kriegsfrachten, das wirkt erschwerend, ja geradezu katastrophal auf unsere Ausfuhr. Macht doch bei schwereren Maschinen hier aus Süddeutschland der Anteil der Fracht am Preis der Ware stellenweise 15—20% aus. Natürlich ist jede Konkurrenzmöglichkeit bei derartigen Eisenbahnentfernungen zur Ausfuhr nach der Landesgrenze beziehungsweise dem Ausfuhrhafen so gut wie abgeschnitten. Dazu kommt, daß infolge der während des Krieges übermäßig ausgedehnten Rüstungsindustrie die meisten Werke, die früher Kanonen, Gewehre, Munition, Granaten usw. hergestellt haben, Maschinenfabriken geworden sind und daß in allen Ländern der Maschinenbau eine sehr viel stärkere Produktionsfähigkeit hat als vor dem Kriege. Wenn wir unsere zweitgrößte Exportindustrie, die Maschinenindustrie, wieder exportfähig machen wollen, müssen wir darauf bedacht sein, ihre Produktionskosten, Fracht, Kohle und Eisen usw., und ebenso die Absatzfrachten wesentlich herabdrücken. In anderen Artikeln ist es nicht wesentlich anders, zum Beispiel in Baumwolle. Unsere Textilindustrie ist heute kaum mehr in der Lage, exportieren zu können. Die Baumwollfrachten sind bei uns auf 200 km Transportlänge um 92% höher als in den Niederlanden, um 172% höher als in Frankreich, um 175% höher als in Italien, um 98% höher als in Österreich, um 117% höher als in der Tschechoslowakei, um 175% höher als in Italien und sogar 239,7% höher als in Belgien. Darüber können natürlich unsere Spinnereien — und ich bin wahrhaftig kein Schutzzöllner — mit Recht behaupten, die Höhe der Frachten machten ihnen unmöglich, auf dem Auslandsmarkt zu konkurrieren, beziehungsweise unseren Webereien und Wirkereien die Garne so billig zu liefern wie das Ausland; infolgedessen verlangen sie hohe Schutzzölle. Bei Rohhäuten ganz dasselbe: Unsere Frachten dafür sind um 112% höher als in Italien, um 134,2% höher als in Frankreich, um 240% höher als in Belgien. Natürlich ist das für unsere Lederindustrie, die ja trotz allem verhältnismäßig gut dasteht, weil sie durch ihre Qualitätsware auf den Auslandsmärkten sehr gut eingeführt ist, außerordentlich erschwerend; wir würden darin ganz andere Exportziffern haben, wenn die Frachten niedriger gestellt würden.

Nun ist die Frage: Können die Eisenbahnen die Frachten ermäßigen? Ja, denn eine derartige Tarifpolitik ist auch für die Eisen-

bahnen selbstmörderisch. Die Frachtmengen sind enorm zurückgegangen, beispielsweise im Juni dieses Jahres bei künstlichen Düngemitteln auf ein Fünftel, bei Zement auf die Hälfte dessen, was sie im Juni letzten Jahres betragen haben. Im Juni dieses Jahres wurden 5500 Waggons täglich weniger angefordert als im Monat vorher, trotzdem in ihm der große Bergarbeiterstreik war. So ist von Monat zu Monat die Frachtmenge zurückgegangen. Wir haben heute einen Eisenbahngüterverkehr, der nicht mehr die Hälfte des Verkehrs vor dem Kriege beträgt. Betrug die Einnahme aus dem Güterverkehr im März und April noch je 203 Millionen Goldmark, so im Juni und Juli nur noch 159 Millionen. Die Höhe der Frachten verhindert die Entwicklung des Verkehrs und das bewirkt, daß durch die Verteuerung der Produktion die Lebenshaltungskosten und damit die Preise steigen. Wird aber die Lebenshaltung teurer, müssen die Löhne und Gehälter und dementsprechend auch die Steuern erhöht werden, das ganze Preisniveau wird in die Höhe getrieben. Im eigensten Interesse der Eisenbahn liegt es, zu einem wesentlichen Abbau der Frachten zu kommen. Es ist jetzt eine Herabsetzung um 10% in Aussicht gestellt. Diese ist uns bereits im Frühjahr zugesagt worden, als die damalige Herabsetzung um 10% im März sich als völlig ungenügend erwies. Jetzt bekommen wir die Eisenbahnen, die in französisch-belgischer Regie waren, wieder in unsere Hand. Und gerade dort ist der größte Güterversand, er machte vor dem Kriege 54% des gesamten Güterverands Deutschlands aus, und auch im Jahre 1922 noch 51%. Meines Erachtens müßten wir dazu kommen, die Friedensfrachten, allenfalls mit dem Teuerungsaufschlag herbeizuführen. Was würde das Publikum, was mit Recht die ganze Welt schreien, wenn wir beispielsweise bei Kohle, bei Getreide usw. eine Preiserhöhung von 70, 100, 150% und mehr gegenüber den Friedenspreisen hätten! Man würde von Wucher reden. Hier handelt es sich um ein öffentliches Unternehmen, das seine Betriebskosten decken will, das sie aber nicht auf diese Weise decken kann, sondern das einen viel größeren Verkehr haben würde, wenn es die Frachten wieder auf den normalen Stand setzte. Nur auf diesem Wege könnten wir die wirkliche Ermäßigung unserer Produktionskosten erreichen.

Ahnlich liegen die Verhältnisse in der Frage der Steuern. Allerdings hat der Dawes-Plan unser Steuersystem als zu niedrig bezeichnet. Es zeugt das nicht gerade von einem tiefen Eindringen in

unser Steuerwesen. Wir wollen den Herren mildernde Umstände zubilligen, weil unser Steuersystem so verzwickt ist, daß es schon für einen Inländer fast unmöglich ist, in diesen Rattenkönig von Paragraphen einzudringen. Es gibt überhaupt keinen Steuerbeamten mehr, der in der Lage wäre, die Steuergesetze alle zu kennen. Ich möchte dabei eine Zahl richtigstellen, die Herr Geheimer Rat Sering vorhin genannt hat, die allerdings noch für das vorige Jahr richtig war, aber nicht mehr für das laufende mit der dritten Steuernotverordnung. Nach den Ergebnissen der ersten sieben Monate beträgt die durchschnittliche Ablieferung der Finanzämter an die Reichskasse monatlich 540 Millionen Goldmark. Rechnen wir das auf das Jahr um und bedenken wir, daß zum Beispiel das besetzte Gebiet Preußens, das vor dem Kriege 40% aller preußischen Steuern abgeliefert hat, ebenso wenig mitgerechnet ist, wie die Pfalz und die besetzten rheinhessischen Gebiete, und daß ferner die örtlichen Kosten des Reiches von den Finanzämtern vorweggedeckt werden, so ergibt sich für die Bewohner des unbefestigten Gebietes eine Steuerleistung pro Kopf und Jahr von 130 Mark, und wir kommen auf eine Steuerleistung im unbefestigten Gebiet von $6\frac{1}{2}$ Milliarden Mark, lediglich an Reichssteuern und Zöllen. Dazu kommen die Landesteuern und die Gemeindesteuern, kommt die Gewerbesteuer, die Mietsteuer und Grundwertsteuer usw. Nehmen wir diese Steuern nur mit 60 Mk. pro Kopf an, so haben wir gegenwärtig eine Steuerleistung von 190 Mk. pro Kopf der Bevölkerung. Und nach den Darlegungen des Herrn Prof. Eulenburg beträgt das Volkseinkommen pro Kopf nur 400 Mk. Das Gutachten der Interalliierten Kommission, die Ungarn die Währung stabilisiert und die Anleihe gegeben hat, erklärt für Ungarn eine Steuerleistung pro Kopf von 50 Sr. = $42\frac{1}{2}$ Gmf. als erträglich, und der Völkerbundskommissar Dr. Zimmermann hat in seinem letzten Bericht für Österreich eine steuerliche Belastung von 85 G.-Sr. = $72\frac{1}{4}$ Mk. als wesentlich zu hoch und für die Dauer als unhaltbar bezeichnet. Wir aber sollen 130 Mk. oder mehr allein an Reichssteuern, also das Dreifache dessen bezahlen, was Ungarn bezahlt, und 75 % mehr als das, was der Völkerbundskommissar in Österreich als untragbar ansieht.

Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß wir zu einer steuerlichen Entlastung kommen und zu einer weiteren Einschränkung unseres Behördenapparates, der für die Wirtschaft auf die Dauer nicht tragbar ist. Es mag das Beamtenkreisen sehr hart erscheinen; aber wenn

die Wirtschaft zugrunde geht, geht auch der Staat zugrunde und können die Beamten nicht mehr bezahlt werden.

Auf das grundverfehlte System der Umsatzsteuern ist bereits von meinem Herrn Vorredner eingegangen worden. Es macht tatsächlich für manche Ausfuhrwaren bei dem jetzigen Satz von 2½ % eine Versteuerung bis zu 12, ja 15 % und auch in Zukunft immer noch 8—10 % des Warenpreises aus. Das vertragen die Waren nicht. Es ist eben grundverfehlt, die Steuer jedesmal zu erheben, wenn die Ware die Hand wechselt. Das hat außerdem den großen Nachteil, daß es zu einer vertikalen Konzentration der Betriebe führt. Ich verkenne nicht, daß diese vertikale Konzentration in vielen Fällen ein technischer Fortschritt sein kann; aber wenn Maschinenfabriken sich eigene Hochöfen, eigene Stahl- und Walzwerke zulegen, so muß das stützig machen; denn das ist keine technische und auch keine wirtschaftliche, sondern eine durch falsche Gesetze gezeitigte Notwendigkeit. Wenn eine Schuhfabrik die Rohhäute selbst einkauft und in ihrer eigenen Gerberei verarbeitet, und schließlich die Schuhe auch in eigenen Läden vereinzelt, so geschieht das alles lediglich zu dem Zweck, die Umsatzsteuer zu ersparen. Diese Entwicklung ist aber vernichtend für die Umsatzsteuer selbst. Für unsere Ausfuhr ist dieses System auf die Dauer ganz unmöglich, und die Herabsetzung der Umsatzsteuer um 20 % völlig ungenügend.

Es ist ferner dringend notwendig, unser Steuersystem zu vereinfachen und dem der Siegerstaaten anzupassen. Die Bestimmung des Friedensdiktates, wonach die Belastung der deutschen Bevölkerung mit Steuern nicht geringer sein darf als in dem am meisten mit Steuern belasteten alliierten Staat, ist durch das Londoner Abkommen nicht aufgehoben. Bei der Kompliziertheit unseres Steuersystems fehlt aber jede Vergleichsmöglichkeit, die ja an und für sich nicht leicht, die aber bei dem gegenwärtigen System vollständig ausgeschlossen ist.

Die heutigen Steuern können nicht aus dem Ertrag des Unternehmens gezahlt werden, sondern es wird das Kapital und vor allem das Betriebskapital in weitestem Sinne weggesteuert, und da der Kredit infolge des Kapitalmangels so furchtbar teuer ist, so ist die Folge Betriebseinstellung und Arbeitslosigkeit. Mit der Handelspolitik allein läßt sich Abhilfe unserer Nöte nicht schaffen. Wir müssen alle Maßnahmen treffen, die die Produktionskosten verbilligen, sonst gehen wir zugrunde. Wir müssen, wenn wir fremdes Kapital bekommen wollen, dem Kapital wieder

eine Rentabilität verschaffen. Wir bekommen keines, wenn es bei uns keine Rentabilität hat. Die Industrie kann auch das fremde Kapital nicht benützen, wenn es im Preis der Verkaufsware beziehungsweise der Exportware nicht wieder hereingebracht werden kann.

Und nun der Zolltarif. Ich habe bereits ausgeführt, daß er den wenigsten nützen würde und gegenwärtig verfehlt sei. Trotzdem bin ich der Meinung, daß es nicht richtig wäre, jetzt auf einmal zum radikalen Freihandel überzugehen und jeden Zolltarif abzuschaffen. Der Industrie nützt er freilich nichts; aber für die Vertragsverhandlungen mit Staaten, wie zum Beispiel mit der Tschechoslowakei und mit Frankreich, mit Belgien, Italien usw., können wir dieses Instrument nicht entbehren; denn diese Staaten wollen nun einmal nach ihrer geistigen Einstellung über den Abbau ihrer Zölle verhandeln, und dafür müssen wir Kompensationsobjekte haben. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß unser Zolltarif nicht dazu dienen soll, der Industrie einen Schutz zu gewähren und die Preise zu erhöhen, sondern daß er lediglich als Verhandlungsobjekt zu dienen hat, um eine größere Freiheit des Verkehrs mit anderen Staaten herbeizuführen. Dazu brauchen wir auch keinen neuen Zolltarif, und ich verstehe nicht, wenn man sagt, man müsse für Handelsvertragsverhandlungen damit ein besseres Instrument haben. Wir haben das alles schon beim Bülowtarif erlebt, und schließlich waren die auf Grund desselben abgeschlossenen Handelsverträge für uns nicht entfernt, so vorteilhaft als die mit dem schlechteren Instrument abgeschlossenen Capriviischen Handelsverträge.

(Zustimmung.)

Meine Herren, es ist die große Gefahr — ich habe auch in den letzten Tagen wieder ernsthafte Klagen darüber gehört —, daß gegenwärtig wiederum einseitige Interessenten gehört werden, und zwar vorwiegend die Produzenten und nicht die Verarbeiter des Halbfabrikats. Und da die kleine Zolltarifnovelle gar nicht durch den Reichstag verabschiedet werden soll, sondern durch einen nicht öffentlich tagenden Ausschuß, und womöglich gar nur in einer Lesung fertig gemacht werden soll, so kann die Öffentlichkeit mit gefährlich hohen Zollhäfen überrumptelt werden. Darin liegt eine sehr große Gefahr.

Dass heute auch in weiten Kreisen der Industrie der Gedanke des Schutzzolles nicht mehr so die Geister beherrscht, wie es früher der

Fall war, dafür ist mir Beweis eine Stimme aus den Kreisen der Schwerindustrie, eine Stimme, die auch in diesem Gremium wiederholt zu werden verdient. Das war der damalige Direktor der Krupp-Werke, der jetzige Botschafter in Washington, Geheimrat Dr. Wiedtfeld. Er hat im Jahre 1920 auf einer Tagung des Vereins der Deutschen Industrie gesagt: „Schutzzoll ist für uns ein Schlagwort von gestern. Wie einst unsere Großväter ein von Zollgrenzen freies Wirtschaftsgebiet geschaffen haben, so werden wir uns bemühen müssen, einen freien, nicht durch Zollschränke abgesperrten Weltmarkt einzuführen, und wir sind uns bewußt, damit nicht nur unserem Vaterland, sondern dem Frieden und dem Fortschritt der Welt zu dienen.“

(Beifall.)

Was damals aus dem Munde dieses Mannes geklungen ist, das sollte unser Programm auch für die Zukunft sein.

(Beifall.)

Vorsitzender: Ich danke den drei Herren, die das Referat des Herrn Sering ergänzt haben, recht herzlich für ihre Ausführungen. Nun sind wir aber in einer schwierigen Lage wegen der Diskussion. Wir haben alle miteinander sehr viel auf dem Herzen, was wir noch sagen wollen, und es hat sich auch bereits eine Anzahl Herren zum Wort gemeldet. Es fragt sich nur, ob wir die Aussprache noch heute abend oder erst morgen vormittag fortsetzen. (Rufe: Morgen!) Wir können morgen freilich höchstens eine Stunde dafür in Anspruch nehmen; denn es ist für morgen ein anderer Verhandlungsgegenstand vorgemerkt. Jetzt müssen wir schließen, weil das Abendessen vorbereitet ist und mancher der Herren erst noch in sein Hotel gehen muß. —

Wir werden also morgenpunkt 9 Uhr mit der weiteren Aussprache beginnen und genau eine Stunde später schließen. (Zustimmung.) — Ich darf feststellen, daß die Damen und Herren damit einverstanden sind.

Ich schließe unsere heutige Sitzung.

(Schluß abends 7 Uhr 30 Minuten.)

Dritter Verhandlungstag.

Beginn 9 Uhr.

Fortsetzung der handelspolitischen Verhandlungen.

Vorsitzender Prof. Dr. Adolf Weber-München: Wir werden heute die gestern abend unterbrochene Aussprache zunächst etwas fortsetzen, haben aber nur Zeit bis 10 Uhr. Es wird niemand weiter zum Worte kommen wie diejenigen Herren, die sich gestern abend bereits gemeldet hatten. Es sind dies die Herren Diehl, von der Leyen, Fuchs und Vog.

Ich erteile zunächst das Wort dem Herrn Geheimrat Diehl.

Geh. Rat Prof. Dr. Diehl-Freiburg i. B.: Als wir gestern abend auseinandergingen, hatten wir, glaube ich, alle das Gefühl, daß der Verein für Sozialpolitik in seiner Stellungnahme zu den Zöllen überhaupt und zu den Agrarzöllen insbesondere eine Art programmatischer Kündgebung herausgeben wollte. Wenn auch ausdrücklich festgestellt wurde, daß die Erklärung, die ich nicht unterschrieben habe, von einzelnen Professoren ausgeht, nicht von dem Verein als solchem, so war doch die Grundstimmung die, daß wir das Gefühl hatten, daß wir so gut wie einhellig Gegner der Agrarzölle seien. Es wurde ferner von Herrn Weber auf die Professoren der Nationalökonomie hingewiesen und behauptet, daß diese zu 90 % diesen Standpunkt vertraten. Die Sache liegt aber anders. Ich glaube, daß wir auch heute sagen müssen, daß die Frage der Agrarzölle ein Problem ist, worüber die Meinungen sehr verschieden sein können, und daß man wohl Vertreter auch der Wissenschaft sein kann, also weder Interessent noch Ignorant, um für Agrarzölle einzutreten, was jetzt meine Absicht ist, und was ich in zusammenfassender Weise tun will.

Ich möchte meine Ausführungen mit meinem besten Dank an Herrn Kollegen Sering beginnen. Ich muß offen gestehen, daß ich selten in meinem Leben einen so lehrreichen Vortrag gehört habe.

Und wenn der Herr Kollege Sering schließlich gegen die Agrarzölle sich ausgesprochen hat, so war dies um so wichtiger, als er früher Anhänger der Getreidezölle war. Aber ich glaube, soweit Sie mich kennen, werden Sie zugeben, daß ich kein starrer Dogmatiker und Doctrinär bin. Ich würde sofort ebenfalls meinen früheren schutzzöllnerischen Standpunkt aufgeben, sobald ich glaubte, daß ich es tun müßte. Wir wollen nüchtern die Sache prüfen. Wenn gesagt worden ist, daß gestern eine Epoche in der Weltgeschichte begonnen hätte, und wenn ein anderer gesagt hat, es wäre „Gottes Fügung“ gewesen, daß die Landwirtschaft sich jetzt in einer Lage befände, daß sie keine Zölle mehr brauchte, so möchte ich glauben, daß wir Gott als deus ex machina oder als technische Nothilfe hier aus dem Spiel lassen sollten.

Es ist mit Recht von Herrn Sering hervorgehoben worden, daß die Lage der Landwirtschaft heute eine ganz andere ist gegenüber der Lage von 1879, als die Schutzzölle eingeführt wurden; es muß die Begründung der Agrarzölle selbstverständlich eine ganz verschiedene sein. Das gebe ich zu. Damals war es eine nationale Agrarkrisis in Deutschland und Mitteleuropa, jetzt ist es eine internationale Agrarkrisis, die alle Länder mehr oder minder erfaßt hat, was für die Frage der Agrarzölle von großer Bedeutung ist. Überall haben wir eine außerordentlich geschwächte Kaufkraft der Bevölkerung. Man könnte vielleicht sagen: wenn es sich um ein internationales Übel handelt, warum wollen wir gerade in Deutschland mit den Agrarzöllen vorgehen? Ich muß trotzdem sagen, daß die Lage der Landwirtschaft mir die Erhebung der Zölle dringend erwünscht erscheinen läßt; ich glaube, daß die Notwendigkeit dafür noch viel größer ist als damals; denn die Not der deutschen Landwirtschaft ist eine noch viel größere. Aus verschiedenen Gründen. Während des Krieges und in der Nachkriegszeit haben die traurigen Währungsverhältnisse in Deutschland der Landwirtschaft ungeheure Vorteile gebracht, insofern quasi eine Sperre gegenüber der Einfuhr ausländischen Getreides aufgerichtet war. In dem Moment, wo die Währungsverhältnisse stabilisiert wurden, haben die Landwirte daraus auch Vorteile gehabt; aber auch den ungeheuren Nachteil, daß sie vollkommen schutzlos der ausländischen Konkurrenz preisgegeben wurden. Es sind die Verhältnisse in Deutschland noch viel trauriger und bedenklicher als in anderen Ländern, und ich glaube, ein Zustand, wobei die Getreidepreise 20—30% unter dem Weltmarkt-

preis stehen, ist für die Lage der deutschen Landwirte unerträglich. Ich lasse zunächst dabei offen, ob die Zölle ein geeignetes Mittel sind, hier zu helfen. Ferner möchte ich bitten, nicht zu vergessen, daß die deutsche Landwirtschaft aus natürlichen Gründen in viel schlimmerer Lage ist als die Landwirtschaft in anderen Ländern. Das hängt mit dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag zusammen. Dieses Gesetz wirkt für die Landwirtschaft um so intensiver, weil während des Krieges und nachher der Boden so wenig melioriert wurde. Jetzt machen sich die Schwierigkeiten doppelt und dreifach geltend. Es ist eine schwere Notlage der Landwirtschaft vorhanden auch in bezug auf die Kreditverhältnisse. Im Gegensatz zur Agrarkrisis von 1879 soll man nicht glauben, daß mit Hilfe der Getreidezölle irgendwie nachhaltig der Landwirtschaft geholfen werden könnte. Es sind viel wichtiger und dringendere Aufgaben vorhanden, vor allem die der Kredithilfe. Wenn in der Zeit nach 1879 die Landwirte sich mit Hilfe der Kreditorganisationen unter dem Schutze der Zölle helfen konnten, so bekommt heute der Landwirt nur unter den schwierigsten Bedingungen das nötige Betriebskapital. Wenn Kollege Harms gestern als Vorteil der Landwirtschaft erwähnt hat, daß sie während des Krieges ihre Schulden tilgen konnte, so bezieht sich das nur auf die Besitzschulden, die sie in Papiermark abstoßen konnte. Jetzt können die Landwirte aber nur zu den schwersten Bedingungen Betriebskredit erhalten. Die Möglichkeit der Kreditbeschaffung erscheint mir als die dringendste Aufgabe zur Besserung der Agrarkrisis.

Für den Wiederaufbau Deutschlands ist keine Aufgabe so wichtig wie die, alle Mittel anzuwenden, um eine große, möglichst zahlreiche agrarische Bevölkerung in Deutschland heranzuziehen und uns zu erhalten. Ich habe große Bedenken gegen eine weitere Industrialisierung, wie sie von manchen Seiten gewünscht wird. Es wurde uns gesagt, daß der Export von möglichst vielen Fertigfabrikaten uns helfen müsse, die ungünstige Handelsbilanz auszugleichen. Die Folge davon ist aber, daß wir in der Industrialisierung zum großen Schaden unseres Volkstörpers noch weiter vorschreiten. Ich glaube, daß wir schon vor dem Kriege auf dem Wege der Industrialisierung zu weit gegangen sind, und daß diese starke Industrialisierung zu den Komponenten gehört hat, die den Weltkrieg herbeigeführt haben. Unsere dringendste Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß wir das Beste, was wir haben, den deutschen Boden, durch unsere agrarische Bevölkerung bebauen und

bewirtschaften. Bedenken Sie, wie die Bevölkerung in den Städten, aber auch auf dem Lande, durch den Krieg körperlich gelitten hat! Woher sollen wir die neuen Kräfte für den gesundheitlichen Wiederaufbau Deutschlands erlangen, als gerade vom Lande und von der ländlichen Bevölkerung. Ein Erfordernis dringendster Art ist speziell die innere Kolonisation. Wie kann man aber innere Kolonisation betreiben, wenn die wirtschaftlichen Existenzbedingungen für die Landwirtschaft nicht gute sind? Wie kann man hoffen, daß Bauern sich ansiedeln, wenn die Getreidepreise nicht so sind, daß sie wenigstens ihre Existenz auf dem Lande finden? Wenn wir die Kaufkraft der Landwirte stärken, so muß das indirekt auch der Industrie. Jetzt schon spürt man, wie sehr die Industrie leidet, weil die Landwirte so wenig Kaufkraft haben.

Nun ist aber zu fragen, ob der Agrarzoll überhaupt ein taugliches Mittel sei, um der Landwirtschaft zu helfen. Der Zoll soll der Landwirtschaft die Atempause geben, um die Kreditmittel auszunützen und die Verbesserungen vornehmen zu können. Später kann dann daran gedacht werden, die Agrarzölle, die nur vorübergehender Art sein sollen, aufzuheben.

Ich bin der Meinung, daß der Agrarzoll im wesentlichen nicht vom Ausland, sondern vom Inland getragen wird; die Meinung des Kollegen Sering, daß der Agrarzoll vom Ausland getragen werde, teile ich nicht. Das würde höchstens vorübergehend der Fall sein, wenn das Ausland à tout prix seine Produkte los werden wollte. Aber die Preise würden dann — ohne Agrarzoll — noch weiter heruntergehen. Ferner bin ich der Meinung, daß wir infolge der Agrarzölle mit einer Verteuerung des Brotes rechnen müssen. Aber diese Wirkung muß in den Kauf genommen werden; es ist ein kleiner Standpunkt, wegen dieses Grundes die Agrarzölle abzulehnen. Es gibt größere, wichtigere Momente, die hier eine Rolle spielen, als die Frage, ob der Laib Brot ein paar Pfennige mehr oder weniger kostet.

Was die soziale Wirkung der Getreidezölle anlangt, so ist in den Vordergrund geschoben worden, daß diese Zölle rentenbildend und rentenerhöhend wirken. Das wäre der wichtigste Einwand, der gegen die Getreidezölle erhoben werden kann. Ich glaube an diese Wirkung nicht. Auch hier ist die veränderte Lage gegenüber 1879 wohl zu beachten, und es ist nicht wahr, daß diejenigen, die für Agrarzölle eingetreten, in alten Gedankengängen leben. Das möchte ich bestreiten.

Im Gegenteil, diejenigen, die die Agrarzölle bekämpfen, stehen auf dem alten Standpunkt. Es ist richtig, daß die Agrarzölle oft die Wirkung haben, die Grundrente zu erhöhen. Heute und in der nächsten Zukunft wird das nicht der Fall sein. Die Landwirte müssen ihre Gelder in Meliorationen anlegen und werden froh sein, wenn sie die Arbeitslöhne zahlen können, die Zinsen herauswirtschaften und einen mäßigen Unternehmergewinn erhalten; aber daß sie zu großen Rentenbezügen kommen, halte ich für ganz unwahrscheinlich. Ich weiß wohl, daß derjenige, der für Getreidezölle eintritt, gern als „Mensch ohne soziales Empfinden“ angesehen wird. Ich weise aber darauf hin, daß einer meiner besten Schüler, der bekannte Sozialdemokrat Arthur Schulz, 1906 sich für Beibehaltung der Schutzzölle ausgesprochen hat. Er sagte („Ökonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland“, München 1906, Seite 39): „Der kolonialisatorischen Wiedereroberung des Ostens durch den Bauernstand und durch einen beständig in ihn übergehenden Stand grundbesitzender Arbeiter ist am besten durch eine ruhige Weiterentwicklung der Verhältnisse in bisheriger Richtung gedient. Eine plötzliche vollständige Aufhebung der Getreidezölle ist weder zu erwarten noch zu erstreben; denn sie würde nicht nur den Niedergang des deutschen Getreidebaus, eine kaum jemals wieder gutzumachende Vernichtung wertvollster Produktivgüter und kolossale Vermögensverluste überaus zahlreicher Familien herbeiführen, sondern auch jene Folgen haben, die besonders Schippel so oft ausgemalt hat: plötzliches Sinken der landwirtschaftlichen Arbeitslöhne, rapid steigende Landflucht, Umwerfen der Industriearbeiterlöhne durch die auf den städtischen Arbeitsmarkt hindringenden Landarbeiter.“ Arthur Schulz war Freihändler und ist erst später Schutzzöllner geworden; in der Sozialdemokratischen Partei galt er als einer der besten Kenner der Agrarfragen. Hier haben Sie eine Stimme aus dem Lager, dem man doch nicht antisoziale Gesinnung vorwerfen kann. Das war 1906. Wenn Arthur Schulz heute noch lebte, würde er sich wohl ähnlich äußern. Man darf nicht vergessen, daß nicht nur die Großgrundbesitzer Vorteil von den Zöllen haben, sondern daß Millionen und aber Millionen landwirtschaftliche Arbeiter erst Beschäftigung und Lohn erhalten können, wenn mit Hilfe der Zölle die Preise so gehoben werden, daß sie eine Rentabilität gewähren. Im Interesse der Erhaltung der Arbeitsgelegenheit für große Kreise der Arbeiterschaft ist es also erwünscht, wenn in dieser Weise geholfen würde.

Die Erfahrung der Wirtschaftsgeschichte lehrt, daß die oft aufgestellte Behauptung, die Getreidezölle führen zu einer Herabdrückung der Arbeitslöhne, falsch ist. Wir haben erlebt, daß unter der Herrschaft der Getreidezölle in Deutschland ein sehr großer Aufstieg der Real- und Nominallöhne der Arbeiter eingetreten ist. Ich zweifle nicht daran, daß wir jetzt bei Wiedereinführung der Agrarzölle dasselbe erleben werden, und daß sich die soziale Lage der Arbeiter bessern wird.

In der Diskussion über die Frage der Agrarzölle hat man in der letzten Woche vielfach Stimmen vernommen, die sagen: wir würden für Getreidezölle sein, aber nur in Form der beweglichen Zölle, wie sie jetzt in Österreich eingeführt werden sollen. Gerade in den Kreisen des Vereins für Sozialpolitik dürfte der Gedanke viel Sympathie finden, weil es heißt: wenn die Preise so hoch werden, daß das Brot für die große Menge der Verbraucher unerschwinglich teuer wird, dann soll der Zoll aufgehoben werden; wenn die Getreidepreise aber so niedrig sind, daß die Rentabilität der Landwirtschaft gefährdet wird, soll der Zoll in wechselnder Höhe — je nach der Höhe des Getreidepreises — erhoben werden. Ich möchte mich gegen diese Art der Zölle aussprechen. Diese sogenannten beweglichen Zölle waren wiederholt in England eingeführt, auch in Frankreich und Portugal. Die Erfahrungen damit waren sehr schlechte. Die Spekulation hat diese Form der Zölle ausgenutzt und dadurch großen Schaden gestiftet.

Ich komme zum Schluß. Es war mir ein Bedürfnis, Ihnen mitzuteilen, daß auch im Kreise der Mitglieder des Vereins, unter den deutschen nationalökonomischen Professoren, sich doch auch solche finden, die der Meinung sind, daß man diejenigen, die für Agrarzölle eintreten, nicht so einfach beiseite schieben sollte. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, daß wir auch jetzt, und jetzt erst recht, mit der Wiedereinführung der Getreidezölle ein gutes Werk tun werden, das zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes und speziell unserer agrarischen Bevölkerung beitragen wird.

Vorsitzender: Wir sind Herrn Geh. Rat Diehl zu ganz besonderem Dank verpflichtet, daß er das Wort ergriffen hat, um die Stimme der Opposition geltend zu machen. Denn sonst wäre die Übereinstimmung bei deutschen Professoren geradezu unheimlich gewesen.

(Heiterkeit.)

Prof. Dr. v. der Leyen-Berlin: Meine verehrten Herren! Herr Minister Gothein hat gestern die wichtige Frage über das Verhältnis

der Eisenbahntarife zu den Zolltarifen angeschnitten und hat von dem Einfluß der Eisenbahntarife auf die Preise und auf den Verkehr gesprochen. Daß ein solcher Einfluß besteht, daß bei den Preisen der Güter die Höhe der Eisenbahntarife mitwirkt, daß — wenigstens recht oft — bei Erhöhung der Tarife der Güterverkehr abnimmt, bei Ermäßigung steigt, ist richtig. Eine andere und sehr schwierige Frage ist, ob und wie dieser Einfluß zahlenmäßig nachgewiesen werden kann. Darüber sind lange und gründliche Untersuchungen veranstaltet, ohne daß es bisher gelungen ist, zu festen Ergebnissen zu gelangen.

Herr Gothein ist der Meinung, daß unsere Gütertarife zu hoch seien, nicht allein absolut, sondern auch im Verhältnis zu den Tarifen der benachbarten Länder zu hoch. Er hält die vor kurzem eingeführte Ermäßigung von 10% für durchaus ungenügend. Dabei hat er einige Zahlen mitgeteilt, die nach vielen Richtungen geradezu verblüffend gewirkt haben. Selbstverständlich ist es ein Ding der Unmöglichkeit, diese Zahlen von heute auf morgen nachzuprüfen. Aber auf ein paar Bedenken, die mir beim Anhören des Vortrags sofort aufgefallen sind, möchte ich doch hinweisen. Herr Gothein hat zum Beispiel Vergleiche angestellt über Gütertarife auf 200 km Entfernung bei den deutschen, den niederländischen und den belgischen Bahnen. Ich glaube nicht, daß in Belgien und in den Niederlanden irgendwelche Eisenbahnstrecken sind, die eine Länge von 200 km haben.

Herr Gothein hat ferner im besonderen die Baumwolleinfuertarife für zu hoch erklärt und darüber einige Vergleichszahlen mitgeteilt. Ich weiß nicht, auf welche Zeit sich diese Tarife beziehen sollen. Jedenfalls steht fest, daß gerade die Baumwolltarife eines der glänzendsten Zeugnisse einer weitschauenden, gesunden Eisenbahntarifpolitik gewesen sind. Mit ihrer Hilfe hat die Baumwolle überhaupt in Deutschland einen Markt gewonnen; der Markt der Baumwolle ist von Liverpool nach Bremen gekommen, und die deutschen Spinnereien sind mit diesen ermäßigten Tarifen durchaus zufrieden gewesen. Diese Tarife waren nach dem Kriege erhöht, sie sind aber neuerdings wieder fast auf den Friedensstand herabgesetzt worden.

Das sind so ein paar Bedenken. Es wäre sehr erwünscht, wenn Herr Gothein seine Zahlen und ihre Quelle mitteilte, damit man sie näher prüfen kann. Ich habe meine ernsten Zweifel an ihrer Richtigkeit und ihrer Beweiskraft.

Und nun, meine Herren, ein paar Worte darüber, wie andere

Leute über die Höhe unserer Eisenbahntarife denken. Nach dem Kriege wurde sofort von der Industrie und vom Handel bitter geklagt, daß die Regierung nicht schneller mit der Erhöhung der Tarife vorgegangen sei. Es wird fernerhin in dem skandalösen Gutachten, das die Herren Aichworth und Leberrebe dem Dawes-Bericht beigefügt haben, ausdrücklich bemerkt, die Eisenbahntarife in Deutschland seien viel zu niedrig, sie müßten erhöht werden. Das sind auch Ansichten aus wirtschaftlichen Kreisen. Es ist aber ferner eine durchaus unrichtige Auffassung, daß etwa die deutschen Eisenbahnen bei ihrer Tarifpolitik die Wünsche der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels nicht genügend berücksichtigen. Sie wissen alle, Handel, Industrie und Landwirtschaft sind bei der Ständigen Tarifkommission der Eisenbahnen vertreten und haben mit über den Normaltarif zu beraten. Sie wissen alle, daß wir in Deutschland zuerst die wirtschaftlichen Beiräte eingeführt haben, die der Regierung in allen wichtigen Tariffragen beratend zur Seite stehen, und die ja auch in der jetzigen Verfassung gesetzlich festgelegt sind und als Landeseisenbahnräte und Reichseisenbahnrat weiterbestehen. Diese alle haben an den von Herrn Gothein angefochtenen Tarifen mitberaten; und erfahrungsmäßig werden die Gutachten der Beiräte bei Feststellung der Eisenbahntarife ernstlich beachtet.

Bei der kurzen mir zugemessenen Zeit von fünf Minuten muß ich mich auf diese wenigen Bemerkungen beschränken. Ich hielt es für meine Pflicht, zu verhüten, daß in den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik ohne Widerspruch so angreifbare Zahlen mitgeteilt werden, die etwas beweisen sollen, was sie nicht beweisen können, und wenn diese Zahlen dann widerspruchslös ins Land gingen und in der Presse in der üblichen Weise ausgeschlachtet würden. Im ganzen bin ich darin mit Herrn Gothein einverstanden, daß es außerordentlich wichtig ist, daß bei den in Angriff genommenen zollpolitischen Untersuchungen die Frage der Eisenbahngütertarife mit hereingezogen und daß sie auf guten statistischen Grundlagen mit geprüft wird. Bei den Beratungen des Ausschusses bezüglich der neuen Schriften unseres Vereins ist dies auf meine Anregung bereits beschlossen worden.

Prof. Dr. Fuchs-Tübingen: Damit der Herr Kollege Diehl sich in seiner Einsamkeit nicht gar zu unglücklich fühlt, möchte auch ich sagen, daß ich mich noch nicht habe entschließen können, die Erklärung zu unterschreiben. Ich will das kurz begründen. Es sind weniger Be-

denken der praktischen Auswirkung, als prinzipielle Bedenken, die mich zu meiner Stellungnahme veranlassen. Aber auch in bezug auf die praktische Auswirkung habe ich noch einige Bedenken, bezüglich deren ich noch Aufklärung wünsche. Wenn ich recht verstanden habe, so sind auch Sie, Herr Kollege Sering, für die Wiedereinführung von Agrarzöllen, die aber nach Ihrer Ansicht nur zu Kompensationszwecken verwendet werden sollen. Ich bitte, mir zu sagen, wie man sich diese Verwendung zu Kompensationszwecken denkt. Es ist das heute bei den Agrarzöllen jedenfalls viel schwieriger als bei den Industriezöllen. Wenn wir Agrarzölle einführen wollen, können wir doch nicht sagen: sie treten in Kraft dann und dann, wenn bis dahin die Handelsvertragsverhandlungen so oder so gelaufen sind. Es ist doch Tatsache, daß die Landwirtschaft vor einer Notlage steht, wie sie noch nie dagewesen ist, und daß, wenn der Landwirtschaft nicht sofort, mit umgehender Wirkung geholfen wird, wir eine Vernichtung des Bauernstandes, eine Enteignung der Bauern erleben werden, wie sie noch nie in unserer deutschen Geschichte dagewesen ist. Es werden heute für die landwirtschaftlichen Güter Preise bezahlt, die noch nie erhört worden sind, so zum Beispiel kürzlich für ein Gut in Schleswig-Holstein von, ich glaube, 12 ha 8000 Mark seitens einer Bank. Wenn aber Agrarzölle einmal eingeführt sind, dann ist es schwierig, sie wieder aufzuheben. Jedenfalls möchte ich in diesem Zusammenhang sagen: ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß Agrarzölle allein niemals als eine wirklich der Landwirtschaft helfende Reform zu betrachten sind, daß sie immer von anderen Reformen begleitet sein müssen, die ihre mögliche ungünstige Wirkung — insbesondere die „rentenbildende“ — verhindern sollen (obligatorische Verschuldungsgrenze, Anerbenrecht usw.). Dies wurde bei der letzten Agrarkrise versäumt, und daraus müssen wir allerdings für die jetzige lernen. Das ist das eine Bedenken, wie man sich bei dieser in der Erklärung niedergelegten Auffassung die Einführung der Agrarzölle denkt. Dann ist weiter von verschiedenen Rednern gesagt worden: Bekommen wir Agrarzölle, so bekommen wir notwendig auch Industriezölle. Das ist behauptet worden, aber ein Beweis dafür ist nicht erbracht worden. Man könnte zweifeln, ob das eine wirklich unvermeidbare Konsequenz ist. Selbst wenn die Zahlen des Herrn Gothein im einzelnen unrichtig sein sollten, so ist doch gewiß so viel als Ergebnis anzuerkennen, daß es ganz andere und wichtigere Mittel gibt, um unsere Industrie auf dem Weltmarkt

funktionstüchtig zu machen: das sind die Tarif- und Steuerfragen. Dabei handelt es sich um eine Erleichterung, die weit über das hinausgeht, was durch Zölle erreicht werden kann. Die Reform auf diesem Gebiet erscheint mir daher als viel notwendiger.

Aber was mich vor allem bisher gehindert hat, die Erklärung zu unterschreiben, das sind mehr prinzipielle Erwägungen. Ich habe den Eindruck — er kann mich täuschen —, daß diese Erklärung sich prinzipiell auf den Boden des Freihandels stellt. Es ist ja gestern auch von mehreren Rednern Ähnliches gesagt worden: wir sollen zu Adam Smith zurückgeführt werden. Meine Herren, den Weg zurück zu Adam Smith gibt es für mich nicht.

(Sehr richtig!)

Auch ich bin überzeugt, daß wir in der nächsten Zukunft eine relativ freihändlerische Handelspolitik brauchen, und ich bin dazu bereit; aber die Erklärung atmet für mich den Geist des Bekenntnisses zu einem absoluten Freihandel. Wir sollen ja jetzt die Rolle spielen, die England früher gespielt hat. Die Worte, die mich vor allem stören, sind das Bekenntnis zur „internationalen Arbeitsteilung“ als einem schlechthin anzustrebenden Ideal. Dieses Bekenntnis zur internationalen Arbeitsteilung schlechthin kann ich nicht mitunterschreiben; denn die internationale Arbeitsteilung ist für mich nichts als ein notwendiges Übel nach meiner ganzen wirtschaftspolitischen Einstellung, notwendig, solange unsere Landwirtschaft uns noch nicht die notwendigen Nahrungsmittel zu erzeugen vermag und uns ein großer Teil unserer Rohstoffgebiete entrissen ist. Aber auch nach der Ansicht des Herrn Sering wird jene durch andere Reformen, wie er sie jetzt in den Vordergrund stellt, einmal in die Lage kommen, das zu tun, und diese Verluste erkennen wir nicht als endgültig an. Wenn wir nun jetzt vor den Bölkern eine Agitation für den Freihandel inszenieren wollen, so heißt das: wir anerkennen die Verluste, die wir erlitten haben.

(Widerspruch.)

Ich rede von dem Eindruck, den es so, wie die Erklärung formuliert ist, und wie die ganze Agitation gedacht ist, machen kann. Meine Herren, auch hier handelt es sich letzten Endes um eine Weltanschauungsfrage: der absolute Freihandel ist eben doch nur das Ideal einer Weltanschauung, wie sie die klassische Nationalökonomie erfüllt hat;

er ist das Ideal einer materialistisch eingestellten Weltanschauung, einer mehr kosmopolitischen und international-pazifistischen Weltanschauung, und er ist unvereinbar mit einer idealistischen und nationalen Weltanschauung, die höhere Güter kennt als den Tausch und die Gewinne in dem Tausch, wie insbesondere die Erhaltung einer eingessenen und bodenständigen Bevölkerung im Bauernstand und im Großgrundbesitz!

Geh. Hofrat Prof. Dr. Voß-Münster: Ich habe mit dem größten Interesse den beiden Herren Rednern gelauscht und muß sagen, daß insbesondere die Ausführungen von Herrn Diehl in vielen Punkten meine Zustimmung finden. Ich bin sehr dankbar, daß gerade der Herr Kollege Diehl so scharf hervorgehoben hat, daß nach allen Erfahrungen, die vorliegen, eine Lösung durch die gleitende Skala keine befriedigende Lösung sein kann.

Auch mit der Erklärung des Herrn Kollegen Fuchs stimme ich in einer Hinsicht durchaus überein. Ich trete nicht dafür ein, daß man die Agrarzölle vom Standpunkt — sagen wir einmal — des Kuhhandels, als Verhandlungsobjekt ansieht.

Weshalb ich mich allerdings in der Hauptfrage sehr wenig überzeugt fühle, hat folgenden Grund: Man kann aus allem entnehmen, sowohl draußen wie hier, was zugunsten der Agrarzölle geäußert wird, daß man wünscht, dem Landwirt befriedigende Preise für seine Produkte zu sichern. Man kann die Preise unter dem Gesichtspunkt des Geldpreises oder der Kaufkraft ansehen. Wenn man sie unter dem Gesichtspunkt der Geldpreise betrachtet, was heißt da ein Hinwirken auf höhere Preise, auf einen höheren Getreide-, Mehl- und Brotpreis? Das bedeutet, daß wir eine Politik treiben, die sich wieder in den schärfsten Gegensatz zu unserer ganzen Valutapolitik setzt. Niemals hat ein Land Erfolg, das in seinen Maßnahmen einen Zickzackkurs aufweist. Man kann den Standpunkt vertreten, daß wir höhere Preise wünschen; dann durfte man aber nicht ein halbes Jahr lang durch die entschiedenste Kreditbeschränkungspolitik auf Preisermäßigungen hinwirken. Wir haben unserer Volkswirtschaft, den Industriellen und der Landwirtschaft, die allergrößten Opfer zugemutet, um einen Preisabbau anzubahnen. Es ist gestern auch nachgewiesen worden, daß das noch nicht vollkommen gelungen ist. Und nun, nachdem in dieser Rich-

tung Gefahr besteht, soll das Gegenteil einer Preisabbaupolitik eintreten: daß man plötzlich wieder eine Erhöhung der Preise anstrebt. Das ist keine konsequente Politik. Erfolgreich pflegt eine Politik nur zu sein, wenn sie von vornherein Ziele auf weite Sicht verfolgt.

Vom Standpunkt der Kaufkraft: Da hat der Herr Kollege Sering uns sehr überzeugend betont, was ich auch in München fortwährend von agrarischen Kreisen hörte. Früher bekam der Landwirt für seinen Roggen soundso viel industrielle Produkte und jetzt so viel weniger. Die Schere! Dieser Gesichtspunkt der Landwirte ist durchaus berechtigt, und die Frage ist nun, ob der Getreidezoll eine Abhilfe ist. Da argumentiert Herr Diehl so, als ob die Wiedereinführung der Getreidezölle zu haben wäre von einer Mehrheit, die nicht zugleich für die Industriezölle sich einsetzt. Auch Herr Fuchs deutet das an. Aufrechterhaltung oder Erhöhung der Getreidezölle heißt, daß über die bisherigen, in vieler Hinsicht nicht mehr zu verteidigenden Industriezölle nicht diskutiert wird, daß sie mindestens in der bisherigen Höhe bleiben, das heißt: daß die Landwirte für ihr Getreide wenig Industrieartikel bekommen mangels einer preisermäßigenden Regulierung durch industrielle Einfuhr vom Ausland. Da muß ich sagen: Wenn wir uns vorstellen, daß eine stabile, hohe Kaufkraft agrarischer Produkte erstrebt werden soll, dann ist unter den heutigen Verhältnissen der Getreidezoll nicht das geeignete Mittel, sondern dann müßten wir konsequent sein und müßten ein staatliches Einführmonopol für Getreide verlangen. Im anderen Fall bleibt die Schere zuungunsten des Landwirts; es bleiben ferner die Schwankungen der Getreidepreise.

Speziell hat sich aber das eine noch gezeigt: man darf nicht erwarten, daß die Beseitigung veralteter, zu hoher deutscher Industriezölle zweckmäßig und erfolgreich durch Handelsvertragsverhandlungen erfolgt. Soweit man durch die Ereignisse veranlaßt wird, sich an hohen Zöllen abhandeln zu lassen, sind diejenigen Länder, die sehr präzise Forderungen auf Ermäßigung von Industriezöllen stellen, nicht sehr zahlreich. England kommt kaum in Betracht, da es keine Tarifverträge abschließt. Die Tschechoslowakei kann in Betracht kommen, vielleicht auch Frankreich mit den elsäß-lothringischen Interessen, außerdem Belgien und die Schweiz. Aber wenn es sich ums Verhandeln gedreht hat, dann haben bisher in erster Linie die Agrarier eine Herabsetzung ihres Zollschutzes erlebt, und die Industrie hat ihren Zollschutz eingehemmt. Wenn man das Wohl der Agrarier will, dann bin ich nicht

der Meinung, daß man es durch eine Wiederbelebung der Bülow'schen Tarife fördern kann.

(Beifall.)

Vorsitzender Prof. Dr. Adolf Weber-München: Die Rednerliste ist erschöpft. Das Schlußwort hat Herr Geheimrat Sering.

Geh. Reg.-Rat Prof. Sering: Ich kann mich nach den vorhin gehörten Ausführungen sehr kurz fassen.

Mit den Herren Diehl und Fuchs stehe ich grundsätzlich durchaus auf demselben Boden, was die Bewertung der Landwirtschaft, einer breiten, grundbesitzenden Bevölkerungsschicht und ihre Bedeutung für die Charakterbildung der Nation anlangt. Eine Divergenz besteht nur in bezug auf die Frage, welche Maßnahmen die richtigen sind, um unserer Landwirtschaft im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft aus ihrer Not zu helfen. Da hat nun der Herr Kollege Diehl meine Diagnose nicht bestritten, vielmehr, wenn ich ihn recht verstanden habe, sie anerkannt. Die Ursache der Not liegt in der Disparität der Industrie- und Agrarpreise. Das ist zunächst eine internationale Erscheinung; in Deutschland treten aber noch verschärfende Gründe dazu, die bewirkt haben — im Augenblick ist es etwas anders —, daß lange Zeit die deutschen Agrarpreise unter, die deutschen Industriepreise dagegen über den Weltmarktpreisen standen.

Alle meine praktischen Erwägungen, alle meine politischen Forderungen zielten darauf ab, diese Disparität nach Möglichkeit zu beseitigen. Dies ist das zu lösende Problem und kein anderes. Es handelt sich nicht, wie früher, darum, eine überlegene Konkurrenz des Auslandes abzuwehren.

In scharfer Durchführung dieses Grundgedankens habe ich zunächst die Frage gestellt: Wie können wir die besonderen Gründe beseitigen, die in Deutschland eine Erweiterung der Preisschere herbeigeführt haben? Ich kam zu der Schlüßfolgerung, daß es notwendig sei, die Umsatzsteuer zu beseitigen, die in jeder Weise wirtschaftsfeindlich und antisozial ist. Ferner kam ich vom Standpunkt des agrarischen Interesses aus zu der Forderung der grundsätzlichen Beseitigung der Industriezölle, insbesondere derjenigen, die die landwirtschaftlichen Betriebsmittel verteuern. Hier tauchte das allgemeine Problem der deutschen Handelspolitik auf. Wie stellt man sich überhaupt und grundsätzlich zu den Schutzzöllen?

Ich meinerseits habe mich zu einer freihändlerisch gerichteten Handelspolitik bekannt, nicht aus einem Glauben an die allgemeinen Segnungen des Freihandels heraus, nicht, weil ich in den Grundfragen auf Adam Smith zurückginge, nicht, weil ich meinte, daß der Freihandel den internationalen Frieden verbürgte. Die Dinge sind in der Geschichte anders gelaufen, und wir haben es am eigenen Leibe erfahren, daß die gewaltige Entwicklung des internationalen Verkehrs keineswegs auf die Stärkung friedlicher Gefühle hingewirkt hat. War es doch gerade unsere ökonomische Kraft, fußend auf einer einigermaßen freien Konkurrenz über die ganze Erde hin, die uns die Feindschaft und den Neid eintrug gerade der gebietsreichen Länder, der großen Imperien, die sich zusammenschlossen, um die Staaten der europäischen Mitte, bewohnt von einer nur allzu fleißigen und rührigen Bevölkerung, zu unterdrücken. Kurz: ein Glaubensbekenntnis zu den allgemeinen Lehren des Manchestertums liegt wahrlich nicht in meiner Stellungnahme (Prof. Fuchs: Das habe ich auch nicht gesagt!); ich wollte es aber betonen, weil die Frage gestellt worden ist. Vielmehr entscheiden hier ganz konkrete Erwägungen. Unser Land ist überbültet, ist seiner Rohstoffquellen gewaltsam beraubt, beraubt auch seines ganzen großen Apparates des Außenverkehrs. Es bleibt uns unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als das einzige Produktionsmittel, das uns unbeschränkt zur Verfügung steht, unsere Arbeitskraft, aufs intensivste dadurch auszunützen, daß wir exportieren und durch den Export die uns für ein Kulturladen notwendigen Rohstoffe von außen heranziehen. Die Wahl, ob wir ein Industrievolk sein wollen oder wieder zurückkehren zu einer breiteren agrarischen Existenz, ist uns leider nicht geblieben, wir müssen.

(Sehr richtig!)

Es ist ein furchtbare Dasein, das wir führen. Noch nie ist die künftige Entwicklung eines großen Kulturbolkes in solche Fesseln geschlagen worden. Wollen wir überhaupt als Nation weiterleben, so müssen wir diesen Weg gehen. Sehen wir aber diese Notwendigkeit klar vor uns, so müssen wir auch die Konsequenzen ziehen. Wir müssen nach außen hin etwas anderes sprechen als hier, wo Männer der Wissenschaft ihre Überzeugung bekennen. Die Presse, die Regierungsvertreter werden einen Ton anschlagen müssen, der draußen von vielen verstanden wird, indem sie die ganze Ideologie des Freihandels aufrollen. So wird nun

einmal gekämpft auf politischem Gebiet. Ich mache so etwas nicht mit. Aber das wird sich ganz von selbst einstellen, und damit können wir hoffen, die realen Kräfte und Interessen, die draußen für den Freihandel wirken, zu stärken.

Ich habe meinerseits mit aller Offenheit zu Vertretern der amerikanischen Landwirtschaft und anderen maßgebenden Leuten, mit denen ich in Beziehung bin, gesprochen. Ihnen habe ich gesagt: „Was wollt ihr denn! Ihr sperrt unserer Industrie eure Märkte ab, die einzige Möglichkeit zu einem erweiterten Volksdasein. Und da wundert ihr euch, wenn wir in Deutschland Agrarzölle machen wollen! Könnt ihr das unseren Landwirten verdenken? Es ist ja eine einfache Forderung der Gerechtigkeit, daß wir Gleiche mit Gleichen vergelten. Was ist uns noch von unserer alten Souveränität geblieben? Das sind namentlich handelspolitische Maßnahmen. Wir werden euch also bekämpfen und werden die Einfuhr eurer Agrarprodukte beschränken!“

Das versteht man drüben sehr genau, und man weiß und wird hoffentlich auf Grund unserer wissenschaftlichen Arbeit noch schärfer erkennen, wo die Wurzel des Elends der Farmer ruht. Meine Herren, unterschätzen Sie nicht die Bewegung, die „Grüne Internationale“, wie man sie nennt, jene Bewegung, die über die ganze Erde geht! Da haben wir Verbündete.

Agrarzölle sind ein sehr wertvolles Kompensationsobjekt; ich trete dafür ein. Ich will nicht, daß wir, wie dereinst England auf dem Höhepunkt seiner industriellen Monopolstellung, einseitig zum Freihandel übergehen. Das wäre reiner Selbstmord. Wir müssen gerüstet bleiben. In diesem Sinne will ich die Regierungsvorlage; aber ich will zugleich eine klare Proklamation, in der die Regierung sich zur Aufräumung mit dem Zollschutz gegen entsprechende Gegenleistungen bereit erklärt.

Und damit komme ich noch einmal auf die erst angeschnittene Frage. Herr Voß hat vollkommen recht: Agrarzölle, wie Herr Diehl sie sich denkt, und wie sie helfen würden gegen die Preisschere, sind unmöglich. Herr Diehl hatte offenbar bei seinen Darlegungen den einseitigen Zollschutz im Auge und nicht zugleich Industriezölle. Das ist logisch, das wäre eine Hilfe, wenn auch nur für den Augenblick; aber der Weg ist nicht beschreibbar. Wie wollen Sie Agrarzölle einführen, ohne zugleich die Solidarität aller ökonomischen Interessen in Deutschland auf handelspolitischem Gebiet anzuerkennen und damit die Schutz-

zollidee als solche zu stärken? Was geht vor sich? Dem Reichswirtschaftsministerium schicken die Interessenten täglich ihre Wünsche ein, und es entsteht dort ein scharfer industrieller Schutzztarif. Und da muß ich gerade vom agrarischen Interessenstandpunkt aus, wenn ich diese etwas mißverständliche Wendung gebrauchen darf — ich fühle mich selbstverständlich nicht als Interessenvertreter —, betonen, daß die Erfüllung dieser Wünsche die deutsche Wirtschaft aufs schwerste schädigen würde, weil sie die Ursache der Not, die Disparität der Preise, verschärfen würde. Und den Landwirten rufe ich zu: Macht doch die Augen auf, tretet nicht in den handelspolitischen Kampf mit dem Schlagwort: Schutz der nationalen Arbeit auf allen Gebieten! Das geht gegen euer Interesse. Wir müssen eine Hilfe auf anderen Gebieten suchen, nicht nur auf dem Wege einer verbesserten Kreditorganisation, sondern indem wir das ganze weite Gebiet planmäßig und, soweit nötig und nützlich, unter Inanspruchnahme öffentlicher Mittel nutzbar machen, auf dem noch eine Erweiterung und Steigerung unseres Landbaues möglich ist, und die ist in weitestem Ausmaß möglich. Es sind ja wunderbare Chancen, die uns die neuere Entwicklung der Naturwissenschaft und der Technik bietet. Sehr viel ist zu machen ohne Schutzzoll. Ich denke an die Verallgemeinerung der planmäßigen Saatzucht. Es kostet kaum mehr, bestes Saatgut, und verhältnismäßig auch nicht mehr, bestes Zuchtmaterial auf tierischem Gebiet zu verwenden. Dann ist mit der Verwendung der künstlichen Düngemittel noch außerordentlich viel zu machen.

(Zuruf: Das dauert zu lange!)

Das braucht gar nicht zu lange zu dauern; diese Fortschritte sind mit der nötigen Kraft und Entschlossenheit in wenigen Jahren durchzuführen.

Nun präzisierte Herr Diehl seine Forderung dahin, daß nicht auf die Dauer der Agrarkrisis, sondern nur, um der Landwirtschaft eine Atempause zu geben, Agrarzölle eingeführt werden sollten. Solche Atempause pflegt sich zu verlängern; einen einmal eingeführten Schutzzoll kann man nur unter Schädigung vieler darauf eingestellten Interessen aufheben, weil sich alle Preise darauf einstellen. Eine Atempause hat uns aber das Schicksal gegeben; im Augenblick hat sich infolge der Ernteverhältnisse die Preisschere wesentlich verengert. Erfreulicherweise stehen für unsere Landwirtschaft jetzt auch Betriebs-

fredite, die ihr so bitter fehlen, in Aussicht. Gerade im Augenblick ist die Gefahr weniger dringlich als noch vor wenigen Monaten. Kurz, ich hoffe, daß, wenn wir in klarer Erkenntnis der Zusammenhänge jetzt eine im Grundsatz freihändlerische, aber mit Kampfmitteln ausgerüstete Handelspolitik treiben und durch innere Maßnahmen der Landwirtschaft zu Hilfe kommen, wir nicht bloß die deutsche Landwirtschaft, sondern auch die deutsche Volkswirtschaft in bessere Lebensbedingungen versetzen können, und ich möchte deshalb diejenigen, die bisher glaubten, sich von einem Anschluß an unsere öffentliche Erklärung zurückhalten zu müssen, bitten, in Erwägung all dessen, was ich darlegte, doch womöglich noch ihre Unterschriften zu geben. Ich habe die feste Überzeugung, daß wir den rechten Weg gehen und die Interessen der Landwirtschaft dadurch wirksamer schützen als durch den allgemeinen Zollschutz.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Wir sind nunmehr am Abschluß dieser Verhandlungen. Die Versammlungsleitung hat lediglich zu danken, zu mahnen und im übrigen zu schweigen. Sie hat nicht mehr, wie früher, das Führungen zusammenzufassen. Ich bedaure besonders diesmal, daß Recht, die Ausführungen zusammenzufassen. Ich bedaure besonders diesmal, daß dieses Recht nicht gegeben ist; aber auf eines darf ich hinweisen, auf den Gegensatz dieser Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik zu den Verhandlungen im Jahre 1901. Damals: Welch schroffe Gegensätze! Einer nach dem anderen trat auf, geschickt gruppiert von der Zeitung, so daß ein Redner genau das Gegenteil des vorhergehenden Redners sagte. Der Zuhörer hatte das Empfinden: ein nationalökonomischer Professor ist ein Mann, der anderer Meinung ist.

(Heiterkeit.)

Jetzt doch eine im ganzen überraschende Übereinstimmung in den Tendenzen! Woran liegt das? Die Skala der Temperamente hat sich bei uns nicht verändert, wenn auch das stärkste handelspolitische Temperament, Lujo Brentano, leider nicht unter uns weilt. Auch in der Weltanschauung bestehen ganz große, gewaltige Unterschiede, vielleicht noch größere als 1901. Ich glaube, daß diese Harmonie durch nichts anderes erreicht wurde als durch die große Not unseres Volkes, die uns gewissermaßen auf einen gemeinsamen Weg hinzwingt. Und das, was auf diesem Wege führt, hat unser Vereinsvorsitzender gestern beim Fest-Schriften 170. — Verhandlungen 1924.

mahl sehr richtig zum Ausdruck gebracht: es ist der Geist Friedrich Lists, allerdings des richtig verstandenen List. Ich täusche mich nicht, wenn ich sage, daß das die Auffassung der ganz überwiegenden Mehrheit der Versammlung ist. Und nun habe ich nochmals herzlichst zu danken den Referenten und den Diskussionsrednern. Ich glaube, es sind mit die bedeutendsten Verhandlungen gewesen in der Geschichte unseres Vereins. Ich schließe die Hauptversammlung.

Verhandlungen über die theoretische und ökonomisch-technische Seite des Währungsproblems,

geleitet von den beiden ständigen Unterausschüssen des Vereins für theoretische und soziologische Forschung und für Finanzwissenschaft.

Die Verhandlungen werden von Geh. Hofrat Prof. Dr. Diehl eröffnet.

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung der beiden Unterausschüsse, die heute vormittag unter meiner Leitung und unter der Leitung von Herrn Geh. Hofrat Prof. Dr. Voß abgehalten werden, wobei über die theoretische und ökonomisch-technische Seite des Währungsproblems gesprochen werden soll. Es haben alle Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik Zutritt. Wir werden die Tagesordnung so wählen, daß wir heute vormittag die beiden Referate der Herren Dr. Somaré und Dr. Palhi und heute nachmittag das Referat von Herrn Prof. Dr. v. Bortkiewicz hören und daran die Diskussion knüpfen. Dann habe ich noch als Schriftführer Herrn Prof. Dr. Helander vorzuschlagen.

Ich möchte ein kurzes Wort vorausschicken. Es ist gestern angegedeutet worden, daß bei den schwierigen Währungs- und Valutafragen eigentlich der Verein für Sozialpolitik die Aufgabe hätte, dazwischenzufahren. Das geht speziell unseren Unterausschuß an, dessen Vorsitzender ich bin. Zu solchem Vorgehen hatte ich keinen Anlaß und würde es auch nicht für ersprießlich gehalten haben. Sie dürfen nie überschätzen, was die Stimme der Professoren in der öffentlichen Meinung und bei den Regierungen bedeutet. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Herren der Regierung die Stimme der Nationalökonomie nur soweit hören, als sie sie hören wollen. Es geht sogar so weit, daß Regierungen, wenn sie Vorlagen machen wollen und Nationalökonomie dazu hören, sich nur solche Nationalökonomie holen, von denen sie von vornherein wissen, daß sie auf dem Boden der Regierung stehen. Es würde also gar nichts genutzt haben, wenn wir Resolutionen gefaßt hätten über die Dummheiten, die oben ge-

macht worden sind, ganz abgesehen davon, daß in unserem Verein satzungsgemäß keine Resolutionen gefaßt werden dürfen. Wir Professoren haben auf die herrschenden Errüttler hingewiesen. Als dem Volk bei der Kriegsanleihepolitik verkündet worden war: „Das Geld bleibt im Volk“, wurde von der Regierung in dieser Politik fortgeschritten, trotzdem wir im Verein auf die Dummheit dieser Behauptung hingewiesen haben. Auf die Notwendigkeit der Erhebung einer großen Vermögenssteuer haben wir auch schon im Jahre 1915 hingewiesen; es hat nichts geholfen. Und so wäre es auch gekommen, wenn wir eine Resolution über die Währung gefaßt hätten. Wenn wir stille Arbeit leisten, wenn wir heute in der Versammlung Beratung halten, so wird diese Arbeit, die auf lange Sicht ist, doch von Nutzen sein, mehr als große Proklamationen, die wir herausgeben. Ich habe die Erklärung zur Zollpolitik, die übrigens nicht vom Verein, sondern von den Gelehrten als solchen ausgeht, nicht unterschrieben, weil ich einen Horror habe vor Resolutionen der Professoren. Wir haben ja, wie gesagt, auf alle Fehler hingewiesen, die gemacht worden sind; es hat nichts genützt. Besser würde es höchstens werden, wenn die Regierungen vor Herausgabe ihrer Vorlagen objektive Leute zusammenbrächten, die mitberaten.

(Beifall!)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Dr. Somary.

Dr. Felix Somary-Zürich: Meine sehr verehrten Anwesenden! Unsere heutige Debatte wird manchem von Ihnen als sehr verspätet erscheinen, und wohl mit Recht: vor zwei Jahren, vielleicht auch noch vor einem Jahr war hierzu Zeit. Die Veranstaltung am heutigen Tag ist durch den äußerlichen Umstand veranlaßt, daß jetzt die Arbeiten über die Frage (allerdings mit Weglassung gerade vieler wichtiger Probleme) vorliegen, mehr aber durch die auch in Zukunft zentrale Bedeutung der Währung für die Gestaltung der Wirtschaft gerechtfertigt.

Vor mehr als zwei Jahren, zur Zeit der Konferenz von Genua, hatte ich zu scharfer Stellungnahme unseres Vereins in der Inflationsfrage angeregt. Eine Konferenz in Freiburg i. Br. hatte sich leider dahin entschieden, auf öffentliche Stellungnahme zu verzichten und einer Debatte die Durchführung von Arbeiten monographischer Art vorausgehen zu lassen. Gestatten Sie mir, aus dem Protokoll eine Stelle aus meinen damaligen Ausführungen zu verlesen: „Die deutsche

Währung geht in raschem Tempo völliger Wertzerstörung entgegen, und niemand wirft sich in den Weg. Alle organisierten Schichten der Wirtschaft unterstützen die Inflation: Banken, Unternehmer, Landwirte, Arbeiter. Jeder glaubt sich zu bereichern, und wird doch letzten Endes durch die Währungszerstörung stärker verarmen als durch den Krieg. Die Reichsbank steht der Lage völlig passiv gegenüber; sie erhöht die Bankrate um ein Prozent in einer Zeit, wo nur völlige Stilllegung der Notenpreisse helfen kann. Geht es so weiter, wird die Währung wertlos, eine Gefahr, die für das industrielle Deutschland viel schwerer ist als für Russland.“

Die Mehrheit der in Freiburg anwesenden Mitglieder sprachen sich, der Tradition des Vereins entsprechend, für Vorbereitung der Arbeiten aus. Sie sind nun eingelaufen, teils spät, teils unvollständig und wohl nur in seltenen Fällen so, wie man es gewünscht hätte. So sollte zum Beispiel Kuczynski einen Band über das deutsche Budget liefern; aber den in Aussicht genommenen Mitarbeitern wurde von amtlicher Seite Einsichtnahme in das Material verweigert. Zu der Frage der Diskontpolitik sollte ein sehr begabter, literarisch vielgewandter Frankfurter Bankdirektor Stellung nehmen; er lehnte Mitarbeit ab, und ich möchte die Anwesenden bitten, statt nachträglich vorgebrachter Kritik begeistert zu applaudieren, lieber mitzutun, wenn der Ruf zur Arbeit an sie ergeht, und mutig Stellung zu nehmen, wenn es dazu Zeit ist. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Sicherlich ist der Währungsversall keine Ruhmesepisode in der deutschen Wirtschaftsgeschichte, aber das Verstummen der Vertreter der Wissenschaft in so kritischer Zeit wird lange unvergessen bleiben.

Die Erfahrungen der jüngsten Inflationsperiode weichen von den in der Literatur dargestellten nicht ab: Von früheren Zeiten der Währungsverschlechterung unterschied sich die Letztzeit durch internationale Umsfang und Tiefe der Geldwertsenkung. Deutlicher als in vorhergegangenen Fällen scheinen sich mir die folgenden Wirkungen der Inflation abzuzeichnen.

Der Einfluß des Staates auf die Geldschaffung ist begrenzt. Noch vor wenigen Jahren hat der letzte Paragraph der neuen Auflage der Knappischen staatlichen Geldtheorie die Frage des Geldwertes als eine vom Standpunkt dieser Theorie belanglose angesehen. Ich gehöre auch zu den dort sehr verhöhnten Doktrinären, die dieser Frage die zentrale

Stellung einräumen. Bei einem Grad der Wertverschlechterung, der in den einzelnen Staaten hätte studiert werden sollen, verliert das Geld seine Funktionen als Wertbewahrer und als Standard für aufgeschobene Zahlungen; es bleibt nur Vermittler für Promptzahlungen und kann in vorgerücktem Stadium auch diese Funktion einbüßen. Wir haben den Beginn völliger Abkehr vom „staatlichen Geld“ in der Zeit von Sommer bis Herbst 1923 sehen können. Auch durch die Kraft seiner eigenen Wirtschaft hätte der Staat die endgültige Beseitigung seines Geldes nicht verhindern können. Untersuchungen gerade dieser letzten Monate der Inflation wären von größtem Interesse.

Man hat sich in der deutschen Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten immer mehr daran gewöhnt, die Quantitätstheorie als naiv zu bezeichnen. Es stünde besser um unsere Theorie, wenn nicht jeder das kleine Detail, das er gefunden zu haben glaubt, überschätzen und die Hauptsache vernachlässigen würde. Wir hätten allen Grund gehabt, uns zu freuen, wenn in der deutschen Währungsleitung auch nur ein Anhänger selbst der „naiven“ Quantitätstheorie gewesen wäre; und kann eine stärkere Bestätigung der Quantitätslehre gefunden werden als durch die Kursentwicklung der Mark im letzten Jahre? Gewiß, man kann im Detail noch manches hinzufügen, aber nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts wird die Quantitätslehre im Zentrum jeder Gelddoctrin stehen müssen.

Die wichtigste volkswirtschaftliche Wirkung der Inflation sehe ich in der Einschränkung der Produktion. Es fehlen hierüber leider noch genauere Untersuchungen. Man hört von Erweiterungen der Anlagen in Industrie und Landwirtschaft, die vorgenommen wurden, um der Geldwertverschlechterung zu entgehen und die ungewöhnlich niedrigen Produktionskosten auszunützen; aber ich möchte behaupten, das eigentliche Problem der volkswirtschaftlichen Inflationswirkung liege in der geringen Investition ungeachtet der international so beispiellos niedrigen Gestehungskosten. In manchen Industriezweigen waren die Kosten in Deutschland bis zu einem Viertel der Weltmarktkosten herabgesunken; das hätte bei stabiler Währung zu starker Einströmen von Auslandskapital und zu einer intensiven Anlagekonjunktur führen müssen. Die Schwierigkeit, ja vielfach Unmöglichkeit der Investitionsfaktulation namentlich bei langdauernden Neubauten verengte aber den Kreis derer, die zu Neuanlagen sich entschlossen. Man konnte mit einiger Sicherheit für kurze Frist kalkulieren, aber schwerlich für lange

Zeit; und wer nicht mit Eigenkapital arbeitend sich alles Material sofort zurechtlegte und über die täglich sinkenden Ertragsaussichten der bestehenden Untersuchungen gleichmütig hinwegsah, der mußte auf Investition verzichten. Ich bin der Überzeugung, daß ein internationaler Vergleich ergeben müßte, daß in Deutschland ungewöhnlich wenig veranlagt wurde, um so weniger, je weiter die Inflation fortschritt.

Mehr noch als der Zollverband bedeutet die Einheit der Währung in unseren Tagen für die Gemeinsamkeit des Wirtschaftsverbandes. Die Inflation drohte zeitweise das Gefüge zu lockern; eine selbständige Währung im Rheinland wäre der Anfang der Absonderung der Rheinländer geworden. Wäre nicht durch das energische Zugreifen einer starken Persönlichkeit im Herbst des Vorjahres die Inflation abgestoppt worden, so wäre die Einheit, ja auch die Fortführung der deutschen Wirtschaft ernsthaft bedroht worden.

Eine Untersuchung der Wirkungen der Inflation, namentlich auch auf die Mentalität der Nation, würde wohl zu ähnlichen Urteilen führen, wie dies nach großen Katastrophen der Wirtschaft die Nationalökonomie so oft getan haben. Man hat sich in den beiden letzten Jahrzehnten über die Verpönung des uneinlöslichen Papiergeldes durch eine Reihe der älteren Geldtheoretiker sehr amüsiert, darin auch mehrfach ein unzulässiges Werturteil erblicken wollen. Aber wir haben auch eine Pathologie der Wirtschaft, und da gehört die Inflation und ihre Wirkungen hinein. Das muß mit aller Deutlichkeit hervorgehoben werden. Traut sich die Wissenschaft hier kein wertendes Urteil zu, so sagt sie weniger, als der Mann auf der Straße nach den Erfahrungen der letzten Jahre weiß.

Beim Übergang zu den augenblicklich wichtigen Gegenwartsfragen möchte ich eine Bemerkung des gestrigen Tages zurechtrücken, man müßte eigentlich die Wirkung der Deflation untersuchen. Von Deflation wird, glaube ich, in absehbarer Zeit in Deutschland nicht die Rede sein können. Man wird sehr zufrieden sein müssen, wenn eine neue Inflation verhütet werden kann — angesichts der großen Belastungen, denen die deutsche Wirtschaft auch von der Reparationsseite her ausgesetzt ist. Herr Dr. Eucken hat auf die marktbeherrschende Stellung des Transferagenten hingewiesen, und ich teile seine Ansicht, wenigstens soweit die Entwicklung der nächsten Jahre in Frage kommt. Der Transferagent darf die Summen, die er als Reparationsleistung erhält, nur in Devisen umformen, wenn er dadurch nicht die Währung

gefährdet; sonst muß er das Geld bis zu einem gewissen Höchstbetrag im Land verleihen oder zum Ankauf von Waren verwenden. Die erstere Eventualität kann unter bestimmten Voraussetzungen der notwendigerweise auf Hochhaltung des Diskont gerichteten Reichsbankpolitik entgegenwirken; aber auch die andere Möglichkeit — die durchaus nicht ausgeschlossen ist; denn der Agent kann sich ja auf den Ankauf von Waren beschränken, die in den Reparationsbezugsländern nicht erzeugt werden — kann für die Währung die gleiche die Diskontpolitik durchkreuzende Wirkung haben. Enges Zusammenspiel zwischen Reichsbank und Reparationsagent ist darum elementare Notwendigkeit.

Die Diskontpolitik in Deutschland steht vor einer sehr schweren Frage: Ist hohe Bankrate imstande, dauernd Geld hereinzuziehen? Die Frage ist um so schwerer zu beantworten, als einer der stärksten Geldgeber, die Vereinigten Staaten, ein Land mit stärksten Industriebewegungen ist, ein Land, in dem ich, ungeachtet der Goldkonzentration, die Niedrighaltung des Zinsfußes nicht für einen Dauerzustand ansehe. Die dauernde Heranziehung amerikanischen Geldes setzt voraus, daß der deutsche Unternehmergeinn den amerikanischen übersteigt. Das wird sicher nicht in allen Industriezweigen der Fall sein können. Für die nächsten Jahre werden wir wohl mit erhöhter internationaler Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrien rechnen können, bei denen der Arbeitslohn die entscheidende Rolle spielt.

Bei den Unternehmungszweigen mit hohem Kapitalbedarf wird stärkste Herabdrückung der Kosten nötig sein, um den hohen Zins ertragen zu helfen. Es wurde gestern Staatsintervention gegen Monopolbildung verlangt. Ich würde sehr bedauern, wenn derartige Ausführungen Beachtung fänden. Fusionen größten Stils sind in der deutschen Wirtschaft unabdingt nötig, wenn die Reparationen ohne Gefährdung der Währung ertragen werden sollen. Es wurde an die Tagung des Vereins in Mannheim und die dort erhobene Forderung der Staatskontrolle erinnert; aber wie hat sich seitdem die Situation verändert! Man kann es kaum denken, daß seither noch nicht zwei Jahrzehnte vergangen sind. Damals das Reich in der Hochblüte, das mächtigste Imperium des Kontinents, — heute sind selbst die Eisenbahnen an eine Privatgesellschaft abgegeben und der Staat froh, nach langer Mühe eine Anleihe zu erhalten, die den Schenkungen eines einzigen amerikanischen Privatmannes entspricht. Einem Staat von dieser Schwäche, der erst nach jahrelanger Mühe die elementarste Funktion,

die Wahrung der Ordnung nach außen und innen, wieder erfüllen kann, darf man nicht neue Funktionen aufbürden, am wenigsten solche, die seiner heutigen Finanznot widersprechen.

Die Währung ist heute vom Staate losgetrennt; die Wirtschaftsgruppen, die sie stützen sollten, durch den Entwertungsprozeß der Währung geschwächt und einflußlos. Da wäre es Aufgabe unseres Vereins, die Währungsfrage sorgsam zu beachten und für die Grundregel einzutreten, daß der Diskont so angesetzt werden muß, daß er mögliche Preisstabilität gewährleistet. Sodann müßten alle Bestrebungen zur Bildung von Investitionskapital in Deutschland selbst in jeder Weise gefördert werden. Unbedingt nötig wäre auch eine gründliche Untersuchung der Zahlungsbilanz, die bis heute für Deutschland fehlt.

Eine solche Untersuchung müßte die nicht genügend gewürdigte Frage der Auswanderungspolitik in den Vordergrund stellen und namentlich auch der Förderung der Auswanderung der Mittelschichten. Ich habe gestern mit großem Bedauern das Wort gehört, die junge Generation strebe nach festen Plätzen. Das Reich und die Bundesstaaten werden im nächsten Jahrzehnt gut daran tun, ihre Beamtenzahl auf ein Minimum einzuschränken, um die Möglichkeit hoher Gehalte zu haben, die vom Standpunkt der Unbeeinflussbarkeit der Staatsgewalt durch auswärtige Mächte doppelt notwendig sind. Ein guter Teil der Intellektuellen gehört in das Ausland; wer sich dort durch die Haßwoche durchgesetzt hat und am Wiederaufbau der Unternehmungen mitwirkt, der wird der Nation den größten Dienst geleistet haben.

(Lebhafte Beifall.)

Priv.-Doz. Dr. Pálhy-Berlin: Meine Damen und Herren! Herr Dr. Somary hat Sie über die Schwierigkeiten unterrichtet, mit denen unsere Valuta-Enquete, an deren Spitze Herr Somary selbst stand, zu kämpfen hatte. Wenn diese Enquete ein Torso geblieben ist bzw. noch des Ausbaues harrt, so lag das zum Teil, wie er Ihnen ausführte, an der Personenfrage: an der Schwierigkeit, geeignete Mitarbeiter zu gewinnen. Diese Schwierigkeit hatte zwei besondere Gründe, auf die ich Sie noch hinweisen möchte. Einmal lag sie in der Eigentümlichkeit des Objektes selbst begründet: in der fortwährenden Veränderung der Dinge selbst, die man untersuchte, so daß ein Artikel über Finanzen, Zahlungsbilanz oder Währungsfragen in Deutschland während der Inflation meist bereits veraltet war, wenn der Verfasser ihn abgeschlossen hatte.

Diese Schwierigkeit betraf vor allem diejenigen Bände der Enquête, die sich mit aktuellen währungspolitischen Fragen zu befassen hatten, also die von Geheimrat Loß, Prof. Bonn und Prof. Eulenburg redigierten Bände. Dann lag aber die Schwierigkeit an der Problemstellung der Enquête selbst. Diese begann Anfang 1922 mit der Fragestellung: Wie soll die deutsche Währung stabilisiert werden? Das sollte einmal an Hand historischer Beispiele in dem von mir redigierten Band „Geschichte der Währungsreformversuche“, ferner theoretisch in einem zusammenfassenden Band und vor allem nach der währungstechnischen, finanzpolitischen und weltwirtschaftlichen Seite hin in jeder Richtung untersucht werden. Ein großer Teil, vielleicht der größte Teil der maßgebenden deutschen Öffentlichkeit, vor allem die großen Unternehmerverbände und ein großer Teil der amtlichen Stellen, mit der Reichsbank an der Spitze, und auch die Majorität der Professoren standen aber dieser Fragestellung so gut wie feindlich gegenüber und konnten uns folglich weder Mitarbeiter, noch auch entsprechende Unterstützung mit Material bieten. Diese feindselige Einstellung maßgebender Verwaltungs- und Wirtschaftsstellen gegenüber der Stabilisierungsfrage mutet heute ungeheuerlich an: sie ist nichtsdestoweniger Tatsache gewesen. Diese Stellen und mit ihnen so viele andere Persönlichkeiten haben die Stabilisierungsfrage entweder als inopportun abgelehnt oder als belanglose Nebenfrage behandeln wollen oder sich doch der Überzeugung hingegeben, daß die Stabilisierung der Währung eine Frage der Handels- bzw. Zahlungsbilanz sei und folglich von selbst kommen müsse, wenn einmal diese Bilanz „aktiv“ geworden wäre. Hat doch Ende 1922 der Präsident der Reichsbank den auswärtigen Sachverständigen, die in Berlin versammelt waren, erklärt, die Ursache der Geldentwertung sei die Unterbilanz der deutschen Zahlungsbilanz im Betrag von zwei oder drei Goldmilliarden, wobei er allerdings die Antwort auf die Frage schuldig blieb, womit denn Deutschland die Einfuhr in solchem Betrag bezahlen könnte. Mit Papiermark konnte das ja nicht aufgebracht werden. Aber noch im Frühjahr 1923 hat Dr. Helfferich im Reichstag erklärt, es sei keine Inflation in Deutschland vorhanden, womit er die herrschende Auffassung von der Abhängigkeit der Währung von der Zahlungsbilanz zum Ausdruck brachte.

Es hat lange gedauert, bis sich die elementare quantitäts-theoretische Erkenntnis Bahn brach, die heute in Deutschland eine Platitude ist, während sie vor zwei Jahren als eine theoretische Ver-

schrobenheit galt; ihre praktische Quintessenz ist der Satz vom Prinzip der Währung gegenüber allen anderen Wirtschaftsfragen. Wenn die Quantitätstheorie richtig ist, wenn Preisbildung und internationaler Gütertausch von der Geldseite her bestimmt sind, dann folgt daraus, daß der Hebel zur Sanierung der Wirtschaft am Währungsproblem ansetzen muß. Erst muß folglich erst die Währung stabilisiert werden, dann kann es zu einer vernünftigen Regelung der Preisbildung, der Zahlungsbilanz, des Budgets usw. kommen; — das war der Grundgedanke, von dem wir ausgingen, als wir die Methoden und Voraussetzungen der Währungsstabilisierung untersuchen wollten. Und selbst als dieser quantitätstheoretische Gedanke (der natürlich von Haus aus nicht für Gold-, sondern für Papierwährungsverhältnisse, und zwar für die Inflation bestimmt ist, was nun nach der Überwindung der Inflation häufig übersehen wird), sich schließlich Bahn brach, geschah dies erst schrittweise, indem dieselbe Dialektik wie in der Frage des Verhältnisses von Zahlungsbilanz und Valuta in das Problem des Budgetgleichgewichts hineingetragen wurde. Hieß es vorher, es käme alles auf die Zahlungsbilanz an, so lautete es jetzt, es käme alles auf das Budgetgleichgewicht an! Es war dasselbe Mißverständnis, mit dem man zu kämpfen hatte, die Bekennung der Tatsache, daß in der Inflation das Budgetdefizit durch die schwankende Valuta bedingt ist und nur bei Stabilisierung derselben beseitigt werden kann. Hatte man erst bei Unternehmerverbänden und amtlichen Stellen mit ihrem Zahlungsbilanzargument zu kämpfen, so jetzt insbesondere auf Arbeitnehmerseite mit dem Argument: erst müßten die Finanzen mittels irgendwelcher Gewaltkuren in Ordnung gebracht werden, um die Währungsstabilisierung zu ermöglichen. Dazu kam die Neigung gerade auch sachmännischer Kreise, kleine Mittelchen zu propagieren, Goldrechnungen und ähnliche Dinge, die allenfalls Symptome und nicht die Krankheit kurieren konnten, ja die Krankheit vielfach noch verschärften.

Das ist anders geworden, und man kann wohl sagen, daß die Quantitätstheorie heute auch in Deutschland Gemeingut der Gebildeten geworden ist. Vielleicht sogar mehr als erwünscht; denn es ist zum mindesten sehr zweifelhaft — der alte Streit zwischen Currency-Theorie und Banking-Schule ging zum guten Teil darum —, ob sie in dem gleichen Sinne wie für Inflationsverhältnisse auch in der Gold- bzw. Goldkernwährung Geltung hat. Das sind jedoch Fragen, die über das Problem der Valutastabilisierung weit hinausgehen. Die

Enquête über dieses Problem selbst hatte ferner bis vor kurzem, wie ich schon erwähnte, mit der großen Schwierigkeit zu kämpfen, daß alle Dinge im Fluß waren, und daß sich dadurch weder eine abschließende Untersuchung der deutschen Verhältnisse noch eine zusammenfassende theoretische Darlegung der Enquêteergebnisse ermöglichen ließ. Kollege Mises hat uns zwar eine ausgezeichnete Darlegung der theoretischen Seite des Stabilisierungsproblems gegeben; seine Arbeit erschien aber mitten in der Inflationszeit und konnte folglich die weitere Entwicklung der Währung und die Probleme, die daraus erwuchsen, naturgemäß nicht erfassen. War nämlich damals noch, etwa bis Anfang oder Mitte 1923, die Stabilisierungsfrage, trotz aller Schwierigkeiten, eine verhältnismäßig einfache, so ist sie dann in der zweiten Hälfte von 1923, mitten in der geschichtlich unerhörten Finanzwirren und bei fortschreitender Repudiation der Scheine, ein überaus schwieriges und kompliziertes Problem geworden, dessen Lösung unter solchen Umständen von vielen für unmöglich erachtet wurde, um dann, als sie dennoch gelang, wie eine Art Wunder angestaunt zu werden. So entstanden allerhand Mythen über die Marktstabilisierung, allerhand Mythen persönlicher Art, die die Urheberschaft betrafen, und sachlicher Art, die die im Grunde so einfache Erscheinung — daß die Kontingentierung der Geldmenge im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen das Vertrauen in das Geld wiederherstellte und das bis dahin rasantende Tempo der Zirkulationsgeschwindigkeit der Papiermark herabsetzte — durch naivste Theorien zu erklären suchten.

Ein Band über den Verlauf dieses Stabilisierungsprozesses, über seine Ursachen und Wirkungen steht noch aus. Er wird in zusammenfassender Weise Stellung nehmen müssen zu der Reihe von Problemen, die bereits in der bisherigen Enquête berührt wurden. Ich möchte zwei von diesen Problemen hervorheben. Einmal das Problem des Stabilisierungskurses, der 1923 ebenso geringfügig behandelt wurde wie in den vorangehenden Jahren das Problem der Stabilisierung selbst. Und mit ebensoviel Unrecht. Die nachfolgende Krise hat es ja zur Genüge gezeigt, wie sehr diejenigen, wie zum Beispiel die Herren Bonn und Löß, recht gehabt haben, die vor einer Festlegung des Stabilisierungskurses stets gewarnt haben oder wenigstens vor der Festlegung auf einem Niveau, das dem zur Zeit der Stabilisierung erreichten höchsten Wechselkurs entsprach. Eine solche Festlegung des Stabilisierungskurses war auch in dem Hilferding'schen Plan der

Währungsreform nicht vorgesehen. Man hat sich dazu dennoch, wohl unter dem Einfluß der Interessenten, entschlossen, mit dem Ergebnis, daß alle Preise naturgemäß diesem künstlich gewählten, endgültigen Wechselkurspari angepaßt werden mußten; daher zum Teil die starken Preissteigerungen, die nach der Reform stattfanden; daher die beschränkte Exportfähigkeit der deutschen Industrie, die durch eine auf Preissenkung gerichtete Währungspolitik gesteigert worden wäre; daher auch das noch eine gute Weile nach der Stabilisierung andauernde Mißtrauen gegen die Mark, ein Mißtrauen, das sich in dem Festhalten der Banken und Privaten an ihren Effektenbeständen äußerte, was wiederum zu dem späteren Zwang zum massenhaften Abstoßen von Wertpapieren mit entsprechenden Wirkungen auf die Konjunktur führen mußte, — um nur auf einiges hinzuweisen. Es ist bezeichnend für den Stand und die Orientierung des sozialökonomischen Denkens in Deutschland und in Deutsch-Osterreich, daß man sich in diesen Ländern, im Gegensatz sowohl zum Westen als auch zur Tschechoslowakei, auf Stabilisierungskurse festlegte, die unmotivierterweise dem spekulativ bedingten, also zufälligen Tiefstand der Mark bzw. der Krone dem Golde gegenüber entnommen waren. In charakteristischem Gegensatz steht dazu, wie gesagt, Theorie und Praxis der westlichen Länder, in denen die Methode der Devaluation — denn um eine solche handelt es sich —, mit Ausnahme der radikalen Quantitätstheoretiker, selbst von denen als sehr gefährlich abgelehnt wird, die einer absichtlichen Deflation gar nicht geneigt sind.

Unser Enqueteband über die österreichische Devaluation von 1811 (von Hofrat Hoffmann) hat ebenso wie alle anderen Untersuchungen über ähnliche Währungsmanipulationen die verderblichen Wirkungen derselben namentlich auf den Kreditmarkt immer wieder aufgezeigt. Mit dem Kreditmarkt aber hängt die Kapitalbildung eng zusammen, deren Bedingtheit durch die Währungsverhältnisse bereits in der gestrigen Diskussion und namentlich im Vortrag des Herrn Gulenburg nachdrücklich betont wurde. Dies ist aber auch der zweite Punkt, auf den ich noch hinweisen wollte. Die Geringsschätzung der Währungsfragen im allgemeinen, der Stabilisierungsfrage und des Problems, zu welchem Kurs stabilisiert werden soll, im besonderen, hängt eng mit der Geringsschätzung des Geldkapitalbesitzers, des sogenannten Rentners zusammen. Diese Geringsschätzung ist eine Tradition der hochschulzöllnerischen Gedankenwelt, die den „unproduktiven“ Rentner

als Konsumenten den „produktiven“ und mithin schutzbedürftigen Erwerbsständen gegenüberzustellen pflegte. Nun ist aus der Inflation und aus ihrem Zusammenbruch, wenn überhaupt etwas, so dieses zu lernen gewesen: daß das sogenannte „Rentenkapital“ ein ebenso wesentlicher Faktor in der modernen Produktionsordnung ist wie irgendein anderer, und daß mit seiner Verstörung die Grundlagen der Wirtschaft selbst aufs tiefste erschüttert werden können. Eine der wichtigsten Aufgaben der Enquête war und bleibt es, die Bedeutung dieses Faktors, des Rentenkapitals, für die Wirtschaft und den Zusammenhang zwischen Währungsentwicklung und Kapitalbildung theoretisch wie an Hand historischer Beispiele aufzuklären. Die Aufgabe ist um so schwieriger und bedeutsamer, als sie wohl zu den am meisten vernachlässigten der theoretischen Sozialökonomie gehört. In den seltensten Fällen wird man in systematischen Werken der Wirtschaftstheorie oder der Geldlehre irgend etwas Systematisches über diese Zusammenhänge, über die Funktionen des Rentenkapitals, über die Aufgaben der Währungspolitik ihm gegenüber finden können. Allenfalls in der handelspolitischen Literatur freihändlerischer Observanz finden sich tiefer greifende Untersuchungen, wobei Rentner und Konsumenten, zum guten Teil wohl mit Recht, identifiziert zu werden pflegen.

Ganz besonders bei diesen Zusammenhängen zwischen Währung und Kapitalbildung, aber nicht nur bei diesen, tritt die Bedeutung des sogenannten Vertrauensmomentes für die Währungsverhältnisse in Erscheinung, wie die währungshistorischen Arbeiten von Laughlin und seiner Schüler in Amerika oder auch die einschlägigen Arbeiten in den „Münchener volkswirtschaftlichen Studien“ usw., sowie auch die Untersuchungen unserer Enquête gezeigt haben: daß die Veränderung der Geldmenge und der Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes die inflatorischen Wirkungen auf Preisbildung und Wechselkurse nicht restlos erklären können. Man muß vielmehr das Vertrauensmoment, das heißt die Aussicht auf Einlösung des unterwertigen Geldes (praktisch in Gold) in Rechnung stellen. Und nicht nur in diesem Zusammenhang zwischen Währung und Wechselkursen (beziehungsweise Preisbildung) spielt das Vertrauensmoment eine entscheidende Rolle, vielmehr auch, wie es ohne weiteres einleuchtet, für den Kreditmarkt und die Kapitalbildung. Daß durch Inflationen und darauf folgende Devalvationen der Staatskredit aufs ichwerste gefährdet wird, dürfte heute bereits zur Genüge bekannt sein. Aber

für die Kapitalsbildung überhaupt und für alles, was daraus folgt, kommt es sehr wesentlich auf Dinge an, die man nicht in die Quantitätssprache der Verbände und ihrer Machtargumente bringen kann, auf Dinge, die Herr Eulenburg unter der Stichmarke „Gerechtigkeit“ erwähnt hat, Dinge, von denen zu sprechen noch vor zwei Jahren ziemlich gleichbedeutend war mit Sich-lächerlich-machen. Es hande sich bei Währung und Kredit um wirtschaftliche Fragen, hieß es damals allgemein, nicht um juristische oder gar ethische. Und doch hat es alle Erfahrung bestätigt, was vorsichtige Beurteiler — die Namen brauche ich nicht zu nennen, sie sitzen zum Teil in unsrer Mitte — vorausgesagt haben, daß nämlich solche scheinbar „ideologischen“ Momente von der allergrößten Bedeutung sein können. Zunächst für die Möglichkeit der Stabilisierung; Währungsreformpläne in der Assignatenwirtschaft zum Beispiel scheiterten wesentlich auch daran, daß das Vertrauen tief erschüttert war. Dann für den Willen der Sparer zum Sparen und mithin für die Bereitstellung von Betriebskapital für die Produktion. Ferner für die sogenannte Stabilisierungskrise, die in Deutschland wie in Österreich eine Devaluationskrise war, bedingt durch das Fehlen einer vorangehenden natürlichen oder künstlichen „Deflation“, die dann in irgendeiner Form notwendig nachträglich kommen mußte.

So verlockend es wäre, auf diese Fragen, insbesondere auf die Krisenfördernde Bedeutung der Devaluation usw., näher einzugehen, so muß ich mir dies hier versagen. Auch darauf muß ich verzichten, die bisherigen Ergebnisse der historischen Enquête über die Methoden der Stabilisierung zu resümieren. Denn meine Aufgabe war bloß, über die Probleme und Schwierigkeiten der Valutaenquete zu berichten und die nächsten Aufgaben derselben anzudeuten.

Vorsitzender: Ich danke auch dem zweiten Herrn Referenten für seine interessanten Ausführungen.

Meine Herren, die Situation ist so, daß es jetzt 12 Uhr ist und wir seit 9 Uhr zusammensitzen. Ich glaube, alle sind etwas ermüdet. Ich möchte vorschlagen, daß wir zunächst Schluß machen und dann schon um drei Uhr zusammenkommen. Wir beginnen alsdann mit dem Referat des Herrn Prof. v. Bortkiewicz, und danach wird die Diskussion über die drei Referate stattfinden.

Mittagspause.

26. September 1924. Nachmittags.

Die Sitzung wird eröffnet vom Vorsitzenden Herrn Geh. Hofrat Prof. Dr. Voß-München.

Vorsitzender: Das Wort hat als dritter Referent Herr Professor Dr. v. Bortkiewicz.

Referent Prof. Dr. v. Bortkiewicz-Berlin: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema meines Vortrages lautet:

Die Ursachen einer potenzierten Wirkung des vermehrten Geldumlaufs auf das Preisniveau.

Die Erfahrungen der Nachkriegszeit haben für eine Reihe von Ländern übereinstimmend gezeigt, daß von einem bestimmten Zeitpunkt an das allgemeine Preisniveau sich in stärkerem Verhältnis als die Menge des umlaufenden Geldes zu heben beginnt. Graphisch lässt sich diese Erscheinung wie folgt darstellen: Auf einem Diagramm zeichne man zwei Kurven; die Abszissen sind ihnen gemeinsam. Auf der Abszissenachse wird die Zeit aufgetragen. Was aber die Ordinaten anlangt, so stellen die Ordinaten der einen Kurve die Preisindexzahlen für eine Reihe von aufeinanderfolgenden Zeitpunkten oder Zeitabschnitten dar, während bei der zweiten Kurve die Ordinaten den relativen Geldumlauf angeben, das heißt den Geldumlauf bezogen auf den Zeitpunkt respektive den Zeitabschnitt, der als Basis für die Preisindexzahlen gedient hat. Der Kürze halber wollen wir die erste dieser beiden Kurven die Preiskurve, die zweite die Geldkurve nennen.

Hassen wir Deutschland ins Auge, so finden wir, daß die Preiskurve während des Krieges und in den letzten Monaten des Jahres 1918 unterhalb der Geldkurve verläuft und langsamer als diese ansteigt, und daß sie erst seit Anfang 1919 einen steileren Anstieg als die Geldkurve nimmt, um dann am Jahresschluß letztere zu überholen. Bald darauf senkt sich die Preiskurve, und sie nähert sich dem Niveau der Geldkurve; aber um die Mitte des Jahres 1921 geht sie wieder rascher als die Geldkurve in die Höhe und hält sich bis zur Stabilisierungsaktion im Spätherbst 1923 erheblich über der Geldkurve. Von Ende Mai 1921 bis Ende Januar 1923, somit in einem Zeitraum von 20 Monaten, ist der Notenumlauf auf das 23fache, demgegenüber das Preisniveau auf das 251fache angewachsen, also 11 mal stärker. Überblickt man die ganze Periode von August 1914 bis Ende Oktober 1923,

das heißt bis zur Einführung der sogenannten wertbeständigen Zahlungsmittel, so zeigt sich, daß in dieser Zeit der Preisindex 37 mal stärker als der Geldumlauf angewachsen ist.

Ein ähnliches Bild bietet Österreich. Hier überholt die Preiskurve die Geldkurve bereits im Februar 1916; aber besonders stark entfernt sich erstere von letzterer in der Zeit der katastrophalen Entwicklung der österreichischen Währungsverhältnisse, das heißt von September 1921 bis September 1922. Für Russland hat Boris Milenž in seiner Berliner Dissertation „Die Neuorientierung der bolschewistischen Finanzpolitik“ das Verhältnis der Preisindexzahl (allerdings nicht für ganz Russland, sondern nur für Moskau) zum Geldumlauffindex für verschiedene Zeitpunkte ermittelt. Bis zur Aufrichtung der bolschewistischen Herrschaft bleibt diese Verhältniszahl hinter 1 zurück. Im Januar 1918 ist sie bereits auf 2 gestiegen, erreicht im Juli 1921 63,5 und senkt sich dann im Oktober desselben Jahres unter dem Einfluß des „Rep“ auf 24. In einer russischen Schrift von Kachenellenbaum, „Lehre vom Geld und vom Kredit“, 1923 erschienen, wird festgestellt, daß in dem sechsjährigen Zeitraum, der mit dem 1. Januar 1917 beginnt und mit dem 1. Januar 1923 endigt, der Geldumlauf auf das 200 000 fache, das Preisniveau auf das 10 millionenfache, somit 50 mal stärker angewachsen ist.

Die in Frage stehende Disproportionalität erreicht also nach einiger Zeit einen hohen Grad. Es handelt sich nicht etwa darum, daß das Preisniveau bloß um einige Prozente stärker anwächst als der Geldumlauf, sondern die relative Erhöhung des Preisniveaus beträgt das Zwanzigsfache, das Dreißigfache, das Sechzigfache der relativen Zunahme des Geldumlaufs. Dieses gewaltige Ausmaß der Disproportionalität kommt für deren Erklärung wesentlich in Betracht.

Sieht man sich die fachwissenschaftliche Literatur genauer an, prüft man sie darauf hin, wie die als typisch anzusehende Tatsache einer gegenüber der Vermehrung der umlaufenden Geldmenge potenzierten Erhöhung der Preisniveaus erklärt wird, so findet man in dieser Beziehung eine weitgehende Übereinstimmung. Als Ursache oder zum mindesten als Hauptursache wird die gesteigerte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes hingestellt. So macht Alfred Marshall in seinem Werk „Money, Credit and Commerce“ ausdrücklich darauf aufmerksam, daß in einem bestimmten Stadium der Inflation weitere Notenemissionen das Preisniveau in potenziertem Maße zu heben

pflegen, und er erklärt es dadurch, daß unter dem Einfluß eines sinkenden oder schwindenden Vertrauens zu der Währung des betreffenden Landes die Menschen dazu veranlaßt werden, einen kleineren Teil ihres Vermögens als sonst in Geldform zu halten. Die Geldbeträge, die sich im Besitz der einzelnen Haushalte befinden, verringern sich, die „Haushaltsskassen“, wie Adolph Wagner sagt, leeren sich, oder diese Geldbeträge erhöhen sich nicht in dem Maße, wie die Ausgaben nominell ansteigen. Darin komme die gesteigerte Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes zum Ausdruck.

„Die beste Art, die Geschwindigkeit festzustellen, mit der das Geld eines Mannes zirkuliert, besteht darin“ — sagt Hawtrey (Currency and Credit, London 1919, S. 47—48) —, „daß man das Verhältnis seiner gesamten Zahlungen in einem bestimmten Zeitraum zu dem durchschnittlichen Geldbetrag berechnet, der sich während dieses Zeitraums in seinem Besitz befindet.“

Daß nun aber eine erhöhte Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes eine potenzierte Preissteigerung hervorrufen muß, geht am deutlichsten und unmittelbarsten aus der Verkehrsgleichung hervor. Ist doch ihre linke Seite durch das Produkt von Geldmenge mal Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes gegeben, während ihre rechte Seite das Produkt von Umsatzvolumen mal Preisniveau darstellt. Bei einem bestimmten Umsatzvolumen ist also, dieser Gleichung zufolge, das Preisniveau nicht der Geldmenge schlechthin, sondern der Geldmenge, multipliziert mit der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, proportional. Steigt daher die Geldmenge zum Beispiel auf das 100fache und gleichzeitig die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes auf das 5fache an, so hebt sich das Preisniveau bei unverändertem Umsatzvolumen auf das 500fache.

Auch dem Quantitätstheoretiker strengster Observanz fällt es nicht ein, die Abhängigkeit des Preisniveaus von der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes in Abrede zu stellen; nur daß er der Meinung ist, die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes verhalte sich dabei passiv, sie sei von vornherein durch Faktoren, wie Zahlungssitten, Bevölkerungsdichtigkeit usw., bestimmt und, was besonders ins Gewicht fällt, sie reagiere auf Änderungen der Geldmenge nicht. Wird aber die Umlaufsgeschwindigkeit der Geldes zur Erklärung der potenzierten Wirkung der Inflation auf den Preisstand herangezogen, so schreibt man ihr die Bedeutung eines selbständigen Faktors des Preisniveaus be-

ziehungsweise des Geldwerts zu; sie erscheint als ein aktives Element im volkswirtschaftlichen Preisbildungsprozeß.

Auf dem Boden der Auffassung, daß die potenzierte Wirkung der vermehrten Geldmenge auf das Preisniveau in einer beschleunigten Geldzirkulation ihre Erklärung finde, steht auch Kehnes. Er unterscheidet in seinem „Traktat über Währungsreform“ zwei Phasen der Inflation. Die erstere sei dadurch charakterisiert, daß das Publikum, das gewöhnt sei, das Geld als letzten Maßstab des Wertes zu betrachten, das Emporsteigen der Preise für eine vorübergehende Erscheinung halte und dementsprechend die Räufe aufschiebe, das Geld thesauriere. Desgleichen erwerben Ausländer, die ebenfalls der Meinung sind, daß die Preissteigerung temporärer Natur sei, die betreffenden Geldzeichen, um sie vorderhand in ihrem Besitz zu behalten. In dieser ersten Phase halte daher die Preissteigerung mit der Vermehrung des Geldumlaufs nicht Schritt. Aber früher oder später trete die zweite Phase ein, in der das Publikum, nachdem ihm klar geworden, daß das Geld in einem dauernden Entwertungsprozeß begriffen sei, von einer förmlichen Kaufwut ergriffen werde und das Geld, das sich noch in seinen Händen befindet, möglichst bald los werden wolle, was auf eine Beschleunigung der Geldzirkulation hinauslaufe.

In seinen „Lezioni di statistica economica“, einem lithographierten Kollegheft, macht sich Bresciani den Standpunkt von Marshall zu eigen, wobei er allerdings neben einer erhöhten Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes noch andere Ursachen der potenzierten Wirkung des vermehrten Geldumlaufs auf die Preise aufführt, namentlich in bezug auf Deutschland, so das Wiedererscheinen von Banknoten auf dem Markt, die bis dahin im In- und Ausland in spekulativer Absicht von der Zirkulation ferngehalten wurden, und auch die Verwendung von Devisen zu Zahlungszwecken. Als die wichtigste Ursache aber betrachtet Bresciani die gesteigerte Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes.

Ich nenne ferner den Holländer Walré de Bordes, der vor kurzem eine Schrift über die österreichischen Währungsverhältnisse hat erscheinen lassen („The Austrian crown: its depreciation and stabilization“, London 1924). Mit Bezugnahme auf Österreich spricht er davon, daß man in der Zeit der scharfen Inflation, also vom Herbst 1921 an bis zum Herbst 1922, das Geld, das man besaß, „as a kind of Black Jack“ — als eine Art Schwarzer Peter — betrachtete und

bestrebt war, es weiterzugeben wie einen vergifteten Gegenstand, um dafür diese und jene Waren zu erwerben, ehe sie weiter im Preise stiegen. Und auch für Bordes ist das gleichbedeutend mit einer Steigerung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, die er denn auch für die potenzierte Wirkung des vermehrten Geldumlaufs auf das Preisniveau verantwortlich macht.

Von deutschen Autoren, welche denselben Standpunkt vertreten, nenne ich meinen Kollegen Walter Eucken („Kritische Betrachtungen zum deutschen Geldproblem“, 1923). Er wehrt sich allerdings gegen die Formulierung, daß eine gesteigerte Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes die Ursache einer potenzierten Preissteigerung sei. Die Ursache sei vielmehr die verringerte Kassenhaltung. Aber man vermisst bei Eucken den Versuch, die herrschende Plausibilisierung, daß gesteigerte Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes nur ein anderer Ausdruck für verringerte Kassenhaltung sei, zu widerlegen. Im übrigen spricht Eucken selbst davon, daß man in Zeiten scharfer Inflation, um Verluste zu vermeiden, die auch durch vorübergehenden Besitz von Papiermark entstehen, dahin trachtet, sein Geldeinkommen um so rascher in Waren umzusetzen, und er führt eben darauf die Disproportionalität zwischen Geldvermehrung und Preissteigerung zurück. In der Sache stimmt also Eucken mit Marshall und Keynes überein.

Ganz ähnlich äußert sich über die Angelegenheit Ludwig Mises in seinem Beitrag zu den Schriften unseres Vereins „Die geldtheoretische Seite des Stabilisierungsproblems“, obwohl er in diesem Zusammenhang den Ausdruck „Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes“ vermeidet. Er spricht vielmehr davon, daß in einem bestimmten Stadium der Inflation jedermann die Erfahrung mache, daß man desto größere Vermögensverluste erleide, je länger man das Geld im Schrank liegen hat, und daß man sich diese Erfahrungen zunutze mache, indem man seinen Kassenbestand auf das niedrigste Maß herabzusetzen suche. Mises ist also in bezug auf die kausale Erklärung der uns beschäftigenden Erscheinung mit den vorhin genannten Theoretikern solidarisch.

Schließlich möchte ich noch auf Albert Hahn hinweisen, nämlich auf seine im letzten Heft des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik erschienene Abhandlung „Zur Frage des sogenannten Vertrauens in die Währung“. Auch er erklärt die potenzierte Wirkung eines vermehrten Geldumlaufs auf die Preise durch die Beschleunigung der Geldzirkulation, die er ausdrücklich mit dem Kleinerwerden der

Kassenbestände identifiziert. Die Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes beruhe aber auf dem Bestreben des Einzelnen, das Geld, das man bisher länger oder kürzer zu bewahren gewohnt war, möglichst bald, sei es gegen Devisen, sei es gegen Sachwerte, loszuwerden, um den Verlust auf den Nachmann abzuwälzen. „Es entstand“, bemerkt Hahn in bezug auf Deutschland, „jenes Verhalten zur Mark, das man am prägnantesten als eine Art ‚Schwarzer-Peter-Spielen‘ bezeichnen kann.“ Wie Sie sehen, begegnet sich Hahn sogar im Ausdruck mit Walré de Bordes.

Nun gilt es zu prüfen, ob diese so sehr verbreitete, man kann sagen herrschende Lehrmeinung, wonach auf einer bestimmten Stufe der Inflation eine erhöhte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, hervorgerufen durch ein Misstrauen zu diesem, es bewirke, daß das Preisniveau in stärkerem Verhältnis als die umlaufende Geldmenge ansteigt, ob diese „Schwarze-Peter-Theorie“ stichhaltig ist.

Es ist meines Erachtens nicht allzu schwer, diese Lehrmeinung zu widerlegen. Man tut es am besten, indem man zunächst den Sachverhalt, auf den es hierbei ankommt, auf seinen denkbar einfachsten Ausdruck bringt. Es ist namentlich von der Zerlegung der Produktion in verschiedene Stufen abzusehen, oder anders: man hat sich zu denken, daß jeder Artikel des unmittelbaren Konsums in einem einzigen Betrieb aus originären Produktivgütern hergestellt wird, daß es also keinen Markt der Rohstoffe und auch keinen Markt der Zwischenprodukte gibt. Außerdem hat man von den Bodennutzungen abzusehen. Dann verbleiben als Produktivgüter oder Produktionsmittel die Arbeitsleistungen allein. Man darf sich wohl diesen Kunstgriff gestatten, ohne dabei Gefahr zu laufen, daß die ganze Konstruktion als marxistisch abgelehnt wird, nachdem ein so entschiedener Gegner von Marx wie Böhm-Bawerk sich wiederholt dieses Kunstgriffs bedient hat. Es erscheinen hiernach als Gegenstand der Preisbildung Arbeitsleistungen und Konsumartikel allein. Auf dem Arbeitsmarkt bildet sich der Preis der Arbeitsleistungen, der Arbeitslohn, auf dem Produktenmarkt bilden sich die Preise der verschiedenen Konsumartikel.

Es betrage der Jahreslohn eines Arbeiters — wir betrachten die Arbeiterbevölkerung als eine undifferenzierte Masse — 2400 Mark. Man nehme weiter an, daß der Lohn restlos für Konsumtionszwecke verwendet wird. Würde der Lohn vierteljährlich zur Auszahlung kommen, so würden offenbar 600 Mark, ein Viertel von 2400 Mark,

pro Arbeiter genügen, um die Lohnzahlung und den Einkauf der betreffenden Konsumartikel zu ermöglichen. Würden sich die Ausgaben des Arbeiters gleichmäßig in der Zeit verteilen, so würde sein Kassenbestand durchschnittlich 300 Mark betragen: am Anfang jedes Vierteljahres 600 Mark, am Ende 0 Mark, wobei er gleichmäßig nach Maßgabe der Ausgaben abnehmen würde. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wäre, wenn man die von Hawtrey angegebene Regel zu ihrer Berechnung zur Anwendung bringt, gleich $2400 : 300 = 8$. Zum selben Ergebnis gelangen wir, wenn wir den gesamten Umsatz pro Arbeiter dividieren durch den Geldbedarf pro Arbeiter. Da hätten wir 4800 Mark durch 600 Mark zu dividieren. Die Zahl 4800 Mark erhalten wir dadurch, daß wir die Lohnzahlung (2400 Mark) mit den Ausgaben des Arbeiters (2400 Mark) zusammenaddieren. Die Gesamtgeldmenge pro Arbeiter ist 600 Mark; die Division ergibt wiederum 8.

Würden die Löhne monatlich ausbezahlt werden, so betrüge der Geldbedarf nur noch ein Zwölftel des Jahreslohns, also 200 Mark; der durchschnittliche Kassenbestand wäre bei gleichmäßiger Verteilung der Ausgaben über den Monat 100 Mark, mithin würde die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, vom Arbeiter aus gesehen, $2400 : 100 = 24$ betragen, das heißt dreimal so groß sein wie im ersten Fall. Auch hier würden wir auf denselben numerischen Ausdruck der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kommen, wenn wir den Gesamtumsatz pro Arbeiter ($2400 + 2400$ Mark = 4800 Mark) der gesamten vorhandenen Geldmenge pro Arbeiter (200 Mark) gegenüberstellten. Es ergäbe sich: $4800 : 200$ Mark = 24. Also ist bei einem dreimal kleineren Kassenbestand die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes dreimal größer. So viel zur Beleuchtung der Beziehung zwischen durchschnittlichem Kassenbestand und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes unter der Voraussetzung, daß sich die Ausgaben gleichmäßig in der Zeit verteilen.

Wir wollen nunmehr zusehen, wie sich Kassenbestand und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zueinander verhalten, wenn sich die Ausgaben nicht mehr gleichmäßig verteilen, sondern unter dem Einfluß eines einzigen Misstrauens zur Währung sich auf den Anfang des jeweilig in Frage kommenden Zeitabschnitts konzentrieren. Dabei will ich, um den Sachverhalt, auf den es mir ankommt, recht drastisch hervortreten zu lassen, die unrealistische Annahme machen, daß der Lohn vierteljährlich ausgezahlt wird (wie früher bei den Beamten) und in den ersten fünf Tagen des Quartals ausgegeben wird, und zwar

in diesen fünf Tagen zu gleichen Teilen. Beträgt nach wie vor der Jahreslohn 2400 Mark, so stellt sich die Rechnung wie folgt: Vierteljährlich werden 600 Mark als Lohn ausgezahlt; in jedem der ersten fünf Tage des Quartals werden 120 Mark ausgegeben. Zu Beginn des ersten Tages sind in der Kasse des Lohnempfängers vorhanden 600 Mark, am Ende 480 Mark, somit im Durchschnitt 540 Mark; am zweiten Tage sind es 120 Mark weniger, somit im Durchschnitt 420 Mark usw.; am fünften Tage sind es 60 Mark; vom sechsten Tage an bis zum 90. Tage des Quartals ist die Kasse leer. Der durchschnittliche Kassenbestand stellt sich in diesem Fall auf $16\frac{2}{3}$ Mark. Demnach ergäbe sich, vom Standpunkt des Arbeiters aus gesehen, als Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes: $2400 : 16\frac{2}{3}$ Mark = 144. Das würde der Tatsache entsprechen, daß das Geld, das der Arbeiter erhält, im Durchschnitt $2\frac{1}{2}$ Tage lang in seinem Besitz verbleibt, denn in fünf Tagen wird alles ausgegeben; $2\frac{1}{2}$ ist 144 mal in 360 enthalten. 144 wäre der numerische Ausdruck der Umlaufsgeschwindigkeit, vom Standpunkt des Arbeiters aus gesehen, so berechnet, wie es Hawtrey und andere vorschreiben. Demgegenüber erhält man hier, vom Standpunkt des volkswirtschaftlichen Ganzen aus betrachtet, als Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes genau wie früher 8, nämlich $4800 : 600$ Mark. Ja, man könnte die Zahl 8 konstruieren als einen Durchschnitt, ein gewogenes arithmetisches Mittel der Zahl 144 und derjenigen Zahl, die die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes vom Standpunkt des Arbeitgebers aus darstellt. Das wäre $4\frac{1}{35}$. Man hätte aus diesen beiden Zahlen, 144 und $4\frac{1}{35}$, den Durchschnitt zu bilden. Der Zahl $4\frac{1}{35}$ würde die Tatsache entsprechen, daß das Geld durchschnittlich $87\frac{1}{2}$ Tage im Besitz des Arbeitgebers und zugleich Verkäufers der Produkte verbleibt. Wenn nämlich das Geld sich durchschnittlich $2\frac{1}{2}$ Tage im Besitz des Arbeiters befindet, so folgt daraus, daß es jeweils $90 - 2\frac{1}{2} = 87\frac{1}{2}$ Tage beim Arbeitgeber ruht, und dividiert man $87\frac{1}{2}$ in 360, so erhält man $4\frac{1}{35}$. Versieht man die beiden Elemente, aus denen der Durchschnitt zu berechnen ist, mit den entsprechenden Gewichten ($16\frac{2}{3}$ und $58\frac{1}{3}$), so findet man im Endresultat 8. Man gelangt also zu einem richtigen Ergebnis, obwohl die beiden Größen 144 und $4\frac{1}{35}$ offenbar sinnlos sind. Es entspricht ihnen nichts Reales. Die Zahlen $2\frac{1}{2}$ und $87\frac{1}{2}$ Tage als mittlere Ruhezeit des Geldes für den Arbeiter einerseits und den Arbeitgeber andererseits haben wohl einen bestimmten Sinn, aber deren Umkehrung führt zu Größen, die keinen

ökonomischen Vorgang ausdrücken. Wenn man sie trotzdem bei Ermittlung der volkswirtschaftlichen Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in die Rechnung einsetzen darf, so ist es nicht weiter verwunderlich. Kommt es doch auch sonst vor, daß bei einem bestimmten Rechnungsprozeß die Daten, von denen man ausgeht, sowie das Endresultat, zu dem man gelangt, sinnvoll sind, während auf dieser oder jener Zwischenstufe der Rechnung Größen auftreten, die eine bloß rechnungsmäßige, keine reale Bedeutung haben. Wenn also in bezug auf unser fiktives Beispiel jemand behaupten würde, daß durch Verlegung der Käufe auf den Anfang eines jeden Quartals die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sich auf das 18fache erhöht habe (144 ist 18 mal größer als 8), und daß dies auf die Preise ebenso wirken müsse wie die Erhöhung der Geldmenge auf das 18fache, so wäre ihm zu entgegnen, daß er die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nach einer Methode bestimmt, die im gegebenen Fall nicht anwendbar ist, weil nämlich diese Methode eine gleichmäßige Verteilung der Ausgaben in der Zeit zur Voraussetzung hat, eine Voraussetzung, die hier nicht erfüllt ist. Nicht unbegründet wäre der Einwand, daß das Operieren mit dem Begriff der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes vom Standpunkte des Menschen als Einkommensbeziehers und Konsumenten aus ohne Bezugnahme auf den Unternehmer beziehungsweise Produzenten sich schon deshalb verbiete, weil der Begriff der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes denotwendig auf das Ganze der Volkswirtschaft Bezug nehmen müsse. Von hier aus könnte man Hawtrey's Vorstellung von der „rapidity of circulation of a man's money“ a limine ablehnen, da, indem das Geld zirkuliert, es aufhört, das Geld eines Mannes zu sein: eigenes Geld wird zu fremdem Geld und umgekehrt. Darum hätte auch die Größe, zu der man durch Umkehrung der durchschnittlichen Ruhezeit gelangt, wenn die Voraussetzung einer gleichmäßigen Ausgabenverteilung nicht erfüllt ist, keine reale Bedeutung. Oder man könnte, wenn man konzilianter sein wollte, das Operieren mit einer solchen Größe zugestehen, aber gleichzeitig verlangen, daß neben dem Konsumentengeld auch das Produzentengeld — um diese von Adolph Wagner herrührenden Termini zu gebrauchen — in Betracht gezogen werde, und daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes im volkswirtschaftlichen Sinn in der vorhin angegebenen Weise als arithmetisches Mittel zweier fiktiver Umlaufgeschwindigkeiten ermittelt werde, wobei, wie ich schon gesagt habe, sich eben zeigen würde, daß eine Erhöhung der

Umlaufsgeschwindigkeit des Konsumentengeldes durch eine damit zusammenhängende Verringerung der Umlaufsgeschwindigkeit des Produzentengeldes aufgewogen wird. Daran ändert nichts der von mir ignorierte Umstand, daß die Arbeitgeber von dem Erlös aus dem Verkauf ihrer Produkte einen Teil für sich als Einkommen zurückbehalten und pro tanto ihrerseits als Träger der Nachfrage auf dem Produktemarkte auftreten.

Die Anhänger der Ansicht, daß man durch rascheres Ausgeben des Geldes, das einem als Einkommen zufliest, die richtig, das heißt im volkswirtschaftlichen Sinne verstandene Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes zu steigern vermöge, legen eine Art Kurzsichtigkeit an den Tag: sie sehen das Geld den Konsumenten verlassen, haben aber keinen Blick dafür, wie sich im weiteren Verlauf des Zirkulationsprozesses das Schicksal des Geldes gestaltet. Es entgeht ihnen die Tatsache, daß der Einkommensbezieher, der sein Geld rascher ausgibt, um so länger warten muß, bis es zurückfließt, es sei denn, daß er eine Einkommenserhöhung erwirkt, was auf einem anderen Blatt geschrieben steht und uns hier zunächst nichts weiter angeht. Die Anhänger dieser Ansicht beachten nicht, daß es, wie Mises gelegentlich treffend sagt, wanderndes Geld, das auch nur vorübergehend nicht einen Teil eines einzelwirtschaftlichen Geldvorrates bilden würde, nicht gibt, und daß daher eine Verkürzung der durchschnittlichen Ruhezeit des Konsumentengeldes eine entsprechende Verlängerung der durchschnittlichen Ruhezeit des Produzentengeldes nach sich zieht. Sie übersehen, daß die einfache Regel, wonach die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes der relativen Fülle der Haushaltssachen umgekehrt proportional ist, nur unter der Voraussetzung einer gleichmäßigen Verteilung der Ausgaben über den jeweils in Betracht kommenden Zeitraum gilt, und wenden diese Regel auch auf den Fall an, wo die Ausgaben sich auf den Anfang der betreffenden Zeitabschnitte konzentrieren. Der logische Fehler, den sie dabei begehen, bedeutet die Vertauschung einer bedingt mit einer unbedingt geltenden Behauptung.

Der von mir betrachtete fiktive Fall entspricht nicht dem wirklichen Fall, der den eigentlichen Gegenstand meines Vortrages bildet. Denn in dem von mir konstruierten Beispiel bleibt die Geldmenge unverändert, während sie in dem zur Diskussion stehenden Fall zunimmt. Aber in bezug auf die Frage, ob die Flucht aus dem entwerteten Gelde die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes steigern könne oder nicht,

sind die beiden Fälle durchaus gleichgestellt. Es braucht daher kein neuer Fall konstruiert und analysiert zu werden, in welchem die Flucht aus dem entwerteten Gelde sich mit einer Vermehrung des Geldumlaufs verbindet.

Es ist zweierlei, ob man es in Abrede stellt, daß das durch das Mißtrauen zur Währung bedingte raschere Ausgeben des Geldes, das den Einzelnen als Einkommen zufließt, die Geldzirkulation beschleunigt, oder ob man die Tatsache negiert, daß auf einer bestimmten Stufe der Inflation die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes sich erhöht. Es fällt mir nicht ein, letzteres zu tun. Ich gebe durchaus zu, daß eine solche Erhöhung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes in Wirklichkeit stattfindet. Ja, ich glaube zugleich, daß das Mißtrauen zur Währung dabei mitspielt; aber ich stelle mir den in Frage stehenden Nationalismus anders vor als die große Mehrzahl der Autoren, die in der letzten Zeit zu der Frage Stellung genommen haben. Ich bin nämlich der Meinung, daß das Mißtrauen zur Währung, die Erwartung weiterer Emissionen und der nachfolgenden Geldentwertung unmittelbar auf das Preisniveau einwirkt, somit den Einfluß der vermehrten Geldmenge direkt verstärkt. Das auf diese Weise in stärkerem Verhältnis als die Geldmenge erhöhte Preisniveau erzeugt nun eine Geldknappheit, die man zu überwinden sucht, indem man die Zahlungsgebräuche entsprechend ändert und dabei in dieser oder jener Form die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes erhöht. Dieser Umstellungsprozeß kann schließlich eine ganz erhebliche Beschleunigung der Geldzirkulation hervorrufen. Die Beschleunigung der Geldzirkulation wäre hiernach keine Ursache der potenzierten Geldentwertung, sondern eine Folge der letzteren, eine Art Anpassung an die veränderten Verhältnisse. Dabei ist es theoretisch durchaus denkbar, daß eine solche Entwicklung auch in einem isolierten Staate Platz greift. Wie die Dinge aber tatsächlich liegen, wirken hierbei weltwirtschaftliche Verflechtungen mächtig mit. Die Bewertung des Geldes eines Inflation treibenden Landes im Ausland, gerade wenn sie ungünstiger ist, als es dem tatsächlichen Umfang beziehungsweise dem Tempo der Emissionen entspricht, erweist sich als ein Faktor, der das inländische Preisniveau in die Höhe treibt. Auf einer bestimmten Stufe der Inflation ist es der Außenwert des Geldes, der seinen Binnenwert bestimmt, und nicht umgekehrt. Ich nehme da auf bekannte, durch keine theoretische Konstruktion wegzudekfretierende Zusammenhänge Bezug.

Die wahre Kausalkette ist also meines Erachtens: Mißtrauen, daher unverhältnismäßig starkes Emporschneiden der Wechselkurse, als Folge davon Preise und Löhne im Inland, die in keinem Verhältnis mehr zur tatsächlichen Vermehrung des Geldumlaufs stehen, woraus — ein weiteres Glied in der Kausalkette — Geldknappheit entsteht, die dann eine so oder anders sich äußernde Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes herborrust. Mit dieser Auffassung stelle ich mich keineswegs auf die Seite jener, die, wie Helfferich, das Preisniveau schlechterdings nicht als Folge, sondern als Ursache betrachten. Noch in der sechsten Auflage seines Werkes „Das Geld“, die im vorigen Jahr erschienen ist, verteidigt Helfferich diesen Standpunkt. Er stützt sich dabei nicht zuletzt gerade auf die uns beschäftigende Tatsache der Disproportionalität von Geldvermehrung und Preisniveausteigerung — als ob auf volkswirtschaftlichem Gebiet eine Proportionalität zwischen Ursache und Wirkung immer verbürgt wäre —, und er über sieht dabei, daß es in letzter Instanz doch die Inflation ist, die am Anfang der Kausalkette steht. Denn wodurch wird das Mißtrauen, wodurch die ungünstige Bewertung des Geldes eines Papierwährungs landes im Ausland erzeugt, wenn nicht durch eine unverhältnismäßig starke Vermehrung seines Geldumlaufs? Es verdient angemerkt zu werden, daß Helfferich von seiner Auffassung behauptet, sie befände sich in einem Gegensatz zu der „weitverbreiteten“ Auffassung der anders Denkenden. Bresciani hingegen bezeichnet die von Helfferich vertretene Lehrmeinung als „Teoria tedesca“ und stellt sie der „Teoria interalleata“ entgegen — man muß sagen: leider Gottes mit Recht, denn erst neuerdings mehren sich bei uns die Zeichen einer deutlichen Absage an diese offizielle und offiziöse Erklärung unseres Währungsverfalls.

Um die Disproportionalität zwischen Geldvermehrung und Preisniveausteigerung, die sich in einer bestimmten Phase der Inflation einstellt, begreiflich zu machen, braucht man nicht die Quantitätstheorie auf den Kopf zu stellen. Es gilt vielmehr, ihr eine Fassung zu verleihen, die der Vorstellung Raum gibt, daß es für die Höhe des Geldwertes nicht ausschließlich auf die Menge der tatsächlich ausgegebenen Noten ankommt, sondern zugleich auf den voraussichtlichen Umfang künftiger Emissionen. Die Meinungen der Menschen über die Gestaltung der Währungsverhältnisse in der Zukunft spielen hierbei mit. Das Moment des Vertrauens beziehungsweise Mißtrauens macht sich als selbständiger Faktor neben der tatsächlichen Geldmenge gel-

tend. Es handelt sich da um eine Erscheinung, die für das ökonomische Gebiet, ja für das Gebiet des menschlichen Lebens überhaupt von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Mir fällt das Wort eines griechischen Weisen ein, das Schopenhauer einmal zitiert, daß die Menschen nicht sowohl durch Tatsachen als vielmehr durch die Meinungen, die sie sich über die Tatsachen bilden, in Schrecken versetzt werden. Ταράττει τοὺς ἀνθρώπους οὐ τὰ πράγματα, ἀλλὰ τὰ περὶ τῶν πραγμάτων δόγματα. Was unsere Frage, die Frage des Geldwertes, anlangt, so kommen hierfür gleichzeitig Tatsachen und Meinungen, πράγματα καὶ δόγματα, in Betracht. Solch eine Auslegung der Quantitätstheorie stellt nichts Neues dar. Ich verweise namentlich auf Adolph Wagner, der zwischen einer „mechanischen“ und einer „psychologischen“ Wirkung der Geldmenge auf die Preise unterscheidet. Seiner Terminologie will ich nicht das Wort reden. Aber in der Sache folge ich ihm durchaus. Wagner ist es auch gewesen, der das Moment des Vertrauens für die Frage des Geldwertes immer wieder betont hat, und ich muß gestehen, daß es mich einigermaßen überrascht hat, heute aus dem Munde eines Kanners der Geldliteratur wie Herr Kollege Palhi zu hören, daß dieser Gesichtspunkt erst neuerdings zur Geltung gebracht worden sei. Ich erinnere dazu nur an die bekannte Polemik zwischen Karl Menger und Wagner. Viel früher, zu Beginn des 19. Jahrhunderts, hat Henry Thornton in seinem Werk „An enquiry into the nature of the paper credit of Great Britain“, das im Jahre 1802 erschienen ist, mit besonderer Bezugnahme auf den Fall der französischen Assignaten die Behauptung aufgestellt, daß neben der Geldmenge der Grad des Vertrauens zu der betreffenden Geldart auf deren Wert, somit auf das Preisniveau von Einfluß sei. Aber es lag Thornton fern, zu behaupten, daß die Wirkung des schwindenden Vertrauens sich durch das Medium einer erhöhten Umlaufgeschwindigkeit des Geldes durchsetze. Er lehrt umgekehrt, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes um so größer sei, je größer das Vertrauen zu ihm sei. Und wenn Albert Hahn in seinem neuesten Aufsatz Thornton das Gegenteil sagen läßt, so beruht das auf einem Mißverständnis. Als ich die betreffende Stelle bei Hahn las, stiegen mir sofort Zweifel auf. Es war mir so, als ob ich bei Thornton gelesen hätte, daß das Vertrauen das Geld schneller zirkulieren lasse. Ich griff zu meinen Notizen und fand das bestätigt. Ich schlug dann die „Kritische Dogmen-geschichte der Geldwerttheorien“ von Friedrich Hoffmann nach und

ſand wiederum, daß Thornton zufolge das Vertrauen die Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes, einerlei ob Metall- oder Papiergeld, erhöhe und nicht herabdrücke. Schließlich, um ganz sicher zu gehen, holte ich mir von der Staatsbibliothek das Werk selbst und entdeckte an den in Frage kommenden Stellen — Hahn gibt die Seitenzahlen nicht an — nichts, was Hahns Darstellung bestätigen könnte.

Mit dieser Bemerkung über Thornton habe ich das dogmengeschichtliche Gebiet betreten. Es scheint mir von Interesse zu sein, noch mit einigen Worten darauf einzugehen, von wem denn die Ansicht herstammt, daß auf einer bestimmten Stufe der Inflation unter dem Einfluß eines schwindenden Vertrauens zur Währung die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes sich erhöhe. Neben Thornton zitiert Hahn noch den Bullion Report von 1810. Auch hier fehlt die Seitenzahl, aber die Worte „unter Hinweis auf die Geldverfassung der britischen Kolonien in Nordamerika und die Assignaten in Frankreich“ bei Hahn¹⁾ erleichtern das Auffinden der in Frage kommenden Stelle (siehe E. Cannan, The paper pound of 1797—1821. A reprint of the Bullion Report, London 1919, S. 36). Da ist davon die Rede, daß in fremden Ländern, nicht in England, neben einem Übermaß von Papiergeld noch der Mangel an Vertrauen zur Geldentwertung beträgt, und es heißt im Anschluß daran: „Wenn diese beiden Umstände, Übermaß und Mangel an Vertrauen, sich verbinden, wirken sie zusammen und führen viel schneller den Effekt (nämlich die Geldentwertung) herbei als in dem Fall, wo derselbe Effekt einzig durch ein Übermaß von völlig vertrauenswürdigem Papiergeld erzeugt wird.“ Hier ist also die Schnelligkeit gemeint, mit der die Geldentwertung eintritt. Das ist etwas ganz anderes als die Schnelligkeit, mit der das Geld umläuft, und die Schnelligkeit, mit der Dr. Hahn — ich will ihm nicht zu nahe treten — die Texte zu überfliegen scheint, die er für seine Arbeiten verwertet, ist ein drittes.

Auch Kehnes ist der dogmengeschichtlichen Frage, die uns jetzt beschäftigt, nachgegangen. Er zitiert hierzu einen Artikel von Cannan

¹⁾ Hahn sagt (Arch. f. Soz.-Wiss. u. Soz.-Pol. 52, 2, S. 297): „Im Bullion Report wird ebenso ausdrücklich die die Geschwindigkeit des Umlaufs steigernde und dadurch geldwertsenkende Wirkung des mangelnden Vertrauens, das der Wirkung der Geldvermehrung abäquat (sic!) sei, unter Hinweis auf die Geldverfassung der britischen Kolonien von Nordamerika und die Assignaten in Frankreich geschildert.“

aus dem Jahre 1921 und einen Artikel von Lehfeldt aus dem Jahre 1922. Demnach würde es sich um eine Lehrmeinung handeln, die erst in allerjüngster Vergangenheit aufgekommen bzw. klar zum Ausdruck gebracht worden ist. Walré de Bordes nennt Schumpeter als denjenigen, der „bereits 1918“ — also wohl als erster — verkündet hätte (er gebraucht das Wort „announce“), daß bei hochgradiger Inflation eine erhöhte Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes zur Verstärkung des Maßes der Geldentwertung beitrage. Es stimmt aber nicht, daß Schumpeter das behauptet hat. Er ist im Gegenteil der Meinung, daß, sofern man es mit den „wirklich zur Durchführung des Wirtschaftsprozesses getätigten Produktionsmittel- und Konsumgüterkäufen“ zu tun hat, „Veränderungen der Kaufkraft, auch wenn vorhergesehen, nicht auf die Umlaufsgeschwindigkeit wirken und dadurch noch verstärkt werden können“ (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 44, S. 683—684, Fußnote). Schumpeter tritt also gegen die in Frage stehende theoretische Auffassung auf, und er tut das mit ausdrücklicher polemischer Bezugnahme auf Irving Fisher. Das wird manchen von Ihnen überraschen; sicherlich wird es Herrn Dr. Hahn überraschen, der behauptet, daß Fisher „die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes als etwas lediglich durch Gewohnheit und Bequemlichkeit des Publikums, also technisch, nicht wirtschaftlich Bedingtes ansieht“ und „an keiner Stelle die Möglichkeit einer Veränderung jener Gewohnheit durch Urteile über die Qualität des Geldes erwähnt“.

Wie verhält es sich nun tatsächlich mit Fishers Standpunkt? Fisher unterscheidet zwischen einem normalen Zustand und Übergangsperioden, und wenn er für den normalen Zustand mit aller Entschiedenheit an dem passiven Charakter der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes festhält, so behauptet er mit Bezug auf gewisse Übergangsperioden etwas anderes: da suchen, meint er, alle das Geld, zu dem sie das Vertrauen verloren haben, los zu werden; dadurch erhöhe sich die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes (siehe Seite 63 des Originals der ersten Ausgabe), und er beruft sich hierzu in einer Fußnote auf den französischen Statistiker Pierre des Essars, der bereits im Jahre 1895, wenn nicht für das Geld, so doch für die Depositen, den Nachweis erbracht hätte, daß die Umlaufsgeschwindigkeit in Krisenjahren zunehme. Fisher gebraucht den Vergleich mit einer reifen Frucht, die in unseren Händen zu verfaulen drohe, und die man deshalb los zu werden suche. Reife Frucht, vergifteter Gegenstand, Schwarzer Peter

sind in diesem Falle Synonyma. Demnach findet sich die Ansicht, daß unter dem Einfluß des Misstrauens zur Währung, unter dem Einfluß einer ungünstigen Beurteilung der Qualität des Geldes seine Umlaufsgeschwindigkeit sich erhöhe, jedenfalls schon im Jahre 1911 bei Fisher. In dem Werke B. M. Anderssons „The value of money“ (1922) ist eine Äußerung von Wicksteed aus dem Jahre 1910 wiedergegeben, die dahin lautet, daß die Umlaufsgeschwindigkeit des Papiergebdes unter dem Einfluß alarmierender Gerüchte sich zu erhöhen pflege.

Mehr kann ich heute zu der geschichtlichen Seite der Angelegenheit nicht sagen. Ich vermute, daß Wicksteed Vorgänger hat. Jedenfalls ist der Gedanke nicht so alt, wie es Hahn behauptet, und auch nicht so neu, wie es Kehnes anzunehmen scheint.

Ich möchte zu meinen Darlegungen noch zwei Ergänzungen machen. Die eine betrifft die Frage, ob es überhaupt gestattet sei, mit dem Begriff der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes zu operieren, die andere die Frage, ob meine Ausführungen mutatis mutandis auch im Falle der Deflation gelten sollen.

Zur ersten Frage will ich bemerken, daß ich die grundsätzlichen Bedenken gegen das Operieren mit dem Begriff der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes nicht teile, und daß mich in dieser Beziehung auch die im Jahre 1923 erschienene Schrift von Josef Feilen „Die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. Untersuchungen zur Gegenstandstheorie und Kategorienlehre der Geldwirtschaft“ nicht umzustimmen vermocht hat. Das Ergebnis — um nur das zu erwähnen —, zu dem Feilen in bezug auf die Verwertbarkeit dieses Begriffes gelangt, ist ein rein negatives. Er sagt: „Wenn ... die Quantitätsgleichung (gemeint ist die sogenannte Verkehrsgleichung) als gleichgeartete Glieder ‚Größen‘, wie sie glaubt: M (Geldmenge) und U (Umlaufsgeschwindigkeit) verwendet, dann ist das ein Irrtum; denn Umlaufsgeschwindigkeit ist niemals als ‚Größe‘, das heißt als ein definites Element fassbar. Das gilt für die Quantitätsgleichung in der Ruhe und erst recht in der Bewegung, das heißt die eigentliche Quantitätstheorie“; denn es ist a priori und notwendig ausgeschlossen, daß eine ‚Multiplikation‘ von Größenfaktoren mit indefiniten Bestandteilen eindeutig definite Folgerungen ergeben soll. Man kann nicht Nüsse mit Datteln multiplizieren, um hinterher nur Nüsse herauszubekommen, ganz ebenso kann man auch nicht definite Größen wie die Geldmenge mit dem indefiniten dynamischen Faktor Umlaufs-

geschwindigkeit multiplizieren, um hinterher Größen herauszubekommen, das heißt definite Ergebnisse.“ Diese Stelle ist eine Probe der Feilenschen „philosophischen“ Darstellungsweise. Aber diese philosophische Verbrämung darf über die Richtigkeit der Gründe, die Feilen gegen den Begriff der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes vorbringt — ja, ich möchte fast sagen: über die wissenschaftliche Wertlosigkeit seiner Darlegungen —, nicht hinwegtäuschen, davon nicht zu reden, daß Feilen philosophische Begriffe und Termini nicht immer richtig anwendet; es geht ihm übrigens auch die Sicherheit im Gebrauch von Fremdwörtern, die mit der Philosophie nichts zu tun haben, zum Teil ab. (Beispielsweise sagt er „bindizieren“, wenn er „imputieren“ meint.) Wenn es sich wirklich aus allgemeinen Erwägungen heraus beweisen ließe, daß das Multiplizieren der umlaufenden Geldmenge mit der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes zu Ungereimtheiten führt, so müßte das auch in einfachen Fällen, zum Beispiel in dem von mir konstruierten Fall, zutreffen. Aber da haben wir gesehen, daß man durch Division der Umsatzziffer durch die Geldmenge sehr wohl eine Größe erhält, die die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes ausdrückt. Also gibt in diesem Fall das Produkt von Geldmenge mal Umlaufsgeschwindigkeit ohne weiteres die Umsatzziffer. Was hat das in aller Welt mit Erkenntnistheorie und Metaphysik, mit Gegenstandstheorie und Phänomenologie zu tun? Da brauchen wir nationalökonomischen Theoretiker uns nicht erst von Meinong oder Husserl, geschweige denn von ihren Jüngern, eine Lizenz zur Ausübung unseres Handwerks zu holen. Wir zimmern uns das begriffliche Rüstzeug, dessen wir bedürfen, aus eigenem Recht zusammen. Und uns sind die Schwierigkeiten, auf die man beim Operieren mit dem Begriff der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes stößt, längst bekannt.

Wenn es aber auch unter uns Gegner dieses Begriffes gibt, so glaube ich, daß sie dabei eines übersehen: nämlich, daß auch die anderen Elemente, mit denen speziell die Quantitätstheorie operiert, keineswegs eindeutig-und unbestritten feststehen, sobald man an etwas kompliziertere Verhältnisse herantritt. Was ist und was ist nicht zum Geld zu rechnen? Wie ist das Preisniveau zu bestimmen? Was ist unter Handels- bzw. Umsatzvolumen zu verstehen? Auch hier liegen sowohl für die Theorie wie für die Statistik Probleme vor — genau ebenso wie bei der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes.

Schließlich einige Worte über den Fall, der dem von mir be-

trachteten gerade entgegengesetzt ist: den Fall der Deflation, in deren Verlauf sich die Geldzirkulation verlangsamt und der Preisabbau rascher als die Kontraktion der umlaufenden Geldmenge vor sich geht. Wenn man etwa aus meinen Ausführungen schließen wollte, daß ich auch für diesen Fall die Bedeutung der veränderten Umlaufsgeschwindigkeit als Ursache oder als einer der Ursachen der Preisniveaumverschiebung nicht zugebe, so wäre das etwas voreilig. Die beiden Fälle liegen keineswegs so, daß das, was von dem einen gilt, auch von dem anderen gelten würde, nur mit umgekehrtem Vorzeichen. Während nämlich in Zeiten der Inflation der Verbrauch der in den Haushaltstassen angesammelten Reserven keinen nachhaltigen Einfluß auf das Preisniveau ausüben kann, weil diese Reserven bald erschöpft sind, stellt im entgegengesetzten Fall die Auffüllung der Kassen bzw. die Fernhaltung der Reserven vom Markt der Konsumartikel, namentlich durch deren Anlegung als Sparkassenguthaben bei Kreditanstalten, einen Prozeß dar, der sich auf eine unbekannte Zeit hinaus fortsetzen kann. Im übrigen ist diese Möglichkeit nicht nur im Fall der eigentlichen Deflation, sondern auch im Fall einer Stabilisierung der Währung ohne Stillsetzung der Notenpresse gegeben, wofür Österreich ein Beispiel bietet. Hier handelt es sich darum, daß eine Hebung des Preisniveaus durch das Einsetzen einer intensiveren Spartätigkeit vermieden wird. In diesen beiden Fällen bietet sich für den Theoretiker eine zweifache Möglichkeit dar: man kann sie sub specie sowohl einer verlangsamten Geldzirkulation wie auch einer verminderten Geldmenge betrachten, letzteres mit der Maßgabe, daß man von der gesamten Menge der ausgegebenen Geldzeichen den immobilisierten bzw. von dem Markt der Konsumartikel ferngehalstenen Teil absondert.

Der Fall der eigentlichen Deflation ist von Keynes in seinem Traktat über die Währungsreform behandelt worden. Und das geschieht bei ihm an der Hand einer bestimmten algebraischen Formel, auf die er die Quantitätstheorie bringt. Es würde viel zu weit führen, wollte ich darauf näher eingehen; es würde mindestens noch ebensoviel Zeit in Anspruch nehmen, als ich schon gesprochen habe. Ursprünglich hatte ich die Absicht, gerade diese von Keynes vertretene Variante der Quantitätstheorie zum Gegenstand meines Referates zu machen, und nur mit Rücksicht darauf, daß der Herr Vorsitzende unseres Unterausschusses mich brieflich gebeten hat, darauf zu achten, daß der Vortrag nach Möglichkeit verständlich aussalle, habe ich mich für ein Schriften 170. — Verhandlungen 1924.

anderes, weniger abstraktes Thema entschlossen. Das ist erst in den letzten Tagen geschehen. So bitte ich denn, bei der Beurteilung des von mir Gebotenen die Kürze der Vorbereitungszeit, die mir zur Verfügung gestanden hat, mir als mildernden Umstand anrechnen zu wollen.

(Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender: Im Namen der Vereinigten Unterausschüsse für Theorie und für Finanzwissenschaft spreche ich dem Herrn Referenten den herzlichen Dank für seine tiefgründigen und erschöpfenden Darlegungen aus.

Ehe ich das Wort zur Diskussion erteile, möchte ich in Vertretung des Vorsitzenden unserer heutigen ersten Stunde etwas nachholen.

Es ist eine Berichtigung von statistischen Ziffern des Herrn Reichsministers Gothein durch Exzellenz von der Lehre vorgenommen worden, bei welcher Herr von der Lehre feststellte, daß Herr Gothein nicht anwesend sei. Tatsächlich hat Herr Gothein gestern schon abreisen müssen. Infolgedessen ist es ihm nicht möglich, hier seinen Standpunkt zur Geldung zu bringen.

Wir müssen also davon Kenntnis nehmen, daß diese beiden Autoritäten hinsichtlich der Ziffern differiert haben, und daß sie sich selbst künftig darüber auseinanderzusehen haben.

Prof. Dr. v. Mises-Wien: Ich habe über Ersuchen einiger Herren in ihrem und in meinem eigenen Namen das Wort zur Geschäftsausordnung erbeten, um für unbeschränkte Redezeit einzutreten. In dem mehr als fünfzigjährigen Bestande des Vereins für Sozialpolitik geschieht es heute zum ersten Male, daß Währungsfragen erörtert werden. Aus allen Teilen des Reiches, aus Österreich, aus der tschechoslowakischen Republik und aus Danzig sind hier Volkswirte zusammengekommen, um über diese Frage zu sprechen, und der Wunsch ist allgemein, daß allen Anwesenden Gelegenheit gegeben werde, so viel zu sagen, als sie darüber zu sagen haben, auch auf die Gefahr hin, daß die Sitzung sich bis in den Abend hinein erstrecken werde.

Vorsitzender: Die Redner mögen das Prinzip der Wirtschaftlichkeit hochhalten.

Bis jetzt sind zwölf Redner vorgemerkt. Die drei Referenten haben nachher in umgekehrter Reihenfolge ihrer Referate das Schlußwort.

(Zuruf: Bitte die Namen der Redner zu nennen.)

Es sind die Herren: v. Mises, Bernhard, Cohen, Bortkiewicz, Hahn, Bräuer, Goldscheid, Budge, Pistorius, Möller, Eucken, Exzellenz von Spitzmüller.

(Fünf Minuten Pause.)

Professor Dr. v. Mises-Wien: Nach dem Antrag zur Geschäftsordnung, den ich soeben vertreten habe, werden Sie wohl befürchten, daß meine Rede länger währen wird als erträglich. Doch ich will Sie gleich beruhigen. Ich habe den Antrag nicht gestellt, um für mich selbst, sondern um für die folgenden Diskussionsredner die Beschränkung der Redezeit zu beseitigen. Ich selbst bin ja in der angenehmen Lage, auf ein umfangreiches schriftliches Gutachten hinzuweisen zu können, das in den Vereinsschriften abgedruckt wurde und Ihnen allen zugekommen ist. Ich darf und muß mich daher kürzer fassen als die übrigen Redner und berufe mich, wie die Rechtsanwälte vor Gericht, auf die Ausführungen meines schriftlichen Gutachtens.

Herr Geh. Rat Diehl hat heute vormittag die skeptische Meinung geäußert, daß alles Reden der Theoretiker nichts nütze sei, wenn in der Praxis doch etwas anderes, und zwar etwas Schlechteres geschehe. Ich glaube, daß diese Skepsis nicht berechtigt ist; ich glaube, daß im Guten und Bösen die Idee und die Theorie allmächtig sind. Die Theorien und Ideen, die die Inflationspolitik der letzten Jahre geleitet haben, erfreuen sich nicht meiner und, wie ich glaube, auch nicht Ihrer Sympathie; doch darum können wir nicht leugnen, daß auch die Inflationspolitik von Ideen und Theorien, mögen es auch falsche Theorien und schlechte Ideen gewesen sein, geleitet war. Herr Dr. Somarh hat gefragt, wer denn 1871 hinter der Weigerung der Bank von Frankreich, sich allen weitgehenden Wünschen der französischen Regierung zu fügen, gestanden sei, und hat gemeint, der Widerstand der Bank von Frankreich wäre nur durch ihre Verfassung möglich gemacht worden, die sie von der Regierung unabhängig stellte. Gewiß hat für die verhältnismäßig größere Festigkeit der Bank von Frankreich 1871 und auch noch später die Tatsache eine große Bedeutung gehabt, daß ihre Funktionäre von den Anteilseignern abhängig waren und nicht, wie bei der Deutschen Reichsbank, einfach Staatsbeamte. Doch das war nicht das Entscheidende. Entscheidend war, daß die währungspolitische Ideologie zu jener Zeit in Frankreich eine ganz andere war als 1914 und später in Deutschland und überhaupt in Europa. In der

Währungspolitik Frankreichs herrschte damals jener Geist, der sich in dem klassischen Dokumente der französischen Notenbankpolitik, in der „Note du Havre“ des Grafen Mollien, äußert. In ihr herrschten die Ideen von Chevalier und Wolowski, wie denn auch in Thiers', des geistigen Repräsentanten des politischen Frankreich jener Tage, historischen und wirtschaftspolitischen Schriften der Ricardianismus klar zutage tritt. Daß die währungspolitischen Ideen von 1914 auf einem ganz anderen Boden standen, ist allgemein bekannt. Jeder Fehler, den die Währungspolitik der europäischen Staaten seit 1914 begangen hat, war im währungspolitischen Schrifttum sorgfältig vorbereitet worden. Es gab daneben eine andere, wie ich glaube, richtige Lehre. Über darüber kann kein Zweifel bestehen: herrschend war die Meinung, die die Inflationspolitik und alle ihre Fehler geschaffen hat.

Die etatistischen Anschauungen vom Geld haben aber nicht nur die Inflationspolitik herbeigeführt, sie haben auch die sozialpolitischen Begleiterscheinungen der Inflation entscheidend beeinflußt. Die Wirkungen der Geldentwertung wären ganz andere gewesen, wenn nicht die unklar-naive Vorstellung von einer „Wertstabilität“ des Geldes, auch des sich von Tag zu Tag entwertenden Kreditgeldes, der uneinlöslichen Banknote, geherrscht hätte. Denn die allgemein sozialpolitischen Wirkungen der Geldwertveränderungen setzen diese Vorstellung der Wertstabilität voraus; indem die wirtschaftenden Subjekte das Verkehrte dieser Vorstellung durchschauen und zur Goldrechnung übergehen, schalten sie die allgemein volkswirtschaftlichen Wirkungen der Noteninflation aus. Daß die weiten Schichten der Bevölkerung heute in diesem Punkte aufgeklärt sind, ist der wirksamste Schutz gegen allzu baldige Wiederholung der Inflationsexperimente.

Wir können auf unserer Tagung einen bemerkenswerten Fortschritt in der Richtung der Entmerkantilisierung des nationalökonomischen Denkens feststellen. Die handelspolitische Debatte, die gestern nachmittag und heute morgen hier durchgeführt wurde, hat gezeigt, daß die schützöllnerischen Ideen auch in diesem Kreise viel, wenn nicht alles, von ihrer alten Zugkraft verloren haben. Und nicht anders ist es auf dem Gebiete der Geldtheorie. Von der Bildfläche verschwunden sind alle Anhänger der staatlichen Theorie des Geldes,

(Zwischenrufe: „Oho!“)

und manche, die noch vor kurzem für die Beseitigung der Goldwährung eingetreten sind, treten heute für Goldrechnung und Goldwährung

ein. Die Zahl der Anhänger jener, die die Goldwährung als eine verderbliche Erfindung Englands zum Schaden der übrigen Völker bezeichnen, ist heute viel kleiner als noch vor wenigen Jahren. Man kann ruhig sagen, daß die Zahlungsbilanztheorie der Wechselkurse heute keine Anhänger mehr findet. Das ist ein Fortschritt, der uns mit einem gewissen Vertrauen in die währungspolitische Zukunft blicken läßt.

Die Währungsverfassung, der alle europäischen Länder mit entwertetem Gelde heute zustreben, ist die Goldkernwährung oder, was, solange die Vereinigten Staaten bei der Goldwährung verbleiben, daselbe ist, die Dollarkernwährung. Österreich ist schon vor zwei Jahren zur Dollarkernwährung übergegangen, Deutschland ist ihm nachgefolgt, und andere Länder werden noch später nachfolgen. Eine Ausnahme bildet, soweit ich ersehen kann, vorläufig nur Ungarn, das aus besonderen Gründen nicht der Dollarkernwährung, sondern der Pfundkernwährung zustrebt. Für alle Währungspolitiker, die in den Inflationsländern die Stabilisierung anstreben, gilt als ausgemacht, daß man in Zukunft vom effektiven Goldumlauf im inländischen Verkehr abzusehen habe, und daß die Währungsreserve entweder ganz oder doch zum größeren Teil nicht in effektivem Gold, sondern in Devisen zu halten sei. Das ist, vom finanziellen Standpunkt der betreffenden Länder gesehen, jedenfalls das billigste. Ein in Devisen angelegter Währungsreservefond leistet unter den gegebenen Verhältnissen dieselben Dienste wie ein in effektivem Gold angelegter, und man erspart dabei wesentlich an Kosten; denn der Goldschatz liegt zinslos in den Kellern der Bank, die Devisen aber tragen Zinsen.

Diese Währungsverfassung setzt aber voraus, daß die Vereinigten Staaten gewillt sind, die Ehre, die ihnen in diesem Plane zuguteholt wird, den Goldvorrat der ganzen Welt zu besitzen und zu verwahren, auch entsprechend zu bezahlen. Denn für die Vereinigten Staaten bedeutet dieses System, daß sie die Kosten der Haltung der gesamten Goldreserve auf sich nehmen, und es kann leicht sein, daß die Vereinigten Staaten nicht gewillt sein werden, diese Last auf die Dauer zu tragen. Es könnte sein, daß sie die Forderung aufstellen, daß auch die anderen Staaten der Welt zur Haltung einer effektiven Goldreserve übergehen, wobei ja nicht unbedingt an eine effektive Übertragung des Goldes aus den Vereinigten Staaten nach Europa gedacht werden muß. Es würde zum Beispiel für den finanziellen Zweck, den

die Vereinigten Staaten mit dieser Forderung anstreben würden, genügen, wenn die betreffenden Goldvorräte in den Vereinigten Staaten unverzinslich für Rechnung der betreffenden europäischen Regierungen und Nationalbanken lagern. Daß die Vereinigten Staaten in ihrer gegenwärtigen finanziellen Vormachtposition, die das Referat des Herrn Dr. Somary klar dargelegt hat, imstande sind, eine derartige Forderung ohne weiteres durchzusetzen, bedarf keiner näheren Begründung.

Die Befürchtung, die von verschiedenen Seiten ausgesprochen wurde, daß die Rückkehr der Inflationsländer zur Goldwährung eine Verteuerung des Goldes und demgemäß ein Sinken der Warenpreise nach sich ziehen werde, scheint mir nicht ganz berechtigt. Es ist anzunehmen, daß die Währungspolitik der Vereinigten Staaten jene Goldbeträge, die aus den Vereinigten Staaten nach Europa zur Wiederherstellung der Währungen abgegeben werden, durch eine entsprechende Erweiterung der Umlaufsmittelzirkulation ersetzen werden, so daß eine Rückwirkung auf die Kaufkraft des Goldes ausbleiben wird. Die großen Goldbestände der Vereinigten Staaten stellen einen Hort dar, dem man zwar nicht jene Funktion zuschreiben darf, den die Banking-Theorie seinerzeit irrigerweise den Horden zugeschrieben hat, der aber dem Eingreifen der Politik der Vereinigten Staaten die Möglichkeit bietet, einer drohenden Goldverteuerung bewußt zu begegnen.

Der Herr Vorsitzende des Unterausschusses hat mich aufgefordert, ich möchte auch die Frage besprechen, ob von den Anleihebeträgen, die nach Deutschland einströmen, nicht eine neue Inflation zu befürchten sei. Ich möchte darauf mit einem entschiedenen Nein antworten. Solange ein Land effektiv die Barzahlungen aufrechterhält, kann das Einströmen von Devisen aus dem Auslande, auf welchem Wege und aus welchem Grunde auch immer es erfolgt, niemals auf die Dauer inflationistische Folgen nach sich ziehen. In einem Lande mit rein metallischer Währung oder mit einer Notenwährung, die jederzeit zur Relationsparität gegen Gold und ausländisches Geld einlösbar ist, kann niemals eine national begrenzte Inflation Platz greifen. Wenn die einströmenden Devisen in deutsche Noten umgetauscht werden, in dieser Gestalt in den Verkehr gelangen und die Preise emportreiben, dann muß der Ausgleich auf dem Wege eintreten, den die Quantitätstheorie Ricardos beschreibt. Nur Devisen, die von der Notenbank, die sie zur Grundlage von Notenausgabe gemacht hat,

eingesperrt und nicht zur bedingungslosen Einlösung der Noten verwendet werden, können eine auf das Staatsgebiet begrenzte Inflation hervorrufen. Solange in einem Lande durch die strikte Einlösung der Noten faktisch Goldwährung herrscht, kann in ihm von keiner anderen Inflation die Rede sein als von einer solchen, die die ganze Welt gleichmäßig erfaßt. Ich halte diese Feststellung für außerordentlich wichtig, weil schon heute bei den Notenbanken die Absicht bestehen dürfte, die effektive Einlösung der Noten durch allerlei banktechnische Kunststücke, wie sie in den letzten Jahren vor dem Kriege das Um und Auf der Bankpolitik gebildet haben, in irgendeiner Weise zu „mildern“, und weil mitunter selbst die Absicht besteht, die Devisenverordnungen mit in das neue Währungssystem hinüberzunehmen. Man kann nicht eindringlich genug vor solchen Mißgriffen warnen.

Erzellenz von Spizmüller hat gestern getadelt, daß die österreichische Nationalbank nur auf die Stabilität des Dollarwertes Rücksicht nehme, nicht aber auch auf die Stabilität der Warenpreise. Ich glaube nicht, daß Herr Spizmüller ernstlich daran denkt, ein System vorzuschlagen, bei dem ohne Rücksicht auf die notwendigerweise sich ergebenden Schwankungen der Devisenkurse auf die Erhaltung der Stabilität des inländischen Preisniveaus Rücksicht genommen wird. Die Preissteigerungen, die wir in Österreich seit der Stabilisierung vor sich gehen sehen, ergeben sich aus der notwendigen Anpassung der Preise an die Weltmarktpreise, wobei freilich beachtet werden muß, daß infolge der enormen steuerlichen Belastung aller Produktionsmöglichkeiten in Österreich die Nominalpreise im Lande sich beträchtlich höher stellen müssen als auf dem Weltmarkt. Daß der Notenumlauf im letzten Jahre beträchtlich gewachsen ist, ohne daß der Bank die Aufrechterhaltung der faktischen Noteneinlösung unmöglich gemacht wurde, zeigt, daß die Volkswirtschaft heute wieder mehr österreichisches Geld benötigt; das ausländische Geld, das im Sommer 1922 schon einen beträchtlichen, vielleicht den größeren Teil des österreichischen Geldbedarfes befriedigte, ist nun, da das Vertrauen zur österreichischen Geldpolitik wiedergekehrt ist, durch österreichisches Geld ersetzt worden.

Zum Schluß möchte ich noch eines bemerken. Es ist heute hier davon gesprochen worden, daß man im Auslande die falschen Lehren vom Gelde, die die Grundlage der Inflationspolitik gebildet haben, als die deutsche Geldlehre bezeichnet. Ich vermag nicht zu bestreiten, daß diese Lehre in Deutschland großen Anklang gefunden hat, ich kann

aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Gegnerschaft gegen die Quantitätstheorie nicht deutschen Ursprungs ist, sondern nach Deutschland importiert wurde. Wir haben zum Schutze der Währung unsere Grenzen gegen verschiedene Luxuswaren gesperrt, angeblich, um die Zahlungsbilanz zu verbessern. Ich habe in meinem schriftlichen Referat zu zeigen versucht, was ja auch von vielen anderen hochgeschätzten Fachgenossen geschehen ist, daß keine Wareneinfuhr unserer Währung gefährlich werden konnte, und daß nicht die Ungunst der Zahlungsbilanz, sondern die Inflation schuld an der Geldentwertung trug. Es war keine ausländische Ware, die unsere Währung verschlechtert hat, sondern eine ausländische Lehre, die Bekämpfung und Leugnung der Quantitätstheorie, die wir mit der Banking-Theorie übernommen haben. Nicht ohne ein schmerzliches Gefühl können wir daran denken, daß die großen Einbußen, die wir in den letzten Jahren durch die Geldentwertung erlitten haben, hätten vermieden werden können, wenn unsere Währungspolitik sich von anderen Gesichtspunkten hätte leiten lassen.

Vor drei Jahren besuchte ein Fachkollege aus dem Reiche — er ist hier im Saale anwesend — Wien und nahm an einer Diskussion einiger Wiener Nationalökonomen teil, in der volle Einhelligkeit über das Verderbliche der Inflationspolitik herrschte. Als wir dann am stillen Abend durch die Herrengasse nach Hause gingen, da hörten wir das dumpfe Dröhnen der Druckereimaschinen der Österreichisch-Ungarischen Bank, die unablässig Tag und Nacht neue Noten herstellten. Ein großer Teil der industriellen Betriebe des Landes feierte, andere arbeiteten mit verkürzter Arbeitszeit, nur die Notenpresse war in vollem Gange. Hoffen wir, daß die industrielle Tätigkeit in Deutschland und Österreich wieder jenen Umfang erreichen wird, den sie vor dem Kriege hatte, und daß jene spezifische Kriegs- und Inflationsindustrie des Notendruckes nützlicheren Tätigkeiten Platz machen wird.

(Beifall.)

Chefred. Georg Bernhard-Berlin¹⁾: Meine Herren! Herr v. Mises hat der optimistischen Ansicht Ausdruck gegeben, daß der beste Schutz gegen eine Wiederholung der Inflation die Erfahrung der letzten

¹⁾ Der Redner fand keine Zeit, die stenographische Niederschrift für den Druck durchzusehen. Er hat sich schließlich stillschweigend damit einverstanden erklärt, daß der Text dieser und seiner nachfolgenden Reden nach der Niederschrift des Stenographen gedruckt werde. Der Schriftführer.

Jahre sei, und er meinte, daß die Erkenntnis, die wir alle auf dem Gebiet der Inflation und des Schutzes gegen Schädigungen durch die Inflation erlangt haben, heute wohl weitere Schädigungen durch inflationistische Maßnahmen verhindern werde. Ich kann diesen Optimismus nicht teilen. Ich weiß nicht, was er unter „heute“ versteht; wenn er darunter morgen und übermorgen und überübermorgen meint, gebe ich ihm recht; wenn er aber auch noch eine Zeit von zehn Jahren einbegreift, so bin ich fest überzeugt, daß, wenn nach zehn Jahren neue inflationistische Maßnahmen getroffen werden und der Streit darüber entbrennt, wahrscheinlich dieselben Dummheiten gemacht werden, die in den letzten Jahren gemacht worden sind. Wir dürfen nicht vergessen, daß, als diese Torheiten in Deutschland gemacht wurden, die Erfahrungen nicht aus den früheren Jahrhunderten geholt zu werden brauchten, sondern unsere Maßnahmen wurden zu derselben Zeit getroffen, als wir noch Zeugen des Währungsverfalls in Russland und der Währungsvorgänge in Österreich waren. Es gehört doch ein erfreulich starker Optimismus dazu, zu glauben, daß der inflationistische Geist nun ausgemerzt sei. Aber ich führe ein Beispiel an, das viel näher liegt: das Verhalten der Deutschen und der deutschen Gelehrten gegenüber der Rentenbank. Ich weiß, ich greife hier in eine noch sehr junge Polemik ein, die sich erst vor kurzem abgespielt hat. Ich habe eigentlich nie die Erregung begriffen, die gegenüber den Artikeln des Herrn Geh. Rat Harms entstanden ist. Ich gebe zu, daß die Art des Herrn Geh. Rat Harms, sich journalistisch zu äußern, einen gewissen Widerspruch hervorruft; aber die Rentenbank an sich ist eine inflationistische Maßnahme, und daß die Art, wie die Rentenbank die angebliche Sanierung der deutschen Finanzen durchgeführt hat, eine inflationistische war, darüber kann man doch eigentlich nicht streiten. Sie war ja eine bewußte Inflation; denn das Problem war doch: Wie verschafft man zunächst einmal ohne den normalen Weg dem deutschen Reich noch gewisse Summen? Man ist dann ganz bewußt dazu gekommen, daß man noch eine gewisse Zusatzinflation gestatten müsse. Ich persönlich, der ich im Reichswirtschaftsrat bei der Beratung des Gesetzentwurfs, ich glaube als einziger, gegen die Rentenbank gestimmt habe, habe das bewußt deshalb getan, weil ich der Auffassung war, daß, wenn nicht gleichzeitig ganz besondere Schutzmaßnahmen ergrieffen werden, die Rentenbank zu einer ernsten Gefahr werden könne, und ich behaupte, daß die deutsche Währung nicht schon

durch die Rentenbank, sondern erst durch das entschiedene Eingreifen des neuen Reichsbankpräsidenten saniert und stabilisiert worden ist.

(Zustimmung.)

Das hat mit der Rentenbank gar nichts zu tun; das wurde, wenn man will, sogar gegen die Rentenbank vorgenommen.

Ich möchte auf dieses Problem hier nicht weiter eingehen, weil es zu einer weiteren Diskussion führen würde; aber ich bin überzeugt, daß, wenn nicht zur rechten Zeit der Reichsbankpräsident die Möglichkeit gehabt hätte, einzugreifen, wenn wir einen von anderen Voraussetzungen und Anschauungen ausgehenden Reichsbankpräsidenten bekommen hätten, in der Tat das Experiment der Rentenbank außergewöhnlich gefährlich geworden wäre und wir eine neue Inflation bekommen hätten. (Zustimmung.)

Meine Herren! Es ist hier gesagt worden, ich glaube von meinem Freund Somary, daß bei den verderblichen Maßnahmen in den letzten Jahren die Reichsbank nicht etwa allein bestanden hätte, daß sie sich nicht etwa nur auf die Erwerbskreise hätte stützen können, sondern daß sie ganz geschlossene, große, weite Kreise hinter sich gehabt habe, sogar Vertreter der Arbeiterschaft. Ich möchte den Werdegang etwas beleuchten und darauf hinweisen, daß der inflationistische Geist, von dem nicht nur, wie Herr Somary gesagt hat, die neuen Bankbeamten erfüllt sind, sondern auch die Währungspraktiker in den Ministerien, naturgemäß während des Krieges entstanden ist. Ich will hier die Frage der Kriegsfinanzierung Deutschlands im allgemeinen durchaus nicht aufrollen; ich stehe heute noch auf dem Standpunkt, daß der Krieg in Deutschland nicht anders finanziert werden konnte, als er finanziert worden ist, wenn man ihn überhaupt finanzieren wollte.

(Sehr richtig!)

Aber wir müssen uns darüber klar werden, daß das, was wir während des Krieges getan haben und ganz bewußt getan haben, nur eine Kette von Verstößen nicht nur gegen die Geldvernunft, sondern gegen jede Geldtheorie und gegen die Erfahrung in der Geldgeschichte gewesen ist. Ich gebe weiter zu, daß vielleicht sehr viele von uns das zunächst in dem Maße gar nicht erkannt haben. Ich entsinne mich eines Gesprächs, das ich mit Prof. Adolph Wagner vor seinem Tode hatte, in dem ich diesen alten, aber noch sehr scharfsinnigen Herrn auf das höchste erbittert und verängstigt fand. Er warf mir vor, daß wir alle, die

wir im deutschen Geldwesen mitarbeiten, nicht begreifen, um was es sich handle. Es ist mir damals zum erstenmal wieder ganz klar geworden, wie weit man sich — und ich gebe zu, bewußt — von dem Wege geldlicher Vernunft hatte abtreiben lassen. Wenn man die lange Dauer des Krieges und die Anfänge der Revolutionszeit aus rein politischen, aus Bequemlichkeitsgründen einfach die Fehler fortgeführt und vermehrt und potenziert hat — das liegt ja im Wesen der Inflation —, dann ist man sich natürlich klar, daß das geldliche Denken in Deutschland überaus verwirrt war. Eigentlich gab es in Deutschland nur eine Art von Menschen, die von Berufs wegen in ihrem eigenen Interesse gezwungen gewesen wären, dieses Übel einzudämmen und ihm abzuhelfen: die Vertreter der Bankvermögen, die Bankdirektoren. Meine Herren, ich muß allerdings hier von dieser Stelle sagen, daß nichts in den letzten Jahren und im letzten Jahrzehnt so sehr versagt hat wie die Vernunft und die Sachkenntnis unserer Bankdirektoren. Wenn Sie dem verstorbenen Reichsbankpräsidenten Vorwürfe machen, so sind diese gewiß berechtigt; aber vergessen wir doch nicht, daß dieser Mann, der die ganze Geldverfassung des Kriegeschuf, sich schließlich in Gedankengänge hinein verrannt hat, die ihn zu Dingen trieben, die bei jedem anderen geradezu die Vermutung aufgedrängt hätten, daß er aus Privatinteresse handle. Aber man macht viel zu wenig denen Vorwürfe, die gegen das ihnen anvertraute Interesse gehandelt haben. Als das Publikum noch klüger war als die Leiter der Banken und die Depositen abholten, wußten die Bankdirektoren noch gar nicht, was mit ihnen los war, daß sie nämlich ihr Vermögen und das der eigenen Bank unter ihren Füßen verloren haben. Da kann ich nun anknüpfen an das, was Herr Somary gesagt hat. Als der Reichswirtschaftsrat, und zwar auf Anregung industrieller Kreise, zunächst das Problem in Angriff nahm, wie man der zu erwartenden Kreditnot in den deutschen Gewerben steuern könne, und eine Kommission des Reichswirtschaftsrats eingesetzt wurde, stellte sich heraus, daß ein Bankdirektor nach dem andern mit ganz wenigen Ausnahmen, angefangen von dem Direktor der Großbank bis zum Direktor der kleinsten landwirtschaftlichen oder gewerblichen Genossenschaftsbank, auftrat und sagte: Wie kommt ihr dazu, von einer Kreditnot zu sprechen! Wir schwimmen ja im Geld! Wir können auf absehbare Zeit jede Kreditsforderung befriedigen! Meine Herren, keiner der Bankdirektoren war sich dessen bewußt, was dem Theoretiker klar war: daß

die zweite Periode jeder Inflation eine Periode der Kreditverknappung und Kreditverteuerung sein muß aus Gründen, die wir alle kennen.

Meine Herren! Als das einzige Praktische kam schließlich das heraus, was dazu diente, aus der Volkswirtschaft noch das letzte durch eine progressive Inflation herauszuholen, was noch nicht ausgeraubt war, nämlich die Wiedereinführung des Wechsels, der Diskontierung des Handelswechsels. Das haben die Bankpraktiker vorgeschlagen, und es entwickelte sich nun der Zustand, daß Milliarden von Wechseln diskontiert wurden, und darauf baute sich jener Raubzug der Interessentengruppen auf, der Wechsel schrieb in jeder Summe, das eine Mal als Akzeptant, das andere Mal als Aussteller. Mit diesen Wechseln wurde der Kredit beschafft, mit dem die Sachwerte angeschafft wurden, und der mit entwertetem Geld bezahlt werden konnte. Wo sind damals die Stimmen gewesen? Nur Theoretiker haben sich dagegen eingesetzt. Wo sind aber die Stimmen aus der Praxis und aus der Politik gewesen? Die Stimmen der großen Masse der Arbeiterschaft haben sich rechtzeitig dagegen gewandt. Meine Herren! In jener Zeit habe ich erkannt, daß der Obrigkeitstaat nicht eine verfassungsmäßige Sache gewesen ist, die dem Volk aufgezwungen wurde, sondern daß er leider etwas ist, was im Volk im wesentlichen verankert ist. Ob es ein Kaiser ist oder Herr Stinnes — wobei ich Herrn Stinnes hier lediglich als ein Symbol bezeichne —, es besteht immer die Möglichkeit, daß derjenige, der sich durch irgend etwas, sei es auch nur durch Sammlung großen Reichtums, Autorität erworben hat, wenn er theoretisch spricht, siegen wird, auch wenn zehn Theoretiker mit gründlich fundierter Bildung dagegen auftreten. Ich habe im Reichswirtschaftsrat die Erfahrung gemacht, daß alle die Probleme, die heute hier von Herrn Dr. Palyi ganz richtig charakterisiert worden sind, in den Kommissionsberatungen nicht etwa von den Theoretikern aufgerollt wurden, sondern zum Teil von den Praktikern, und zwar um zu sagen: Erstens: Ist das deutsche Wirtschaftsproblem wirklich nur ein Währungsproblem? Und zweitens: Wenn es ein Währungsproblem ist, ist es dann ein Staatsfinanzproblem? Und drittens: Wenn es ein Staatsfinanzproblem ist, ist es dann überhaupt möglich, die Staatsfinanzen zu sanieren? Dieses Problem ist immer aufgerollt worden, um zu verhindern, daß an dem Kern etwas geändert würde. Und wenn nun die Praktiker ihre Weisheit verzapften, dann haben gerade die Vertreter der Arbeiterschaft zu einem großen Teil nicht

nur stumm, sondern geradezu befehrt dabeigestanden; sie haben diejenigen, die anderes sagten, nicht hören wollen und haben sie nicht gehört. Ich glaube deshalb nicht, daß der Optimismus berechtigt ist, es werde die Sache nicht wiederkommen.

Meine Herren! Wenn das richtig ist, was Herr Somary sagt, und was einen starken Eindruck auf mich gemacht hat, daß sehr erhebliche Sachlieferungen verlangt werden werden, so wird der Kampf um die Inflation von neuem entbrennen müssen. Meine Herren! Wer finanziert denn die Sache? Die Frage, in welchem Maße Steuern aufgebracht werden müssen, die Frage, ob nicht zunächst einmal ungedeckt auf den Staatssäckel ein Teil dieser Finanzierung entfallen wird, ist von größter Bedeutung. Es ist deshalb nach meiner Meinung außerordentlich wichtig, daß die Fragen der Inflation, überhaupt die Fragen des Währungs- und Geldwesens, gerade von den Vertretern der Theorie, der Wissenschaft und der Publizistik immer wieder in die breitesten Volksmassen hineingetragen werden, daß man sich nicht bloß damit begnügt, wissenschaftliche Enquêtes zu veranstalten, sondern das Ergebnis popularisiert und in die breiten Massen hineinträgt.

Wenn ich mir noch ein paar kurze Bemerkungen zur theoretischen Seite der Sache gestatten darf, so möchte ich folgendes sagen: Ich stehe nicht auf dem Standpunkt von Herrn v. Mises hinsichtlich der Abkehr vom Merkantilismus. Ich stehe aber auch nicht auf dem Standpunkt, daß man die Zahlungsbilanztheorie einfach so aus dem Handgelenk heraus abtun kann. Ich stehe mit ihm auf dem Standpunkt, daß die Staatliche Theorie des Geldes einen großen Teil des Unglücks verschuldet hat, das über Deutschland hereingebrochen ist insofern, als hier gegenüber den Erfahrungen früherer Geldkrisen leichtfertig hinweggegangen worden ist. Das Buch Knapps, vor dem ich den größten Respekt habe, hat der Praxis des Erkennens schon deshalb nichts gebracht, weil es von vielen Köpfen mißverstanden wurde. Dieses Buch verkennt eines: in den Geldfragen, wenn irgendwo der Staat Größeres tun kann, kann er nichts weiter tun als das, sich das von der Gesellschaft rezipierte Geld zu sichern, zu vereinheitlichen und es zu festigen. Wenn aber der Staat der Gesellschaft ein Geld aufzwingen will, das nicht der Wertschätzung der Gesellschaft zu einer bestimmten Entwicklungsperiode entspricht, so entbrennt ein Kampf zwischen Staat und Gesellschaft, in dem selbstverständlich der Staat unterliegen muß, weil noch von jeher und immer die Gesellschaft mächtiger gewesen ist.

als der Staat, der doch in Wirklichkeit nichts anderes ist als eine von der Gesellschaft sich selbst gegebene Organisation.

Man muß aber nach meiner Ansicht zwei Dinge auseinanderhalten, nämlich die Gestaltung des inneren und des äußeren Geldes. Ich weiß, daß eine Menge Zusammenflüsse da sind, daß eine Menge gegenseitiger Beeinflussungen stattfindet. Aber darüber kann kein Zweifel sein; im inneren Geldwert, bei dessen Bildung ist ganz selbstverständlich das Verhältnis der Kaufkraft zur Gütermenge, wie sie der Kaufkraft zur Verfügung steht, von Bedeutung. Wenn diese Kaufkraft ins Ungemessene vermehrt wird, indem der Staat Noten drückt, ergeben sich quantitätstheoretische Wirkungen in der Steigerung der Preise und in dem psychologischen Effekt, wenn man über die Gründe der Vermehrung nachdenkt.

Der äußere Geldwert hängt mit der Zahlungsbilanz zweifellos außerordentlich zusammen. Verehrter Herr v. Mises, wenn Sie ein Land haben, dessen wirtschaftliche Verhältnisse in Ordnung sind, und das eine aktive Zahlungsbilanz hat, können Sie in diesem Land, wenn das Land es sich gefallen läßt, Schuhwickse zu Geld machen. Es ist selbstverständlich, daß der äußere Wert dieses Geldes, da die Nachfrage nach dem Geld größer sein muß als das Angebot, sich gar nicht verändert. Erst wenn eine Zahlungsbilanz dauernd passiv ist, beginnt nach meiner Meinung die Vertrauensfrage einzusezen. Da haben wir in Deutschland, nachdem das Geld als international selbständiges Wertmittel jetzt seine Bedeutung nicht mehr hat, gesehen, daß der äußere Geldwert sich angeklammert hat an die innere Kaufkraft. Die Parallelbewegung hat erst aufgehört, als die innere Kaufkraft auch die äußere zerstört hatte. Da hat sich nun herausgestellt, daß in dem Versuch des Auslands, sich anzuklammern an irgendeinen realen Wert, der Marktkurs in den Vereinigten Staaten sich geradezu parallel entwickelt hat im Verhältnis des knappen Goldbestands zur Umlaufmenge, eine merkwürdige Erscheinung, die wir aber rechnerisch feststellen können, und ein Beweis, daß das Ausland den Versuch macht, beim Überwiegen des Angebots über die Nachfrage sich an einen realen Wert zu halten.

Ich habe diese Ausführungen, die ganz aphoristisch sind, ohne nähere Begründung gemacht. Es würde interessant sein, diese letzte Phase des Auslandswertes des Goldes theoretisch zu untersuchen.

Ich möchte zum Anfang zurückkommen. Ich bin in der Tat der

Ansicht, daß die großen Gefahren inflationistischer Maßnahmen noch nicht beendet sind. Ich habe die große Angst, daß die Bequemlichkeit — etwa wenn die Geldmaschine von Politikern gehandhabt werden kann —, nach dem Gesetz des geringsten Widerstands zu inflationistischen Maßnahmen drängt. Wir haben deshalb bei unserer neuen Geldverfassung streng darauf zu achten, daß an den Notenschränken Vertreter der Politik, wie sie auch aussehen, überhaupt nichts mehr zu suchen haben, sondern daß in einer vom Staat vollkommen unabhängigen Reichsbank die Währungsregulierung erfolgt unter Aufhebung aller künstlichen Devisenvorschriften, schon deshalb, weil dadurch das Hineinpustchen des Staates unmöglich gemacht wird. Denn jede Inflation zeigt sofort die Gefahr in ihrer ganzen Größe, während jede Maßnahme, die der Staat sich ersonnen hat, um die Verschlechterung seines Geldes nicht zu deutlich werden zu lassen, das Übel nur verschleiert und es infolgedessen auf die Dauer vertieft.

Prof. Dr. Arthur Cohen-München: Ich möchte die Diskussion vom geldpolitischen Standpunkt wieder zum theoretischen hinübergelenken. Ich rede natürlich von der Quantitätstheorie. Dazu veranlaßt mich eine Stelle im Referat des Herrn Somary, welche lautet: In der Quantitätstheorie liegt nicht nur ein richtiger Kern, sondern alle Geldwertlehre muß von der Quantitätstheorie in absehbarer Zeit ihren Ausgangspunkt nehmen. Ich bestreite das, wenigstens für das Papiergeld. Dagegen gehen meine Ausführungen zum Teil konform mit denen des Herrn v. Bortkiewicz, nur ist mein Ausgangspunkt ein anderer, und auch meine Ergebnisse werden zum Teil andere sein.

Meine Herren! Die wissenschaftliche Betrachtung der Ursachen und Wirkungen der Inflation leidet daran, daß sie nur als geldtheoretisches Problem betrachtet wird, nicht als finanzwissenschaftliches. Es gilt dies aber natürlich nur mit Ausnahmen. Es ist kein Zufall, daß derjenige Geldtheoretiker, der sich hauptsächlich gegen die Quantitätstheorie gewendet hat, Adolph Wagner, zugleich ein Finanzwissenschaftler war. Wir haben gehört, wie er sich in seiner letzten Lebenszeit über die Inflation der Gegenwart geäußert hat.

Meine Herren! Das Papiergeld ist ja nicht nur Geld, sondern auch Staatsschuld, und als solche wird das Staatspapiergeld in den Lehrbüchern der Finanzwissenschaft bezeichnet. Die Geldtheoretiker berücksichtigen das zu wenig, jedoch mit einer Ausnahme, die hier festgestellt werden muß, weil der Name schon genannt worden ist: Knapp

wendet sich in seinem Buch ausdrücklich an verschiedenen Stellen gegen die staatliche Papierwirtschaft. Die Natur des Papiergeldes als Staatschuld drückt sich auch darin aus, daß man es in vielen Büchern, auch in den Lehrbüchern des Geldes zum Teil, in der letzten Zeit allerdings weniger, aber zum Beispiel in der Geldtheorie von Mises, als Kreditgeld bezeichnet. Das ist eine sehr passende Bezeichnung. Nicht nur die Banknote ist Kreditgeld, und zwar die „uneinlösliche“ sowohl wie die einlösliche, auch das Staatspapiergeld, das tatsächlich nicht eingelöst wird, ist ein solches. Die Tatsache der Nichteinlösung tut seiner prinzipiellen Einlöslichkeit keinen Eintrag. Seinem Charakter nach ist es stets einlösbar. Absolut uneinlösliches Papiergeld ist im Begriff undenkbar. Das hat Moll in seiner Schrift über die Logik des Geldes gezeigt.

Bei dieser Auffassung ist die Geldentwertung leichter zu erklären, weil man zu ihrer Erklärung gar nicht auf die Geldmenge zurückzugehen braucht. Die Geldentwertung ist nicht eine Folge der Vermehrung der Quantität des Papiergeldes, sondern eine Folge der Veränderung seiner Bonität im Kredittheoretischen Sinn, der Qualität des Schuldners. In der Geldentwertung drückt sich das große Risiko aus, das der Empfänger des Papiergeldes läuft. Geldentwertung ist gewissermaßen eine negative Risikoprämie, ähnlich wie ein gewisser Teil Zins eine positive Risikoprämie. Man braucht sich nur die Bilanz der Reichsbank anzusehen, zum Beispiel vom Jahre 1922, und damit das Stfbudget des Reichs zu vergleichen, um zu erkennen: es ist wie im Privatleben; wenn ein Privatmann viel Schulden macht, mehr, als seine Kräfte vertragen, so werden eben die Forderungen gegen ihn auf den Kapitalmarkt kommen und dort verramscht. Für einen Wechsel auf 1000 wird vielleicht 10 bezahlt. Das ist der Reichsbank als Statthalterin des Reiches begegnet.

Nun werden Sie sagen: die Sicherheit des Papiergeldes in seiner Eigenart als Staatschuld ist deshalb so gering, weil zu viel, mehr als eingelöst werden kann, ausgegeben worden ist. Und so spielt also, werden Sie mir entgegnen, die Menge doch eine Rolle. Wir kämen also doch wieder zur Quantitätstheorie. Nach meiner Auffassung aber ist die Geldmenge nicht die Ursache der Geldentwertung, sondern nur ein Symptom.

(Burk: Das ist gleichgültig.)

Das ist nicht gleichgültig. Man muß methodologisch zwischen Symptom

und Ursache unterscheiden. Die Ursache der Geldentwertung ist die finanzielle Miszwirtschaft, die zu groÙe Geldmenge ist ein Symptom dieser. Man könnte vielleicht höchstens einwenden, daß ein Symptom nichts anderes ist als eine mittelbare Ursache, daß unterschieden werden muÙ zwischen primären und sekundären Ursachen. Dann wäre die finanzielle Miszwirtschaft die primäre Ursache der Geldentwertung, die zu groÙe Geldmenge die sekundäre. Und so könnte ich schließen, wenn diese Frage überhaupt sich zu einem Kompromiß eignen würde: es gibt zwei Quantitätstheorien, eine direkte und eine indirekte. Die direkte ist die in der Literatur vertretene, die indirekte ist die, die die Geldentwertung zwar auf die Inflation zurückführt, aber diese nur als Symptom betrachtet und als eigentliche Ursache die finanzielle Miszwirtschaft. Die eigentliche oder direkte Quantitätstheorie, die in der Literatur vertretene, ist demgegenüber allzu naturalistisch, fast möchte ich sagen impressionistisch; sie liefert keine Erklärung der zu erklärenden Tatsachen und ist daher wenig befriedigend.

Wenn man in der Genealogie der Geldentwertung, wie dies allein richtig ist, nicht nur auf die Inflation, sondern auch auf deren Vater, den Staat, zurückgeht, so kommt man zu dem Ergebnis, daß es möglich ist, die Inflation als in der Kausalkette unerheblich, als bloÙe Erscheinung zu eliminieren und einfach zu sagen: Die Ursache der Geldentwertung ist die finanzielle Miszwirtschaft. Ich möchte daher an Herrn v. Bortkiewicz als Referenten die Frage stellen: 1. wie er sich zu dieser „Genealogie“ stellt, 2. ob er der Ansicht ist, daß in dem „Misstrauen“, das in seinem Referat als kausal bedeutsam eine so große Rolle spielt, nicht nur das von ihm allein erwähnte Misstrauen hinsichtlich der künftigen Gestaltung des Geldwertes, sondern auch das bei steigender Geldmenge immer mehr schwindende Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit des Schuldners des Papiergeldes in seiner Eigenschaft als Kreditgeldes, die Kreditlosigkeit des Geldausgebers, die dann eben direkt nicht nur die Geldentwertung, sondern auch die Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit herbeiführt, subsumiert werden kann.

Chefredakteur Bernhard-Berlin: Ich habe meine Ausführungen verkürzen müssen; es ist deshalb etwas Wichtiges ausgelassen worden. Ich habe davon gesprochen, daß die Organisationsvertreter der Arbeiterschaft im wesentlichen verständnislos dem Problem gegenübergestanden haben. Hier möchte ich ausdrücklich hervorheben, daß eine rühmliche Ausnahme Dr. Hilferding gemacht hat, der aber in seinen Schriften 170. — Verhandlungen 1924.

eigenen Reihen mit großer Verständnislosigkeit zu kämpfen hatte. Ich möchte hier nicht als Gegner meines Freundes Hilferding auftreten.

Prof. Dr. v. Wortkiewicz-Berlin: Die paar Worte, die ich zu sagen habe, beziehen sich auf einen Punkt, der in gar keinem Zusammenhang mit meinem Referat steht. Ich habe mich nach dem Referat des Herrn Dr. Somarh zum Wort gemeldet.

Ich glaube, daß das ausgezeichnete Referat des von mir in seiner Eigenschaft als Theoretiker hochgeschätzten Herrn Somarh nur gewonnen hätte, wenn der Ausfall gegen Knapp am Anfang unterblieben wäre, und zwar unterblieben wäre nicht sowohl aus Gründen der Pietät, als vielmehr der Gerechtigkeit; denn es ist eine Ungerechtigkeit, einen Gelehrten — und Knapp ist nie etwas anderes gewesen — für Folgerungen aus seiner Lehre verantwortlich zu machen, die sich nur insofern ergeben, als man dieser Lehre eine für wenig geschulte Geister vielleicht naheliegende, aber, genau genommen, willkürliche Deutung gibt.

Herr Somarh hat sich zunächst dahin ausgesprochen, Knapp vertrete den Standpunkt, daß die Frage des Geldwertes nicht in die Nationalökonomie gehöre. Das trifft nicht zu. Knapp hat allerdings gesagt, die Frage des Geldwertes habe mit der Geldlehre nichts zu tun; denn sie betreffe den Preisbildungsprozeß; das sei ein anderes Kapitel. Es handelt sich also hierbei um eine Angelegenheit der wissenschaftlichen Systematik, die doch nur die Professoren angeht.

Sodann hat Herr Somarh mit Bezugnahme auf Knapp gesagt, es sei falsch, zu glauben, daß die Annahme der Geldzeichen durch staatliche Kassen die Wertbeständigkeit des Geldes garantiere. Wann hat Knapp irgend etwas Derartiges behauptet? Im übrigen steht diese Äußerung in direktem Widerspruch zu dem Vorwurf bezüglich des Geldwertes; denn wenn Knapp den Geldwert ausschaltet, kann er über ihn auch nichts aussagen.

In diesem Zusammenhang kann ich an einer Äußerung des Herrn v. Mises nicht vorübergehen. Er sagte, nach Knapp sei die Goldwährung eine Erfindung Englands zum Schaden anderer Völker. In Wirklichkeit hat Knapp in dieser Beziehung nur behauptet, daß, weil England die Goldwährung hatte, es für andere Staaten, zumal für Deutschland, angezeigt gewesen sei, zur Goldwährung überzugehen, um dem weltwirtschaftlich tonangebenden Staate gegenüber stabile Wechselkurse zu erzielen. Knapp hat diesen Gedanken in die Worte gefaßt: Nicht weil

Gold Gold, sondern weil England England ist, sei für Deutschland die Goldwährung das Gegebene.

Ich leugne nicht, daß Knapp in gewissem Umfang zu bestimmten falschen Anschauungen über das Geld und speziell über die Wirkung vermehrter Notenemissionen beigetragen hat. Aber das ist gegen seine Absicht geschehen. Ich habe dies bereits 1918 in einer Besprechung der zweiten Auflage der „Staatlichen Theorie des Geldes“ in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ausgesprochen. Es liegt eine Art Tragik darin, daß, wie es nicht selten der Fall ist, eine Theorie erst vulgarisiert, ja entstellt werden muß, um ihrem Schöpfer zum Ruhme auch außerhalb des Kreises seiner Fachgenossen zu verhelfen.

Prof. Dr. Bräuer-Breslau: Meine Herren! Ich muß mich gegen die Ausführungen, die unser Vorsitzender von heute vormittag, Herr Geheimer Rat Diehl, gemacht hat, wenden, daß es wenig Zweck hätte, wenn wir uns in dieser Situation mit Fragen beschäftigen, die auf eine Lösung des gegenwärtigen Währungsproblems hinausließen, weil es unwahrscheinlich sei, daß wir Gehör finden. Ich muß es als bedauerlich bezeichnen, daß die eigentlich wichtigste Frage, vor der wir stehen, die Frage der Währungsreform, sowohl in den Referaten als auch in der Diskussion zu kurz gekommen ist. Ich will damit nicht etwa sagen, daß ich die Notwendigkeit jeder theoretischen Arbeit unterschäze. Ich gehöre im Gegenteil zu denen, die es für eine verhängnisvolle Tatsache halten, daß die Geldtheorie die Währungspolitik in dieser Situation vollständig im Stich gelassen hat, und zwar schon seit einer Reihe von Jahren, weil sich der Streit der Meinungen vorzugsweise um Dinge bewegt hat, die zwar währungstheoretisch und geldtheoretisch in sehr hohem Maße interessant sind, die aber einer Lösung unserer Währungsfrage wenig nützen, weil seit dem Erscheinen des Werkes von Knapp sich meist die Geldtheorie nur damit beschäftigt hat, gegen oder für die Anschauungen von Knapp Stellung zu nehmen. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß wir tatsächlich keine Geldtheorie besitzen, die den Verhältnissen gewachsen wäre. Ich zitiere in diesem Augenblick Herrn v. Mises gegen ihn selbst. Ich glaube mich zu erinnern, daß gerade er an irgendeiner Stelle ausgesprochen hat — gelesen habe ich es irgendwo —, daß die Mittel zu einer richtigen Geldpolitik von der Theorie geliefert worden seien, daß man nur nicht verstanden habe, sich ihrer zu bedienen. Heute hat er einen anderen Standpunkt vertreten, den ich durchaus teile. Wir sind in einer furcht-

baren Lage; wir wollen eine Währungsreform größten Stiles machen und haben eine Theorie, die für die Bedürfnisse dieser Währungsprobleme nicht ausreicht. Man darf nicht etwa einwenden, daran habe Herr v. Mises gedacht, an die Währungsexperimente und -reformen früherer Jahrzehnte, an die Golddevisenpolitik von Österreich, die weit zurückliegt, u. a. m. Was uns fehlt, ist eine Geldtheorie, die unseren heutigen Verhältnissen entspricht, die eine Währungsreform für eine hochkomplizierte Wirtschaftsverfassung ermöglicht. Wir befinden uns in dieser Hinsicht in einer Zwangslage, und ich empfinde, daß die mangelhafte Ausbildung der Geldtheorie das herrschende Übel ist.

Wir haben in dem Referat des Herrn v. Vortkiewicz gesehen, wie die Dinge liegen, und daß zu deren Erforschung eine ganz subtile, bis in die feinsten Feinheiten vordringende Ursachenforschung notwendig ist. Wir haben gesehen, daß wir über scheinbar genau bekannte Begriffe viel weniger orientiert sind, als wir es zu sein glauben. Ich bin deshalb der Meinung, daß wir Ursache hätten, viel mehr den Schwerpunkt auf eine solche Ausbildung der Theorie zu legen, die sich im engsten Anschluß an die unmittelbar vorhandenen Probleme bewegt, die gewissermaßen eine extraktiformige und ursachenforschungsmäßige Konzentration dessen bietet, was wirklich geschehen ist; nicht eine Theorie, die sich gleichsam im luftleeren Raum bewegt. Aus einer solchen Ursachenforschung heraus ergeben sich die Notwendigkeiten, auch mit Verallgemeinerungen doch recht vorsichtig zu sein. Ich habe besonders von dem Vortrag des Herrn Dr. Somary den Eindruck gewonnen, daß mit solchen Verallgemeinerungen doch sehr stark operiert worden ist an Stellen, wo eine recht große Vorsicht am Platze zu sein scheint. Schon die Stellungnahme zur Quantitätstheorie, die im Mittelpunkt des Referats von Herrn Dr. Vortkiewicz gestanden hat, zeigt, daß eine Fülle von Problemen vorhanden ist, die wir einfach noch nicht restlos erfaßt haben. Wenn Herr Dr. Somary daran erinnert, daß sich verschiedene gegen die Quantitätstheorie ausgesprochen und gesagt hätten, sie sei eine naive Theorie, so ist das, wie ich glaube, ein Mißverständnis. Wenn man von einer naiven Quantitätstheorie spricht, so stellt man sie in Gegensatz zu einer verfeinerten, oder modifizierten Quantitätstheorie. Ich möchte den Gegensatz finden zwischen einer rein zahlenmäßigen, mathematisch erfaßbaren strengen Theorie und einer die Tendenz der Quantitätstheorie zwar zugebenden, aber auch die Modifikationen anerkennenden Quantitätstheorie. Eine strenge

Quantitätstheorie, eine Theorie der äußersten Konsequenz besitzen wir in den Fisher'schen Untersuchungen. Aber nach meiner Ansicht kommt es nicht so sehr darauf an, zu beweisen, daß eine solche Theorie in strengstem Sinne exakt ist. Das können wir auf später aufbewahren. Heute kann niemand mehr an der Quantitätstheorie vorbeigehen, und es genügt für unsere Verhältnisse durchaus, wenn wir die in allen geschichtlichen Entwicklungen, ganz besonders in den letzten Jahren bis zum Überdruß bestätigte Tendenz einer solchen Verursachung, wie sie die Quantitätstheorie bietet, als gegeben ansehen, um zu tieferer Erfassung der Währungsprobleme vorzudringen.

Ich möchte nicht auf eine Reihe von Dingen eingehen, die in dem Referat des Herrn Somary behandelt worden sind, von Dingen, vor deren Verallgemeinerung man sich sehr hüten muß. Nur eins von vielen als Beispiel. Er sprach davon, daß während der Inflationszeit alle das Kalkulieren verlernt haben; er erzählte von einem englischen Gefangenen, der zurückkam und wie ein Wundertier angestaunt wurde, weil er noch kalkulieren konnte. Meine Herren, das trifft zwar für eine ganz große Anzahl von Betrieben zu, aber viele konnten doch noch sehr wohl rechnen, namentlich die, die schon im Jahre 1922 ihre internen Goldmarkbilanzen besessen und es sehr wohl verstanden haben, den Wiederbeschaffungspreis durchzusetzen und ihre Sachwerte auch über die Inflationszeit in die Zeit eines stabilen Goldwertes hinein zu retten.

Es ist hier wiederholt, sowohl gestern als heute, in sehr eindringlicher Weise darauf hingewiesen worden, daß die Reichsbank noch vor kurzem eine leichtfertige Kreditpolitik getrieben hätte, die dann durch die energische Tat einer Persönlichkeit abgestellt worden sei, eine Meinung, die ja in der Öffentlichkeit so verbreitet ist, daß ich überzeugt bin, daß mindestens 95 % der Anwesenden diese Meinung auch teilen.

(Sehr richtig!)

Ich will nicht versuchen, zu überzeugen, sondern will versuchen, lediglich nackte und nüchterne Tatsachen zu bringen, Tatsachen, die auf eingehenderen Studien beruhen. Für mein Urteil haben sich die Dinge ganz anders abgespielt.

Wenn man davon spricht, daß die Geldmittel in einem zu raschen Tempo in den Verkehr geleitet worden seien, so war nicht die Reichsbank, sondern das Reich daran schuld. Es ist vergessen worden, was der Herr Kollege Cohen sehr richtig angedeutet hat, daß die Währungs-

frage auch eine finanzpolitische Seite hat, und diese Seite war für die rasche Einführung der Rentenmark in den Verkehr durch das Reich viel wesentlicher als die Einleitung über den Weg der Kreditpolitik der Reichsbank. Die Reichsbank hat sogar, wie zahlenmäßig einwandfrei nachgewiesen werden kann, in einem den Verhältnissen viel zu wenig Rechnung tragenden Tempo die Rentenmark in den Verkehr gebracht, obwohl sie von den Interessenten der verschiedensten Art genötigt und gedrängt wurde. Man hat in dieser Beziehung eine Reihe von Merkmalen erkennen wollen, die auf eine inflationistische Kreditpolitik hindeuteten, der Präsident Schacht durch einen plötzlichen Eingriff ein Ende gemacht habe. Ich bedaure in hohem Maße, daß Präsident Schacht heute nicht hier sein und diese Legende nicht mit einem Male zerstören kann. Er würde wahrscheinlich bestätigen, daß von Anfang an von der Reichsbank tatsächlich eine Reihe von kreditbeschränkenden Maßnahmen angewendet worden sind, daß man zuerst die Kredite gegenüber den Bankanstalten absolut kontingentiert hat, daß man Finanzwechsel ausgeschlossen und nur für die Landwirtschaft zugelassen hat usw.

(Verschiedene Zwischenrufe.)

Ich möchte bitten, derartige Zwischenrufe zu unterlassen; ich habe sie auch unterlassen, und ich bin bereit, persönlich darauf einzugehen. Ich kann leider diese Dinge nicht mehr im einzelnen behandeln; ich glaube aber, die eigentlichen, wirklich großen Verdienste von Herrn Schacht sind der Öffentlichkeit nur zum Teil bekannt und auch hier nicht erwähnt worden. Seine eigentlichen großen Verdienste beruhen darauf, daß er mit einer ungeheuren Energie damals gegen die Seuche des Notgeldes vorging, daß er den schärfsten Kampf gegen sie geführt, insbesondere, daß er im Rheinland damals allen Gegenforderungen den energischsten Widerstand entgegengesetzt hat mit dem Erfolg, daß die Seuche allmählich abgestoppt werden konnte. Dieses Notgeld war geradezu eine Sturmwelle, die bis zur Mitte dieses Jahres 1924 wirkte, einer der schlimmsten Herde der Inflation, und sie ist gerade bei der Feststellung inflationistischer Quellen vergessen worden. Aber das größte Verdienst von Schacht ist die Art, wie er die Devisenpolitik getrieben hat. Er hat namentlich durch seine Golddiskontbank einen Devisenvorrat gesammelt, der uns tatsächlich in die Lage versetzt, währungspolitisch selbstständig zu werden. Hier hätte nach meiner Ansicht die Debatte beginnen müssen, denn jetzt sind wir in der Lage, eine aktive Währungspolitik zu treiben; wir haben eine auf einen

genügenden Vorrat von Devisen und Gold gestützte Möglichkeit, unsere Währung aufzubauen. Leider fehlt die Zeit, um noch näher darauf einzugehen.

Vorsitzender: Meine Herren! Wir haben noch eine Reihe von Spezialisten zu hören, deren Ausführungen wir alle gelesen haben, aber die zu hören sich selten Gelegenheit bietet. Ich möchte jetzt von dem Recht des Mitgliedes Gebrauch machen, zu lernen, und vielleicht kann ich auch dem einen oder anderen hiermit ein Beispiel geben, indem diejenigen möglichst ausführlich zu Worte kommen, die uns hier etwas aus eigener Forschung vorzutragen haben.

Dr. Eucken-Berlin: Meine Herren! Ich möchte nur kurz auf das eingehen, was Herr Dr. Somary heute früh über die künftige Entwicklung der deutschen Währungspolitik gesagt hat. Er meinte, es bestünde im ganzen genommen doch durchaus noch eine Inflationsgefahr, und diese Inflationsgefahr sei viel wichtiger als das, was hier von Deflation gesprochen wurde. Er ging dann in der Betrachtung weiter auf die Schwierigkeiten der Übertragung ein, indem er sich in gewissem Umfange auch kritisch zu meinen Ausführungen von gestern stellte.

Meine Herren! Das Wesentliche, von dem wir ausgehen müssen, wenn wir die zukünftige deutsche Währungspolitik ins Auge fassen, ist das Sachverständigungsgutachten und sind weiter die Bestimmungen des Londoner Protokolls. Wir müssen uns zunächst einmal fragen: Was wird in ihnen bestimmt? Hier steht es doch so, daß wir auch so lange, als keine Einlösbarkeit der zukünftigen Goldnoten besteht, verpflichtet sind, den Parikurs mit einer Goldwährung, also in erster Linie mit dem Dollar zu halten.

Hieraus ergibt sich zweierlei: Zunächst einmal, wie steht es mit der Inflationsgefahr? Herr Dr. Somary hat nicht nur auf sie hingewiesen, er hat auch gesagt, das Ziel müsse ein stabiles Warenpreisniveau sein. Darin stimme ich mit ihm durchaus überein, daß das Warenpreisniveau möglichst stabilisiert werden muß; aber wir müssen uns doch zunächst auf den Boden der Bestimmungen stellen, die in dem Sachverständigungsgutachten gegeben sind, insbesondere der Bestimmung, daß eine Parität mit den Goldwährungsländern zu halten ist. Hieraus ergibt sich, daß wir unsere Währungspolitik darauf abstellen müssen, daß die Parität mit dem Dollar erhalten bleibt. Macht zum Beispiel Amerika eine gewisse Inflation, gehen auch dort

die Preise in die Höhe, dann müssen wir, um die Parität zu halten, nach den Bestimmungen des Sachverständigengutachtens auch mitgehen; dann hilft es gar nichts, wenn wir intern das Ziel verfolgen, daß die Warenpreise in Deutschland stabil bleiben; wir müssen dann auch mit den Warenpreisen heraus.

In gleicher Richtung wirkt nun auch andererseits diese Bestimmung des Sachverständigengutachtens, wenn wir von uns aus Inflation treiben wollten. Wir können von uns aus gar nicht eine Inflation machen, die so groß ist, daß sie die Goldparität etwa unmöglich macht, die also dahin führt, daß infolge der Vermehrung des Geldes schließlich ein Abgleiten des deutschen Wechselkurses gegenüber dem Dollar stattfindet. Damit ist also einer etwaigen Inflation von vornherein eine Grenze gesetzt.

In diesem Zusammenhang sei mir eine Abschweifung gestattet, um mit einem Wort auf das einzugehen, was Herr Bernhard gesagt hat. Er meint, es sei doch eine Inflationsgefahr vorhanden, und meint weiter, es sei immerhin notwendig, auch theoretisch aufzuklären und gegen die Inflation zu arbeiten. Herr Bernhard, Sie haben aber gerade im weiteren Verlauf Ihrer Ausführungen das getan, was diejenigen, die für eine Inflation eingetreten sind, auch getan haben: Sie haben die Zahlungsbilanztheorie, die ich in jeder Hinsicht für verwerflich halte, wieder zur Geltung bringen wollen, also gerade die Theorie der Inflationisten. Sie haben wieder die Bildung des „Außenwertes“ und des „Binnenwertes“ des Geldes in der Betrachtung ganz trennen wollen, was mit Recht gerade von der neueren Literatur zurückgewiesen ist. Ich darf vielleicht auf die Arbeiten von Herrn von Mises, von Herrn Hahn und auch von mir verweisen. Aber auch bei Ricardo finden Sie schon eine Widerlegung Ihrer Ansicht. Was Sie da tun, ist höchst bedenklich, gerade wenn man eine Inflation befürchtet. So viel zu den Ausführungen des Herrn Bernhard.

Das erste ist also die Inflationsgefahr. Mit ihr steht es nach Annahme des Sachverständigengutachtens so, daß, wenn Amerika etwa Inflation treibt, wir es auch tun müssen, daß wir aber von uns aus keine größere Inflation wieder machen können.

Zweitens: Wie verhält es sich mit der Übertragung der Zahlungen? Die Übertragung der großen Summen, die beim Reparationsagenten einlaufen, könnte an sich so vorgenommen werden, daß man durch ein gewisses Heben der ausländischen Wechselkurse Deutschland

billig macht. Aber diese Möglichkeit scheidet nach dem Gutachten aus. Es gibt nur eine Möglichkeit: Wir müssen übertragen, ohne daß der deutsche Wechselkurs sich gegenüber dem Dollar verschiebt.

Meine Herren, das ist das Problem. Und nun meine ich folgendes: Diese Übertragung ist durchzuführen einerseits durch Übertragung von Devisen. Wenn das aber geschehen soll, dann muß man meines Erachtens eine restriktive Kreditpolitik treiben, die Deutschland verbilligt, die Ausfuhr erhöht, die Einfuhr drosselt, so einen stärkeren Zufluß an Devisen schafft und es ermöglicht, die für sogenannte Reparationszwecke benötigten Devisen abzuschöpfen, ohne daß eine Verschlechterung des Wechselkurses eintritt. Diese Verknappung des Geldes, dieser „Deflationsdruck“ kann durch den Agenten selbst erzwungen werden. Er muß eventuell aber auch von der Reichsbank ausgehen, wenn nämlich nach Einführung der Einlösbarkeit der Goldnoten der Agent die benötigten Devisen oder Gold einfach von seinem Konto bei der Reichsbank abhebt, oder wenn die fremden Länder die Übertragung der Devisen durch sogenannte Reparationsabgaben erzwingen. Dann muß die Reichsbank, um den nötigen Devisenzufluß zu sichern, von sich aus die Kreditgewährung stärker beschränken, als sie es ohne sogenannte Reparationszahlungen zu tun brauchte.

Andererseits kommen die Sachleistungen in Frage. Es ist gesagt worden, es sei ein gefährliches Problem, sie zu finanzieren; eventuell könne die Finanzierung zu einer Inflation führen.

(Zuruf von Herrn Somary: Das ist ein Mißverständnis!) Jedenfalls mußte Herr Bernhard so verstanden werden. Hier steht es doch so: Die Summen zur Finanzierung befinden sich auf dem Konto des Agenten, und es ist nun das Problem, diese Summen in das Ausland zu übertragen. Das kann in Form von Sachleistungen geschehen. Es wäre aber noch folgendes zu überlegen: Es können natürlich Sachleistungen sein, die ihrerseits wieder erfordern, daß eine stärkere Nachfrage nach Devisen einsetzt. Nehmen wir zum Beispiel Waren, die aus Kupfer bestehen. Im übrigen ist zu bedenken, daß infolge der Sachleistungen auch die Exportfähigkeit der Industrie nachläßt: dadurch ein Rückgang des Devisenangebots und wiederum die Notwendigkeit einer restriktiven Kreditpolitik, um Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt bei Goldparität ins Gleichgewicht zu bringen.

Was endlich die Aufnahme von Anleihen im Ausland anlangt, durch die man die Übertragung erleichtern will, so bitte ich, noch

folgendes zu überlegen: Wenn man diese Anleihen aufnimmt, so ist das nur eine Verschiebung der Übertragung. Es muß doch eine Verzinsung und eine Amortisation an das Ausland stattfinden. Auch hier komme ich nicht darum herum, daß doch wieder durch das genannte Mittel der Geldverknappung eine Übertragung der Zahlungen erzwungen wird. Diese ganze Geldwertpolitik wird meines Erachtens in ihrem Ausmaß vollkommen davon abhängen, wie das Ausland darauf reagiert; ich meine insbesondere, wie das Ausland durch die Antidumpingmaßnahmen gegen die Mehrausfuhr sich wendet. Waren diese Maßnahmen sehr durchgreifend, so käme es so, daß auf der einen Seite das Ausland sich wehrt, auf der anderen Seite durch den Agenten oder die Reichsbank das Preisniveau in Deutschland gedrückt wird, und daß man so gegeneinander arbeitet. So scheinen mir die Möglichkeiten zu liegen.

Bei allen Erörterungen über unsere zukünftige Währungspolitik sind wir eben genötigt, von den tatsächlichen Bestimmungen des Sachverständigengutachtens auszugehen, und wenn wir auch mit den Ausführungen des Herrn Dr. Somary prinzipiell, zum Beispiel hinsichtlich der Stabilisierung des Preisniveaus als Ziel der Währungspolitik, übereinstimmen, so muß man sich eben auf die Tatsachen des Sachverständigengutachtens und des Londoner Protokolls beschränken und sehen, wie sich in diesem Rahmen die Sache gestalten wird und wo die günstigsten Lösungsmöglichkeiten, vor allem für die Übertragung, liegen.

(Beifall.)

Dr. Rudolf Goldscheid-Wien: Ich werde mich auf die Redezeit von zehn Minuten beschränken, muß Sie deshalb aber auch bitten, es nicht als Oberflächlichkeit zu betrachten, wenn ich aus dem großen Problemkomplex nur einige Punkte herausgreife.

Zunächst möchte ich aufs nachdrücklichste betonen, daß schon die ganze Kriegsführung auf Inflation begründet war. Daraus hat sich dann alle spätere Inflation entwickelt. Ich kann hier nicht untersuchen, inwieweit die Inflation während des Krieges eine Zwangsanpassung an gegebene politische Machtkonstellationen war; so viel ist jedenfalls sicher, daß aus dieser Inflation alle weitere Inflation entsprang.

Während des Krieges hat man die ganze Kraft darauf gerichtet, das Gemeinwesen nach außen zu verteidigen; man hat aber nicht genügend beachtet, daß man das Gemeinwesen auch nach innen, finan-

ziell, verteidigen muß, und hat vor allem nicht berücksichtigt, daß ein Staat nicht viel anders sein kann, als sein Staatshaushalt beschaffen ist.

Ich habe diese Gedanken bereits mitten im Kriege, im Jahre 1917, in meinem Buch „Staatssozialismus oder Staatskapitalismus“ entwickelt, habe darin vorausgesagt, daß die Kriegsfinanzierung durch Luftkredite Inflation in ungeahntem Ausmaße zur Folge haben werde, die schließlich den ganzen Steuerapparat katastrophal desorganisieren muß. Sowohl in diesem Buche wie in meinen späteren Arbeiten zur Finanzsoziologie setzte ich dann weiter auseinander, daß die innere Verschuldung nicht das eigentliche Gefahrenzentrum ist, daß diese sich vielmehr leicht beheben ließe, wohingegen wir die größten Schwierigkeiten heraufbeschwören, wenn wir es tatlos hinnehmen, daß sich die innere Verschuldung in äußere Verschuldung und damit am Ende in äußere Versklavung umwandelt.

Nun möchte ich aber noch eines ganz besonders hervorheben: Ein wirtschaftlich ohnmächtiger Staat ist vollkommen außerstande, seine Währung zu sanieren. Wenn der Staat der erste Besitzlose des Landes ist, wenn man es als selbstverständlich ansieht, daß der Staat arm sein muß, unfähig, gut zu wirtschaften, so ist es evident, daß ein solcher Staat auch politisch im großen nichts wird leisten können.

In der Nachkriegszeit haben wir beobachtet, daß alle Schichten des Volkes auf Kosten des Staates gelebt haben, daß der Staat insgesamt immer mehr verarmte, und daß dieser verarmte Staat auch politisch immer ohnmächtiger wurde. In einem politisch ohnmächtigen Staat entsteht aber dann notwendig so etwas wie eine Art Staat im Staat. Ich bin deshalb der Meinung, daß alle Bemühungen, die Währung zu stabilisieren und uns vor künftiger Inflation zu bewahren, vollständig vergeblich sein werden, wenn nicht die nötigen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erstärkung des Staates getroffen werden.

Ich habe schon im Jahre 1917 von der Krise des Steuerstaates gesprochen. Der besitzlose, bis an die Ohren verschuldete Steuerstaat kann nirgends helfen, wo er gerufen wird, und immer wieder wird der Staat gerufen, sei es, wenn es sich um Kredite für die Landwirtschaft, sei es, wenn es sich um irgendwelche wirtschaftspolitische oder sozialpolitische Aufgaben handelt, kurz bei jeder Gelegenheit. Jede einzelne Klasse ist ja auf die Hilfe des Staates angewiesen. Und wenn wir glauben, wir können die Währung isoliert

sanieren, so befinden wir uns darum in einer Täuschung. Wir haben dann vielleicht die Währung stabilisiert, aber an allen Ecken und Enden tauchen unlösbare Probleme auf, die notwendig die Währung neuerlich gefährden.

Zu einem Punkt muß ich mich vor allem gegen die Ausführungen Sombachs wenden, so vortrefflich sie auch in vieler Hinsicht waren. Er hat zum Schluß vorgebracht, der Staat müsse sich bei seiner großen Armut in seinen Ausgaben beschränken. Der Staat darf aber nicht arm bleiben, wenn es noch so großen privaten Reichtum im Lande gibt. Oberste Aufgabe ist es vielmehr, den Staat stark genug für seine ins Ungeheuere gewachsenen Aufgaben zu machen.

Die Zukunft gehört dem wirtschaftlich starken Staat. Alle Wirren der jüngsten Vergangenheit sind hervorgegangen aus dem Gemisch von politischer Allmacht und wirtschaftlicher Ohnmacht des Staates. Die wirtschaftliche Ohnmacht zerstört schließlich sein ganzes Gefüge und führt so nach innen wie nach außen die schwersten Schäden für das Gemeinwesen herbei.

Man hat verschiedentlich ausgeführt, insbesondere Herr Sombart, daß im Wirtschaftsleben eine immer größere Gemeinheit eingerissen sei. Wie soll es denn anders sein, wenn jene Faktoren, die berufen sind, das moralische Rückgrat des Staates darzustellen, die ihnen gesetzte Aufgabe wegen der wirtschaftlichen Notlage des Staates nicht erfüllen können. Der Staat ebenso wie die breitesten Volkschichten müssen sich dann vielmehr mit den unsolidesten Praktiken identifizieren, um überhaupt leben zu können.

Immer wieder war es zu beobachten, ideell wurde der Wahlspruch vertreten: Alle für einen und einer für alle! Gehandelt wurde hingegen in Wirklichkeit beinahe ausschließlich nach dem Grundsatz: Alle für wenige und diese Wenigen für sich selber.

Ein Staat, der seiner wirtschaftlichen Schwäche wegen seiner notwendigen Aufgabe so vollkommen untreu werden muß, schon um auch nur seine nackte Existenz fristen zu können, der ist nicht fähig, dem Gemeinwesen das zu geben, was es braucht. Was ein wirtschaftlich starkes Gemeinwesen zu leisten vermag, das beweist aufs offensichtlichste das Aufblühen der Stadt Wien, seitdem deren Gemeindeverwaltung ganz neue Wege in der Finanzpolitik eingeschlagen hat. Die Gemeinde Wien verfügt über großen ertragreichen Eigenbesitz, hebt Steuern ein, die in erster Linie die Leistungsfähigsten treffen,

und ist hierdurch im stande, überall helfend einzugreifen, wo es die Volks gesundheit und das öffentliche Interesse erfordern. Wie ganz anders könnte es in Österreich und auch in Deutschland aussehen, wenn man sich die vorbildliche Finanzpolitik der Gemeinde Wien zum Muster nähme und endlich radikal mit dem Dogma von der notwendigen Armut des Staates und seiner für alle Zeit besiegelten Unfähigkeit zum Wirtschaften bräche.

Der besitzlose, mahllos verschuldete Steuerstaat büßt schließlich auch jede Kreditsfähigkeit nach innen wie nach außen ein, erhält das Geld, das er für seinen dringendsten Bedarf benötigt, nur durch Preisgabe seiner Unabhängigkeit und unter Bucherzinsen, ja muß täglich die bittere Erfahrung machen, daß die Bürgschaft seiner reichen Bürger weit mehr gilt als seine eigene.

Das ist aber auf die Dauer eine ganz unhaltbare Situation. Es ist deshalb sicher: Nur der besitzkräftige Wirtschaftsstaat wird uns aus der Not erheben können, in die uns die total verfehlte Finanzpolitik während des Krieges und in der Nachkriegszeit hineingerissen hat, nur der besitzkräftige Wirtschaftsstaat wird uns zu einer Sanierung der Währung verhelfen, die zugleich Sanierung des ganzen Volkkörpers und Sanierung seiner außenpolitischen Lage ist.

Der Glaube an isolierte Währungs sanierung, an Sanierung des Geldes, ohne Sanierung der Wirtschaft durch Repropriation des Staates stellt den schwersten finanzpolitischen Irrtum unserer Zeit dar.

Bankdirektor Dr. Hahn-Frankfurt a. M.: Zunächst ein kurzes Wort zu dem, was Herr Bernhard gesagt hat.

Die Ausführungen des Herrn Bernhard erscheinen mir nicht ganz eindeutig, sie scheinen mir jedoch im ganzen der Ausdruck einer — wenn auch modifizierten — Zahlungsbilanztheorie zu sein. Ich glaube, daß die Annahme auch einer solchen modifizierten Zahlungsbilanztheorie nicht ganz ungefährlich ist. Wir Inflationstheoretiker sind gerade im Gegensatz zu der vorhin vertretenen Auffassung der Ansicht, daß eine starke Passivität der Handelsbilanz das Ergebnis und nicht die Ursache von Störungen im Geldsystem ist.

Und nun zur währungspolitischen Schuldfrage! Herr Bernhard hat insbesondere die Leiter unserer Banken für das, was geschehen ist, verantwortlich machen zu müssen geglaubt. Ich gehöre, wie ich mir letzthin schon zu bemerken erlaubt habe, zu dieser Kategorie der Bank-

direktoren, denen man den Vorwurf völliger Unwissenheit in geldtheoretischen Dingen gemacht hat. Ich will mich und meine Kollegen nicht in Schutz nehmen. Aber ich möchte doch der Ordnung halber in diesem Zusammenhang auf folgendes hinweisen:

Als im Frühjahr 1923 die Geldknappheit und daraufhin die Propaganda für die Wiedereinbürgerung des Warenwechsels einsetzte, bin ich zu dem Leiter einer der ersten Handelsredaktionen Deutschlands gegangen und habe ihm dargelegt, daß die durch die Wiedereinbürgerung des Warenwechsels sicher zu erwartende Verringerung der Geldknappheit gerade den Ruin der deutschen Währung hervorrufen werde. Es war mir nicht möglich, diesen Herrn, den ich im übrigen für einen der theoretisch bestgeschulten Handelsredakteure Deutschlands halte, von der Richtigkeit meiner Auffassung zu überzeugen. Die Propaganda für die Wiedereinbürgerung des Warenwechsels erfolgte damals in weitestem Maße, und erst, nachdem der Sturm fast ein ganzes Jahr lang gewütet hatte, kam man zu der an sich selbstverständlichen Forderung der Beschränkung der Wechseldiskontierung durch die Reichsbank. -- Ich will, indem ich dieses ausführe, niemand einen Vorwurf machen. Ich will damit lediglich nachweisen, daß die Bankdirektoren nicht die einzigen Verblendeteten waren. Unter behördlichem und reichsbankettigem Einfluß haben sich die falschen geldtheoretischen Einstellungen damals zu Massensuggestionen entwickelt, und es ist nicht möglich, alles, was geschehen ist, einem einzigen Stand in die Schuhe zu schieben.

Nun zum Referat des Herrn Prof. v. Bortkiewicz! Um es vorwegzunehmen: Den Ausflug ins Quellenexegetische möchte ich nicht mitmachen. Erstens möchte ich Ihre kostbare Zeit für diese verhältnismäßig unwichtige Angelegenheit nicht in Anspruch nehmen. Und zweitens ist es mir hier auch gar nicht möglich, auf die Bemerkungen des Herrn v. Bortkiewicz zu antworten, da ich nicht zu dieser Tagung gekommen bin, um mich für Literaturzitate zu verantworten, und mich demzufolge auch nicht im Besitz aller derjenigen Bücher befindet, die Herr Prof. v. Bortkiewicz mit hierher gebracht hat. Ich möchte ihm nur in bezug auf die eine angeführte Stelle sagen: Sie glauben doch wohl selbst nicht, daß ich „Beschleunigung der Umlaufsgeschwindigkeit“ und „Beschleunigung der Geldentwertung“ verwechselt hätte! Die Frage ist nur die, ob nicht bei so folgerichtigen Quantitätstheoretikern, wie die Bullionisten es sind, die Erwähnung einer über die

Umlaufsmittelvermehrung hinaus beschleunigten Geldentwertung identisch ist mit dem Ausdruck der beschleunigten Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Nach Ansicht eines konsequenten Quantitätstheoretikers muß jeder Güterumsatz in der Volkswirtschaft durch Geld bewerkstelligt werden, und eine über das Maß der Geldvermehrung hinausgehende Preissteigerung kann ex definitione nur entstehen durch Vermehrung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.

Was nun die Theorie anlangt, die Herr Prof. v. Bortkiewicz entwickelt hat, so möchte ich die Konstruktion, von der er ausgeht, an sich akzeptieren. Ich glaube aber, daß in der Art, wie er sein Beispiel fortführt, eine welt- und wirklichkeitsfremde Zusätzlichkeit liegt. Ich kann dies nicht im einzelnen ausführen, möchte mir aber die Frage erlauben, ob nicht notwendigerweise, wenn der Arbeiter seinen Lohn bereits in den ersten fünf Tagen des Quartals ausgibt, hierdurch, ohne daß es deshalb zu Lohnerhöhungen kommen müßte, der Übergang zu einer fünftägigen Lohnzahlungsweise, mit allen Konsequenzen auch bezüglich der Unternehmerkassenhaltung, herborgerufen würde. Die Konstruktion des Herrn Prof. v. Bortkiewicz läuft im Grunde darauf hinaus, daß die verringerte Kassenhaltung beim Arbeiter durch eine vermehrte Kassenhaltung beim Unternehmer kompensiert wird. In Wirklichkeit vollziehen sich aber derartige Bewegungen zweifellos so, daß, wenn der Arbeiter aus Furcht vor Entwertung sein Geld nicht mehr länger bei sich behält, dies der Unternehmer erst recht nicht tut, so daß alsbald tatsächlich eine gegen früher erhebliche Beschleunigung des Geldumlaufs einsetzt. Wenn man diese Erwägung bei der Fortführung des Beispiels nicht berücksichtigt, tut man den Dingen meines Erachtens Gewalt an.

So viel zu dem, was Herr v. Bortkiewicz negativ als Kritik der von ihm bekämpften Auffassung gesagt hat. Was den positiven Teil seiner Ausführungen anlangt, so scheinen sie mir mit der Quantitätstheorie, die er ja wohl im übrigen anerkennt, schlechthin unvereinbar zu sein. Die Quantitätstheorie ist zunächst nichts weiter als eine Banalität, die ausgeht von der Prämisse, daß in einer Geldwirtschaft jeder Umsatz gegen Geld erfolgt, daß infolgedessen, wenn der einzelne Umsatz zu höherem Preise geschieht, entweder mehr Geld in der Volkswirtschaft vorhanden sein oder das Geld seinen Geldesdienst rascher versehen muß.

Wenn Herr Prof. v. Bortkiewicz davon ausgeht, daß Mißtrauen

selbständig ein preissteigernder Faktor sein kann, so widerspricht das insofern dem Grundprinzip der Quantitätstheorie, als jeder Umsatz nur gegen Geld geschehen kann. Nur mit Geld und nicht mit Mißtrauen kann man höhere Preise zahlen. Das Mißtrauen wirkt nur durch das Medium einer Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Diese Schlußfolgerung scheint mir für jeden, der quantitätstheoretisch denkt, unbestreitbar. Wer eine nicht durch das Medium der Geldmengen- oder Umlaufgeschwindigkeitsvermehrung wirkende Geldentwertung anerkennt, entfernt sich damit meines Erachtens von jeder quantitätstheoretischen Grundlage.

Nun zu den Ausführungen des Herrn Dr. Somary, der sich mit den Sorgen, die die gegenwärtige Wirtschaftslage bereitet, am eingehendsten befaßt hat. Herr Dr. Somary ist in seinem Vortrag von der unzweifelhaft richtigen Auffassung ausgegangen, daß die Kreditmenge, die der deutschen Wirtschaft zur Verfügung steht, irgendwie gesteigert werden muß. Er hat bereits auf einige Ursachen hingewiesen, die an der Tatsache schuld sind, daß Kredit, insbesondere vom Ausland, nicht in genügender Menge hereinkommt. Ich möchte mir erlauben, in diesem Zusammenhang auf eine Tatsache hinzuweisen, die Ihnen vielleicht zu denken geben wird. — Im Mai d. J. war bekanntlich die Spannung zwischen Marktkrediten und Pfundkrediten noch außerordentlich groß. Für Marktkredite zahlte man damals etwa 48 % p. a., für Valutakredite kaum mehr wie 8 %. Ich war zu jener Zeit gerade in London und habe versucht, unseren englischen Geschäftsfreunden die Vorteile klarzumachen, die die Ausnutzung dieser Zinsdifferenz für sie bringen würde, und habe bei ihnen angeregt, Pfunde in Form von Marktkrediten nach Deutschland zu geben. Wäre dies seinerzeit in erheblichem Umfange geschehen, so wäre die damalige Kreditnot in Deutschland entsprechend gemildert worden. Man hat sich seinerzeit im Ausland zu einer solchen Kredithingabe in weiterem Umfange nicht entschlossen, und zwar, wie man mir ziemlich übereinstimmend gesagt hat, aus folgenden drei Gründen: Erstens hatte man das Bedenken, daß der Einzelne seine Rückzahlungsverpflichtungen nicht erfüllen werde. Es war damals die Zeit der allzu bereitwillig zugestandenen Geschäftsaussichten, die zur Untergrabung des deutschen Kredits im Ausland wesentlich beigetragen haben. Zweitens wurde eingewandt: Selbst wenn der Einzelne zahlungsfähig und zahlungswillig ist, so kann bei dem eigenartigen Zustand der Gesetzgebung in

Deutschland die Rückzahlung des Darlehens infolge gesetzlicher Hindernisse vielleicht doch nicht erfolgen. Dieser Einwand ist nicht ganz unberechtigt insoweit, als die Devisengesetzgebung sehr vielfach auch ganz legitime Zahlungen nach dem Ausland unmöglich macht und diese Gesetzgebung jedenfalls so unübersichtlich geworden ist, daß dem Ausland nicht zugemutet werden kann, zu studieren, was nun eigentlich erlaubt und was nicht erlaubt ist. Mit dem Abbau der Devisenverordnung müßte deshalb schleunigst begonnen werden. Drittens wurde eingewandt: Zwar schützt die sogenannte Valorisierungsklausel ein Markdarlehen formell vor Geldentwertungsverlusten, allein diese in Deutschland übliche Entwertungsklausel richtet sich nach den offiziellen Devisenkursen der Reichsbank, und diese sind sehr vielfach nichts weniger denn ein Ausdruck des wirklichen Wertes der Mark gewesen. Wer jedoch sein Geld nach den offiziellen Kursen zurückhält, kann unter Umständen im höchsten Maße geschädigt sein. Auch dieser Einwand ist nicht unberechtigt. Wir haben es bei den Einheitskursvorschriften der Reichsbank mit einer jener Bestimmungen zu tun, die unter die große Gruppe der Höchstpreisbestimmungen fällt, jener Bestimmungen, die dazu dienen sollen, das soziale Unrecht, das die Inflation mit sich bringt, wenigstens in einem wieder gutzumachen. Auch diese Bestimmungen müssen, wenn Vertrauen zu unserer Wirtschaft zurückkehren soll, baldmöglichst abgebaut werden. Denn alles, was in diesem Zusammenhang während der Inflationszeit aufgebaut worden ist — Höchstpreisgesetze, Wuchergerichte, Wohnungszwangswirtschaft —, ist vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ein Unding, weil es mittels der Fiktion Mark gleich Mark den Verkäufer expropriert und dem Käufer etwas schenkt. Aber nicht nur müssen alle diese Bestimmungen aufgehoben werden: es muß auch dafür gesorgt werden, daß das fortgesetzte Schwanken auf dem Gebiete der Gesetzgebung nicht weitergeht. Es muß eine einheitliche Linie in der wirtschaftlichen Gesetzgebung eingehalten werden; denn nur so kann das so wichtige Vertrauen in die Konstanz der wirtschaftspolitischen Maßnahmen wiederhergestellt werden.

Zum Schluß möchte ich noch kurz einen anderen Punkt berühren:

Es ist dargelegt worden, wie wichtig für die Hereinziehung von Auslandskapital die Zinsfrage ist, und es ist darauf hingewiesen worden, daß eine Politik, die die Senkung des Zinsfußes erstrebt, erhebliche Gefahren mit sich bringe. Ich habe während der Inflationszeit

immer wieder auf die Gefahren eines zu niedrigen Zinssatzes für den Geldwert hingewiesen. Ich habe aber damals schon stets betont, daß sich eine Hochhaltung des Zinses sehr schwer durchsetzen lasse, weil die Zeit für den Rentner, für den Zinsbezieher, nicht günstig sei. Ich glaube, es muß dafür gesorgt werden, daß die Zeiten für den Zinsbezieher, der nun wohl als genügend expropriert betrachtet werden kann, wieder günstiger werden. Ich weiß wohl, daß eine zinsschützende Politik der sozialistischen Richtung, welche unsere wirtschaftliche Politik in den letzten fünf Jahren immerhin stark beeinflußt hat, nicht entspricht. Allein man müßte sich nachgerade darüber klar sein, daß Maßnahmen, die auf sozialistischer Ideenrichtung beruhen — über deren Berechtigung oder Nichtberechtigung als solche hier keinerlei Urteil abgegeben werden soll —, nicht möglich sind im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaft. Man kann vielleicht eine sozialistische Wirtschaft aufbauen, aber man kann nicht eine kapitalistische Wirtschaft mit sozialistischer Tendenz treiben. Versucht man es trotzdem, so kommt man in jenen Dualismus zwischen Kapitalismus und Sozialismus hinein, der das Kennzeichen der Wirtschaftspolitik Deutschlands in den letzten fünf Jahren war. — Ich sage dies, obwohl ich volles Verständnis habe für Fragen des Sozialismus und der Sozialisierung, weil ich die Dinge sehe, wie sie sind. Die Kapitalisten haben nun einmal vor allen Dingen das Bestreben, ihr Geld sicher anzulegen. Sie fürchten, sobald sozialistische Tendenzen bei wirtschaftlichen Maßnahmen mitzusprechen scheinen, mit Recht oder Unrecht für die Sicherheit ihrer Kapitalanlage, und wenn man die Kapitalisten der Welt dazu bringen will, ihr Geld wieder in Deutschland anzulegen, so muß man der geistigen Struktur der Kapitalisten, wie sie nun einmal ist, Rechnung tragen.

Privatdozent Dr. rer. pol. Budde-Frankfurt a. M.: Ich werde zunächst ganz kurz auf das Referat von Herrn Dr. Somary und im Anschluß daran auf die Worte des Herrn Dr. Eucken eingehen.

Ich habe mich außergewöhnlich gefreut, daß Herr Somary bei der Frage, ob in Zukunft vielleicht eine neue Inflation möglich ist, Wert nicht nur auf die Geldseite des Problems gelegt hat, sondern auch die Bedeutung der Warenseite hervorgehoben hat. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, so hat er gesagt, daß letzten Endes diese ganzen Reparationsleistungen darin bestehen, daß wir denjenigen Staaten, denen wir Reparationen leisten müssen, direkt oder indirekt Waren liefern

müssen, die wir produzieren können, die anderen aber nicht zu den gleich günstigen Produktionsbedingungen wie wir, die die anderen aber brauchen, und die wir deshalb hergeben müssen, ohne dafür eine Gegenleistung zu bekommen. Ich glaube, ich habe es richtig verstanden. Nun sagt Herr Dr. Eucken gegenüber Herrn Somary, eine neue Inflation könne nicht eintreten, solange wir nach dem Londoner Protokoll und dem Dawesplan verpflichtet sind, die ausländischen Debisen zu einem festen Parifikurs einzulösen. Hier steht nun gerade das Dilemma, und etwas anderes hat auch Herr Somary nicht sagen wollen. Die Herren Dr. Eucken und Prof. Mises haben gewiß recht, wenn sie sagen, eine Inflation könne auf Grund des Londoner Protokolls und des Dawesplanes nicht mehr eintreten. Aber die Frage ist, wie wir eine Inflation vermeiden können, wenn wir fortgesetzt durch Ausfuhr von Waren ohne Gegenleistung unsere Wirtschaft bis zu einem gewissen Grade blutleer machen. Es handelt sich darum, wie wir aus diesem Dilemma herauskommen. Und da sehe ich kein anderes Mittel als schärfste Kreditrestriktion, wenn es nicht möglich ist, in ausreichendem Maße Auslandskredite zu bekommen. Das ist der eine Punkt, auf den ich zu sprechen kommen wollte.

Den zweiten will ich behandeln im Anschluß an das Referat des Herrn Dr. Palhi. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, so hat er gesagt, man müsse der Quantitätstheorie gegenüber sehr skeptisch sein. Sie spreche immer von Geldangebot, aber nie von der Geldnachfrage. In normalen Zeiten sei aber auch die Geldnachfrage ein Faktor von wesentlicher Wichtigkeit. Das werde immer von der Quantitätstheorie vernachlässigt, wenigstens in der von Ricardo vorgetragenen Formulierung derselben. Diese Behauptung halte ich nicht für richtig. Was heißt Geldnachfrage? Gibt es eine quantitativ bestimmte Geldnachfrage, eine Nachfrage nach einer bestimmten Quantität nicht von Geld, sondern von Tausch- oder Umlaufsmitteln? Eine solche Nachfrage gibt es zunächst nicht. Wenn man über einen gewissen Mindestbedarf hinausgekommen ist, was wohl in den meisten Staaten der Fall ist und auch in früheren Zeiten der Fall war, so kann der Geldumlauf innerhalb der Volkswirtschaft reibungslos funktionieren; das Geld ist in jeder Menge imstande, den Tauschmitteldienst zu erfüllen. Es fragt sich, was man unter Geldnachfrage versteht. Und darauf hat Ricardo in seinen „principles“ die Antwort gegeben. Je nachdem mehr oder weniger Geld im Umlauf ist, muß man den Wert des Geldes erhöhen

oder vermindern. Man sagt so oft, es sei ein erhöhter Geldbedarf vorhanden, weil die Warenmenge wächst. Das aber führt keinen erhöhten Geldbedarf herbei, wenn die gleiche Geldmenge imstande ist, den Tauschmitteldienst reibungslos zu erfüllen. Nur steigt dann die Kaufkraft der einzelnen Geldeinheiten. Wenn man überhaupt von einem Geldbedarf der Volkswirtschaft sprechen will — ich bin der Ansicht, daß man davon sprechen soll —, dann kann er nur vorhanden sein auf Grund eines bereits gegebenen Preisniveaus. Es besteht dann ein Bedarf nach Geld von gegebenem Wert, um die Stabilität des Geldes als Wertmesser zu erhalten. Man muß einen Wertmesser von relativer Stabilität besitzen, so daß man bei jeder Änderung des Wertes der Waren imstande ist, nach Möglichkeit dieselbe zu erkennen. Das ist der Geldbedarf auf Grund eines gegebenen Preisniveaus. Wenn ein vermehrter Geldbedarf wegen erhöhtem Warenauflauf eintritt, so heißt das, daß so viel Geld neu in den Verkehr eintreten muß, daß Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit imstande ist, die Preissumme, welche sich auf Grund des seitherigen Preisniveaus und des vermehrten Warenauflaufs ergibt, zu realisieren.

Ich bin deshalb nicht der Ansicht von Dr. Palhi, daß nach dieser Richtung die Ricardosche Theorie einer Ergänzung bedarf. Im Grunde genommen ist es tatsächlich immer wieder die Geldmenge, die für den Geldwert entscheidend ist, weil ja eigentlich ein quantitativ bestimmter Geldbedarf gar nicht existiert.

Auf das Referat von Herrn v. Wortkiewicz möchte ich bemerken, daß ich mich der Kritik, die Herr Hahn an diesem Referat geübt hat, durchaus anschließen kann. Auch ich bin der Ansicht, daß nicht etwa eine Kompensation des rascheren Geldumsatzes dadurch stattfindet, daß später die Umlaufgeschwindigkeit wieder erlahmen muß, weil sich die Kassen leeren, sondern es wird ein anderer Modus der Lohnzahlung stattfinden. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß, wenn der Arbeiter sein Geld rascher in Sachwerte umsetzt, der Verkäufer dieser Sachwerte auch wieder in die Lage kommt, sein Geld rascher umzusetzen. Auch darin stimme ich vollständig mit Herrn Dr. Hahn überein, daß man das Vertrauensmoment als primäre Ursache einer Gelandentwertung unbedingt ausschalten muß, und daß das Misstrauen nur indirekt eine weitere Gelandentwertung insofern herbeiführen kann, als es eine panische Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes im Gefolge hat.

Prof. Dr. Hero Moeller-Erlangen: Meine Herren! Nur drei Punkte. Es ist hier mehrfach davon die Rede gewesen, daß man den Ansichten, die seitens der Reichsbankleitung vertreten worden sind, nicht recht beikommen könne, weil sie keine genügend exakte Formulierung gefunden hätten. Ich denke an die Ausführungen, die von Herrn Gulenburg gemacht worden sind und jetzt von Herrn Bräuer, und ich möchte nun daran erinnern, daß sich im Mitte-Juni-Heft des Bank-Archivs eine recht interessante, aber nur wenig beachtete Arbeit findet, und zwar von derjenigen Stelle, in deren Hand die Leitung der Kreditpolitik der Reichsbank gelegen haben dürfte, von dem Mitglied des Berliner Reichsbank-Direktoriums Friedrich. Derjenige, der der Reichsbankleitung in diesem Punkte zu Leibe rücken will, wird hier ein ausgezeichnetes Material vorfinden.

Bezüglich des prinzipiell so ausgezeichneten Referats des Herrn Prof. v. Bortkiewicz möchte ich in kritischer Hinsicht zweierlei zu sagen mir gestatten. Einmal hat, glaube ich, Herr v. Bortkiewicz nicht den Nachweis erbracht, daß die Vergrößerung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes diejenigen Erscheinungen vollständig erklärt, die zu ergründen Herr v. Bortkiewicz sich zum Ziel gesetzt hat. Es bleibt die Frage übrig, ob noch andere Momente als dieses eine in der Lage sind, das Faktum der Geldentwertungsprogression zu erklären. Die Verkehrsgleichung — man würde besser sagen Tauschgleichung — gestattet durchaus noch andere Erklärungsmöglichkeiten. Ich habe selbst versucht, in einer Abhandlung, die in Schmollers Jahrbuch erschienen ist (weshalb ich hier nicht näher darauf einzugehen brauche), darzustellen, daß neben der Beschleunigung des Geldumlaufs beispielsweise die valutarischen Kreditgewinne und der allgemeine Übergang zur Goldrechnung wirksam gewesen sind.

Der dritte Punkt betrifft die methodologische Seite. Ich habe mit Bedauern gehört, daß Herr v. Bortkiewicz gemeint hat, es könne eine der methodologischen Forschung entratende Behandlung dieser Probleme mit Erfolg durchgeführt werden. Er hat das insbesondere im Hinblick auf das Buch von Feilen gesagt. Ich glaube persönlich, daß eine solche Behauptung nicht vertreten werden kann, sondern daß das Gegenteil zutrifft. Materiell auf diese Dinge einzugehen, verbietet sich jetzt. Ich hoffe dies an anderer Stelle nachholen zu können. Nur so viel möchte ich heute sagen: Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß eine erkenntniskritisch-logische Durchdenkung des Problems der Quantitäts-

theorie zu einem Resultat führt, das dem von Herrn v. Bortkiewicz gefundenen in einigen Punkten entgegengesetzt ist. Es ist ganz richtig, was Herr v. Bortkiewicz dargelegt hat, daß wir auf die Überlegung derjenigen zurückgehen müssen, welche die den Geldwert verändernden Verhältnisse berücksichtigen. Die zukünftige, als wahrscheinlich gemachte Geldwertbewegung muß in die Motivanalyse einbezogen werden. Je nachdem ergeben sich Handlungen, die die tatsächliche Geldentwertung noch verstärken. Eine solche Art der Betrachtung steht aber in keinerlei Widerspruch zur Tauschgleichung. Genauere Untersuchung der logischen Natur der Tauschgleichung dürfte vielmehr ergeben, daß sie den Tatbestand eines Kaufalverhältnisses zwischen ihren Bestandteilen geradezu ausschließt, so daß der weiteren Ausspinnung der bezeichneten Betrachtungsweise gerade durch die Tauschgleichung der Weg frei gemacht wird.

Egzellenz Dr. v. Spizmüller-Wien: Ich habe mir gestern erlaubt, meinen Standpunkt, daß wir in Österreich eine neue Inflationsperiode zu verzeichnen haben, darzulegen, weil ich glaubte, daß in Deutschland ähnliche, die Währung gefährdende Momente bestehen. Die Gefahr, daß alle in den Privatverkehr eingesetzten Devisen in Noten umgewandelt werden, ist allerdings gering, weil die Devisenordnung in Deutschland nahezu aufgehoben ist oder demnächst aufgehoben werden soll. Es wird daher eine zwangsläufige Geldschöpfung durch Ablieferung aller Devisen unter Ausgabe von neuen Noten, wie sie in Österreich noch besteht, in Deutschland in der nächsten Zeit nicht zu befürchten sein. Und was die Finanzierung der Sachlieferungen anbelangt, so ist es eine große Beruhigung, daß auf diesen Punkt bereits die Aufmerksamkeit gelenkt ist. Bei der energischen Haltung der Reichsbankleitung und ihres Präsidenten ist es sehr wahrscheinlich, daß die Reichsbank in einer entsprechenden Eskont- und Diskontpolitik ein Gegengewicht gegen die neue Inflationsgefahr finden wird.

Nun hat allerdings Herr Prof. v. Mises auf einen Zwischenruf von mir gesagt, es sei in Österreich Goldwährung, man könne Devisen gegen Abgabe von Noten erhalten; diese Austauschmöglichkeit garantiere den Ausschluß der Wiederkehr einer Inflation. Zunächst stimmt es nicht, daß bei dem Bestand der jetzigen Devisenordnung dieser Austausch garantiert ist. Ich lasse es dahingestellt, ob beim Bestande der

jezigen Devisenordnung auch nur von einer Einlösung von Noten in Devisen gesprochen werden kann. Ich glaube nicht.

Ich gehe aber auf das Prinzipielle über. Es ist mir unbegreiflich, wie Herr Prof. v. Mises bei seinem theoretischen Standpunkt eine Inflation in Österreich leugnen kann angesichts der vorliegenden Wirkungen: Verschlechterung der Handelsbilanz, außerordentliche Preissteigerung und die Tatsache, daß wir im vorigen Jahr eine Über spekulation am Effektenmarkte hatten, die ohne Überfüllung des Verkehrs mit Zahlungsmitteln mindestens in solchem Umfange nicht hätte eintreten können. Es wurde wiederholt von dem Präsidenten der Nationalbank und vom Generalkommissar des Völkerbundes erklärt, die Nationalbank beabsichtige, den Geldwert dadurch vor einer Hebung zu bewahren, daß sie den Notenumlauf vermehre. Und das alles soll keine Inflation sein, wenn Inflation nach der Definition v. Mises eine auf die Vermehrung der Zahlungsmittel gerichtete Politik ist?

Herr Dr. Palhi hat zu meiner großen Befriedigung dargelegt, die Frage des richtigen Stabilisierungsniveaus sei eine Hauptfrage. Welche Resultate sind nun hinsichtlich des Stabilisierungsproblems auf Grund der Erfahrungen in Österreich festzustellen? 1. Die Stabilisierung darf nicht auf einem zu niedrigen Niveau durchgeführt werden, weil sonst die Gefahr besteht, daß neue Inflation sich als notwendig herausstellt, um eine Erhöhung des Geldwertes hintanzuhalten. 2. Die Stabilisierung muß auf Grund vollständig freier Bewegung am Devisenmarkte durchgeführt werden. Dr. Popovics, der derzeitige Leiter der Nationalbank in Ungarn, hat ausdrücklich erklärt, die Stabilisierung könne nur durchgeführt werden, wenn dieser freie Verkehr längere Zeit hindurch bestanden habe. Auch die österreichische Stabilisierung beziehungsweise Relationsfixierung des Jahres 1892 ist durchgeführt worden, nachdem längere Zeit eine völlig freie Geldwertbewegung bestanden hatte, die man schließlich, da sie nach aufwärts führte, im Interesse der Produktion durch den Währungswechsel gestoppt hat. Auch Schaefer in seinen „klassischen Valutastabilisierungen“ steht auf dem Standpunkt, daß die natürliche Geldwertbildung die Basis für die Stabilisierung sein müsse. Diese natürliche Geldwertbildung hat bei uns nicht stattgefunden, sondern wir haben auf Grund einer Zwangsdienstenordnung einen bestimmten, überdies unterhalb des damaligen

Kaufkraftniveaus liegenden Geldwert stabilisiert. Es ist merkwürdig, daß der Völkerbund diese Praxis in Österreich gestattet oder anbefohlen hat, während doch in Ungarn der Kommissar ausdrücklich mit Befriedigung hervorgehoben hat, daß das Niveau des Geldwertes zu Beginn der Reformperiode um 25% höher liegt als das tiefste Niveau der Inflationszeit.

Zum Schluß muß ich noch auf das zu sprechen kommen, was ich Psychologie der Vermeidung künftiger Inflation nennen möchte. Auch da muß ich Herrn Prof. v. Mises entgegentreten. In der österreichisch-ungarischen Bank haben zwei unzweifelhaft ehrliche Goldwährungsleute, die Herren Dr. Popovics und Dr. Gruber während des Krieges die Leitung gehabt. Nicht nur sie, sondern namentlich auch der damalige ungarische Finanzminister Teleeszky haben sich die größte Mühe gegeben, die Inflation während des Krieges hintanzuhalten, es ist ihnen nicht gelungen. Ich glaube, daß dieser Fehlschlag auf den Prozeß zurückzuführen ist, den Herr Goldscheid heute „Zwangsanpassung an bestehende politische Machtverhältnisse“ genannt hat. Diese haben in gewisser Beziehung auch in der Nachkriegszeit bestanden, wo ich als Bankgouverneur fungiert habe. Ich glaube, der soziale Zustand Österreichs nach dem Zusammenbruch war ein solcher, daß ohne Inflation nicht auszukommen war. Dieser Feigen Land, der aus der furchtbaren Zertrümmerung übrigblieb, hat soziale Zustände gesehen, die, wenn man noch eine Geldverknappung herbeigeführt hätte, zweifellos zum sozialen Zusammenbruch hätten führen müssen. Ich habe gegen die Inflationstendenz als erster versucht, die Ausgaben zu stoppen; das war aber ausgeschlossen. Dann habe ich mich auf mein formales Recht berufen — das allerdings inhaltlich leer war, aber ich habe es doch geltend gemacht — und habe erklärt, ich könne jeden Tag die Notenpresse stilllegen. Darauf hat man mir gesagt: Ganz recht, Sie werden dann acht Tage ein wirtschaftliches Tohuwabohu herbeiführen und dann werden wir ein staatliches Bankamt errichten, wie man es in der Tschechoslowakei und in Ungarn hat. Das heißt, ich hätte mit der Stilllegung der Notenpresse eine Art herostratischer Tat gezeigt, ohne den Lauf der Dinge auf die Dauer im geringsten zu ändern.

Was die Forderung betrifft, daß die richtigen währungspolitischen Anschauungen Gemeingut werden sollen, so ist dieselbe gewiß von höchster Bedeutung, ich muß aber meinem Zweifel Ausdruck geben, ob dieses erreicht werden kann, wenn nicht die Wissenschaft auf den

Plan tritt. Herr Prof. v. Mises, einer der maßgebendsten, wenn nicht der maßgebende Vertreter der Geldtheorie in Österreich hat aber in den Stabilisierungsstreit nicht eingegriffen und die anderen melden sich kaum. Von offizieller Seite wird erklärt, es gebe nur eine budgetäre Inflation. Das ist der Fokus der Theorie, die jetzt in Österreich maßgebend ist. Wir haben nach der offiziellen Auffassung eine stabilisierte Krone, deren Kaufkraft aber gesunken ist.

(Heiterkeit.)

Das steht mit der theoretischen Erkenntnis im schreiendsten Widerspruch. Auf diesem Wege kann eine Erziehung der Bevölkerung in Österreich zur richtigen Anschauung über das unsäglich schwierige Geldproblem nicht durchgeführt werden.

(Beifall.)

Prof. Dr. v. Mises-Wien. Ich habe mich noch einmal zum Worte gemeldet, um einige Missverständnisse zu berichtigen, denen meine Ausführungen begegnet sind. Zunächst: Ich habe nicht gemeint, daß eine Wiederkehr der Inflation etwa daran scheitern könnte, daß die Obrigkeit nun besser aufgeklärt sei, als es früher der Fall war. Ich bin frei von jenem Überglauben, der das Heil von der Einsicht der Obrigkeit erwartet. Nicht darum glaube ich, daß eine neue Inflation durch Notendruck in der nächsten Zeit ausgeschlossen sei, weil etwa die Regierungen nicht mehr zu diesem Mittel greifen wollen, sondern darum, weil ich glaube, daß die Wiederaufnahme der Inflationspolitik sofort in den Einzelwirtschaften eine Reaktion auslösen würde, die vor kurzem noch gefehlt hat. Sobald die Bevölkerung, die heute den Stand der Devisenkurse mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, ein neuerliches Steigen der Kurse bemerken würde, würde sie sich in allen ihren wirtschaftlichen Handlungen so benehmen, wie sich in den letzten Jahren nur jene benommen haben, die das Ressentiment der anderen „Schieber“ genannt hat. Wenn aber alle in dieser Weise sofort auf die Geldmengenvermehrung antworten, dann ist es einer Regierung nicht mehr möglich, jahrelang in der Notenpresse eine wirksame finanzielle Stütze zu finden.

Herr Prof. v. Bortkiewicz hat gemeint, ich hätte Knapp die Meinung unterschieben wollen, daß die Goldwährung eine schädliche Errfung Englands zum Nachteil der Kontinentalstaaten gewesen sei. Ich stelle fest, daß ich weder den Namen Knapp noch irgendeinen

anderen Namen in diesem Zusammenhange genannt habe. Ich kam nach Stuttgart nicht in der Absicht, zu sprechen und habe mich erst heute über Aufforderung des Herrn Vorsitzenden entschlossen, an der Wechselrede teilzunehmen. Ich konnte meine Ausführungen nicht vorbereiten, und so war ich nicht in der Lage, genaue Quellenbelege zu erbringen, wie sie Herr v. Bortkiewicz in seinem scharfsinnigen Referat beschaffen konnte. Da ich keine wörtlichen Zitate vorbringen konnte, wollte ich keine Namen nennen. Federmann weiß aber, daß die Auffassung, von der ich gesprochen habe, in der deutschen Literatur der letzten Jahre wiederholt und mit großem Erfolge vertreten wurde. (Zwischenruf von Herrn Geheimrat Dr. Diehl: „Zum Beispiel von Liefmann!“)

Gewiß, auch von Liefmann! Ich erinnere mich übrigens, noch vor kurzem diese Auffassung in einem sehr gut geleiteten und angesehenen und, wie ich glaube, auch verbreitetem und einflußreichen Blatte, in der „Deutschen Bergwerkszeitung“, gelesen zu haben, in einem Aufsatz von Dr. Alfred Schmidt-Essen, einem Währungsschriftsteller, dessen Arbeiten große Verbreitung gefunden haben¹⁾. An diese Schriftsteller habe ich gedacht und nicht an Knapp.

Was schließlich die heutigen Ausführungen des Herrn Ministers v. Spizmüller betrifft, will ich nur feststellen, daß es durchaus unzutreffend ist, zu behaupten, die Österreichisch-Ungarische Bank wäre in den Jahren vor dem Kriege und im Kriege unter dem Einfluß von Goldwährungsmännern gestanden. Soweit österreichischer Einfluß bei der gemeinsamen Bank mächtig war, war er in der letzten Zeit vor dem Kriege und im Kriege durchaus inflationistisch und etatistisch. Und selbst ein Teil des ungarischen Einflusses wurde in diesem Sinne ausgeübt. Dass und warum Ungarn, im Gegensatz zu Österreich, im übrigen mehr für die Goldwährung eintrat, ist schon wiederholt, auch von mir an anderer Stelle, auseinandergesetzt worden. Exzellenz v. Spizmüller hat mir die Ehre angetan, mich als den maßgebenden österreichischen Währungspolitiker zu bezeichnen. Ich danke ihm für die freundliche Anerkennung, die er mir damit zuteil werden ließ, muß aber feststellen,

¹⁾ Vgl. den Aufsatz „Goldwahn“, von Dr. Alfred Schmidt-Essen, in der Deutschen Bergwerkszeitung vom 17. Juli 1924, wo die Goldwährung als eine den Interessen der Vereinigten Staaten und auch Englands entsprechende Währungsverfassung bezeichnet wird, die für die deutsche Volkswirtschaft geradezu schädlich sein würde. (Zusatz bei der Korrektur.)

dass ich in keiner Weise anders als durch literarische Arbeiten und durch öffentliche Vorträge einen Einfluss auf die Währungspolitik genommen habe und nehmen konnte und dass von allen währungspolitischen Maßnahmen, die in Österreich ergriffen wurden, nur die Stabilisierung des Geldwertes im Jahre 1922 dem entsprach, was ich für richtig gehalten habe. Ich kann daher nicht verstehen, wie Herr v. Spizmüller mir in irgendeiner Weise eine Verantwortung für die österreichische Währungspolitik zuschreibt. Exzellenz Spizmüller hat in den kritischen Jahren als Finanzminister und als Gouverneur der Österreichisch-Ungarischen Bank unmittelbaren Einfluss auf die Währungspolitik genommen und dabei auch Maßregeln ergriffen, die mir nicht zweckmäßig erschienen. Ich bin gegen diese Maßnahmen, wie zum Beispiel gegen die Devisenverordnungen, öffentlich aufgetreten und habe wiederholt auch im Gespräch mit Exzellenz Spizmüller meinen Standpunkt, denselben, den ich in meinem schriftlichen Referate und den ich heute vertreten habe, dargelegt; es ist mir dabei nicht gelungen, ihn von der Richtigkeit meiner Anschaufungen zu überzeugen. Das, was durchgeführt wurde, entsprach durchaus nicht meinen Ideen.

Ich bin übrigens erstaunt, dass Exzellenz Spizmüller die Höhe des Stabilisierungskurses von 1922 nachträglich bemängelt, wo er doch zur kritischen Zeit als Leiter der Notenbank an wichtigster Stelle an der Stabilisierung selbst mitgewirkt hat. Ich glaube übrigens, da Exzellenz Spizmüller auch heute nicht dafür eintritt, dass der Stabilisierungskurs geändert werde, dass meine Auffassung in diesem Punkte wenigstens von der seinen nicht so erheblich abweicht, wie es vielleicht nach seinen Worten erscheinen könnte.

Chefred. Georg Bernhard-Berlin: Meine Herren! Ich würde auf die bisherigen Ausführungen nicht erwiedern, wenn mir nicht der Vorwurf gemacht worden wäre, ich hätte mich über meine Auffassung von der Zahlungsbilanz zweideutig ausgedrückt. Diese Zweideutigkeit ist nicht eine bewusste.

Ich bemerke auch, dass ich bei mir selbst zwischen dem Politiker und dem Wissenschaftler zu trennen weiß. Ich habe von meinen Lehrern gelernt, dass man bei wissenschaftlicher Diskussion gegen sich selbst die größten Zweifel haben und mindestens die Argumente der andern prüfen muss, auch wenn man seine Ansicht schon schriftlich niedergelegt hat. Ich weiß auch, dass zwischen dem äusseren Tausch-

wert und der inneren Kaufkraft des Geldes enge Beziehungen und Wechselwirkungen bestehen.

Es ist hier sehr viel die Methodologie herangezogen worden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man auch einmal das Problem des äußeren Tauschwertes des Geldes, zunächst isoliert für sich, betrachten kann, daß das durchaus eine wissenschaftliche Methode ist, und daß man damit nicht die Wechselwirkungen von außen ignoriert. Wenn man das Problem ansieht, so steht das fest: Zu messen ist der ausländische Tauschwert eines Geldes lediglich an den Devisenkursen. Es handelt sich also hier zunächst um ein Preisproblem der Devisenkurse, darum, welche Faktoren Angebot und Nachfrage in den Devisenkursen hervorrufen.

Ich muß zugeben, daß zunächst die normale Zahlungsbilanz wobei ich auch wieder weiß, daß die rein kapitalistische Zahlungsbilanz sehr leicht gehende Scharniere hat ... das Ausschlaggebende in normalen Zeiten ist. Was die abnormen Zeiten betrifft, so habe ich gesagt: Ist die Zahlungsbilanz auch in der abnormen Zeit an sich aktiv, so spielt lediglich die mechanische Frage des Angebots und der Nachfrage für die Preisbildung der Devisen eine Rolle. Anders ist die Sache in dem Augenblick, wo eine dauernde passive Zahlungsbilanz entsteht. Da verändern sich die Kurse nicht bloß entsprechend den veränderten Verhältnissen in der Zahlungsbilanz, sondern hier tritt das Vertrauensmoment in die Erscheinung. Ob man nun sagt, man nehme an, daß eine spätere Entwertung der Kaufkraft entstehe, oder ob man sagt, man habe kein Vertrauen zu dem Geld, so ist das das gleiche.

Nun hat Herr v. Mises bereits erklärt, es entstehe aus inneren Gründen eine Nachfrage. Das ist richtig. Hier greift die Bildung der inneren Kaufkraft in die äußeren Verhältnisse ein. Aber wie steht es da mit der Quantitätstheorie? Meine Herren! In der letzten Zeit ist der Glaube etwas genährt, daß hier mechanische Dinge eine Rolle spielen; in Wirklichkeit aber handelt es sich hier um psychologische Vorgänge. Worauf es ankommt, das ist die Frage: Wie weit ist die Preissteigerung wirklich durch eine rein mechanische Veränderung des Verhältnisses von Kaufkraft und Gütermenge und wie weit ist sie vom Mißtrauen hervorgerufen? Das ist eines der wesentlichsten Probleme.

Wenn Herr Dr. Hahn gesagt hat, mit Mißtrauen könne er nicht kaufen, so sind das nicht rein mechanische Auswirkungen einer Quanti-

tätstheorie. Sehr interessant ist, daß Herr Dr. Hahn selbst Ausführungen gemacht hat, aus denen hervorgeht, wie außerordentlich groß das Vertrauensmoment in diesen Dingen ist. Was ist denn eigentlich die Fortsetzung von Höchstpreisen? Nichts anderes als der Versuch des Staates, seine Bürger zu zwingen, ihrem Mißtrauen keinen Ausdruck zu geben.

(Zustimmung.)

Meine Herren! Ich habe den Eindruck, daß die ganze Frage der Quantitätstheorie auch heute noch auf die Frage der Vermehrung der Tauschmittel und der Zahlungsmittel gestellt wird. In Wirklichkeit handelt es sich aber um die Frage künftiger Kapitalbildung. Es können unter Umständen die Zahlungsmittel sinken, und kann trotzdem eine Vermehrung künstlicher Kaufkraft eintreten. Ob diese sich ausdrückt in vermehrtem Notenumlauf oder anders, ist gleichgültig.

Ich glaube, daß wir in der Sache nicht weit voneinander entfernt sind. Wogegen ich mich wende, ist nur diese einseitige, nach meiner Meinung vielfach viel zu rein mechanistisch sehende Auffassung von der Quantitätstheorie.

Meine Herren! Versehen Sie sich in die Zeit, als die Quantitätstheorie in ihrer primitivsten Form gefunden wurde, in die mercantilistische Zeit. Glaubt jemand von Ihnen, daß die damalige Preissteigerung wirklich nur durch das Mißverhältnis der Quantitäten hervorgerufen worden sei? Die Leute wußten, daß normal nicht mehr Geld vorhanden sein konnte, sondern daß die Fürsten nur die Kaufkraft vermehrt hatten.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wirtschaftliche Ursachen nicht aus einem Posten allein zu erklären sind, sondern gerade in abnormalen Zeiten wirkt eine ganze Reihe von Komponenten zusammen. Ich habe den Eindruck, eine Reihe von neueren Schriftstellern der Währungsfrage tun nach meiner Ansicht etwas, was zu der Zeit, als ich noch Seminarist war, verpönt war: daß man von einem Punkt aus alles erklärt und jeden anderen, der das nicht tut, für einen Ignoranten hält.

(Zustimmung.)

Referent Prof. Dr. v. Bortkiewicz: Es haben nur wenige von den Herren, die gesprochen haben, zu meinem Referat Stellung genommen. Was Herr Prof. Cohen hierzu gesagt hat, bedarf von mir aus keiner Erwiderung. Er hat gemeint, daß die Ursachenkette, die ich aufgestellt

habe, eigentlich nicht bei der Inflation beginne, sondern bei der finanziellen Miszwirtschaft. Darin stimme ich ihm vollkommen zu. Ich gehe noch einen Schritt weiter zurück und glaube, daß einen solchen Anfang, von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen, immer ein Krieg bildet, sei es ein glücklich oder unglücklich verlaufender Krieg.

Herr Dr. Hahn hat sich gegen meine ganze Konstruktion gewendet und mir Weltfremdheit vorgeworfen. Er behauptet, wenn der Lohnempfänger sein Geld früher ausgabe, indem er seine Ausgaben auf den Anfang der Periode konzentriere, für welche er dieses Einkommen erhalten habe, dann müsse notwendig auch ein Übergang von der vierteljährlichen zur monatlichen Lohnzahlung stattfinden. Aber hieraus kann bei unveränderter Geldmenge eine nachhaltige Preissteigerung doch nur dann resultieren, wenn sich gleichzeitig der Jahreslohn erhöht. Ich hatte aber hinzugefügt, daß das auf einem anderen Blatte geschrieben steht.

Was das Misstrauen betrifft, so dreht sich die Frage darum, ob das Misstrauen als selbständiger Faktor wirken kann. Ich glaube, daß dem so ist, und es freut mich, den Darlegungen des Herrn Bernhard eine Bestätigung dieser Ansicht entnehmen zu können. Das Misstrauen kommt nämlich, wie die Dinge liegen, in einem unverhältnismäßig niedrigen Außenwert des Geldes zum Ausdruck, und wer, wie Herr Bernhard, der Meinung ist, daß in einer bestimmten Phase der Inflation der Außenwert den Binnenwert bestimmt, der gibt eben damit die selbständige Bedeutung des Misstrauens als Geldentwertungsfaktors zu.

Was alsdann die Ausführungen des Herrn Prof. Moeller anlangt, so befindet ich mich mit ihm in weitergehender Übereinstimmung, als es vielleicht den Anschein hatte. Ich bedaure, wenn er es gewissermaßen als Zurücksetzung empfunden hat, daß ich ihn nicht genannt habe. Seine Abhandlungen sind mir bekannt, und ich schäze sie sehr; aber ich hatte keinen besonderen Anlaß, mich auf ihn zu beziehen, wie ich denn überhaupt neuere Autoren nur insofern herangezogen habe, als ich ihnen widersprechen zu müssen glaubte; die für den positiven Gehalt meiner Ausführungen maßgebenden theoretischen Gesichtspunkte sind, wie ich bemerkt habe, uralt. Ich bin mit Herrn Moeller insbesondere auch darüber einer Meinung, daß die „Verkehrsgleichung“ oder, wie er sie nennt, die „Tauschgleichung“ an sich noch gar nichts über irgendwelche kaufale Beziehungen aussagt. Sie verträgt sich durch-

aus mit der Vorstellung, daß psychologische Momente für den Geldwert mit in Frage kommen. Es ist überhaupt verkehrt, dem nationalökonomischen Theoretiker, der zu mathematischen Formeln greift, eine mechanistische Auffassung vorzuwerfen. Wer das tut, beweist damit nur, daß er von der mathematischen Schule ganz unklare Vorstellungen hat.

Noch auf einen Punkt, den Herr Moeller erwähnt hat, die Einschätzung der Schrift von Feilen, möchte ich zurückkommen. Es fällt mir nicht ein, die Bedeutung der Methodenlehre und der logischen Vertiefung für die nationalökonomische Forschung in Abrede zu stellen. Über ich glaube nach wie vor, daß ein spezielles Problem wie das der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes dadurch keine Förderung erfahren kann, daß es in die Region der Gegenstandstheorie oder Phänomenologie emporgehoben wird.

Wenn auf mein Referat so wenig Bezug genommen worden ist, so kommt das wohl daher, daß die Debatte im allgemeinen währungspolitisch und bankpolitisch orientiert war, während meine Ausführungen theoretischen Charakter trugen. Ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Inhalt meines Referats und der Währungspolitik besteht aber doch. Ich glaube, daß meine Darlegungen durchaus in der Linie jener währungspolitischen Auffassung liegen, die im Laufe der Debatte von verschiedener Seite einen so beredten Ausdruck gefunden hat. Ich habe nämlich das Publikum, den Konsumenten so zugesagen von einer Mittäterschaft an der Geldentwertung freigesprochen, indem ich die Ansicht zu widerlegen versucht habe, als ob Angstläufe einen nachhaltigen Einfluß auf den Geldwert auszuüben vermöchten. Der Schuldige sei vielmehr, wie es auch jener hier vertretenen Auffassung entspricht, der Staat, der durch Notenmissionen seine Ausgaben zu decken sucht. Wenn aber gesagt wird, daß diese ganze Inflationspolitik auf einen Mangel an nationalökonomischem Wissen bei den maßgebenden Instanzen zurückzuführen sei, so kann ich dem unmöglich beipflichten. Was diesen Instanzen vorgeworfen wird, ist doch eigentlich nicht Unkenntnis der theoretischen Nationalökonomie, insbesondere der Quantitätstheorie, sondern Unkenntnis des einfachen Sachverhaltes, daß im allgemeinen eine Vermehrung der Notenmenge, die auf dem Personalkredit des Staates beruht, preissteigernd wirkt. Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß dies denjenigen unbekannt gewesen wäre, von denen unmittelbar die Befehle zu weiteren Emissionen ausgingen. Ich glaube, daß man da eines außer acht läßt, daß

nämlich bei amtlichen Kundgebungen, wie zum Beispiel in den Verwaltungsberichten der Reichsbank, sehr vieles auf Rechnung einer gewollten Schönsärberei zu setzen ist. Ich erinnere hier an die Kriegsberichte als Gegenstück dazu. Aus gewissen Wendungen, die da gebraucht wurden, durfte man doch nicht schließen, daß die in Betracht kommenden militärischen Stellen aus Mangel an fachwissenschaftlichen Kenntnissen die Sachlage falsch beurteilten. Ich gebe jedoch zu, daß einzelne Personen vielleicht kein volles Verständnis für die Wirkungen der Inflation hatten.

Noch ein Wort, das wesentlich an das anknüpft, was Egzellenz v. Spizmüller ausgeführt hat: Man darf bei der Geldpolitik und Zentralnotenbankpolitik der Nachkriegszeit das politische von dem wirtschaftlichen Moment nicht trennen und darf auch das soziale Moment nicht übersehen. Es ist wohl billig, hier einen Ausspruch von Geheimrat Harms, der in großmütiger Weise auf das Wort verzichtet hat, zu zitieren: die Inflation habe uns vor einer sozialen Revolution gerettet. Ich unterschreibe dieses Wort, ohne mich natürlich mit all den Maßnahmen, die auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens in der Kriegs- und Nachkriegszeit getroffen worden sind, zu identifizieren. Eine Trennung zwischen Wirtschaft und Politik widerspricht selbstverständlich dem Geist unseres Vereins; sie würde auch einen Rückfall in längst überwundene Anschauungen bedeuten. Man sehe sich die Verhandlungen des Kongresses deutscher Volkswirte aus dem Jahre 1864 an, wo die Frage der Banknoten mit Zwangskurs zur Grörterung stand. Dort wurde der Standpunkt vertreten: Es sei besser, daß der Staat zugrunde gehe, als daß man die Banknoten für uneinlösbar erkläre. Das ist eine Auffassung, die heute unter uns keine Anhänger mehr hat.

(Beispiel.)

Dr. Palhi: Meine Herren! Mit Rücksicht auf die vorgeeschrittene Zeit werde ich mich auf wenige theoretische Diskussionspunkte beschränken. Ein Wort zunächst zu dem Streit über die Quantitätstheorie, dem, wie es mir scheint, keine so grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zugrunde zu liegen braucht. Denn darüber dürfte wohl Einigkeit herrschen in diesem Kreis, daß die Quantitätstheorie unter Inflationsverhältnissen im Kern unbedingt zutrifft. Unter solchen Verhältnissen ist eben die Preisbildung dauernd von der Geldseite her beeinflußt, und alle anderen Faktoren treten in den Hintergrund. Für

eine Inflationszeit hat auch Ricardo seine Quantitätstheorie formuliert, während er im übrigen bekanntlich eine andere Theorie, die Produktionskostentheorie, zur Verfügung hatte. Unter normalen Verhältnissen, also praktisch in der Goldwährung und in der Goldkernwährung, ist es natürlich auch so, daß Veränderungen der Geldmenge die Preise und Wechselkurse entscheidend beeinflussen. Die Frage ist aber — und da knüpft eine richtig verstandene Banking-Theorie an —, woher diese Veränderungen der Geldmenge kommen. In der Inflation ist die Frage eindeutig zu beantworten: von der Geldseite; anders und komplizierter liegt die Sache unter normalen Verhältnissen. Denn die Änderungen der Geldmenge können ihrerseits eine Funktion veränderter Konjunktur, veränderter Produktionsverhältnisse und mithin auch der Zahlungsbilanz, kurz der sogenannten „Warenseite“ sein. Ich glaube, wenn man die Sache so faßt, hört der in der Diskussion geführte Streit um die Quantitätstheorie auf, grundsätzliche Bedeutung zu haben.

Ähnlich dürfte es bei einem zweiten Streitpunkt der Diskussion liegen, bei der Frage, ob und welche Bedeutung dem Vertrauensmoment zukommt. Ich verstehe vollkommen, daß exakte Denker einem so rein psychologischen Element, wie es das Vertrauen ist, ungern einen Platz in der Theorie einräumen. Sie haben das Gefühl, damit einem unklaren Element den Eingang verschafft zu haben. Dem ist aber nicht so, wie es namentlich Laughlin theoretisch und an Hand vieler Beispiele dargelegt hat: Das Vertrauensmoment bedeutet für den Geldwert nichts anderes als die Beurteilung der Einlösungschancen des unterwertigen Geldes in Gold. Läßt die Quantitätstheorie diesen Faktor aus dem Spiel, so ist sie eben unvollständig und vermag mit allen Hinweisen auf die Zirkulationsgeschwindigkeit und deren Veränderungen nicht exakt den Verlauf der Dinge zu erklären, weder in der Inflation und Deflation noch unter normalen Verhältnissen. Das hat uns ja heute Herr v. Bortkiewicz mit aller Exaktheit, deren diese Sache fähig ist, dargelegt. Die Schwierigkeit für die Quantitätstheorie läßt sich vielleicht überwinden — ich kann darauf hier nicht näher eingehen —, wenn man sie so faßt, daß sie nicht nur die jeweils vorhandene beziehungsweise als Kaufkraft auftretende Geldmenge, sondern auch die in absehbarer Zukunft voraussichtlich noch zu erwartende Geldmenge in Rechnung stellt.

In einem weiteren Punkt muß ich Kollegen Mises, den ich *Schriften* 170. — *Verhandlungen* 1924..

übrigens als Geldtheoretiker außerordentlich hochschätzt, entschieden widersprechen. Ich meine jetzt seine Ausführungen über die Banking-Theorie, die er für die inflationistischen Ansichten in Deutschland für verantwortlich erklärte. Ich glaube, hier liegt entschieden ein Mißverständnis vor. Die Banking-Theorie war niemals inflationistisch; im Gegenteil, bei jeder Gelegenheit haben ihre Vertreter — von einem, wie man auch zu sagen pflegt, „naiven“ Banking-Theoretiker, Adolph Wagner, wurde das bereits erwähnt — mit aller Deutlichkeit inflationistische Bestrebungen abgelehnt. Sie sieht ja schlechthin Einlösbarkeit aller (stofflich) unterwertigen Zahlungsmittel in Gold voraus, und von einem solchen Zustand ausgehend, lehnt sie die Forderung der Currenchy-Theorie nach Regulierung der Konjunkturbewegungen durch absolute Beschränkung der Geldmenge auf die Menge des Goldes ab. Der Streit zwischen Currenhy- und Banking-Theorie hat mit dem Problem „Inflation“ in unserem Sinne meines Erachtens überhaupt nichts zu tun, liegt vielmehr in einer ganz anderen Ebene.

Überhaupt ist in der Diskussion die Frage, welche Theorie an der deutschen Inflation „schuld sei“, wiederholt und in sehr anregender Weise erörtert worden. Diese monetäre Schuldfrage ist aber wohl nicht weniger kompliziert als die politische. Wer die deutsche Währungsentwicklung verfolgt hat, der wird als Schuld der Theorie an derselben allenfalls das Fehlen jeder Theorie bei den Persönlichkeiten bestimmt feststellen können, die für das Geschehen bis Mitte 1923 effektiv verantwortlich waren. Man steckte eben im wesentlichen in mercantilistischen Vorstellungen, kannte nicht oder unterschätzte die Bedeutung quantitätstheoretischer Zusammenhänge und stand im übrigen unter dem Einfluß der Interessenten. Daß an diesen Dingen der Knapp'schen Theorie große Schuld zukäme, wie es behauptet wurde, ist nur in dem Sinne vielleicht richtig, als sie eine Stimmung verbreiten half, die allen wirtschaftstheoretischen Erörterungen und mithin aller Erkenntnis der nur durch die Theorie erfassbaren Zusammenhänge ablehnend gegenüberstand. An sich hat sich ja Knapp, von ein paar gelegentlichen Wendungen abgesehen, niemals eigentlich inflationistisch oder dergleichen ausgesprochen; er sieht vielmehr in seiner „Staatlichen Theorie“ voraus, daß die Verwaltung strebt ist, die Parität des eigenen Geldes mit dem fremden aufrechtzuerhalten. Aber indirekt und vielleicht sogar gegen die Absicht des Verfassers war der Erfolg der „Staatlichen Theorie“ eben ein ungünstiger, indem er

die Aufmerksamkeit auf rein formale Dinge lenkte und denen, die den materiellen Problemen aus irgendwelchen Gründen aus dem Wege gehen wollten, zu diesem Zweck einen bequemen Ausweg bot.

Dr. Somary-Zürich¹: Ich kann leider den meisten der Herren Redner nicht antworten, weil sie nicht mehr hier sind, sondern sich schon entfernt haben und es unfair wäre, ihre Abwesenheit auszunützen.

Meine Herren, gestatten Sie mir aber doch einige wenige Worte. Was die Bank von Frankreich betrifft, so habe ich gesagt, daß sie sich nicht bloß im Jahre 1871 gegen den Eingriff des Staates gewehrt habe, sondern auch im Jahre 1819. Die französische Notenbank hat also auch in der Gegenwart Widerstand geleistet.

Herr Prof. Bräuer hatte gemeint, ich habe eine Reihe unzulässiger Verallgemeinerungen ausgesprochen. Er hat darauf hingewiesen, daß er eine Reihe von Goldbilanzen schon im Jahre 1921 oder 1922 gesehen habe. Meine Herren, ich kann mir nicht denken, daß zwanzig Leute ihre Goldbilanz jemandem gezeigt hätten. Die Goldbilanz wird heilig gehütet. Zwanzig Goldbilanzen gesehen zu haben, darf sich vermutlich auch in Breslau niemand rühmen. Ich verstehe übrigens nicht, wie man da kalkulieren kann. Wie kann man die Kalkulation machen? Man zahlt doch nicht in Gold, sondern in Mark! Herr Bräuer war übrigens der einzige Verteidiger der früheren Reichsbankdirektion. Ich erinnere auch daran, daß es in den letzten zwei Jahren überhaupt keinen anderen Wechsel gab als den Finanzwechsel. Die Angestellten der Bank hatten nur die Anweisung, darauf zu achten, daß beim Akzept nicht gerade ein Sonntag oder Feiertag draufgeschrieben wurde. Ausländische Wechsel gab man direkt zur Reichsbank.

Herr Bräuer wandte sich dagegen, daß ich von der Quantitätstheorie gesprochen habe. Meine Herren, jeder einzelne Geldtheoretiker hat seine eigene Quantitätstheorie und nennt jede andere naiv.

(Heiterkeit und Zustimmung.)

Ich habe mich lediglich auf eine Stelle von Herrn Adolf Weber bezogen.

¹⁾ Das oben veröffentlichte Referat dieses Redners wurde auf Grund einer besonderen Niederschrift von seiner Hand aus New York gedruckt. Die stenographische Niederschrift, die ihm zur Durchsicht zugeschickt worden war, hatte ihn nicht erreicht. Daraus erklärt sich, daß die Aussprache und das Schlußwort nicht in allen Punkten den vorgeführten Gedanken des gedruckten Referats genau entsprechen.

Der Schriftführer.

21*

Herr Professor Bortkiewicz hat mir zwei Stellen bei Knapp zum Vorwurf gemacht. Meine Herren, ich schäze Professor Knapps Werk sehr hoch und wollte keinerlei Pietätlosigkeit begehen. Das, was ich hervorgehoben habe, war lediglich, daß die Frage des Geldwertes für Knapp kein Interesse habe. Ich habe mich dabei in erster Linie auf den letzten Paragraphen der Ausgabe von 1921 bezogen. Die andere Frage bezüglich der Annahme des Geldes durch die Staatskassen habe ich nicht Knapp zum Vorwurf gemacht.

Bei Herrn Dr. Eucken handelte es sich um ein Missverständnis meiner Ausführungen. Ich wollte und will nicht eine Kritik an seinen Ausführungen vornehmen, die ich vollständig unterschreibe; ich habe nur die drei Möglichkeiten untersucht, die künftig der Agent der Mächte benutzen könnte. Eucken hat recht, wenn er meint, wenn dieser Agent darauf bestehet, Devisen zu bekommen, so müsse er den Diskontdruck ausüben. Ich habe es aber als fraglich bezeichnet, ob die Franzosen nicht dagegen Einspruch erheben werden. Ich habe die Befürchtung ausgesprochen, daß möglicherweise die Reparationsstaaten Einkäufe bei uns machen werden. Wenn die Bank von England von englischer Seite sagen wir 400 Millionen aus dem Fonds des Agenten gutgeschrieben bekäme und wenn sie den englischen Weinhändlern davon 200 Millionen zur Verfügung stellen würde und die anderen 200 Millionen Importeuren, die importieren, so würden tatsächlich aus den Reparationen effektive Einkäufe in Deutschland getätigert werden, die aus den Reparationen bezahlt werden müssen. Das halte ich für die wahrscheinliche Politik nach dem, was bisher über die Absichten der Amerikaner verlautet. Ich glaube, daß ich mit Herrn Dr. Eucken in dieser Beziehung vollständig identisch bin.

Was die von Herrn Bortkiewicz aufgeworfene Frage betrifft, ob der Staat zugrunde gehen soll, oder ob man nicht in diesem Falle mit der Notenpresse arbeiten sollte, so war diese Frage im Krieg gegeben. Schon im Jahre 1915 hat der Verein für Sozialpolitik eine interne Enquête veranstaltet. Damals schon wurde die Frage der Vermögensabgabe mit allem Nachdruck betont. Wir haben gefordert, daß schärfste finanzielle Maßnahmen durchgeführt werden. Die Kriegsfinanzierung war ja von Haus aus verfehlt. Es wäre gar nicht notwendig gewesen, während des ganzen Krieges lediglich mit der Notenpresse zu arbeiten. Sicher aber war es nach dem Krieg nicht notwendig; in den paar Monaten unmittelbar nach dem Kriege wohl, aber nachher

hätte eine intensive Steuerpolitik einsetzen können. Ich füge hinzu, daß die Stellungnahme zu dieser Frage von Herrn Professor Wortkiewicz mir nicht ganz verständlich war. Ich habe das Gefühl, daß die internen Fragen der Quantitätstheorie den leitenden Männern Deutschlands nicht geläufig waren. Das äußerte sich am stärksten in der Diskontpolitik. Vielleicht machte die Steuererhebung Schwierigkeiten; aber niemals durfte man sich mit der Diskonterhöhung von 7 auf 8% helfen. Es bleibt jedermann unverständlich, warum das geschehen ist. Jedermann sagte sich doch, man hätte nicht von 7 auf 8, sondern auf eine ganz andere Zahl, vielleicht auf 30%, erhöhen müssen.

Wenn ich den übrigen Herren Rednern nicht erwidere, so ist das deshalb, weil sie nicht mehr da sind. Ich darf vielleicht um die Erlaubnis bitten, eventuelle Äußerungen dieser Art dem Protokoll hinzuzufügen.

(Beifall.)

Geheimrat Prof. Herkner: Meine Herren, wir stehen am Abschluß von Verhandlungen, die ein Novum darstellen. Diejenigen, die die Eisenacher Tagung mitgemacht haben, werden sich erinnern, daß wir dort die Frage erörtert haben, ob der Verein selbständige Unterausschüsse einrichten soll. Ich mußte damals gewissermaßen die Kabinettsfrage stellen, um es durchzusetzen. Ich habe demzufolge dem Verlauf der heurigen Tagung und des heutigen Tages mit großer Spannung entgegensehen, habe aber nun die Überzeugung gewonnen, daß die Einrichtung doch einen Fortschritt in der Entwicklung des Vereins darstellt. Es wird wohl allgemein begrüßt werden, daß im Rahmen der Vereinigung Gelegenheit gegeben wird für einen engeren Kreis von Fachleuten, sich über die Fragen, die ihnen besonders am Herzen liegen, auszusprechen; und wenn ich mir vergegenwärtige, daß heute dafür acht oder mehr Stunden beansprucht worden sind, so scheint mir der Schluß berechtigt zu sein, daß in der Tat ein dringendes Bedürfnis nach dieser Richtung vorhanden war.

(Zustimmung.)

Ich habe aber eigentlich nicht deshalb ums Wort gebeten, sondern es liegt mir noch die Abtragung einer Dankesschuld ob. Sie werden vielleicht die Empfindung dieser Dankesschuld mit mir teilen. Es handelt sich darum, den Herren Präsidenten sowohl der Generalversammlung als der beiden Unterausschüsse, die unsere Verhandlungen in so ausgezeichneter Weise geleitet haben, ebenso den Herren Schrift-

führern für ihre Tätigkeit unsere Anerkennung und unseren herzlichsten Dank auszusprechen. (Beifall.)

Ferner möchte ich der vorbereitenden Tätigkeit gedenken, welche von zwei Männern ausgeübt worden ist, die mehr im Hintergrund geblieben sind, die hinter der Kulisse gewirkt und durch ihre Tätigkeit eigentlich die Grundlage dafür geschaffen haben, daß unsere Tagung einen so würdigen Verlauf genommen hat. Ich denke dabei an Herrn Rechtsrat Dr. Elsas von Seiten der Stadt Stuttgart und an unseren Herrn Schriftführer Boese. (Beifall.)

Diese beiden Herren haben wochenlang vorher verhandeln müssen, ehe alles ins rechte Gleis gebracht war.

Schließlich möchte ich noch derjenigen gedenken, denen wir es zu verdanken haben, wenn diese Verhandlungen — in hoffentlich nicht allzu ferner Zeit — als ein stattlicher Band im Druck erscheinen werden, der beiden Herren Stenographen. Ich danke auch ihnen für ihre außerordentlich mühevolle Tätigkeit.

(Beifall.)

Vorsitzender: Ich danke den heutigen Referenten und denjenigen, die an der Aussprache teilgenommen haben, für die wertvollen Anregungen und für die Belehrung, die wir erhalten haben.

Wenn von den Verhandlungen der vorhergehenden Tage gesagt worden ist, sie hätten eine besonders große Höhe erreicht, so darf ich das auch von der heutigen Tagung unter Leitung der Unterausschüsse sagen. (Zustimmung.)

Ich danke auch dem Herrn Vorsitzenden des Vereins, daß er dazu erschienen ist. (Beifall.)

Damit schließe ich die Sitzung.

(Schluß: abends 8 Uhr 42 Minuten.)

Geschäftliche Beratungen und Beschlüsse der Generalversammlung.

Am 25. September wurden die Ergänzungswahlen zum Ausschusse vorgenommen und ergaben die Wahl der Herren: Sombart, Arndt, Auhagen, Pierstorff und Alfred Weber.

Um gleichen Tage bestätigte die Generalversammlung den vorläufigen Beschuß des Ausschusses vom 12. März 1924, daß für das Vereinsjahr 1924/25 der Beitrag 10 Goldmark für persönliche Mitglieder und Seminare, 15 Goldmark für körperschaftliche Mitglieder betragen sollte. Für das Vereinsjahr 1925/26 beschloß die Generalversammlung einen Beitrag von 15 Goldmark für persönliche Mitglieder und Seminare, von 25 Goldmark für körperschaftliche Mitglieder.

Am 26. September wurde der Generalversammlung von den Wahlen und Kooptationen Mitteilung gemacht, die in der Rumpfausschusssitzung vom gleichen Tage vorgenommen worden waren. Zum Vorsitzenden des Vereins war Herr Herkner gewählt worden, zu stellvertretenden Vorsitzenden die Herren Fuchs, L. Hartmann, Sering, Exzellenz v. d. Leyen und Sombart, zu Schriftführern die Herren Boese und Geibel, zum Schatzmeister Herr Wagemann. Das Weitere, besonders über die Kooptationen zum Ausschusse, ergibt sich aus dem gedruckten Protokoll der Stuttgarter Ausschusssitzungen.

Als Vorsitzender:
Herkner.

Als Schriftführer:
Boese.

Verzeichnis der Redner.

-
- | | |
|--------------------------------|--------------------------|
| Andre 68, 132. | Landauer 122. |
| Baufer 181. | v. d. Leyen 230. |
| Bernhard 280, 289, 315. | Loß 119, 235. |
| v. Borisliewicz 256, 290, 317. | Ludwig 5. |
| Bräuer 291. | v. Mailáth 26. |
| Budge 306. | v. Mises 275, 313. |
| Cohen 287. | Mitscherlich 42. |
| Diehl 225, 243. | Moeller 309. |
| Eckert 170. | Palhi 249, 320. |
| Engler 76. | v. Pistorius 7. |
| Eucken 117, 295. | Rüstow 71. |
| Eulenburg 87, 135. | Schmufer 7. |
| Fuchs 87, 232. | Sering 140, 237. |
| Goldscheid 50, 298. | Somary 244, 323. |
| Gothein 213. | Sombart 9, 64, 81. |
| v. Gottl 74. | v. Spitzmüller 108, 310. |
| Grünberg 29. | Tarnow 60. |
| Günther 130. | Umbreit 123. |
| Hahn 126, 301. | Weber, Ad. 139. |
| Harms 186. | v. Wiese 65. |
| Helander 128. | v. Wittek 8. |
| Herkner 1, 325. | |
-